REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 348 · 19.11.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 61 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. SPD-Parteitag beschließt: Weg frei für GGÄnderung
2. Schengen Ost oder die Kunst des Mauerbaus im postrealsozialistischen Zeitalter
3. Major(`s) Problems With The Miners
4. Was ich in Rostock gesehen habe - Serge Klarsfeld
5. Die vornehmen Stichwortgeber der Neonazis. "Bürgerprotest" kontra praktische Solidarität mit Asylsuchenden in Hamburg
6. Links oder Rechts liegenlassen? Zur Auseinandersetzung um die Bonner Demonstration
7. Antirassistische Demo in Bonn am 14.11.92
8. Einheitsfront und linke Bündnispolitik. Betrachtungen zu den Demonstrationen am 9. November und zur Berliner Großdemonstration
9. Herzlichen Glückwunsch, Companera! Begegnung mit Rigoberta Menchú, Friedensnobelpreisträgerin 1992
10. BRD - der wohlbedachte Staatsnotstand
11. Das rosa-grüne Beschleunigungskonzept
12. Die Vorgeschichte des Pogroms in Rostock
13. Polizei und Politik in Rostock. Das "Versagen" war gewollt
14. Chronik ausländerfeindlicher Angriffe (13.10. - 1.11.92)
15. "Heimtücke - aber keine niedrigen Beweggründe ..." (Zum Prozeß gegen G. Bögelein) - Katja Leyrer
16. "Kinkelinitiative" endgültig gescheitert? Haftunterbrechung statt Begnadigung für Bernd Rößner
17. Keine Rückkehr zum bewaffneten Kampf. Erklärung von Karl-Heinz Dellwo
18. Die mühsame Abgrenzung der CDU/CSU zu den REP Vom Büro Jelpke
19. Klaus Croissant weiter in Haft
20. "Vollstes Verständnis" für einen Mord mit deutschen Waffen (Türkei)
21. Antisemitismuskongreß in Berlin. Eine Wissenschaft für sich
22. Stop the Nazi-Terror in Germany. Antifaschistische Kundgebung in Washington DC
23. Haider plant Volksbegehren: "Ausländer raus"
24. Die Halbgötter in Weiß. Eine Tote als Gebärmaschine - Barbara Ritter
25. Der "Erlanger Fall". Oder die wissenschaftliche Herstellung des "pränatalen" und "postmortalen Lebens"
26. Dokumentation: Erwerbslose gegen Rassismus
27. Zwei Präsidenten weniger. Peru ein halbes Jahr nach dem Fujigolpe (Teil 1)
28. Kein Frieden für Angola?
29. Prima Klima in Nahost (Die sechste Runde der Nahost-Friedensverhandlungen)
30. Wasser, Luft und Essen. Hungerstreik palästinensischer Gefangener
31. Feindbilder - Zerrbilder (Rezension von "Arabische und deutsche Karikaturen zum Zweiten Golfkrieg")
32. Allarme terrorismo! Italien im Herbst: Tomatenwerfer, Bombenleger und geistige Mittäter
33. La lotta continua - der Kampf geht weiter. Aufhebung der Urteile im Sofri-Prozeß
34. Schweizer Gewaltphantasien
35. Tödliche Fracht. Der japanische Atomfrachter
36. Sprache als Militanzersatz - wenn Lesen zur Qual wird - Andreas Skrypietz
37. Mit dem "starken Staat" gegen rechts? Vom RA von Rolf Gössner
38. Über den "Mißbrauch" des Asylrechts. Kritische Anmerkungen zu den Thesen von Knut Mellenthin (ak 347) - D. Liehmann u.a.
39. Geschlossene Grenzen, offene Besitzstandwahrung und Rassismus (Stellungnahme zu den Thesen von Knut Mellenthin in ak 347)
40. Zur Diskussion des scheinbar kurdisch-kurdischen Konfliktes - der Gruppe Bistujek

41. "Die Behandlung von ‚ausgestiegenen` Zeugen hat für die Bekämpfung des Terrorismus besonderes Gewicht." (Rebmann) - der Roten Hilfe, Westberlin
42. Der 39. Deutsche Historikertag und die Deutsche Geschichtswissenschaft - Erneuerung oder Eroberung - Felicitas Walka
43. Im Angesicht des Zusammenbruchs. Die "Erinnerungen eines Revolutionärs" von Victor Serge. Rezension von L. Kolberg
44. Der gezähmte Fußball (Buchvorstellung)
45. Gesellschaft für bedrohte Völker will Kriegseinsatz. Dokumentation einer Debatte
46. Fremd unter seinesgleichen. Zum Tod des jüdischen Historikers Helmut Eschwege - Klaus Mellenthin
47. " ...wurde uns klar, daß wir uns jetzt selbst helfen müssen"
48. Das Rostock-Pogrom
49. Quelldatei 40.htm
50. There's a place for us
51. Quelldatei 45.htm
52. Quelldatei 50.htm
53. Quelldatei 51.htm
54. Ein voller Erfolg
55. Angola - Land ohne Frieden
56. Menschenversuch
57. Jörg Haider regiert mit
58. Die Insel schwimmt
59. Furchtbare Juristen
60. Nahost-Verhandlungen in der Sackgasse
61. Quelldatei titel.htm

1. SPD-Parteitag beschließt: Weg frei für GGÄnderung

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/spd.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:spd

Weg frei für GG-Änderung!

Der mit Spannung erwartete Sonderparteitag der SPD ist mit einer überwältigenden Mehrheit für den vom Vorstand vorgelegten Leitantrag zu Ende gegangen. Das, was bei rationaler Betrachtungsweise eigentlich unmöglich schien, ist dennoch möglich geworden: Anhänger einer Änderung des Grundgesetzes und strikte Gegner derselben haben einen Kompromiß gefunden. Wie das? Nicht einfach von der Sache aber vom Verfahren her: Die SPD hält als Partei am individuellen Grundrecht auf Asyl fest, gibt aber ihrer Bundestagsfraktion einen genügend großen Verhandlungsspielraum, um mit CDU/CSU und FDP einschneidende Maßnahmen zu massenhaften Abschiebungen von Asylsuchenden zu beschließen, einschließlich einer Grundgesetzänderung.

Ein kurzer Rückblick auf die wenigen Wochen einer für die Verfassung dieses Landes einschneidenden Debatte. Am Wochenende des 21./22. August hatte der SPD-Vorstand auf einer Tagung in Petersberg beschlossen, sich einer von der CDU/CSU geforderten Grundgesetzänderung nicht mehr zu verschließen. Dreh- und Angelpunkt dieser Art der Debatte waren die sogenannten "Scheinasylanten", die Menschen, die aus Ländern kommen, in denen sie nicht unmittelbarer politischer Verfolgung ausgesetzt sind, aus denen sie aber fliehen, weil sie aufgrund von Umbruchsituationen und Bürgerkrieg weder eine sichere soziale Lebensgrundlage haben, noch ihres Lebens sicher sind. Und es sollten damit Menschen abgewehrt werden, die aufgrund des enormen sozialen Gefälles zwischen den armen und den reichen Ländern eine für sie andere und sichere Zukunft suchen.

Zwei Tage nach dieser Beschlußfassung tobte auf den Straßen von Rostock ein Volkssturm gegen die dort untergebrachten Flüchtlinge aus Rumänien, vor allem Roma. Der Zusammenhang dieser beiden Ereignisse war nicht zwingend, aber auch nicht zufällig. Nicht zufällig deshalb, weil der SPD-Vorstand sich in seiner Beschlußfassung auf zu unehmenden rassistischen Ressentiments innerhalb der Bevölkerung berief. Björn Engholm drückte dies in einem Zeitungsinterview etwas gewählt so aus: "Der Hut, den wir in der Vergangenheit gefertigt hatten, der paßt nicht mehr auf die heutige Lage. Da kann man sagen: Da muß man das Volk so beeinflussen, daß es wieder unter den Hut paßt. Oder man muß sagen: Wir müssen einen neuen Hut machen. Wir sind dabei, einen neuen Hut zu machen."(Zitiert nach FAZ 7.11.92) Und noch deutlicher in einem Interview mit der FR auf die Frage, warum den PolitikerInnen ein solches Mißtrauen entgegenschlage: "Ich glaube, das Mißtrauen basiert allein und ausschließlich auf der Frage, ob wir den Artikel 16 ergänzen oder nicht."(24.10.92) Schlußfolgerung: der Artikel 16 sollte auf dem Altar der Volksstimmung geopfert werden.

Die nun folgende Debatte innerhalb der SPD wurde durch das Pogrom in Rostock und den nicht anhaltenden Anschlägen auf AsylbewerberInnenheime beeinflußt. Eine Debatte in dieser, viele Menschen aufwühlenden Situation zu führen, das hatte sich die SPD-Führung sicherlich nicht gewünscht. Aber es war die schon erreichte Wirklichkeit in diesem Deutschland. Und es war die Situation, die durch eine Diskussion um sogenannte "ScheinasylantInnen" nur noch verschlimmert werden konnte. Hierauf haben GegnerInnen einer jeglichen Grundgesetzänderung denn auch immer wieder hingewiesen.

Die SPD-Führung hielt jedoch an ihrem Kurs fest. Der Petersberger Beschluß wurde noch einmal auf einer Tagung in Bad Salzuflen bekräftigt, gleichzeitig wurde aber auch dem Begehren stattgegeben, einen Sonderparteitag einzuberufen. Die dann auf Länder- und Bezirksebene stattgefundenen Delegiertenversammlungen haben in ihrer großen Mehrzahl dem Vorstand eine Absage erteilt. Überwiegend wurde beschlossen, einer Grundgesetzänderung nicht zuzustimmen. Die Berufung der SPD-Führung auf die eigenen Basis, die eine Verweigerung zur Veränderung/Ergänzung des Grundgesetzes nicht mehr hinnehmen würde, war damit hinfällig.

Alles deutete so auf eine Kampfabstimmung auch auf dem Sonderpartei hin. Doch da hatten sich viele in der opportunistischen Fähigkeit dieser Partei, in jeglicher Hinsicht, geirrt.

Wenige Tage vor dem Sonderparteitag legte der Vorstand einen Entschließungsantrag vor, der folgendes vorsieht: Das Grundgesetz wird ergänzt durch einen Zusatz, das die Gründe für die Gewährung politischen Asyls an die Genfer Flüchtlingskonvention gebunden werden. Das Individualrecht auf Asyl bleibt bestehen.

Aber, und hier kommt die entscheidende Einschränkung: Für Menschen aus Länder, in denen es keine "offensichtliche politische Verfolgung" gibt, soll eine "Beschleunigung" der Verfahren eingeführt werden. Dies geht wiederum auf die Einführung sogenannter "Länderlisten" hinaus. Danach wird von Seiten der Bundesregierung festgelegt, in welchen Ländern es angeblich keine politische Verfolgung gibt. Menschen aus diesen Ländern, die dann trotzdem Asyl begehren, sollen schneller abgeschoben werden können als bisher.

Rechtlich ist dies immer noch umstritten, da niemand außerhalb der CSU bisher gefordert hat, für die Asylbewerberinnen das Grundrecht, eine Gericht nach einer verwaltungsbehördlichen Entscheidung anzurufen, aufzuheben.

Faktisch läuft dies auf eine außerhalb einer Grundgesetzänderung zu beschließenden Regelung auf einfacher gesetzlicher Grundlage hinaus. Dies ist der Weg, den die CDU/CSU in den vergangenen Wochen unter dem Begriff "Staatsnotstand" beschrieben hat. Das Geschrei der SPD-Führung darüber erweist sich mit den jetzt gefaßten Beschlüssen als pure Heuchelei. Sie will letztendlich den gleichen Weg gehen. Da ihr die eigenen Basis die Zustimmung versagt hat, wurde ein "Kompromiß" vorgelegt, der jedoch eine weitgehende Verhandlungsmöglichkeit für die Fraktion offen läßt.

Die vergangenen Wochen sind nicht nur durch das Rostocker Pogrom und die folgenden rassistischen Anschläge auf AsylbewerberInnenheim in der ganzen Republik bestimmt worden, sondern auch durch eine erfreuliche Gegenmobilisierung. Die Demonstrationen der beiden vergangenen Wochen sind hierfür ein sichtbares Zeichen. Nicht umsonst hat Björn Engholm in seiner Eröffnungsrede an den Sonderparteitag versucht, diese auch wieder für die SPD zu vereinnahmen. Aber gerade deshalb ist es umso weniger zu verstehen, daß es auf diesem Sonderparteitag nicht mehr Stimmen gegeben hat, die sich dem faulen Kompromiß entgegengestellt haben. Es entsteht der Eindruck, daß die innere Einheit der SPD auch denjenigen, die auf Landes- und Bezirksparteitagen gegen den Vorstandskurs aufgetreten sind, wichtiger ist als die Probleme, die aus dieser Beschlußlage für Menschen entstehen, die nach Deutschland flüchten oder hier eine neue Heimat suchen.

2. Schengen Ost oder die Kunst des Mauerbaus im postrealsozialistischen Zeitalter

Die Umsetzung des Schengener Abkommens

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:09

Am 1. November trat das deutsch-rumänische Rückübernahmeabkommen in Kraft. Ein genauerer Blick auf dieses Abkommen verdeutlicht Konzeption, Zielsetzung und die Folgen der unter dem Begriff "Schengen-Ost" zusammengefaßten neuen Ostpolitik der Bundesrepublik. In den Worten der Bundesregierung handelt es sich dabei um ein "breitgefächertes, mehrstufiges Eindämmungssystem", dessen Schwerpunkte die "Bekämpfung der Schleuserkriminalität und die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit" bilden (Presseerklärung des BMI zu "Illegalen Einreisen im ersten Halbjahr 1992"). Das Schengener Abkommen ist die politisch-operative Grundlage für diesen "Meilenstein für eine erfolgreiche und breitgefächerte Zusammenarbeit" (ebd.) zwischen der BRD und Rumänien; es ist also das Abkommen in Aktion.

Ganz im Sinne der Vereinbarungen von Schengen kommt es zunächst darauf an, die Mehrzahl der Flüchtlinge aus einem Land zu "illegalen Zuwanderern" zu machen, die das Asylrecht "mißbrauchen".

"Rumänien zählt zu den Hauptherkunftsländern von Asylbewerbern. Seit 1989 sind folgende Zugangszahlen ... festzustellen:

1989: 3.121 = 2,6% der Gesamtzahlen

1990: 35.345 = 18,3% der Gesamtzahlen

1991: 40.504 = 15,0% der Gesamtzahlen

1992 (Januar-August):

57.446 = 21,0% der Gesamtzahlen

Die Zahlen zeigen eine steigende Tendenz der Asylbewerber aus Rumänien. Demgegenüber liegt die Anerkennungsquote derzeit nur bei 0,2 Prozent" (aus Bulletin 102/92, Erklärung des BMI zur Deutsch-Rumänischen Vereinbarung zur Eindämmung der illegalen Einwanderung).

Nach herrschender Auffassung berufen sich also 99,8 % der rumänischen AsylbewerberInnen mißbräuchlich auf das Asylrecht und haben hier eigentlich nichts zu suchen. Hinzu kommt aber:

"Auch die illegale Einreise rumänischer Staatsangehöriger ist im Jahre 1992 stark angestiegen. Von den im ersten Halbjahr 1992 wegen illegaler Einreise an den Grenzen - vorwiegend zu Polen und der CSFR - aufgegriffenen rund 18.000 Ausländern wurden allein 10.351 Rumänen zurückgewiesen. Das sind fast 200 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum" (ebd.).

Nun steht die Bundesrepublik angeblich vor der schwierigen Situation, abgelehnte AsylbewerberInnen "rasch in ihr Herkunftsland zurückzuführen". "Immer mehr Asylbewerber behaupten, keine gültigen Ausweisdokumente zu besitzen. Auf diese Schutzbehauptung berufen sich inzwischen etwa 70% aller Asylbewerber" (ebd.).

Auf diese Situation antwortet Schengen-Ost mit der Vereinbarung vom 24. September 1992. Danach ist die Rückübernahme auch ohne gültige Ausweisdokumente möglich. Es genügt, daß die Staatsangehörigkeit des auszuweisenden Ausländers nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird. Das kann geschehen durch abgelaufene, also gemeinhin nicht gültige Personalpapiere, durch Führerscheine, Arbeitsausweise, Seefahrerausweise, "verläßliche Zeugenaussagen, vor allem rumänischer Staatsangehöriger und Aussage der betroffenen Person, sofern sie die rumänische Sprache beherrscht" (Art. 2 des Abkommens).

Großzügig übernimmt der Staat die Kosten, einschließlich jener der Durchbeförderung durch dritte Staaten, die die Abschiebung veranlaßt haben. Konkret, auch wenn in der Vereinbarung streng auf Gleichbehandlung geachtet wird, Art. 1 deshalb mit den aus Rumänien abzuschiebenden Deutschen beginnt, heißt das, daß die BRD bezahlt.

Diese Vereinbarung wird gelobt als "bedeutender Schritt ... zu einer wirkungsvollen Eindämmung der illegalen Einwanderung". Von ihr soll ein Abschreckungseffekt auf Schleuser ausgehen, und dadurch soll eine erhebliche Reduzierung der Zahl der illegal einreisenden Rumänen erreicht werden. Begleitet wird die Vereinbarung, von der sich einige Medien eine Massenabschiebung von bis zu 40.000 vor allem rumänischer Roma erhoffen bzw. befürchten, von einem "Rückkehrförderungs- und Reintegrationsprogramm". Das Programm beinhaltet Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, die eine "marktwirtschaftlich orientierte berufliche Qualifikation" vermitteln sollen. Volumen, und das dürfte eben der Preis für die Unterzeichnung des Abkommens sein: 30 Millionen DM. Rund 30 Millionen DM für die Rücknahme von durch Verfolgung oder wirtschaftliches Elend vertriebenen BürgerInnen und für die Verpflichtung, zukünftig deren Ausreise bzw. Flucht zu verhindern.

Waren die Befürchtungen der Westeuropäer vor Wanderungsbewegungen bei der Geburt des Schengen-Abkommens noch vom Blick auf den "Nord-Süd-Konflikt" bestimmt, so rückte mit dem beschleunigten Zusammenbruch des realsozialistischen Systems mehr und mehr der neue West-Ost-Konflikt in den Vordergrund. An die Wand gemalt wurden Bilder von 30 Millionen Menschen im Osten auf gepackten Koffern, die nur darauf warteten, den großen Treck in den Westen zu starten. Und plötzlich fand sich die Bundesrepublik unter veränderten Bedingungen erneut in der Rolle eines Frontstaates. Diesmal gegen die aus dem Osten angeblich hereinbrechenden Armutsflüchtlingswellen, die Wohlstand und Stabilität des westlichen Europas existentiell bedrohen würden. Hier galt es, schnell zu handeln und ein differenziertes System zum Schutz, d.h. zur Abschottung des östlichen Vorfeldes zu entwickeln: das sogenannte Schengen-Ost wurde aus der Taufe gehoben. Einige Stationen sollen im folgenden dargestellt werden.

Die Berliner Konferenz

vom Oktober 1991

Wäre es nach den Deutschen gegangen, so wäre auf der Berliner Konferenz der 27 europäischen und skandinavischen Staaten am 30./31. Oktober 1991 die Wiener Konferenz vom Januar desselben Jahres in größerem Rahmen und mit handfesten Beschlüssen zur Bekämpfung der Wanderungsbewegungen fortgesetzt worden. Die niederländische EG-Präsidentschaft allerdings wollte dieses Thema im Rahmen der EG, also gemeinschaftsoffiziell behandeln (vgl. Bericht des BMI vom 11.11.91 über die Ministerkonferenz über Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa).

Und so wandte die BRD das Prinzip Schengen auch in diesem Falle als Pilotprojekt an, mit dem der Druck durch einmal geschaffene Fakten weitergegeben werden kann. Die deutschen Vorstellungen bei der "Ministerkonferenz über Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa" - so der offizielle Titel der Zusammenkunft - haben sich durchgesetzt. In seinem Bericht spricht der Innenminister von der großen Bedeutung dieses "gesamteuropäischen Schulterschlusses als solchem". Es sei "gelungen, die in die Migration zwar gleichermaßen involvierten, aber unterschiedlich betroffenen Ziel-, Transit- und Herkunftsstaaten im Geist vertrauensvoller Partnerschaft an einem Tisch zu versammeln und von der Notwendigkeit eines konzertierten Vorgehens zu überzeugen ..."(ebd.).

Im Mittelpunkt der Arbeit stand die "Erörterung des kurzfristig wirksamen ausländerrechtlichen und polizeilichen Instrumentariums" als eines Elements "zur Bewältigung der illegalen Wanderungsbewegungen." (ebd.) Notwendig geworden war diese breitere Basis, nachdem das im Anschluß an die Wiener Konferenz im März des Jahres 1991 zwischen den Schengen-Staaten Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande und Polen abgeschlossene Rückübernahmeabkommen für "Personen mit unbefugtem Aufenthalt" für sich genommen natürlich nicht wirksam werden konnte. Und die schrittweise, aber in einem gemeinsamen Rahmen angegangene Einbindung anderer Staaten in dieses System Schengen-Ost stieß zunächst auf Schwierigkeiten.

Die CSFR beispielsweise weigerte sich aus verständlichen Gründen, ein Abkommen nach dem Vorbild Schengen-Polen abzuschließen. Zuvor, so argumentierte die CSFR, müßte sie selbst derartige Abkommen mit Polen, der Ukraine, Ungarn und Rumänien geschlossen haben (siehe Bericht des BMI über den Stand der Verhandlungen mit der CSFR, der Schweiz und Österreich über den Abschluß von Rückübernahmeabkommen vom April 1992).

Neben diesen neuen Abkommen mit den ehemaligen RGW-Staaten, die die gerade gewonnene Freizügigkeit wieder einschränken sollen, steht noch die Erneuerung älterer Abkommen mit der Schweiz und Österreich an. Auch Österreich lehnte die sofortige Übernahme des Schengen-Polen-Modells mit dem Argument ab, daß dazu erst die Voraussetzungen mit den unmittelbaren Nachbarstaaten geschaffen werden müßten (ebd). Der Hintergrund ist hier die restriktive Visum- und Flüchtlingspolitik der BRD vor allem gegenüber den Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Das Prinzip Schengen-Ost

Die Bundesrepublik als Hauptbetroffene versuchte zunächst, multilaterale Vereinbarungen zwischen Schengen-Staaten und einzelnen ehemaligen RGW-Staaten abzuschließen. Die Linie Ziel-, Transit- und Herkunftsstaaten beschreibt in abfallender Linie zugleich den Weg von reichen zu armen, von relativ stabilen zu zerrütteten Staaten. Von einer Interessenidentität, wie es die Erklärungen nach der Berliner Konferenz nahelegen wollen, kann beim besten Willen nicht die Rede sein. Vor allem die Transitstaaten Polen, Ungarn, CSFR und Österreich können naturgemäß kein besonders großes Interesse daran haben, der Bundesrepublik Rückübernahme zuzusichern; es sei denn, sie hätten die Garantie der Nachbarn bzw. der Herkunftsländer, die Menschen weiter "zurückzuübernehmen". Oder in Kurzfassung: "Österreich verlangt von Ungarn die Rücknahme illegaler Grenzgänger. Ungarn müsse dies von Rumänien verlangen. Rumänien werde dies von Bulgarien verlangen." (FAZ, 3.3.92) Die Dimensionen zeigen sich daran, daß Ungarn von Oktober 1991 bis Anfang März 1992 über 300.000 Menschen an der Grenze zu Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion abgewiesen hat.

Um ihre Filterfunktion oder die Funktion als vorgeschobene Festungswälle optimal ausüben zu können, ist also ein ganzes Netz differenzierter Abkommen - bi- und multilateral und problemspezifisch - zu entwickeln. Die Berliner Konferenz hat durch die Verständigung im Grundsätzlichen den Durchbruch gebracht. Die Ergebnisse der Konferenz erlauben v.a. der Bundesrepublik ein differenziertes Vorgehen; durch bi- oder multilaterale Vereinbarungen auf Grundlage des Berliner Schulterschlusses hat sie sich in die Lage versetzt, größtmöglichen Druck auf die jeweiligen Partnerstaaten auszuüben.

Allgemein akzeptiert wurde das deutsche "Dreistufensystem":

1.Vereinheitlichung der Sichtvermerkspolitik der beteiligten Staaten, die "Inpflichtnahme" der Beförderungsunternehmen, d.h. Möglichkeit der Bestrafung, und die verstärkte grenzüberschreitende Verfolgung der Schleuserorganisationen;

2.Verschärfung der polizeilichen Kontrollen an den Übergängen selbst und die intensive Überwachung der blauen und grünen Grenzen;

3.für die danach dennoch illegal Einreisenden sind die Ab-, Rück- und Durchschiebeabkommen auf bi- oder multilateraler Basis gemacht. (Nach Bericht des BMI, 11.11.91)

Im Bericht des Innenministers heißt es ergänzend, daß zur "Behebung von Schwachstellen im Gesamtgefüge und zur Unterbindung einseitiger Belastungen ... die Staaten untereinander Ausstattungs- und Ausbildungshilfen leisten und finanzielle Ungleichgewichte infolge von Schubmaßnahmen ausgleichen (wollen)." Der Nachteil, daß die Übertragung des Systems auf die vorgelagerten Grenzen auch etwas kostet, dürfte sich für die BRD mehr als ausgleichen durch die Vorteile. Sie kann in bisher unvorstellbarem Maße "unbürokratisch" abschieben, und sie integriert die polizeiliche und paramilitärische Grenz-, Zoll und Kriminalitätspolitik (Schleuser, Organisierte Kriminalität) im Osten in das Schengen-System.

Institutionalisiert wurde zudem eine Arbeitsgruppe, an der auch die skandinavischen Länder beteiligt sein sollen. Den Vorsitz dieser AG hat Österreich, die Schengen-Staaten sind durch ihre jeweilige Präsidentschaft vertreten, und Ungarn ist als Repräsentant der "mittel- und osteuropäischen Staaten" eingebunden. Tatsächlich dürfte dies eine rein legitimatorischen Zwecken dienende Einrichtung sein - die BRD hat im Alleingang schon längst Fakten geschaffen.

Im Schlußdokument der Konferenz sind diese Zielsetzungen konkretisiert. Und das liest sich wie die gesammelten Werke in Kurzfassung der Innenminister Schäuble und Seiters im Spiegel der Tagespresse:

Ein gemeinsames taktisches Konzept zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität soll entwickelt werden. Sachinformationen, "insbesondere über Schleusungswege und Methoden der Fälschung von Identitäts- und Reisepapieren" sollen ausgetauscht werden. Für die Übermittlung personenbezogener Daten sollen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, "insbesondere" durch Regierungsabkommen.

"Die Überwachung der Grenzen außerhalb der Grenzübergänge durch Einsatz mobiler Kräfte in lageangepaßter Stärke an erkannten oder vermuteten Schwachstellen" soll intensiviert werden. Gehandelt werden soll dabei in enger Abstimmung bis hin zu Absprachen über eine Schwerpunktverteilung des Grenzschutzpersonals auf der Basis gemeinsamer Analysen und aktueller Lagebilder." Neben weiteren ziemlich detaillierten Maßnahmen zur Kontrolle und Verfolgung von Illegalen und Beförderungsunternehmen, der Ausarbeitung von Rückübernahmeabkommen zur "unverzüglichen" Abschiebung heißt es dann noch: Die Unterzeichner "wollen sich gegenseitig beim Ausbau der Infrastruktur, insbesondere bei der Ausstattung und Ausbildung der Grenzsicherungskräfte, einschließlich der Kommunikation und der Informationsverarbeitung, unterstützen" (Schlußkommuniqué der Berliner Konferenz).

Bei Schengen-Ost handelt es sich tatsächlich um die Entwicklung einer Politik der "Inneren Sicherheit nach außen" in bisher kaum vorstellbarem Ausmaß. Außenpolitik gegenüber den politisch und ökonomisch geschwächten Staaten im Osten wird jetzt durch die Polizei und die für Einwanderung zuständigen Ministerien betrieben. Die Bundesrepublik macht sich daran, auf Grundlage dieser Vereinbarungen, die nationale Sicherheitspolitik der ehemaligen RGW-Staaten konzeptionell und technisch zu dirigieren.

Das Bild der Festung mit vorgelagerten Wällen - davor liegt die "Wildnis"- konkretisiert sich.

Bevor die neuen Staaten im Osten auch nur ein winziges Wörtchen in der westeuropäischen Politik mitreden dürfen, haben sie gewichtige Bereiche ihrer Innenpolitik - Sicherheits-, Kriminalitäts- und Flüchtlingspolitik - an den Bedürfnissen und Erfordernissen der führenden westeuropäischen Staaten, speziell der Bundesrepublik, auszurichten.

Abgefedert oder besser erkauft wird diese Politik des Hineinregierens in die Politik souveräner Staaten durch die Andeutungen von möglichen Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen sowie Reintegrationsprogrammen für freiwillige RückkehrerInnen. Das Bundesinnenministerium fördert solche Pilotprojekte in Polen, Rumänien und Bulgarien (siehe dazu unten Beispiel Rumänien und das Rückübernahmeabkommen).

Abkommen in Serie

Die von der Bundesrepublik in Serie produzierten Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit gegen die "Organisierte Kriminalität" müssen also als eine Art Ausführungsbestimmungen zu Schengen-Ost gelesen werden. 1991 schloß sie Abkommen über die "Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, der Rauschgiftkriminalität, des Terrorismus und der illegalen Einschleusung" mit Polen, Ungarn und der CSFR. Noch am 24. Mai 1991 wurde ein Abkommen mit der UdSSR geschlossen. Kein Witz ist die Meldung, daß Bayern ein eigenes Abkommen mit der Ukraine geschlossen hat. Im April 1992 wurde der Austausch von Fortbildungs- und Organisationsprogrammen, von Ausrüstung und Information auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet vereinbart (SZ 29.4.92).

Im September 1992 folgte das entsprechende Abkommen mit Bulgarien. Im Mai 1992 wurde von den Innenministern schon eine Ausstattungshilfe für Bulgarien über 2 Millionen Mark beschlossen.

Ende August 1992 wurde mit Polen eine Ausstattungshilfe für Polizei und Grenzschutz von sechs Millionen Mark und die Intensivierung der Zusammenarbeit vereinbart; der polnische Grenzschutz soll Zugang zu den europäischen Datennetzen bekommen. Grundlage ist die Einschätzung "von Sicherheitsdiensten", daß Polen und die CSFR zum "Einfallstor" der illegalen Einwanderung und der organisierten Kriminalität - vom Drogengeschäft bis zum Autodiebstahl - geworden seien. Deshalb bietet die BRD Polen und der CSFR eine besondere Sicherheitspartnerschaft (FR, 4.8.92) an, die mit spezifischen Kommunikations- und Beratungselementen noch effektiver arbeiten könne.

Die propagandistische Begleitmusik spielt die immer gleiche Melodie: "Kampf gegen Kriminalität aus dem Osten" (z.B. Welt, 25.8.92), und das wilde Chaos, das präsentiert wird, soll die beschriebenen Maßnahmen legitimieren:

"... Seiters appelliert an die westeuropäischen Staaten, Deutschland bei der Bekämpfung des zunehmenden Menschen- und Rauschgifthandels sowie der Kriminalität an den Grenzen zum Osten nicht alleine zu lassen. Die aus dem Osten drohende Kriminalität sei ein Problem aller Europäer. Dies gelte vor allem für die massenhafte illegale Zuwanderung." (ebd.)

Im ersten Halbjahr 1992 seien 17.875 illegal in die Bundesrepublik eingereiste AusländerInnen aufgegriffen worden. Das bedeute eine Steigerung um 130 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Dunkelziffer allerdings, so das BMI, sei mindestens fünfmal so hoch. Hauptherkunftsländer sind Rumänien, Bulgarien, das ehemalige Jugoslawien, die Türkei, Afghanistan, Libanon und Vietnam. Die Reiserouten lassen sich nur in 15-20% der Fälle gesichert nachvollziehen. 85 Prozent aber, das könne man trotzdem sagen, wählten den Weg über die deutschen Ostgrenzen, 10% auf dem Luftweg und 5% aus den Schengener Vertragsstaaten. (Innere Sicherheit 3/92)

Schengen-Ost ist das von der Bundesregierung geforderte "breitgefächerte, mehrstufige Eindämmungssystem", das der "illegalen Zuwanderung" entgegengesetzt wird (Pressemitteilung des BMI zu "Illegale Einreisen im ersten Halbjahr 1992"). Die führende Rolle bei der Lösung der Probleme, die sich für Europa und besonders für die BRD ergeben, spielen die Strategen der Inneren Sicherheit. Längst haben sie wesentliche ökonomische, soziale und politische Entwicklungen, allen voran die Flüchtlingspolitik, zu ihrem ureigensten Gebiet erklärt. Visum- und Asyl(rechts)fragen, Vertreibungsdruck und Migration, Arbeitsmarkt- (Vertrags- und ZeitarbeiterInnen) und Flüchtlingspolitik sind untergeordnete Variablen der westeuropäischen Inneren Sicherheit.

Die Ziele sind dabei klar: äußerst restriktive Handhabung des Asylrechts und eine scharf am Arbeitsmarkt orientierte "Zuwanderungspolitik" im Kernbereich der EG, v.a. der BRD; Übertragung der Verantwortung für das kontrollierte Funktionieren an die ehemals realsozialistischen Staaten im Osten. Letztere sind im eigenen Interesse gezwungen, ihre Ostgrenzen dicht zu machen und ihre Filterfunktion optimal zu entwickeln.

Theoretisch würden die Rückübernahme- und Durchschiebeabkommen es erlauben, die BRD zum flüchtlingsfreien Land zu machen. Praktisch wird sich die illegale "Zuwanderung" ausweiten und mit immer restriktiveren und repressiven Polizei- und Militärmaßnahmen an den Grenzen und in den östlichen Nachbarstaaten der BRD beantwortet werden.

Denn angesichts der realen politischen und sozialen Lage in den Hauptherkunftsländern wird diese Art der Abschottungspolitik auch bei einer weiteren Militarisierung des vorverlagerten Grenzschutzes die Menschen nicht an Flucht und Migration hindern können.

Ulla Jelpke/ Albrecht Maurer/ Helmut Schröder

Die Generalprobe

Innerhalb eines knappen Jahres hat der Krieg im ehemaligen Jugoslawien nach Angaben des UNO-Flüchtlingskommissariats 2,2 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Im Sommer 92 befanden sich über 1,8 Millionen irgendwo auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens und 416.000 irgendwo in Europa und Skandinavien.

Die BRD hat dabei rein zahlenmäßig mit 200.000 Flüchtlingen den größten Anteil übernommen. Anders gerechnet ergibt sich aber, daß alleine Österreich, Ungarn und Schweden eine Flüchtlingsquote von 0,5 % der Bevölkerung erreicht haben (Hannes Hofbauer, ND 31.7.92), die BRD liegt darunter. Die BRD brüstet sich gerne mit der Zahl 200.00 und verschweigt die Quote; verschwiegen wird aber natürlich auch, daß sie mit ihrer Visumpolitik dazu beigetragen hat, daß sich Flüchtlingsströme an den Grenzen gestaut und sich in den Nachfolgestaaten und an den europäischen Grenzen sog. "displaced persons" (Vertriebene/Entwurzelte) hin- und herbewegen mußten. (Eine Situation, wie sie in Europa seit den unmittelbaren Nachkriegsjahren nicht mehr bestanden hat.)

Begonnen hatte es mit dem lautstarken Beklagen des "Zustroms von Asylbewerbern aus Jugoslawien (der) über alle Vorstellungen angestiegen sei" (Stoiber in der "Welt", 7.3.92). Durch Einführung der Visumpflicht sollte der "Mißbrauch des Asylrechts" durch rund 75.000 Jugoslawen eingeschränkt werden (Welt, 14.492)

Die BRD führte durch die Anerkennung Bosniens die Visumpflicht für BosnierInnen ein (für das ehemalige Jugoslawien bestand diese Pflicht nicht mehr). Ergebnis: die nichtinformierten Flüchtlinge stauten sich an der österreichisch-deutschen und der deutsch-tschechoslowakischen Grenze. Folge: Österreich versuchte seine Grenzen zum ehemaligen Jugoslawien zuzumachen. Österreich führte dann seinerseits die Visumpflicht ein; Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet konnten dieses Dokument natürlich nicht erwerben (Hannes Hofbauer, ND 24.7.92).

Und es ging weiter. Nach Dänemark, der Schweiz, der BRD, Österreich und Schweden begann dann auch Ungarn seine Grenzen zu schließen (TAZ, 16.7.92). Mit dem Argument, es wolle sich von Kroatien nicht mißbrauchen lassen, denn auch Kroatien war nun nicht mehr bereit, Flüchtlinge aufzunehmen und schob sie an Drittländer weiter. Am 21.7.92 beschloß dann auch Finnland(!) die Einführung der Visumpflicht bei gerade mal 2000 Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Das Kalkül der BRD war, Slowenien, Kroatien und Österreich als Puffer zu benutzen, solange es immer ging (vgl. Süddeutsche Zeitung, 21.7.92). Ein Nebeneffekt, der allerdings auch gleich gegen die Flüchtlinge gewendet wird: "Schlepper haben Hochkonjunktur" (Berliner Zeitung 21.7.92)

Als die Puffer nicht mehr halten konnten, wurden einzelne humanitäre Aktionen gestartet, in deren Rahmen die BRD etwa zweimal 5000 Flüchtlinge aufgenommen hat, und es wurde eine europäische Konferenz zur Durchsetzung einer Quotenregelung einberufen.

Einen Tag vor der Konferenz in Genf machte der österreichische Bundeskanzler klar, worum es gehen wird: "Jetzt sind andere am Zug", in Zukunft werde die Kontrolle einreisender Ausländer noch wesentlich genauer und selektiver gehandhabt. Und: Gesetze in Österreich seien in erster Linie dazu da, Österreicher zu berücksichtigen (FAZ, 30.7.).

Eine Kontingentierung und Verteilung der Flüchtlinge auf alle EG-Länder wurde von elf Ländern abgelehnt. Befürwortet wurde eine sog. heimatnahe Unterstützung in Lagern oder UN-Schutzzonen.

Großbritannien, das sich große Medienschelte gefallenlassen mußte, wies daraufhin: Bürger des ehemaligen Jugoslawiens brauchen in Großbritannien keine Visa, und es bestehe auch keine Absicht, die Visumpflicht einzuführen, wie in vielen anderen Staaten. "Gemäß internationaler Praxis werde die britische Regierung Flüchtlinge in entsprechenden Fällen in jene sicheren Länder abschieben, in die sie geflohen waren, bevor sie ... nach Großbritannien" kamen (Berliner Zeitung 12.8.92).

Doch auch hier sind noch Lücken zu schließen. Anfang November 92 führt Großbritannien die Visumpflicht für Bürger aller jugoslawischen Republiken, mit Ausnahme Sloweniens und Kroatiens ein. Vor allem Bosnier haben nach Auskunft des Außen- und des Innenministeriums nun keine Chance mehr, nach Großbritannien zu kommen. In Bosnien gibt es weder eine britische Botschaft noch ein Konsulat. Beantragen die BosnierInnen ihr Visum in Österreich oder der BRD, wird es abgelehnt, da sie sich bereits auf sicherem Territorium befinden ... (Welt, 7/8.11.92).

Den geographischen Vorteil, den Großbritannien und andere westeuropäische Länder hier ausspielen "gemäß internationaler Praxis", versucht die BRD derzeit durch Schengen-Ost vertraglich und mit etwas Kapital aufzuholen ...

Sprachkurse, Kontrolldauer, Hafenumbauten und Infrarotüberwachung ...

Die Umsetzung des Schengener Abkommens

Lummers Vorschlag, an den Ostgrenzen Rodungen vorzunehmen und Metallzäune zu installieren, ist für die Realisierung wohl doch zu grobschlächtig. Die technischen Umsetzer des Abkommens müssen sich mit sehr viel diffizileren Problemen beschäftigen.

Sie müssen z.B. prüfen, inwieweit das Abkommen, speziell sein Artikel sechs umzusetzen ist, ohne daß es infolge der Kontrollmaßnahmen auf Flughäfen zum Zusammenbruch des Flughafenbetriebs und des "gesamten Luftverkehrsgefüges" kommt. Artikel sechs schreibt vor, daß jeder Reisende zumindest einer Identitätskontrolle unterliegen soll; "Drittausländer" müssen grundsätzlich einer eingehenden Kontrolle unterworfen werden. "Derzeit wird geprüft, welcher Kontrollstandard angemessen ist, um dem Abkommen Rechnung zu tragen, ohne daß es infolge der Kontrollmaßnahmen zu einem Zusammenbruch des ...

Flughafenbetriebes und des gesamten Luftverkehrsgefüges kommt. Das internationale Luftfahrtsystem basiert auf der Annahme einer mittleren Kontrolldauer je Passagier von bis zu 40 Sekunden. Daher bleibt für die Verstärkung der Außengrenzüberprüfungen im Flugverkehr mit Drittstaaten nach Inkrafttreten des Schengener Durchführungsabkommens lediglich die Spanne zwischen der derzeitigen Kontrollänge - ca. 20 Sekunden durchschnittlich - und dem Wert von 40 Sekunden ..."

Logisch?!

Und weil die Umstellungsmaßnahmen, einschließlich baulicher Veränderungen (!) teilweise beträchtlich sein werden, wurde im Juni 1992 beschlossen, "daß das Kontrollregime auf Flughäfen erst am 1. Dezember 1993 wirksam werden soll". Bis dahin wird eben gebaut. Ähnliches will die BRD auch für die Hafenanlagen erreichen, weil auch hier ziemlich gebaut werden muß ...

Es mag skurril anmuten, aber das sind die Folgen der neuen Mauern.

Begleitend gibt es Sprachkurse für Bundesgrenzschützer und internationale Sicherheitspartnerschaften von der zentralen bis zur örtlichen Ebene. Speziell für die Ostgrenze sind vorgesehen dezentrale Ermittlungsgruppen zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität und der KFZ-Verschiebung. Modernste Technik soll vermehrt und offensiv eingesetzt werden. Dazu gehören Wärmebildkameras (Infrarot) für die nächtliche Überwachung, Grenzterminalsysteme für alle Dienststellen an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechoslowakischen Grenze, moderne Dokumenten-Testgeräte, Sammeltransportbusse und - natürlich - verdeckter Einsatz von Observations- und Aufklärungskräfte mit der entsprechenden Technik. "Im übrigen (!!) werden kurzfristig weitere Bereiche einer verbesserten technischen Ausstattung des BGS geprüft. (Z.B. zusätzliche Nachtsichtgeräte, Straßensperrgeräte; Signalpistolen; geeignete schnelle Boote für die Oderbestreifung einschließlich der erforderlichen Funk- und Radarausstattung; mobile Datenfunkgeräte".

Der BGS soll mehr noch als bisher auf die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung und der "damit zusammenhängenden Straftaten" ausgerichtet werden. Kurzfristig soll die Intensivierung und der Ausbau der Zusammenarbeit intensiviert werden zwischen der Bundeszollverwaltung, den anderen Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder, den Auslandsvertretung und den Sicherheitsdienststellen anderer Staaten sowie den Beförderungsunternehmen. Personallücken, vor allem an den Ostgrenzen, sollen beschleunigt aufgefüllt werden, und weitere, zum Teil auch verbandsmäßig gegliederte Kräfte sollen zugeführt werden.

Begeleitet werden grenzüberschreitende polizeiliche Kooperationen durch Delegationsgespräche unter Beteiligung der Bundesländer, der angrenzenden Staaten und mit Bundesvertretung des Innenministeriums, des BKA und der Grenzschutzdirektion Koblenz. Bisher finden diese Gespräche zwischen den westlichen Bundesländern und den entsprechenden Nachbarn Frankreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg statt. Vorangetrieben wird die Vereinheitlichung der Visumpolitik. In einem ersten Schritt wurde eine Liste derjenigen Länder erstellt, für deren BewohnerInnen in den Schengen-Staaten Visumpflicht herrscht. Und das sind immerhin 120.

(Nach einem Bericht des Innenministeriums zum Stand der Umsetzungsmaßnahmen des Schengener Übereinkommens. Oktober 92)

3. Major(`s) Problems With The Miners

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:42

Im April dieses Jahres war John Major strahlender Sieger der Parlamentswahlen. Viele in der Konservativen Partei hatten an seinem Erfolg gezweifelt, denn er wurde zwar als Lückenbüßer für Maggi Thatcher akzeptiert, aber einen eigenständigen Erfolg hatten ihm nur wenige zugetraut. Mit der bei den Wahlen erreichten absoluten Mehrheit im Unterhaus schien Major aber doch mehr als nur ein Nachlaßverwalter zu sein. Diese Tage erscheinen inzwischen jedoch wesentlich weiter als rund sieben Monate zurückzuliegen. Denn seit dem Antritt der neuen Regierung ist kaum eine Woche vergangen, in der die Tories nicht durch Ministerskandale, ökonomische Schreckensmeldungen und aufrührerische Hinterbänkler unter Druck geraten. Die Abwertung des Pfund Sterling um rund 18 Prozent und die beabsichtigte Schließung von 31 Kohlegruben scheint das Vertrauen in die politische Kompetenz des Premiers und seines Schatzmeisters nachhaltig erschüttert zu haben. Doch erst der Streit mit den Hinterbänklern der eigenen Partei über die Verträge von Maastricht und die EG insgesamt gibt der aktuellen Krise in Großbritannien den wahren Zündstoff. John Major hat seine politische Zukunft an die Zustimmung des britischen Parlaments zu diesen Verträgen geknüpft. Im folgenden wird die aktuelle ökonomische Situation in Großbritannien skizziert, ein kurzer Blick auf die Debatte über "Europa" in der konservativen Partei geworfen und der Frage nachgegangen, ob es für die Regierung Major einen Ausweg aus diesem Krisenkarussell gibt.

"Turmoil", "Durcheinander" ist im Moment eines der Lieblingswörter britischer Journalisten. Damit soll sowohl die ökonomische Situation des Landes charakterisiert als auch die wirtschaftspolitische Strategie der Regierung Major zusammengefaßt werden. Aber damit ist das Ausmaß der Krise in keiner Weise erfaßt.

1.000 Firmen müssen derzeit in Großbritannien wöchentlich Konkurs anmelden. Die Zahl der Arbeitslosen nähert sich der Drei-Millionen-Grenze. Vor allem sind es kleinere und mittlere Unternehmen, die sowohl unter der Last von Steuern, Strom- und Gasrechnungen ächzen als auch vom ausbleibenden Konsum gebeutelt werden. Täglich kündigen größere Unternehmen Kurzarbeit und Entlassungen an. Seien es die Automobilwerke, die Luftfahrtindustrie oder Kohle und Stahl, kein Bereich der Industrie ist von der Krise ausgenommen. Und die CBI (Confederation of British Industry) rechnet bis zum nächsten Frühjahr mit mindestens einer halben Million Erwerbsloser mehr.

Die Schließung

der Kohlegruben

Am 13. Oktober verkündete der Minister für Handel und Industrie, Heseltine, daß bis Mitte des kommenden Frühjahrs 31 der verbliebenen 50 Kohlegruben des Landes geschlossen werden sollen. Bis zum Ende der entsprechenden Woche sollten zehn Gruben sofort schließen, weitere 12 bis Weihnachten folgen und der Rest im kommenden Jahr dicht machen. Diese Nachricht kündigte 30.000 Bergleuten die Arbeitslosigkeit an. Es wird davon ausgegangen, daß von den Schließungen insgesamt dreimal soviel Arbeitsplätze mittel- und langfristig betroffen sind und verlorengehen. Begründet wurde die angekündigte Maßnahme mit der Unrentabilität der Gruben, aber vor allem mit dem abnehmenden Bedarf der Elektrizitätsunternehmen. In Großbritannien wird der weitaus größte Teil der geförderten Kohle verstromt, der Rest geht in die Produktion von Eisen und Stahl, privat wird Kohle zum Heizen nur noch sporadisch genutzt. Doch der Regierung Major war mit ihrem Plan kein Glück beschieden. Die Bergleute, ihre Gewerkschaften und die betroffenen Gemeinden riefen zum Kampf. Aufgrund einer Eingabe beim obersten Gericht mußte Heseltine am 15. Oktober das Schließungsprogramm vorübergehend auf Eis legen. Das Gericht gab den Einwänden der UDM (Union of Democratic Mineworkers, einer Abspaltung der NUM) recht, daß die Regierung bei ihrem Vorgehen das dafür vorgesehene Procedere nicht ordnungsgemäß durchgeführt habe. Am 19., 20. und 21. Oktober mußte Heseltine weiter zurückweichen. Zunächst wurde ein Moratorium verkündet, dann von Lord Wakeham im Oberhaus eine generelle Überprüfung der Energiepolitik des Landes angekündigt, was dann von Heseltine selbst am 21. Oktober im Unterhaus des Parlamentes bestätigt wurde.

Was war geschehen? Die Regierung sah sich von mehreren Seiten gleichzeitig unter Druck. Die NUM, die Bergbaugemeinden, die CBI und große Teile der Tory-Abgeordneten bliesen zum Marsch auf Westminister. Die NUM (National Union of Mineworkers) war seit ihrer Niederlage im letzten großen Streik von 1984/85 von

vielen für bedeutungslos erklärt worden. Insbesondere wurde Arthur Scargill, nach wie vor Chef dieser Gewerkschaft, das baldige Ende seiner Gewerkschaftskarriere prophezeit. Doch die Politik der Tories, die anhaltende Rezession und die beabsichtigte Schließung der Gruben brachten der Gewerkschaft und ihrem sympathischen Führer wieder Zulauf. In kürzester Zeit gelang es der NUM, ihre Mitglieder zu mobilisieren und die örtlichen Tory-Abgeordneten unter Druck zu setzen. Ihr öffentliches Ansehen stieg rapide an und Scargill konnte in allen Medien zum Kampf gegen die Regierung aufrufen. Die NUM konnte sogar in den Reihen der UDM wieder Einfluß gewinnen. Die UDM hatte sich während des 84/85er-Streiks von der NUM abgespalten, weil ihr der Kurs von Scargill zu radikal war. Seitdem genoß sie besondere Protektion seitens des Wirtschaftsministeriums, die sogar soweit ging, daß den Mitgliedern der UDM versprochen wurde, ihre Gruben nicht zu schließen. Dies war möglich, da sich die Mitgliedschaft der UDM auf die Gruben in Nottinghamshire beschränkt, sie ist gleichsam eine lokale Gewerkschaft. Doch in der neuesten Schließungsrunde konnte Heseltine diese Versprechungen nicht aufrechterhalten. Sämtliche Gruben in Nottinghamshire sollen geschlossen werden.

Die Gemeinden der betroffenen Gruben reihten sich in den Protest ein. Für viele wäre es der Fall in die Bedeutungslosigkeit, ins Nichts, schlössen die Bergwerke. Ähnlich wie in Wales und anderen Teilen des Landes würden die Städte und Gemeinden veröden, die Menschen abwandern und das noch vorhandene Kapital abfließen. Schaut mensch nach Wales, dann ist zu sehen, was von den Versprechungen der Konservativen in Sachen Aufbauhilfen für neue Industrien, Neuansiedlungen und dergleichen zu halten ist: Nichts! Wales ist nach wie vor eines der größten Armenhäuser des Vereinigten Königreiches und die in den siebziger Jahren entlassenen Bergleute sind entweder abgewandert, verrentet oder fahren Taxi. Eine Perspektive, die allen Bergbaugemeinden als Zukunft droht.

Auch in den Reihen der Konservativen Partei rührte sich Widerstand gegen diese Politik. Insbesondere Abgeordnete aus den betroffenen Regionen setzten die Regierung unter Druck. Es rückte die Frage in den Vordergrund, warum der Kohle-Bedarf der Elektrizitätsunternehmen zurückgehen würde. Die Antwort lautet, daß diese Unternehmen es bevorzugen, Strom demnächst mittels Gaskraftwerken zu erzeugen, denn dies sei nach Auskunft der entsprechenden Unternehmen billiger. Doch dieses Argument war nicht lange zu halten. Herauskam das ganze Dilemma konservativer Wirtschaftspolitik, genauer gesagt, der rigorosen Privatisierung ehemals öffentlicher Unternehmen.

Im Zuge des Ausverkaufs der staatlichen Unternehmen unter Thatcher war auch die Elektrizitätsgewinnung privatisiert worden. Zwei private Großfirmen entstanden: National Power und PowerGen. Diese sind für die Erzeugung von Strom zuständig, wobei National Power seinen Schwerpunkt bei AKWs hat. Die zweite Firma betreibt hauptsächlich die Kohlekraftwerke des Landes und ein paar Gaskraftwerke. Zwischen National Power, PowerGen und der britischen Kohleindustrie gibt es Verträge über Abnahmemenge, Preise, Lieferbedingungen und ähnlichem. Allerdings sind diese Verträge nicht von langfristiger Dauer. So etwas wie den sogenannten Jahrhundertvertrag gibt es in GB nicht.

Das eigentliche Problem liegt eine Stufe tiefer. Unterhalb der Stromerzeugungsunternehmen gibt es die Verteilungsunternehmen. Diese operieren größtenteils regional. Sie kaufen von den beiden Großfirmen den Strom und verteilen ihn. Seit einiger Zeit ist bekannt, daß sich diese Unternehmen vom angeblichen Preisdiktat von National Power und PowerGen befreien wollen. Sie haben deshalb einen Teil ihrer Gewinne in den Bau moderner Gaskraftwerke gesteckt und sind bei diesen Unternehmen Anteilsnehmer. Logischerweise wollen sie nun ihren Strom von diesen, den anteilsweise eigenen Unternehmen, kaufen. Somit haben NP und PowerGen weniger Abnehmer und brauchen daher weniger Kohle.

Verkauft werden sollte diese Änderung damit, daß der in den Gaskraftwerken gewonnene Strom billiger sei. Doch selbst wenn mensch alle britischen Kohlekraftwerke auf den modernsten Stand der Technik in Sachen Umweltverträglichkeit bringt, erzeugen sie immer noch billiger Strom als vergleichbare Gaskraftwerke. Als Robin Cook, Wirtschaftsminister des Labour-"Schatten"-Kabinetts, dies im Parlament vortrug, mußte Heseltine es kleinlaut bestätigen. Doch auf diese Unternehmen hat der Staat keinen Einfluß mehr, denn sie sind ja privatisiert worden. Heseltine konnte nur noch seine Schließungsabsichten revidieren. Er ging sogar noch weiter und kündigte eine generelle Überprüfung der Energiepolitik des Landes an.

Miners - nicht zum ersten Mal ein Stolperstein

Die Regierung Major ist nicht die erste, die sich mit den Bergleuten des Landes anlegt. Erfolgreich war allerdings bisher nur Maggi Thatcher, die nicht nur einen massive Verkleinerung der Kohleindustrie durchsetzte, sondern auch die Gewerkschaft NUM fast um ihre Existenz gebracht hätte. Im Juli 1990 hatte die "Eiserne Lady" vorgehabt, über zwanzig Zechen zu schließen. Doch der Plan wurde wieder auf Eis gelegt, da das politische Risiko der damaligen Regierung zu groß schien. Die wirtschaftspolitische Begründung jedoch, der Abbau der Subventionen, war aus konservativer Sicht im Sommer 1990 ebenso gegeben. Dieses Primat wird auch unter der Regierung Major mit eiserner Härte fortgesetzt. Seien es Krankenhäuser, Altenheime oder Industriebetriebe, alles, was öffentliche Mittel erhält, muß zusehen, wie es überlebt, da diese Gelder gestrichen werden. Das Credo des freien Marktes ist deutlicher denn je zu hören.

An der Kohleförderung wird bemängelt, daß britische Kohle nach wie vor subventioniert werde, aber dennoch nicht wettbewerbsfähig sei. So sei Kohle aus Südafrika wesentlicher billiger und auch das schwarze Gold aus der BRD sei auf dem Weltmarkt günstiger. Doch dabei wird gerne übersehen, daß Kohle auch in diesen beiden Ländern mit staatlichen Maßnahmen verbilligt wird. In Südafrika sind es nur 30.-£ pro Tonne - die Löhne und die Sicherheit eines schwarzen Bergmannes sind eben billiger, genauer gesagt, nicht so wichtig! -, in der BRD 135.-£ pro Tonne. Da nimmt sich die britische Zuwendung von 45.-£ pro Tonne recht bescheiden aus. Doch auch dies ist den Puristen des freien Marktes zuviel. Also wird ohne Rücksicht auf den Rest der Ökonomie der Rotstift angesetzt. Dieses Mal aber sehen sich die Ökonomen des Hauses Heseltine der scharfen Kritik national gesinnter Menschen ausgesetzt. Der Vorwurf lautet, daß die geplante Reduzierung der Zechen die nationale Energieversorgung vom Importen aus dem Ausland abhängig machen würde. In rund 50 Jahren wäre Großbritannien dann von Gaseinfuhren aus Norwegen und Sibirien abhängig, bei Kohle von Lieferungen aus Südafrika, Australien und der BRD.

Der gescholtene Michael Heseltine zog es vor, erst einmal Zeit zu gewinnen. Denn nichts anderes bedeutet die angekündigte Überprüfung der Energiepolitik. Die Bergleute können dadurch etwas Luft holen. Der konservativen Regierung ist angesichts des immensen Zuspruchs für die Bergleute der Schreck in die Glieder gefahren, denn es ist zwar schon fast zwanzig Jahre her, aber daß damals eine konservative Regierung von streikenden Bergleuten in die Knie gezwungen wurde, ist nicht vergessen. Die Regierung Heath mußte 1974 abdanken, als sie den Kampf mit den Bergleuten verlor. Auch das war ein Streik um die Subvention der Kohle gewesen und die Konservativen hatten die Losung ausgegeben: "Wer regiert das Land?"

Eine Regierung unter Beschuß

Als am 21. Oktober mehrere zehntausend Menschen in London demonstrierten und Heseltine im Parlament die Überprüfung der Energiepolitik des Landes verkündete, zählten die Journalisten des Landes schon die U-Turns, die die Regierung Major bisher gemacht hatte. Ob die Abwertung des Pfund Sterling, der Rücktritt von David Melor oder die EG-Politik von John Major: weder sei eine klare Richtung zu erkennen, geschweige denn eine Strategie. Die CBI attestiert der Regierung, im Dunkeln zu tappen und den Rest ihres ökonomischen Verstandes verloren zu haben, Labour wirft dem Premier vor, die britische Ökonomie aus Unfähigkeit den Bach runter gehen zu lassen und die Hinterbänkler der Tories kritisieren die angeblich mangelhaften Führungsqualitäten ihres Chefs.

Im Einzelnen: Der Rücktritt von David Melor ist noch das kleinste Problem für John Major. Melor, ein enger Freund Majors, war wegen seiner Beziehung zu einer Schauspielerin in die Schlagzeilen geraten. Kaum hatte er sich von dieser Auseinandersetzung mit der britischen Boulevardpresse erholt, wurde entdeckt, daß Melor Zuwendungen - in Form eines Urlaubs - angenommen hatte. Er war für die Tories, die ihn eh nicht mochten, nicht mehr tragbar. Major allerdings hätte seinen Freund in keinem Fall entlassen. Daß dieser selbst um seine Entlassung bat und nicht entlassen wurde, wird dem Premier von einem Teil der Hinterbänkler nicht verziehen.

Die Abwertung des Pfund Sterling ist da schon etwas schwieriger zu handhaben. Denn in der Krise der britischen Währung kommen mehrere Aspekte zum Ausdruck: die unmittelbar ökonomische Krise, die wirtschaftspolitische Konzeptionslosigkeit der konservativen Partei auf Grund ihrer Zerrissenheit und die Nachteile monetaristischer Wirtschaftspolitik. Zusätzlich wurde vielen die Nachteile der bereits existierenden europäischen Zusammenarbeit deutlich. Im Gefolge der Währungskrise wird Major im nachhinein angekreidet, daß maßgeblich er es war, der - unter anderem gegen den expliziten Willen der damaligen Premierministerin - den Sterling im Oktober 1990 in das Europäische Währungssystem (EWS) führte. Dementsprechend

erleichtert klangen manche Kommentare, als bekannt wurde, daß die Mitgliedschaft des Pfundes im EWS suspendiert sei.

Abwertung ... Aufwertung ... Abwertung ... Auf ... Ab ...?

Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist die britische Währung beständig in Bewegung. Aufwertung wechselt sich mit Abwertung ab, wobei in den letzten 25 Jahren die Abwertung überwiegt. So hat im Verhältnis zur DM das Pfund seit 1967 rund 75% seines damaligen Wertes verloren. (Von DM 11.87 auf DM 2.43 am 3.11.)

Abwertungen wurden von allen britischen Regierungen seit dem Beginn der sechziger Jahre als Mittel eingesetzt, die Ökonomie zu stimulieren und der britischen Industrie einen Wettbewerbsvorteil im Export zu verschaffen. Doch in der Regel ging diese Hoffnung nicht in Erfüllung. Vielmehr bedeutete ein Abwertung eine kurze Atempause für die britische Industrie und danach ging es weiter wie gehabt. Denn meistens wurden die möglichen positiven Effekte einer Währungsabwertung, wie etwa die Verbilligung der Produkte im Ausland, durch das Anheizen der Inflation im Inland konterkariert.

Zwar haben alle Nachkriegs-Regierungen des Landes die Bekämpfung der Inflation auf ihre Fahnen geschrieben, aber erst die Regierung Thatcher sollte diese Losung rücksichtslos in die Tat umsetzen. War es die Begrenzung der Geldmenge, die Kürzung der öffentlichen Ausgaben oder das Bestreben, die Reallöhne der Beschäftigten zu senken, alles diente dem Ziel der Inflationsbekämpfung. Eine wesentliche Maßnahme solcher Politik ist die Erhöhung der Zinsen, so daß verhindert wird, daß zuviel Geld in Umlauf kommt und gleichzeitig dafür gesorgt wird, daß die eigene Währung für ausländische Anleger interessant wird. Das erstere aber kann fatale Auswirkungen auf die eigene Ökonomie haben. Denn jede Form von Geschäft, von Unternehmen braucht Kredite, um Investitionen zu tätigen, Aufträge vorzufinanzieren und dergleichen mehr. Wenn nun aber durch das Anheben des Zinsniveaus das Aufnehmen von Krediten für eine steigende Zahl von Unternehmen zu einem unkalkulierbaren Risiko wird, dann werden beabsichtigte Investitionen aufgeschoben, Aufträge nicht übernommen usw. Entlassungen und Firmenschließungen sind die Folge. Damit einher geht ein Sinken der individuellen Kaufkraft, was wiederum die konsumtive Nachfrage senkt. Damit aber ist nicht nur ein Teufelskreis in Gang gesetzt, sondern exakt das Gegenteil erreicht, was Stabilitätspolitik eigentlich erreichen wollte: Auf der Grundlage einer stabilen Währung den privaten und industriellen Verbrauch ankurbeln.

Dem Ziel, die Währung und damit auch die gesamte Ökonomie zu stabilisieren, sollte auch Großbritanniens Mitgliedschaft im EWS dienen. Die britische Ökonomie sollte von der an Stabilisitätskriterien ausgerichteten Finanzpolitik der Bundesregierung und der Bundesbank profitieren. Tatsächlich konnte in den zwei Jahren britischer Mitgliedschaft im EWS - vom Oktober 1990 bis September 1992 - in Großbritannien die Inflation von 10,6 Prozent im September 1990 auf zuletzt 3.6 Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig aber traten die negativen Effekte der Hochzinspolitik zu Tage. Investitionen blieben aus, die Arbeitslosigkeit stieg und der Konsum fiel. Dennoch blieb alles dies in einem für britische Verhältnisse normalen Rahmen. Erst die Entwicklung seit diesem Frühjahr trieb die ökonomische Krise auf einen neuen Höhepunkt zu.

Aufgrund des steigenden Finanzbedarfs der BRD zur Deckung der Kosten des DDR Anschlusses ist es logisch, daß die seit Jahren betriebene Hochzinspolitik der Bundesbank mit verschärfteren Vorzeichen fortgesetzt wurde. Die Folgen für die Ökonomien der übrigen Mitgliedsstaaten des EWS sind katastrophal.

Im Falle Großbritanniens kommt hinzu, daß es John Major als ein Ziel seiner Politik ausgegeben hat, an der Seite der BRD zur führenden europäischen Nation zu werden. Dies sowohl in ökonomischer als auch politischer Sicht. Dieses Vorhaben bestimmte maßgeblich die Wechselkursfestlegung für Sterling auf 2.95 DM innerhalb des inneren Bandes des EWS. Das Pfund war somit zu einer der EG-hardcore-Währungen geworden. Gleichzeitig verband die Regierung Major damit die Hoffnung, dem deutschen Einfluß innerhalb des EWS Paroli zu bieten. Doch dies mißlang.

Die Hochzinspolitik der Bundesbank und der damit verbundene Abwertungsdruck auf die übrigen Währungen im EWS engte den Spielraum für eigene finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen immer weiter ein. Die Bank von England konnte trotz massiver Interventionen - angeblich gingen dafür 20 Milliarden Pfund drauf - den Sturz des Pfundes nicht verhindern. Postwendend folgte der Vorwurf an die Bundesbank, zu wenig getan zu haben, um das Pfund innerhalb seiner Margen im EWS zu halten. Doch diese Vorwürfe verhallten auf den Fluren der Bundesbank, man ist sich dort keiner Schuld bewußt.

Mit der Herausnahme des Pfundes aus dem Wechselkursverbund und der damit einhergehenden Abwertung wurde Hoffnung zum leitenden politischen Prinzip. Sowohl Premier Major, sein Schatzmeister Lamont als auch ihre Kritiker hoffen, durch eine unabhängigere Wirtschafts- und Finanzpolitik Großbritannien aus der Krise zu führen. Doch das Gegenteil scheint der Fall. Trotz eines sinkenden Zinssatzes und einer relativ geringen Inflationsrate ist kein Kickstart der Ökonomie zu erkennen. Die Abhängigkeit von den Ökonomien des europäischen Festlandes ist größer und die Krise ist tiefer als viele glauben wollen. Da reicht ein Wechsel in der Zinspolitik nicht aus. Was aber die Suche nach einer neuen, erfolgreichen wirtschaftspolitischen Strategie erschwert, ist der Streit um die generelle Orientierung einer solchen Strategie: die USA oder die EG?

USA - GB - EG

Aufgrund der engen Verbindungen zwischen Großbritannien und den USA bestand auch immer schon eine enge Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Für die USA war bis weit in die sechziger Jahre Großbritannien der erste Ansprechpartner in Europa. Dies hat sich erst durch die Entwicklung der EG zu einem Machtfaktor in Europa geändert. Dennoch blieben die engen Beziehungen zwischen beiden Staaten bestehen. Allerdings vollzog sich auf dem Gebiet der Ökonomie eine stetige Veränderung.

1970 betrug der US-Anteil am Handel Großbritanniens noch 18% und auf die damals elf EG Staaten entfielen 31%. Auf 54% war bis 1991 die Quote der EG gestiegen, während die der USA auf 13% gesunken war. Deutlicher fällt diese Entwicklung im Bereich der ausländischen Direktinvestitionen aus: 1985 machten die US-Investitionen noch die Hälfte der Direktinvestitionen aus, 1990 entfielen auf die USA und die EG-Staaten jeweils ein Anteil von zwei Fünfteln. Die EG hatte in diesem Bereich mit einem der ehemaligen Haupthandelspartner des Landes gleichgezogen.

Geblieben ist eine bedingte Abhängigkeit der britischen Währung vom Dollar. Das hatte in der Vergangenheit durchaus Vorteile. Denn wenn der Dollar im Verhältnis zu anderen europäischen Währungen verlor, geriet auch das Pfund unter Abwertungsdruck und die britische Industrie erlangte einen Wettbewerbsvorteil aufgrund der Verbilligung ihrer Produkte. Seit der Mitgliedschaft im EWS aber war dieser Effekt verschwunden.

Die Euroskeptiker innerhalb der Tories sehnen sich deshalb nach den Zeiten zurück, in denen Großbritannien noch in enger wirtschaftlicher Beziehung zu den USA stand. Es ist dies aber mehr eine Reminiszenz an die Tage des britischen Empires denn an den realen ökonomischen Verhältnisse in Europa 1992 orientiert. Die Euroskeptiker verkennen die tatsächliche wirtschaftliche Verflechtung in Europa, die auch vor britischen Unternehmen nicht halt gemacht hat. Eine stärker isolationistische Politik würde der Ökonomie des Landes mehr schaden als eine weitere Annäherung an Europa. Dieses wissend trommelt die CBI für eine schnelle Rückkehr ins EWS und die Unterzeichnung der Verträge von Maastricht. Sollte, so die CBI, die Abwesenheit Großbritanniens vom europäischen Einigungsprozeß noch länger anhalten, dann sei zukünftig mit monatlich 25.000 und mehr Arbeitslosen zu rechnen.

Besonders positiv sieht freilich auch die Bilanz der Eurobefürworter nicht aus. Zwar kann festgestellt werden, daß Großbritannien in den rund zwanzig Jahren seiner EG-Mitgliedschaft ein fester Bestandteil der Kapital- und Finanzmärkte geworden ist. Aber größere positive Effekte etwa für die Beschäftigtenquote oder für den Lebensstandard der Mehrheit sind ausgeblieben. Antrieb für die Eurobefürworter ist vielmehr, den Anschluß an die Entwicklung der Kernstaaten der EG nicht zu verpassen.

Der Abschied von der US-Orientierung der britischen Wirtschaftspolitik und die Hinwendung zum erfolgreicheren Wirtschaftsraum EG bestimmt das Spannungsfeld der britischen Politik nach wie vor. Angesichts der anhaltenden Rezession in den USA, der permanenten Krise der US-Ökonomie seit den sechziger Jahren ist es logisch, sich nach wirtschaftlich stärkeren Partnern umzusehen. Allerdings hat dies im Falle der EG einen exorbitanten Nachteil.

Die deutsche Dominanz in der EG ist nicht erst seit den Tagen der britischen Mitgliedschaft unverkennbar. Wenn ein Land in Europa Vorteile von diesem Zusammenschluß hat, dann der Nachfolger des Dritten Reiches. Vielen Konservativen, aber auch Labour-orientierten Menschen ist es schlicht und ergreifend zuwider, auf Grund der jüngeren Geschichte mit der BRD enger zusammenzuarbeiten. Hinzu kommt, daß der wirtschaftliche Erfolg der BRD inklusive ihrer exportorientierten Krisenlösungsvariante in einem nicht unerheblichen Maße für den Abstieg der britischen Industrie gerade in den fünfziger und sechziger Jahren

mitverantwortlich ist. Ein Umstand, der die Europa-Euphorie im Vereinigten Königreich in überschaubaren Grenzen hält.

Der Streit bei den Tories, aber auch bei Labour über Maastricht und die EG geht in der Hauptsache um die Frage der bestmöglichen Ausgangsposition für den ökonomischen Kampf innerhalb Europas. Zusätzlich ist diese Auseinandersetzung verquickt mit einem (europaweit) sich verschärfenden Nationalismus. Nationalistische Parolen waren es, die Major auf dem Parteitag der Konservativen als Antwort auf die Kritiken der Euroskeptiker parat hatte. Es war viel von der Wahrung britischer Identität, der Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität um jeden Preis die Rede, aber kein Wort war zu hören, was an den Verträgen von Maastricht Gutes dran sei und weswegen die Regierung Major diese unterzeichnen will.

So lassen sich Stimmungen auf Parteitagen erzeugen, aber überzeugend ist dies nicht. Ähnliches läßt sich auch über die Abstimmung im Parlament sagen. Am 4. November stand auf der Tagesordnung des Unterhauses eine Debatte über Maastricht und das britische Vorgehen in dieser Frage. John Major hatte schon vorher sein politisches Schicksal an diese Abstimmung gebunden und mit Neuwahlen gedroht, falls die Regierung in dieser Frage keinen Erfolg im Parlament hätte. Neben derartigen Drohungen brachte es die Major- Mannschaft fertig, einen Abstimmungstext vorzubereiten, in dem nicht ein einziges Mal das Wort "Verträge von Maastricht" oder ähnliches auftauchte. Knapp wurde die Abstimmung von der Regierung gewonnen, aber die überzeugende Vorstellung einer politischen Perspektive war dies nicht. Major war sich nicht zu schade, das große britische hinter dem kleinen dänischen Königreich zu verstecken und eine endgültige Entscheidung vom dänischen Verhalten abhängig zu machen. Eine Strategie, wie Großbritannien aus der derzeitigen Krise zu führen sei, war somit nicht erkennbar.

Wer zahlt die Zeche?

Die Opfer der oben skizzierten Politik sind schnell ausgemacht. Es sind dies die Werktätigen, die Arbeitslosen, das Proletariat des Landes. Doch diese Beschreibung erfaßt in keiner Weise das gesamte gesellschaftliche Ausmaß der Krise. Das soziale Netz in Großbritannien weist bekanntlich wesentlich mehr Löcher auf als in der BRD. Jegliche Form von staatlicher Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ist hier wesentlich geringer. Die finanziellen Probleme bei Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, sind immens. Verschärfend kommt hinzu, daß viele Menschen umfangreiche Kredite zurückzahlen müssen, die Kopfsteuer (Poll Tax) bezahlt werden muß und sonstige Steuern angehoben werden.

Die Kredite, die auf den Haushalten lasten, resultieren größtenteils aus der Politik der Regierung Thatcher. In den achtziger Jahren hat eine drastische Veränderung des Wohnungsmarktes im UK stattgefunden. Die Devise "my home is my castle" sollte sich auch der gemeine Brite zu eigen machen und zum Hausbesitzer resp. -besitzerin werden. Damit er und sie dies auch kapieren, wurden die Kommunen unter Druck gesetzt, ihre gemeindeeigenen Wohnungen und Häuser an ihre Bewohner zu verkaufen. Die Folge war, daß eine riesige Zahl von Menschen Kredite aufnehmen mußte, welche mit den Bausparkassenkrediten in der BRD vergleichbar sind. Lange Laufzeiten und eine sich anpassende Zinsrate sind die Grundcharakteristiken derartiger Geschäfte. In Zeiten niedriger Zinsraten sind solche Kreditbedingungen durchaus attraktiv. Aber seit dem Ende der achtziger Jahre und dem steigenden Zinsniveau ist es vielen Menschen nicht mehr möglich, ihre Raten zu zahlen. Sinkende Realeinkommen und wachsende Arbeitslosigkeit sind der Grund für die steigende Zahl von Häusern und Wohnungen, die von den Banken wieder in Besitz genommen werden. Damit beginnt für viele ein Teufelskreis. Aus ihren Häusern vertrieben sind sie auf Wohnungen der Gemeinden angewiesen, die diese aber nur noch in ganz geringer Zahl haben, da sie fast alle ihre Wohnungen und Häuser verkauft haben bzw. aufgrund der Finanzpolitik der konservativen Regierungen verkaufen mußten.

Nach dem Ende der Ära Thatcher glaubten manche, daß die unsägliche Poll Tax (jede und jeder zahlt, bei regional unterschiedlichen Sätzen, einen Einheitsbetrag für die eigene Existenz, ob sie oder er diese nun unter Brücken oder auf einem schottischen Landsitz fristet) der Vergangenheit angehören würde. Doch sie kam in einem neuen Gewand wieder. Sie heißt jetzt "community charge", Gemeindesteuer, und unterscheidet sich von der Poll Tax dadurch, daß sie ein paar mehr Möglichkeiten bietet, Rabatt zu bekommen. Aber auch an dieser Steuer wird gebastelt. Sie soll Anfang des nächsten Jahres reformiert werden, und dies bedeutet, es wird teurer.

Gleichzeitig wird daran gedacht, die Einkommenssteuer zu erhöhen, die Straßenbenutzungsgebühren und weitere Verbrauchssteuern zu erhöhen. Parallel dazu wird versucht, den Anstieg der Löhne auf unter vier Prozent zu drücken. Den Anfang sollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes machen. Aber die Gewerkschaften haben schon zum Kampf dagegen geblasen.

Im Moment wird der Zinssatz gesenkt, damit der industrielle und private Verbrauch ansteigt, im nächsten Augenblick aber werden öffentliche Mittel gestrichen, Steuern erhöht und die Preise für Gas, Strom, Wasser etc. steigen. Das Ankurbeln des privaten Verbrauchs ist also gesichert. Weiterhin wird öffentlich über die Frage von staatlichen Investitionen nachgedacht, aber eine Initiative in dieser Richtung ist weder zu erkennen noch von dieser Regierung zu erwarten. Es darf allerdings auch bezweifelt werden, ob eine Labour-Regierung den Weg aus der Krise über deficit spending versuchen würde.

Drei bis vier Millionen registrierte Arbeitslose wird Großbritannien im nächsten Jahr haben.Heute sind es die Bergleute und AutomobilarbeiterInnen, morgen die KrankenpflegerInnen und so weiter, die Rezession nimmt diesmal keine Wirtschaftsbereiche aus. Großbritannien befindet sich in der schlimmsten Depression seit den dreißiger Jahren. Und kein Ende ist in Sicht. Weder der Wiedereintritt ins EWS noch der vollständige Austritt aus der EG würden als alleiniges Mittel den Weg aus der Krise weisen. Erst eine radikale Änderung der Wirtschaftspolitik könnte Abhilfe schaffen.

Doch wie sollte die aussehen, wie sollte sie etabliert werden? Diese Fragen kann zur Zeit weder die Regierung noch die Opposition beantworten. Der TUC - Trades Union Congress - mit seinen Gewerkschaften ist gerade mal in der Lage, seine verbliebenen Mitglieder bei der Stange zu halten, eine aktive Rolle im Kampf gegen die ständige Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Land kann er derzeit (noch?) nicht einnehmen. Eine spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Insel wird wohl erst eintreten, wenn die Bundesbank ihren Hochzinskurs beendet und in Europa ein Stimmungswandel stattfinden wird. Ein Wandel, in dem Abschied genommen wird von den überkommenen Rezepten des Monetarismus und wo Inflationsbekämpfung und Geldwertstabilität nicht länger als Wert an sich zählen. Allerdings ist derzeit weder in Großbritannien noch in einem anderen Land der EG eine politische Kraft zu erkennen, die willens und fähig wäre, diesen Wandel nicht nur zu initiieren, sondern auch noch in Politik umzusetzen.

Den Menschen in Großbritannien bleibt derzeit nur ein positiver Aspekt des europäischen Einigungsprozesses: Die Senkung der Mehrwertsteuer von 17,5% auf die EG-einheitlichen 15% ab Januar 1993.

Andreas Skrypietz, Bristol

Großbritannien und die EG

Das Verhältnis der Insel zum Kontinent, zu "Europe" ist seit den fünfziger Jahren von Wechseln bestimmt. Es folgt eine kleine Auflistung, die dieses grob charakterisiert:

Juli 1952: Sechs Staaten gründen die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion), die 1957 mit den Römischen Verträgen in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übergeht. Großbritannien ist nicht dabei.

August 1961: Großbritannien will Mitglied der EWG werden und stellt einen entsprechenden Antrag. Der konservative Abgeordnete Harold Macmillan hat erkannt, daß Europa der Schlüssel zur Beendigung des wirtschaftlichen Niederganges des Landes ist. Er wird zu einem der energischsten Verfechter der britischen Mitgliedschaft in der Gemeinschaft.

Januar 1962: Präsident de Gaulle legt sein entschiedenes Veto gegen eine britische Mitgliedschaft ein, Hauptvorwurf: Die Briten sind noch nicht reif für Europa! Gegenüber US-amerikanischen Politikern drückt Macmillan seine Verzweiflung aus: "Ich weiß nicht mehr, was ich machen soll!"

Mai 1967: Harold Wilson, Labour Premier seit 1964, versucht einen neuen Anlauf. Wieder sagt de Gaulle Nein zur britischen Mitgliedschaft, aber dennoch beginnen 1970 erste Verhandlungen über einen möglichen EG-Beitritt der Insel.

Januar 1973: Zusammen mit Irland und Dänemark wird Großbritannien unter dem konservativen Premier Ted Heath Mitglied der EG. Enoch Powell, entschiedener EG Gegner in den Reihen der Tories, tritt aus der Partei

aus und unterstützt Labour, die solange der EG fernbleiben wollen, bis für Großbritannien bessere Mitgliedsbedingungen ausgehandelt sind.

März 1974: Wilson wird erneut britischer Premierminister und beginnt Neuverhandlungen mit der EG über die Bedingungen der britischen Mitgliedschaft. Gleichzeitig wird ein Referendum zu der Frage der EG-Mitgliedschaft vorbereitet. Das Kabinett sowie Tories und Labour Party sind über diese Frage gespalten. Powell setzt seine Anti-EG-Kampagne mit größerer Schärfe denn je fort.

Juni 1975: "Ja" sagen 67% und "Nein" 33% im Referendum über die britische Mitgliedschaft. Gleichzeitig gehen die Verhandlungen über Fischereirechte und Fischquoten, Agrarsubventionen, die britische Beitragszahlungen und wachsende Importe aus EG-Staaten weiter. Die neue Parteichefin der Tories, Maggi Thatcher, gibt die Losung für ihre Partei aus: "Wir sind die europäische Partei!"

Mai 1979: Maggi Thatcher wird Premierministerin und beginnt zähe Verhandlungen mit der EG-Kommission über die Höhe der britischen Beiträge, den Agrarpreisen usw. "Ich will nur mein Geld zurück" ist ihre leitende Maxime. Eine Parteikonferenz der Labour Party stimmt gegen die Mitgliedschaft und für sofortigen Austritt.

Juni 1984: Großbritannien erreicht endlich eine Reduktion seiner Beiträge.

Juni 1986: Zustimmung Großbritanniens zur Errichtung eines einheitlichen gemeinsamen Marktes ohne Handelsgrenzen. Das Projekt "1992" ist geboren. Gleichzeitig zeichnet sich neuer Streit über die Zukunft der europäischen Vereinigung in Sachen politische Union und gemeinsame Währung ab.

September 1988: Maggi Thatcher auf einer EG-Konferenz in Brügge: "Wir haben in Großbritannien nicht erfolgreich den Einfluß und die Bedeutung des Staates zurückgedrängt, um seine Auferstehung auf europäischem Niveau zu sehen." Neil Kinnock gibt im gleichen Monat eine Änderung der Labourpolitik in der Frage bekannt: Rückzug, Austritt aus der EG sei nicht länger eine politische Option der Labour Party.

1989 - 1990: In diesen zwei Jahren stimmt Großbritannien sukzessive einer engeren europäischen Union, einer stärkeren Zusammenarbeit zu. Das Vereinigte Königreich wird Mitglied im EWS. Dennoch gehen die Auseinandersetzungen in der konservativen Partei weiter; Nicholas Ridley, ein Mitglied des Kabinetts, sagt, daß europäische Integration die nachträgliche Übergabe an Adolf Hitler sei. Ein Teil der Öffentlichkeit, insbesondere die Eurobefürworter, schäumen, doch maßgeblich muß Ridley aufgrund eines massiven Drucks aus der BRD seinen Kabinettsposten verlassen.

Oktober 1990: Maggi Thatcher explodiert förmlich, nachdem der EG-Gipfel in Rom eine europäische Zentralbank und eine einheitliche Währung auf die Tagesordnung der Gemeinschaft setzte. "No, no, no" war ihr Kommentar im Unterhaus dazu. Dies wiederum ist Anlaß für Geoffrey Howe das Kabinett zu verlassen und nach einem Kampf um die politische Führung der Partei und des Landes muß Maggi Thatcher ihren Posten räumen. John Major, bisheriger Schatzmeister, wird Premier.

Dezember 1990: Major teilt seinen EG-Partnern mit, daß er und seine Regierung mit ganzem Herzen für die europäische Sache engagiert seien. Es sei ihnen ein Verlangen, im Herzen Europas zu sein.

Dezember 1991: Major unterzeichnet den Vertrag von Maastricht. Allerdings haben die Briten einige Ausnahmen erreicht: Weder die Sozialcharta noch die Regelungen zu einer engeren Wirtschafts- und Währungsunion sind Teil der britischen Version der Verträge. Dennoch rüsten die in der Zwischenzeit geadelte Lady Thatcher und Lord Tebbit zum erneuten Kampf gegen die EG und werden von einer Reihe Hinterbänkler der Tories unterstützt.

1992: Major gewinnt die Wahlen im April und übernimmt für ein halbes Jahr die Präsidentschaft des Ministerrates der EG. Gleichzeitig werden die Anzeichen einer Rebellion in seiner Partei gegen die EG-Politik seiner Regierung immer größer. Insbesondere als Großbritannien das EWS verlassen muß, werden die Stimmen immer lauter, der EG insgesamt den Rücken zuzukehren. Bis zum 4. November, rund einen Monat vor dem EG-Gipfel in Edinburgh, verschiebt Major die Abstimmung im Parlament über die Verträge von Maastricht. Durch geschicktes Taktieren und der offenen Drohung mit Neuwahlen gelingt es den Tories, diese Abstimmung mit der beruhigenden Mehrheit von drei Stimmen zu gewinnen. Für Major und seine Eurobefürworter ist dies eine Atempause, die spätestens nach dem Gipfel in Edinburgh zu Ende sein wird.

4. Was ich in Rostock gesehen habe

Autor: Serge Klarsfeld · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:52

Am 19.10.92 protestierte eine Gruppe französischer Juden, unter ihnen Beate und Serge Klarsfeld, in Rostock gegen die beabsichtigte Abschiebung von Roma und Sinti nach Rumänien. U.a. wurde ein Transparent "Keine Ausweisung der Roma aus Deutschland" vor einem der Fenster der Räume der CDU-Fraktion im Rostocker Rathaus angebracht. Hatte sich die Polizei bei den lebensgefährdenden Ausschreitungen der letzten Monate überaus zurückgehalten, war sie hier sogleich zur Stelle. Als sich die demonstrierenden Juden nicht, wie wohl erwartet, von der Polizei widerstandslos verprügeln lassen wollten und vier Festgenommene wieder befreit wurden, lief die Polizei alsbald zu gewohnter Bestform auf. Der Bus der französischen Juden wurde von einem Dutzend Polizeiwagen eingekreist, Polizei in Kampfanzügen zog auf und die gesamte Reisegesellschaft wurde festgenommen. Gegen drei der jungen Juden wurde Haftbefehl erlassen; ihnen wird schwerer Widerstand, gefährliche Körperverletzung von Polizisten und Gefangenenbefreiung vorgeworfen. (Im Knast wurde ihnen von der Direktion angeraten, ihre Kippa abzunehmen, um die dort einsitzenden Rechtsradikalen nicht zu provozieren ...) Gegen die restlichen, wieder freigelassenen 43 DemonstrantInnen wird wegen Waffenbesitzes und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ermittelt. Obwohl die Aktion von zumindest den offiziellen Vertretern der französischen wie der deutschen Juden teils pikiert kommentiert, teils schweigend übergangen wurde, haben sich jüdische Jugendliche in Rom ein Beispiel genommen. Nachdem Anfang November dreißig jüdische Geschäfte mit Davidsternen und Parolen wie "Zionisten raus aus Italien" beschmiert worden waren, wurde von sechzig jungen Juden der Treffpunkt einer rechtsextremistischen Organisation angegriffen, die dort Anwesenden wurden verprügelt.

Wir dokumentieren im Folgenden die Erklärung von Serge Klarsfeld zu der Kundgebung in Rostock aus "Le Monde" vom 24.10.92.

Ich habe mich mit einer Delegation französischer Juden nach Rostock begeben, um gegen das Projekt der Vertreibung der Zigeuner (1) aus Deutschland zu protestieren (Le Monde, 21.10.). Ich habe gesehen, daß eine Delegation von Roma unseren Autobus empfangen hat und ich habe gesehen, wie sie an der Fassade des erhabenen Rathauses die Tafel anbrachten, die wir angefertigt haben, um an den Leidensweg der Zigeuner zu erinnern und Deutschland aufzurufen, den Grausamkeiten gegenüber den Fremden ein Ende zu setzen. Ich habe auf Transparenten die Namen der beteiligten Bewegungen gesehen, des FFDJF (2) und des Betar, besonders aber Slogans wie: "Die Juden sind solidarisch mit den Zigeunern", "Gestern vergast! Heute deportiert?", "Nein zum Deutsch-Rumänischen Abkommen". (3) Ich habe die Losung "Keine Ausweisung der Roma aus Deutschland" (4) am Fenster des Büros der CDU-Fraktion in der ersten Etage des Rathauses im Winde wehen sehen, wo sie freundlicherweise von unseren Jüngeren so angebracht wurde, daß sie von der Straße aus gesehen werden konnte, wo wir Übrigen Transparente mit der französischen Trikolore und solche mit dem Davidstern trugen. Die erste jüdische Versammlung in Rostock seit der Kristallnacht am 9. November 1938. Keine Juden, die von der Polizei zum Marsch in die Lager aufgestellt werden, sondern Juden, die den Deutschen selbstbewußt den Weg zeigen, den diese keinesfalls einschlagen dürfen, wollen sie nicht auf den Spuren der Nazis wandeln.

Ich habe in Rostock gesehen, wie die Polizei gewaltsam vier unserer Jungen in Autos zog. Und ich habe andere Juden, darunter auch ich selber, gesehen, die sich auf diese Autos stürzten und couragiert gegen zehn Polizisten vorgingen, die voller Wut schwere Schlagstöcke führten. Wir haben unsere Kameraden befreit gegen Polizisten, die drauf und dran waren, ihre Pistolen zu ziehen. Als wieder Ruhe eingetreten war, habe ich gesehen, wie -zig Polizeiwagen unseren Bus einkreisten, wie eine Hundertschaft von wie Gladiatoren ausgerüsteten Polizisten uns festnahm, als wären wir die kriminellen Rechtsextremisten, gegen die die Polizei nicht vorgeht, wenn Flüchtlingsheime angegriffen werden.

Ich habe in einer Rostocker Turnhalle die Parodie einer juristischen Prozedur gesehen, die noch durchtränkt war vom National-Kommunismus: Eine Armada von Polizisten häufte Schikane auf Schikane, gefiel sich in absolut irregulären erkennungsdienstlichen Behandlungen. Drei kopflose Staatsanwälte widersprachen sich laufend und beriefen sich auf strafrechtliche Vorschriften, die sie noch nicht verstanden hatten. Allein die

Intervention des französischen Konsuls in Hamburg sorgte dafür, daß alte und kranke Personen eine vereiste Turnhalle verlassen konnten, wie sie einmal mehr Juden in vogelfreiem Status (6) zugewiesen wurde.

Den ersten Widerstand gegen die Ausweisung der Roma aus Deutschland hat eine Handvoll militanter Juden im Alter zwischen siebzehn und siebenundsechzig Jahren am 19. Oktober in Rostock geleistet.

Serge Klarsfeld

Präsident des FFDJF (Fils et Filles des déportés juifs de France)

Anmerkungen:

(1) "Tziganes" im französ. Orig.

(2) FFDJF - Fils et Filles des déportés juifs de France - Söhne und Töchter der deportierten Juden Frankreichs

(3) Betar, Abk. für Brit Yosef Trumpeldor. Zionistische Jugendbewegung, die ursprünglich mit der (zionistischen) Revisionistischen Bewegung verbunden war und heute Abteilungen in etwa 20 Ländern unterhält. Betar wird als offiziell anerkannte jüdische Jugendbewegung von der Jugend- und Hechalutz (Pionier-)Abteilung der Jewish Agency unterstützt.

(4) Diese Parolen wurden in französischer Sprache mitgeführt

(5) Diese Parole wurde in deutscher Sprache mitgeführt

(6) "vogelfreier Status" - freie Übersetzung von "situation irrégulière".

5. Die vornehmen Stichwortgeber der Neonazis. "Bürgerprotest" kontra praktische Solidarität mit Asylsuchenden in Hamburg

Von "Wohn"-Containern, "Bürgerprotest" und praktischer Solidarität mit Asylsuchenden in Hamburg

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:13

Selbst der Berichterstatter der FAZ konnte sich spöttische Bemerkungen über die "bürgerliche Gediegenheit" einer "Bürgerversammlung" im noblen Hamburger Vorort Blankenese nicht verkneifen: "Alle wissen, was sie ihrem Stand schuldig sind, und achten peinlich darauf, daß sie nicht das Wort ‚Zigeuner` in den Mund nehmen." Zweck der Veranstaltung war es, 80 Asylbewerber aus dem Stadtteil fernzuhalten, natürlich auf kultivierte Weise. Gewalt gegen Ausländer? Wie schrecklich! In Blankenese hat man andere Mittel: Wer sich beizeiten einen guten Anwalt nimmt, "braucht später keine Verhältnisse wie in Rostock zu befürchten."

Was empfehlen "demokratische Patrioten" zur "Lösung des Asylproblems"? Brandbomben? Pogrome? Keineswegs! Ein in Hamburg verbreitetes Flugblatt der "Republikaner" mahnt zur Besonnenheit: "Nicht mit Gewalt, sondern mit dem Stimmzettel den Asylmißbrauch stoppen. Rep wählen! Die Republikaner."

Die Eltern von 150 GrundschülerInnen im Hamburger Stadtteil Ohlstedt mochten sich nicht auf die nächsten Wahlen vertrösten lassen. Mit Aktionen knapp außerhalb der Legalität - Schulboykott, Auto-Blockade - schritten sie zur Selbsthilfe. Die in dem noblen Stadtteil ungewohnte Militanz richtete sich gegen die geplante Aufstellung von Wohncontainern für 100 AsylbewerberInnen am Rande des Pausenhofes der Grundschule Am Walde. "Die Eltern sind empört und schockiert", drohte ihr Sprecher, Elternratsvorsitzender Dr. med. dent. Neumeyer. Worüber? "Wenn hier demnächst Asylbewerber wohnen, können wir unsere Kinder nicht mehr allein zur Schule fahren lassen", ängstigte sich eine Mutter.

Solche "Sicherheitsbedenken" - jeder Asylbewerber ein potentieller Drogendealer oder sonstiger Krimineller - ergänzten die Vertreter der aufgebrachten Elternschaft um eine "pädagogische" Argumentation: "Unsere Kinder sollen nicht mit ansehen müssen, wie Menschen hinter Zäunen leben." Für die Behandlung der "Thematik" im Unterricht seien Grundschüler "noch viel zu jung". Es kommt wohl darauf an, an welche "Thematik" hier gedacht ist; für die besonderen - und teilweise auch von Erwachsenen nicht mehr nachvollziehbaren - Spezialitäten der deutschen "Asyldiskussion" trifft es wahrscheinlich zu. Interesse an anderen Kulturen läßt sich dagegen schon im Vorschulalter wecken, und zum Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher Nationalitäten sind Kinder vermutlich viel eher in der Lage als ihre aggressiv-verängstigten Eltern. So ganz ernst schienen die "pädagogischen" Vorbehalte denn auch gar nicht gemeint. Vor dem Verwaltungsgericht, das per einstweiliger Anordnung die Containeraufstellung stoppen sollte, argumentierten die Eltern gänzlich unpädagogisch mit der "erhöhten Gefahr für Gesundheit und Eigentum" der Schüler.

Daß die lieben Kleinen, um deren Wohl es den Containergegnern angeblich einzig und allein zu tun ist, den mittelständisch-kultivierten Rassismus ihrer feinen Umgebung (Ausländeranteil an der Bevölkerung 2,4%, durchschnittliches Jahreseinkommen der Bewohner zwischen 60.000 und 70.000 DM) übernehmen, ist nach dem Ohlstedter "Bürgerprotest" wahrscheinlicher geworden. "Sehr viel Schaden bei Ihren Kindern angerichtet" hätten die Eltern, schreibt die Hamburger SchülerInnenkammer in einem Offenen Brief. Selbst Springers Welt hielt den "zornigen Müttern" scheinheilig vor, "eine Chance vertan" zu haben, "die Chance, Toleranz und Liberalität ernst zu nehmen" und das "den Kindern klarzumachen".

Der schließlich von Elternrat und Behörden erzielte "Kompromiß" bedeutet in der Sache einen Sieg der "Bürger". Zweimaliger Schulboykott, an dem sich zunächst 145, beim zweiten Mal 138 von 160 SchülerInnen beteiligten, nächtliches Wacheschieben vor der Schule und eine Auto-Blockade gegen die auf Lkw anrollenden Wohncontainer brachten den Durchbruch. Die Polizei konnte sich nicht zum Räumen der Zufahrt zum Schulgelände entschließen. "Ich schieße doch nicht mit Kanonen auf Spatzen", wird der Einsatzleiter zitiert. Und überhaupt - die Rechtslage: "Das ist Privatbesitz. Dafür sind wir nicht zuständig. Wenn die Schulbehörde als Hausherr die Privatautos dort runter haben möchte, muß sie selbst ein Abschleppunternehmen damit

beauftragen." Nach mehrstündiger Blockade fiel die von den etwa 100 versammelten Eltern mit "tosendem Applaus" quittierte Entscheidung. Schulsenatorin Raab und Sozialsenator Runde wählten den Weg der "Deeskalation" - sprich: Rückzug der Polizei und der Lkw mit den Containern. Nachdem Rektor und SchülerInnen des benachbarten Ohlstedter Gymnasiums ihren Schulhof als Ausweichstandort angeboten hatten, sieht die "Lösung" so aus: Die Container werden übergangsweise auf dem Gelände des Gymnasiums, danach auf Privatgrund aufgestellt.

Sozialsenator Runde (SPD) will den Rückzug nicht als "Präzedenzfall" verstanden wissen. Daß es ein Präzedenzfall ist, dem in Blankenese, Volksdorf und anderen reichen Stadtteilen nachgeeifert wird, weiß er nur zu gut. Apartheid-Befürworter in den wohlhabenden Vororten geben das auch ganz offen zu. "Die Schwelle ist überschritten, die Bürger lassen sich nicht mehr alles gefallen", erklärte z.B. ein Sprecher der "Bürgerinitiative Wohnumfeld Blankenese": "Ohlstedt hat es uns doch vorgemacht. Offensichtlich muß man erst protestieren, damit die Behörden nach anderen Lösungen suchen."

Die sozialdemokratische Bürgerschaftsabgeordnete Monika Gawron empörte sich denn auch über die Nachgiebigkeit der Sozialbehörde, die Bewohner aus ihrem eigenen Wohngebiet, dem Proletenstadtteil und "sozialen Brennpunkt" Veddel, als "Ohrfeige" empfinden müßten. Bürgermeister Voscheraus Befürchtung, daß sich demnächst zwar nicht "Rostock", wohl aber "Los Angeles" - womit er den Straßenkampf Arm gegen Reich meinte - in Hamburg wiederholen könnte, ist nicht so haltlos, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag - auch wenn "Rostock" nach wie vor wahrscheinlicher ist. "Wir sind besorgt, daß durch Vorgänge wie in Ohlstedt die Ausländerfeindlichkeit in Hamburg gefördert wird und der Elternrat der Schule am Walde und seine Unterstützer sich - gewollt oder ungewollt - zum Stichwortgeber für rechtsradikale Skins und Neonazis machen, die vielleicht schon den nächsten Überfall auf Asylbewerber planen", schreibt der Elternrat der Gesamtschule Stellingen. Ein harter Vorwurf, den die Angesprochenen ganz empörend finden, den sie aber dennoch nicht entkräften können.

So gesehen hatte das "Trauerspiel mit Happy-End" (taz-Hamburg, 18.9.) allenfalls für die jetzt in die Container eingezogenen Flüchtlinge einen halbwegs erfreulichen Ausgang. Sie wurden von den Ohlstedter Gymnasiasten mit Kuchen und Blumen empfangen, und Bild hat es schon immer gesagt: "So begrüßt man Asylanten." Hoffen läßt auch der an der "Containerfrage" aufgebrochene Generationskonflikt. Die Elternratsvertreter des Gymnasiums hatten sich mit ihren KollegInnen von der Grundschule solidarisch erklärt: "Auch wir halten die Unterbringung von Asylbewerbern in unmittelbarer Nähe einer Schule aus vielfachen Gründen für nicht vertretbar." Ein Standpunkt, den ihre eigenen jugendlichen Sprößlinge "ätzend" finden: "Wir leben mit denen zusammen und nicht unsere Muttis, die zu Hause vorm Fernseher sitzen."

Die Kritik der Medien, auch der aus dem Hause Springer, am Wohlstandschauvinismus der Ohlstedter Eltern mag einigen der Beteiligten peinlich sein. Ihre Wortführer verweisen dagegen stolz darauf, daß die "schweigende Mehrheit" hinter ihnen stehe. Das gehe aus den Zuschriften von anderen Hamburger Schulen deutlich hervor: "71 Schulen haben uns in teilweise sehr mutmachender Weise ihre Solidarität übermittelt. Sechs Schulen haben ihr Mißfallen über unser Handeln bekundet, davon vier Gesamtschulen." Daß letztere Indoktrinationsanstalten unter der Leitung von 68er-Veteranen sind, setzt der Ohlstedter Elternrat als bekannt voraus.

Stellingen:

Es geht auch anders

Eine der sechs Schulen, deren Leitung und Elternschaft ihr "Mißfallen" über das Vorgehen der Ohlstedter Eltern äußerten, ist die Gesamtschule Stellingen. Die Schule grenzt an den Stadtteil Eimsbüttel, neben Altona und St. Pauli eines der von links denkenden Menschen bevorzugten Hamburger Wohngebiete. Der Bezirk Eimsbüttel, zu dem auch Stellingen gehört, war der einzige, in dem der Bunten Liste schon 1978 der Sprung über die 5% gelungen war. Bei der letzten Bezirksversammlungswahlwahl im Juni 1991 erreichte die Grün-Alternative Liste (GAL) dort 13%; Reps und "Hamburger Liste für Ausländerstopp" (HLA) kamen auf 1,0 bzw. 0,7%.

Ende August wurde dem Leiter der Gesamtschule Stellingen bekannt, daß auf einem Teil des Schulgeländes Wohncontainer für AsylbewerberInnen aufgestellt werden sollten; für sechs bis acht Monate und im Rahmen eines "Notprogramms", das die Unterbringung von 1000 Asylbewerbern an zehn Standorten vorsieht - so die

Behördenversion. In einem Schreiben an alle Eltern sprach der Schulleiter sich für die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Schulgelände aus: "SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen der Gesamtschule Stellingen könnten den möglichen Bau des Containerdorfes auch als Chance begreifen und damit ein positives Zeichen setzen." Gleichzeitig betonte er, daß "davon ausgegangen werden kann, daß diese Maßnahme tatsächlich für den genannten Zeitraum gelten wird", also für sechs bis acht Monate.

Der Elternrat unterstützte das Projekt vorbehaltlos, weil "angesichts der zum Teil menschenunwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge auf den ‚Wohn`schiffen alle nur denkbaren Möglichkeiten für eine anderweitige Unterbringung ausgeschöpft werden müssen." Auf einer Elternversammlung sprach sich eine große Mehrheit für die Unterstützung des Flüchtlingsprojektes aus. In einem Offenen Brief distanzierte sich der Elternrat vom Vorgehen der Ohlstedter Eltern (siehe Dokumentation).

Die 120 Asylsuchenden, die seit Oktober in den Stellinger Wohncontainern leben, kommen aus insgesamt acht Ländern, nämlich Afghanistan, Bosnien, Rumänien, Bulgarien, Estland, Ukraine, Rußland und Ghana. Die meisten von ihnen waren davor auf zwei sogenannten Aufnahmeschiffen auf der Elbe untergebracht. Dort herrschen seit Monaten katastrophale Zustände, vor allem für allein lebende Frauen, Familien mit kleinen Kindern und für Minderjährige. Auf 1200 vorgesehenen Plätzen leben gegenwärtig 1700 Flüchtlinge. Die winzigen Kabinen sind hoffnungslos überbelegt. Im Vergleich zur Situation auf den "Wohn"schiffen bedeutet die Unterbringung im Containerdorf tatsächlich schon eine echte Verbesserung. (Von "Menschenwürde" soll an dieser Stelle lieber nicht gesprochen werden.)

Daß es den Stellinger Flüchtlingen etwas besser geht als anderen Containermenschen, ist im wesentlichen das Verdienst des Elternrates und der AnwohnerInnen, unter ihnen vor allem die BewohnerInnen des in unmittelbarer Nähe gelegenen Studentenwohnheims. Beispielhaft? Zweifellos. Dennoch könnten auch in Stellingen die Dinge weniger glatt laufen, als sie in der Gegenüberstellung zu Ohlstedt erscheinen müssen. "Angst in Ohlstedt - Mut in Stellingen" lautete eine - gelungene - Überschrift im Hamburg-Teil der taz. Aber wird der Mut der AktivistInnen ausreichen, wenn die ominöse Sechs-bis-acht-Monate-Frist abläuft und für die BewohnerInnen der Container dann immer noch keine besseren Wohnmöglichkeiten geschaffen sind? Zunächst einmal haben die aktiven Eltern, die sympathisierenden Anwohner und die Studenten aus dem Wohnheim Tatsachen geschaffen. Einstweilen halten sich diejenigen zurück, denen eigentlich die ganze Richtung nicht paßt.

Die Kleingärtner aus der angrenzenden Laubenkolonie sind nach einer Reihe von Einbrüchen in ihre Gartenhäuschen nicht besonders gut auf die neuen Nachbarn zu sprechen; wie zu hören ist, basiert die Ortung der Täter unter den Containerbewohnern nicht nur auf ausländerfeindlichen Vorurteilen. Schwieriger noch als die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu den Kleingärtnern gestaltet sich das Verhältnis zu den Bewohnern der nahegelegenen Hochhaussiedlung. "Hier ist keine Insel der Seeligen", weiß Schulleiter Radke, "auch in diesem Stadtteil leben Menschen, die sich benachteiligt fühlen und einen Sündenbock suchen." Die Vorstellung, daß an der Kürzung der Sozialhilfe "die Asylanten" Schuld wären, ist hier nicht weniger blödsinnig als in Blankenese oder Ohlstedt. Anders als in den Villenvierteln und Eigenheimsiedlungen könnte sie aber beim gezielten Einsatz rechtsextremer Kader für rassistische Aufhetzung genutzt werden.

Bisher beschränken sich die Nazis auf konspirative Aktionen wie etwa das Verbreiten eines "amtlichen Merkzettels". Eine außergewöhnlich schlechte, von anderenorts übernommene Fälschung: die angeblichen Unterzeichner "Oberbürgermeister" und "Oberstadtdirektor" existieren ebensowenig wie ein "Rat der Hansestadt Hamburg". Bei den Dummen im Lande könnte der Inhalt des Pamphlets dennoch Verwirrung auslösen: "In Ihrer unmittelbaren Nachbarschaft entsteht eine Asylanten-Unterkunft", heißt es da; "einige Verhaltensregeln" empfehlen Nachsicht gegenüber den "heimatlichen Bräuchen " der "neuen Mitbürger": Diebstahl, Drogenhandel, Vergewaltigung - jeweils amtsdeutsch umschrieben.

Verheerender noch als die dummdreiste Agitation der Nazis könnte sich das vergleichsweise seriös wirkende Spiel mit den Asylbewerberzahlen auswirken. Zahlen haben es so an sich, daß sie von vielen Menschen nicht behalten werden und - mit entsprechend dramatischen Kommentaren versehen - plötzlich mit 10 oder auch mit 100 multipliziert im Gedächtnis bleiben. Nach Aussagen der Ausländerbeauftragten des Bundes, Cornelia Schmaltz-Jacobsen, haben vor allem ostdeutsche Jugendliche teilweise irrwitzige Vorstellungen. Auf die Frage nach dem Anteil der AsylbewerberInnen an der Gesamtbevölkerung hätten vielen zwischen 5% und 12%, einzelne gar 30% für wahrscheinlich gehalten. Die Hamburger Behörden verweisen gegenüber der

Öffentlichkeit auf den unerwarteten Anstieg der Asylbewerberzahlen um 27% gegenüber dem Vorjahr. Die reale Zahl der Anträge - 7000 im ersten Halbjahr 1992 - ist schon weit weniger furchteinflößend: Hamburg hatte 1990 1,65 Mill. Einwohner, davon 196.000 Ausländer, entsprechend 11,9% der Gesamtbevölkerung. Eine ausufernde Megastadt mit Zuständen wie in Kalkutta oder Mexiko-City ist das nicht gerade. Für den Zeitraum von 1990 bis 2000 wird mit einem Bevölkerungswachstum von gerade mal 56.000 Menschen gerechnet - ein "unlösbares Problem"?

Das Container-"Notprogramm" ist im übrigen keine Reaktion auf die aktuell vermehrten Asylanträge. Es geht vielmehr auf Planungen aus dem Jahre 1989 zurück und wurde - aus unterschiedlichen Motiven - von allen in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien geheimgehalten. Die Behauptung der Ohlstedter, ihr Protest richte sich "eigentlich" gar nicht gegen die Asylsuchenden, sondern gegen die "Behördenwillkür", ist leicht als Ablenkungsmanöver zu durchschauen. Eher trifft wohl zu, daß das Fakten schaffende Vorgehen der Behörden die Ablehnung noch verstärkt hat. Ohne der hanseatischen Stadtstaatspartei SPD ein bis ins Detail gehendes Kalkül unterstellen zu wollen - der voraussehbare "Bürgerprotest" in Ohlstedt und anderswo kann - aktuell mit Blick auf den SPD-Sonderparteitag - eben auch als ein weiteres Argument dafür benutzt werden, "daß es so wie bisher nicht weitergehen kann."

Js.

Quellen:

Bergedorfer Zeitung, Bild, Eidelstedter Anzeiger, FAZ, Frankfurter Rundschau, Hamburger Abendblatt, Hamburger Morgenpost, Der Stellinger, taz Hamburg, Die Welt, Die Zeit; Infos der Initiativgruppe für eine gute Nachbarschaft: "Betrifft: Flüchtlingsdorf"; Offene Briefe verschiedener Elternräte; Zahlenmaterial zur Situation der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und in der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.: Der Ausländerbeauftragte des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg)

An den Elternrat der Schule am Walde

Offener Brief

Als Elternrat der Gesamtschule Stellingen erklären wir zu den Aktionen des Elternrats der Schule am Walde:

Mit Beklemmung verfolgen wir, wie Sie mit Ihren Aktionen unter dem Stichwort "Schutz unserer Kinder" zwangsläufig Öl in das Feuer der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit gießen. Ohne die gerade mit dem Aufbau provisorischer Unterkünfte verbundenen Probleme zu leugnen und ohne Senat und Behörde aus ihrer politischen Verantwortung für die Situation der Flüchtlinge entlassen zu wollen, sind wir doch der Meinung, daß im Mittelpunkt der Auseinandersetzung die tatsächliche Lage der betroffenen Flüchtlinge stehen muß.

Seit Jahren leben mehrere tausend Flüchtlinge unter katastrophalen Bedingungen in unserer Stadt. Besonders menschenunwürdig sind gegenwärtig u.a. die Zustände auf den "Wohn"schiffen, zu deren Entlastung die geplanten Containerdörfer beitragen sollen.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage der "Eignung" einer Unterbringungsmöglichkeit in erster Linie zu prüfen, von Ihnen, von uns und von allen anderen Gruppen und Institutionen dieser Stadt. Statt aus Unkenntnis oder Vorurteil mit Abwehr zu reagieren, sollte die Auseinandersetzung mit dem Schicksal der zu uns Flüchtenden und insbesondere mit ihren Lebensbedingungen hier geführt werden.

Schlecht ist in unseren Augen nicht die Konfrontation der Kinder mit Flüchtlingen, schlecht ist das Hineinwachsen von Kindern in eine Atmosphäre von Mißtrauen und Abgrenzung gegen die "Fremden", von Ausgrenzung und Ausländerhaß. Durch die von Ihnen provozierte Zuspitzung der Auseinandersetzung müssen Ihre Kinder - so sie Ihnen folgen - doch Ausländer als Bedrohung ansehen.

Darüber hinaus steht aber zu befürchten, daß Sie mit Ihrem Vorgehen und den sich daran entzündenden Emotionen gewollt oder ungewollt zum Stichwortgeber für gewaltsame Übergriffe auf Ausländer werden. Dieser Verantwortung können Sie sich nicht mit Hinweis auf eine falsche Behördenpolitik entziehen.

Die Verantwortung dafür, daß Rostock sich in Hamburg nicht wiederholt, liegt bei uns allen. Wir verstehen diesen Brief ausdrücklich auch als Unterstützung derjenigen, die in Ohlstedt "gegen den Strom schwimmen".

6. Links oder Rechts liegenlassen? Zur Auseinandersetzung um die Bonner Demonstration

Rubrik: Demonstrationsauseinandersetzungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:48

Seit Mitte September wird die Bonner Demonstration vorbereitet. Sie steht sie unter dem Motto "Grundrechte verteidigen, Flüchtlinge schützen, Rassismus bekämpfen". Sie findet anläßlich des Sonderparteitages der SPD statt, auf dem diese in die große Asyl-Koalition einsteigen will. Die Initiative und Trägerschaft für die Aktion liefen über das "Netzwerk Friedenskooperative" in Bonn. Das Netzwerk ist heute eine von verschiedenen Organisationen unterstützte Koordinationsstelle, über die noch vorhandenen Verbindungen aus der Friedensbewegung zusammenlaufen. Seit einiger Zeit gibt es auch Koordinationsbemühungen im Bereich der Asyl- und Immigranten-Initiativen.

"Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise" munkeln, daß der Beschluß, die vom Abgeordnetenhaus für Berlin lange geplante Aktion zum 8.11. zur zentralen Staatsaktion zu machen, zumindest in der SPD-Baracke auch eine Reaktion auf die Demonstrationsplanung zum 14.11. war. Bis zur Berliner Demonstration war über die Aktion in Bonn eine strikte Medienblockade verhängt, die auch die TAZ einschloß. Am 8.9.92 hatte Micha Brumlik als Gastkommentator mit seinem "letzten Appell an die Intellektuellen" in der TAZ zwar noch einen wichtigen öffentlichen Anstoß für die Demonstration geben können. Erst zwei Monate später, am 3.11., beendete die TAZ mit einer Pro- und Kontra-Diskussion ihre Blockade. "Brände löschen mit Biedermännern?" lautete der Titel, eine Karikatur zeigte eine von CDU und SPD besetzte Feuerwehr, die auf dem Weg nach Berlin an einem brennenden Ausländerwohnheim vorbeifährt.

Der Chefkommentator der TAZ, der frühere Revolutionär mit vaterländerländischen Tönen und heute glühende Verfechter "unserer" Demokratie, Christian Semler, übernahm den Part für die Berliner Demonstration. Fangen wir mit den Argumenten an, die viele Linke, die in Berlin demonstriert haben, ähnlich vertreten haben könnten. "Wer ‚beschmutzt` sich eigentlich durch gleichzeitige Teilnahme des politischen Gegners an der Demonstration?", fragt Semler. "Es wäre ein gefährlicher Fehler, aus den schäbigen Absichten eines Großteils der Veranstalter auf ebenso schäbige politische Folgen der Demonstration zu schließen. Eine Manifestation von 100.000 Menschen wird nicht nur diejenigen stärken, die sich an ihr beteiligen." Auch wenn die Demonstration unter anderem als Beruhigungsaktion für das Ausland geplant sei, könnte eine große Aktion dazu dienen, daß die Betroffenen "neuen Mut schöpfen". Außerdem schlössen sich die beiden Demonstrationsprojekte keineswegs aus. Soweit sind seine Argumente durchaus beachtenswert und zweifellos hätte die Linke gut daran getan, sich auf der Demonstration besser organisiert Gehör zu verschaffen, es sei denn, man hält eine Störaktion, deren Interpretation man Politikern und Medien überläßt oder überlassen muß, schon für eine "gelungene" Aktion.

Ansonsten gibt Semler Einblicke, wo Ex-Linke heute gelandet sein können. Semler möchte den CDU-Kräften wie den Weizsäckers, Süßmuths, etc. den Rücken stärken, womit er eine Abspaltung des "nationalistisch-populistischen Flügels" erträumt. Für diesen Traum sollte er lieber in die CDU eintreten, anstatt dafür die Linken nach Berlin zu rufen. Sein demokratischer "Minimalkonsens" ist der "Rechtsstaat". Wir können diesen rechten Unsinn hier übergehen.

Einen Tag später argumentiert auch Renate Kühnast, Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus für Grüne/Bündnis 90/UFV, in der TAZ für beide Demonstrationen. Auf der Berliner Demo wolle man einen Pro-Artikel-16-Block bilden. Man müsse angesichts der aktuellen Lage "schamlos Bündnisse auf Zeit eingehen. Das eine tun und das andere nicht lassen", ist ihre Position. Man könne angesichts der Angst bei den Flüchtlingen "eben nicht dogmatisch rein und sauber bleiben". Gutherzig gemeint geht es in der Schilderung der Lage und Zielsetzung ein bißchen drunter und drüber.

Gegen die Berliner Demonstration und für die Bonner Aktion nimmt Micha Brumlik Stellung. "Daß die Bastionen des bürgerlichen Staates durch die beratende Öffentlichkeit einer selbstbewußten Bürgergesellschaft in Schach gehalten würden - in einer Belagerung ohne Eroberungsabsicht," von diesem Traum müsse man angesichts der aktuellen Entwicklung Abstand nehmen. Brumliks "Letzter Appell" vom September hatte deutlich gemacht, daß er eher von einem Abtritt der 68er ausgeht, die diesem Traum

nachgehangen haben. Aber das sollten sie (er spricht von wir) wenigstens mit Anstand tun. Auf der Berliner Demonstration werde Weizsäcker nicht einmal die derzeitige Verfassung zum Asylrecht verteidigen, kein anderer dürfe dort für diese Position reden. Die Änderung des Asylrechts sei ausgemachte Sache und deshalb müsse man in Bonn demonstrieren: "Ob sich der Belagerungsring von rechts um diese Republik weiter zuzieht, hängt von dem Verantwortungsbewußtsein, der Rechtsstaatlichkeit und der Standfestigkeit der SPD ab." Brumlik behauptet nicht, daß die SPD standhalten wird, aber die liberale Öffentlichkeit sollte mit der Bonner Aktion jenen SPD'lern, "die der Verfassung die Treue halten, demonstrieren, daß sie in diesem Lande nicht alleine sind."

Unter dem Titel "Gegen Bluff und Schau in Berlin" hat das "Komitee für Grundrechte" Stellung gegen die Berliner und für die Bonner Aktion genommen. Für Christian Semler ist dies der Versuch, hilflose, unnütze und jetzt erst recht zu verwerfende "Entlarvungsstrategie" zu betreiben. "Wir appellieren", schreibt das Komitee: "Laßt die ‚Großen` in Berlin unter sich. Für uns sind die Demontage des Asylrechts und Ausländerfeindlichkeit noch immer nur die zwei Seiten der gleichen Medaille." In Berlin solle "nicht der Ausländerfeindlichkeit der Boden entzogen werden. Vielmehr wollen jene ‚Biedermänner` und ‚Biederfrauen` vor aller Öffentlichkeit und vor dem Ausland ihre Hände in Unschuld waschen, um anschließend um so unbehinderter das Asylrecht grundgesetzlich verstümmeln und ihre Anti-Flüchtlingspolitik noch rigider betreiben zu können". Das Komitee macht deutlich, daß die Politik der Veranstalter von konsequenter Verweigerung der Bürgerrechte für Arbeitsimmigranten bis hin zum Schüren von "Vorurteilsgewalt gegen alle Fremden" reiche, die "Politische Klasse", sei für den Ausländerhaß verantwortlich, sie habe dafür "die Bedingungen geschaffen". Das Komitee hat vor diesem Hintergrund schrittweise eine Kursänderung vorgenommen. Die Ausgangsposition des Komitees war es, ähnlich wie bei Brumlik, auf die SPD Druck auszuüben; dementsprechend war es bereit, Rücksichten zu nehmen. Im Moment tritt das Komitee dafür ein, daß die Linke konsequent für demokratische Rechte eintritt und sich auch entsprechend verhalten sollte. Solche klare Gegenreaktion in demokratischen und linkssozialdemokratischen Kreisen sollten wir unbedingt stärken und unterstützen.

Einen anderen Kurs vertritt die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Sie läßt keinen Zweifel daran, daß ihre Aktion die Bonner ist. Aber sie begrüßt auch die Demonstration in Berlin und fordert auf mitzudemonstrieren, um den Politikern dort unsere Meinung kundzutun und sie zur "Umkehr" aufzufordern. Sie sollten ihre "schäbige und demagogische Asyldebatte beenden" und selbst damit aufhören, die Würde des Menschen anzutasten. Aktion Sühnezeichen läßt es völlig offen, welche Wirkung ein solcher Appell zur "Umkehr" an die Politik haben könnte, man kann es natürlich auch als Versuch bezeichnen, die eigene Gegenposition deutlich zu machen. Ob oder welche Bemühungen die Gruppe dazu unternommen hat, ist mir nicht bekannt.

Es geht natürlich auch ganz anders, wie die Stellungnahme der Hamburger "Alternative Liste" beweist. (Die AL ist eine Gruppe, die sich aus den Grünen ausgetretenene GALiern zusammensetzt.) In einer Erklärung hat sie dargelegt, warum sie den Aufruf nach Bonn nicht unterzeichnen "könne". Was die AL überhaupt von der Demo hält, läßt sich ein wenig zwischen den Zeilen erahnen. Der Aufruf nach Bonn "schweige" zur täglichen Umgangspraxis mit Flüchtlingen, er sage nur, daß Menschen befürchten müßten, ermordet zu werden; die AL möchte ausdrücklich die Ermordeten im Aufruf benannt haben. In der Schilderung der politischen Entwicklung findet sich die AL nicht wieder, wenn der Aufruf vom Aufbruch und auch Prozeß für mehr Demokratie nach 1968 ausgeht und erst jetzt den tiefgreifenden Rechtsruck erkennt. Soweit läßt sich der Argumentation der AL folgen, doch dann gehen ihr die Gäule durch. Sie unterstellt, daß die Demo auf den Schröder-Kompromiß in der SPD abstelle und anschließend behaupten will, "die Errungenschaften der Gesellschaft gerettet, die Nation versöhnt und Flüchtlingen eine Chance gewahrt zu haben". Nicht für die Masse der Demonstranten gelte das, die würden von den Initiatoren entsprechend instrumentalisiert. Andere seien es zufrieden, mit der Demo den "letzten Strohhalm zu ergreifen". Nach dieser Logik werde man bald für ein Minimum für Sozialhilfe und ein bißchen Todesstrafe demonstrieren, "eine Methode, sich vor dem Ertrinken bewahren zu wollen, die dazu führt, daß man schneller ertrinkt". Der "Effekt" der Demonstration werde den "rassistischen Konsens unangetastet lassen" und eine "weitere Alibiveranstaltung" sein. Die rassistische Grundtendenz werde "nicht angegriffen, die Pogrome können weitergehen". Kein Wunder, daß es die AL in eine radikale Lähmung versetzt hat, wo sie um sich herum lauter strampelnde Ertrinkende entdeckt hat.

HH

7. Antirassistische Demo in Bonn am 14.11.92

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/62.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:62

Am 14.11. demonstrierten rund 200.000 Menschen in Bonn. Zur Demonstration hatte ein Bündnis aus Flüchtlings-, Menschenrechts- und Flüchtlingsgruppen und zahlreichen Organisationen bis hin zu Bündnis 90/Grüne, linkssozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufgerufen und seit Mitte September mobilisiert. Die Demonstration stand unter dem Motto: "Es wird Zeit: Grundrechte verteidigen, Flüchtlinge schützen, Rassismus bekämpfen". Sie sollte im Unterschied zur Staatsaktion in Berlin eine Demonstration "von Unten" sein. Viel zu spät sei diese Demonstration angesichts der Asylantenhatz in diesem Lande gekommen, gestanden die Veranstalter ein. Trotzdem ist es ein beachtliches Zeichen, daß zum ersten Mal seit den Protestaktionen der Friedensbewegung und punktuell gegen den Golfkrieg wieder eine so große Aktion möglich geworden ist. Das Demonstrationsvorhaben konnte nur schwer gegen eine allgemeine Medienblockade (lange Zeit unter Einschluß der taz) und mangels intakter linker Strukturen bekannt gemacht werden. Aber schon die große und überwiegend linke Beteiligung an der Berliner Demonstration und zahlreiche sehr große örtliche Aktionen um den 9. November herum hatten gezeigt, daß in der Linken die Entwicklung nicht nur Lähmung, sondern auch Bereitschaft zum Handeln ausgelöst hat.

Die DemonstrantInnen stimmten darin überein, jedwede Verschlechterung des Asylrechts und auch jeden faulen Kompromiß in der SPD abzulehnen; einhellig wurde die staatliche Politik für die aktuelle Entwicklung verantwortlich gemacht. Trotzdem gab es keinen Versuch, die Demonstration auf die Verteidigung des Asylrechts zu beschränken, sondern vielmehr das Bestreben, die gesamte Problematik des zunehmenden Rassismus und die Beschneidung der Menschenrechte von Asylsuchenden und Flüchtlingen zum Thema zu machen.

Aus dem Ernst der Lage waren Umgangsformen entstanden, die bei den Linken und auch bei zentralen Bonner Demonstrationen leider keineswegs selbstverständlich sind. Den in Bonn beteiligten autonomen Gruppen wurde ohne weiteres eine eigene Abschlußkundgebung auf dem Münsterplatz, wenige Schritte vom zentralen Kundgebungsort, dem Hofgarten, entfernt zugestanden. Ihrerseits hatten sie auf eine allgemeine Publikumsbeschimpfung verzichtet und betont, daß ein gemeinsames Agieren zu begrüßen sei. Es gab keine Abgrenzungshysterie von den Eierwerfern in Berlin, der Juso-Vertreter nahm sie sogar öffentlich in Schutz. Diejenigen, die heute in bestimmten Konflikten sogar nach einem Bundeswehreinsatz rufen, ertrugen es, daß in einer zentralen Rede die Ablehnung jedweden Bundeswehreinsatzes für die Friedensbewegung zum Thema gemacht wurde. Und es war wichtig, daß nach Berlin gezeigt werden konnte, daß Störungen oder gar Randale und Konfrontationen doch wohl damit etwas zu tun hat, daß die sogenannten Randalierer dazu provoziert wurden.

In der verschiedensten Stellungnahmen wurde immer wieder die Notwendigkeit des Aufbaus einer breiten Bewegung gegen Rechtsentwicklung und Rassismus beschworen. Ob bzw. wie oder mit welchen Schritten sich das vollziehen könnte oder solle, darüber bestanden keinerlei klare oder konkrete Vorstellungen. Doch zweifellos war die Aktion nach langer Erstarrung und Hilflosigkeit eine Ermutigung.

HH

8. Einheitsfront und linke Bündnispolitik. Betrachtungen zu den Demonstrationen am 9. November und zur Berliner Großdemonstration

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Demonstrationsauseinandersetzungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:60

Am 8. und 9. November demonstrierten mehrere hunderttausend Menschen aus Anlaß des 54. Jahrestages der Reichspogromnacht und der faschistischen Überfälle auf AsylbewerberInnen und ausländische BürgerInnen, der antisemitischen Anschlägen gegen Mahnmale an den Völkermord an den europäischen Juden und der Verwüstungen jüdischer Friedhöfe. 20.000 am 4.11. in Berlin, 300.000 am 8.11. in Berlin, 60.000 am 9.11. in München, 20.000 in Freiburg, 10.000 in Köln auf einer Demonstration, 100.000 auf einem antirassistischen Rockkonzert, 10.000 in Dresden, 10.000 in Saarbrücken, 3000 in Hannover, 2000 in Leipzig, 2000 in Mainz, 5000 in Hamburg und weitere Tausende in anderen Städten.

Für den 8.11. hatte das Berliner Abgeordnetenhaus zu einer bundesweiten Demonstration unter dem Motto "Die Würde des Menschen ist unantastbar" aufgerufen. Dem schlossen sich der Bundestag und der Bundesrat an - eine für bundesrepublikanische Verhältnisse einmaliges Ereignis. Für die Linke jedoch war dies eine äußerst zwiespältige Angelegenheit. Erstens riefen da diejenigen zur Demonstration auf, die großenteils als Brandstifter anzuklagen sind. Zweitens mußte angenommen werden, daß die Aktion als Alibi gegenüber dem Ausland dienen sollte. Aber drittens ist auch oftmals gefordert worden, daß sich die verantwortlichen PolitikerInnen eindeutig vor die Angegriffenen stellen.

In welcher Zwickmühle sich die herrschende Politik derzeit befindet, umschreibt die FAZ am 7.11. in einem Kommentar: "In welche Lage haben uns die Krawallmacher, die gewalttätigen und beifallklatschenden Ausländerfeinde gebracht! Das Land in Europa, das die meisten Asylbewerber aufnimmt und großzügig versorgt, sieht sich gezwungen, mit einer Demonstration unter Führung der höchsten Repräsentanten von Staat und Gesellschaft den Verdacht der Ausländerfeindlichkeit zu widerlegen. Nach unzähligen Anschlägen mußten die Regierungen des Bundes und der Länder feststellen: das Vertrauen der Freunde und Verbündeten in die demokratische Zuverlässigkeit Deutschlands ist nicht stark genug, um Zweifel von vornherein auszuschließen, daß hier nicht nur ‚die Würde des Menschen unantastbar` ist, sondern der Staat auch der Verpflichtung nachkommt, ‚sie zu achten und zu schützen`."

Es ging also darum, die Zweifel zu beseitigen. Aber nicht, indem die Praxis gegenüber den Flüchtlingen geändert würde, sondern indem demonstrierend behauptet werden sollte, Deutschland sei ausländerfreundlich - ein immer wiederkehrendes Stereotyp, das auch durch die schlimmsten Ausschreitungen und die klaren Zahlen über die stillschweigende Duldung der nazistischen Gewalt nicht unterzukriegen ist. Insofern waren die Befürchtungen von links über den Charakter der Demonstration also berechtigt. (Zur Auseinandersetzung hierzu siehe den nebenstehenden Artikel sowie "Streit um die Einheitsfrontdemo", ak 347).

Teil eines Gesamturteils muß aber auch der Blick darauf sein, wer letztlich wofür demonstriert hat.

Da man in die Köpfe der Demonstrierenden nicht hineinsehen kann und es auch keine Repräsentativumfrage über die Beweggründe gibt, bleiben als Kriterium nur die mitgeführten Transparente und Vereinsfahnen. Verschwindend klein waren die ausgewiesenen CDU-Blöcke, ebenso die der FDP. Einen sehr großen Anteil nahmen dagegen Parolen zum uneingeschränkten Asylrecht ein. Wie von dem CDU-Rechtsaußen Landowski (Vorsitzender der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus) und der CSU befürchtet, wurde die Demonstration so nicht nur zu einer allgemeinen Absage an die rechtsradikale Gewalt, sondern tatsächlich zu einer parteilichen Stellungnahme für das Asylrecht. Von der Kundgebung war diese Position ausgeschlossen. Die Veranstalter hatten festgelegt, daß es nur einen Redner geben sollte, den Bundespräsidenten Weizsäcker. Seine Rede selbst hätte weder auf der Kundgebung noch in der nachfolgenden Berichterstattung große Beachtung gefunden.

Der eingeplante Jubel über 300.000 DemonstrantInnen wurde jäh gebrochen von Eier- und Tomatenwürfen (die behaupteten Steine können nicht sicher bestätigt werden) einiger autonomer Gruppen. Der Umgang mit dieser Aktion machte mehr noch als jede Jubelberichterstattung das heuchlerische Verhalten gegenüber den

eigentlichen Anlaß der Demonstration deutlich. Schon in der begleitenden Berichterstattung der ARD konnte unwidersprochen vom drohenden Bürgerkrieg gesprochen werden. Der Vorsitzende des Springerkonzerns und sein Stellvertreter erklärten den 8.11. zum "Tag der Schande". Und auch die liberale "Berliner Zeitung" (Herausgeber Böhme) ließ sich zu der Kommentierung hinreißen: "Das Engagement derer, die mit ihrer Teilnahme an der Kundgebung massenhaft endlich ihre Empörung über Ausländerhetze, gegen Asylbewerberheime, über geschändete Friedhöfe und über den zunehmenden Rechtsradikalismus ausdrücken wollten, wurde auf beschämende und bestürzende Weise von wenigen hundert Krawallmachern diskreditiert."

Man fragt sich, wie allen Ernstes behauptet werden kann, das hunderttausendfach vorgetragene Engagement könne durch einige Hunderte diskreditiert werden, wenn man, und da liegt die Ursache, nicht so sehr dieses Engagement, sondern vor allen Dingen das Ansehen des Bundespräsidenten im Auge hat.

Daß in den ersten Stunden der Bauch und nicht der Kopf regiert, bewies auch die TAZ. Am 9.11. kommentierte Erich Rathfelder auf der Titelseite: "Wie schön hätte es sein können. Spät, aber nicht zu spät ist in Berlin demonstriert worden. Allein die Tatsache, daß diese Demonstration stattfinden konnte, wäre schon ein Erfolg gewesen. Und zwar für diejenigen, die, über alle politischen Gräben hinweg, in der Lage waren, in einem für die Zukunft Deutschlands so wichtigen Punkt zusammenzustehen: der rechtsradikalen Gewalt entschieden entgegenzutreten. (...) Doch das wäre zu schön gewesen. (...) Es ist nur zu hoffen, daß die politische Klasse mehr Substanz beweist, als man es ihr im Lager der Provokation und der Rechtsradikalen zubilligen will."

Keiner der KommentatorInnen der ersten Stunde schreibt über die Demonstration, über die Inhalte, über das Anliegen. Dies Anliegen kommt fast immer nur so vor als decke es sich mit dem Ansehen des Bundespräsidenten und hätte somit die gleichen Eier abbekommen.

Daß es auch anders betrachtet werden kann, zeigt die "Süddeutsche Zeitung" fast eine Woche später: "In diesen Tagen wird wieder viel katzengejammert, das Land kriegt sich vor lauter Entsetzen kaum ein; so schrecklich ist alles, daß sich in den Zeitungen des Hauses Springer sogar der Vorstandsvorsitzende samt Stellvertreter aufgerufen fühlen zu einem vereinten Kommentarschlag, gegen den Tag der Schande, der am Sonntag in Berlin stattgefunden haben soll. Ach Gott, dieser mächtige Aufschrei wird die bescheuerten Eierschmeißer vom Berliner Lustgarten aber zutiefst erschüttern.

Nun muß man ja wohl nicht extra darüber reden, daß das höchst unerfreuliche Bilder gewesen sind - wie der Bundespräsident hinter Polizeischildern für die Toleranz plädierte und für das friedliche Miteinander-Leben. (...) Aber Schande? Da sollten wir vielleicht doch die Proportionen zurechtrücken, gerade an einem 9. November, gerade in Deutschland, das wirklich Katastrophen genug veranstaltet hat", um mit der Feststellung zu schließen: "...in Deutschland werden wir noch in Generationen an der Schande unserer Väter und Großväter zu tragen haben. Ein paar faule Eier werden wir das schon aushalten müssen."

Auch in der TAZ hatten sich die Gemüter wieder etwas beruhigt und es wurde die Parole ausgegeben, die Demonstration dennoch als Erfolg zu feiern. Christian Semler gab am 10.11. die Richtung an: "Ehe die Medienpropaganda ‚3000 Autonome machen die Demonstration von 300.000 Demokraten kaputt` den Charakter eines unumstößlichen Stereotyps gewinnt, sei noch einmal ein kurzer, nüchterner Blick darauf erlaubt, was sich am Sonntag wirklich abgespielt hat. Zieht man die Summe aus vielen Gesprächen während der Demo, aus den mitgeführten Transparenten, aus den am häufigsten skandierten Parolen, so wird klar, daß die mitmarschierenden Politiker der großen Parteien einen sehr unangenehmen Nachmittag zu überstehen hatten. (...) Jetzt angesicht dieser großartigen Demonstration von Weimarer Zuständen zu zetern, die Gefahr durch den linken und rechten Extremismus zu parallelisieren, heißt, die politischen Verhältnisse auf den Kopf zu stellen. (...) Jeder Vergleich zur Spätphase der Weimarer Republik rechtfertigt sich nur in dem Maße, wie Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik unfähig sind, dem faschistischen Terror zu begegnen. Der 8. November 1992 bezeichnet den Beginn dieser gesellschaftlichen Gegenwehr. Nur das zählt letztlich und nicht die Hysterie der offiziellen Politik."

Den gleichen Kurs schlugen fast alle anderen Presseorgane und PolitikerInnen ein. Es war fast atemberaubend mit anzusehen wie aus einer beinahe völlig mißlungenen Veranstaltung dennoch ein Erfolg wurde und wie die beteiligten Menschen willkürlich benutzt werden. Dies muß im nachhinein noch einmal Anlaß zum Nachdenken über die Beteiligung an einer solchen Art von Veranstaltung sein.

Dieses Plädoyer, bei der Betrachtung die Verhältnismäßigkeit zu wahren, schließt jedoch auch eine kritische Beleuchtung der Politik der handelnden autonomen Gruppen ein. Von einem vollen Erfolg, wie dies getan wird (siehe nebenstehende Erklärung), kann nur gesprochen, wenn lediglich das eigenen Interesse gesehen wird. Es mag in Kreuzberg oder am Prenzlauer Berg gut angekommen sein. Jedoch sollte auch bedacht werden, was Ignatz Bubis dazu getrieben hat, spontan das Wort zu ergreifen und in harten Worten das Geschehen zu verurteilen. Die in dieser Gesellschaft durch den Rassismus und Antisemitismus Angegriffenen fordern selbstverständlich ein klares Bekenntnis der Herrschenden, fordern den Schutz des bürgerlichen Staaten, der von der radikalen Linken bekämpft wird. Sie fordern vor allem, daß sich die Repräsentanten des Staates öffentlich vor die Bedrohten stellen. Dies muß man respektieren, wenn man wirklich alles tun will, um Menschen zu schützen, wozu vor allem gehört, daß gesellschaftlich ein anderes Verhältnis gegenüber Flüchtlingen, Fremden und Minderheiten hergestellt wird.

Am Wochenende des 8.11. haben insgesamt die größten Aktionen gegen Rassismus, Antisemitismus und Nazismus stattgefunden.

Dennoch will und kann in den Kommentierungen der traditionellen (radikalen) Linken zu diesen Aktionen keine besondere Euphorie aufkommen. Dies hängt bei Betrachtung all dieser Aktionen mit einem einfachen Fakt zusammen: Sie, die (radikale) Linke, ist nicht mehr der Motor dieser Aktionen, sondern lediglich ein begleitendes Element. Sie, die Massendemonstrationen nur als eindeutigen Willensakt gegen die herrschenden Parteien kennengelernt hat, muß plötzlich erkennen, daß Menschen massenhaft gegen Rechtsradikalismus, Faschismus und Rassismus auf der Straße demonstrieren, ohne mit den herrschenden Parteien und deren Ideologie gebrochen zu haben. Sie, die (radikale) Linke, die sich immer darüber beklagt hat, daß es in Deutschland keine Tradition bürgerlich demokratischer Bewegung gäbe, sieht sich konfrontiert mit Massenmobilisierungen aus dem bürgerlichen, liberalen, sozialdemokratischen und aus dem teilweise so belächelten altlinken Spektrum.

In Köln demonstrierten am 9.11. 10.000 Menschen gegen Rassismus und zum Gedenken an die Reichspogromnacht. Allein für sich genommen eine große Zahl. Dennoch, am Abend kamen 100.00 zu einem Rockkonzert, das unter dem gleichem Motto veranstaltet wurde. Man kann dies linker Politik gutschreiben, auch wenn die Zahlen weit differieren. Man kann, wie dies auch gern getan wird, die große Zahl der Besucher der Rockveranstaltung als "unpolitisch" abtun, würde damit aber den beteiligten MusikerInnen überhaupt nicht gerecht werden. Man kann dies aber auch einmal mit den Konzerten "Rock gegen Rechts" in der zweiten Hälfte der 70er Jahre vergleichen, wo beispielsweise in Frankfurt im Jahre 1976 30.000 auf einer Demo und 50.000 auf dem Konzert waren. Man kann dies, wie geschehen, einfach dem Zeitgeist zuordnen, daß die Menschen "unpolitischer" geworden sind, man kann aber auch die Frage stellen, weshalb es in den siebziger Jahren eine so hohe Übereinstimmung zwischen Kultur und Politik gegeben hat. Und man muß dann weiterhin die Frage stellen, weshalb Gruppen aus der kulturellen Szene der 70er Jahre weiterhin Anziehungspunkt für antirassistische und antifaschistische Auffassungen sind, die politische Linke, die sich mit dieser Kultur identifiziert (hat), jedoch nicht.

Alle großen Mobilisierungserfolge dieses Wochenendes wurden in Koalition von linken, sozialdemokratischen und bürgerlichen Kräften erreicht. Da, wo die Linke allein mobilisierte, kamen eher schwache Zahlen zustande. So waren es in Hamburg 3.000, für diese Stadt eine mäßige Beteiligung. Noch am 29. September waren es bei einer von DGB(-Jugend) und evangelischer Kirche und Schülerkammer organisierten Demonstration 12.000. Wesentlich besser sieht da noch die Bilanz der Berliner Linken aus. Am 4.11. folgten über 20.000 einem linken Aufruf. Ein Teil der Aufrufer verstand dies als klare Alternative zur Staatsaktion am 8.11., andere als Ergänzung.

Nun macht Masse nicht alles aus, gerade wenn die Inhalte darunter leiden, oder wenn mensch das zweifelhafte Vergnügen hat, mit dem eigenen Anliegen für Reputation Deutschlands eingespannt zu werden, wie in Berlin versucht. Aber gleichzeitig dürfte jeder klar sein, daß mit den heute allein von der radikalen Linken zu erreichen Menschen dem Rechtsradikalismus nicht entscheidend entgegenzutreten ist. Genausowenig wie es in den siebziger und achtziger Jahren im Kampf gegen das Atomprogramm und die Nachrüstung allein der radikal linke Flügel gewesen wäre, der den Erfolg ausgemacht hätte.

he.

9. Herzlichen Glückwunsch, Companera! Begegnung mit Rigoberta Menchú, Friedensnobelpreisträgerin 1992

Rubrik: Kultur; Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:41

Die guatemaltekische Opposition hat, was selten genug der Fall ist, Grund zur Freude: ihrer bekanntesten Vertreterin, Rigoberta Menchú, wird am 10. Dezember in Oslo der Friedensnobelpreis für das Jahr 1992 verliehen. Kurz vor Bekanntgabe der Entscheidung des Nobelkomitees waren wir der Quiché-Indianerin in Mexiko-Stadt begegnet. Dort lebt sie seit 1981 im Exil. Wenig später trafen wir sie erneut, als sie für einige Tage in ihr Land reiste.

"So einfach, wie Du Dir das vielleicht vorstellst, geht das nicht. Rigoberta ist nicht einmal drei ganze Tage hier in der Stadt. Die nächsten Flüge nach Nicaragua, Spanien und Frankreich sind schon gebucht. Ich bin zwar mit Ihr befreundet und kenne auch die Mitarbeiterinnen der Gruppe, die ihre Arbeit koordinieren und die Terminplanung machen, aber daß Du sie treffen und interviewen kannst, wird wirklich sehr schwierig. Du darfst nicht vergessen, daß Rigoberta mehrere Wochen lang nicht hier war. Überhaupt ist sie ständig unterwegs. Im Büro türmt sich die Arbeit. Darüber hinaus braucht sie einfach auch einige freie Stunden Zeit, um sich zu erholen und ihre Freunde zu treffen. Aber gut, ich höre mich um, ob sich was machen läßt." Zwei Tage später rief mich Juan, Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Justicia y Paz, an: "Am Samstag kannst du sie von 17.20 bis 17.40 Uhr sprechen, komm nicht zu spät. Die Adresse gebe ich dir später."

Der vereinbarte Treffpunkt liegt in der Nähe der "Zapata". Wir sehen den hochgewachsenen Blonden schon von weitem. Mit den Armen rudernd dirigiert er eine Frau, die Tracht trägt. Er fummelt hektisch an seinem winzigen Photoapparat herum. Die Frau steht mit weit aufgerissenen Augen an der hellgrauen Hausmauer. Mit dem Rücken zur Wand streckt sie beide Arme steif von sich. Hilflose Abwehr steht ihr ins Gesicht geschrieben. Das muß sie sein. Wir gehen direkt auf das ungleiche Paar zu. Der dänische Journalist hatte seit Wochen versucht, einen Termin zu ergattern und war für sein einstündiges Gespräch extra aus San José (Costa Rica) nach Mexiko-Stadt gereist. Die Situation, die sich zwischen ihm und Rigoberta Menchú weiter entwickelt, ist so grotesk, daß wir geradeheraus loslachen. Rigoberta prustet auch gleich los und fragt: "Wo kommt ihr denn her? Wer seid denn ihr?" Wir wollten das vereinbarte Interview mit ihr machen. "Aber", ein neuer Lachanfall schüttelt sie, "ihr seid doch zu früh da. Ich habe doch zu Juan gesagt, ihr sollt um 17.20 Uhr kommen. Jetzt ist erst er dran." Sie deutet auf den verdatterten Dänen. "Ihr müßt euch hinten anstellen, so ist das jetzt bei mir. Kommt mit rein, ihr könnt im Büro warten." Das Eis ist gebrochen. Rigobertas Erstarrung löst sich. Sie fängt schon auf dem Weg ins Haus an zu erzählen und mit uns zu diskutieren.

Sie sieht furchtbar müde und mitgenommen aus. Sie sitzt völlig verkrampft am Tisch. Sie hat hartnäckige violett-schwarze Schatten unter den Augen. Heute hat sie bereits acht Termine hinter sich und nach unserem Gespräch noch einen weiteren vor sich. Während wir uns unterhalten, quellen weitere Vorschläge, Nachfragen und Aufforderungen aus dem Fax. "Kommt entweder gleich rein, oder ich gehe. Wenn ich jetzt eine Pause mache, findet das Gespräch nicht mehr statt. Macht es kurz, ich bin total kaputt." Die Dreiunddreißigjährige trägt ihre pechschwarzen langen Haare offen, die Haarbänder hat sie schon abgelegt. Sie holt weit aus, um meine Fragen zu beantworten. Sie reißt sich zusammen, konzentriert sich erneut, ich weiß nicht zum wievielten Mal heute. Man merkt, daß sie gewohnt ist, ein riesiges Arbeitspensum zu bewältigen. Während sie spricht, flicht sie die bunten Bänder erneut in ihr Haar, richtet sich auf, setzt sich in Pose und bedeutet mit einer Geste: "Jetzt könnt ihr photographieren." Diese Frau ist ein Energiebündel von fast unglaublicher Selbstdisziplin.

Die Kampagne

Die Delegierten des zweiten Treffens der "Kontinentalen Kampagne: 500 Jahre Indígena-, Schwarzen- und Volkswiderstand" beschlossen im Oktober 1991 in Quetzaltenango (Guatemala), die Kandidatur Menchús zu unterstützen. Vor einem Jahr, am 19. Dezember 1991, wurde Rigoberta Menchú dann von den Friedensnobelpreisträgern Desmond Tutu (1984), Adolfo Pérez Esquivel (1980) sowie von norwegischen und italienischen Parlamentsabgeordneten offiziell vorgeschlagen. In seiner Vorstellung der Kandidatin schrieb

Pérez Esquivel an das Nobelkomitee: "Das Gedankengut von Rigoberta drückt die Meinung aller Völker Lateinamerikas aus. Deren Weg durch die vergangenen 500 Jahre ist durch Leiden und Verfolgung, aber auch durch einen starken Widerstandsgeist sowie die Hoffnung gekennzeichnet, ein würdevolles Leben erreichen zu können." Er fährt fort: "Ihr Leben ist ein Zeugnis. Sie ist überlebende Zeugin des Genozids, dem ihre Familie und ihre Gemeinde zum Opfer fielen." Nach der Schilderung ihres persönlichen Schicksals heißt es: "Rigoberta Menchú hat sich in eine Vertreterin der Völker verwandelt. Sie fordert das Recht auf Wahrheit und Gerechtigkeit sowie das Recht auf Identität und Leben der indianischen Kulturen ein." Pérez Esquivel betont abschließend, daß die Verleihung des Preises an Rigoberta Menchú ein Akt der Gerechtigkeit für einen ganzen Kontinent sei. Dieser Ansicht schlossen sich im Laufe der folgenden Monate namhafte Persönlichkeiten in Lateinamerika, den USA und Europa an. In der Bundesrepublik warben vor allem die Guatemala-Soli-Gruppen dafür, sowie - spät, aber schließlich doch - kirchliche Gremien und Institutionen.

Das Establishment Guatemalas versuchte zunächst, die Sache zu ignorieren. Als die Kampagne Fahrt bekam, lancierte man, auch wenn es hierzulande kaum zu glauben ist, eine eigene Kandidatin. Eine Ladina (Weiße), Angehörige der Oberschicht. Die Dame, Elisa Molina de Stahl, ist Vorsitzende eines Vereins für Blinde und Gehörgeschädigte. Daß Regierung und Oligarchie überhaupt auf die Idee kamen, der internationalen Öffentlichkeit eine Frau, der man bestenfalls einige karitative Bemühungen bescheinigen kann, als Gegenkandidatin für den Nobelpreis anzudienen, zeigt den Abgrund an arroganter Dummheit und rassistischer Ignoranz, mit der die herrschende Klasse dieses Landes geschlagen ist. Sogar staatstragende US-Zeitungen wie die "Washington Post" hatten dafür nur niederschmetternde Kommentare übrig. Sie sprach von "einem Manöver, das die rassistische Haltung gegenüber der indigenen Maya-Bevölkerung zeigt." Wenige Tage vor der Entscheidung behauptete die Armee öffentlich, Menchú unterhalte Beziehungen zur Guerilla und verdiene deshalb keinen Preis. Nach Bekanntgabe der Entscheidung hüllten sich Regierung und Armee tagelang in völliges Schweigen. Später rang sich Präsident Serrano doch noch ein von Beobachtern als "frostig" bezeichnetes Treffen mit der Preisträgerin ab.

Die Zeugin

Wir verzichteten bei unserem Treffen von vornherein vollständig darauf, Fragen zu ihrer persönlichen Geschichte zu stellen, die an anderer Stelle, zum Beispiel ihrem Buch, schon beantwortet sind. Fragen zum Beispiel nach den Umständen und den Verantwortlichen für den Tod ihrer Angehörigen. Diese werden ihr jetzt immer wieder gestellt und reißen immer wieder neu Wunden auf. Und die Preisträgerin hat viele Verletzungen, die, das wurde uns in dieser Begegnung deutlich, nur sehr, sehr oberflächlich vernarbt sind.

Rigoberta Menchú mußte, wie so viele ihrer indianischen Landsleute, schon von Kindesbeinen an auf den Feldern der Großgrundbesitzer arbeiten. Jahr für Jahr verließ die Familie für einige Monate die winzigen Felder im Hochland, um sich auf den Feldern der Großgrundbesitzer an der Küste als Erntearbeiter zu verdingen. Rigoberta verlor in der Hitze des fruchtbaren Küstenstreifens ihren ältesten Bruder Felipe, der mit Herbiziden vergiftet wurde, und den zweijährigen Nicolás, der an Unterernährung starb.

Ein weiterer Bruder, der sechzehnjährige Petrocinio, wurde am 23. September 1979 in Chajul (Departament Quiché) gemeinsam mit anderen von der Folter grauenhaft entstellt, aber noch lebend von der Armee öffentlich verbrannt. Er sei "Kommunist, Kubaner und Guerillero" gewesen. Rigoberta, ihre Eltern und hunderte weiterer Campesinos wurden von Soldaten gezwungen, alles mitanzusehen. Ein Offizier hielt erst noch eine zweistündige Rede, bevor Soldaten lachend Benzin über die Todeskandidaten schütteten.

Ihr Vater starb im Januar 1980 mit 38 weiteren Campesinos ebenfalls den Feuertod, als Militärs die besetzte spanische Botschaft anzündeten. Die Landarbeiter waren, organisiert vom "Komitee für die Einheit der Landarbeiter" (CUC), in die Hauptstadt gekommen, um friedlich gegen die Verfolgung durch die Armee zu protestieren. Wenige Wochen später wurde ihre Mutter vom Militär gefangengenommen, gefoltert, vergewaltigt, grauenvoll verstümmelt und schließlich wilden Tieren zum Fraß vorgeworfen. Zwei Schwestern schlossen sich der Guerilla an. Rigoberta ging 1981 ins Exil nach Mexiko und wurde zunächst in einem Kloster aufgenommen. Dort begann sie, die lange Jahre als Religionslehrerin gewirkt hatte, in Kirchenkreisen ihre unermüdliche Arbeit gegen die Politik der verbrannten Erde, mit der die Generäle das indianische Hochland von 1980-1983/84 überzogen. Konferenzen, Rundreisen und die Teilnahme an UNO-Gremien; Reden, bis die Worte zu Asche werden; immer wieder Funken aus der Asche schlagen; Pressekonferenzen gegen das internationale Desinteresse; dies alles bestimmte fortan ihr Leben. Sie wurde bekannt, als sie ein Buch über

ihren Leidensweg veröffentlichte. Unter dem Titel "Rigoberta Menchú. Leben in Guatemala" wurde die deutschsprachige Übersetzung vom verdienstvollen Lamuv-Verlag schon 1983 auf den Markt gebracht. Seit kurzem liegt eine Neuauflage vor.

In diesem Zusammenhang soll noch auf ein "Mißverständnis" von interessierter Seite hingewiesen werden. Die bürgerliche Presse, als Beispiel sei die "Zeit" (23.10.1992, S. 10) zitiert, feiert, nachdem sie sich mehr als zehn Jahre lang nicht für die Lage der indianischen Bevölkerungsmehrheit interessiert hat, die Nobelpreisträgerin jetzt als Beispiel für den "friedlichen Kampf" und die "friedliche Organisation der Unterdrückten", die für "Einsicht bei den Unterdrückern" einträten. Menchú sei, so legen sie nahe, ein Beispiel für die Ideologie der Gewaltfreiheit. Das ist sie nicht. Wer ihr Buch liest, wird darin mehrere Momente finden, in denen sich ihr Vater und sie selbst überlegen, zur Waffe zu greifen und sich in die Guerilla einzugliedern. Sie tun es nicht. Nicht deshalb, weil sie ideologische Vorbehalte hätten, sondern weil sie zur Ansicht kommen, daß sie der Sache besser dienen, wenn sie die Bewußtseinsschaffung und die Organisation der Bevölkerung vorantreiben. That's it. Daß sich die Nobelpreisträgerin heute hinstellt, übrigens wie die gesamte legale Opposition im Land, und betont, daß sie nicht mit Waffen sondern mit Argumenten kämpfe, ist logisch. Romantiker, die jeden Tag erzählen oder meinen beweisen zu müssen, wie radikal sie sind, leben in den Ländern, in denen- die Klassenkämpfe auch bewaffnet geführt werden, nicht besonders lange.

Das Gespräch

Was sich ihrer Meinung nach durch die Arbeit der letzten zehn Jahre geändert habe, wollten wir einleitend wissen. "Für mich hat sich wenig geändert. Was neu ist, sind die internationalen Bedingungen. Wir haben heute einen wesentlich größeren Spielraum, größere Foren. Wir haben heute Zugang zu Kreisen, die wir früher nicht erreichen konnten. Auf internationaler Ebene ist es uns gelungen, das Schweigen über die Vorfälle in Guatemala zu durchbrechen. Dies hat auch Auswirkungen auf das Land selbst, wenngleich diese minimal sind." Ob das alles sei? Rigoberta Menchú: "Früher hatten viele eine passive Einstellung, sie ergaben sich in ihr Schicksal. Sie waren resigniert. Jetzt nicht mehr. Die Indígenas wissen jetzt sehr genau, was Gerechtigkeit ist und dafür treten sie ein." Welche Rolle das "Komitee für die Einheit der Landarbeiter" (CUC) dabei spiele, frage ich nach. Ihr Vater gehörte bis zu dessen Tod zu den führenden Mitgliedern, und Rigoberta selbst gründete mit einer Handvoll Kombattanten den CUC 1985 neu, nachdem dieser infolge der brutalen Repression (1980-1983) als handlungsfähige Organisation zerstört worden war. Mit viel Understatement erwidert sie: "Eine bescheidene Rolle. Der CUC ist nur eine von vielen Campesino-, Volks- und Basisorganisationen in Guatemala. Der CUC trägt seinen konkreten Teil dazu bei, Guatemala zu verändern. Wir, die wir seit Jahren im CUC für die Zukunft unseres Landes arbeiten, haben politische Erfahrungen gesammelt und diese an Landsleute weitergegeben, die heute Basisorganisationen anführen." Welches ihre wichtigsten Ziele seien, haken wir nach. "Unser Kampf ist sehr umfassend, voller Liebe und dem Leben zugewandt. Die Männer und Frauen des ‚Komitees für Bauerneinheit` (CUC) sind Landbewohner, die mit der Machete arbeiten und ihre Einfachheit nicht verloren haben. Sie leben trotz der vielen Arbeit in Armut. Sie streiten für eine Alternative, die den Indígenas ermöglicht, den Weg zu gehen, der ihnen historisch zukommt. Es geht dabei um die politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht. Wir treten für eine Serie von Forderungen ein: Respekt des Lebens und der Natur, Landreform, usw." Ob denn auch versucht werden sollte, das kulturelle Erbe der Maya-Nachkommen zu erhalten, zu konservieren? Menchú: "Die Indígenas haben ein Recht auf Entwicklung, auf Fortschritt, auf die Aneignung all dessen, was in der modernen Welt existiert. Aber eingepaßt in unsere Kultur." Ihr Büro ist unter anderem mit Computer und Telefax modern ausgestattet. "Das ist unsere Kultur. Wir wollen nicht als Mythen aus der Vergangenheit verklärt werden. Wir sind auch keine Mayastatuen, die auf dem Stand von vor 500 Jahren stehengeblieben sind", betont sie.

Was die Nobelpreiskandidatur für sie persönlich verändert habe, will ich wissen. "Manchmal habe ich schon ein komisches Gefühl. Ich bin erstaunt darüber, was alles mit mir passiert. Hin und wieder denke ich, ob ich im Tausch für die vielen Journalisten, Fernsehkameras oder die große Zuhörerschaft meine Eltern wiedersehen könnte. Wenn das möglich wäre, wäre ich lieber bei meinen Eltern. Wenn ich all das dafür eintauschen könnte, um wieder an dem Ort zu leben, an dem ich geboren bin, würde ich das sofort machen." Welche Rolle spielen für sie Freunde, andere Exilierte, Landsleute? Ihr schießen die Tränen in die Augen. "Das Kollektiv, meine Compañeros, diejenigen, die nie ein Buch geschrieben haben, kümmern sich um mich. Sie sorgen mit dafür, daß die Botschaft ankommt. Sie helfen mir dabei, nicht abzuheben. Ich bewege mich in den Korridoren der UNO und habe mit protokollarischen Empfängen zu tun. Wenn man dort arbeitet, füllt sich das Leben mit

Einsamkeit. Man könnte es nicht ertragen, wenn es nicht all das gäbe, was hinter einem steht. Brüder und Schwestern, die im Stillen arbeiten, die niemand kennt." Rigoberta kam in Fahrt, war kaum mehr zu bremsen. Nach einer Stunde, wir hatten die uns ursprüngliche zugestandene Zeit schon um das Doppelte überschritten, machte ich das Tonband aus und versuchte von meiner Seite aus, das Gespräch beenden. Rigoberta war aber schon so müde, daß sie einfach weitersprach, erzählte, argumentierte. Das ging noch einmal eine halbe Stunde lang. Dann verabschiedeten wir uns, um uns vier Wochen später in Guatemala-Stadt erneut zu begegnen. Sie besuchte ihre Heimat, um sich an den Aktionen gegen die Jubelfeiern zum fünfhundertsten Jahrestag der Landung Kolumbus in der "Neuen Welt" zu beteiligen.

Die politische Bedeutung

der Preisvergabe

Am 10. Dezember kann Rigoberta Menchú Tum in Oslo den Nobelpreis für Frieden entgegennehmen. Dies ist, 500 Jahre nach Ankunft der Spanier in Amerika, eine symbolische Anerkennung der Opfer von Eroberung und Kolonisierung. Ohne dieses historische Datum im Hintergrund wäre es viel schwieriger gewesen, das Kampagnenziel zu erreichen. Etwa 65-70% der neun Millionen Einwohner Guatemalas werden heute zu einer der 22 indianischen Ethnien gerechnet. Die Quiché leben im westlichen Hochland und sind mit 925.000 Angehörigen die größte indianische Bevölkerungsgruppe des Landes. In ganz Amerika leben derzeit etwa 43 Millionen Indianer. Ihre Sprachen, Kulturen und politischen Vorstellungen sind jedoch so unterschiedlich, daß es trotz der allen gemeinsamen Armut, der politischen Unterdrückung, ethnischen Diskriminierung und der rassistischen Ausgrenzung im Grunde sinnlos ist, von den Indianern zu sprechen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an eine Frau, die aus einem winzigen Hochlanddorf, Chimel, kommt und erst als Erwachsene die offizielle Landessprache Spanisch lernte, wird jedoch zurecht als Anerkennung des Existenzrechtes aller Indígenas verstanden. Das Nobelkomitee würdigte ihren "Kampf für die soziale Gerechtigkeit" sowie ihren "Einsatz für die Indianer Guatemalas und der Region". Rigoberta Menchú verkörpert derzeit wie keine andere den Überlebenswillen und den Widerstand der indianischen Gemeinschaften Amerikas. Sie wird das Preisgeld, ca. 1,7 Mio. DM, einer Stiftung übergeben, die den Namen ihres Vaters trägt. Diese Stiftung soll Teil der Kämpfe für die Menschenrechte in Guatemala sein.

Die Preisvergabe würdigt auch den Leidensweg und den Kampfeswillen einer Frau, die ihrem Land ein Beispiel der Würde gibt. Dieser Aspekt ist für die guatemaltekische Opposition von hoher Bedeutung, denn die legalen Basisbewegungen, unter ihnen der CUC, stehen weiterhin unter großem Repressionsdruck. Seit Januar 1986 regieren gewählte Präsidenten das Land. Dennoch werden pro Jahr weiterhin zwischen 600 und 1.000 Personen aus politischen Gründen ermordet. Etwa 100 "verschwinden" jährlich. Die Verhandlungen zwischen Guerilla und Regierung stecken seit etwa einem Jahr in der Sackgasse, und der Druck auf die legalen Bewegungen nimmt erneut zu. Da nicht zu erwarten ist, daß die Verhandlungen in kürzerer Frist - in Monaten - zu konkreten Ergebnissen führen, ist die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auch über den 10. Dezember hinaus wichtig, für einzelne vielleicht sogar lebenswichtig.

Al., Nürnberg

10. BRD - der wohlbedachte Staatsnotstand

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:34

Staatsstreich-Pläne hatte der "Spiegel" auf dem CDU-Parteitag ausgemacht, basierend auf Anleitungen zum Bruch der Verfassung, die die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages in Form eines "Gefälligkeitsgutachtens" ausgearbeitet haben.

Die CDU hatte dabei doch nur die Forderungen, die sie selbst monatelang in der Bevölkerung hatte popularisieren lassen und die auf diesem Wege etwas vereinfacht wurden, auf die passende staatsrechtliche Formel "Staatsnotstand" oder "Notstand" gebracht. In der Darstellung der Lage sind sich die etablierten Parteien bis weit in die Reihen der Kommunalpolitiker einig: Überlastung der Kommunen und des Sozialsystems, Blockade der Gerichte und Verwaltungen, Überlastung des Wohnungsmarktes, Unterbringungsnotstand für und durch AsylbewerberInnen und Flüchtlinge.

Wer für diese Lage monate-, jahrelang zuerst eine angeblich zu liberale und rechtsstaatliche Grundrechtspraxis und schließlich das Grundrecht selbst verantwortlich macht, wird irgendwann vor die Frage gestellt, wann denn nun wirklich damit Schluß sei. Und wenn die Stimmung in den eigenen Reihen bis zum faschistoiden Punkt hochgekocht ist, dann heißt es eben auch da: "Wo bleibt eigentlich die Autorität in diesem Scheiß-Staat". So der Bamberger CSU-Bundestagsabgeordnete Scheu (FR, 9.11.).

Wir wissen nicht, ob solche klassisch rechtsradikalen Reden bei den internen Kabinetts- und Fraktionssitzungen auch geschwungen werden. Wir wissen aber, daß führende Innenpolitiker der Union die passende Antwort gefunden haben. Die Lage wird zusammengefaßt als Staatsnotstand oder Notstand bezeichnet, womit das Eingeständnis oder die Behauptung verbunden ist, daß im Rahmen der üblichen rechtsstaatlichen Regeln die Möglichkeiten ausgereizt seien. Die Regierung braucht zur Wiederherstellung ihrer Handlungsfähigkeit "Notstandsbefugnisse".

Hier wehte nun tatsächlich ein Hauch von Weimar durch die BRD: die Praxis der Präsidialkabinette, mit Notstandsparagraphen die Regierungsgeschäfte zu betreiben, läßt grüßen.

Erster Anlauf - Mit Bedacht

Eine Woche vor dem CDU-Parteitag, auf dem der "Spiegel" die Staatsstreich-Pläne vernommen hat, erklärte Kohl in einem Interview mit der "Rheinischen Post", "in den Augen der Bürger sei der Staatsnotstand eingetreten, wenn ein Staat handlungsunfähig sei. Er könne und werde als Bundeskanzler nicht zusehen, wie die Situation für die Bürger vollkommen unerträglich werde. Der massenhafte Zustrom von Asylbewerbern hat (...) zu unhaltbaren Zuständen in den Gemeinden geführt. Wenn sich die SPD einer wirksamen Regelung des Asylrechts widersetzen sollte, werde er weitere Überlegungen anstellen." (dpa, 23.10.) (Die Zusammenfassung der Tagesmeldung sah bei dpa am 23.10. treffenderweise so aus: "Kohl befürchtet Staatsnotstand - Engholm warnt vor grenzenloser Zuwanderung").

Nicht nur die bisher massivste Rechtfertigung der Pogrome - Kohl verlieh ihnen die Weihe quasi offizieller Notwehrhandlungen von um das Funktionieren des Staates besorgter BürgerInnen - war unkommentiert auf dem Tisch. Die SPD und die Medien nahmen in ihrer Dickfelligkeit - und grundsätzlichen Übereinstimmung? - die Drohung an ihre Adresse überhaupt nicht wahr.

Zweiter Anlauf und Durchbruch

Die CDU-Führung mußte auf ihrem Parteitag eine Woche später ziemlich kräftig auf den Putz hauen, um sich in der Öffentlichkeit verständlich zu machen und um der Opposition zu verdeutlichen, daß sie meint, was sie sagt: "Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten. (...) Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefgehenden Vertrauenskrise gegenüber unserem Staat, ich sage mit Bedacht: Ja, eines Staatsnotstandes." (Kohl lt. "Bild" vom 2.11.)

Waigel zog nach, Gerster variierte den Staatsnotstand zum sozialen Notstand und forderte ein Asylsicherstellungsgesetz, Stoiber stieg ein, Scholz sekundierte. Und es zeigte sich, daß die von Kohl angedrohten weiteren Überlegungen in der CDU/CSU-Führung nicht erst nach dem SPD-Parteitag angestellt werden. Sie sind längst gemacht.

"Schon vor der Verabschiedung der Bundestagsentschließung zum Asylrecht am 15. Oktober hatten sich der Bundeskanzler Kohl, der CSU-Vorsitzende Waigel, der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff und die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien darauf (nämlich: den Zustrom von Asylbewerbern nach Deutschland mit einer einfachen Gesetzgebung des Bundestages einzudämmen) verständigt, um einen drohenden ‚Staatsnotstand' abzuwenden" (FAZ, 2.11.)

Mit Bedacht werden stückchenweise Notstandspläne aufgedeckt; wie bei der Inquisition werden zunächst die Instrumente gezeigt, die zur Anwendung kommen sollen. Gerster, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, hat einen freundlicheren Namen gefunden: ein Asylsicherstellungsgesetz, mit dem erreicht werden könne, "daß das soziale Grundrecht Asyl für tatsächlich politisch Verfolgte garantiert und in der Praxis sichergestellt werde." (FAZ, 2.11.)

Dahinter verbergen sich konkret eine ganze Reihe von Maßnahmen, die im Laufe der letzten Monate und Jahre in den öffentlichen Diskussionen um "Asylmißbrauch und illegale Zuwanderer" für absolut notwendig erklärt wurden. "Tatsächlich politisch Verfolgte" nach herrschender Definition machen ja nur einen winzigen Bruchteil der Leute aus, die in die BRD kommen. Argumentiert wird bekanntermaßen mit Anerkennungsquoten. Bei rumänischen BürgerInnen sind das 0,2 Prozent, Bulgaren 0,1 Prozent, ehemaliges Jugoslawien 1,8 Prozent; die Gesamtanerkennungsquote liegt bei 4,5 Prozent. (Spiegel, 46/92)

Ein sog. Asylsicherstellungsgesetz hätte vor allem zweierlei zu leisten: Es müßte die Grenzen so dicht machen, daß weder die heutige "Überflutung" erreicht, noch die prognostizierte Steigerung eintreten könnte. Zum zweiten müßten alle angeblich illegal hier lebenden AusländerInnen abgeschoben werden können.

Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele sind nach Ansicht der CDU/CSU seit langem notwendig, ob mit oder ohne Grundgesetzänderung. CDU/CSU haben sich dafür entschieden, Länderlisten, Grenzsicherung und Zurückweisung sowie Abschiebung bei fehlenden Papieren an die Abschaffung des Art. 16.2 GG zu binden. Die aktuelle Staatsnotstands-Debatte setzt Maßstäbe und ist eine Art Befreiungsschlag: alles unterhalb des offiziell erklärten Notstandes gilt fortan als relativ harmlos. Und die Regierung hat sich aus zwei Dilemmata befreit.

Sie hat erstens deutlich gemacht, daß einer Grundgesetzänderung praktische Schritte zur Umsetzung folgen müssen; eine Abschaffung des Art. 16.2 vereinfacht nur eine Teillösung des Problems. Zweitens erhält sich die CDU/CSU selbst bei einem völligen Kniefall der SPD die "Lösung der Asylfrage" als politischen Dauerbrenner, mit dem sie Tatkraft demonstrieren und die SPD weiterhin als Verhinderin einer "Lösung" darstellen kann.

Das Repertoire an möglichen Maßnahmen ist dramatisch und wird nicht ohne Widerstand durchzusetzen sein. Denkbar - und in den letzten Wochen in den Vordergrund gespielt - sind konsequente Abschiebemaßnahmen in großem Umfang (der "Spiegel" 46/92 spricht von 300.000 Menschen, die zur sofortigen Abschiebung anstehen) und vor allem Grenzsicherungsmaßnahmen.

Im Gespräch sind als Sammellager getarnte Abschiebeknäste und Notaufnahmelager an den Grenzen, in denen nur noch völlig formal nach der Genfer Flüchtlingskonvention entschieden werden würde. Im einen Zimmer der Entscheider, im zweiten der "Grenzrichter", die zweite Instanz, und vor der Tür die BGS-Sammeltransporter. (siehe "Spiegel" 46/92).

Lockerer Umgang

mit der Verfassung

Der Einsatz der Bundeswehr wird bei diesen Vorhaben immer wieder angedeutet. Ehemalige Bundeswehrsoldaten sollen nicht nur die Altlasten des Zirndorfer Amtes aufarbeiten helfen. Entscheidungszentren für Asylbewerbungen sollen in Bundesgrenzschutz- und Bundeswehrkasernen in Fulda, Hannover, Lübeck und Coburg eingerichtet werden. ("Behördenspiegel", Okt. 92). Der FDP-Asyl-Experte Hirsch fragt im Innenausschuß des Bundestages an, ob die Rückführung rumänischer BürgerInnen nicht billiger mit Bundeswehrmaschinen getätigt werden könne.

"Den Artikel müssen wir notfalls auch noch ändern", sagte CSU-Landesgruppenleiter Bötsch im August, als er darauf hingewiesen wurde, daß Art. 87 GG den Einsatz der Bundeswehr im Inneren verbietet. Bötsch wollte

damit angeblich "bürgerkriegsähnliche Situationen wie in Rostock bewältigen". (Spiegel, 36/92).Naheliegender ist, die Bundeswehr an den Grenzen einzusetzen - im "Notstandsfall".

Im Januar schrieb Dieter S. Lutz in der "Frankfurter Rundschau" (9.1.): "Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn verlegen Streitkräfte an ihre Ostgrenzen, Österreich läßt Militär patrouillieren, die Schweiz übt Truppeneinsätze gegen illegale Einewanderer, Italien weist albanische Flüchtlinge mit Kriegsschiffen zurück, und Finnland schneidet Hilfesuchenden mit Eisbrechern den Weg ab (...) Die Bundesrepublik Deutschland verlegt, wenn auch nicht Truppen der Bundeswehr, so doch zusätzliche Einheiten des Bundesgrenzschutzes an ihre Ostgrenze."

"Wenn auch noch nicht Einheiten der Bundeswehr", müßte es heißen, denn hier wird die Schraube der europäischen Harmonisierung weitergedreht.

Büro Jelpke, Bonn

Armeen in Europa gegen Flüchtlinge?

"Deshalb ist die Nato entschlossen, den Konsultations- und Entscheidungsmechanismus sowie das Führungssystem vor allem an der Südflanke so auszubauen, daß es die erforderliche Flexibilität besitzt, um denkbaren Krisen der nächsten Jahrzehnte gewachsen zu sein. Sie könnten sich aus dem scharfen Gegensatz zwischen armen und reichen Ländern, aus einem ungehemmten Wachstum der Bevölkerung, aus dem Kampf um Wasserrechte, aus Flucht- und Auswanderungsströmen (...) ergeben". (Hallerbach in "Europäische Sicherheit" 6/92).

Seit April 92 hält die Nato im Mittelmeer eine Flotte von acht Schiffen in ständiger Einsatzbereitschaft, wobei es "besonders zu begrüßen ist, daß dazu die Bundesrepublik ihren Beitrag leistet" (ebd.) und ihren Zerstörer "Bayern" dafür abgestellt hat. Anfang Februar wurde militärisches Krisenmanagement geübt. Die "Europäische Sicherheit" (4/92) schreibt, die "neue Herausforderung unserer Tage" liege darin, daß es kein Bedrohungsszenario gebe. Die angenommene Ausgangslage der Übung sah dann so aus, daß "eigenartige Kräfte im Mittelmeer einliefen". Geklärt werden mußte, ob und wer in der NATO die am besten geeigneten Mittel besitzt, "eine solche Gruppe von Schiffen kontinuierlich so zu überwachen, daß unliebsame Überraschungen ausgeschlossen werden konnten". Naheliegen dürfte es, so wird zugestanden, "daß die Erinnerung an die Flüchtlingsströme aus Albanien mitspielte, die den Nato-Partner Italien überraschten und (...) an den Rand einer schweren Krise brachten." (ES 4/92)

11. Das rosa-grüne Beschleunigungskonzept

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:12

Klaus-Peter Klingelschmitt, Hofberichterstatter der taz bei den hessischen Grünen, konnte eine kleine Sensation vermelden: "Asyldebatte: CDU im Hessen-Landtag isoliert" (taz, 25.9.). Die Frankfurter Rundschau titelte über dasselbe Ereignis "Asyldebatte: Landtag einig gegen Fremdenhaß" (FR, 25.9.). Lügt hier jemand? Nicht direkt. Einstimmig verurteilte der hessische Landtag die "Angriffe von rechtsradikalen Gewalttätern auf Flüchtlingsunterkünfte", einstimmig appelliert er an "alle demokratischen Parteien und Organisationen", "energisch dem Fremdenhaß und dem Klima der wachsenden Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten". So steht es im ersten Absatz des Vorspanns zu einem "dringlichen Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen". Auch der zweite Absatz wurde einstimmig angenommen: "Der Hessische Landtag erwartet, daß Bund, Land und Gemeinden alle mit der Unterbringung und verfahrensmäßigen Behandlung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenhängenden Fragen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung lösen und insbesondere die Organisation der Flüchtlingsverwaltungen verbessern sowie die Bearbeitung von Anträgen beschleunigen und effizienter gestalten."

Um noch deutlicher herauszuarbeiten, was da in Hessen und anderswo künftig "beschleunigt" und "effizienter" vonstatten gehen soll, reichte die FDP einen Änderungsantrag zum "dringlichen Antrag" von SPD und Grünen ein: "Nach dem zweiten Absatz wird folgender Absatz eingefügt:

Das Asylverfahrensgesetz muß aber im Interesse der Entlastung von Städten und Gemeinden durch gemeinsame Anstrengung auf Bundesebene so gestaltet werden, daß

- politisch Verfolgte schnell anerkannt werden können,

- nicht politisch Verfolgte keinen speziellen Anreiz erhalten, unter Berufung auf Artikel 16 in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen,

- rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, sofern sie kein sonstiges Bleiberecht haben, rasch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden können."

An dieser Klarstellung zerbrach die Allparteienkoalition. Es irrt allerdings, wer glaubt, daß die Grünen an diesem Punkt ausgestiegen wären. Nein, die CDU sah hier "materiell eine wesentliche Änderung" (CDU-Fraktionsvorsitzender Kanther). "Sonstiges Bleiberecht"? - nichts da! Abgelehnte Asylbewerber gehören abgeschoben und dürfen "Rechtsmittel aus dem Ausland" einlegen (Kanther).

Die Grünen hingegen stimmten dem FDP-Antrag ausdrücklich zu - wegen der für sie verlockenden Möglichkeit, "hier im Hessischen Landtag Konsens über bestimmte Verfahrensfragen zu erreichen" (Grünen-Fraktionsvorsitzender Rupert von Plottnitz). Grüne Cleverness siegt über liberale Schlitzohrigkeit! Daß die Grünen genau wußten, worüber sie abstimmten, hatte einen Tag vor der Landtagssitzung ihre Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Iris Blaul, gegenüber der taz zu Protokoll gegeben. Die noch nicht entschiedenen Asylanträge von Polen, die zu Zeiten des Kriegsrechts in die BRD kamen, müßten jetzt schnell bearbeitet werden. Ministerin Blaul: "Der Asylgrund ist da längst weggefallen. Hier muß jetzt zügig abgelehnt werden." Und dann ebenso zügig abgeschoben.

Die hessischen Grünen scheinen ehrlich überzeugt, sie hätten mit ihrer Beschleunigungspolitik die finsteren Pläne der Bundesregierung zumindest in Teilen durchkreuzt. "Es war die politische Strategie dieser Bundesregierung, sich via Beschleunigungsgesetz in Kombination mit der Bearbeitungsblockade in Zirndorf an eine Aushöhlung des Artikel 16 Grundgesetz heranzurobben", hat Frau Blaul ganz richtig erkannt. Was tut also eine konstruktive Opposition, die gleichzeitig in Hessen die Regierungskoalition stellt? Sie richtet in ihrem Einflußbereich "hundert weitere Stellen für (Asyl-)Entscheider (ein), die dem Bund zur Bearbeitung hessischer Fälle zur Verfügung gestellt werden sollen" (Punkt 3 des Antragstextes; einstimmig angenommen).

Dem insgesamt 17 "konkrete Schritte" umfassenden Maßnahmenkatalog - die Punkte 4 bis 17 wurden in die Parlamentsausschüsse verwiesen - ist ein relativierender Schlußabsatz nachgestellt: "Der Landtag erwartet, daß mit diesem Maßnahmenpaket rechtlich mögliche und verwaltungsmäßig umsetzbare Schritte zur Beschleunigung des Asylverfahrens umgesetzt werden. Er stellt aber ausdrücklich fest, daß ca. 40 v.H. der

Asylbewerber unter anderem auch aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention ein Bleiberecht in der Bundesrepublik besitzen werden. Es darf daher nicht der Eindruck erweckt werden, mit dem Beschleunigungskonzept würden sich alle Unterbringungsprobleme erübrigen. Nur eine differenzierte Betrachtungsweise ist sachgerecht zur Problemlösung und kann angesichts der emotionalisierten und polemischen Diskussion der Flüchtlingsprobleme zu einem gesellschaftlichen Konsens zurückführen."

Klingelschmitt wird begeistert sein. SPD und Grüne stiften einen neuen (?) gesellschaftlichen Konsens, die CDU steht hilflos und "isoliert" daneben. Welchen Inhalt dieser Konsens haben soll, geht aus den von SPD und Grünen vorgeschlagenen und für "unbedingt erforderlich" erklärten "konkreten Schritten" noch deutlicher hervor. Nebenstehend einige Auszüge aus dem rosa-grünen Brutalitätenkatalog.

Js.

Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und der

GRÜNEN betreffend Asylverfahren in Hessen

(...)

4. Im Zusammenhang mit der Schaffung dieser neuen Stellen müssen weitere Außenstellen des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Hessen geschaffen werden. Dabei sollte geprüft werden, ob im Rahmen der Schaffung zusätzlicher Unterkünfte des Landes im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens eine Erstaufnahmeeinrichtung mit Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in unmittelbarer Nähe des Frankfurter Flughafens geschaffen werden kann.

(...)

6. Im gesamten Verwaltungs- und Gerichtsverfahren sollten die offensichtlich unbegründeten Fälle mit Priorität bearbeitet und entschieden werden. Durch eine enge Kooperation mit den Ausländerbehörden ist sicherzustellen, daß abgelehnte Bewerber kontrolliert ausreisen oder abgeschoben werden.

7. Durch eine einmalige Altfallregelung muß der Erfolg des Beschleunigungskonzepts ermöglicht und ein Großteil der anhängigen Verfahren pauschaliert erledigt werden. Das Bundesamt und die Verwaltungsgerichte können sich nur dann auf die offensichtlich unbegründeten neuen Anträge konzentrieren, wenn die Berge der Altverfahren drastisch reduziert werden.

8. Den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem früheren Jugoslawien, die einen Asylantrag gestellt haben, muß bei Rücknahme ihres Antrags ein befristetes Bleiberecht angeboten werden. Im übrigen sollen sie ausdrücklich über die voraussichtliche Aussichtslosigkeit ihres Asylantrags belehrt werden. Der im Ausländerrecht neu zu schaffende B-Status könnte nahezu 40 v.H. der Asylbewerberanträge von Antragstellern aus Ex-Jugoslawien, die im Laufe des Jahres 1992 gestellt wurden, erledigen.

Auch für die Bürgerkriegsflüchtlinge muß ein bundesweites Verteilungsverfahren gefunden werden, das Länderquoten wie bei Asylbewerbern vorsieht.

9. Ein neu zu schaffendes Zuwanderungsgesetz muß eine quotierte Zuwanderung für all diejenigen regeln, die keine politisch Verfolgten sind. Das Zuwanderungsbegehren muß im Heimatland gestellt werden. Wer einen unbegründeten Asylantrag gestellt hat, verwirkt einen Anspruch auf Zuwanderung. Alle Antragsteller im Asylverfahren sollen ausführlich über diese Rechtsfolge aufgeklärt werden und nach Inkrafttreten eines Zuwanderungsgesetzes in einer Übergangsklausel die Möglichkeit erhalten, ihren Antrag zurückzunehmen.

10. Durch bilaterale Abkommen mit europäischen Nachbarländern und Herkunftsländern von Asylbewerbern soll erreicht werden, daß Fluchtursachen beseitigt werden und Volksgruppen wie z.B. Roma in Rumänien und Kurden in der Türkei gesicherte Existenzmöglichkeiten erhalten. Die Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik muß sich daran orientieren, daß in den Herkunftsländern die Menschenrechte beachtet werden.

11. Bei straffällig gewordenen Asylbewerbern, die Beschuldigte in einem Ermittlungsverfahren sind, ist unter Berufung auf einen Erlaß des Bundesinnenministers vom April 1992 eine sofortige Entscheidung über den Asylbewerberantrag herbeizuführen. Durch Eilmeldungen der Polizeidienststellen bzw. der Staatsanwaltschaften ist sicherzustellen, daß derartige Fälle dem Bundesamt unmittelbar vorgelegt werden.

(...)

Wiesbaden, den 22.September 1992

12. Die Vorgeschichte des Pogroms in Rostock

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:03

Die "Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber" (ZAST) des Landes Mecklenburg-Vorpommern nahm Mitte Oktober 1990 (also unmittelbar nach dem Anschluß der DDR) ihre Arbeit auf. Für die Einrichtung der ZAST war die Wahl auf Rostock gefallen, sicher zunächst einmal nicht die schlechteste Entscheidung, ist Rostock doch mit Abstand die größte Stadt des Landes. Für die Vorbereitung war allerdings nicht viel Zeit geblieben; erst im Juli 1990 war die Hansestadt von der damals noch bestehenden Bezirksverwaltung aufgefordert worden, geeignete Objekte zur Unterbringung von Asylbewerbern, aber auch von sowjetischen Juden und sogenannten deutschstämmigen Aussiedlern zur Verfügung zu stellen. Unter dem spärlichen Angebot wählte der Bezirk dann die Hermann-Matern-Straße 18 (heute: Mecklenburger Allee) im Neubaugebiet Lichtenhagen aus. Die Nummer 18 ist Teil eines mehrere Aufgänge umfassenden elfgeschossigen Wohnblocks mit den Nummern 15 bis 19. Die Nummern 18 und 19 waren zu DDR-Zeiten das Ausländerwohnheim des Seehafens, hier wohnten Kubaner, Mozambikaner und Vietnamesen - "ein seit Jahrzehnten andauerndes friedliches, wenn auch nicht ganz spannungsfreies Verhältnis von Deutschen und Ausländern", wie der Rostocker Oberbürgermeister Kilimann (SPD) am 2.9.92 in der Rostocker Bürgerschaftssitzung befand.

Diese etwas nebulös formulierte Einschätzung läßt sich bezweifeln, hatte doch der Senat von Rostock die Einrichtung der ZAST an diesem Ort (die Kubaner waren inzwischen verschwunden) aus Sicherheitsgründen zunächst abgelehnt, wie entsprechende Protokolle belegen. Die FAZ berichtete damals: "Die städtische Ausländerbeauftragte äußert Befürchtungen, daß die Asylbewerber von der Bevölkerung nicht durchweg freundlich aufgenommen werden." (FAZ, 18.10.90) Und ein gewisser Schmidt (CDU), Leiter des Innenausschusses und erst neulich durch eine provokante Frage an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland unangenehm aufgefallen, gab schon damals, folgt man dem FAZ-Bericht, eine Kostprobe seines Denkens: "Daß ihre Unterkünfte (gemeint sind die der ehemaligen ausländischen Vertragsarbeiter - Anm. ak) nun für Asylsuchende zur Verfügung stehen könnten, glaubt Schmidt nicht. Einen Grund deutet er an: Die Vietnamesen seien in der Bevölkerung ja als bescheiden und fleißig anerkannt gewesen."

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen... 40 sowjetische Juden, die am 2.10.1990 in Lichtenhagen eingewiesen worden waren, wurden darum auch lieber gleich am nächsten Tag aus Sicherheitserwägungen nach Gelbensande in der Nähe von Rostock verlegt.

Mit der Bezirksbehörde bzw. dem Land hatte sich die Stadt Rostock dahingehend verständigt, daß der Standort in Lichtenhagen nur eine Zwischenlösung sein solle. Ansonsten, so stellte es der Oberbürgermeister in seiner schon zitierten Stellungnahme rechtfertigend dar, war die Einrichtung der ZAST für Rostock auch von Vorteil: "Die Ansiedlung der ZAST sollte ... die Halbierung der Anzahl der Asylbewerber bringen, die Rostock als Stadt zugewiesen werden würden."

Gerechnet wurde mit monatlich 300 Asylbewerbern, deren Anträge zunächst in der ZAST zu bearbeiten wären. Verantwortlich für den Betrieb und die Durchführung der Maßnahmen (dazu gehört auch die Unterbringung), so legte es eine Verordnung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes fest, sei der Senat der Stadt Rostock, für Ausführung und Finanzierung das Land. Diese Arbeitsteilung ist undeutlich. Offenbar kam es darüber immer wieder zu "Mißverständnissen" zwischen der Stadt und dem Land, es existierte ein "Zuständigkeitswirrwarr" (taz, 7.11.), wie bei den Anhörungen im Landtagsuntersuchungsausschuß nun ebenfalls deutlich wurde. Die Sachbearbeiter der ZAST waren beispielsweise zum Teil Angestellte der Stadt. Falsch sind jedoch auf jeden Fall die Aussagen von Kilimann vor dem Ausschuß, in denen er eine Verantwortung der Stadt für die Zustände in Lichtenhagen von sich wies: "Für die Unterbringung der Asylbewerber sei das Land zuständig gewesen ... Die Stadt habe nur Hilfestellung geleistet." (SZ, 7./8.11.)

Sehenden Auges ...

"Es ist also nicht so, daß die heraufziehende Gefahr nicht gesehen worden wäre", so wiederum der Oberbürgermeister in seiner Stellungnahme vom 2.9.92. Er bezieht sich dabei auf "die Zuspitzung der Lage um die ZAST ... die sich bereits im Sommer ... 1991 andeutete. Die Eingaben der Anwohner häuften sich mit Beschwerden über unzumutbare Zustände, auch Telefonanrufe." Die Reaktion der Stadt schildert der OB so:

"Wir konnten nur mahnen zur Geduld, vertrösten mit dem Wort, wir suchen nach Alternativen, und wir sprechen mit dem Land." Dieses Statement ist in seiner Undeutlichkeit bezeichnend, denn es suggeriert Zusammenhänge (hier ZAST/Asylbewerber/unzumutbare Zustände - dort Beschwerden und Eingaben der Anwohner), die von den unmittelbar Betroffenen (jedenfalls eines Teils von ihnen) in dieser Weise gar nicht hergestellt werden. Mieter des Hauses Hermann-Matern-Str. 17 schildern ihre Probleme in einer Eingabe an die Stadt vom Juni 1991 nämlich so:

"Seit 1979 wohnten die Mieter dieses Hauses in normalen geordneten Verhältnissen im Einvernehmen mit dem benachbarten Wohnheim des ehemaligen VEB Seehafens ... Jugendliche der verschiedensten Altersgruppen mit mangelndem Sozialverhalten terrorisieren die Hausbewohner durch Lärmbelästigung bis in die Nachtstunden; Verunreinigungen der Hausflure durch Beschmieren der Wände, Verrichten der Notdurft in Kellergängen und vor den Kellereingängen, Gegröle durch `Sieg-Heil-Rufe' im angetrunkenen Zustand, Zerstörung und Beschädigung privater Autos durch Heraufspringen ... Die wenigen Bürger, die heute noch den Mut haben, gegen diese Chaoten anzugehen, werden beleidigt und bedroht ...

Die unmittelbare Nähe der eingerichteten Asylantenunterkunft wirkt sich ebenfalls sehr negativ für Sauberkeit und Ordnung in der H.-Matern-Str. aus und ist Ausgangspunkt für Unsauberkeit und Lärmbelästigung ...

Es kann nicht sein, daß eine ganze Mietergemeinschaft von ca. 55 Familien von einer Gruppe Jugendlicher in der geschilderten Form terrorisiert wird und öffentliche Einrichtungen dagegen nicht einschreiten ..."

Die Eingabe blieb unbeantwortet. Ein weiterer Brief derselben Mietergruppe von Ende März 1992 wiederholt im wesentlichen die Darstellung vom letzten Juni. Auszug:

"...Unser Haus entwickelt sich im äußeren Ansehen das den Häusern in der Hamburger Hafenstraße ... Nach wie vor versammeln sich Horden von Jugendlichen zweifelhafter Herkunft auf den Treppeneingängen, Haus- und Treppenfluren. Sie verzehren Alkohol und verunreinigen die genannten Räume ... Fast wöchentlich sind in der Haustür die Scheiben zerschlagen, die vorbeigehenden Mieter belästigt und beschimpft ... Frauen und Kinder der Familien trauen sich schon nicht mehr aus dem Haus. Sie benutzen schon den Notausgang zum Nachbarhaus. Ein Mieter des Hauses wurde bereits mit dem Messer angefallen ... aber der Täter erfreut sich bereits seiner wieder gewonnenen Freiheit ...

"Das benachbarte Asylantenheim, die damit im Zusammenhang stehenden Probleme der Verunreinigung der Rasenfläche und des Lärms bis in die Nachtstunden geben den Mietern den Rest ..."

Schließlich, in einem Schreiben von Mitte Juni, haben sich die Akzente der Beschwerden verschoben:

"Wir ... fühlen uns seit ca. 9 Monaten, seit dem Einzug der Asylanten in unser Hochhaus, sehr in unserer Ruhe, besonders Nachtruhe z.B. Randalieren, lautes Geschrei, Prügeleien zwischen Deutschen und Asylanten, Schmutz, Dreck, nächtliches Zerschlagen von Flaschen u. vor allem Straßenlärm sehr gestört.

Wir wohnen gemeinsam Fenster an Fenster. Die Jugend sowie die Asylanten besitzen keine sinnvolle Freizeitbeschäftigung sowie Gesellschafts-, Sport- u. Freizeiträume ... Wir fordern als Mieter u. Steuerzahler:

- Asylantenwohnheime außerhalb eines Wohngebietes, ausländerfeindlich sind wir absolut nicht!

- Aussprachen mit den Mietern dieses Hauses!

- Verbesserung der Asylanten- u. Jugendbetreuung

- Ruhe und Ordnung!! ...

- vor allem möchten wir Mieter `angehört werden'!

- Einige Mieter haben durch vergebliches Mühen bei den Behörden nichts erreicht!"

Mit den hier wiedergegebenen Schreiben deuten sich folgende Zusammenhänge an:

- Keineswegs existierte in Lichtenhagen von vornherein eine durchgängige Feindseligkeit gegen Immigranten und Flüchtlinge, der die Politiker nur hinterherlaufen konnten.

- Der Kausalzusammenhang funktioniert eher umgekehrt und stellt sich dadurch her, daß von seiten der Behörden der Entwicklung rund um die ZAST freien Lauf gelassen wurde mit der Folge, daß für die

aufgelaufenen Mißstände von den betroffenen Anwohnern irgendwann nicht mehr die tatsächlichen Verursacher und Verantwortlichen identifiziert werden, sondern der Unmut gegen die Schwächsten gerichtet wird.

Die grob fahrlässige Handlungsweise der verantwortlichen Politiker, die daraus folgende Begünstigung von Rassismus und Faschismus soll im folgenden nachgezeichnet werden. Daß es zu einer Katastrophe kommen könne, war dem Rostocker Senat schon vor dem Hintergrund rassistischer Gewalttaten in Rostock (siehe Kasten) bewußt. Der Oberbürgermeister schrieb im Juli 1991 an den mecklenburgischen Innenminister in bezug auf die ZAST: "Die Sicherheit aller ausländischen Bürger in Rostock ist in einem deutlich höheren Maße gefährdet. Gewalttätigkeiten gegenüber ausländischen Bürgern nehmen zu. Schwerste Übergriffe bis zu Tötungen sind nicht mehr auszuschließen." 200 Asylbewerber seien in der ZAST zumutbar, gegenwärtig aber belaufe sich ihre Zahl auf 278 plus 80, welche in zwei Turnhallen untergebracht seien. Allerdings, so der OB rückblickend am 2.9.92: "Die Streuung solcher Notquartiere über die ganze Stadt bietet sehr viel Angriffsfläche - das war eine der Lehren, die wir aus dem Sommer 1991 gezogen haben." Außerdem hätten sich innerhalb der Notquartiere sehr schnell unhaltbare, menschenunwürdige Zustände entwickelt.

Die ZAST-Leitung (dem Land unterstellt) ihrerseits ließ die Lage sich zuspitzen. Außerhalb der offiziellen Öffnungszeiten wurden neuankommende Flüchtlinge nicht eingelassen. Am 6.3.92 etwa (einem Freitagnachmittag) wies die ZAST 40 unangemeldete (?) Asylbewerber ab, die Stadt brachte sie provisorisch in einem Heim unter. Vom 16.4. bis 21.4.92, so kündete plötzlich ein Zettel am Eingang, findet keine Aufnahme statt (es war Ostern). "Weder die Stadt noch der Arbeiter-Samariter-Bund wurden über die Schließung der ZAST informiert. Verpflegung und Unterkunft sind nicht geklärt." (Dienstbesprechung vom 16.4., vom OB zitiert)

Als der Leiter der ZAST Ende Juli schwer erkrankte, setzte der zuständige Abteilungsleiter des Innenministeriums dessen Stellvertreterin, von Beruf Sekretärin, als Nachfolgerin ein, die jedoch sogleich ihren planmäßigen Urlaub antrat. Ihre Vertreterin wiederum stand als frischgebackene Leiterin nun auf verlorenem Posten, zumal kurz zuvor in der ZAST zwei Planstellen gestrichen worden waren. (ND, 6.11.)

Angesichts von zeitweise 80 bis 100 neuankommenden Flüchtlingen täglich entwickelten sich im Sommer 1992 schnell unhaltbare menschenunwürdige Verhältnisse rund um die Aufnahmestelle. Viele Menschen waren gezwungen, im Freien zu übernachten, eine Versorgung mit Lebensmitteln wurde für sie ebensowenig organisiert wie die Bereitstellung von sanitären Einrichtungen. Auf der Suche nach Eßbarem und Gebrauchsgegenständen durchsuchen Flüchtlinge Müllcontainer der näheren Umgebung. (Antifa-Info 20a) Doch die Stadtverwaltung stellte weder Toilettenwagen auf ("das hätte bedeutet, daß wir einen Zustand legalisieren, den wir nicht haben wollten", so Kilimann vor dem Landtagsausschuß; taz, 7.11.), geschweige denn, daß sie unter den Anwohnern eine politische Aufklärung betrieben oder zumindest regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten am (im Februar gefundenen) neuen ZAST-Standort in Rostock-Hinrichshagen informiert hätte. (Wochenlang war in der Presse als Umzugstermin der 1.6.92 genannt worden; ein Termin, der dann jedoch nicht eingehalten werden konnte und unkommentiert verstrich.) Eine Reinigung der ZAST-Umgebung findet lediglich einmal pro Woche (immer montags) statt.

... in die Katastrophe

Die Verwaltung der Stadt kann und will offensichtlich ab Sommer 1992 die vor der ZAST wartenden Flüchtlinge nicht mehr anderweitig unterbringen. Auf Grund von Protesten von Anwohnern und Geschäftsbetreibern wird das Ausweichgebäude in der Warnowallee wieder geräumt. Ende Juni werden die vor der ZAST Wartenden nach Hinrichshagen am Stadtrand verfrachtet, wo Zelte zur Aufnahme von 300 Personen errichtet werden, die allerdings von den Roma nicht angenommen werden, "so daß ein Zeltlager als eine Möglichkeit ausschied und ... sich das Konfliktpotential im Umfeld dieser Notunterkünfte sehr rasch aufbaut". (Innensenator Magdanz am 2.9.92)

Angesichts des Unwillens und der Unfähigkeit von Stadt und Land, die zweifellos schwierigen Probleme der Unterbringung der Flüchtlinge praktisch und politisch so anzugehen, daß möglichst jede Verschärfung der Situation vermieden wird, geht Innensenator Magdanz (SPD) dazu über, durch Zuspitzung der Widersprüche auf seine Weise eine"Lösung" der Probleme herbeizuführen (obwohl er zugleich dem Innenministerium eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber nach dem in Niedersachsen üblichen Verfahren vorgeschlagen

hatte; ein Vorschlag, dem das Innenministerium Anfang August zugestimmt hatte). Zum einen spricht sich Magdanz gegen weitere Aufnahmeeinrichtungen der Stadt aus. (Ostseezeitung, 8.8.) Wie der zurückgetretene Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion, Degner, berichtete (vgl. ak 346), "antwortete mir (Magdanz) auf die Frage, ob es in seiner Macht gestanden hätte, die Asylbewerber wegzubringen, in Turnhallen der Stadt oder ähnliche Unterkünfte, daß dies in seinen Augen keine Lösung gewesen wäre. Er hätte dies wohl tun können, aber am nächsten Abend hätte er die nächste Turnhalle vollgehabt, weil ‚die telefonieren doch mit Rumänien und dann stünde er am nächsten Abend vor dem gleichen Problem`." Diese Darstellung Degners wird zwar vom Senat als eine Unterstellung bestritten und zurückgewiesen, aber es gibt in einer Protokollnotiz auch eine ähnliche Darlegung durch den Ausländerbeauftragten Rostocks, Richter. Danach hätte er (Richter) Magdanz in der Woche vor dem Pogrom auf die Gefährdung der vor der ZAST übernachtenden Asylbewerber hingewiesen und gebeten, die Menschen anderswo unterzubringen. Magdanz habe daraufhin auf die Zuständigkeit der ZAST verwiesen und ansonsten gesagt: Wir mischen uns da nicht ein. Und schließlich, nachdem die Norddeutschen Neuesten Nachrichten am 19.8. ausführlich über den anonymen Anruf berichtet hatten, der den Startschuß für das Pogrom abgab ("in der Nacht von Samstag zum Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf. Das wird eine heiße Nacht"), erklärte Magdanz gegenüber dieser Zeitung: "Wenn wir weitere Unterkünfte zur Verfügung stellen, kommen noch mehr Asylsuchende. Das zeigt die Erfahrung ... je mehr Plätze wir bereitstellen, desto mehr Leute kommen nach." (NNN, 19.8.)

Zum anderen aber heizt Magdanz die Stimmung gegen Asylbewerber kräftig an: ",In Lichtenhagen sind Polen. Wo gibt es in Polen politische Verfolgung?` Viele der Rumänen, die 80 Prozent der Bewerber ausmachen, kommen einfach ohne Paß. ‚Ich bin überzeugt, daß sich viele in mehreren Bundesländern melden. ... Daß Ladendiebstähle in Rostock oft durch rumänische Zigeuner erfolgen, ist kein Geheimnis.` Der Innensenator ist auch gegen Auszahlung von Bargeld an die Asylbewerber. ‚Zu Hause verdienen sie umgerechnet drei Mark am Tag. Hier bekommen sie zehn Mark Sozialhilfe. Selbst wenn sie nach Monaten abgeschoben werden, hat es sich für sie gelohnt, wenn sie das Geld sparen und es zu Hause wieder eintauschen ... Wenn nicht schnell etwas passiert, wird es schon bald keine Akzeptanz für wirkliches politisches Asyl in der Bevölkerung mehr geben.`" (OZ, 8.8.)

Self-fullfilling-prophecy kann man so etwas nennen: Die Katastrophe wurde bewußt in Kauf genommen.

J., Westberlin

Rassistischer Terror in Rostock

Am Abend des 1. Oktober 1991 versammeln sich etwa 40 bis 50 Jugendliche vor einem vorwiegend von Rumänen bewohnten Heim im Stadtteil Schmarl. Sie schreien ausländerfeindliche Parolen und bewerfen das Haus mit zerbrochenen Gehwegplatten. Die Polizei ist mit einem knappen Dutzend Einsatzfahrzeugen am Ort. Sie räumt mit Gummiknüppeln die gesamte Zone vor dem Haus, dabei sollen auch Unbeteiligte getroffen worden sein, unter anderen eine Hochschwangere.

Die Rumänen, die in diesem Heim wohnen, sind Fachkräfte, die bei dem örtlichen Gasversorgungsunternehmen Hewag Anlagen warten. Bei dem Überfall gingen Fenster und Türen zu Bruch, vor dem Haus wurde ein Wagen der rumänischen Bauleitung zertrümmert und umgekippt.

Zwei Tage später kommen die Täter wieder. Diesmal sind es ca. 150 Personen, die am frühen Morgen das Haus mit Steinen und Brandflaschen bombardieren. Sie brechen mit Gewalt in das Haus ein und dringen bis zur siebten Etage vor, wo sie die Bewohner bedrohen. Nach Aussagen des Hausmeisters ist es "bereits der vierte Überfall dieser Art. Es ist ein Jammer, daß die Polizei nichts unternimmt. Sie kommen, nehmen Anzeigen auf und lassen die Anklagen aus Mangel an Beweisen wieder fallen." (OZ, 4.10.91)

Ein gerade frisch eingerichtetes Aussiedlerheim, ebenfalls in Schmarl, wird in der Nacht zum 22.11.91 überfallen. Die Eingangstür ist herausgebrochen, Couchgarnituren sind aufgeschlitzt, Steckdosen herausgerissen, Fernseher demoliert. An einer Wand ist ein Hakenkreuz gemalt, daneben steht "Ausländer raus".

Bei einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim in Ribnitz-Damgarten in der Nähe von Rostock wird am 14.3.92 ein 18jähriger rumänischer Asylbewerber ermordet. Vorausgegangen war dieser Tat eine Schlägerei in einer Diskothek am Tag zuvor, bei der ein junger Deutscher einen Messerstich in die Hüfte erhielt und zusammen

mit einem ebenfalls verletzten Rumänen in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Daraufhin überfielen am nächsten Tag etwa 25 vermummte, nicht der Skinheadszene zugerechnete Jugendliche das Heim, weil sie "Rache üben wollten".

Mit Baseballschlägern, Steinen, Gasdruckpistolen und einem Feuerlöscher bewaffnet, drangen sie in ein Zimmer ein, in dem sich drei Menschen aufhielten. Während die dort anwesende Frau das Zimmer verlassen konnte, wurde auf den 18jährigen so schwer eingeschlagen, daß er wenig später an inneren Blutungen starb. Gegen 14 Jugendliche wurden von der Polizei Ermittlungen aufgenommen, gegen drei wurde Haftbefehl wegen Landfriedensbruch im schweren Fall und Körperverletzung mit schweren Folgen beantragt. (siehe auch taz, 18.3. und 24.3.)

Ende April/Anfang Mai werden in den Rostocker Stadtteilen Groß-Klein und Lichtenhagen in großer Anzahl Flugblätter der NPD-nahen Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA) an die Haushalte verteilt. Darin wird zu einer "Aktion Rostock bleibt deutsch" aufgerufen. Es solle sich eine Bürgerinitiative gründen, die deutsche Interessen in Rostock vertritt und zu den Kommunalwahlen antritt. Das Flugblatt ruft massiv zum "Widerstand gegen die Ausländerflut" auf.

In "witziger" Form hetzt ein Flugblatt, das eindeutig als westdeutsche Produktion zu identifizieren ist und Ende Juli in Lichtenhagen verteilt wird, gegen Flüchtlinge, etwa so: "Seien Sie bitte nachsichtig, wenn Ihre neuen Mitbürger und Nachbarn die Nacht zum Tag machen und für die Entsorgung ihrer Abfälle nicht immer die dafür vorgesehenen Einrichtungen benutzen - es wäre falsch, den Flüchtlingen heimatliche Bräuche verwehren zu wollen."

13. Polizei und Politik in Rostock. Das "Versagen" war gewollt

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:23

Das Pogrom wurde in der Presse drei Tage vorher in großer Aufmachung angekündigt. Ausführlich zitierten die örtliche "Ostseezeitung" und die "Norddeutschen Neusten Nachrichten" eine "Interessengemeinschaft Lichtenhagen", die in Anrufen ein "heißes Wochenende" vor dem Flüchtlingsheim in Rostock-Lichtenhagen androhte. "Wenn die Stadt nicht bis Ende der Woche in Lichtenhagen für Ordnung sorgt, dann machen wir das, und zwar auf unsere Weise." Ort und Stunde wurden genannt: "In der Nacht vom Samstag auf Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf." (NNN, 19.8.) Die städtischen Verantwortlichen kündigten demgegenüber an, sie wollten "zusammen mit Polizei und Ordnungsamt nach einer Lösung suchen", um "eine Eskalation zu vermeiden". Von "aufgebrachten Bürgern", von einer "Bürgerwehr" ist die Rede, sorgfältig vermieden wird eine Benennung der "Interessengemeinschaft" als rechtsradikal oder rassistisch. Eine klare Stellungnahme für die Bedrohten unterbleibt. Von seiten der Polizei herrscht in den Tagen vor dem Pogrom Funkstille. Nicht ein Schimmer der eigentlich selbstverständlichen Aussage, man werde jeden Angriff auf die Asylbewerber verhindern. Keine Ankündigung von Polizeipräsenz und Schutzmaßnahmen, keine Warnungen an die Bevölkerung, sich von zu befürchtenden Ausschreitungen fernzuhalten (wie dann eine Woche später vor der großen Antifa-Demonstration), keine erkennbaren Fahndungsmaßnahmen nach den Urhebern der Drohungen (übrigens bis heute nicht).

Der Tenor der Presseberichte ist eindeutig: "Lichtenhäger Kessel brodelt - Anwohner fordern Schließung des Asylbewerberheims" machen die - vom westdeutschen Verleger Burda herausgegebenen - "Norddeutschen Neuesten Nachrichten" am Freitag einen Artikel auf, der die Pogromdrohungen noch einmal wiederholt und als direkte Mobilisierung für den darauffolgenden ersten Tag des Pogroms zu werten ist. Im selben Artikel druckt das Blatt einen aufgebrachten Leserbrief ab, um zu unterstreichen, "wie erbost die Lichtenhäger über die Zustände im und um das Heim ... sind, vor dem seit Wochen zahllose Roma kampieren". Die Stadtverwaltung sieht noch immer keinen Grund zur Stellungnahme, "der Rostocker Innensenator reagierte mit Ratlosigkeit".

Die Art der öffentlichen Behandlung durch Presse, Polizei und Stadt im Vorfeld signalisierte den Organisatoren des Pogroms und ihren Sympathisanten und Unterstützern zweierlei: Erstens, daß ihr "berechtigtes Anliegen", die verhaßten Fremden endlich verschwinden zu sehen, von niemandem in Frage gestellt wird. Zweitens, daß sich niemand vor die Angegriffenen stellen wird und mit nennenswertem Einsatz von Polizeikräften nicht zu rechnen ist.

Entlarvend auch die späteren Erklärungen: Die Stadtverwaltung soll seit Monaten befürchtet haben, "daß der Haß in Lichtenhagen zur Gewalt führen werde". Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer (CDU), behauptet, man habe die Warnungen "sehr ernst genommen" und beim Verfassungsschutz und Staatsschutz nachgefragt. Man habe auch damit gerechnet, "daß einige der Demonstranten zu Gewalthandlungen schreiten". (Spiegel, 31.8.)

Das Pogrom beginnt

Am Samstag (22.8.) rottete sich ab dem Nachmittag eine auf 1.000 bis 2.000 Personen anwachsende Menge vor der ZAST (Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber) zusammen. 150 bis 200 - nach anderen Quellen bis zu 500 - Skinheads, aber auch Jugendliche aus Lichtenhagen und viele 30 bis 40jährige Erwachsene, greifen mit Steinen, Leuchtspurmunition, Brandflaschen und "selbstgebastelten Sprengsätzen" (Hamburger Abendblatt/HA) die Unterkunft an. Bis in den vierten Stock hinauf werden die Scheiben zertrümmert. Mehrere Autos der Polizei und der vietnamesischen Anwohner werden abgefackelt, auch ein Balkon in der zweiten Etage der ZAST fängt Feuer. Die BewohnerInnen setzen sich zur Wehr. Schon zu diesem Zeitpunkt ist unübersehbar, daß bei den Angreifern Nazis den Ton angeben: Die Beifallsstürme, die bei jedem Treffer auf das Heim losbrechen, werden von den Parolen "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus" und "Sieg Heil" begleitet.

Die Polizei ist am Samstag zunächst mit gerade 30 bis 35 Mann vor Ort, in Sommerkleidung und ohne Ausrüstung. Später werden sie durch weitere Kräfte aus Güstrow auf 50 Mann verstärkt. Erst gegen 22 Uhr werden Kraftfahrer nach Schwerin losgeschickt, um dort zwei Wasserwerfer zu holen. Die wenigen Beamten

vor der ZAST haben keine Chance gegen die gut organisierten Nazis; sie werden von ihren Vorgesetzten ganz offensichtlich verheizt, einer der Eingesetzten erleidet lebensgefährliche Verletzungen. Die Schlacht zieht sich über 13 Stunden hin. Erst um zwei Uhr nachts treffen die beiden Wasserwerfer aus Schwerin ein. Bereitschaftspolizei und ein Sonderkommando aus Waldegk erhöhen die Zahl der eingesetzten Polizisten im Laufe der späten Nacht auf 150.

In dieser Nacht wurden (nach unterschiedlichen Angaben) zwischen 8 und 10 der Angreifer festgenommen. Sie waren allesamt bereits am folgenden Nachmittag wieder auf freiem Fuß.

Der Minimaleinsatz der Polizei steht in krassem Kontrast zur Erklärung des Leiters des mecklenburgischen Landeskriminalamts und damals noch amtierenden Rostocker Polizeichefs, Siegfried Kordus: "Wir hatten Erkenntnisse über Vorbereitungen und waren darauf vorbereitet, daß rechte ausländerfeindliche Trittbrettfahrer den Protest der Lichtenhäger nutzen werden, um die ZAST anzugreifen." (OZ, 24.8.) Was auch immer die Einsatzplanung bestimmt haben mag - keinesfalls war es das Ziel, einen effektiven Schutz der Angegriffenen zu garantieren. Für das Klima bezeichnend ist die Geschichte eines Rostockers: Er wollte in dieser Nacht vier Roma, die zur ZAST zurückwollten, zu ihrem Schutz auf die Polizeiwache bringen. Doch bevor die Polizei die Menschen vor dem lynchbereiten Mob zu schützen bereit war, ließ sie "sich x-mal bitten" (OZ, 24.8.).

Selbst wenn man unterstellt, die Einsatzleitung vor Ort und die leitenden Polizeioffiziere im Schweriner Innenministerium wären am Samstag von der Militanz der Angriffe überrascht gewesen: Schon im Verlauf dieses ersten Abends wäre es ohne weiteres möglich gewesen, Unterstützung vom BGS anzufordern. Mit den großen "Puma"-Transporthubschraubern, mit denen genau eine Woche später bei der Antifa-Demonstration regelrechte Luftlandemanöver ausgeführt wurden, wäre innerhalb weniger Stunden Entsatz in Lichtenhagen gewesen.

Nazis machen mobil

Ab Sonntag (23.8.) mobilisiert die gesamte Neonazi- und Skinheadszene Norddeutschlands nach Rostock, z.T. unter Einsatz von Computernetzen und Mailboxen. Massiert sind Autos mit Hamburger, Berliner, Lübecker und Leipziger Kennzeichen in Lichtenhagen zu sehen. Die Einsätze der Nazis werden über CB-Funk organisiert, unter anderem aus einem Auto heraus, das dem Hamburger Neonaziführer Christian Worch gehört.

Das BKA sieht "keine Hinweise auf ein organisiertes Vorgehen der Gewalttäter" (FR, 27.8.), und der Hamburger VS-Chef Uhrlau bezweifelte sogar öffentlich, daß organisierte Gruppen mitgemacht hätten. Dagegen haben nach Feststellung des "Antifa-Info" (Nr. 20a) insbesondere Leute aus der "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) in Lichtenhagen mitgemischt. "Faschisten aus FAP, NF usw., sowie aus verschiedenen europäischen Ländern, darunter aus dem GdNF-Netz aus Österreich, waren ebenfalls angereist. Infrastruktur zur Unterstützung des Pogroms war vorhanden. Polizeifunk wurde abgehört, in einem Auto von Rechtsradikalen fanden Polizisten Störfunkgeräte."

Namentlich als Teilnehmer werden in verschiedenen Quellen genannt: Christian Worch ("Nationale Liste" und in Nachfolge Michael Kühnens Zentralfigur der Neonaziszene), Ewald Bela Althans (politischer Kopf der "Gesinnungsgemeinschaft"), Christian Malcoci (vom Vorstand der "Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene"), Michael Büttner ("Deutsche Alternative" Cottbus), Gerhard Endress (als Organisator von Wehrsportübungen und derzeitiger Führer der Neonaziszene in Österreich bekannt, wurde eher zufällig in Rostock festgenommen), Erik Rundquist von der schwedischen VAM (Weißer arischer Widerstand), der DVU-Chef Gerhard Frey und der Neonazi-Terrorist Arnulf Priem. (nach konkret 10/92 und Berliner Ztg, 27.8.) Die Rostocker Kripo bestätigte, daß "die Schläger von Lichtenhagen neben physischer Unterstützung auch ‚waffenähnliche Ausrüstungen` von gewaltbereiten Jugendlichen aus Westdeutschland bekommen hätten". (SZ, 28.8.)

Der örtliche DVU-Chef Arno Artz nutzte die Stimmung, um in der Nähe des Heimes rassistisches Propagandamaterial zu verteilen. Hinterher wird er erzählen, daß er "seit dem Wochenende in jeder Nacht den Kontakt zu den Bürgern auf den Straßen von Lichtenhagen gesucht" hat. (HA, 27.8.) Lokale DVU-Mitglieder sollen es gewesen sein, die am Samstag die Logistik für die angekündigte "Kundgebung" vor der ZAST in die Hand nahmen und schon am Samstag vormittag auf dem Platz vor der ZAST auftauchten. (konkret 10/92)

Am Sonntag begannen bereits am frühen Nachmittag über 100 Jugendliche mit Angriffen auf das Heim. Das Ganze nahm mehr und mehr Volksfestcharakter an, "es fehlte nur mehr ein Kettenkarussell, eine Pommesbude und Zuckerwatte, die verkauft wird. ... Es war alles auf den Beinen, von zehn bis siebzig Jahre alt, und hat gegafft bzw. unterstützt." (TATblatt 14/92)

Im Verlauf des Sonntagabends stürmten "Kinder und Jugendliche" (OZ, 24.8.) das der ZAST unmittelbar benachbarte Wohnheim für vietnamesische Gastarbeiter und verwüsteten Zimmer. Dieses (von der überregionalen Presse meist unterschlagene) Vorspiel zur Brandschatzung des Heimes am folgenden Abend beweist ebenso wie Steinwürfe am Abend zuvor, daß der Angriff auf die Vietnamesen keineswegs unerwartet kam.

Mindestens 500 Personen rechnet die Polizei in dieser Nacht zum harten Kern der Angreifer, zwischen 3.000 und 5.000 "Anwohner und Anwohnerinnen" bilden die beifallklatschende Kulisse, aus der heraus die Angreifer agieren und in die sie sich immer wieder zurückziehen können. Der Ablauf entspricht dem Vortag: Eine defensiv agierende Polizei läßt den Bürgermob sich ziemlich ungestört austoben. Molotowcocktails werden auf der Straße wenige Meter vor der Polizeiabsperrung abgefüllt oder kistenweise aus Autos herbeigeschleppt.

An diesem Abend waren nach unterschiedlichen Angaben zunächst 350 bis 400 Polizisten eingesetzt, zum Schluß 600 bis 800. Erst nach Mitternacht kamen auswärtige Kräfte des BGS und der Hamburger Bereitschaftspolizei hinzu. Es war also wieder - wie am Tag zuvor, aber nun ohne jede mögliche Ausrede - sowohl zu wenig als auch zu spät auswärtige Unterstützung angefordert worden. Die Hamburger waren zudem ohne ihre modernen Wasserwerfer nach Rostock geholt worden - worüber sich der Hamburger Innensenator später öffentlich beschwerte. (HA, 27.8.)

Vergebliches Warten

auf das Codewort

Aber das organisierte Gewährenlassen der Brandsatzwerfer beginnt früher und geht weiter. Auch da, wo die Polizei zeitweise das Übergewicht hatte, wurden wirksame Einsätze verhindert. Das beweisen Gespräche, die kurze Zeit nach den Ereignissen ein Reporter der "Süddeutschen Zeitung" mit rund einem Dutzend der eingesetzten Polizisten geführt hat. Er beschreibt die einhellige Verbitterung der Beamten darüber, daß ihnen jetzt das Versagen der Polizei in die Schuhe geschoben werde. Sie hätten es den Nazis gerne gezeigt, "aber wir durften es nicht". "Sie erzählen von einem Plan, der am Sonntag, dem zweiten Krawalltag, verwirklicht werden sollte. Er lief unter dem Codenamen ‚Die Sonne scheint`. An diesem Tag seien reichlich Polizeikräfte dagewesen, ‚da hieß es, wir sollen die Randalierer einkesseln. Und die Spezialtrupps hätten dann einen nach dem anderen rausgeholt. Wenn wir so vorgegangen wären, hätten wir schon am Sonntag Ruhe gehabt.` Sie erzählen, wie sie stundenlang darauf gewartet haben, daß über Funk das Signal ‚Die Sonne scheint` gegeben würde, aber es passierte nicht." Die "Süddeutsche" befragte dazu den zeitweiligen Leiter der Polizeieinsätze, Jürgen Deckert: "Es ist richtig, daß die Aktion ‚Die Sonne scheint` geplant war. Ich selbst habe dieses Konzept entwickelt. Und es ist auch richtig, daß es nicht in die Tat umgesetzt wurde." Warum nicht, dazu wollte Deckert nichts sagen - gegen ihn würden Anzeigen laufen. (SZ, 21.9.)

"Störer" des Pogroms festgesetzt

Dagegen machte die Polizei am Sonntag sehr effektiv Jagd auf autonome Gruppen, die zum Schutz der Flüchtlinge in die Ostseestadt gereist waren. Die AntifaschistInnen machten spät in der Nacht, nach dem Abflauen der Auseinandersetzungen, eine Demo durch Lichtenhagen. Im Anschluß daran wurden über 60 von ihnen durch das Hamburger MEK festgenommen. Ein großer Teil der 140 "Krawallmacher", deren Festnahme die Polizei nach dieser Nacht stolz meldete, waren also AntifaschistInnen. Bundesinnenminister Seiters verbreitete in der Folgezeit - ebenso dumm wie frech - unter Berufung auf diese Festnahmen, in Rostock sei es zum erstenmal zu einer "Zusammenarbeit von Autonomen und Rechtsradikalen" gekommen.

Die Festnahme der AntifaschistInnen erfolgte zunächst ohne Angabe von Gründen, erst am Tag darauf wurde ihnen eröffnet: wegen Landfriedensbruch und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Die Gefangenen wurden alle erkennungsdienstlich behandelt und verhört, einige bei der Festnahme mißhandelt. 30 von ihnen mußten von 3 Uhr nachts bis 9 Uhr morgens mit Handschellen gefesselt im Hof der Gefangenensammelstelle stehen. Die anderen 30 wurden trotz Protest in einer Turnhalle zusammen mit 35 Faschisten festgehalten. Ein

Berliner soll dabei von Nazis zusammengeschlagen worden sein. Die meisten der Antifas wurden im Lauf der folgenden Tage freigelassen, die letzten jedoch erst am darauffolgenden Wochenende. (nach einer Presseerklärung der Gefangenen sowie Antifa-Info)

Eine zweite Festnahmeaktion gegen Antifas erfolgte in der Nacht zum Mittwoch. Zwischen 22 und 30 GegendemonstrantInnen wurden wieder in der Turnhalle zusammen mit etwa 20 Neonazis festgehalten. Die Festgenommenen haben nach Angaben des Rostocker Ermittlungsausschusses 30 Stunden lang nichts zu essen bekommen. Gegen vier GegendemonstrantInnen war am Freitag bereits Haftbefehl wegen "schweren Landfriedensbruchs" erlassen; bei einer Hamburgerin habe hierfür bereits die Tatsache ausgereicht, daß sie als Beifahrerin in einem Wagen saß, in dem ein Knüppel gefunden wurde. Die Mittwochnacht gegen 2 Uhr aus ihren Autos heraus festgenommenen Antifas saßen am Donnerstag nachmittag immer noch in Polizeihaft. (taz, 28.8.)

Das Landespolizeigesetz, das für "potentielle Straftäter" eine "Vorbeugehaft" von bis zu sechs Wochen vorsieht, fand gegen die am Sonntagabend festgenommen Rechtsextremisten keine Anwendung: Die durften sich einmal richtig ausschlafen und wurden (mit wenigen Ausnahmen) am Montag rechtzeitig zur Randale wieder freigelassen. Die "Berliner Zeitung" (26.8.) berichtet, der ganze Pulk sei gleich vom Gefängnis weg in die S-Bahn gestiegen und wieder nach Lichtenhagen rausgefahren.

Es reicht noch nicht:

Politiker und Presse heizen an

Daß sich die Zahl der Randalierer und Beifall klatschenden Zuschauer von Tag zu Tag erhöht habe, sei auch Schuld der Politiker, so der Hamburger VS-Chef Uhrlau: "Nachdem sie erklärt hatten, daß auch am jeweils nächsten Tag weitere Krawalle befürchet würden, hätten sich zahlreiche Rechtsextremisten auf den Weg nach Rostock gemacht." (HA, 26.8.) Doch noch weit wichtiger dürfte die inhaltliche Bestätigung gewesen sein, die die Fascho-Horden von staatlicher Seite erfahren haben. Die Rechtfertigung der "Proteste" war ein zentraler Bestandteil der offiziellen Stellungnahmen, der auch von den obligatorischen Betroffenheits-Bekundungen und Gewalt-Verurteilungen nicht in den Hintergrund gedrängt werden konnte.

Der Rostocker Innensenator Peter Magdanz (SPD) betonte immer wieder, daß die ZAST bis Anfang September geräumt werden solle, die Ziele des rechten Straßenterrors also schon so gut wie erreicht seien. "Deshalb (!) habe er für die Aktionen vom Wochenende kein Verständnis." (NNN, 24.8.) Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Kupfer, hatte am Sonntagabend "den Rostocker Bürgern (!) versichert, daß sie vor militanten Unbelehrbaren geschützt werden". (ebd.) "In Worten, die unangenehm an die Nazizeit erinnern", wie die "Times" (25.8.) befand, stellte Kupfer fest, das Verhalten der Asylbewerber hätte "Aggressionen bei ihren deutschen Nachbarn freigesetzt", und äußerte "ein gewisses Verständnis für die Proteste". Immerhin hatte er selber schon kurz nach seinem Amtsantritt eine "knallharte Änderung" des Grundgesetzartikel 16 gefordert und immer wieder die "Überforderung" Mecklenburg-Vorpommerns durch die Asylbewerberzuweisungen beklagt. Kupfer, der "der Schaffung von Bürgerwehren zur Bewahrung der inneren Sicherheit nicht abgeneigt ist" (SZ, 28.8.), bedauerte vor laufenden Kameras, daß "deutsche Polizisten gegen deutsche Bürger" vorgehen mußten.

Am Montag wies Kupfer alle Vorwürfe zurück, die Polizei habe zu spät und zu wenig massiv auf die Angriffe reagiert, und forderte, dem "unkontrollierten Zustrom vom Asylbewerbern" müsse sehr bald "ein Riegel vorgeschoben werden". Ministerpräsident Seite behauptete, die Rostocker Bürger seien nicht ausländerfeindlich; "sie seien jedoch nicht bereit, den hier vorliegenden Mißbrauch des Asylrechts, vorwiegend durch Sinti und Roma, hinzunehmen". Bundesinnenminister Seiters sah "das Hauptproblem" im "unkontrollierten Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen". Auch SPD-Chef Engholm, der just an diesem Wochenende die "Petersberger Wende" in der SPD durchgepuscht hatte, fand "Ärger in der Bevölkerung über das Verhalten mancher Asylbewerber verständlich", und SPD-Vize Thierse wollte die Ängste der (deutschen) Menschen ernstgenommen sehen. (nach HA und FAZ, 25.8.)

Unverkennbar war die tiefe innere Befriedigung all derer, die schon immer mit der Forderung nach Änderung des Asylrechts über die Lande ziehen. Die Ereignisse waren ihnen - vom Mitglied der Stadtverwaltung bis hinauf zum Bundesminister - der willkommene Beweis, wie recht sie gehabt hatten. Und sie wollten das Eisen schmieden, solange es heiß war.

Im gegebenen Kontext konnten all diese Stellungnahmen von staatlicher Seite nur als weitere Ermutigung der Rassisten und Nazis verstanden werden. Sie hatten über zwei Tage einen Sieg auf den Straßen errungen, ihre Parolen wurden von den regierenden Politikern uneingeschränkt aufgegriffen - was sollte sie daran hindern, ihren Sieg auszukosten und durch die Vertreibung der noch verbliebenen Ausländer aus Lichtenhagen zu komplettieren? Daß die wirkungslosen Polizeieinsätze von den Verantwortlichen als angemessen bezeichnet wurden, mußte sie darin bestärken, daß sich die Polizei dem auch weiterhin nicht ernsthaft entgegenstellen würde.

Auch die Presse tat alles, um die Stimmung weiter anzuheizen. Allen Ernstes werden Stimmen von Beteiligten zitiert, die behaupten, die Asylbewerber seien an den Auseinandersetzungen schuld, weil sie Gegenstände aus dem Fenster geworfen hätten. Überhaupt hätten "vor allem die Sinti und Roma ... durch ihr Verhalten die Nerven der Einwohner aufs Äußerste gereizt", "nur die Geduld der Einwohner verhinderte bisher Schlimmeres". Breiter Raum wird den "Stimmen aus dem Volk" eingeräumt, die mit allerlei Geschichten begründen dürfen, warum die Ausländer weg müssen, und weiterem Terror die Legitimation liefern: "Wenn die Politiker nicht imstande sind, in Lichtenhagen für Ordnung zu sorgen, muß sich der gemeine Bürger eben zur Wehr setzen." (NNN, 24.8.)

Die Brandnacht

"Rostock" ist inzwischen Chefsache geworden. CDU-Bundesinnenminister Seiters reist eigens nach Rostock und trägt spätestens seit diesem Zeitpunkt Verantwortung für das, was in Rostock geschieht und unterlassen wird. "Montag vormittag tagt ein Krisenstab. Rostocks Kommunalpolitiker und auch der Innensenator von Rostock, Magdanz, sind ausgeschlossen. Landesinnenminister Kupfer, Bundesinnenminister Seiters sowie die Polizeiführung Mecklenburg-Vorpommerns stimmen sich ab. Wer genau an diesem Krisenstab teilnahm und was dort besprochen wurde, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt gemacht worden." (Antifa-Info) Der Rostocker Bürgermeister Kilimann berichtet von einer Sondersitzung des Landtagsinnenausschusses, an der Kupfer und er (ebenfalls am Montag vormittag) teilgenommen hätten: Dort "wurde darauf hingewiesen, daß zu sichern wäre, daß sich diese Ereignisse zumindestens in dem polizeilich beherrschbaren Rahmen halten müßten." (Bürgerschaftssitzung vom 2.9.) Offenbar wurde also im Laufe dieses Vormittags unter den politisch Verantwortlichen Einvernehmen darüber hergestellt, das Pogrom nicht durch die Polizei niederzuschlagen, sondern laufen zu lassen.

Entgegen den noch am Sonntag und Montag wiederholten Erklärungen der Verantwortlichen von Stadt und Land, die ZAST werde wie geplant erst zum 1.9. geräumt, wurden die letzten Flüchtlinge bis Montag abend von dort weggebracht. Diese immerhin hochpolitische Entscheidung traf nach den ersten Pressedarstellungen kein Mitglied der Landesregierung, auch nicht die Leiterin des Heimes, sondern ein mittlerer Mitarbeiter der ZAST. Inzwischen hat sich allerdings im Untersuchungsausschuß des Landtags herausgestellt, daß die Räumung auf Weisung des Innenministers erfolgte. Damit wurden die Forderungen der Nazis und "Bürger" vollauf erfüllt und ihnen demonstrativ zum Sieg über alle auf dem Papier stehenden staatlichen Rechtsgarantien für ausländische Menschen verholfen. Das durch diese "Kapitulation" gegebene Signal war eindeutig: Wo der Staat aufgrund lästiger Grundrechtsgarantien nicht so handeln kann, wie es eigentlich angesagt wäre, hilft Gewalt der "Bürger". Der durchschlagende Erfolg der Gewalttäter mußte vorhersehbar als Aufforderung zu weiteren - und noch hemmungsloseren - ausländerfeindlichen Ausschreitungen verstanden werden.

Gleichzeitig wurde Lichtenhagen systematisch von Polizeikräften entblößt, die beim Pogrom stören könnten. Mittags wurden, wie Bundesinnenminister Seiters später mitteilte, die BGS-Hundertschaften entlassen. Im Verlauf des Abends, als das Pogrom seinem Höhepunkt zustrebte, wurden 50 MEKler und 250 weitere Polizisten aus Hamburg nach Hause geschickt. (Hamburger Morgenpost (MoPo), 26.8.) Am folgenden Tag sollte in Hamburg eine Demonstration gegen das Massaker im kurdischen Sirnak und eine andere gegen das Rostocker Pogrom stattfinden ...

An den Rostocker Schulen, so berichtet die "FR" (26.8.), sei noch am Vormittag zu weiteren "Protesten" vor der ZAST aufgerufen worden. Am frühen Abend sammelten sich Skins und Neonazis, die an diesem Abend eindeutig das Bild bestimmten. Die Zahl der Angreifer betrug diesmal bis zu 1.000, beklatscht von bis zu 5.000 "Zuschauern".

Um 19.30 Uhr fliegen die ersten Steine auf Polizisten auf der S-Bahnbrücke. Kämpfe finden außerdem vor dem Flüchtlingsheim und auf der Stadtautobahn statt. Keineswegs - wie später die Polizei behauptet - "nach einer relativen Beruhigung der Situation", sondern während anhaltender Auseinandersetzungen geschieht, was Beobachter zunächst kaum glauben können:

Kurz nach 21 Uhr zieht die Polizei vor dem Haus plötzlich ab. "Innerhalb wenigen Minuten sind rund um das Haus kein Wasserwerfer, kein Polizeiwagen und kein einziger Polizist mehr zu sehen." (Berliner Ztg, 26.8.) Nur ein Häuflein bleibt zunächst auf der weitab vom Heim gelegenen S-Bahnbrücke zurück, und lediglich auf der Stadtautobahn geht noch eine Polizeikette gegen die Randalierer vor. Nach Aussage des Ausländerbeauftragten werden die Rechtsextremisten im Gegensatz zu den vorherigen Abenden nicht von der ZAST weg, sondern darauf zu getrieben.

Die Angreifer vor dem Flüchtlingsheim sind, so der Eindruck einiger Beobachter, vom Rückzug der Polizei überrascht und halten ihn zunächst für eine Falle. Als sie erkennen, daß die Polizei ihnen freie Hand läßt, gröhlen sie "Sieg". Parolen wie "Hängt sie", "Lyncht sie", "Wir räuchern sie aus" lassen an ihren Mordabsichten keine Zweifel. Es fliegen Steine und wenig später Brandsätze. Systematisch werden sie in die Fenster der unteren Stockwerke des Häuserblocks plaziert. "Jeder Molotow-Cocktail wird von der Menge mit ‚Sieg Heil`-Rufen gefeiert. Schließlich feiern sie mit ‚So ein Tag, so wunderschön`." (Berliner Ztg, 26.8.)

Betroffen sind die beiden Häuser Mecklenburger Allee Nr. 18 - die ZAST, in der sich nur noch einige Wachleute aufhalten - und Nr. 19, in der sich über 100 vietnamesische ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen, der Rostocker Ausländerbeauftragte, ein ZDF-Fernsehteam sowie mehrere Wachleute und Autonome verbarrikadieren. Zwischen beiden Häusern gibt es eine Verbindung im 7. Stock.

Die Feuerwehr hat ein detailliertes Protokoll der Brandnacht vorgelegt, das sich mit den Beobachtungen von Augenzeugen deckt und das verschiedene Schutzbehauptungen der Polizei Lügen straft. Nach diesem Einsatzprotokoll geht der erste Notruf bei der Feuerwehr um 21.38 Uhr ein. Um 21.44 Uhr sind die ersten Einsatzfahrzeuge bei der ZAST, kommen allerdings durch den Pulk der Nazis nicht durch, die die Zugänge abgeriegelt haben. Die Einsatzzentrale der Feuerwehr meldet das um 21.51 Uhr an den Lagedienst der Polizei weiter, fordert Polizeischutz an und weist darauf hin, daß sich die Vietnamesinnen und Vietnamesen noch in dem Haus befinden. Feuerwehrleuten gelingt es, zu dem brennenden Haus vorzudringen und einige wenige Räume im Erdgeschoß nach BewohnerInnen zu durchsuchen. Dann werden sie von mit Eisenstangen und Baseballschlägern bewaffneten Angreifern zum Rückzug gezwungen.

Von da ab beherrschen die Rechtsextremisten völlig unangefochten das Feld. Sie können sich Zeit lassen, um die Räume gründlich zu verwüsten: Hinterher sind in den unteren Stockwerken die Möbel zertrümmert, Toilettenbecken und Elektrozähler herausgerissen. Zu Beginn verteidigen die Bewohner die Treppenaufgänge, bis das sich ausbreitende Feuer auch für die Nazis das weitere Durchkommen nach oben unmöglich macht.

Die Eingeschlossenen ziehen sich vor dem sich ausbreitenden Rauch in den 10., dann in den 11. Stock zurück. Über das Funktelefon der ZDF-Reporter versuchen sie verzweifelt, die Notrufnummern von Polizei und Feuerwehr zu erreichen, immer wieder ohne Erfolg. Schließlich gelingt es einem der Reporter über seine Frau und durch eine Intervention seines Senders, über die Westberliner Polizei den Notruf an die Rostocker Einsatzleitung weiterzugeben. Die Gefahr, im Rauch zu ersticken, wird unterdessen immer bedrohlicher, bis es einigen gelingt, mit einem zufällig aufgefundenen Brecheisen die verschlossenen Dachluken aufzubrechen. Die BewohnerInnen flüchten aufs Dach, wo sie sich aus der Furcht, von den Nazis entdeckt zu werden, flach hinlegen. Ein körperbehinderter Wachmann liegt noch 20 Minuten im Qualm, bis auch er von einem Suchtrupp gefunden wird.

Erst ab etwa 22.40 Uhr läßt sich wieder Polizei sehen, zahlenmäßig wenig und auffallend schlecht ausgerüstet. Es dauert noch bis 22.58 Uhr, bis die Feuerwehr mit den Löscharbeiten beginnen kann.

Damit ist der Abend keineswegs gelaufen: Die Auseinandersetzungen gehen weiter, wobei die Polizei mit geringen Kräften unmittelbar vor dem Haus Position bezieht und sich darauf beschränken muß, in der klassischen Schildkrötenformation hinter ihren Plastikschilden Schutz zu suchen. Beobachter schildern die Situation um etwa 23.30 Uhr: "Alles ist locker, fast entspannt. Das Haus brennt lustig weiter, als hätte es nie eine Feuerwehr in Deutschland gegeben. Niemand, der das Vergnügen der Glatzen stört. Die üben sich weiter im Molliweitwurf." (taz, 26.8.)

Erst gegen 24 Uhr können die Vietnamesen mit Bussen evakuiert werden. Eine halbe Stunde nach Mitternacht treffen zwei BGS-Hundertschaften per Hubschrauber in Rostock ein. Bis etwa drei Uhr dauert es, bis diese das Umfeld des Flüchtlingsheims von den Rassisten geräumt haben.

Natürlich geht es auch anders

Am Tag darauf, dem Dienstag (25.8.) wird die Einsatzstrategie umgestellt. Der als oberster Einsatzleiter eingesetzte Landespolizeiinspekteur Heinsen verkündete, "jetzt (!) sei die Polizei dazu übergegangen, potentielle Gewalttäter zu beobachten". (HA, 27.8.) "Mit allen der Polizei zur Verfügung stehenden Mitteln", so Heinsen, sollten nunmehr "Ausschreitungen im Keim erstickt werden." (NNN, 27.8.)

Tatsächlich waren bereits am Abend des Dienstag rund 1.600 gut ausgerüstete Polizisten und BGSler samt der zugehörigen Wasserwerfer aufgefahren. Die Bürger, die es sowieso nicht mehr gut fanden, daß mangels Ausländern ihre Autos angesteckt wurden, zogen sich bald zurück. Den in Siegestaumel verfallenen Nazis und Skins wurde in dieser und der darauffolgenden Nacht sehr handgreiflich und nachhaltig klargemacht, wer auf bundesdeutschen Straßen den Verkehr reguliert. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan.

Verharmlosungen, Rechtfertigungen, Lügen

Einen Tag nach dem Höhepunkt des Pogroms überboten sich die Verantwortlichen in dümmlichen oder zynisch-rassistischen Verharmlosungen. Die Feuerwehr bekam bei ihren Löschversuchen keinen Polizeischutz? "Schwierigkeiten in der Koordination" (Innensenator Magdanz, FR, 26.8.). Die Feuerwehr sei "zu einem üblichen Brandeinsatz gefahren", dies laufe immer ohne Polizeischutz (der amtierende Einsatzleiter Deckert). Lebensgefahr für die Vietnamesen? "Die Polizei sieht das anders. ‚Wenn es um den Rauch geht, hätten die doch bloß auf den Balkon zu gehen brauchen`, meint Polizeisprecher Bernd Teichmann, und spricht im übrigen von einer ‚Verkettung unglücklicher Umstände`." So habe just an diesem Abend der Wasserwerfer ein riesiges Leck gehabt. "Ihr Wagen geht doch auch mal kaputt - oder?" (HA, 26.8.) Für Innenminister Kupfer war alles bestens gelaufen, schließlich sei "keinem Asylbewerber auch nur ein Haar gekrümmt" worden. (taz, 29.8.)

Während der kritischen Stunden waren sowohl der polizeiliche Einsatzleiter Kordus als auch Innenminister Kupfer nicht erreichbar. Kordus behauptete, er habe seinen Posten verlassen, um "Eigenaufklärung" zu betreiben. Danach sei er nach Hause gefahren, um sich ein frisches Hemd zu holen. Die Behauptung des SPD-Fraktionschefs Ringsdorff, der ihn dort angerufen hatte, er habe geschlafen, weist Kordus weit von sich. Von Kupfer wurde exakt die gleiche Geschichte vom Hemdenwechsel aufgetischt, um seine mehrstündige Abwesenheit vom Schauplatz zu erklären.

Aber das sind Lappalien, an denen nur ihre zynische Kaltschnäuzigkeit von Interesse ist, wo es um 150 Menschenleben ging. Deren Überleben war ausschließlich darauf zurückzuführen, daß sie sich dank glücklicher Umstände selbst helfen konnten. Noch in der Nacht erklärte der Rostocker Polizeisprecher, "die Polizei sei von einem bereits im Laufe des Tages völlig geräumten Gebäude ausgegangen und habe deshalb nicht eingreifen wollen" (NNN, 26.8.).

Der erste Teil dieser Aussage ist eine unverfrorene Lüge: Tatsächlich hatte an diesem Tag schon um ca. 18 Uhr die PDS/LL-Bundestagsabgeordnete Andrea Lederer eben diesen Polizeisprecher, Bernd Teichmann, telefonisch darauf hingewiesen, daß sich ca. 150 vietnamesischen Bürgerinnen und Bürger in dem angegriffenen Haus aufhalten. "Herr Teichmann hat mir bestätigt, daß er sowie die Polizeidirektion, von der Anwesenheit der Vietnamesinnen und Vietnamesen Kenntnis habe"; die Polizei verfüge ebenfalls über noch unbestätigte Informationen, wonach weitere Angriffe zu erwarten seien und werde den Polizeischutz für die VietnamesInnen aufrechterhalten. (nach der Presseerklärung der Abgeordneten, vgl. ak 346) Auch der amtierende Einsatzleiter der Polizei, Deckert, war schon am späten Nachmittag von mehreren Seiten darauf hingewiesen worden, daß sich die VietnamesInnen in dem Heim aufhalten. Innensenator Magdanz und Bürgermeister Zöllick kannten diesen Umstand ebenfalls sehr genau. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Eingeständnis des Polizeisprechers, die Polizei habe nicht eingreifen wollen, eine ganz neue und viel dramatischere Qualität.

Dazu paßt die Tatsache, daß die Polizei über Stunden für die Eingeschlossenen telefonisch nicht erreichbar war. Von Innenminister Kupfer wurde das mit der - frei erfundenen - Behauptung quittiert, mit einem

Funktelefon seien die Notrufnummern eben nicht anwählbar. Eine andere Schutzbehauptung lautete, die Telefone seien belegt gewesen. Dem stehen mehrere Presseberichte entgegen, wonach das TV-Team "fast zwei Stunden lang immer wieder die Polizei-Notrufnummern 110 und 112 (wählte) - niemand in der Zentrale nahm den Hörer ab". (Abendzeitung, 26.8., vgl. auch BZ und FR) In jedem Fall müßte es für die Notruftelefone einen oder mehrere laut Dienstplan Zuständige geben. Über jeden eingehenden Notruf und die veranlaßten Maßnahmen wird zudem routinemäßig Protokoll geführt. Eine Aufklärung dieses Punktes wäre also relativ einfach. Daß sie nicht erfolgt, deutet auf ein starkes Vertuschungsinteresse.

Weitere Eigentümlichkeiten sind zu vermelden: Der Einsatzleiter des privaten Sicherungsdienstes, der ehemalige Kriminalpolizist Pauleweit, berichtete, wie auch an den Tagen und Nächten zuvor hätten sich vier Kriminalbeamte auf den Balkons des Heims aufgehalten, ausgerüstet mit Ferngläsern und Funksprechgeräten, und die Eskalation der Vorgänge beobachtet. Weil sie angeblich um ihr hinter dem Haus abgestelltes Auto bangten, hätten sie um 21 Uhr "das Gebäude mit einem Mal verlassen". (Spiegel, 2.11.)

Just von diesem Abend fehlen auch alle Videoaufnahmen der Polizei: Der CamCorder des Beweissicherungs- und Dokumentationstrupps der Hamburger Polizei (der einzige?) sei durch einen Steinwurf außer Gefecht gesetzt worden, und auch der Dokutrupp der mecklenburgischen Polizei konnte kein Filmmaterial vorlegen. (Spiegel, 14.9.)

Auch sonst ist es um die Beweissicherung schlecht bestellt: Es sei "der größte Teil der in den drei Tagen erfolgten 231 Festnahmen keineswegs ‚aktenmäßig` verarbeitet worden, ‚wie es sich gehört`", so Oberstaatsanwalt Slotty. Polizeiliche Zeugenvernehmungen und "Personen-Abklärungen" existieren nicht, weil dafür keine Zeit gewesen sei. "Für peinlich genaue Ermittlungen fehlen nun sämtliche Voraussetzungen", so Slotty, und es sei "zweifelhaft", ob sich die Hintergründe der bürgerkriegsähnlichen Krawalle "jemals genau aufdecken lassen". (FR, 27.8.)

Vielleicht ist ja genau das erwünscht - wenn etwa das Gerücht wahr sein sollte, das sich in Rostock hartnäckig hält: daß nämlich "bei dem sogenannten Schichtwechsel am Montagabend, kurz bevor die ZAST brannte, eine Art Verhandlung zwischen der Polizei und Rechtsextremisten stattgefunden hat, bei der vereinbart worden ist, daß diese ins Haus durften". Die PDS/LL im Bundestag hatte genau danach eine Anfrage gestellt, worauf die Bundesregierung kurz und knapp antwortete, ihr lägen dazu "keine Erkenntnisse vor". (BT-Drucksache 12/3230)

Die Behauptung jedenfalls, der Rückzug der Polizei sei erfolgt, um erschöpfte Kräfte auszutauschen, ist aus mehreren Gründen abwegig: Zum ersten tauscht ein Polizeiführer natürlich keine Einheit aus, indem er sie herauszieht und dann anderthalb Stunden gar nichts tut, sondern er führt zuerst frische Kräfte heran, und erst dann und unter deren Deckung wird die erschöpfte Einheit aus den Auseinandersetzungen herausgelöst. Zum zweiten standen den Berichten zufolge auch gar keine frischen Kräfte zur Verfügung: Am frühen Abend waren laut "HA" (26.8.) ca. 600 Mann im Einsatz, dann wurden die Hamburger (ca. 300) herausgezogen und nach Hause geschickt. Blieben nach Adam Riese noch etwa 300 Mann. Die waren bereits vor Ort, und man konnte sie einsetzen oder eben nicht. Irgendwelche anderen auswärtigen Kräfte waren nicht im Anmarsch, weil keine angefordert worden waren. (Der BGS wurde erst wesentlich später gerufen.) Tatsächlich wurde also schlichtweg für fast zwei Stunden den Nazis das Feld überlassen.

Dabei standen die verfügbaren Kräfte nicht irgendwo, sondern es "hielten sich rund 250 Beamte mit Wasserwerfer am Reservestützpunkt auf". (Bild, 26.8.) Dieser Reservestützpunkt lag am anderen Ende des brennenden Häuserblocks. Eine Vielzahl von Presseberichten und eidesstattlichen Erklärungen von Zeugen bestätigen, daß in unmittelbarer Nähe des Hauses mehrere Hundertschaften der Polizei bereitstanden. ",Von wegen zu wenig Leute`, ereifert sich ein Polizist in der Kantine der Einsatzzentrale. ‚Wir stehen hier seit vier Stunden rum und frieren.` ... Fein säuberlich aufgereiht stehen auf dem Hof mindestens 20 Mannschaftswagen. Die Plastik-Rüstungen der Spezial-Kämpfer liegen zwischen den Autos auf dem Boden." (Berliner Ztg., 26.8.; s.a. Welt, 7.9.) Auch noch um 24 Uhr, als die wenigen Polizisten, die die Feuerwehr schützen sollten, über Funk verzweifelt Verstärkung anfordern, sieht der taz-Berichterstatter auf dem Hof der Einsatzzentrale mindestens hundert Beamte untätig herumsitzen.

Die "Süddeutsche" fragte in dem schon zitierten Bericht auch nach dem "Skandal-Montag". "Die Polizisten erzählen, daß die meisten der Kollegen der Ansicht seien, der verkorkste Einsatz sei aus irgendwelchen

Gründen gewollt gewesen. ‚Warum`, spekuliert einer, ‚weiß keiner so recht. Vielleicht sollte es einfach die große Katastrophe geben.` Einer sagt, wie sehr er sich gewundert habe, ‚als wir plötzlich vom Heim weggezogen wurden`. Ein anderer meint, schon den ganzen Tag über seien so ‚merkwürdige Dinge` über Funk gelaufen, die keiner verstanden habe. Ein dritter, der in einer Hundertschaft nahe des Schauplatzes postiert war, weiß noch, wie sie alle den Kopf geschüttelt haben, als sie das brennende Haus gesehen haben, ‚aber nicht los durften. Das darf doch nicht wahr sein.`"

Ost-Polizei überfordert?

Wie viele andere auch hat das "Handelsblatt" (26.8.) eine wohlfeile Erklärung für das allseitige "Versagen" der Polizei zur Hand: sind eben Ossis, "... eine Polizeitruppe, die sich noch im Aufbau befindet, die mit altertümlicher Technik ausgerüstet ist und kaum über Erfahrung in der Bekämpfung von radikalen Kräften verfügt. Der Sicherheitsapparat in den neuen Ländern funktioniert noch lange nicht."

Schlechte Ausrüstung und mangelnde Erfahrung - das mag für die Polizeieinheiten aus Rostock selbst zutreffen, die in viel zu geringer Zahl den Nazis entgegengeschickt wurden. Das trifft aber nicht für die Hamburger Einsatzhundertschaft zu, nicht für die Eliteeinheit MEK und nicht für die BGS-Truppen, die ebenfalls vor Ort waren. Und das trifft ebensowenig zu für all diejenigen Polizeieinheiten, die in Bereitschaftspolizei- und BGS-Kasernen in der gesamten BRD abrufbereit standen - und an deren Einsatz die Rostocker und mecklenburgisch-vorpommersche Polizeiführung ganz offenkundig nicht interessiert war.

An auswärtiger Unterstützung tatsächlich angefordert wurden: am Sonntag zwei Einsatzhundertschaften und zwei Einsatzzüge des BGS (die offenbar bis zum Abend des Montag wieder komplett nach Hause geschickt worden waren). Zwei BePo-Hundertschaften sowie das MEK (ca. 50 Mann) der Hamburger Polizei fuhren ab, als das Flüchtlingsheim brannte. Außerdem soll Sonntag nacht eine schleswig-holsteinische Hundertschaft in Rostock gewesen sein. "In der ganzen BRD", jammerte der polizeiliche Einsatzleiter Kordus am Abend des Brand-Montags, "gibt es keine Unterstützungskräfte mehr." (Berliner Ztg, 26.8.92) Die Unverfrorenheit dieser Lüge erhellen schon einige wenige Zahlen: Der BGS allein hat in den alten Ländern 22.000 Mann, in der ex-DDR zusätzlich 8.300 Stellen. Die sofort abrufbare oder kurzfristig mobilisierbare kasernierte Bereitschaftspolizei in den Bundesländern verfügt über weitere 26.000 Mann.

Tatsächlich wurde entweder überhaupt nicht oder nur in sehr geringem Umfang um Unterstützung nachgesucht. Die Bundesregierung erklärte, sie habe den Anforderungen nach BGS "in vollem Umfang entsprochen". Berlin, wo bekanntermaßen zahlreiche straßenkampferfahrene Einheiten stehen, wurde gar nicht angefragt. In Düsseldorf ging das erste Hilfeersuchen am Dienstag (25.8.) ein und betraf lediglich die 60 Mann des nordrhein-westfälischen SEKs. "Alle weiteren Anforderungen der Mecklenburger, so ein Sprecher des Düsseldorfer Innenministeriums, bezogen sich dann bereits auf die Samstags-Demonstration." (taz, 1.9.) Zur Antifa-Demo am Samstag, dem 29.8., hatte die Landesregierung allein aus NRW 500 Mann samt SEK erbeten und erhalten. Insgesamt wurden gegen die AntifaschistInnen 3.400 Mann und weitere SEKs aus Bayern, Baden-Württemberg, NRW, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein sowie Mecklenburg-Vorpommern selbst aufgeboten. "Zuvor hatte man sich bei allen Bundesländern erkundigt, wieviel Verstärkung sie liefern könnten." (taz, 2.9.) Auch 13 Hubschrauber und 16 Wasserwerfer wurden angefordert und standen ganz selbstverständlich zur Verfügung. Der Kontrast zu den "Vorbereitungen" auf das angekündigte Pogrom könnte schlagender nicht sein.

Wohlmeinende Gemüter könnten nun zu bedenken geben, daß vielleicht Polizeiführer aus der VoPo-Zeit einfach die einschlägigen Dienstvorschriften, Verfahrensweisen und Amtswege des eingespielten bundesdeutschen Apparats noch nicht kannten. Doch ein kurzer Blick auf die Biografien der verantwortlichen Polizeioffiziere lehrt ein Schlechteres:

- Einsatzleiter in Rostock war der Leiter der Rostocker Polizeidirektion und designierte Chef des neuaufgebauten Landeskriminalamtes Siegfried Kordus. Er war seit 1959 im höheren Polizeidienst Nordrhein-Westfalens, unter anderem in der Regional-Sonderkommission "Baader-Meinhof". 1977 ging er zum BKA, 1981 Wechsel zur Sicherungsgruppe Bonn, 1982 wurde er in Bonn Leiter des Referats für politische Ausländerkriminalität. (Antifa-Info)

- Am Abend des Brandes vertrat der stellvertretende Polizeidirektor Jürgen Deckert Kordus, als der angeblich mal eben sein Hemd wechseln wollte. Deckert, im "Spiegel" (31.8.) als "ein erschöpfter, überforderter Mann"

beschrieben, ist ebenfalls ein "hochrangiger Westimport" (SZ, 21.9.) mit "Brokdorferfahrung". Deckert hatte bereits im Juni als Einsatzleiter bei einer Anti-DVU-Kundgebung bewiesen, daß er polizeiliche Großeinsätze mit aller Härte durchziehen kann, wenn es um die Durchsetzung einer Naziveranstaltung gegen linke Proteste geht. Damals waren 500 Polizisten samt landeseigenem SEK mit "äußerster Brutalität" (MoPo, 15.6.92) gegen 300 DemonstrantInnen vorgegangen, zahlreiche Verletzte, darunter auch unbeteiligte PassantInnen, blieben auf der Strecke.

- Im Schweriner Innenministerium haben die "Wessi-Offiziere der Landespolizeiführung" (Tagesspiegel, 31.8.) das Sagen: Der aus Kiel kommende Olaf von Brevern ist Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit, der Polizeisprecher Volker Horl war bereits bei den Studentenunruhen und vor dem AKW Brokdorf im Einsatz, und Hans-Heinrich Heinsen, der Polizeiinspekteur und damit oberste Polizist des Landes, war bereits in den 80er Jahren Einsatzleiter bei den Brokdorfer Anti-AKW-Demos. (WamS, 30.8.92)

Die Bürgerkriegseinsätze der Polizei gegen die Anti-AKW-Bewegung Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre, die offenbar für die ganze Truppe eine prägende Erfahrung darstellten, wurden vom damaligen schleswig-holsteinischen Innenminister Barschel geleitet. Viele der von Barschel schon damals und auch später als Ministerpräsident installierten und geförderten politischen Seilschaften haben sich unter der SPD-Regierung in Kiel Pionieraufgaben beim Aufbau des mecklenburg-vorpommerschen Staatsapparats gesucht. Entsprechender Korpsgeist darf ihnen unterstellt werden.

Jeder der aufgezählten westdeutschen Polizeiführer hatte intensive Schulungen über die Beherrschung von "Großlagen" durchlaufen, jeder von ihnen hatte praktische Erfahrung damit, welche Repressionspotentiale gegen linke Proteste in der BRD zur Verfügung stehen und wie sie eingesetzt werden. Und keiner von ihnen soll rechtzeitig auf die Idee gekommen sein, zum Telefonhörer zu greifen und ein paar Hundertschaften auswärtige Bereitschaftspolizei und BGS anzufordern?

Es kann ja wirklich Zufall sein, aber auffällig ist es schon: An jenem Abend hatten allein die "Brokdorf-Veteranen" (Deckert vor Ort, die Landespolizeiführung in Schwerin) das Sagen, während die eigentlich verantwortlichen Personen, Kordus und Kupfer, wegtauchten und auch der sozialdemokratische Oberbürgermeister Rostocks, Kilimann, der Sonntag nacht aus dem Urlaub gekommen war, die Stadt bereits wieder verlassen hatte.

"... hervorragende Arbeit

geleistet"

Noch auffälliger ist die Deckung der Verantwortlichen von oben. Trotz des unübersehbaren und auch in der Presse breit diskutierten "Versagens" der Polizei - selbst der neue Rostocker Polizeipräsident Hempel sprach von "schweren Fehleinschätzungen", "dieser Einsatz sei so unglaublich, so fehlerhaft gewesen, daß man kaum mehr an Schlamperei glauben könne" (SZ, 21.9.), die konservative Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund meinte, die "Einsatzplanung schreit zum Himmel" (Welt, 3.9.), - wurden keinerlei personelle Konsequenzen gezogen. Im Gegenteil: Kordus durfte kurz darauf seinen versprochenen Posten als LKA-Chef antreten. Vom örtlichen Polizeiführer über den Innenminister bis zum Ministerpräsidenten des Landes stellte sich jeder vor seine jeweils Untergebenen. Deckert: "Einsatzziel voll erreicht", Kordus: "schwere Fehler bei der Lenkung des Einsatzes habe es nicht gegeben", gleichlautend Kupfer: "keine schwerwiegenden Fehler". Ministerpräsident Seite: Kupfer habe "hervorragende Arbeit geleistet". (FAZ, FR, taz, 26.8., konkret 10/92)

Wenn man weiß, wie gern in solchen Situationen Bauernopfer gebracht werden, könnte das verwundern. Vielleicht bieten die Worte des Einsatzleiters Deckert einen Erklärungsansatz: Die "Süddeutsche" (21.9.) hatte ihn gefragt: "Stimmt es denn, was man in den Gängen des Rostocker Rathauses erzählt, daß von der Landesregierung in Schwerin, vermutlich aus der Umgebung von Innenminister Kupfer, ‚starker Einfluß` auf den Einsatz genommen wurde? Ob er denn auch schon von dem ungeheuren Verdacht gehört habe, daß eine Katastrophe im Asylbewerberheim sogar beabsichtigt gewesen sei? ‚Kein Kommentar`, sagt Jürgen Deckert, und fügt hinzu: ‚Es gibt ja nun die beiden Untersuchungsausschüsse, und ich kann nur hoffen, die sind wirklich daran interessiert, die Wahrheit herauszufinden.`" Enthält diese dunkle Anspielung eine versteckte Drohung gegen seine Vorgesetzten? Deckert hat immerhin bewußt 150 Menschen dem wahrscheinlichen Tod durch Rauch und Flammen ausgeliefert. Wenn er das ohne Wissen und Befehl seiner Vorgesetzten getan hat, was

hätte diese daran hindern können, ihm die Schuld zuzuweisen und ihn zumindest wegen angeblicher Unfähigkeit zu feuern?

Alles spricht dafür, daß die Aussage des Innenministers Kupfer, "die Polizei habe unter Beweis gestellt, daß sie in der Lage gewesen sei, den Auftrag umzusetzen, den sie von ihm und von der Einsatzleitung bekommen habe" (FAZ, 26.8.), in ihrer vollen Tragweite der Wahrheit entspricht.

Hieb- und stichfeste Beweise für die staatliche Inszenierung des Rostocker Pogroms fehlen bisher. Aber es scheint uns schlechterdings unmöglich, ein halbwegs stichhaltiges Szenario zu konstruieren, in dem alle Fehleinschätzungen, Pannen und Ausfälle altgedienter Polizeiprofis, in dem die Unstimmigkeiten, Widersprüche und offenen Lügen in der offiziellen Darstellung der Abläufe erklärt und die zahlreichen offenen Fragen aufgelöst werden. Eine Vielzahl von Indizien bleibt, die in keines dieser Szenarien von Unfähigkeit, Dilettantentum oder "Verkettung unglücklicher Umstände" paßt.

Dagegen stellt sich eine bezwingende Logik der Ereignisse her, wenn wir von dem stillen Einverständnis oder einer ausdrücklichen Absprache der Verantwortlichen ausgehen, daß mit dem Pogrom von Rostock ein Durchbruch in der Asylgesetzfrage erzielt werden kann: durch ein in der BRD noch nie dagewesenes politisches Fanal, ein Flammenzeichen von brennenden Häusern und Menschen vor einer "Sieg Heil" brüllenden Volksmenge.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

14. Chronik ausländerfeindlicher Angriffe (13.10. - 1.11.92)

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:17

Wir setzen die in AK 346 begonnene aktuelle Chronik ausländerfeindlicher Anschläge und Überfälle fort. Als vollständig kann dieser Überblick nicht gelten, da insbesondere Angriffe auf Asylsuchende oft gar nicht erst zur Anzeige gebracht oder wegen ihrer "Alltäglichkeit" in der Presse nicht mehr erwähnt werden.

13.10.

Im französischen Metz verprügelten offenbar deutsche Faschisten einen 20jährigen Studenten. Nach Polizeiangaben trugen die deutsch sprechenden jungen Männer Naziabzeichen und hatten kahlrasierte Köpfe. Sie zwangen den Studenten, auf die Knie zu fallen und "Hitler zu danken". Danach versetzten sie ihm Fußtritte und Schläge. (taz, 14.10.)

14.10.

In Friedland bei Neubrandenburg griffen sechs Jugendliche ein Asylbewerberheim mit Steinen an. Von den Asylsuchenden wurde niemand verletzt. Es entstand Sachschaden. Die Täter konnten unerkannt entkommen. (Neues Deutschland (ND), 16.10.)

Auf der Straße von Schwedt zum Grenzübergang Krajnik überfiel eine Gruppe von 20 Skinheads wiederholt polnische Touristen. Mehreren Polen wurden unter Androhung von Gewalt ihre Einkäufe geraubt. (Junge Welt, 16.10.)

In Saarbrücken überfiel eine Gruppe jugendlicher Faschisten einen 50jährigen Italiener und verletzte ihn erheblich im Gesicht, nachdem sie Hetzparolen gegen Flüchtlinge und Immigranten skandiert hatten. (SZ, 16.10.)

In Kiel wurde ein Polizeibeamter vom Dienst suspendiert, weil er einen estnischen Asylbewerber mißhandelt hatte, der wegen illegalen Aufenthalts vorläufig festgenommen worden war. Der Polizist hatte den Mann nach Angaben des Kieler Innenministerium in der Nacht zum 3.10. "geschlagen, getreten und ohne ersichtlichen Grund mit der Waffe bedroht". Außerdem soll der Beamte ausländerfeindliche Äußerungen gemacht haben. Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft. (SZ, 16.10.)

In Goldberg protestierten die Bürger mit einer Blockade der Zufahrt gegen die Eröffnung einer Unterkunft für Asylsuchende. (SZ, 16.10.)

Gegen den Landrat des Main-Taunus-Kreises, Jochen Riebel (CDU), hat die Interessengemeinschaft mit Ausländern verheirateter Frauen (IAF) Strafanzeige wegen Volksverhetzung, falscher Verdächtigung, Beschimpfung, Beleidigung und übler Nachrede erstattet. Riebel hatte öffentlich über "bestehende Probleme bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber" gesagt: "Einige ehemalige Asylbewerber schließen bei Verfahrensabschluß Schein- oder Zweckehen. Zirka zwei Prozent machen davon Gebrauch. Die deutschen Ehegattinnen sind immer Sozialhilfeempfängerinnen oder Rauschgiftkonsumentinnen". (FR, 15.10.)

15.10.

In München tauchten antisemitische Plakate auf mit einem Auszug aus der Veröffentlichung eines Arztes und Tierschützers über das Schächten, das Schlachten nach den mosaischen Gesetzen. Darüber steht: "So gehen die Juden mit Tieren um". Die Staatsanwaltschaft prüft, ob der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt ist. (SZ, 17.10.)

Bekannt wurde, daß die faschistische "Deutsche Alternative" (DA) den Aufbau eines "Mobilen Einsatzkommandos Ost" (MEK-Ost) plant. Aktionen sollen geplant, durchgeführt und koordiniert werden. (taz, 17.10.)

16.10.

In Leipzig wurde eine Wachfrau eines AsylbewerberInnenheims von einem Unbekannten niedergeschlagen. Die Frau mußte ins Krankenhaus gebracht werden. (Leipziger Volkszeitung, 17.10.)

In Brandenburg kam es zu einer Schlägerei zwischen 14 Nazis und AntifaschistInnen. (Junge Welt, 19.10.)

17.10.

In Dyrotz im Kreis Nauen kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen 40 rechtsextremen Jugendlichen und 30 AntifaschistInnen. Eine Person mußte schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Faschisten hatten die Schlägerei angezettelt. Die Polizei ermittelt "gegen beide Seiten" wegen schwerem Landfriedensbruch. (Junge Welt und Berliner Zeitung, 19.10.)

In Thale im Landkreis Quedlinburg überfielen 10 rechtsextreme Jugendliche eine Unterkunft für Asylsuchende, in der etwa 50 VietnamesInnen leben. Nach Angaben der Polizei beschossen sie das Heim mit Feuerwerkskörpern und drangen mit Schreckschußpistolen gewaltsam in das Gebäude ein. Drei Vietnamesinnen wurden sexuell belästigt; die Vergewaltigung einer Frau konnte die Polizei verhindern. Männliche Heimbewohner wurden geschlagen und getreten. Die Räume des Hauses wurden verwüstet, und es wurde versucht, es in Brand zu setzen. Ein Asylbewerber mußte ärztlich behandelt werden. Die Polizei nahm vier Jugendliche fest, darunter zwei Mädchen im Alter von 13 und 14 Jahren. Zwei junge Männer sollen am Montag dem Haftrichter vorgeführt wurden sein. (ND und SZ, 19.10.)

In Bad Freienwalde randalierten 50 rechtsextreme Jugendliche in einem Jugendclub. Einrichtungsgegenstände und ein PKW wurden zerstört. Eine Person wurde verletzt. Die Täter konnten flüchten, bevor die Polizei eintraf. (Berliner Zeitung (BZ), 19.10.)

In Hannoversch-Münden droht die Firmenleitung der Weser-Metall-Umformtechnik GmbH der Stadtverwaltung mit der Schließung des Werkes, wenn in der Stadt eine Zentrale Anlaufstelle für Asylsuchende eingerichtet wird. Die Belegschaft hat sich dieser Forderung angeschlossen. (ND, 19.10. und 20.10.)

In Weißwasser haben Polizei und Bundesgrenzschutz einen größeren Überfall auf ein AsylbewerberInnenheim verhindert. Etwa 15 Jugendliche waren nach einem Konzert vor die Unterkunft der Flüchtlinge gezogen, die sie offenbar mit Steinen bewerfen wollten. (Leipziger Volkszeitung, 20.10.)

18.10.

In Seelzen haben unbekannte Täter ein massives Gerätelager in unmittelbarer Nähe zur geplanten jüdischen Ehrenstätte angesteckt. Es entstand ein Sachschaden von 200.000 DM. (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 19.10.)

In Plankstadt im Rhein-Neckar-Kreis griffen 15-20 jugendliche Faschisten eine Unterkunft für Asylsuchende an. Die Eingangstür wurde eingetreten. Die Polizei ermittelte vier Tatverdächtige. (BZ, 20.10.)

In Plieningen überfielen zwei Skinheads eine Gaststätte. Sie bedrohten den Wirt und drei Angestellte mit Waffen, hielten sie mehr als vier Stunden fest und raubten 12.000 DM. Die Täter konnten wenige Tage später festgenommen werden. Sie verfügten über ein beträchtliches Waffenarsenal und hatten bereits mehrere Überfälle und Diebstähle begangen. (FR, 23.10.)

19.10.

In Goldberg blockierten 100 Einwohner, der Bürgermeister in der ersten Reihe, erneut die Zufahrt zum AsylbewerberInnenheim. Die Aktion richtete sich gegen 40 Asylsuchende, die, von der Polizei eskortiert, in Bussen auf dem Weg zur Unterkunft waren. Nach Aufforderung durch die Polizei gaben die Goldberger die Zufahrt frei. Die Flüchtlinge weigerten sich angesichts der Situation, die Busse zu verlassen. Der Gemeinderat von Goldberg sprach sich ebenfalls gegen das AsylbewerberInnenheim aus. (BZ, 20.10. und ND, 21.10.)

In Rostock ging die Polizei, die diesmal erstaunlich schnell eintraf, äußerst hart gegen überwiegend französische jüdische DemonstrantInnen vor, die gegen geplante Massenabschiebungen von Roma nach Rumänien protestieren wollten. Als die DemonstrantInnen ein Transparent aus einem Rathausfenster entrollen wollten, griff die Polizei ein. Sie nahm 50 DemonstrantInnen fest, darunter Beate und Serge Klarsfeld. Eine gegen die Abschiebungen gerichtete Mahntafel am Rathaus wurde entfernt. (BZ und SZ, 20.10.)

In Bonn mußte eine Veranstaltung der Griechischen Gemeinde wegen einer Bombendrohung unterbrochen werden. Zuvor hatte ein anonymer Anrufer rassistische Hetzparolen wie "Das Ausländerpack soll raus" ausgesprochen. (General-Anzeiger, 20.10.)

In Wrangelsburg im Kreis Greifswald brach im AsylbewerberInnenheim ein Brand aus, dessen Ursache noch nicht geklärt ist. (ND 21.10.)

In Güstrow (Mecklenburg) griffen Jugendliche im Industriegebiet eine Unterkunft für Flüchtlinge mit Steinen an. Die Polizei nahm zwei Täter fest. (ND 21.10.)

In Goyatz im Kreis Lübben wurde auf dem Friedhof die Leichenhalle mit Hakenkreuzen und der Parole "Ausländer raus" beschmiert. Mehrere Grabsteine wurden beschädigt. (BZ, 23.10.)

20.10.

In Kriebitzsch im thüringischen Kreis Altenburg versuchten unbekannte Täter, das Wohnhaus des Leiters des Asylbewerberheims Altenburg-Land in Brand zu setzen. Nach Angaben der Polizei wurden aus einem vorbeifahrenden Auto Brandsätze gegen das Haus geworfen. (taz, 22.10.)

21.10.

In Greifswald griffen 60 vermummte und mit Baseballschlägern bewaffnete faschistische Jugendliche 20 ausländische StudentInnen an. Erst zusätzliche Polizei aus Stralsund und Anklam konnte die Schlägerei beenden. (Junge Welt, 23.10.)

Auf die Mahn- und Gedenkstätte des Konzentrationslagers Ravensbrück wurde ein Brandanschlag verübt. Es entstand geringer Sachschaden. Mit Rücksicht auf den Besuch der englischen Königin wurde der Anschlag mehrere Tage lang verheimlicht und die polizeilichen Untersuchungen damit behindert. (BZ 24.10.)

22.10.

In Lahstedt im Landkreis Peine wurden bei einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für Flüchtlinge zwei Kinder im Alter von zwei Wochen und acht Monaten verletzt. Die Täter hatten einen Brandsatz durch ein Fenster in die Erdgeschoß-Wohnung der Unterkunft geworfen. Die Kinder erlitten eine Rauchvergiftung und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. (Junge Welt, 23.10.)

In Greifswald griffen erneut faschistische Jugendliche ein Wohnheim mit Steinen und Brandsätzen an, in dem vorwiegend ausländische StudentInnen leben. Die Faschisten gingen auch gegen die Polizei vor. Diese nahm zunächst 15 der Angreifer fest. Gegen zwei der Verhafteten wird wegen Landfriedensbruch ermittelt. (ND 24.10.)

In Senftenberg hob die Polizei die faschistische Terrorgruppe "Werwolf Jagdeinheit Senftenberg" aus. Die Polizei durchsuchte zahlreiche Wohnungen und nahm sieben Personen fest. Zahlreiche Schußwaffen, Munition, Militärausrüstung, nazistische Propagandaschriften und Videoaufzeichnungen von "Wehrsportübungen" wurden beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft stellte Haftanträge wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Trotzdem wurden die sieben Nazis vom Kreisgericht Senftenberg auf freien Fuß gesetzt. Diese Entscheidung wurde am selben Tag nach einer Beschwerde der Cottbuser Bezirksstaatsanwaltschaft wieder aufgehoben. Einer der Terroristen hat bei der polizeilichen Vernehmung ein Waffenlager mit 150 Handgranaten preisgegeben. (SZ, 23.10. und ND, 24.10.)

In Ueckermünde (Vorpommern) griffen 20 neofaschistische Jugendliche ein AsylbewerberInnenheim mit Steinen an. Sie gröhlten dabei "Deutschland den Deutschen" und "Ausländer raus". (ND, 24.10.)

In Bergern bei Weimar wurde ein von zwölf Vietnamesen bewohntes AusländerInnenwohnheim mit drei Brandsätzen beworfen. (ND, 24.10.)

23.10.

In Überlingen am Bodensee haben Unbekannte eine KZ-Gedenkstätte geschändet. Auf dem Friedhof für die Opfer des Konzentrationslagers Dachau wurden rund 50 Grabkreuze offenbar mit einem Vorschlaghammer abgeschlagen. Außerdem sprühten die Täter mit weißer Farbe Hakenkreuze auf das Gelände. (taz, 26.10.92)

In Karstädt im Kreis Perleberg warfen zwei Unbekannte Fensterscheiben des AsylbewerberInnenheims ein. (BZ, 26.10.)

24.10.

In Apolda belagerten 50 neofaschistische Jugendliche einen Jugendclub. Anschließend zogen sie vor das Heim für AsylbewerberInnen und skandierten rassistische Parolen. Fünf der Jugendlichen wurden von der Polizei festgenommen. (taz, 26.10.)

In Lübz in Mecklenburg-Vorpommern griffen Faschisten eine Unterkunft für Flüchtlinge an. Eine Fensterscheibe wurde zertrümmert. Gegen drei Personen ermittelt die Polizei wegen Landfriedensbruch. (SZ, 26.10.)

In Gülzow im Kreis Herzogtum Lauenburg wurden zwei Syrer während einer Sportveranstaltung von Skinheads angegriffen; dabei wurde einer der Flüchtlinge am Auge verletzt. Kurz danach warfen Jugendliche die Fensterscheiben des AsylbewerberInnenheims ein und schossen mit einer Gaspistole in das Gebäude. (SZ, 26.10.)

In Westerrönfeld im Kreis Rendsburg setzten Jugendliche die Tür einer Unterkunft für Flüchtlinge in Brand und schlugen mit Knüppeln auf den Wohncontainer ein. Dabei wurde ein Algerier verletzt. (SZ, 26.10.)

In Brandenburg wurde ein Brandanschlag auf einen Jugendclub verübt. Es entstand Sachschaden. Gäste konnten den Brand löschen. (BZ, 26.10.)

In Nörten-Hardenberg im Landkreis Göttingen versuchten Nazis, eine antirassistische Demonstration durch ausländerfeindliche Parolen zu stören. (Göttinger Tageblatt, 26.10.)

24.10./25.10.

In Greifswald griffen erneut faschistische Jugendliche, vermummt und bewaffnet, ausländische StudentInnen an. Sie stürmten einen Klub. Bei dem Überfall wurde ein 16jähriges Mädchen durch Hiebe mit einem Baseballschläger schwer verletzt. Als die Polizei anrückte, griffen die Faschisten ein Einsatzfahrzeug mit Baseballschlägern, Steinen und Gasdruckpistolen an. Zuvor hatten 300 ausländische StudentInnen und AntifaschistInnen gegen den neofaschistischen Terror demonstriert. (taz, FR und SZ, 26.10.)

25.10.

In Gutenfürst bei Plauen wurde ein Anschlag auf das AsylbewerberInnenheim verübt. (BZ, 26.10.)

In Ingolstadt gab es erneut einen Brandanschlag auf die Unterkunft für Flüchtlinge: Zwei Männer warfen fünf Brandsätze in Richtung Unterkunft; sie richteten keinen Schaden an. Die beiden Faschisten flüchteten, konnten aber kurz darauf von der Polizei gestellt werden. (SZ, 26.10.)

26.10.

In Nauen verunstalteten Unbekannte den Stadtpark an mehreren Stellen mit Nazi-Symbolen. (BZ, 27.10.)

In Schildow im Kreis Oranienburg griffen Unbekannte das AsylbewerberInnenheim mit Steinen an. Menschen wurden nicht verletzt; mehrere Fensterscheiben gingen zu Bruch. Die Täter konnten entkommen. (BZ, 27.10.)

In Norderstedt bei Hamburg steckten Unbekannte eine noch nicht bewohnte Unterkunft für Flüchtlinge in Brand. Das Haus, an dem ein Schaden von 250.000 DM entstand, gehörte zu einem aus zwei Fertighäusern bestehenden Wohnkomplex für 146 Menschen. Eines der Häuser ist vor wenigen Tagen von 73 AsylbewerberInnen bezogen worden. Von ihnen wurde niemand verletzt. (SZ. 27.10.)

In Leipzig wurden gefälschte Merkblätter der Stadtverwaltung verbreitet, in denen es u.a. heißt: "In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft entsteht eine Asylantenunterkunft. (...) Ihre neuen Nachbarn vom Balkan, aus Asien und Afrika handeln gern. Machen Sie jedoch ggf. taktvoll darauf aufmerksam, daß Drogenhandel in der Bundesrepublik derzeit noch unter Strafe steht". Die Stadtverwaltung stellte Anzeige gegen Unbekannt. (Leipziger Volkszeitung, 27.10.)

27.10.

In Niederrad stach ein 52jähriger Deutscher auf einen 29jährigen Türken mit einem Messer ein. Das Opfer mußte mit einer Schulterverletzung in eine Klinik gefahren werden. Der Täter leistete bei seiner Festnahme erheblichen Widerstand. Der angetrunkene Deutsche war auf eine Gruppe von fünf Türken zugegangen und hatte sie mit rassistischen Sprüchen beschimpft. (FR, 30.10.)

28.10.

In Neckarsteinach im Kreis Bergstraße entstand bei einem Brand in einer Unterkunft für Flüchtlinge ein Sachschaden von 150.000 DM. In der Unterkunft lebten zur Zeit des Brandes 15 Flüchtlinge. Alle Wohnungen mußten geräumt werden, Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Polizei "schließt Brandstiftung nicht aus". (FR, 30.10.)

29.10.

Der Bundestag lehnte den Antrag der PDS/LL ab, den Parlamentarischen Staatssekretär Riedl aus seinem Amt zu entfernen. Riedl hatte unmittelbar nach den Wahlerfolgen der REP in Baden-Württemberg und der DVU in Schleswig-Holstein u.a. gefordert: "Der Münchner Süden muß ab sofort zur asylantenfreien Zone werden." (FR, 31.10.)

Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) ist in Rekordzeit vom Verdacht der Volksverhetzung befreit worden. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig brauchte nur wenige Stunden, um eine Strafanzeige der "Initiative gegen Rassismus" zurückzuweisen. Glogowski hatte in einer asylpolitschen Diskussion gesagt, viele Ankömmlinge gingen ",ihren Neigungen nach`; sie seinen schlicht Kriminelle. Etwa die Hälfte der rumänischen Asylanten gehöre dazu." (FR, 31.10.)

30.10.

In Zittau kam es zwischen 20 Faschisten und AntifaschistInnen zu einer Straßenschlägerei. Eine Person wurde verletzt, und es entstand Sachschaden. (Junge Welt, 2.11.)

In Villingen-Schwenningen wurde ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Asylsuchende verübt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen versuchten Mordes. (FAZ, 5.11.)

31.10.

In Nordhausen griffen Faschisten linke Jugendliche an; es entstand eine blutige Schlägerei. Eine Person wurde schwer verletzt. (Junge Welt, 2.11.)

In Seelingstädt bei Gera stürmten fünf Skinheads einen Tanzsaal, schlugen die Musiker zusammen und beschädigten Musikinstrumente sowie einen auf dem Hof abgestellten Kleinbus. (Junge Welt, 2.11.)

In Heide in Schleswig-Holstein griffen 30 Nazis TeilnehmerInnen einer antirassistischen Demonstration an. Zwei Personen wurden verletzt. (Junge Welt, 2.11.)

In Karstädt bei Perleberg kam es vor einem AsylbewerberInnenheim zu Auseinandersetzungen zwischen teilweise vermummten ausländerfeindlichen Jugendlichen und der Polizei. Zwei der Jugendlichen wurden festgenommen. (BZ, 2.11.)

In Hettstedt warfen Unbekannte von Mopeds aus Brandsätze gegen eine Unterkunft von Asylsuchenden. (BZ, 2.11.)

In Dresden wurde ein jugoslawischer Autohändler von einem angeblichen Interessenten bei einer Probefahrt durch einen Messerstich an der Hand verletzt. Bei dem Angriff kam das Auto von der Straße ab und fuhr in ein Waldstück. Der Autohändler erlitt dabei eine Gehirnerschütterung. (Leipziger Volkszeitung, 2.11.)

In Bischofsheim im Landkreis Rhön-Grabfeld verübten Unbekannte einen Anschlag auf ein AsylbewerberInnenheim. Aus einem Auto heraus wurden mehrere Schüsse aus einem Kleinkalibergewehr und einer Gaspistole abgegeben. Insgesamt schlugen sieben Schüsse in das Gebäude ein. Von den 21 im Haus untergebrachten Jugoslawen wurde niemand verletzt. (SZ, 3.11.)

Ende Oktober

In Gelbensande bei Rostock drohte der Bürgermeister bei einem Telefonanruf im AsylbewerberInnenheim, daß er die Skins holen werde, wenn man dort nicht endlich für Ordnung sorge. (ND, 6.11.)

1.11.

In Jüterbog schlugen drei Personen einen sudanesischen Asylbewerber zusammen und raubten ihn aus. Die Polizei konnte die Täter festnehmen. (ND, 3.11.)

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien tritt das Abkommen zur Abschiebung von Personen in Kraft, die sich illegal in der BRD aufhalten. Von diesem Gesetz sollen schätzungsweise ca. 60.000 Rumänen, überwiegend Roma, betroffen sein.

In Pritzier verhinderte die Polizei einen Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft. 30 bis 40 Jugendliche waren aus einer Diskothek mit rassistischen Parolen und Gesängen in Richtung des Heims marschiert. (taz, 3.11.)

In Bragstedt im Kreis Stade brach in einer Unterkunft für Asylsuchende ein Feuer aus. Das Erdgeschoß des Wohnhauses wurde völlig vernichtet. Es wurde niemand verletzt. Die Ursache des Brandes ist noch ungeklärt. In der Unterkunft leben 14 Asylsuchende. (Göttinger Tageblatt, 2.11.)

In Göttingen wurde ein 31jähriger Äthiopier von drei Faschisten überfallen und verletzt. Auf den Äthiopier wurde mit einem schlagstockähnlichen Gegenstand eingeschlagen, und ihm wurde aus nächster Nähe mit einer Gaspistole ins Gesicht geschossen. Als das Opfer auf dem Boden lag, ging einer der Angreifer mit einem Messer auf ihn los; ein Stich verletzte die Hand des Äthiopiers. (Göttinger Tageblatt, 2.11.)

In Dolgenbrodt im Kreis Königs Wusterhausen wurde durch einen Brandanschlag die Wohnbaracke eines künftigen AsylbewerberInnenheims zerstört. Es entstand ein Schaden von 300.000 DM. Das Gebäude sollte einen Tag später bezogen werden. In der Bevölkerung hatte es "beträchtlichen Unmut" über den geplanten Standort gegeben. (SZ, 2.11.)

In Preetz im Kreis Plön griffen Faschisten eine Unterkunft für Asylsuchende an und zertrümmerten sämtliche Fensterscheiben. Die Polizei nahm die Täter fest. (FR, 2.11.)

In Müssen im Kreis Lauenburg verwüsteten Unbekannte das Innere von sechs der acht Wohncontainer. Die osteuropäischen Bewohner waren zuvor geflüchtet. (FR, 2.11.)

In Zülpich in Nordrhein-Westfalen warfen Unbekannte einen Sprengkörper in eine Unterkunft für Asylsuchende. (FR, 7.11.)

Zusammenstellung:

Büro Ulla Jelpke/ PDS/Linke Liste

15. "Heimtücke - aber keine niedrigen Beweggründe ..." (Zum Prozeß gegen G. Bögelein)

Autor: Katja Leyrer · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:18

Im Mai 1992 war der 69jährige Antifaschist Gerhard Bögelein vom Hamburger Landgericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden - wegen angeblichen Mordes an einem NS-Kriegsrichter im Jahre 1947 (vgl. ak 343). Am 16. Oktober 1992 wurde gegen dieses Urteil die schriftliche Revisionsbegründung eingereicht. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten weit mehr als 3.000 Menschen aus dem In- und Ausland mit ihrer Unterschrift die sofortige Freilassung von Gerhard Bögelein gefordert und ihren Protest gegen das Urteil erklärt.

Die Vorgeschichte

Der ehemalige DDR-Bürger Gerhard Bögelein wurde im Dezember 1990 in Leipzig verhaftet und in Hamburg inhaftiert. Grundlage dafür war ein BRD-Haftbefehl aus den 50er Jahren, in dem Bögelein und anderen die Beteiligung an der Tötung des NS-Oberstabsrichters Erich Kallmerten in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager im Jahre 1947 vorgeworfen wurde.

Gerhard Bögelein, Jahrgang 1924, war als sehr junger Mann, der sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet hatte, 1943 aus der Wehrmacht desertiert und wurde später zum Überläufer in die Rote Armee. Vorausgegangen waren eine Befehlsverweigerung bei Massenerschießungen von Partisanen in Italien, mehrere Fluchtversuche und darauffolgend Folter der Gestapo und Verurteilungen von NS- Kriegsgerichten. Bögelein kämpfte in den letzten Kriegsmonaten auf Seiten der Sowjets gegen die faschistischen Okkupanten und übte auch nach Kriegsende noch Funktionen im Dienst der Roten Armee aus, u.a. wurde er als Übersetzer und zu Verhören deutscher Kriegsgefangener im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda eingesetzt. In diesem Lager wurde der ehemalige Oberstabsrichter Kallmerten 1947 erschlagen, nachdem er während eines Verhörs gestanden hatte, 176 Todesurteile unterschrieben zu haben.

Gerhard Bögelein war nach eigenen Angaben nur Zeuge dieser Tat gewesen. Er streitet den Mordvorwurf als auch den Totschlag nach wie vor ab.

Nach 5 Monaten Prozeßdauer - es waren 46 Verhandlungstage! - wurde das Urteil am 18. Mai 1992 gesprochen: Freispruch für Karl Kielhorn aus Ostberlin, der nicht einmal Zeuge des Totschlags gewesen war, sondern damals politisch verantwortlicher "Antifa-Leiter" des Kriegsgefangenenlagers (vgl. ak 342). Gerhard Bögelein wurde 1992 nach § 211 StGB wegen "heimtückischen Mordes" verurteilt. Die Hamburger 22. Strafkammer hält es demnach für erwiesen, daß er vor mittlerweile 45 Jahren den NS-Oberstabsrichter ermordet habe.

Die Ermittlungen

In den 50er Jahren, der Zeit des Kalten Krieges, wurden die Ermittlungen in dieser Sache vom Hamburger Landgerichtsdirektor Kurt Steckel durchgeführt. Dieser befragte zwischen 1950 und 1956 Hunderte von entlassenen Kriegsgefangenen insbesondere mit der Zielsetzung, die ehemaligen "Antifa-Leiter" des Kriegsgefangenenlagers Klaipeda verfolgen zu können.

Über die Gesinnung und die Ermittlungsmethoden des verstorbenen Ermittlers Steckel besteht heute kein Zweifel mehr: Auch die Hamburger 22. Strafkammer räumte 1992 nach mehreren Beweisanträgen der Verteidigung ein, daß Steckel nicht nur NS-Jurist am Sondergericht in Königsberg und beim Volksgerichtshof gewesen war, sondern im Rahmen der bundesdeutschen "Entnazifizierung" auch seine Personalakten gefälscht hatte. Dennoch wurden dessen Ermittlungsaktivitäten gegen Karl Kielhorn, Gerhard Bögelein und andere vom Hamburger Gericht - kritisch - anerkannt.

So funktioniert das im Urteil:

"Bei der Würdigung der in Form einer Verlesung der Protokolle früherer Vernehmungen erhobenen Beweise hat die Kammer zudem berücksichtigt, daß das Zustandekommen dieser Protokolle jedenfalls aus heutiger Sicht nicht in allen Punkten als unbedenklich anzusehen ist." (S. 97) "Die Kammer hat daher im Rahmen der

Beweiswürdigung sich aus den von dem Untersuchungsrichter Steckel aufgenommenen Protokollen ergebende belastende Angaben mit besonderer Vorsicht behandelt." (S. 106)

Hätte die 22. Strafkammer im Verfahren Bögelein/Kielhorn den Ermittlungsrichter Steckel nämlich nachträglich für befangen erklärt, hätte das eventuell nicht nur Auswirkungen auf dieses Verfahren gehabt. Das Hamburger Gericht kritisierte 1992 also den Steckel, seine Vernehmungsmethoden und Vergangenheit; erkannte aber dessen Ermittlungstätigkeit an, um sich selbst nicht in Schwierigkeiten zu bringen.

Im übrigen ist es keineswegs außergewöhnlich, daß ehemalige an Sondergerichten oder dem Volksgerichtshof tätige NS-Juristen in der BRD legal in Amt und Würden Dienst taten und befördert wurden. Steckel ist keine Ausnahme, sondern die Regel. Das gilt auch für Ankläger und Richter, die "Rassenschande"-Urteile und Todesurteile beantragt und durchgesetzt haben; und das gilt auch für die Hamburger Justiz.

Ankläger im jetzigen Verfahren gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn in Hamburg war Oberstaatsanwalt Harald Duhn. Dieser wiederum war in seiner Ausbildung Referendar bei Landgerichtsdirektor Steckel gewesen. Außerdem hat er sich nicht nur in Hamburg mit der Verzögerung und Verschleppung von Verfahren gegen NS-Täter einen Namen gemacht: Allein fünf Jahre lang lagen zum Beispiel die Akten des Ermittlungsverfahrens gegen den SS- Mann A. Strippel, der verantwortlich für die Ermordung der 20 jüdischen Kinder vom "Bullenhuser Damm" war, auf dem Schreibtisch dieses Staatsanwaltes, ohne daß eine Anklage erfolgte. (1).

Um die Anklageschrift gegen die beiden Antifaschisten Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn fertigzustellen, brauchte Harald Duhn 1991 nur ein paar Monate.

Das Hamburger Gericht erkennt mit diesem Urteilsspruch diejenigen Zeugenaussagen an, die Gerhard Bögelein belasteten, obgleich nicht ein einziger der Zeugen Tatzeuge gewesen war! Alle Zeugen berichteten vom Hörensagen; ein beträchtlicher Teil war zudem 1991 bereits verstorben, und es mußte auf die Verlesung früherer Ermittlungsakten Bezug genommen werden.

Von den einhundertzwölf Zeugen im Hamburger Prozeß waren mehr als hundert zwischen 1945 und 1949 ehemalige NS-Wehrmachtsangehörige, kriegsgefangen im sowjetischen Lager Klaipeda. Die meisten von ihnen haben nach ihrer Entlassung "in die Heimat" belastende Aussagen nicht nur gegen Gerhard Bögelein gemacht, sondern auch gegen andere ehemalige deutsche Kriegsgefangene, die mit den Sowjets zusammengearbeitet hatten. Mehr als ein Viertel dieser "Zeugen" - es finden sich auch SS-Chargen darunter - war zudem von den Sowjets als NS-Kriegsverbrecher verurteilt gewesen.

Daß es sich bei den überwiegend bereits in den 50er Jahren befragten und ermittelten Zeugen fast ausschließlich um ideologisch gefärbte, wenn nicht sogar gefälschte Zeugenaussagen handelte, die von ehemaligen, in der Sowjetunion verurteilten Kriegsverbrechern oder wenigstens sich zu Unrecht als Kriegsgefangene festgehaltene Menschen begreifend, stammten, die vermutlich wirklich Rachegefühle hegten, konnte und wollte das Gericht nicht einordnen. Drei Beispiele aus dem Urteil:

"Diese Aussage des Zeugen Alfons Lorenz wertet die Kammer dabei als ein sehr starkes Beweismittel, obwohl von diesem Zeugen lediglich ein Vernehmungsprotokoll vorliegt und dieses sich auf eine Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter Steckel bezieht. Der Zeuge Alfons Lorenz befand sich nämlich während der Zeit vor seiner Kriegsgefangenschaft und insbesondere in dem Zeitraum nach der Tötung des Erich Kallmerten überwiegend in Haft, weil ihm von Seiten der Sowjets der Vorwurf gemacht wurde, als Angehöriger eines SS- und Polizeiregiments u.a. an Erschießungen von Zivilisten beteiligt gewesen zu sein." (S.155) (2)

"Es ist nicht ersichtlich, wie andernfalls die Zeugen Andersen und Toedt unabhängig voneinander jeweils darauf gekommen sein sollten, bei ihren Vernehmungen anzugeben, daß es nicht irgendein NKWD-Verhör sein sollte, zu dem Kallmerten bestellt worden sei. " (S. 175) (3)

"Die Angaben der Zeugen Andersen und Toedt werden bestätigt durch die Aussagen des Zeugen Mahler bei dem Untersuchungsrichter Steckel vom 3. Januar 1956." (S. 177) (4)

Sogar ein noch lebender Zeuge, der sich erst jetzt, im Prozeßverlauf 1991/92 meldete und der indirekt zu einem wichtigen Belastungszeugen gegen Bögelein wurde, konnte durch die scheinbar neutrale Befragung im Verfahren nur die Unwahrheit sprechen - das Gericht ignorierte dessen politisch rechte Aktivitäten und

offensichtliche Mitgliedschaft in der HIAG ("Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS"). Der hier gemeinte Zeuge, J.W. Gebhardt, ist auch heute, 1992, politisch rechtsradikal aktiv, hat ein Buch über die Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion veröffentlicht, das in "Der Freiwillige", Zeitschrift der, HIAG gerühmt wird. Gebhardt schreibt auch in dieser Zeitung. (5)

Aus dem Urteil: "Daß Erich Kallmerten, als er sich zur Offiziersbaracke begab, keinen Angriff auf Leib oder Leben argwöhnte (...) ergibt sich daraus, daß über die NKWD-Vernehmungen im Lager Klaipeda/Memel gerade nichts Dahingehendes bekannt war, daß dabei etwa geschlagen oder getötet worden wäre."(...) "Der Angeklagte Bögelein stand nämlich in dem Tatzeitraum noch nicht in dem Ruf, daß er bei Vernehmungen schlug. Diesen Ruf hat er sich vielmehr, wie insbesondere von dem Zeugen Gebhardt bei dessen Vernehmung in der Hauptverhandlung bekundet worden ist, vielmehr erst bei zeitlich später liegenden Aufenthalten in anderen Kriegsgefangenenlagern (...) erworben." (S. 184 f.)

Das scheinbare Nicht-Interesse des Gerichts an Lebenseinstellungen und politischen Standorten von Zeugen und Angeklagten wird hier zur Farce, die eben die Kontinuität der "Furchtbaren Juristen" auch ausmacht.

Das Gericht hätte hier - politisch-moralisch richtig - nur sämtliche Zeugen von früher ablehnen können.

Das Urteil

Das juristische Konstrukt des "heimtückischen Mordes" ergibt sich aus juristischen Glatteisbewegungen, wie dem angeblichen Erschlagen von hinten und der angeblich normalen Situation für den Kallmerten, nachts aus dem Bett geholt zu werden zu einem sowjetischen Verhör, bei denen es immer ganz freundlich zugegangen sei (sic!).

Auf Mord ist nach diesem Hamburger Urteil u.a. deshalb zu urteilen, weil der Getötete ohne Mißtrauen, "arglos" und sozusagen ungewarnt zum Verhör gekommen sei. Und weil der oben näher beschriebene SS- und HIAG-Zeuge Gebhardt aussagte, auch Bögelein habe bis dahin nie bei Verhören geschlagen. Auch gegenüber dem bei den Sowjets angestellten Bögelein sei also - so das Gericht - der während des Verhörs zu Tode gekommene Kriegsrichter nicht mißtrauisch gewesen, sondern "arglos".

Diese Konstruktion der angeblichen Tat macht juristisch gesehen den Unterschied zwischen Totschlag und Mord aus. Ein "Totschlag" im Jahre 1947 aber wäre 1992 verjährt gewesen.

Geradezu komisch wirkt das Urteil, wenn es versucht, politische Einschätzungen im Sinne des Angeklagten zu formulieren. In der Frage der "Mordqualifikation" - für das Lebenslänglich belanglos, für Gnadenakte wichtig - begründet das Gericht, warum es zwar "Heimtücke", aber keine "niedrigen Beweggründe" sieht, wie folgt:

(...) "Der Haß des Angeklagten Bögelein auf die Justiz des Nazisystems und Erich Kallmerten als einen Repräsentanten dieses Justizapparates kann aber nach Auffassung der Kammer nicht als niedrig in dem genannten Sinne eingestuft werden." (S. 227) (...) "Danach konnte der Angeklagte Bögelein davon ausgehen, daß das nationalsozialistische Deutschland anderen Völkern grobes Unrecht antat und daß die Kriegsgerichtsbarkeit im allgemeinen sowie der ehemalige Kriegsrichter Erich Kallmerten im besonderen daran mitgewirkt hatten, dieses Unrecht zu verfestigen." (S.228)

Daß das Gericht, die Hamburger 22. Strafkammer, in seiner Sprache teilweise die Sprache des Kalten Krieges, wenn nicht sogar die NS-Sprache übernimmt, ist zusätzlich makaber, wenn auch nicht verwunderlich (es handelt sich in der Regel um direkt übernommene Aussagen aus den Steckel-Akten).

Zwei Beispiele:

"Anschließend wurde er in Jugoslawien gegen Partisanenbanden eingesetzt und erhielt Anfang 1943 Heimaturlaub." (...) "In der Zwischenzeit war bei dem Angeklagten Bögelein der Gedanke gereift, zu den Russen überzulaufen." (S.7) "Er wurde dort alsbald zum sowjetischen Ministerium für Staatssicherheit, dem MGB, geholt und von dort zur Bekämpfung des sogenannten Banditentums eingesetzt." (S. 11) (6)

Insgesamt gesehen ist das Urteil gegen Gerhard Bögelein ein ganz "normales" BRD-Urteil im Rahmen bestehender Gesetze und personeller und politischer Kontinuitäten, die gar nicht bewußt sein müssen und selbst dann vorhanden wären, wenn ein Gericht explizit dagegen arbeiten wollte. (7)

Die bundesdeutsche - und damit auch die "gesamtdeutsche" - Justiz ist, ob sie im einzelnen will oder nicht, hilflos in der Frage von wirklicher Schuld und Unschuld, weil sie eine Justiz ist, die den Nationalsozialismus zwar als Terrorherrschaft, aber als Rechtssystem begreift.

Der Prozeß gegen Bögelein/Kielhorn ist exemplarisch : Von den Zeugen über den Staatsanwalt, - mit Vorsicht ausgedrückt: bis hin zu einzelnen VerteidigerInnen - waren "vorbelastete" Menschen tätig, denen, platt gesagt, nichts ferner steht als ein Deserteur zur Roten Armee, KGB-Mitarbeiter und Antifaschist wie Gerhard Bögelein. Es handelt sich zwar - mit Ausnahme des mittlerweile verstorbenen ersten Ermittlungsrichters Steckel - nicht mehr um NS-Täter, die richten und verhandeln, aber um Juristen, die in der Regel von NS-Juristen gelernt haben und dem bundesdeutschen Rechtssystem in seiner Kontinuität nicht einmal mit einer antifaschistischen Position gegenüberstehen.

Diese Justiz - und damit auch das Hamburger Gericht - kennt keinen Raum für Antifaschismus, unabhängig vom eventuellen Wollen einzelner Beteiligter.

Die Revision

Eine andere Sache ist, ob das Gericht seiner heute gültigen juristischen Sorgfaltspflicht genügt hat, was die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten Bögelein betrifft. Sowohl die Umstände der Verhaftung, die Untersuchungshaft vor der Eröffnung des Verfahrens als auch die Begleitumstände während des Verfahrens sprechen dem entgegen und sind, letzteres betreffend, Gegenstand der Ende Oktober eingereichten Revision.

Auch hier ist aber die Grundlage nicht in einer besonderen Böswilligkeit der 22. Strafkammer gegenüber dem hier Angeklagten zu suchen, sondern eher Alltagsnormalität in bundesdeutschen Gerichten und Untersuchungshaftanstalten. Das Medikament, dessen Einnahme und Dosierung Anstoß für die Revision ist, gehört zu einem der am meisten verordneten Psychopharmaka in bundesdeutschen Strafanstalten, da es dämpfend wirkt und die motorische Aktivität hemmt. (8)

Verordnet worden ist Gerhard Bögelein das Medikament von dem auch während der Verhandlung befragten Sachverständigen Dr. med. Pinski, der zuständig ist für die medizinische Versorgung des Hamburger Untersuchungsgefängnisses.

Die am 16. Oktober schriftlich eingereichte Revisionsbegründung fußt auf §338 Nr. 5 StPO und geht von einer vollständigen Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten Gerhard Bögelein aus.

Zur Begründung werden zwei Hauptargumente vorgebracht:

- Im schriftlichen Urteil wird eine andere, um das Hundertfache (!) niedrigere Dosierung des Medikaments Neurocil behauptet, als es den Eintragungen in den "Gesundheitsakten" des Hamburger UG entspricht.

- Das Medikament wurde abends verabreicht in voller Dosierung, so daß die Wirkung noch bis in den nächsten Tag anhielt.

Die Revision geht also davon aus, daß das Gericht durch Falschinformationen des Sachverständigen von einer Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten ausging, die aber nicht vorhanden war. Die Revision stellt außerdem infrage, ob dieses Medikament, Neurocil, überhaupt verordnet werden durfte.

Wenn der Revisionsantrag zugelassen wird, kann dies bedeuten, daß das Verfahren ganz oder teilweise wiederholt werden muß.

Diese Konstellation bietet Aussicht auf die Hoffnung, daß die Revision zugelassen wird und es eventuell zu einer zweiten Hauptverhandlung kommt.

Hier anders und offensiver zu argumentieren, offensichtliche Fehler und Vorverurteilungen anzugreifen, die politische Befangenheit des Ermittlungsrichters Steckel und fast aller "Zeugen" zu entlarven usw., ist Sache einer künftig hoffentlich kompetenteren Verteidigung in Zusammenarbeit mit Gerhard Bögelein selbst und einer Öffentlichkeitsarbeit, die dem in die Hände arbeitet.

Die Öffentlichkeit/ Proteste

Gerhard Bögelein hatte bei Eröffnung des Verfahrens im November 1991 schon ein Jahr Untersuchungshaft im Hamburger UG hinter sich und war gesundheitlich am Ende. Er war ohne Kontakt zu Freunden oder Verwandten und hatte lange Zeit nicht einmal einen Anwalt seines Vertrauens zur Verfügung.

Erst gegen Ende des Prozesses, über den die Presse ausführlich berichtet hatte, fanden sich regelmäßige ProzeßbeobachterInnen und Menschen, die ihn im Gefängnis besuchten und sich mit ihm für seine mindesten Gefangenenrechte einsetzten. Er erhielt zum Beispiel erst eineinhalb Jahre nach seiner Verhaftung die Möglichkeit, Radio zu hören und fernzusehen.

Schon während des Verfahrens und sofort nach dem Urteil hatten verschiedene Organisationen und Einzelpersonen an das verhandelnde Gericht und Gerhard Bögelein/Karl Kielhorn geschrieben und ihren Protest erklärt, darunter Mitglieder des Kopenhagener Stadtrates, der Bund der Antifaschisten Weißensee-Hohenschönhausen e.V. und Mitarbeiter der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts.

In den Wochen nach der Urteilsverkündung fanden sich 300 ErstunterzeichnerInnen, Organisationen und Gruppen mit einer Protesterklärung zusammen, in der die sofortige Freilassung und Rehabilitierung von Gerhard Bögelein gefordert wurde. Zu den Unterzeichnenden gehörten neben vielen Mitgliedern antifaschistischer Organisationen und NS-Überlebenden-Verbänden auch einige Bundestagsabgeordnete der PDS/Linke Liste, darunter Gregor Gysi, die Europaparlamentarierin der GRÜNEN, Claudia Roth, die Gerichtsreporterin Peggy Parnass, der Schriftsteller Christian Geissler und die Vizepräsidentin der deutschen Pax-Christi-Sektion, Gisela Wiese (vgl. ak 344).

Bis Anfang Oktober haben über 3.000 weitere UnterzeichnerInnen diesen Aufruf unterstützt. Dabei sind fast 800 Unterschriften aus den "neuen Bundesländern", viele auch aus Leipzig, wo Gerhard Bögelein bis zu seiner Verhaftung Ende 1990 gelebt hat.

Unterschrieben haben u.a. auch die Vorsitzenden und Sprecher der Lagergemeinschaft Buchenwald und viele andere Verfolgte des Nazi-Regimes aus den neuen und den alten Bundesländern.

Das Spektrum der Unterschriften geht über beinahe alle Berufe: ArbeiterInnen, StudentInnen, Angestellte, Selbständige, einige StadträtInnen und ProfessorInnen, TheologInnen und GewerkschafterInnen, viele RechtsanwältInnen und ein paar JournalistInnen.

Außerdem haben einige politische Gefangene und die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD sich dem Aufruf angeschlossen.

Unter den 3.000 Protestunterschriften sind mehr als 170 von Organisationen, Antifa-Gruppen, Verlagen, Läden und Verbänden. Mehr als 200 stammen von Einzelpersonen oder Organisationen aus dem Ausland, insbesondere aus Österreich und der Schweiz, aber auch aus Spanien, den Niederlanden, Dänemark und vielen anderen Ländern bis hin nach Uruguay und Argentinien.

Viele Menschen haben darüberhinaus Geld für Gerhard Bögeleins Anwaltskosten und die Solidaritätsarbeit gespendet.

Andere haben in persönlichen Briefen und durch die Weitergabe der Unterschriftenlisten dazu beigetragen, daß das Verfahren immer bekannter wird und der Protest dagegen immer breiter.

In Kiel haben verschiedene Organisationen und Gruppen in einem Bündnis eine Veranstaltungsreihe organisiert, in der an 14 Abenden Informationen zum Thema Antifaschistischer Widerstand, NS-Kontinuität in der bundesdeutschen Justiz und zum Prozeß gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn gegeben werden. Referenten sind hier u.a. die ehemaligen antifaschistischen Widerstandskämpfer Karl Hauke aus Leipzig und Peter Gingold aus Frankfurt am Main und Karl Kielhorn aus Ostberlin, der mit Gerhard Bögelein zusammen angeklagt gewesen war.

Beim Musikfestival "Urban Sound Clash" am 12. September im Hamburger Hafen konnten für Gerhard Bögelein mehrere Tausend DM gesammelt werden. Die VeranstalterInnen, DJ's und Musiker, die sich mit Black Music beschäftigen, hatten nicht nur der "Prozeßgruppe" Gelegenheit für einen Infostand gegeben, sondern von jedem verkauften Getränk Geld für Gerhard Bögelein abgezweigt.

Im Januar 1993 werden Veranstaltungen für die Freilassung von Gerhard Bögelein in folgenden Städten stattfinden: Bern, Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Bremen, Brüssel, Freiburg, Hamburg, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg und Stuttgart. Für 1992 sind noch Veranstaltungen in Hamburg und Oldenburg geplant.

Gerhard Bögelein ist bis zum heutigen Tage weiter inhaftiert. Er hat starke gesundheitliche Beschwerden, und mittlerweile wurde ein Arzt seines Vertrauens herangezogen. In diesen Tagen soll ein Antrag auf Haftverschonung gestellt werden.

Katja Leyrer

Anmerkungen

1) Mehr dazu in Günther Schwarberg: Die Mörderwaschmaschine. Göttingen 1990; ders.: Der SS-Arzt und die Kinder. Göttingen 1988

2) Alfons Lorenz , Polizeimeister, in der SU als Kriegsverbrecher verurteilt zu 25 Jahren, hat an der Verhandlung nicht mehr teilgenommen, weil er tot ist.

3) Dr. Wolfgang Andersen, Rechtsanwalt, ist ein toter Zeuge, der auch zu 25 Jahren als Kriegsverbrecher verurteilt war.

Eberhardt Toedt, Theologe, Wehrmachts-Major und Ritterkreuzträger, ist ebenfalls tot.

4) Adolf Mahler war Oberst der Wehrmacht, wurde in der SU erst zum Tode, dann zu 25 Jahren als Kriegsverbrecher verurteilt. Er ist tot.

5) Johannes Wilhelm Gebhardt, Polizeioffizier, ehemaliger SS- Sturmbannführer, war in der SU erst zum Tode, dann zu 25 Jahren als Kriegsverbrecher verurteilt worden.

Sein Werk über die Kriegsgefangenschaft in der SU, das in der HIAG-Zeitschrift gepriesen wird, ist unter seiner Adresse zu beziehen: J.W. Gebhardt, Thymianweg 10, 7000 Stuttgart 75

6) Bei den "Partisanenbanden" handelt es sich um WiderstandskämpferInnen gegen die deutschen Besatzer.

Bei den "sogenannten Banditen" handelte es sich um Gruppen, die nationalistische Politik betrieben und gemeinsam mit ehemaligen Wehrmachts- und SS-Angehörigen Anschläge auf die Sowjets machten, teilweise auch von westlichen Geheimdiensten unterstützt wurden.("Grüne Armee").

7) Zur Kontinuität der bundesdeutschen Justiz vgl. u.a.: Ingo Müller: Furchtbare Juristen, München 1987

Rolf Gössner, Heinrich Hannover: Terroristen und Richter, Bd 1 und 2, Hamburg 1991

8) vgl. u.a. Sonja Vack: Kleines Schwarzbuch Strafvollzug, Sensbachtal 1992

Der Knast

Die Hamburger Justizvollzugsanstalt IX, das Gefängnis, in dem Gerhard Bögelein inhaftiert ist, wurde zwischen 1965 und 1971 als Hochsicherheitsanstalt auf ehemaligen Tongruben errichtet. In diesen Tongruben schufteten sich zwischen 1938 und 1945 Tausende von KZ-Häftlingen krank oder zu Tode. Im danebengelegenen Klinkerweg wurden Ziegel gebrannt unter den gleichen Bedingungen.

Das KZ Neuengamme, in dem vorwiegend auch WiderstandskämpferInnen aus Frankreich und den skandinavischen Ländern, aber auch viele polnische und sowjetische Häftlinge drangsaliert und umgebracht worden sind, diente auch als Exekutionsort für deutsche Gefangene und war eines der ersten KZs, in denen Menschen vergast wurden.

Von den 106.000 Menschen, die im Nationalsozialismus hier und in den dazugehörigen Nebenlagern interniert waren, haben 55.000 das Lager nicht überlebt.

An diesem Ort befinden sich heute, erkämpft von Organisationen der ehemaligen Opfer, eine Gedenkstätte, ein Mahnmal und das "Dokumentenhaus". Ca. 50.000 registrierte BesucherInnen zählt die Gedenkstätte jährlich.

Was die BesucherInnen der Gedenkstätte meistens nicht wissen, ist, daß sie sich gar nicht auf dem Gelände des ehemaligen KZs befinden, sondern an dessen Rand.

1948 war das Gelände von der britischen Besatzungsmacht an die Hamburger Justizbehörde übergeben worden, die gegen den Protest der ehemaligen Häftlinge ein Gefängnis in den Baracken einrichtete. 1950 wurde dort ein Stein-Knast gebaut, der bis heute existiert. In den 60er Jahren begann man relativ ungestört mit dem Bau eines zweiten Gefängnisses auf dem Gelände, der JVA IX, die 1971 eingeweiht wurde.

Seitdem sind die größten Flächen auf dem ehemaligen KZ-Gelände nicht einmal mehr für die ehemaligen Opfer und ihre Verwandten zu betreten.

1989 hat sich der Hamburger Senat endlich dazu durchgerungen, diesen Zustand zumindest teilweise zu beenden. Doch die Neukonzeption der Gedenkstätte, die der Öffentlichkeit am 21. August 1992 vorgestellt wurde, sieht nur die Auslagerung eines der beiden Gefängnisse in den nächsten Jahren vor. Der unsägliche Zustand bleibt auf absehbare Zeit also erhalten.

16. "Kinkelinitiative" endgültig gescheitert? Haftunterbrechung statt Begnadigung für Bernd Rößner

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:31

Staat und Justiz spielen weiter mit dem Leben von Bernd Rößner. Noch im August diese Jahres wurde den AnwältInnen signalisiert, daß eine positive Entscheidung des Begnadigungsantrag von Bernd Rößner unmittelbar bevorstehe und er nach dreimonatigem Aufenthalt in der Kasseler Knast-Psychiatrie in eine frei wählbare therapeutische Einrichtung entlassen werden würde. Diese Informationen hatten Bernd Rößner dazu veranlaßt, den Vereinbarungen zuzustimmen und den schweren Weg in die geschlossene Knastpsychiatrie zu gehen, nachdem er sich seit Jahren gegen die Psychiatrisierungsversuche der Justiz erfolgreich gewehrt hatte.

Am 15. August wurde Bernd Rößner nach Kassel verlegt, der Gnadenerlaß sollte bis Anfang Oktober erfolgen. Anfang September teilte dann für alle überraschend das Oberlandgericht (OLG) Düsseldorf mit, daß es für Hanna Krabbe, Karl-Heinz Dellwo, Bernd Rößner und Lutz Taufer ein Verfahren nach § 57a einleite.

§ 57a regelt, daß bei zu lebenslänglich verurteilten Menschen nach 15 Jahren Haft eine Überprüfung stattfinden muß, ob eine vorzeitige Entlassung möglich ist. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Juni 92, muß in diesen Verfahren nicht nur die "Schwere der Schuld" festgestellt werden, die ggf. dazu führt, daß eine Entlassung nicht stattfindet, sondern auch festgelegt werden, wie lange die betreffende Person weiter in Haft bleiben muß. Diese Festlegung war bei den vier Gefangenen nicht getroffen worden und soll nun in einem von "Amts wegen" neu eingeleiteten Verfahren geprüft werden. Gleichzeitig wurde den AnwältInnen von Bernd Rößner mitgeteilt, daß sich die Begnadigungsentscheidung "wg. bürokratischer Hindernisse" verzögere.

Inzwischen ist entschieden worden, daß er die Haft für 18 Monate unterbrechen darf, um sich einer Therapie zu unterziehen. Die Entscheidung über das Gnadengesuch ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden, und damit schwebt das Damoklesschwert der erneuten Inhaftierung über Bernd.

Ob es sich bei der Verzögerung der Entscheidung über das Gnadengesuch und dem Einleiten der § 57a-Verfahren um ein Zusammentreffen von unabhängig voneinander arbeitenden Stellen oder um ein von Anfang an zwischen den staatlichen Stellen abgekartetes Spiel handelt, läßt sich nicht klären. In jedem Fall bedeutet es, daß einem Teil der Gefangenen ihre Weigerung, solange keine Anträge auf Haftüberprüfung zu stellen, solange der haftunfähige Bernd Rößner nicht freigelassen worden ist, "von Amts wegen" genommen wird. Das nimmt den Gefangenen insgesamt ihre Möglichkeit, auf diese Art für die Freilassung von Bernd zu kämpfen, weil das Einleiten des Haftprüfungsverfahren für einige das gesamte Kollektiv zwangsläufig spaltet.

Vor diesem Hintergrund ist die Erklärung von Karl-Heinz Dellwo vielleicht noch klarer.

ga.

17. Keine Rückkehr zum bewaffneten Kampf. Erklärung von Karl-Heinz Dellwo

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:24

Dokumentation

Keine Rückkehr zum bewaffneten Kampf

Die Bundesjustizministerin hat Bernd Rößner "Strafausstand" gewährt. Das ist der Ersatz für eine Entscheidung des Bundespräsidenten, die trotz fester Zusage nicht gekommen ist. Statt einer politischen Entscheidung liegt nun eine vor, die die Notwendigkeit einer politischen Antwort des Staates auf die Gefangenenfrage, aber auch auf die RAF, unterschleichen will. An der staatlichen Haltung uns gegenüber hat sich damit nichts geändert. Diese Entscheidung macht politisch nichts auf.

Im Januar 1992 war der damalige Bundesjustizminister Kinkel mit der Erklärung an die Öffentlichkeit getreten, von Seiten des Staates politische Bewegung in das Verhältnis zu uns reinzubringen. Eine 22jährige gesellschaftsrelevante Konfrontation hat ganz einfach auch ihre faktische Evidenz geschaffen, der nur noch Dummköpfe ihren politischen Gehalt bestreiten können. Das war durchaus neu, gehörte es doch zur politischen Schizophrenie dieser Jahre, das Politische dieser Situation im Interesse ideologisch-propagandistischer Positionen wegzubeten. Es kam allerdings schon Jahre zu spät.

Wir hatten 1989 in unserem damaligen Hungerstreik um Zusammenlegung bereits versucht, die politisch und auch militärisch festgefressene Situation zu öffnen und eine neue Entwicklung zu ermöglichen. Die RAF hatte, wie ihr nicht-militärisches Verhalten bewies, diesen Versuch mitgetragen. Vom Staat allerdings war das nur als unsere Schwäche ausgelegt worden, wieder einmal lehnten sie sich zurück, wieder einmal sahen sie sich kurz vor dem großen Sieg. So traten sie nach dem Abbruch des Hungerstreiks auch nur nach: Die Verweigerung der Zusammenlegung wurde festgeklopft, neue Kampagnen gegen uns oder unsere Anwälte inszeniert, neue Zellenrazzien und das Einleiten neuer Prozesse. Nach außen weiter der alte Repressionsbetrieb. Das Ergebnis war die Fortsetzung der militärischen Konfrontation.

Kinkel dann am Jahresanfang, "mit den Sicherheitsbehörden abgestimmt", schien endlich ein Anzeichen dafür zu sein, daß auch der Staat sich der politischen Realität stellen will. Allerdings kam kurz nach dieser "Initiative" von den gleichen "Sicherheitsbehörden" die erste Rücknahme: die BAW zog ihren selbstproduzierten "Kronzeugen" Nonne aus der Tasche und versuchte, jedes politische Vorgehen zu durchkreuzen.

Auch ansonsten blieb die "Kinkel-Initiative" ihren Realitätsbeweis schuldig. Wäre sie erst gemeint gewesen, hätten ihr Schritte zur Zusammenlegung folgen müssen. Im vollständigen Fehlen dessen war bereits ausgedrückt, daß auch die "Kinkel-Initiative" weiter auf der Prämisse der Zerstörung der Gruppe basierte. Daran wird sich natürlich nichts entwickeln.

Im April kam dann die Erklärung der RAF, Angriffsoperationen auszusetzen zugunsten des Einleitens eines politischen Prozesses. Die Gefangenen haben das durch die Erklärung von Irmgard Möller bekräftigt. Diesen Schritt der RAF muß man eindeutig als Versuch sehen, aus der Illegalität heraus das neu in Gang zu setzen, womit die Gefangenen 1989 gegen die dumpfe Haltung der Macht gescheitert waren. Mit weiteren Erklärungen hat die RAF inzwischen ihre Entscheidung bekräftigt und vertieft. Damit war auch die Frage des bewaffneten Kampfes offen gemacht und eine Situation hergestellt, wie es sie zuvor noch nie gegeben hat.

Die unmittelbaren öffentlichen Reaktionen darauf - läßt man mal Politiker wie Däubler-Gmelin oder Penner beiseite, ebenso die CSU, von der nichts anderes zu erwarten ist - waren teilweise von der Erkenntnis getragen, daß es auf diesen qualitativen Schritt der RAF eine entsprechende Antwort geben muß. Gekommen ist sie nicht.

Statt dessen wurde nur taktiert. Während von Stahl z.B. öffentlich erklärte, die Gefangenen müßten nicht abschwören oder ihre Geschichte denunzieren, versuchte der zuständige OLG-Senat, Günter Sonnenberg im Anhörungsverfahren genau dazu zu zwingen. Gegen die sofortige Freilassung von Bernd Rößner wurden immer neue Schwierigkeiten geschaffen. Wurde der RAF-Schritt im April in den öffentlichen Stellungnahmen noch begrüßt, erklärte die neue Bundesjustizministerin unter Ausschluß der Öffentlichkeit im August den

Anwälten: "Es wird keine politische Entscheidung geben", "keine zl", und: "Machen Sie den Gefangenen keine Hoffnungen". Verbunden war das mit dem Verlangen, daß das nicht öffentlich wird. Eine vollständige Absage, aber ohne politische Kosten - wie immer die Strategie des maximalen Profits! Darüber hinaus zieht die BAW nicht nur ihre neuen Verfahren durch, die ein neues aggressives Moment in die Situation bringen; sondern sie führt sie auch mit der öffentlich dargelegten Absicht, die Freilassung von den Gefangenen auf mindestens die nächsten 10 Jahre zu verhindern. Als könnte das aufgehen!

Wir hatten keine irrationalen oder unerfüllbaren Anforderungen gesetzt. Uns war klar, daß es ein längerer Prozeß ist, an dessen Ende die Freiheit der politischen Gefangenen steht und eine Lösung für darüber hinausgehende Fragen. In der Erklärung von Irmgard Möller stand, daß niemand von uns davon ausgeht, daß die Freiheit aller Gefangenen von heute auf morgen umgesetzt werden kann. Aber es muß für alle und alles eine Perspektive in einem überschaubaren Zeitraum geschaffen werden.

Sofort möglich für den Apparat und die Politik war die Freiheit aller haftunfähigen Gefangenen, das Einleiten bei denen, die über 15 Jahre inhaftiert sind, und jener Widerstandsgefangenen, die schon jetzt zwei Drittel ihrer Haft hinter sich haben. Für die anderen als Übergangslösung zu ihrer Freiheit die Zusammenlegung. Zu den notwendigen Schritten von Staatsseite gehört auch die Mehrfachanrechnung der Isolationshaft. Nichts ist gelaufen.

Trotzdem hatten wir noch auf die angekündigte Entscheidung zu Bernd Rößner gewartet, um danach für alle, die über 15 Jahre in Haft sind, Entlassungsanträge zu stellen. Das sind in Lübeck: Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby, hier in Celle Lutz Taufer, Knut Folkerts und ich. In Bochum betrifft es Stefan Wisniewski. Verbunden damit war die Bereitschaft zu den Anhörungen, und es ist auch klar, auf was wir uns dort einlassen und auf was nicht: keiner von uns wird nach seiner Freilassung zum bewaffneten Kampf zurückkehren. Wir hatten das im April bereits gesagt: Aus den tiefgreifenden globalen und innergesellschaftlichen Umbrüchen ist eine einfache Fortsetzung der Politik und Praxis der 70er und 80er Jahre unmöglich. Der Schritt der RAF war überfällig und hat die Suche nach der Neubestimmung systemoppositioneller Politik erleichtert.

Keiner von uns aber wird in diesen Anhörungsverfahren eine Auseinandersetzung über unsere Geschichte, unser Selbstverständnis oder das, was ein emanzipatorischer Prozeß - individuell wie auch gesellschaftlich - in der Zukunft sein kann, führen. Diese Auseinandersetzung ist öffentlich, und wir suchen darin eine neue Grundlage für die Zukunft. Wir werden uns mit diesen Gesellschaftsverhältnissen nicht versöhnen. Wir wollen auf anderer Ebene gegen die kapitalistischen Verhältnisse für deren fundamentale Umwälzung weiterkämpfen. Die Lebensverhältnisse hier und im Trikont lassen für uns nichts anderes zu.

An der Entlassungsfrage Bernd Rößner hätte sich eine politische Zäsur auf der Staatsseite artikulieren können. Nach dem Inhalt der nun getroffenen Entscheidung können wir nur noch feststellen, daß sie diese politische Bededeutung nicht mehr hat. Denn die jetzige Entscheidung besagt, daß die weitere Behandlung aller Fragen nicht nur der Form, sondern auch dem Inhalt nach an die Justiz abgegeben worden ist. Jene wird aus ihrer ideologischen und normativen Fixierung heraus erst recht nicht die Entscheidungen treffen, zu denen die Politik offensichtlich nicht Willens ist.

Natürlich soll jede/r raus, die/der raus kann. Irmgard Müllur sitzt im 21. Haftjahr. 17 Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Vietnamkrieg vollstreckt die Bundregierung immer noch die Rache an denen, die auf Seiten dieses vom imperialistischen Genozid bedrohten Volkes gegen diesen Krieg gekämpft haben. Das steht symbolhaft für die Zustände hier:

Die vom System gehaltene Vergangenheit wütet in ihrer Logik und in ihrem Sinngehalt immer weiter fort. Mit nichts gibt es einen Bruch. So kann alles auch immer neu wiederkommen: Dafür stehen die Neo-Nazis, dafür steht auch der Namensgeber der "Kinkel-Initiative", der, kaum zum Außenminister geworden, seinen Vietnamkrieg in Kurdistan mitführt. So setzt sich auch im Innern die Logik ihrer Staatsschutzdemokratie fort. So können wir auch nur feststellen: Wie jedes Mal in der Vergangenheit, so ist auch dieser Versuch von uns, eine andere Entwicklung einzuleiten, gemeinsam von Politik und Apparat substantiell aufgefressen worden.

Wir werden das mit dem Anhörungsverfahren weitermachen. Aber wir sagen auch: Es gibt grundsätzlich gegenüber den Gefangenen und der RAF von Seiten des Staates keine offene politische Situation mehr. Sie hängen immer noch der Absicht nach, uns als Gruppe politisch zu zerstören.

Wir sagen aber auch: Auch wenn alles eine Neubestimmung erfahren muß - die Geschichte im bewaffneten Kampf ist Teil unseres Lebens. Er selber ist Teil des weltweiten linken Aufbruchs ab Mitte der 60er Jahre. Es wird niemandem gelingen, diese Geschichte auszulöschen und unseren Zusammenhang zu sprengen. Unsere Entscheidung, daß jetzt die Entwicklung eines politischen Prozesses auf neuer Grundlage für uns Priorität hat, ist eine kollektive und so muß auch damit umgegangen werden. Alles andere wird nicht aufgehen.

Karl-Heinz Dellwo, Celle

18. Die mühsame Abgrenzung der CDU/CSU zu den REP Vom Büro Jelpke

Rubrik: CDU/CSU; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:14

Medienwirksam war sein Auftritt. Der CDU-Generalsekretär Peter Hintze legte Mitte Oktober ein 54 Seiten langes Papier vor, das als Hilfestellung für eine künftig verstärkte Auseinandersetzung mit dem "braunen Ungeist" am rechten Rand des Parteienspektrums dienen sollte. Das Papier ist überschrieben "Gefahr von rechts" und soll zur Aufklärung vor allem über die politischen Inhalte der REP beitragen.

Der CDU-Generalsekretär nutzte die Präsentation des Papiers dazu, vor der Presse klarzustellen, daß es seiner Meinung nach auch auf kommunaler Ebene keine Zweckbündnisse "mit Radikalen und Extremisten" und der CDU geben dürfe (FAZ, 20.10.92). Hintze will, daß der kommende Bundesparteitag der CDU einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber den REP faßt.

Darüberhinaus forderte er, "daß die Rechtsextremisten, zu denen die REP gehörten, vom Verfassungsschutz in den alten und den neuen Bundesländern regelmäßig überwacht" (SZ, 20.10.92) werden müßten. (Bisher werden die REP nur in einigen sozialdemokratisch, oder sozialdemokratisch-grün regierten Ländern vom Verfassungsschutz überprüft, die CDU-regierten Länder lehnen dies ab.) Hintze verweigerte aber eine Festlegung darauf, ob seiner Meinung nach die REP "als rechtsradikale oder als rechtsextremistische Gruppierung einzustufen seien" (Berliner Zeitung, 20.10.92).

Da Hintze "die erschreckende Renaissance des Rechtsradikalismus" mit der Umbruchsituation begründet, in der sich Deutschland und Europa befindet und er von daher die Gefahr des Rechtsextremismus als langwieriges Problem einstuft, wollen wir hier auf dieses CDU-Dokument eingehen. Auch unter dem Gesichtspunkt, daß sich seit 1989 CDU-Führungsgremien zum ersten Mal wieder mit dem Problem REP beschäftigen.

"REP an der Schwelle

zum Rechtsextremismus"

Vor gut drei Jahren legte der damalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler eine 40 Seiten umfassende Broschüre vor, die sich der "Analyse und politischen Bewertung einer rechtsradikalen Partei" widmete (CDU-Dokumentation 17/1989). Das Kurzresümee dieser Broschüre: "Die REP stehen an der Schwelle zum Rechtsextremismus". Der Sinn: Damals wurde vor allem nach den atemberaubenden Erfolgen der REP bei der Europawahl überlegt, auf dem anstehenden Parteitag einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die REP durchzusetzen.

Damals zeigte sich die CDU im Umgang mit den REP zerrissen: Während der sogenannte "Modernisierungsflügel" ein irgendwie geartetes politisches Zusammengehen mit den REP rundweg ablehnte, hatte die Stahlhelm-Fraktion um Dregger sich dafür ausgesprochen, daß die REP "nicht diskriminiert werden sollten", denn "Hauptgegner blieben SPD und Grüne" (FR, 22.6.89). Vor allem die Revanchisten-Lobby in der CDU um den damaligen schleswig-holsteinischen CDU-Landesvorsitzenden Ottfried Hennig wehrte sich entschieden gegen einen Unvereinbarkeitsbeschluß. Kein Wunder, denn die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU wußte nur zu gut, daß sie mit einem derartigen Beschluß innerhalb der Vertriebenenverbände vor höchste Probleme gestellt gewesen wäre.

Die Debatte um das Verhalten gegenüber den REP entschied der Bundeskanzler vor dem damaligen Bundesparteitag: Er sprach sich in internen Beratungen der CDU-Führungsgremien "gegen eine Abgrenzung" zu den REP durch Parteitagsbeschluß aus, da es ohnehin angeblich "keine Koalition und keine Zusammenarbeit mit Links- und Rechtsradikalen" gebe. (Göttinger Tageblatt, 21.7.89)

Der Kanzler demonstrierte damit, daß er gegen eine Zusammenarbeit von Mitgliedern der CDU mit REPs nicht repressiv vorgehen werde. Er unterstrich damit, daß er ein fundiertes Wissen über das Auseinanderfransen am rechten Rand seiner Partei hatte. Er wußte, daß nicht einzelne CDU-Mitglieder zu den REP tendierten und/oder mit ihnen Koalitionen wollten, sondern daß hier ein massenhafter Prozeß im Gange war.

Das Anti-REP-Papier von Geißler war damals schon deshalb vor Drucklegung Makulatur, weil Geißler sich dieser einfachen Wahrheit verschlossen hatte. Er wollte nicht öffentlich zugeben,

- daß der CDU massenhaft die WählerInnen wegliefen oder eben durch Stimmenthaltung gegen die Politik der CDU votierten;

- daß in Massenorganisationen wie den Vertriebenenverbänden, den Studentischen Verbindungen usw. die Koalitionen und Zusammenarbeit mit den REPs zur Selbstverständlichkeit geworden ist;

- daß sich die Braunzone zwischen Konservativen und Neofaschisten immer mehr vergrößerte, und daß in den "Neu-Rechten" Denkfabriken und Presseorganen die politische Isolierung des bundesdeutschen Neofaschismus aufgehoben war;

- daß gerade der rechte Flügel der CDU/CSU durch inhaltliche Gemeinsamkeiten in der "Nationalen Frage", in der Politik gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen mit den REPs einen derartigen Beschluß völlig absurd machen würde.

In dem damaligen Papier hieß es: "Aufgabe aller demokratischen Parteien ist es, das Aufkommen radikaler Parteien von rechts und links zu verhindern, indem sie einerseits kompromißlos bekämpft und andererseits ihre Ursachen beseitigt werden. In jedem Falle müssen die großen Parteien den Eindruck vermeiden, sie wollten radikale Parteien und ihre Themen hoffähig machen oder sie gar als künftige Koalitionsparteien anerkennen ..." (CDU-Dokumentation 17/1989, S. 3)

Es braucht gar nicht darauf verwiesen zu werden, daß damals ähnlich wie heute viele CDU-Kreisverbände offen die Bereitschaft signalisierten, mit den REP koalieren zu wollen. Dies war damals im Geißler-Papier kein Thema und in dem heutigen CDU-Papier auch nicht. Das damalige Herumlavieren im Geißler-Papier, ob denn die REP nun rechtsextrem, oder eben nur rechtsradikal seien, und damit "am äußersten Rand des demokratischen Spektrums" stehen (ebenda, S. 5), entspringt genau diesem Umstand. Diese enge personelle Verbundenheit, aber auch die nahe politische Verwandtschaft unterstreicht die Schwierigkeit eindeutiger Abgrenzung und erklärt, warum die CDU-Autoren bewußt am tatsächlichen Thema vorbeigeschrieben haben. Und es zeigt vor allem, daß nicht ein Fünkchen von Problembewußtsein darüber vorhanden ist, worin denn die politischen Erfolge der REP tatsächlich begründet sind. In diesem Sinne war das Geißler-Papier ein Papier zur Beruhigung der Öffentlichkeit und zur Vertuschung der politisch-inhaltlichen Schnittstellen zwischen REP und CDU/CSU.

"Niemand soll deshalb

die NPD wählen müssen"

Die gleiche Funktion erfüllt auch das Hintze-Papier. In dem CDU-Papier "Gefahr von rechts" wird betont: "Es gibt einen fundamentalen und unüberbrückbaren Unterschied zwischen demokratischen und rechts- wie linksradikalen Parteien". (S. 3) Allein mit dieser Behauptung wird jeder Gedanke außer Acht gelassen, auch nur ansatzweise zu untersuchen, wieso es eine derart starke Abwanderung an WählerInnen von der CDU zu den REPs oder vergleichbaren anderen Parteien gibt. Das Problem, daß es offenbar eine politische Konkurrenz zwischen CDU und REP um die Konservativen gibt, daß diese Konkurrrenz an bestimmten Politikfeldern ausgetragen wird, wie z.B. der nationalen Frage, der Asyl- und AusländerInnenpolitik, der Beurteilung der deutschen Geschichte, der Rolle Deutschlands in der EG, usw., wird völlig ausgeblendet. Und ebenfalls wird die Entwicklung des bundesdeutschen Neofaschismus und speziell der REP in den letzten Jahren überhaupt nicht beleuchtet.

Wieso der bundesdeutsche Neofaschismus seine momentane politische Stärke erhalten konnte, bleibt - abgesehen von dem Verweis auf die Umbruchsituation - unerwähnt und damit ohne Klärungsbedarf für die CDU. Statt dessen wird folgender "Erklärungs"ansatz angeboten: "Radikale Parteien verhindern mit demagogischen Parolen sachliche Lösungen und hetzen die Menschen gegeneinander auf. Sie sind Protestparteien, die durch demagogische Sprache, durch Schüren von Ängsten und Emotionen, durch einseitiges Dramatisieren von wirklichen und vermeintlichen Mißständen, durch Diffamierung führender Repräsentanten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft die Idee der pluralistischen Gesellschaft, der Demokratie und des Rechtsstaates in Mißkredit bringen. Ihre Saat gedeiht, wenn es ihnen gelingt, solche Stimmungen zu erzeugen." (S. 1)

Politisch verortet werden die REP im CDU-Papier wie folgt: "Die REP sind nach wie vor eine rechtsradikale Partei. Zwar versucht ihr Vorsitzender Schönhuber, die Partei als ‚national-konservativ` darzustellen und verordnet ihr bewußt moderate Töne. Dennoch bleibt festzustellen, daß die Ziele der REP im Kern immer noch rechtsradikal sind." (S. 2)

Die AutorInnen des CDU-Papiers versuchen einige inhaltliche Positionen der REP vorzustellen, um damit "die REP politisch bekämpfen und über ihre wahren Ziele informieren" zu können.

Ein wesentlicher Bestandteil bei der Darstellung der Ziele der REP und ihrer Programmatik ist natürlich deren Rassismus. In dem CDU-Papier heißt es u.a. dazu: "Das z.Z. wichtigste Thema für die REP ist die Asylfrage. Sie scheuen daher kein Mittel, um gegen Ausländer und Asylanten Stimmung zu machen. Sie versuchen, Asylbewerber und in der Bundesrepublik lebende Ausländer zu Sündenböcken für alle möglichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme abzustempeln. (...) Die REP fordern daher die ersatzlose ‚Streichung des Asylgrundrechts` aus dem Grundgesetz." (S. 9/10)

Interessant ist, daß den AutorInnen hier eine kleine "Ungenauigkeit" unterlaufen ist. Die REP sind, ähnlich wie die Deutsche Volksunion (DVU), nicht für eine ersatzlose Streichung des Asylgrundrechts. In dem REP-Programm von 1990 steht: "Die Zahl der Asylbewerber ist auf über 100.000 im Jahr angestiegen. Über neunzig Prozent aller Asylanträge werden abgelehnt, aber nur jeder 15. abgelehnte Asylbewerber wird abgeschoben. Wir sagen JA zum grundgesetzlich geschützten Asylrecht; wir bekämpfen aber seinen Mißbrauch und fordern, daß das Asylrecht wie die anderen Grundrechte mit einem Gesetzesvorbehalt versehen wird." (REP-Programm 1990, S. 19)

Im einzelnen fordern die REPs:

"* Kein Asylanspruch bei vorausgegangenem Aufenthalt in einem Staate, in dem keine Verfolgung drohte oder bei bereits erfolgter Ablehnung in einem anderen Staat.

* Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften während des Asylverfahrens zur Entlastung des Wohnungsmarktes.

* Sach- statt Geldleistungen sowie gemeinnützige Arbeit während des Asylverfahrens.

* Das Asylverfahren ist zu beschleunigen. Abgelehnte Asylbewerber sind unverzüglich abzuschieben. Kein Aufenthaltsrecht durch ‚Altfallregelungen` der Länder." (ebenda)

Bemerkenswert ist, daß die AutorInnen des CDU-Papiers den Hamburger Politologen Prof. Wolfgang Gessenharter zur Bestärkung ihrer "Kritik" an dem rassistischen Programm der REP mit der Aussage anführen: "Abschottung gegen alles Fremde von außen und Herstellung dieser Homogenität nach innen - dieses Kernstück eines antidemokratischen und obrigkeitstaatlichen Denkens prägt das neue Programm der Schönhuberisten." (FR, 12.10.91)

Ein geradezu klassisches Eigentor der AutorInnen der CDU/CSU, denn die REP schlugen für die "Eindämmung des Asylmißbrauchs" 1990 in ihrem Programm alles das vor, was später in der Kanzlerrunde im Herbst 1991 als Grundlage für eine Änderung des Asylverfahrensgesetzes diskutiert und dann in Gesetzestext gegossen und verabschiedet worden ist.

Überhaupt fühlt mensch sich bei der Darstellung in dem CDU-Papier zur Asyl- und AusländerInnenpolitik der REP immer auch an die konkrete Ausformung und Durchführung der CDU erinnert.

"Sie scheuen kein Mittel, um gegen Ausländer und Asylanten Stimmung zu machen." Aber wer denkt da nicht sofort an die aktuelle - von der Bundesregierung und der CDU/CSU maßgeblich initiierte - Asyldebatte, die die Pogromstimmung gegen Flüchtlinge in diesem Land mit entfesseln half? Hat nicht gerade erst die liberale Presse bei der Vorstellung des VS-Berichtes 1991 darauf hingewiesen, daß es einen Zusammenhang zwischen dem Hochschnellen der Gewalttaten gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen und dieser Asyldebatte gibt? Wer hat den "Rühe-Brief" vergessen, mit dem die CDU-Basis gegen Flüchtlinge mobilisiert wurde? Wem fällt nicht gleich die Anzeigenkampagne der bayerischen CSU ein, in der namentlich die PolitikerInnen aufgeführt werden, die einer Änderung des Artikel 16 GG nicht zustimmen wollen? Wem fällt nicht sofort der CDU-MdB Lummer ein, der einen besonderen Ehrgeiz entwickelt, nachzuweisen, daß AusländerInnen besonders kriminell sind?

Und wer denkt da nicht sogleich an die Wahlkämpfe, wie z.B. die letzten in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, bei denen die CDU in scharfer Konkurrenz zu den Neofaschisten einen knallhart rassistisch ausgerichteten Wahlkampf durchführte. Der damalige baden-württembergische CDU-Fraktionsvorsitzende Oettinger "rückte Asylanten in die Nähe internationaler Rauschgiftringe" und der CDU-Spitzenkandidat Ottfried Hennig forderte: "Asylmißbrauch stoppen" und "Das Grundgesetz muß ergänzt werden". Der Ministerpräsident Erwin Teufel bilanzierte seinen Wahlkampf in aller Offenheit: "Niemand soll deshalb die NPD wählen müssen" (Spiegel 15/1992). Das tatsächliche Ergebnis: Rassistische Positionen wurden durch die CDU hoffähig gemacht; die WählerInnen gaben denjenigen die Stimme, denen sie mehr Konsequenz zutrauten, und wählten die REP in den Landtag von Baden-Württemberg.

Es ist charakteristisch für das CDU-Papier, daß die AusländerInnen- und Asylpolitik der REP nicht in ihren Grundlinien wiedergegeben und kritisiert wird. Statt dessen wird versucht, mit drastischen rassistischen Aussprüchen einzelner REP-Funktionäre die rechtsradikale Programmatik dieser Partei zu belegen. Eine allgemeine Charakterisierung und Darstellung unterbleibt wohlweislich. Allzusehr würden die Parallelen zur CDU-Politik ins Auge springen. Wendet man die Expertenaussagen, die die CDU gegen die REPs, anführt auf ihre eigenen Grundlinien an, wären sie nicht weniger treffend.

Ein Beispiel: Der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, wird zum REP-Programm wie folgt zitiert: "Das neue Programm ist ziemlich gesäubert von juristisch exakt nachweisbaren Benachteiligungsabsichten gegenüber Ausländern. Aber der Gesamteindruck ist unverkennbar, daß Ausländer als Fremdkörper gelten, die die Gemeinschaft wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer nicht akzeptieren soll. Nicht der Mensch wird gesehen, sondern der Inhaber eines anderen Ausweises. Das Menschenbild des Grundgesetzes findet sich hier nicht wieder."

Es soll hier gar nicht nachgewiesen werden, wie vielfältig die Benachteiligungen der Flüchtlinge und ImmigrantInnen in diesem Land sind, wohl soll aber darauf hingewiesen werden, daß die schlimmsten Formen der Diskriminierung und die schlimmsten Verstöße gegen "das Menschenbild im Grundgesetz" schon längst Alltag geworden sind und sich dramatisch verschärft haben. Heute ist die Konzentration von Flüchtlingen in Sammellagern so selbstverständlich, daß es hieran kaum noch Kritik gibt. 1986 schrieb der wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Alfred Söllner: "Wenn die Sammellager mit ihren Bewachern und Lagerordnungen - in Deutschland eine doppelt makabre Reminiszenz - als der vorletzte Schritt einer Psycho-Logik totalitärer Ausgrenzung erschienen, so wäre der letzte Schritt das Pogrom. Auch davon haben wir erste Anfänge bereits erlebt: Anschläge auf Wohnheime, weil sie Asylbewerber beherbergen, Morde an Jugendlichen, weil sie Türken sind, begangen von Jugendlichen, weil sie Deutsche, sprich: Skinhead sind - das ist keine individuelle Gewaltkriminalität mehr, sondern Manifestation einer neonazistischen Subkultur, die mit ihren Mitteln exekutiert, was an Ausländerfeindlichkeit unterschwellig propagiert wird. Der Volkszorn erät, was Politiker nicht zu denken wagen - so ließe sich das eine, noch nicht erreichte Ende der gegenwärtigen Asylpolitik beschreiben, seine terroristische Konkretisierung." (zitiert nach: Morgengrauen 10/92)

Im CDU-Papier wird der Rechtsradikalismus der REP vor allem damit bewiesen, daß Franz Schönhuber gewaltbereiten Skinheads Verständnis entgegenbringt. Aber genau das, was Schönhuber tut, wird von der Bundesregierung und den Landesregierungen auch getan. Die neofaschistischen Pogromhelden müssen es als Bestätigung erfahren haben, daß nach ihrer dumpf deutschnationalen Randale der Staat nachgab und Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Quedlinburg zu "ausländerfreien" Städten wurden; sie können sich bestätigt fühlen, weil danach immer die Erörterung über repressive Maßnahmen gegen die Opfer des neofaschistischen Terrors, die Asyldebatte, einsetzte. Offen auftretende und geduldete Rassisten auf der Regierungsbank, wie der Parlamentarische Staatssekretär Erich Reidl (CSU), zeigen an, wie beängstigend groß das Einverständnis ist.

" ... lassen uns die deutsche Geschichte nicht auf 12 Jahre reduzieren"

Als Kanzler Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan über den Soldatenfriedhof in Bitburg schritt und den Gefallenen der Waffen-SS gedachte, als "zufällig" zur gleichen Zeit die "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS (HIAG) aus dem Verfassungsschutzbericht genommen wurde, da symbolisierte dies öffentlich einen Teil der sogenannten "geistig-moralischen Wende" in diesem Land.

Mit Recht verweist das CDU-Papier natürlich darauf, daß die REP die Verbrechen des Hitlerfaschismus teilweise leugnen und/oder "die Verbrechen der Nationalsozialisten durch andauernde Relativierungen und Vergleiche mit anderen Verbrechen verharmlosen" (S. 18). Die neofaschistischen Thesen der "Kriegsschuldlüge" und der "Umerziehung durch die Siegermächte" weisen - neben dem Rassismus und Antisemitismus - auf ein eindeutiges neofaschistisches Weltbild der REP hin, und eben nicht nur auf ein rechtsradikales.

Fakt ist aber, daß die REP auch auf diesem Terrain keineswegs isoliert sind. Der Geschichtsrevisionismus des Neofaschismus spielt sich in dieser Republik ja keineswegs mehr in irgendwelchen verräucherten Hinterstuben ab, sondern hat sich längst in seriöse gesellschaftliche und wissenschaftliche Bereiche vorverlagert. Dies mußte nicht erst durch die "Historiker-Diskussion" bestätigt werden.

In den Vertriebenenverbänden beispielsweise wird seit geraumer Zeit eine "Offensive für historische Wahrheit" betrieben. Die "Vertreibungsverbrechen an den Deutschen" werden in der Presse der Vertriebenen pedantisch gegen die Verbrechen des deutschen Faschismus aufgerechnet. Die "Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) mit ihrem Leiter Alfred Schickel ist eines der polititischen Zentren der Revisionisten in den Vertriebenenverbänden. Der Fleissner-Konzern, hier wird auch Schönhuber verlegt, sorgt mit seinem Verlagsimperium dafür, daß die geschichtsrevisionistischen Machwerke auf den großen Markt kommen.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Eduard Lintner, antwortete auf eine Kleine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke, ob das Vertriebenenblatt "Der Schlesier" mit seiner "Hetze gegen die ‚Kriegsschuldlüge`, mit seinem ‚Kampf gegen die Umerzieher` usw. sich der rechtsextremistischen Programmatik verschrieben" habe, mit einem klaren "Nein" (Bundestagsdrucksache 12/1827). Das CDU-Papier führt gegen die REP an: "Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwGE, Bd. 61, S. 194f., S. 198f.) hat bereits 1982 festgestellt, daß die Verwendung des Begriffs ‚Umerziehung` auf ein Verhalten deutet, das gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gerichtet ist." (S. 8)

Vor dem Hintergrund der noch zu erwartenden sozialen Konflikte in Deutschland, der Zunahme der Arbeitslosigkeit und der sozialen Verelendung breiter Teile der Bevölkerung und der Tatsache, daß mensch nicht damit rechnen kann, daß politische Lösungsmöglichkeiten dieser Konflikte links gesucht werden, muß mit einer weiteren Ausdehnung des Neofaschismus gerechnet werden. Die REP bieten populistische "Argumente" gegen die EG und die gemeinsame europäische Währung, die sie als "Weichwährung" titulieren. Die Unmutsäußerungen eines Gauweiler (CSU und bayerischer Umweltminister) und eines Brunner (FDP und Protagonist einer DM-Partei) zeigen, daß die REP auch hier - neben den anderen Fragen, die weiter brisant sein werden (auch wenn der Artikel 16 GG abgeschafft wird) - beträchtliche Entwicklungsmöglichkeiten haben werden. Die CDU mit ihrem "Antifaschismus" wird sie jedenfalls nicht stoppen.

Büro Ulla Jelpke

FEUERWASSER

Der CDU-Generalsekretär Hintze leitet seine Offensive gegen die REP mit der bemerkenswerten Feststellung ein: "Rechtsradikale Politik und christlich-demokratische Politik sind wie Feuer und Wasser" (Berliner Zeitung, 20.10.92).

Und das Publikum staunt, denn es ist nur allzu bekannt, daß sich nach den Erfolgen der DVU bei den Landtagswahlen in Bremen und Schleswig-Holstein und den REP-Wahlerfolgen in Baden-Württemberg gerade in der CDU/CSU ein neuer Formierungsprozeß abzeichnet. Zunehmend werden die REPs umworben, zunehmend werden die kleinen "Habsburger-Fronten" aufgebaut.

Der "Republikaner", Zentralorgan der REP, konnte erst jüngst in einem Bericht über die 3. Mandatsträgertagung der bayerischen REP in Abensberg enthüllen, daß der Bürgermeister mit einem Grußwort aufwartete, indem er den REP "für die stets sachliche, politische Zusammenarbeit dankte". Doch nicht nur das: Der bayerische Landesvorsitzende der REP, Wolfgang Hüttl, konnte als Referent den langjährigen Kommunalreferenten von Augsburg, Reinhold Wenninger (CSU), begrüßen. Verschmitzt äußerte Hüttl, daß dies "vor zwei Jahren noch nicht möglich gewesen" wäre (Der Republikaner 7-8/92).

Tatsache ist, daß sich heute massiv unter dem Firmenschild "konservative Gesprächskreise" der rechte Flügel der CDU formiert. Versucht wird, die REPs dadurch überflüssig werden zu lassen, indem man ihre Inhalte übernimmt und ihnen die Koalition anbietet.

Und diese "konservativen Gesprächskreise" werden nicht von irgendwem getragen, sondern hier treten einflußreiche Kreise der CDU an. Unmittelbar nach der Landtagswahl von Baden-Württemberg konnte der stellvertretende Bundesvorsitzende der REP, Rolf Schlierer, mit Recht äußern, daß er sich eine politische Isolierung der REPs durch die CDU nicht vorstellen könne. Er konnte darauf verweisen, daß er immer noch über gute Kontakte zur CDU verfüge, die offenbar noch aus der Zeit seiner Tätigkeit für die rechtslastige Denkfabrik "Stiftung Weikersheim" und seiner Mitgliedschaft in der Deutschen Burschenschaft resultieren (siehe TAZ, 7.4.92).

Es dürfte kein Zufall sein, daß sich ausgerechnet in Baden-Württemberg ein "Wertkonservativer Gesprächskreis" als Diskussionszirkel herausgebildet hat, dem sowohl der CDU-MdB Claus Jäger und der baden-württembergische Finanzminister Mayer-Vorfelder angehören sowie "gut 80 Christdemokraten aus Stuttgart und anderen Kreisverbänden" (Welt, 11.7.92). Laut "Welt" sollen mit diesem Gesprächskreis außer "20 Bundestagsabgeordneten auch sieben Landtagsmitglieder" (ebenda) sympathisieren. Ziel des "Gesprächskreises" ist es, "Wählern, die zu den Republikanern abgewandert sind, in der CDU wieder eine politische Heimat zu geben" (ARD, Länderreport, 10.7.92)

Der Umfang des Problems der CDU wird dadurch umrissen, daß sich diese "konservativen Kreise" in der ganze Republik herausbilden.

So gibt es

- in Hessen den "Petersberger Kreis", der sich einem Zusammengehen mit den Republikanern nicht von vornherein" (Welt, 9.7.92) verschließen will. Laut Pressemeldungen sollen sich in diesem Kreis etwa zehn hessische CDU-Landtagsabgeordnete zusammengeschlossen haben. Der "Petersberger Kreis" soll innerhalb der CDU ein "überwältigendes Echo" (Welt 9.7.92) hervorgerufen haben;

- in Stuttgart das "Christlich-konservative Konrad-Adenauer-Forum";

- in Mecklenburg-Vorpommern einen "Diedrichshagener Kreis", der sich als "Konservativer Ineressenverbund in der Jungen Union" versteht (Junge Freiheit, 6/92):

So will

- der Landesvorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Werner Langen, Koalitionen mit den REP in den Kommunen da befürworten, "wo die REP-Vertreter keine Nationalsozialisten seien" (Europa vorn aktuell Nr.34);

- der Bundestagsabgeordnete, Heinrich Lummer (CDU), eine Koalition mit den REP offenhalten und sie "nicht von vornherein ausschließen, ausgrenzen" (ARD, Panorama, 25.5.1992);

- die CDU in Sachsen-Anhalt künftig verstärkt ihr Augenmerk den Bevölkerungsgruppen widmen, "die sonst geneigt sein könnten, für die DSU oder andere Rechtsparteien zu stimmen" (TAZ, 14.5.92);

- die CDU-Kreisvorsitzende und Spitzenkandidatin der Union für die hessische Kommunalwahl, Petra Roth, es "bisher offen" lassen, "ob sie sich 1993 mit den Stimmen der Republikaner zur Oberbürgermeisterin wählen lassen würde" (FR, 15.7.92). Erst nach heftigen Protesten rückte sie von dieser Position ab;

- der ehemalige bayerische Umweltminister Alfred Dick hält die politische Ausgrenzung der REPs für "falsch und den Interessen nicht dienlich" (vgl. Der Republikaner, 7-8/92).

Noch bedenklicher ist die Entwicklung in den Vertriebenenverbänden, die immer noch mit -zig Millionen Mark aus Bundesmitteln gefördert werden. Hier hat der Prozeß der rechten Radikalisierung derartige Formen angenommen, daß selbst der CSU-MdB Koschyk (einst selbst Generalsekretär im Bund der Vertriebenen) urteilen mußte, daß der "BdV auf radikalem Kurs" sei und im BdV eine "häßliche Kampagne zur Ausgrenzung von jüngeren Kräften der Vernunft und der Mitte" laufe (FAZ, 17.6.1992).

Charakteristisch für diese Entwicklung ist, daß innerhalb der Vertriebenenverbände nicht nur die Forderung nach einem "Deutschland in den Grenzen von 1937" vertreten wird, sondern auch die Geschichtsrevisionisten immer stärker zum Zuge kommen. (vgl. ak, Nr.347, 21.10.92)

Die personellen und organisatorischen Schwierigkeiten der CDU/CSU mit ihrem rechten Rand werden wohl besonders dramatisch dadurch auf den Punkt gebracht, daß die CSU nach wie vor an dem Problem des Aufbaus einer bundesweiten Partei herumpuzzelt. Als organisatorischer Rahmen muß dafür immer noch die DSU herhalten, die - und nichts bringt besser die Verhältnisse in diesem Lande auf den Punkt - sich als "Alternative zu den REP empfiehlt" (Welt, 13.10.1992).

19. Klaus Croissant weiter in Haft

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:49

Der ehemalige RAF-Anwalt Klaus Croissant befindet sich weiter in Untersuchungshaft, nachdem er am 14.9.92 wegen des Verdachts "geheimdienstlicher Agententätigkeit" festgenommen worden war. Grund und Zeitpunkt der Inhaftierung sind allerdings nur schwer nachzuvollziehen; denn zum einen wird Croissant im wesentlichen vorgeworfen, zusammen mit seiner (verstorbenen) Lebensgefährtin, der einstigen grünen Europa-Abgeordneten Brigitte Heinrich, dem DDR-MfS über die hiesige Linke berichtet zu haben, zum anderen beruht der Haftbefehl auf Erkenntnissen, die der Bundesanwaltschaft schon Mitte 1991 vorlagen. (vgl. ak 347) Wie krampfhaft die Bundesanwaltschaft bemüht ist, aus Croissant einen Pappkameraden zu machen, bestätigt auf (wahrscheinlich unfreiwillig) skurrile Weise Generalbundesanwalt Stahl in einem Interview. Demnach hatte die Bundesanwaltschaft das Verfahren ursprünglich an die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin abgegeben, dann aber wieder an sich gezogen, "als sich bei den Ermittlungen der Verdacht ergab, daß er (Croissant, Anm. ak) sich für das MfS als nachrichtendienstlicher Instrukteur einer Abgeordneten im Europäischen Parlament betätigt hat". (Tagesspiegel, 24.10.92)

Daß die Vorwürfe im Grunde weder für ein Ermittlungsverfahren, geschweige denn für eine Verhaftung hinreichen, daß somit also andere, nicht ausgesprochene, da politische Motive im Spiel sein müssen, wird eigentlich von niemandem ernsthaft bestritten. Croissant selbst liegt darum sicher nicht allzu weit daneben, wenn er in einem Brief aus der Haft vom 9.11.92 einschätzt, daß "die Bundesanwaltschaft nicht erträgt, daß sich in einer Person die Kontinuität öffentlich bekundeter Fundamentalopposition gegen ein Gesellschaftssystem ausdrückt, zu dessen Schutz sich die oberste Strafverfolgungsbehörde berufen fühlt". Wo immer man die wahren Beweggründe der Bundesanwaltschaft vermuten mag, Croissant zu verfolgen: ob eher in Croissants Engagement bei der Verteidigung von RAF-Mitgliedern in den 70er Jahren "gegen den Versuch der Bundesrepublik, die physische, psychische und intellektuelle Integrität ihrer politischen Gegner durch systematische Isolationshaft zu zerstören" (Brief vom 9.11.) oder in seiner Bewertung der DDR als "besseren deutschen Staat" und seinem entschiedenen Eintreten gegen die Wiedervereinigung - Croissants politisches Handeln spielte sich auf Gebieten ab, auf denen die hierzulande Herrschenden im Bedarfsfall gnadenlos ihre Raison durchzusetzen pflegen.

Klaus Croissant weiß also, warum er eingesperrt ist. Mehr zu schaffen macht ihm, daß er für viele Linke nun offenbar zur Unperson geworden ist, weil er sich mit der "Stasi" eingelassen hat. In dieser Sichtweise wird die kategorische Ablehnung der DDR-Staatssicherheit ergänzt durch die dann naheliegende Behauptung, Croissant hätte "Verrat" geübt. In einem "Freitag"-Interview schwingt Uwe Wesel auf feinsinnige Weise die Keule: "Man muß dennoch sagen, daß Croissants Taten moralisch und politisch sehr verwerflich waren. Nehmen wir einmal an, der Geheimdienst der DDR sei sozialistisch oder eine linke Bewegung gewesen - ich zweifle sehr daran - das würde doch bedeuten, Croissant hätte die einen Linken bei den anderen Linken verpfiffen, Gegner bei Gegnern, die es auch innerhalb der Linken gibt, und genauere Informationen über sie ergeben. Damit hat er sich in meinen Augen völlig diskreditiert. Das ist eine moralisch-politische Frage, das ist die Frage, ob ich in Zukunft weiter mit ihm rede ... und wie die westdeutsche und jetzt auch die ostdeutsche Linke mit ihm in Zukunft politisch umgeht." (Freitag, 23.10.92)

Die auf solche Weise transportierten Unterstellungen halten einem näheren Hinsehen nicht stand. Bei Croissants Gesprächen in Ostberlin ging es um Meinungsaustausch, Einschätzungen von politischen Entwicklungen und damit naturgemäß auch von Personen in der BRD-Linken auf der Basis von allgemein zugänglichen Informationen plus Diskussionsprozessen, an die jeder, der politisch engagiert ist, auch mehr oder weniger beteiligt ist. Croissants Sichtweise, daß ihn (und die westdeutsche Linke) mit seinen Gesprächspartnern doch "dasselbe Ziel" verband, daß sie "Bündnispartner in dem gemeinsamen Bestreben (waren), sozialistische Positionen überall dort zu stützen, wo das möglich war" (autorisierte Fassung des Spiegel-Gesprächs (Nr. 43/92), in der Veröffentlichung unterschlagen), mag nicht jeder teilen wollen. Daß sich für eine solche Einschätzung jedoch nachvollziehbare Argumente finden lassen, müßte man aber akzeptieren können. Insofern gäbe es keinen Grund, den Gesprächsfaden zu Croissant durchzuschneiden.

Eine Ausgrenzung Croissants scheint uns deshalb völlig unangebracht. Der Kern des Problems liegt freilich in der Tabuisierung der Stasi-Problematik. Wo auf der einen Seite, letztlich unter dem Primat der Moral, die Stasi

als Unterdrückungsapparat klassifiziert wird (bei gleichzeitiger Ausblendung des Wesens der Ost-West-Konfrontation und des besonderen Charakters des Drittes-Reich-Nachfolgestaates BRD), wird bei den anderen über das Ausmaß der Beschädigung sozialistischer Politik und Ziele durch unkontrollierte Geheimdienste (sowie eine Politik, die dies ermöglicht hat), zu wenig reflektiert. Nur auf der Basis des zuletzt angedeuteten Aspekts läßt sich unseres Erachtens eine linke Diskussion über den Sinn einer Zusammenarbeit mit der Stasi im jeweils konkret zu untersuchenden Fall führen - selbstverständlich auch mit Klaus Croissant.

J., Westberlin

20. "Vollstes Verständnis" für einen Mord mit deutschen Waffen (Türkei)

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:29

Am 17.10.92 veröffentlichte die Istanbuler Zeitung "Özgür Gündem" unter dem Titel "Die Menschlichkeit wird geschleift" eine schreckliche Bilderserie. Man sieht, wie das nach einer Schießerei verletzte PKK-Mitglied Ugur Dündar mit einem Seil an einen Schützenpanzer gebunden und anschließend zu Tode geschleift wird. Der Vorfall ereignete sich am 6. September. Zwei Tage nach der Veröffentlichung erklärt der zuständige Regionalgouverneur: "Wir bedauern diese zielgesteuerte Nachricht, die zum Zweck hat, die Öffentlichkeit irrezuführen und unsere Sicherheitskräfte zu zersetzen". Was auf solche Erklärungen folgen kann, wissen die mutigen Journalisten der Zeitung "Özgür Gündem". Einige ihrer Kollegen sind bereits ermordet worden.

Man habe den Mann bereits tot aufgefunden und ihn abschleppen müssen, weil man unter ihm eine geschärfte Bombe befürchtet habe, hieß es von offizieller Seite. Immerhin sieht man auf der Bilderserie vorher ungeniert Soldaten auf der möglichen Bombe herumspazieren - man habe den Mann ja auch erst identifizieren müssen, hieß es dazu als Erklärung.

Die Fotoserie bringt die deutsche Politik erneut in eine peinliche Situation, denn es handelt sich bei dem Mordinstrument unverkennbar um einen Schützenpanzer vom Typ BTR-60, der der Türkei aus NVA-Beständen geschenkt wurde. Immerhin waren im März dieses Jahres wegen ähnlicher Vorfälle die Lieferung weiterer Waffen ausgesetzt worden. Nach dreimonatiger "Anstandspause" waren die Lieferungen im Juni wieder aufgenommen worden. "Wir schätzen die Fortschritte der Türkei auf dem Gebiet der Menschenrechte", hatte Außenminister Kinkel im Juli in der Türkei getönt.

Und nun zu den Reaktionen auf den neuerlichen Vorfall:

Die deutsche Presse-Agentur unterschlug bei der Veröffentlichung die Istanbuler Zeitung und behauptete, die Fotoserie sei von der PKK vertrieben worden.

Nachdem das Außenamt den türkischen Botschafter zitiert hatte, der dort die bekannte offizielle Version wiederholte, hatte Außenamtssprecher Hans Schumacher, "vollstes Verständnis" dafür, daß die Türkei "sich gegen terroristische Aktivitäten wehrt".

Eine Woche später reiste der Verteidigungsausschuß des Bundestages unbeeindruckt in der Türkei zur "Vertiefung der deutsch-türkischen Beziehungen auf verteidigungspolitischen Gebiet", so ihr Vorsitzender Fritz Wittmann von der CSU.

Eine Woche später war dann der Verteidigungsminister himself in der Türkei. Für seinen Vorschlag, die deutschen Waffen generell aus diesem Kriegsgebiet abzuziehen, damit sie nicht "falsch" eingesetzt würden, holte er sich eine "Abfuhr", wie die "Frankfurter Rundschau" titelte. Nach türkischer Version hat Rühe das Thema nicht während der offiziellen Gespräche sondern nur vor Journalisten vorgetragen. So oder so, Rühe beendete am 3.11. seinen "Antrittsbesuch" in der Türkei mit der Versicherung der Freundschaft zwischen beiden Ländern. Man will zukünftig eine gemeinsame Kommission schaffen, die die BRD-Stellen besser auf dem laufenden halten soll. Rühe betonte die "strategische Rolle" der Türkei, sie sei eine "wichtige Führungsmacht" das "Bindeglied der Nato" gegenüber der islamischen Welt im Nahen Osten und unter den GUS-Staaten. Offenbar hat Rühe im Unterschied zum deutschen Botschafter und den Militärattaches in der Türkei etwas gegen den Einsatz deutscher Waffen im Kampf gegen die PKK, wie die Frankfurter Rundschau behauptet. Allerdings räumte auch Rühe der Türkei ausdrücklich das Recht ein, "den Terrorismus zu bekämpfen" und betonte, daß die Kürzung der Waffenlieferungen an die Türkei (von 260 auf 68 Millionen) nichts damit zu tun habe, sondern allein den Sparmaßnahmen im Inneren geschuldet sei. Für Anfang nächsten Jahres hat er außerdem des Kanzlers Aufwartung angekündigt.

Es sei noch hinzugefügt, daß der Türkei inzwischen die Lieferung von Tornado-Flugzeugen zugesagt worden ist. Das macht natürlich Sinn, das könnte helfen, "Irritationen" und "Mißverständnisse" zu beseitigen, denn schließlich kann man die Tornados beim Mord in Kurdistan nur schwerlich fotografieren.

HH

Quellen:

taz, 23.10.92

FR, 3.11. und 4.11.92

FAZ, 4.11.92

s. auch AK 346, S. 19: "Massaker mit deutschen Waffen in Sirnak"

21. Antisemitismuskongreß in Berlin. Eine Wissenschaft für sich

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:19

Mit dem Phänomen Antisemitismus befaßten sich Ende September drei Tage lang ca. 300 in- und ausländische WissenschaftlerInnen und andere Interessierte. Hauptträger der Veranstaltung in Berlin war das dortige Zentrum für Antisemitismusforschung, das sich seit zehn Jahren der interdisziplinären Grundlagenforschung zu diesem Thema widmet. In seiner Doppelfunktion als akademische und öffentliche Aufklärungsarbeit leistende Institution ist es die einzige Einrichtung dieser Art in der BRD.

Ungeachtet aller möglichen Kritik am Verlauf der Veranstaltung gebührt den Initiatoren der Verdienst, erstmals eine Antisemitismus-Konferenz dieser Größenordnung auf deutschem Boden ausgerichtet zu haben. Die Tatsache, daß es sich dabei um ein Novum handelte, ist symptomatisch für das hiesige wissenschaftliche und gesellschaftliche Desinteresse an dem Thema, dem bestenfalls historische Bedeutung zuerkannt wurde, während seine Relevanz für die bundesrepublikanische Geschichte und Gegenwart erst langsam ins Bewußtsein dringt. So makaber es ist: Es bedurfte der jüngsten Welle jüdischer Friedhofsschändungen und der Bilder von Flüchtlingsheimen, auf deren Brand mit dumpfer Teilnahmslosigkeit und Beifallsbekundungen reagiert wurde, um die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus aus ihrer wissenschaftlichen Nische herauszuholen, sie zum Gegenstand breiterer interdisziplinärer Auseinandersetzungen zu machen und dieser Konferenz zu einer Medien-Resonanz zu verhelfen.

Antisemitismus in

Mittel- und Osteuropa

Der Konferenztitel "Antisemitismus in Europa" war etwas irreführend, da die Beschäftigung mit den Entwicklungen in Ländern Mittel- und Osteuropas - konkret: der BRD, Österreich, der Tschechoslowakei, der GUS, Polen, Ungarn, Rumänien und dem ehemaligen Jugoslawien - im Zentrum standen, während Westeuropa nur durch Frankreich vertreten war. Zwei Gründe dürften für diese Konzentration maßgeblich gewesen sein. Erstens die von Yehuda Bauer, dem prominenten Leiter des Jerusalemer Center for the Study of Antisemitism, genannte größere Offensichtlichkeit, mit der der Antisemitismus in Osteuropa als Instrument und Begleiterscheinung der "nationalen Identitätsfindung" in Erscheinung tritt. Und zweitens das Interesse an den Forschungsarbeiten östlicher WissenschaftlerInnen, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus nicht mehr unter dem Zwang stehen, die antisemitischen Anteile des staatlichen Antizionismus ebenso zu verleugnen wie die Möglichkeit der Existenz von Antisemitismus in kommunistischen Gesellschaftssystemen.

Ein anschauliches Beispiel, wie diese neue Freiheit in den Dienst des post-kommunistischen Nationalismus in der GUS gestellt werden kann, lieferte die St. Petersburger Professorin Yukhneva. Das eigentliche Thema ihres Referats "Antisemitismus in Rußland heute" verfehlte sie schlicht. Der Kern ihrer Ausführungen ging dahin, den russischen Antisemitismus zu bagatellisieren, Rußland auf Grund demoskopischer Ergebnisse wörtlich zum "am wenigsten antisemitischen Land Europas" zu erklären und statt dessen die Verbreitung und Virulenz des Antisemitismus in der Ukraine hervorzuheben. Diese Argumentation belegte ungewollt die Feststellung des folgenden Redners, der die gegenseitigen Antisemitismus-Vorwürfe zwischen Rußland und der Ukraine als Mittel der nationalen Imagepflege charakterisierte.

Zum Glück für die Anwesenden und den Ruf der Wissenschaft blieb das Niveau der - mit Unmutsbekundungen quittierten - Ausführungen von Frau Yukhneva ansonsten unerreicht.

Christentum und Antisemitismus

Einigkeit herrschte über den prinzipiellen Zusammenhang von Nationalismus und rassistischer Diskriminierung sowie über die Verbindung des Antisemitismus mit anderen Rassismen. Ungeklärt aber blieb, wie diese Zusammenhänge konkret beschaffen sind.

Umstritten war z.B. die Frage, ob die große Bedeutung der christlichen Religion in Osteuropa dazu führt, daß Juden auf Grund des Religionsunterschieds einen Sonderstatus gegenüber anderen Minderheiten innehaben. In den Beiträgen zur Situation in Polen als einem Land, in dem der historisch tief verwurzelte Katholizismus

das Eigenbild der polnischen Nation entscheidend prägt, traten die unterschiedlichen Einschätzungen am offensichtlichsten zu Tage. Nach der Historikerin Alina Cala, wissenschaftliche Direktorin des Jüdisch-Historischen Instituts in Warszawa, ist in der traditionellen katholischen Stilisierung der Juden zur Inkarnation teuflischer Macht jener bis heute bestimmende Mechanismus zu sehen, der die Grundlage des nationalen Selbstverständnisses bilde. "Der Jude" werde nicht allein als Andersartiger, sondern - im Unterschied zu sonstigen Minderheiten - als Sinnbild antagonistischer Existenz imaginiert und damit zur tragenden Säule der Eigendefinition: "Ich bin Pole, weil ich nicht Jude bin." - Die Parallele zwischen diesem christlichen Nationalismus und der nationalsozialistischen "Rassenlehre", nach der alle "nicht-arischen Rassen" als minderwertig galten, die Definition der Juden als "Gegenrasse" ihre Sonderstellung und systematische Ermordung begründete, ist offensichtlich.

Anders lautete die Schlußfolgerung ihres Kollegen, des Empirikers Krzeminski, der es auf Grund von Umfrageergebnissen als erwiesen ansah, daß das religiöse Motiv für den gegenwärtigen Antisemitismus praktisch keine Rolle spielt. Der Antisemitismus unterscheide sich heute weder in seiner Stärke noch hinsichtlich seiner Ursachen von anderen Formen der Xenophobie. Ihr gemeinsamer Hintergrund sei vielmehr die Verunsicherung und Zukunftsangst in der derzeitigen Umbruchphase, m.a.W. situationsbedingte Gründe, deren Aufhebung weitaus eher in Bereich des Möglichen liege, als die Umwandlung einer christlichen in eine nicht- religionsgebundene humanitäre Gesellschaft.

Empirie als Hilfswissenschaft

Der optimistische Tenor dieses Beitrags war charakteristisch für den durchgängig feststellbaren Unterschied zwischen den zur Zuversicht tendierenden Empirikern und den düsteren Bestandsaufnahmen und Prognosen der anderen WissenschaftlerInnen.

Zu Recht wurde konstatiert, daß die deutliche Abhängigkeit wissenschaftlicher Einschätzungen von der verwandten Methode "kein Kompliment für die Forschung" (Michael May) sei. Nach Ansicht von Wolfgang Benz, Leiter des veranstaltenden Zentrums für Antisemitismusforschung, könne die Demoskopie dann von Nutzen sein, wenn ihr Rang als "Hilfswissenschaft" gegenüber der eigentlichen Wissenschaft bei der Auswertung bewußt bleibe. (Praktisches Beispiel: Der - in einer US- amerikanischen Studie ermittelte - Anstieg der Zahl offener Antisemiten in Polen von 30 Prozent im Jahr 1990 auf 40 Prozent 1992 kann nicht ernsthaft als Wachstum antisemitischer Einstellungen interpretiert werden, sondern signalisiert vielmehr die steigende Bereitschaft, sich zu diesen Einstellungen zu bekennen und fungiert damit als Indikator für ein verändertes gesellschaftliches Klima.)

Daß die auch unter WissenschaftlerInnen verbreiteten Vorbehalte gegen die Empirie neue Nahrung erhielten, hing nicht zuletzt mit Referaten wie dem Werner Bergmanns über "Öffentliche Meinung in West- und Ostdeutschland 1987-1992" zusammen, das das von Benz angemahnte Bewußtsein über die Hilfsfunktion der Empirie vermissen ließ. Auch der aufmerksamste Zuhörer wurde durch das Bombardement mit Zahlen völlig überfordert, und jegliche Aussagekraft wurde dadurch zunichte gemacht, daß Zahlen durch neue Zahlen "interpretiert" wurden.

Weitaus interessanter und informativer waren die historischen Darstellungen der Entwicklung des Antisemitismus in den einzelnen Ländern, da die diesbezüglichen Kenntnisse im Westen gering sind. Zudem laufen HistorikerInnen weniger Gefahr, dem Hang zu spekulativen Deutungen nachzugeben, da sie - anders als Empiriker - auf eine gesicherte Materialbasis zurückgreifen können.

Hervorzuheben ist der tschechoslowakische Beitrag, der nicht wie viele andere Beiträge versuchte, in der zur Verfügung stehenden guten Viertelstunde alle thematischen Aspekte in Checklistenmanier abzuhaken, sondern sich auf einen Aspekt, den Umgang der sog. Intelligenz mit Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, konzentrierte. Mit dieser Spezifizierung wurde ein Thema zum Gegenstand gemacht, das oft hinter dem lautstarken und offen gewalttätigen Rassismus verschwindet. Wenn es um die Möglichkeiten zum Abbau von Rassismus und Antisemitismus geht, gehört der Ruf nach Aufklärung und Wissensvermittlung zu den Standardforderungen; Benz selber äußerte in seinem Eröffnungsvortrag, daß die Mutter des Vorteils Unwissenheit heiße. Die Vorstellung vom gebildeten Humanisten gehört ebenso wie die vom ungebildeten Rassisten zu den dauerhaftesten Mythen, denen eine Relativierung durch die Darstellung der Realität gut

ansteht. Der Blick auf den Rassismus von Menschen, denen der Zugang zu umfassendem Wissen nicht verwehrt wurde, von diesem Wissen jedoch in einer sehr selektiven Weise Gebrauch machen, trägt dazu bei.

Verpaßte Chancen

Die von allen WissenschaftlerInnen konstatierte Bedeutung des Nationalismus als einer gesellschaftlichen Integrationsideologie, die der Ausgrenzung des "Anderen" bedarf, sollte mit der einzigen Podiumsdiskussion unterstrichen werden. Bedauerlicherweise geriet dieser Programmteil zu einem der fruchtlosesten, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, daß sich die Teilnehmer zu sehr bemühten, dem Anspruch, zukünftige Perspektiven aufzuzeigen, gerecht zu werden. Angesichts der rasanten und überraschenden Entwicklung in Osteuropa, die bereits die Beschäftigungen mit der Gegenwart zu einem gewagten Unternehmen machen, das ständig dem Risiko ausgesetzt ist, morgen durch die Realität widerlegt zu werden, war das Scheitern vorprogrammiert. Dementsprechend erschöpften sich die Beiträge in vagen Mutmaßungen und dem Bekenntnis zur Unmöglichkeit plausibler Prognosen.

Eigentlich ärgerlich war indes nicht das Eingeständnis fehlender seherischer Kraft, sondern das beharrliche Umkreisen dieses Themas, wo ein Vergleich mit dem Aufkommen des Nationalismus in Westeuropa oder der sog. Dritten Welt fundiertere und damit sinnvollere Anknüpfungspunkte für eine Diskussion über potentielle Entwicklungen in Osteuropa geboten hätte.

Die hier demonstrierte und in vielen Presseberichten über die Konferenz hervorgehobene Rat- und Hilflosigkeit der Wissenschaft angesichts der politischen Wirklichkeit beruht z.T. auf der unsinnigen Vorstellung, es könne ein Rezept gegen Antisemitismus geben, wie auch darauf, daß die Frage nach Formen der gesellschaftspolitischen Einflußnahme ausgeblendet wurde. Anscheinend hatte Yehuda Bauer das kollektive Selbstverständnis der TeilnehmerInnen treffend zusammengefaßt, indem er Analyse und Erklärung als wissenschaftliche Aufgabe definierte und die praktische Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse an die PolitikerInnen delegierte.

Insgesamt wäre ein stärkeres Eingehen auf gegenwärtig relevante Themenaspekte zu wünschen gewesen. So unterblieb eine Auseinandersetzung mit der Einstellung gegenüber Israel fast völlig. Gerade vor dem Hintergrund des früheren staatlichen Antizionismus in Osteuropa und den verqueren, zwischen Philosemitismus und antisemitischem Antizionismus schwankenden Haltungen in der BRD wäre eine Untersuchung dieser Einstellung gegenüber Israel auf Grund ihrer unübersehbaren Indikatorfunktion für die Anormalität des Verhältnisses zwischen Juden und Nicht-Juden aufschlußreich gewesen. Ebenso wurde die Chance verpaßt, das Verhältnis von Antisemitismus und Christentum in Bezug zu setzen zur Rolle tradierter christlicher Einflüsse bei der Konstruktion des in das (nicht allein) in der BRD herrschenden Feindbilds "Islam" und dessen Bedeutung für den anti-türkischen Rassismus.

Die häufige Verliebtheit der Vortragenden in ihren Forschungsgegenstand und der daraus resultierende mangelnde Bezug aufeinander verstärkten den Eindruck einer Wirklichkeitsflucht durch Rückzug auf gesicherten Boden.

Angesichts des demonstrativen Desinteresses der bundesdeutschen PolitikerInnen gegenüber dieser Konferenz stellt sich die Frage nach dem Selbstverständnis von WissenschaftlerInnen als "Zuträgern" der Politik neu. Symptomatisch ist die kurzfristige Absage Rita Süßmuths, deren Bedeutung als Repräsentantin der politischen Klasse von den Veranstaltern so hoch veranschlagt wurde, daß ihretwegen das Programm zweimal geändert wurde. Die Begründung für ihr letztendliches Nichterscheinen - eine Krisensitzung wegen des nur knappen französischen Ja zu Europa - entbehrte nicht der Komik, war doch seit Wochen klar, daß eine deutlichere Zustimmung Frankreichs nicht zu erwarten war.

Aus der Sackgasse des Vertrauens auf die praktische Umsetzung durch die Politik gibt es auch für die wissenschaftliche Zunft nur einen Ausweg: die vom israelischen Generalkonsul Mordechay Lewy in seiner Begrüßungsansprache geforderte Zivilcourage im Alltag.

A.L.

22. Stop the Nazi-Terror in Germany. Antifaschistische Kundgebung in Washington DC

Antifaschistische Solidaritätskundgebung in Washington, DC

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:25

Unter der Losung "Protest Against Racism and Fascism - Stop the Nazi Terror in Germany" demonstrierten am 9. November knapp 200 Menschen vor der deutschen Botschaft in Washington, DC - vermutlich seit vielen Jahren die größte Protestkundgebung an dieser Stelle. Eine siebenköpfige Delegation übergab einen Forderungskatalog an den Botschafter, in dem die deutschen Behörden dafür kritisiert werden, daß sie "die Opfer der Neonazis bestrafen, anstatt sich den Neonazis entgegenzustellen". Ebenfalls am 9. November übergaben antifaschistische Delegationen in San Francisco, Los Angeles und Toronto (Kanada) Protesterklärungen an die dortigen Konsulate.

Der Forderungskatalog verlangt von der Bundesregierung, "1) die Neonazis und ihre Aktionen vorbehaltslos zu verurteilen, 2) ausreichenden Schutz für Flüchtlinge und ImmigrantInnen zu gewährleisten, 3) die Massenabschiebungen von Roma-Flüchtlingen sofort einzustellen und 4) eine unabhängige internationale Untersuchungskommission wegen des Rostocker Pogroms anzuerkennen". Die Forderungen waren von einem breiten fortschrittlichen Spektrum in Washington unterzeichnet worden: jüdische und christliche Organisationen, antirassistische Gruppen, FunktionärInnen aus sechs Einzelgewerkschaften, Internationalismus-Komitees und Einzelpersonen.

Auf der Kundgebung vor dem Botschaftsgelände in Washington sprachen zwei GewerkschafterInnen, ein Vertreter der reform-jüdischen Union of American Hebrew Congregations, ein Washingtoner Anti-Rassismus-Aktivist, ein haitianischer Flüchtlingssprecher, und die Enkelin eines KZ-Überlebenden. Mehrere Grußbotschaften aus Europa (u.a. von der britischen Zeitschrift Searchlight von skandinavischen Antirassismusgruppen, vom Berliner Antifa-Infoblatt, der antirassistischen Zeitung Morgengrauen aus Köln und dem Frankfurter Bündnis gegen Rechts) wurden verlesen. Die Kundgebung wurde mit einer Schweigeminute für die Opfer der Reichspogromnacht und des Holocaust beendet.

Die Tatsache, daß sich der - überaus nervöse - deutsche Botschafter sofort bereit erklärte, die antifaschistische Delegation zu einem einstündigen Gespräch während der Kundgebung zu empfangen, weist auf das Imageproblem der BRD im Ausland hin. Obwohl die US-Medien die Formeln von einer "Bedrohung der deutschen Demokratie durch Extremisten von links und rechts" und von einer "Flüchtlingsflut" in der Regel übernehmen, ist die öffentliche Kritik am Verhalten der deutschen Behörden nicht zu überhören.

Ende Oktober veröffentlichte die New Yorker Menschenrechtsorganisation Helsinki-Watch einen ausführlichen Bericht mit scharfer Kritik an deutschen Behörden, Polizei und Justiz. Daraufhin verurteilte in einem Kommentar unter dem Titel "Deutsche Menschenrechte" auch die Washington Post (1. November) die führenden deutschen Politiker, die die Krise in Deutschland vor allem als "Ausländerproblem" definierten. Dies "signalisiere, daß die Ablehnung der Rechtsradikalen gegen die Anwesenheit von AusländerInnen gewissermaßen von den Behörden geteilt wird (...) Besonders in Deutschland ist eine solche Gleichgültigkeit gegenüber rassistischer Gewalt beinahe so schockierend wie es die Gewalttaten an sich sind." Ein weiterer Washington Post-Kommentar nach den Berliner Eiern auf Weizsäcker kritisierte die deutschen Politiker, die "besessen davon erscheinen, AusländerInnen nach Hause zu schicken, anstatt ihr Leben zu schützen."

m., Washington

23. Haider plant Volksbegehren: "Ausländer raus"

Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:27

In seiner typischen Art setzte FPÖ-Oppositionsführer Jörg Haider der österreichischen Regierung - einer großen Koalition aus SPÖ und ÖVP - die Pistole auf die Brust: Wenn sie nicht Vereinbarungen zur Ausländerpolitik mit ihm treffen würden, sähe er sich gezwungen, als "letzte Möglichkeit" das Volk zu befragen und ein Volksbegehren unter dem Motto "Österreich zuerst" zu initiieren. Frist des Ultimatums: drei Wochen, Stichtag: der 14.11.1992.

Haider legte einen 12-Punkte-Katalog vor, in dem u.a. gefordert wird:

- Es soll eine Bestimmung in die Verfassung: "Österreich ist kein Einwanderungsland".

- In den Schulklassen soll der Anteil an ausländischen Kindern auf maximal 30% limitiert werden.

- AusländerInnen unterliegen einer Ausweispflicht an den Arbeitsplätzen.

- Sie müssen Nachweis führen, wie sie ihr Geld verdient haben.

- Illegal Beschäftigte sollen verschärft bestraft werden.

- Die Polizei und Gendarmerie soll durch Zuwachs und bessere Ausrüstung verstärkt werden.

Zwar gab es einen Aufschrei der Entrüstung in den Medien und bei allen anderen Parteien und vielfältige Warnungen vor der "Emotionalisierung der sensiblen Ausländerfrage", aber wohl mehr aus Angst als aus Empörung: Denn die Koalitionsparteien beeilten sich, vor Haiders Forderungen in die Knie zu gehen, und übertreffen sich mit Bemerkungen wie der von Innenminister Franz Löschnak (SPÖ): Das Forderungspaket sei "in Wirklichkeit ein Nachhinken dessen, ... was die Bundesregierung bereits getan oder in Bewegung gesetzt hat." (1)

Anders als in der BRD, wo die Regierung selbst die Verschärfung des Klimas betreibt und durch die Asylhetzdebatte und die dadurch initiierten Anschläge auf Flüchtlinge zu Gesetzesverschärfungen kommt, ist in Österreich die Regierung zwar verantwortlich für härtere Gesetze, es profiliert sich aber, in dem er die Stimmung immer weiter aufpeitscht, der rechtsextreme Oppositionsführer. Das Volksbegehren wird als Möglichkeit verkauft, "mit dem Stift und nicht mit dem Stein" die Einwanderungspolitik zu bestimmen, Rostocker Verhältnisse werden beschworen. Mit Drohungen wie, das Volksbegehren sei "der Probegalopp für die nächste Nationalratswahl", versucht Haider, die Koalition zu spalten. Sein Ziel ist es, über eine ÖVP/FPÖ-Koalition Kanzler zu werden. "Auf der Strecke bleiben Flüchtlinge, Asylbewerber und Armutswanderer. Sie werden zunehmend zu Geiseln der österreichischen Fremdenpolitik." (2)

Lehrstück an Demagogie

Haider gelingt, was er schon vor Jahren ankündigte: "Ich werde die Altparteien vor mir hertreiben." (3) Folglich wartet Haider auch nicht drei Wochen lang ruhig ab, sondern schickt am 26.10.1992 (4) einen Brief an den österreichischen Bundespräsidenten, Thomas Klestil, und fordert die Einberufung eines Gipfelgesprächs aller Parteien, einen "Runden Tisch". Natürlich gibt er der Regierung die Schuld an dem angeblichen Problem. "Durch den Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung haben sich in der Bevölkerung, vor allem in den letzten Monaten, Emotionen aufgestaut, welche durch das Nichthandeln der Regierung auszuufern drohen." (5) Aufgestaut haben sich die Emotionen aber wegen des permanenten Hochkochens der "Ausländerproblematik" durch Haider und durch die Asylhetzdebatte in der BRD. Er fährt in seinem Brief fort: "Aus diesem Grund hat sich die FPÖ genötigt gesehen, nunmehr die Bundesregierung aufzufordern, in der Ausländerfrage durchführbare Lösungsvorschläge anzubieten." Die FPÖ als Retterin des Vaterlandes, die die untätige große Koalition aus SPÖ und ÖVP endlich zum Handeln zwingen muß! Dann wird auf ganz besonders infame Weise das liberal-humanistische Mäntelchen umgehängt: "Eine umgehende Lösung ... ist ... zwingend notwendig, da durch die illegale Einwanderung in Österreich jene Aufnahmekapazität verloren geht, die allen Menschen, die politisch, religiös oder rassisch verfolgt werden, zwingend zur Verfügung zu stellen ist." Danach wird gegen die SPÖ gehetzt, anschließend Klestil als Vertreter des gewünschten Koalitionspartners ÖVP um den Bart gestrichen, wobei er zur Untermauerung der eigenen Position gleichzeitig zitiert wird: "Aus den aufgezeigten Gründen, sehr geehrter Herr Bundespräsident (6), und im Hinblick darauf, daß auch Sie oftmals eine

geordnete Zuwanderungspolitik eingefordert haben und davon sprachen, daß es eine falsch verstandene Humanität wäre, die Grenzen so lange zu öffnen, bis die soziale Sicherheit im Lande gefährdet ist, ersuche ich sie eindringlich, ... ehestmöglich ein Gipfelgespräch zur Ausländerproblematik einzuberufen." Nachdem hier indirekt nochmals - der SPÖ - Schuld zugewiesen wird und auch, in Hinblick auf die Pogrome in der BRD, "die soziale Sicherheit" als gefährdet hingestellt wird, kommt zum Schluß die direkte Drohung: "Sollte diese Initiative nicht möglich sein oder zu keinem Erfolg führen, sieht die FPÖ als einzige Möglichkeit, ein Volksbegehren unter dem Motto ‚Österreich zuerst` durchzuführen, um auch hiedurch die derzeit immer stärker werdenden Emotionen rund um die Ausländerproblematik zu kanalisieren."

Der Brief ist ein Lehrstück an Haiderscher Demagogie. Es wird ein historisch-symbolisches Datum gesucht und in seinem Sinne umgedeutet, es wird - in diesem Fall höflich-unterschwellig, sonst auch oft aggressiv - formuliert, eine Katastrophe an die Wand gemalt und Angst geschürt, Besorgnis wird geheuchelt, mit sachlichen Fakten wird kaum argumentiert, Schuld wird verteilt und die FPÖ Haiders als die einzige Retterin aus der Not herausgestellt.

Denn der freche Jörgl, "der sich was traut" und der hoffähig macht, was andere nur am Stammtisch sagen, versteht es geschickt, nur anzudeuten und sich keine allzugroßen Blößen zu geben. Bundespräsident Klestil ist, ebenso wie die Koalition, gegen einen runden Tisch und gegen das Volksbegehren. Aber anläßlich seines 60. Geburtstags empfängt er Haider zu einem 45-minütigen Gespräch, das erheblichen Medienrummel verursacht. Haider triumphiert: "In der Sache keine Meinungsverschiedenheit".

Und so weit hat Haider die Regierungskoalition schon gebracht: Sie bot ihm die Schaffung eines Parlamentsausschusses an, in dem die zwölf Punkte des Volksbegehrens unter Einbeziehung der betroffenen Regierungsmitglieder behandelt werden sollen. Haider überlegt sich gnädig "eine Verschiebung des dreiwöchigen Ultimatums". Das hänge davon ab, wie wirksam der von ihm so genannte "Sonderausschuß" sei und "wie konkret die Regierung verhandelt." (7) Sofort stößt er nach und fordert eine Novellierung des noch nicht in Kraft getretenen Aufenthaltsgesetzes.

Abgesehen vom Volksbegehren hat die Koalitionsregierung in Sachen Ausländerpolitik keine Meinungsverschiedenheiten mehr mit Haider. Seit Beginn der Legislaturperiode wurde die Spirale der ausländerfeindlichen Gesetzgebung immer weitergedreht.

Ausländergesetzgebung

Zur Anpassung der österreichischen Ausländergesetze an die Erfordernisse der "Festung Europa" schreibt die Zeitschrift "Profil": "Durch das neue Asylgesetz vom Juni d.J. wurde die Anerkennungsquote auf zwei Drittel des Vorjahres gedrückt. Das Bundesbetreuungsgesetz aus dem Jahr 1991 erlaubt den Landeshauptleuten (Ministerpräsidenten) - wie bei der Flüchtlingswelle aus Bosnien im Sommer - die Ausrufung eines Aufnahmestopps. Das Aufenthaltsgesetz (das Haider weiter novellieren möchte) ermöglicht theoretisch Ausländerquoten, die gegen Null tendieren. Zumindest in Wien wird das ernsthaft erwogen." (8)

Der Gesetzesvorschlag zum Fremdengesetz erlaubt das gewaltsame Stürmen von Ausländerwohnungen durch Polizisten. Hilmar Kabas, dem künftigen Organisator des FPÖ-Volksbegehrens, geht der Razziaparagraph nicht weit genug: "Warum soll die Wohnungsbetretung erst ab einer Haushaltsgröße von fünf Personen erlaubt sein? Warum wurde nicht an eine generelle Ausweispflicht für Fremde gedacht?" Entsprechende FPÖ-Anträge wurden bereits eingebracht. (9)

Ausländische Arbeitskräfte

Haider und seine Mannen fürs Grobe und Feine hetzen gegen AusländerInnen, wollen jedoch auf deren Arbeitskraft keineswegs verzichten. Die Auswahl habe allerdings "nach dem Bedarf unserer Wirtschaft zu erfolgen. Dabei ist vorwiegend nach dem Schweizer Modell des Saisonniers vorzugehen." (10)

Das Saisonniermodell bringt hohe Ausbeutung bei niedrigen Kosten: Österreich würde von den billigen Arbeitskräften profitieren, die AusländerInnen müßten Steuern zahlen wie alle anderen in Österreich Beschäftigten, sie bekämen aber nichts dafür, da sie aufgrund der kurzen Arbeitsgenehmigung ohne sozialrechtliche Ansprüche in ihre Heimat zurückgeschickt würden. Da die Familie nicht mitkommen darf, spart der Staat Kosten für Erziehung, Bildung und Infrastruktur. (11)

AusländerInnen dürfen auch jetzt erst nach einjähriger Beschäftigung Arbeitslosengeld beziehen. Die Arbeiterkammer (berufsständische Arbeitnehmerorganisation) errechnete, daß ausländische ArbeitnehmerInnen 1990 um 720 Millionen Schilling mehr einzahlten, als sie aus der Arbeitslosenkasse bezogen. Im Zeitraum von 1980-1990 blieben der Arbeitslosenversicherung rund 6 Milliarden Schilling "Reingewinn" aus den Beiträgen der AusländerInnen. (12) Kraß benachteiligt sind AusländerInnen auch bei der Wohnungsbauförderung. Sie zahlen jährlich (geschätzt) eine Milliarde Schilling ein - von geförderten Wohnungen oder Mietbeihilfe sind sie aber ausgeschlossen. (13)

Die immer wieder vorgetragene angebliche Bevorzugung ausländischer Arbeitskräfte in Österreich ist ohnehin ein Märchen. (14)

Wie in der BRD erhalten sie eine Beschäftigungsbewilligung nur, wenn keine entsprechenden inländischen Arbeitskräfte zu bekommen sind. Die Bewilligung ist und bleibt für die Dauer ihrer Gültigkeit auf die Firma ausgestellt. Ein Wechsel des Arbeitsplatzes ist unmöglich, und sei er noch so schlecht bezahlt, gesundheitsschädlich, etc. Frühestens nach einem Jahr kann eine Arbeitserlaubnis erlangt werden, die berufliche Veränderung zumindest innerhalb desselben Bundeslandes ermöglicht. Aber auch Einschränkungen auf Branchen sind möglich. Erst mit dem sogenannten "Befreiungsschein" darf sich einE AusländerIn auf dem Arbeitsmarkt wie einE InländerIn den Arbeitgeber aussuchen. Dafür sind mindestens fünf Jahre Arbeit in Österreich nötig. Gleichberechtigt ist sie oder er dann aber noch lange nicht. Bei längerer Arbeitslosigkeit erlischt der Anspruch. Das Spiel beginnt von vorne, auch wenn der Arbeitnehmer schon seit zwanzig Jahren in Österreich tätig ist: Beschäftigungsbewilligung, Arbeitserlaubnis, Befreiungsschein ... Außerdem muß Ausländern vor Inländern gekündigt werden. (15)

Die Ausländerresolution der FPÖ des Burgenlandes fordert darüber hinaus eine automatische Arbeitsverpflichtung und Arbeitszuweisung für "Asylanten". Scharsach kommentiert: "Ließe sich das durchsetzen, wäre ein Wunschtraum der Herrenrassennostalgiker in Erfüllung gegangen. Eine rechtlose, unter menschenunwürdigen Lebens- und Wohnbedingungen zum Arbeitsdienst eingeteilte Klasse von Diskriminierten, die keiner Gewerkschaft angehören und keine sozialen Leistungen in Anspruch nehmen könnten, stünde als wirtschaftliche Manövriermasse zur Verfügung. Von diesem Zustand zum nationalsozialistischen Modell wäre es nur noch ein kleiner Schritt. Auch das Dritte Reich hatte Fremdarbeiter benötigt." (16)

Undurchführbare Forderungen

Haider weiß natürlich, daß seine Forderungen in erster Linie der Stimmungsmache dienen. Die von ihm gewünschte Beschränkung des Anteils ausländischer Kinder in Schulklassen auf 30% ist nicht realisierbar, fördert aber die Angst vor "Überflutung". Zuerst glaubte er, den Prozentsatz durch die Eröffnung neuer Klassen senken zu können, (17) dann sollten die Kinder auf ganz Wien verteilt und täglich herumgekarrt werden, inzwischen soll der Überhang an ausländischen SchülerInnen in "Ausländerregelklassen" isoliert unterrichtet werden. Nach dem "Sonderausschuß" kommt die "Sonderbehandlung". Da spielt es keine Rolle, daß 89% aller Kinder an Wiens Schulen, egal welche Staatsangehörigkeit sie haben, gut bis sehr gut Deutsch sprechen. (18)

Auch die Staatszielerklärung "Österreich ist kein Einwanderungsland" als Verfassungsartikel ist ein "Theaterakt ohne normative Wirkung" (19). Unberührt davon blieben das Staatsbürgerschaftsgesetz, das die Einbürgerung in Österreich regelt, ebenso wie internationale Verpflichtungen, etwa die Niederlassungsfreiheit für BürgerInnen aus EWR-Staaten oder die Erfüllung der Flüchtlingskonvention. (20)

Österreich ist - wie alle Länder Westeuropas - sowohl ein Einwanderungs- wie ein Auswanderungsland. Seit 1945 sind von zwei Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen rund 680.000 in Österreich geblieben, von 1 Mill. ausländischen Arbeitskräften blieben ca. 500.000, Summe: 1,2 Millionen ZuwanderInnen. Gleichzeitig sind "eine halbe Million Österreicher als Wirtschaftsflüchtlinge in die BRD, die Schweiz und nach Übersee ausgewandert," bilanziert Rainer Münz vom Institut für Demographie in Wien. (21)

Die FPÖ richtet sich mit dieser Forderung - Österreich ist kein Einwanderungsland - ganz klar gegen den Osten Europas, sie zielt "auf einen Rassenparagraphen - jeder ist sich dessen bewußt ...". (22)

Haiders Rassismus

Haider ist in Sachen Rassismus kein Unbekannter. Seine steile Polit-Karriere begann der jetzt 42-jährige bei der Kärntner Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Die FPÖ und ihre Vorläuferorganisation, der Verband der Unabhängigen (VdU), waren nach dem Krieg ein Sammelbecken alter Nazis. Die FPÖ wurde jahrzehntelang von einem früheren Mitglied der Waffen-SS geführt. Nach einer liberaleren, äußerst kurzen Zwischenphase in der ersten Hälfte der 80er Jahre begann mit der Wahl Haiders zum Bundesparteiobmann (Partei-Führer) 1986 die Rückkehr zu den deutsch-nationalen, rechtsextremen Inhalten und ein Aufbruch zu neuen Ufern der Popularität und Stimmengewinnen.

Als Landesparteiobmann und Abgeordneter in Kärnten schaffte es Haider 1989, mit Hilfe einer ÖVP/FPÖ-Koalition der erste freiheitliche Landeshauptmann (Ministerpräsident) der Zweiten Republik zu werden. Bis er 1991 über sein Wort von der "ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches" stürzte, hatte er zwei Jahre Zeit, als Verantwortlicher Politik zu gestalten und nicht nur aus der Opposition heraus zu wettern.

Unterdrückung der slowenischen Minderheit

Das von ihm regierte südlichste Bundesland Kärnten hat eine lange Grenze zu Slowenien und eine slowenische Bevölkerungsminderheit. Seit das Gebiet 1920 durch Volksabstimmung - mit den ausschlaggebenden slowenischen Stimmen - an Österreich kam, verloren die SlowenInnen ihre Posten und werden schikaniert, unterdrückt, überfallen. Aufgrund der Ausrottungs- und Germanisierungspolitik im Faschismus wurde der Schutz der slowenischen Minderheit in den Staatsvertrag von 1955 aufgenommen. Dazu gehörte auch ein zweisprachiges Schulsystem, das international als vorbildlich galt. Die "heimattreuen" Verbände unter ihrem Dach, dem "Kärntner Heimatdienst", führen dagegen einen erbitterten Kampf, der den SlowenInnen Stück für Stück ihrer kulturellen Identität zu nehmen droht.

Das jetzige Volksbegehren ist nicht das erste von der FPÖ angedrohte: 1984 initiierte der "Kärntner Heimatdienst", unterstützt von der FPÖ, ein Volksbegehren gegen das zweisprachige Schulsystem. Das anschließend als Drei-Parteien-Kompromiß präsentierte "Pädagogenmodell" rückte Kärnten in die Nähe der südafrikanischen Apartheid.

Haider als Landeshauptmann kündigte an, daß Eltern, die ihre Kinder in Klagenfurt zum zweisprachigen Unterricht anmelden, auf ihre tatsächliche Volksgruppenzugehörigkeit überprüft werden. Dieser "Ahnenpaß für den Schulbesuch" wurde vom Direktor der Abteilung Menschenrechte beim Europarat in Straßburg, Peter Leuprecht, kritisiert. (23) Slowenische Eltern mußten sich das Recht auf zweisprachigen Unterricht vor dem Verfassungsgerichtshof erkämpfen. (Urteil vom 15.12.1989). Haider als Landeshauptmann läßt verlauten, man solle das Urteil "in seiner Bedeutung nicht überbewerten", die gemischte Schule habe "in Kärnten keine Zukunft mehr" (24). Er kündigt an, daß er die erzwungene Gesetzesänderung nicht anwenden wolle. Welch wunderbares Demokratieverständnis eines Ministerpräsidenten!

Der Umgang mit der Minderheit im eigenen Land läßt tief blicken. Daß es sich nicht nur um Zugeständnisse an die heimattreue, deutsch-nationale Klientel handelt, zeigen die durchgängigen Aussagen der FPÖ Ideologiebildung.

Die völkische Substanz

Grundsatzreferent der FPÖ und Leiter des Freiheitlichen Bildungswerkes ist, Andreas Mölzer, der in den einschlägigen neonazistischen Blättern publiziert so "Deutschen Monatsheften" (25), "Nation Europa" (26) oder "Mut" (27). Thesen vom Konkurrenzkampf der Rassen, Völker und Individuen um Überleben und Vorherrschaft gibt Mölzer breiten Raum. Österreich sieht er durch den Zuzug aus dem Osten akut bedroht. "Wer die Landnahme fremder Völker zu Lasten der einheimischen Bevölkerung favorisiert, tritt im Grunde dafür ein, daß wir uns als Volk aus der Evolution verabschieden ... Wer die ‚Umvolkung` der Österreicher betreibt, nur um den deutschen Charakter des Landes zu tilgen, muß sich den Vorwurf des antigermanischen Rassismus gefallen lassen. Europa insgesamt täte gut daran, sich verstärkt gegenüber der übrigen Welt abzuschotten." (28)

Der Begriff "Umvolkung" wurde im Faschismus für die gezielte Veränderung der "völkischen Substanz" verwendet: durch Eindeutschung und Umerziehung sowie durch "Ausmerzung" derer, die aus "objektiv

feststellbaren Rassenmerkmalen" oder "staatsfeindlicher Gesinnung" dem deutschen Volke nicht gewonnen werden konnten." (29)

Deutsch-nationale, rassistische Töne aus dem Sprachjargon der Nationalsozialisten finden sich häufig bei dieser Partei. Ein FPÖ-Abgeordneter sagte im "Inlandsreport" des Österreichischen Rundfunks (ORF) am 9.11.1989, dem Gedenktag der Reichspogromnacht, über AusländerInnen, er wolle nicht haben, "daß die daherkommen, betteln gehen und daß man alle Kriminellen in diesem Sog mit hereinläßt. (...) Schauen Sie, wir wollen keine Vermischung haben." Hier wird die aus der NS-Zeit bekannte Drohung vor "Rassenmischung" direkt angesprochen.

Fremde sind in FPÖ-Medien meist Ausgangspunkte von Chaos und Gefahren: "Vorhut" einer feindlichen Invasion, Teil einer "von außen gesteuerten Minderheit", die Österreich "völlig destabilisieren" könnte. In dieser Logik verständlich, daß sie mit der Erlangung der Staatsbürgerschaft nicht zu ÖsterreicherInnen werden, sondern "eingebürgerte Ausländer" bleiben. (30)

Die FPÖ-Medien lassen nichts aus, was Ängste schürt und Panik auslöst. "Über kurz oder lang werden noch mehr Nationen, auch in Schwellen- und Entwicklungsländern, mit diesen (Atom-)Waffen spielen und ihre Bevölkerungsüberschüsse unter diesem ‚Feuerschutz` - sei er nun politisch, sei er militärisch - zu uns in Marsch setzen. Die Vorhuten sind ja dank einer perversen ... Einwanderungspolitik jeweils schon da." (30) Diese einzigartige Verknüpfung von atomarer Gefahr, Überbevölkerung im Trikont mit der sog. Ausländerfrage, die hier mit militärischen Vokabeln als strategisch geplanter Überfall erscheint, gab nicht irgendein kleiner FPÖ-Stammtisch-Politiker von sich, sondern das steht in der "Lorenzer Erklärung".

Der Lorenzer Kreis ist die ideologische Kaderschmiede des nationalen Parteiflügels. Im offiziellen Programm der FPÖ ist die demokratische Selbstverständlichkeit festgehalten, daß sich aus der Verschiedenartigkeit der Menschen "keine unterschiedliche Bewertung der Würde" ableitet und die Partei sich zu einem "großzügigen Minderheitenschutz auf Grundlage des geltenden Volksgruppenrechts" bekennt.

In der Lorenzer Erklärung liest sich das ganz anders. "Dort bilden ‚die vorgegebenen Unterschiede an Begabung, Fähigkeiten, Neigungen, ja auch an menschlicher Würde`, die zur ‚volklichen Existenz` notwendige Vielfalt. Diese Vielfalt ist abgestuft. Der Pluralismus finde seine Grenzen in der ‚Natur des Menschen`. Dieser sei unterschiedlich ‚würdig` und ‚fähig`, am ‚gesunden Lebensraum` und ‚heilen Wertesystem` teilzunehmen." (31) Haider lobt den Lorenzer Kreis, der ihm innerparteilich zur Macht verhalf, als eine Art Gewissen der Partei.

Den Nazi-Begriff "Umvolkung" verwendet Mölzer systematisch, nicht als einmaligen Ausrutscher, wie Haider behauptet. Im "wissenschaftlichen" Blatt der FPÖ, der "Aula", beschreibt Mölzer seine völkischen Beobachtungen von der "biologischen Potenz" der Deutschen, die bisher stark genug gewesen sei, um eine "Umvolkung" zu verhindern. Heute bestehe die Gefahr für einen "überalterten und immer schwächer werdenden Volkskörper". (32) Mölzer erklärt, die "großangelegte Umvolkung, wie sie die Propagierung einer multikulturellen Gesellschaft bedeutet", widerspreche dem "Verfassungsauftrag". Österreichs Politiker hätten nämlich "den Auftrag, im Dienste der einheimischen Bevölkerung zu arbeiten." (33) Genau dieses Geistes Kind ist auch das angestrebte und angedrohte Volksbegehren.

Ob es nun durchgeführt wird oder nicht: Haider hat es erreicht, von der Oppositionsbank aus mitzuregieren. Mit der permanenten Drohung, doch noch ein Volksbegehren durchzuführen, wird er weitere Gesetzesverschärfungen durchsetzen können. Die große Koalition hat sein Programm inhaltlich voll übernommen und macht sich zur Ausführenden.

Haider hat einen massiven Rechtsruck in Österreich erreicht. Das Bundesheer des neutralen Österreich steht schon seit zwei Jahren an der grünen Grenze zum Osten und fängt Flüchtlinge ab, damit sie gar nicht erst ins Land kommen. Meinungsforscher bemerken, daß zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte die politische Mitte verschwindet, und bestätigen die heftige Zunahme antisemitischer und rassistischer Tendenzen. Im burgenländischen Eisenstadt wurde der jüdische Friedhof geschändet, die österreichischen JüdInnen und AusländerInnen leben in Angst, aber Haider warnt: "Ich appelliere an die SPÖ, nicht ständig zu sagen, es wird Ausschreitungen geben. Damit appelliert sie an den Bodensatz, der in der Gesellschaft vorhanden ist." Der Brandstifter als Biedermann! Die von der FPÖ inszenierte Ausländerhetze beschäftigte schon vor dem Volksbegehren den Untersuchungsausschuß "Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" des Europaparlaments.

In seinem Bericht wird Haider als "Yuppie-Faschist" charakterisiert, dessen "meteorhafter Aufstieg" Besorgnis auslöse. (34)

gaf

Anmerkungen:

1) profil, 27.10.1992

2) ebd.

3) Die Begriffe "Altparteien" und "Systemparteien" wurden auch bei den Nazis bevorzugt zur Bezeichnung der etablierten demokratischen Parteien verwendet.

4) Der 26.10. ist der österreichische Nationalfeiertag. Am 26.10.1955 unterschrieben die vier Siegermächte mit Österreich den Staatsvertrag, der Österreich zum souveränen Staat machte. Die Siegermächte zogen ihre Truppen ab, der Preis dafür war die "immerwährende Neutralität" Österreichs. Die kurz danach aus dem Alt-Nazi-Sammelbecken Verband der Unabhängigen (VdU) hervorgegangene FPÖ mit ihrem deutsch-nationalen Programm war die einzige Partei, die die Wahrung der Neutralität bis in die 70er Jahre nicht in ihr Programm aufnahm. Im Staatsvertrag sind das Anschlußverbot an Deutschland und die Rechte der slowenischen Minderheit in Kärnten völkerrechtlich verankert. Für Haiders FPÖ ist bis heute das "Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft" eine der wichtigsten Grundlagen ihres Programmes. Am Jahrestag der Moskauer Unterzeichnung des Vertrages über die deutsche Wiedervereinigung, die die Hoffnungen deutsch-nationaler Kreise auf Anschluß an Deutschland begrub, machte Haider einen für ihn typischen Ausfall. Er ging nach Deutschland, nach München, der Stadt, in der Hitler politisch groß geworden war, und sandte sein Signal: er nannte die österreichische Nation eine "Mißgeburt".

Am 26.10.1988 lud Haider trotz der offiziellen Bezeichnung "Nationalfeiertag" zum "Staatsfeiertag" zu einem Festakt in das Palais Auersperg.

Nun, ausgerechnet am 26.10., dem Nationalfeiertag, diesen besorgt-drohenden Brief an den Bundespräsidenten loszuschicken, ist symbolträchtig und zeigt gleichzeitig: Haiders Sorge gilt den "deutschen" ÖsterreicherInnen, den Zugewanderten und der slowenischen Minderheit in Kärnten gilt sie sicher nicht.

5) Alle Wortlautzitate aus dem Brief aus: Die Presse, 4.11.1992

6) Thomas Klestil, Nachfolger des vergeßlichen Alt-Nazis Kurt Waldheim, war der Kandidat der ÖVP. Im ersten Wahlgang konnte keiner der Kandidaten der beiden großen Parteien die Mehrheit erringen, der SPÖ-Kandidat lag klar in Führung, die Kandidatin der FPÖ, Heide Schmidt, war erwartungsgemäß weit abgeschlagen. Bei der darauffolgenden Stichwahl zwischen dem SPÖ- und dem ÖVP-Kandidaten gewann Thomas Klestil aufgrund der Wahlempfehlung der FPÖ für ihn. Klestil ist also österreichischer Bundespräsident von Haiders Gnaden geworden. Dies war der erste große Erfolg, die SPÖ/ÖVP-Koalition langsam aber sicher zu sprengen, indem die FPÖ die ÖVP unterstützt und sich so als Koalitionspartner andienert. Das Inländer-Volksbegehren stellt innenpolitisch u.a. auch einen weiteren Versuch dar, die SPÖ zu isolieren und die ÖVP auf die ultrarechte Seite zu ziehen.

7) Die Presse, 7./8.11.1992

8) profil, 9.11.1992

9) ebd.

10) APA 1.9.1991

11) vgl. Scharsach, Hans-Henning: Haiders Kampf. Wien, Orac-Verlag, 1992, S. 71. Dem äußerst lesenswerten, akribisch recherchierten, im Herbst 1992 erschienenen und bereits zum sechsten Mal aufgelegten Buch, sind wichtige Informationen verdankt.

12) vgl. profil, 9.11.1992. 1 DM = 7 öS

13) ebd.

14) National-Zeitung 6.11.1992

15) Alle Informationen vgl. Scharsach, S. 72f.

16) Scharsach, S. 72

17) "Würde man eine Klasse mit 60% ausländischen Kindern auf zwei Klassen aufteilen, ergäbe das je 30 Prozent, rechnete Haider vor. Nachdem er seine mangelhaften Arithmetikkenntnisse entdeckt hatte - die Teilung würde natürlich wiederum zu einem 60prozentigen Ausländeranteil führen - verfiel Haider auf eine andere Lösung." profil, 27.10.1992

18) profil 9.11.1992

19) So wird der Linzer Völkerrechtler Manfred Rotter in profil, 27.10.1992, zitiert.

20) vgl. profil, 27.10.1992

21) Faßmann Heinz, Münz Rainer: Einwanderungsland Österreich? Dachs-Verlag, Wien 1992

22) profil 27.10.1992

23) Scharsach, S. 157

24) Standard 28.10.1990

25) Die deutschen Monatshefte sind das offizielle Organ des "Deutschen Kulturwerkes europäischen Geistes" (DKEG). Gegründet wurde dieser Verein zur Koordinierung der rechtsextremen Jugendverbände im Umfeld der NPD vom ehemaligen SS-Offizier und Reichsfachschaftsleiter für Lyrik in der Reichsschrifttumkammer, Herbert Böhme. Vgl. Scharsach, S. 172

26) "Nation Europa" ist eine "Monatsschrift im Dienste der europäischen Neuordnung, in der die faschistische Elite aus ganz Europa publiziert." Ihr Gründer ist Arthur Eberhardt, der ehemalige SS-Hauptsturmführer und Chef der "Bandenbekämpfung" im Führerhauptquartier. Vgl. Scharsach, S. 173f.

27) Der Gründer und Chefredakteur der Zeitschrift "Mut", Bernhardt C. Wintzek, kandidierte bei den deutschen Bundestagswahlen 1972 für die NPD.

28) Kärntner Nachrichten, 20.3.1990. Die "Kärntner Nachrichten" sind das Hausblatt der Kärntner FPÖ. Das Datum des zitierten Artikels fällt in die Regierungszeit Haiders, der für die ideologische Ausrichtung des Blattes die Verantwortung trägt.

29) Scharsach, S. 178)

30) Alle Zitate bei Scharsach, S. 64

31) Scharsach, S. 64

32) Aula 7/8 1989

33) Kärntner Nachrichten 18/1990

34) vgl. Scharsach, S. 78

24. Die Halbgötter in Weiß. Eine Tote als Gebärmaschine

Autor: Barbara Ritter · Rubrik: Gesundheitspolitik; Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:43

Der Tod einer Hochschwangeren wird bewußt in Kauf genommen. Sie liegt nach einer Kaiserschnittoperation mit ihrem Kind in einer Düsseldorfer Klinik, im Arbeitsraum des Personals. Bewaffnete Posten des Bundesgrenzschutzes stehen vor der Tür, um ihre Flucht aus dem Krankenhaus zu verhindern. Die Frau und ihr Kind sind Flüchtlinge; als abgelehnte Asylbewerberin sollte sie nach Ghana abgeschoben werden. Die Fluggesellschaft hatte sich geweigert die hochschwangere Frau zu befördern. Jetzt scheut der Staat keine Kosten, um sie möglichst schnell außer Landes zu bringen.

In der Erlangener Universitätsklinik wird einer anderen Frau Tag und Nacht höchste Aufmerksamkeit geschenkt. Sie kann nicht mehr aus der medizinischen Maschinerie fliehen, denn sie ist "hirntot", und die "Benutzung ihres Körpers zugunsten des ungeborenen Kindes" gilt als "zumutbar". Der Kostenvoranschlag der Klinik erlaubt die "Rettung" des 15-wöchigen Embryos.

Die beiden Fälle haben etwas miteinander zu tun: es geht um die Bewertung menschlichen Lebens in diesem Deutschland.

Über das "Erlangener Baby" und die tote Mutter überschlägt sich die Presse mit Gutachten und Stellungnahmen von Ärzten, Juristen, Theologen. Im Fall der ghanaischen Mutter und ihrem Kind gibt es keine Äußerung aus diesen Kreisen. Einer der Klinikchefs des Düsseldorfer evangelischen Diakoniehauses, Hubertus von Voss, ist dabei sehr wohl politisch engagiert: Er ist Mitglied der Juristenvereinigung Lebensrecht und Mitbegründer des FDP-nahen "Liberalen Gesprächskreises Lebensrecht für ungeborene Kinder" - ungeborene (deutsche) eben.

Die Hauptakteure von Erlangen

Die Uniklinik Erlangen ist eines der Zentren für künstliche Fortpflanzungstechniken. Anfang der 80er Jahre kam hier das erste Retortenbaby der BRD zur Welt. Hier sind es vor allem zwei Mediziner, die sich mit öffentlichen Stellungnahmen hervortun: der Chirurgieprofessor Johannes Scheele, der als erfolgreicher Transplantationsmediziner gilt, und der Rechtsmediziner Prof. Bernhard Wuermeling, Vorsitzender der Ethikkommission.

Wuermeling gehörte mit zu den ersten, die 1984 der neugegründeten Juristen-Vereinigung Lebensrecht beitraten. Für diese hielt er am 2./3.11.85 in Köln einen Vortrag über die "Indikationen zum Schwangerschaftsabbruch in der Praxis", in dem er ausschließlich den "Mißbrauch der sozialen Indikation" anprangerte. Die Memminger Justiz konnte da von ihm lernen.

Zweimal trat er bei industriegesponserten Tagungen auf: Über "kindliche Indikation zum Schwangerschaftsabbruch" referierte er 1981 bei dem von Milupa ausgerichteten Bamberger Symposium, 1987 beteiligte er sich an der Tagung "Chancen für das ungeborene Leben" in Bonn, organisiert u.a. von seinem JVL-Vereinskamerad Dr. med. H.v.Voss. Auch diese Tagung war gesponsert von Milupa und der Ärzte- und Apotheker-Bank.

Als Gutachter war Wuermeling 1987 bei der Anhörung des Bundestags zum Embryonenschutzgesetz anzutreffen. Dort sprach er über die Benutzung von menschlichen Embryonen bei der Herstellung von Tumor-Testreagenzien und Antikörpern. Er verteidigte den Handel mit Embryonen. Wie die "FAZ" vom 18.1.87 berichtete, stammten die dazu notwendigen toten Leibesfrüchte aus Schwangerschaftsabbrüchen oder Fehlgeburten. Für die Konservierung werde Entgelt bezahlt, und der Bedarf sei aber mit jährlich etwa 10.000 Gramm Embryonengewicht begrenzt.

Im gleichen Jahr beschäftigte sich Wuermeling in der Zeitschrift "Ethik der Wissenschaft" mit dem Problem der Austragung einer Schwangerschaft durch eine hirntote Frau: "Die Leiche der Mutter wird dazu - hart ausgedrückt - vital konserviert". (taz, 11.11.92)

Theoretisch gut vorbereitet beginnt jetzt sein praktischer Teil. Auch heute denkt Wuermeling voraus und warnt vor seiner eigenen Forschung: "Es ist gefährlich, was wir hier tun, es öffnet sich das Tor zu bedenklichen Dimensionen: Leihkörper von Toten zum Austragen in vitro befruchteter Embryonen". (Zeit, 30.10.)

"Wenn es dem betroffenen Embryo nützt..."

Auf die Frage, wie er zur Forschung mit Embryonen stehe, antwortete Wuermeling: "Die halte ich für nicht zulässig" (taz, 11.11.92). Aber es kommt eben auf die Fragen an: Denn Prof. Wuermeling hält die Forschung an menschlichen Embryonen sehr wohl "für zulässig, wenn sie dem Wohl des jeweiligen betroffenen Embryos dient und wenn die Risiken verhältnismäßig sind." Forschung "mit" Embryonen sind für ihn nur dann unzulässig, wenn sie auf den betreffenden Embryo keine Rücksicht nehmen und ihn zugunsten des Forschungsinteresses planvoll verbrauchen. Das erklärte er genauer im November 86 in Straßburg bei der Anhörung "Achtung des menschlichen Lebens in einer Zeit sich wandelnder Werte", organisiert von Otto von Habsburg, CDU-MdEP und Chef der erzreaktionären Pan-Europa-Union sowie Roland Rösler, CDU-MdL in Hessen und Mitglied der Aktion Leben Abtsteinach. (Zusammenfassung seines Beitrags in der österreichischen Pro Vita 4/87)

Den Vorwurf der Embryonenforschung kann Wuermeling also leicht abwehren, zumal es sich bei "seinem" Ungeborenen ja gar nicht um einen Embryo, sondern um einen Föten handelt. Außerdem "nützt" seine - wie er es nennt - "Neulandbehandlung" dem Betroffenen, meint er. Die Prognose des anderen verantwortlichen Arztes aus Erlangen, Prof. Scheele: "Leben bis zur 32. Woche ist wie ein Sechser im Lotto". (Zeit, 30.10.) Jede Woche ein Hauptgewinn?

Was also höchstwahrscheinlich und letztendlich "verbrauchende" Forschung ist, wird als Therapieversuch, als Heilbehandlung dargestellt, damit diese eher akzeptiert werden kann. Diesen Argumentationsstrang entwickelte 1990 die Akademie für Ethik in der Medizin in einer Stellungnahme explizit zur verbrauchenden Embryonen-Forschung, die Wuermeling neben anderen ProfessorInnen unterschrieben hatte: "Bei der Befürwortung von Forschung an menschlichen Embryonen ist in Rechnung zu stellen, daß allgemein eine höhere Akzeptanz für Maßnahmen im Bereich der Heilkunde besteht als für die rein wissenschaftliche Grundlagenforschung."

Auch eine Ethikkommission mußte nicht zum Erlangener Fall befragt werden, weil diese nur für medizinische Experimente zuständig sei: "Es handelt sich hier um kein medizinisches Experiment, das in einer Reihe mit den Versuchen einer extrakorporalen Befruchtung zu sehen ist. Es war eine notwendige Behandlungsmaßnahme, das Resultat einer Notsituation". (Wuermeling im Mannheimer Morgen, 21.10.92)

"Wenn Schäden aufträten..."

Die FAZ vom 24.10.92 schwärmt: "Das Schicksal des ungeborenen Kindes lag nun ganz in den Händen der Ärzte. Das Ultraschall-Bild zeigte einen für die 15. Schwangerschaftswoche normal entwickelten Föten. Eine Schädigung war nicht zu erkennen. Die Mutter hatte bei dem Unfall keine Bauchverletzungen erlitten, und die Behandlung auf der Intensivstation dürfte nach Ansicht der Ärzte kaum nachteilige Folgen gehabt haben. Die Erlangener Ärzte standen nun vor der Entscheidung, entweder durch Abstellen des Beatmungsgeräts den offensichtlich gesunden Embryo zu töten - wenn auch nicht im juristischen Sinne - oder zu versuchen, die Schwangerschaft fortzuführen."

Die Entscheidung der Ärzte, den Embryo zu seinem "Lebensrecht" zu verhelfen, fiel nach der Abwägung von zweierlei entscheidenden Gesichtspunkten: Der Embryo war offensichtlich unbeschädigt, und die medizinischen Maßnahmen waren finanziell abgedeckt.

Scheele erklärte, die Klinik habe mit Kosten von 100.000 Mark gerechnet, aber bei einer Summe von 500.000 Mark wäre wohl eine neue Abwägung zu treffen gewesen. Die 100.000 Mark will eine private Organisation aufbringen. (FR, 22.10.) Der tatsächliche Finanzier wurde nie beim Namen genannt, angeblich sei aber die gesetzliche Unfallversicherung wegen des Wegeunfalls zur Zahlung auch für Ungeborene verpflichtet. Wenn die Behandlung teurer werde, z.B. wegen des Einsatzes eine künstlichen Niere, müsse erneut "abgewogen" werden.

Um mit der sonst üblichen Betonung der "Unverfügbarkeit des Lebensrechtes auch-und-gerade von Ungeborenen" nicht ins Schleudern zu kommen, teilen die Herren Ethiker das "Lebensrecht" in zwei Stücke.

Das "defensive Recht" und das "Anspruchsrecht": Während das defensive Recht auf Leben von den jeweiligen Umständen unabhängig - also absolut - gelte, könne das Anspruchsrecht auf Hilfe immer nur den Umständen entsprechend begrenzt, also relativ sein. Darum fände auch das als Anspruchsrecht verstandene Lebensrecht des Kindes seine Grenzen an den Grenzen der in der jeweiligen Situation verfügbaren Ressourcen. Konkret sei zu fragen, ob die Aufgabe trotz der Kapazitätsengpässe in einer Intensivstation übernommen werden könne. Das beträfe nicht nur die Zahl der Intensivbetten, sondern auch die seelische Belastbarkeit der Pflegenden. (Vergl. Stellungnahme von Wuermeling und Scheele in der FAZ, 17.10.92)

So läßt sich die Abtreibungsentscheidung einer Frau immer noch als Grundrechtsverletzung "anderer" (des Embryos) und als durch nichts zu rechtfertigende Tötung definieren, während die Entscheidung der Mediziner als von "hohen ethischen Werten" getragen dargestellt wird und als volks- und betriebswirtschaftlich durchdacht. "Wenn Schäden aufträten, ist m.E. auch ein Abbruch der ganzen Maßnahme vertretbar. Dies wäre dann keine Tötung, sondern die Beendigung einer Maßnahme, die man gar nicht begonnen hätte, hätte man gewußt, wie es weiter geht." (Wuermeling in der taz, 11.11.)

Wenn es um Abtreibung geht, erheben Lebensschützer den Vorwurf der Euthanasie, nach dem Motto: "Wer abtreibt, tötet auch alte und behinderte Menschen". Wenn es aber um medizinische Experimente geht, werden behinderte Überlebende des Experiments offensichtlich wohl zu teuer: "Bei einer Patientin, bei der nur die Großhirnrinde abgestorben ist, hätte ich auch die allergrößten Bedenken. Ich würde es eher ablehnen, in so einem Fall die Beatmung der Mutter fortzusetzen, nur um das Kind zur Welt zu bringen, und dafür in Kauf zu nehmen, daß eine verkrüppelte Mutter nachher möglicherweise pflegebedürftig überlebt. Die Güterabwägung würde dann eher anders aussehen." (Wuermeling, taz 11.11.92)

Zusammenhang mit dem § 218

Solche Versuche wie in Erlangen, wenn auch nicht in einem so frühen Stadium, haben schon mehrfach stattgefunden; allerdings ohne Medienkampagne und öffentliche Stellungnahmen. Daß der "Fall" gerade jetzt so hochgezogen wurde, hängt m.E. auch mit der entscheidenden Phase des neuen § 218 zusammen.

Auf der einen Seite lenkt er das öffentliche Interesse von der drohenden Verschärfung des § 218 durch das BVG ab, andererseits unterstützt er die ohnehin embryonenzentrierte Debatte.

Quasi wissenschaftlich und anschaulich wird demonstriert, daß der Embryo völlig selbständig von der Schwangeren sei. Scheele definiert die tote Frau als "lediglich den Funktionsraum für das heranwachsende Kind". (FR, 16.10.).

Als völlig abwegig und patriarchalischen Vorstellungen verhaftet kritisiert er die Ansicht, daß die schwangere Frau und der Embryo eine untrennbare Einheit bilden: "Die Vorstellung, daß das Kind mit der Mutter zugrunde gehen muß, ist archaisch. In Indien wurden die Witwen mitverbrannt, wenn der Mann starb. Auch sie wurden als Einheit betrachtet." (Zeit, 30.10.) Der Seitenhieb gegen die Frauenbewegung ist unverkennbar.

Eigentlich brauche der Embryo nur ein wenig Luft und Zuckerwasser: "Der Mensch ist vom ersten Augenblick an ein völlig separates Lebewesen, das sich nur Sauerstoff und Glukose von der Mutter holt", doziert Scheele. (Zeit, 30.10.) So einfach ist das. Überraschenderweise haben die Mediziner aber nach wie vor größere Probleme mit der künstlichen Stabilisierung des Hormonhaushalts "ihrer" Schwangeren.

Unmittelbar nach Bekanntwen des Falls flimmerten die einschlägigen und rührseligen Filme über die angeblich völlig selbständigen Kleinen wieder über den Bildschirm. Eine Kommentatorin der Tagesthemen sah sich nicht mehr in der Lage, ihre Kritik am Erlangener Experiment vorzutragen. Der Sprecher wußte zu berichten, daß sie "angesichts dieser Bilder" ihr Manuskript zerrissen habe.

In der Regenbogenpresse, aber auch auf wissenschaftlichen Kongressen diskutiert man die emotionalen Bedürfnisse des "Kindes in der Leiche". Auf einem Symposium zur Pränatal-Psychologie Anfang November in Mannheim äußerte sich Prof. Ludwig Janus einigermaßen beleidigt: "Da nicht alle Disziplinen an dem Fall beteiligt seien, würde die Lebenswirklichkeit von Mutter und Kind nicht vertreten". (Rhein-Neckar-Zeitung, 10.11.92) Vielleicht fühlen sich ja noch einige andere Fachrichtungen zur Rekonstruktion der weiblichen Lebenswirklichkeit berufen.

Laut Umfragen sind 80% der Bevölkerung, besonders Frauen, gegen das Erlangener Experiment. Die Medien nutzen dies aus, um unterschwellig gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau beim Schwangerschaftsabbruch Stimmung zu machen: Bei einer "toten Mutter" darf man ja gegen die Fortführung der Schwangerschaft sein, aber bei "gesunden (lebenden) Müttern von gesunden Kindern" gibt es gar keine Frage. Die Schwangerschaft muß ausgetragen werden.

Wenn es denn überhaupt etwas zu entscheiden gäbe, z.B. wegen einer schweren Krankheit oder eines Unfalls der wenden Mutter, dann hätten allein Ärzte das Recht dazu. So sieht das jedenfalls die Erlangener Ärzteriege: "Es war eine nüchterne Männerentscheidung". (Wuermeling in der Zeit, 30.10.) Und schlau dazu, denn beide Entscheidungen seien rechtlich und ethisch vertretbar gewesen. Und mit dem § 218 könne man ihnen in diesem Fall schon gar nicht kommen: "Es hieße, den sonst lasch gehandhabten Paragraphen 218 arg strapazieren, wollte man in die Einstellung der Beatmung einer toten Schwangeren einen Schwangerschaftsabbruch hineinlesen." (offizielle Erklärung von Scheele und Wuermeling, FAZ, 17.10.)

Ihre Botschaft für den § 218 heißt: keinesfalls ein wie auch immer geartetes Entscheidungsrecht für Frauen. Nur Ärzte allein können, dürfen und müssen entscheiden, eventuell unter Hinzuziehung von Juristen, Psychologen und Theologen. Und es darf nur eine enge medizinische oder eugenische Indikation sein.

Für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Sexismus

Mehr als drei Viertel der Flüchtlinge in aller Welt sind Frauen und Kinder. Weil es für Frauen ungleich schwieriger ist als für Männer, eine lange Flucht anzutreten, stellen Frauen in Westeuropa nur ein Drittel aller Asylsuchenden. Die Menschen, die als Flüchtlinge hierher kommen, fliehen vor Armut, Hunger, politischer Verfolgung und Krieg. Für Frauen gibt es jedoch noch andere spezifische Fluchtgründe:

- Frauen fliehen, wie z.B. aus Bosnien, weil sie in Bürgerkriegen und Kriegen massenhaft vergewaltigt werden,

- Frauen müssen fliehen, weil sie die herrschenden Normen ihrer Gesellschaft übertreten haben und deswegen der Verfolgung ausgesetzt sind.

Hier angekommen, werden diese Frauen in einem unglaublich kurzen Verfahren von überwiegend männlichen Anhörern abgefertigt. Daß Frauen in diesem Rahmen ihre traumatischen Erlebnisse kaum als Fluchtgründe geltend machen können, ist einleuchtend.

Auch vor Gerichten haben sie kaum eine Chance, da die hiesige Rechtsprechung - und im übrigen auch die Genfer Flüchtlingskonvention - frauenspezifische Fluchtgründe nicht anerkennt.

Eine positive Ausnahme ist hier ein Urteil im Falle einer lesbischen iranischen Frau. Sie erhielt - nach 4 1/2 Jahren - Asyl mit der Begründung, daß im Iran "wiederholte Homosexualität" mit Tod durch Steinigung bestraft wird.

Ob frauenspezifische Fluchtgründe von der Rechtsprechung anerkannt werden, hängt stark von dem Druck ab, der von uns ausgeübt wird. Wir verlangen deshalb, daß unsere Forderungen nach Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe zu einem unverzichtbaren Bestandteil antirassistischer Arbeit wird.

Neben der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl steht in diesem Jahr noch die Verschärfung des Abtreibungsparagraphen 218 an. Diese beiden politischen Ziele sind bei den Rechten eng miteinander verbunden. Es geht um den Kampf gegen das, was sie "Überfremdung" nennen, und den Kampf gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Die Rechten prophezeien den Untergang des Vaterlandes durch "Durchrassung des deutschen Volkes" und durch die "Abtreibungsmentalität der Frauen".

Dies ist eine Politik der Selektion, eine Unterscheidung in wertvolles und unwertes Leben. Sie hat einerseits die Schließung der deutschen Grenzen zum Ziel, andererseits will sie ein direktes Eingreifen in die Gebärfähigkeit ermöglichen. Deutsche Frauen sollen gesunde Kinder gebären - alles Fremde soll reduziert werden. Durch das Experimentieren und Reglementieren am weiblichen Körper wollen sie sich ein erweitertes Machtfeld schaffen.

Derartiges Gedankengut ist nicht auf rechtsextreme Gruppierungen begrenzt. Mensch findet solche Aussagen auch bei Herren aus feineren Kreisen. Wie etwa bei einem renommierten Mannheimer Rechtsanwalt: Herrn Dr. Wolfgang Philipp. Herr Philipp war bis 1991 CDU-Mitglied im Weinheimer Gemeinderat und vertrat eine ganze

Reihe von Städten und Gemeinden bei der "Abwehr ständig neuer Asylbewerber-Zuweisungen". Wie in mehreren Leserbriefen von Philipp nachzulesen, hetzt er gegen "Überfremdung" und beklagt, daß "Abtreibung auf Krankenschein öffentlich rechtlich zulässiges Töten" heißt.

1984 gründete Philipp zusammen mit namhaften Verfassungsrechtlern und Strafrechtsprofessoren die "Juristenvereinigung Lebensrecht". Dieser Verein von circa 800 Lebensschützern hat die Finger tief in Zentren der Macht stecken. So sitzt beispielsweise im 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes, das im Dezember über den § 218 entscheiden wird, ein Richter, der bis 1990 Mitglied der JVL war, sein Name ist Böckenförde und er ist SPD-Mitglied.

Einer der Gutachter für das Bundesverfassungsgericht gehört ebenfalls der "Juristenvereinigung Lebensrecht" an. Rassisten und Sexisten sitzen überall, und sie arbeiten eng zusammen.

Die Gesellschaft, aus deren Mitte heraus tagtäglich Angriffe auf Fremde, Flüchtlinge und Frauen verübt werden, ist aufgebaut auf rassistische und patriarchale Gewaltstrukturen, die tief in den Köpfen sitzen. Was viel zu häufig fehlt in dieser Gesellschaft, das ist Courage, wenn es darum geht einzugreifen.

Deshalb: Greift ein, wenn Flüchtlinge bedroht werden! Greift ein, wenn Frauen von Männern angegriffen werden - auch in eurem Umfeld! Durchbrecht den Konsens der Täter! Für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Sexismus!

Redebeitrag des Frauenbündnisses gegen Rassismus und Sexismus bei der Demo am 7.11.92 in Mannheim

Prozeß gegen

"Lebensschützer" gewonnen

"Beschimpfung als ‚Neonazi` mit gerichtlicher Billigung?" fragt die katholische Deutsche Tagespost. Dr. Siegfried Ernst sei der erste, den man mit gerichtlicher Genehmigung "Neofaschist" nennen dürfe, klagt der Evangelikale Nachrichtendienst IDEA. Denn der Vorsitzende der Lebensschützer-Vereinigung "Europäische Ärzteaktion" Dr. Siegfried Ernst hat seine zwei Prozesse gegen Jutta Ditfurth verloren: im Juni das Beleidigungsverfahren und im September vor dem Kölner Landgericht die Unterlassungs- und Schadensersatzklage über 10.000 DM. Die Richter verwiesen auf die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit.

Zur weiteren einschlägigen Meinungsbildung über Dr. Ernst: Er will in Berufung gehen, denn noch nie zuvor habe ein deutsches Gericht die Bezeichnung eines Bürgers als "Nazi, Altnazi oder Neofaschist", ungerügt gelassen. Daß das Gericht Jutta Ditfurth, "die zynische Töterin ihrer eigenen Kinder" (Ernst) ungeschoren lasse, zeige, wie weit die Ideologisierung der Gesellschaft auch in der Justiz fortgeschritten sei. (DT 26.9.92)

Auch die Ärzteschaft kriegt von Ernst ihr Fett weg: "Die passive Hinnahme der Fristentötung durch die offizielle Ärzteorganisation" zwang die Lebensschützer, sich "vom Mißbrauch der Medizin zum Töten und absichtlichen Krankmachen durch den pluralistischen Staat und die moderne Konsumgesellschaft klar und eindeutig zu distanzieren". (Aus der Einladung zu einem Gemeinsamen Treffen der "Europäischen Ärzteaktion" und der "Ärzte für das Leben" unter Beteiligung der Juristenvereinung Lebensrecht)

Dagegen konnt Ernst den Beschluß des Sejm für das absolute Abtreibungsverbot in Polen nur mit "Dankbarkeit und Genugtuung" begrüßen. In einem Schreiben der "World Federation of Doctors Who respect Human Life" begrüßte er, daß die polnischen Ärzte damit die moralische Führerschaft in Europa übernommen hätten: "Sie haben damit für ganz Europa und die USA ein Zeichen gesetzt, dem moralischen, politischen, biologischen und kulturellen Zerfall unserer Nation den Kampf anzusagen." (DT 15.10.92)

25. Der "Erlanger Fall". Oder die wissenschaftliche Herstellung des "pränatalen" und "postmortalen Lebens"

Oder die wissenschaftliche Herstellung des "pränatalen" und "postortalen Lebens"

Rubrik: Gesundheitspolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:22

In der Erlanger Universitätsklinik gibt es einen "Fall", der Schlagzeilen macht.

Es ist ein "Test-Fall", nicht nur für die betroffene Frau und die beteiligte Expertenschaft, sondern für uns alle.

Im interdisziplinären Zusammenspiel von Medizinern, sog. Ethikern und den Medien - mit Bürgerbeteiligung - wird ein gesellschaftliches Experiment durchgeführt.

Die Fragen, die es zu klären gilt, sind:

- Ist die Auflösung jeglicher kultureller Grenzen für das medizinische Eingreifen in den Prozeß des Lebens und des Sterbens von Menschen möglich?

- Ist die vollständige Anbindung unserer Sichtweisen an die Definitionen und Abstraktionen moderner Wissenschaft bereits vollzogen?

- Können die so geschaffenen, sinnentleerten und entsinnlichten Räume, in denen nur noch die Gesetze des schrankenlosen, manipulativen Eingreifens herrschen, mit ebenso leeren Kategorien gefüllt werden, die uns dann als "Ethik" entgegentreten?

Der "Fall", der "in die Geschichte eingehen wird", ist folgender: In der Universitätsklinik Nürnberg-Erlangen wird eine "hirntote", im 4. Monat schwangere Frau mittels technischer Apparaturen am Sterben gehindert, um - wie es heißt - dem "Anspruch des Kindes auf Leben" gerecht zu werden.

Die Fragen, die anläßlich dieses "Ereignisses" scheinbar per medialer Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden, sind von medizinischen Experten schon seit geraumer Zeit aufgeworfen, und durch ihre Praxis eindeutig beantwortet worden.

Der Menschenversuch, der augenblicklich in Erlangen stattfindet, ist lediglich eine Eskalation im Prozeß der medizinischen Durchdringung und Eroberung des Todes und des Frauenkörpers.

Der maschinenlesbare Tod

Insbesondere mit der Entwicklung der Transplantationsmedizin Ende der 60er Jahre begann die Karriere einer neuen Todesdefinition: des sog. Hirntodes.

Zuvor war ausschließlich der "Herz-Kreislauf-Standard", der an dem endgültigen Erlöschen aller Körperfunktionen orientiert war, bindend für die Ärzteschaft.

Die neue, zusätzliche wissenschaftliche Vereinbarung zum Tode des Menschen besagt, daß ein Mensch auch "tot" ist, wenn der "vollständige und irreversible Zusammenbruch der integrativen Groß- und Stammhirnfunktionen bei noch aufrechterhaltener Kreislauffunktion im übrigen Körper" nachgewiesen ist (Weißbuch, Anfang und Ende des menschlichen Lebens, Hg. Vorstand der Bundesärztekammer, Köln 1988). Mit dieser Definition wurde eine "menschliche Existenzform" kreiert, die es vorher nicht gab - den "lebendigen Toten".

Per Vereinbarung ist nicht mehr das Ende der gesamten Existenz eines Menschen von Bedeutung für den moralischen Umgang, sondern der meßbare Ausfall eines Teils seines Körpers - des Gehirns.

Weil das Gehirn zum essentiellen Ort des Lebens und des Todes erklärt wurde, kann - trotz aufrechterhaltener und stattfindender lebendiger Prozesse im übrigen Körper - die körperliche Integrität mißachtet werden, können Teile des Körpers entnommen werden, kann der Prozeß des Sterbens zweckgerichtet unterbrochen werden.

In der Transplantationsmedizin wie auch bei den Äußerungen zum vorliegenden "Fall" wird behauptet, daß der "Hirntod" ein eindeutig bewertbarer und zweifelsfrei feststellbarer "Zustand" sei. Dieser "Zustand" - der eigentlich ein Prozeß des Sterbens ist - ist sinnlich nicht wahrnehmbar, weshalb nur bewertbar und feststellbar ist, was maschinenlesbar ist (z.B. durch EEG und Angiographie). Ob aber das, was meßbar ist, tatsächlich die wirkliche Situation darstellt und erfaßt, kann niemals geklärt sondern nur bezweifelt werden.

Dieser maschinenlesbare Tod soll den Tod des gesamten Körpers nach sich ziehen. Es ist also eine Art "potentieller Tod", der statistisch gesehen in den allermeisten Fällen nach einem Zeitraum von 12 Stunden bis 14 Tagen zum tatsächlichen Lebensende führt. Die Ausnahmen kommen im statistischen Mittel nicht vor.

Die konkrete Bedeutung und Dauer eines Sterbensprozesses ist weder maschinenlesbar noch statistisch erfaßbar, weshalb dies auch von der Wissenschaft in den Bereich der Bedeutungslosigkeit verwiesen wird.

Die Diskrepanz zwischen der medizinischen Definition und der Wirklichkeit schafft noch Verwirrung: In einem "Leichnam" soll ein Kind heranwachsen, aber ein toter Körper läßt doch keine Entwicklung der Leibesfrucht mehr zu?

In Sprache und Vorstellungsvermögen ist die Diskrepanz noch spürbar, die durch die allgemeine Akzeptanz der Hirntod-Definition geschlossen werden soll.

Der "Hirntod" ist eine medizinische Abstraktion, die eine grauenhafte Wirklichkeit nach sich zieht: mit ihr ist ein Zeitraum geschaffen, in dem die Integrität und Würde des Menschen antastbar ist.

Der Fötus als Person

Mit den Ereignissen in Erlangen wird eine wissenschaftliche Vorstellung, die ebenfalls nicht neu ist, breit diskutiert: die Frau als "fötale Umgebung" und der "Fötus" als ein von ihr getrenntes, "eigenständiges Subjekt".

Die pränatale Medizin und die Fortpflanzungsmedizin haben die schwangere Frau längst in eine "werdende Mutter" mit Pflichten und einen "eigenständigen Fötus" mit Rechten verwandelt, welche gewöhnlich von Medizin, Kirche und Staat definiert und vertreten werden. Die Begriffsschöpfungen moderner Gynäkologen werfen ein grelles Licht auf ihre Weltsicht:

Der Perinatalmediziner Prof. Saling aus Berlin erklärt die schwangere Frau zum "intrauterinen Raum", der nach medizinischer Eroberung verlangt.

Fortpflanzungstechnologen wie Prof. Semm aus Kiel betrachten, im Hinblick auf ihre Tätigkeit in der "außerkörperlichen Lebensproduktion", die Frau als "preiswerten Inkubator".

Prof. Beller, vormals in Münster tätig, erklärte im Rahmen seines Vorhabens, großhirnlose Kinder als Organspender zu benutzen, in aller Öffentlichkeit, daß die Nabelschnur der Frau mit der intensiv-medizinischen Apparatur für Unfallverletzte vergleichbar sei.

Die Betrachtung der Frau als "Gefäß" korrespondiert mit der wissenschaftlichen Herstellung eines zweiten Objektes: dem sichtbar gemachten, beurteilbaren, therapierbaren Fötus. In der vorgeburtlichen Diagnostik ist die Rede von der Möglichkeit, "das Schwangerschaftsprodukt" vorgeburtlich einer "objektiven Prüfung" unterziehen zu können. Das vielbeschworene "Lebensrecht" dieses "Produkts" hängt vom Ergebnis der "objektiven Prüfung" ab, davon, ob es als potentiell "leistungs- und glücksfähige Person" eingestuft wird. Ist dies nicht der Fall, so kann es anderen "Nützlichkeiten" dienen: als Organspender, als Rohstoff für die humangenetische, immunologische oder Krebs-Forschung.

Es ist allerdings nicht bei der Betrachtung der Frau als "Umfeld" des Objektes der wissenschaftlichen Begierde - des Föten - seitens der Gynäkologen geblieben.

Die Popularisierung medizinischer Forschungsinhalte und Begriffe, die schrankenlose Veröffentlichung des Körperinneren von Frauen - z.B. mittels Ultraschall - hat dazu beigetragen, daß viele Frauen den Fötus als getrennte Existenz wahrnehmen und betrachten. Vor allen Dingen aber wurde damit ein Beitrag geleistet, das wissenschaftliche Objekt "Fötus" auf der gesellschaftlichen Ebene in ein "eigenständiges Subjekt" mit Rechtsansprüchen zu transformieren.

Auf dem 5. internationalen Symposium "Der Fötus als Patient", organisiert von der gleichnamigen Vereinigung zahlreicher Prä-, Post- und Perinatal-Mediziner aus aller Welt, wurden anläßlich des 200. Jahrestages der französischen Revolution die "Rechte des Föten" ausgerufen. Er soll nunmehr das "Recht" haben

- auf Schutz und Zugang zu den modernsten Techniken der antenatalen Bewertung,

- auf Zugang zu chirurgischen und Pharmako-Therapien und den neuesten Methoden der Datenverarbeitung

- auf eine intelligente Mutter-Kind-Beziehung.

Es ist unschwer zu erkennen, daß es hier ausschließlich um das Recht auf Qualitätskontrolle und Forschung geht.

Prof. Scheele aus Erlangen beruft sich bei der Durchführung seines Menschenexperiments darauf,

- daß die Frau das Kind gewollt habe, er nur ihre Interessen wahrnehme,

- daß der "Fötus" ein "Recht aufs Geborenwerden" habe,

- daß die Forschung, umbenannt in einen "Behandlungsversuch mit unsicherem Ausgang", auch auf seiner Seite sei.

Die Debatte um den konstruierten Interessengegensatz zwischen der Frau - ihrem "Recht" auf Sterben -, und dem Fötus - seinem "Recht auf Leben" -, harmonisiert sich so in der Person des Arztes - seinem "Recht" auf Forschung.

Die funktionale Sicht auf die Frauen wird in der Debatte um Erlangen auf besonders perfide Weise erweitert. "Pränatale Psychologen" melden sich zu Wort und unterstreichen gemäß ihrer Profession die psychologische Bedeutung des "Mutter-Kind-Verhältnisses" in der Schwangerschaft. Dank pränataler Psychologie ist dem experimentierenden Arzt auch dies bekannt. Mit Musik, Handauflegen und Bewegungsübungen wird simuliert, was nicht mehr vorhanden ist. Die Frau, begriffen als Funktionsträgerin mit biologischem und psychologischem Bedeutungsrahmen, wird ersetzbar.

Die Frau ist verschwunden, aufgelöst in biologische und psychologische Funktionseinheiten.

Ihre Leibesfrucht ist umgedeutet worden in ein von ihr unabhängiges Objekt, das von Wissenschaft, Staat und Kirche mit eigenen Rechtsansprüchen und Interessen belegt werden kann. Damit ist eine Situation geschaffen, die jeglichen medizinischen Versuch an Frauen, jegliche - staatlich und kirchlich vermittelte - Entmündigung von Frauen als Rechts- und Interessenvertretung der eigenen Kreation "Fötus" erscheinen läßt.

Mit dem "Erlanger Fall" ist nicht das Ende der Entwürdigung und Entmündigung von Frauen erreicht:

- Der australische "Bioethiker" Paul Gerber schlug bereits vor, gehirntote Frauen als Leihmütter und Organspender zu verwenden. Dies sei "fortschrittlich und ethisch vertretbar" und schließe eine "Marktlücke" - die unbezahlte Leihmutterschaft (SZ, 27.6.1988).

- Im Frühjahr dieses Jahres wurde beim europäischen Patentamt ein Patent zur gentechnologischen Veränderung der Milchdrüsen in der weiblichen Brust beantragt, um so bestimmte pharmazeutische Wirkstoffe herzustellen, die mit der Muttermilch ausgeschieden werden (FR, 11.4.1992).

Geschichte und Gegenwart medizinischen Eingreifens in den Körper von Frauen, ihr so erzeugtes Verschwinden im "fötalen Umfeld" hat schon unzählige Opfer und Entwürdigungen hervorgebracht:

- in der Forschung an künstlichen und herausoperierten Gebärmüttern zur "Aufzucht von Embryonen",

- durch die massenhaften Gebärmütterentfernungen,

- bei den Prozeduren der außerkörperlichen Befruchtung,

- bei den Forschungen zur vorgeburtlichen Qualitätsbestimmung,

- bei den Versuchen an Frühgeborenen,

- in der internationalen Hormonforschung zur Fruchtbarmachung wie zur Unfruchtbarmachung.

Der aktuelle Menschenversuch in Erlangen steht in der Kontinuität dieses medizinischen Zugriffs.

Wir fordern die sofortige Beendigung dieses medizinischen Experiments!

Erika Feyerabend (Genarchiv/FINRRAGE), Ulrike Schaz (FINRRAGE), Dr. Ute Winkler (FINRRAGE), Linda Wilkens (FINRRAGE Niederlande), Prof. Dr. Maria Mies (FINRRAGE, Soziologin, Fachhochschule Köln), Gisela Wuttke (Medizin-Soziologin, Autorin), Jutta Sapotinka (Umweltreferentin Grüne NRW), Dr. Eva Schindele (Soz.wiss., Autorin), Prof. Dr. Heidrun Kaupen-Haas (Inst. f. Medizinsoziologie, Universitätskrankenhaus Eppendorf, Hamburg), Katja Leyrer (Autorin, Hamburg), Dr. Katrin Grüber (Technik-politische Sprecherin Grüne im Landtag NRW), Wilma Kobusch, Dr. Edith Bauer (Frauenärztin), Ulrike Hauffe (Dipl.Psych.), Cara ev. Beratungsstelle zur vorgeburtlichen Diagnostik, Dr. Bernd Bublitz (Arzt), Brigitte Kette, Rita Kamprad, Monika Silberberg, Gitta Vogel, Anne Wallheinke, Brigitte Schlieper (Hebammenpraxis), Dr. Stefan Kette (Kinder- u. Jugendpsychiater), Cornelia Baumgart (Ärztin), Dr. Barbara Duden (Historikerin), Beate Zimmermann (Ärztin), Bärbel Heidbreder (Ökologin), Brigitta Huhnke (Journalistin), Hans-Jürgen Jonas (Gesundheitsladen Köln), Geburtshaus für eine selbstbestimmte Geburt e.V. Berlin, Gen-ethischer Informationsdienst Berlin, Prof. Dr. Gerda Freise (Göttingen), Mechtild Eikel (Krankenschwester), Frauenbildungszentrum Denk(t)räume Hamburg, Genarchiv

Interessierte MitunterzeichnerInnen

mögen sich beim Genarchiv Essen,

Friederikenstr. 41, 43 Essen 1,

Tel. 0201-78 42 48, melden

26. Dokumentation: Erwerbslose gegen Rassismus

Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:01

Bundesarbeitsgruppen der Initiativen

gegen Arbeitslosigkeit und Armut

Aktionen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen sind nicht allein auf die neuen Bundesländer konzentriert; die ganze Bundesrepublik ist inzwischen zum Aktionsfeld geworden. Die Bundesarbeitsgruppen (BAG) der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut verurteilen in aller Schärfe die flüchtlings- und migrantenfeindlichen Aktionen der letzten Monate in Ost und West! Wir verurteilen insbesondere die Reaktionen und Agitationen der Regierenden in Bund, Ländern und Gemeinden, die mit ihren Stellungnahmen dazu beitragen, daß

- die moralische Hemmschwelle für gewalttätige Übergriffe gegen Flüchtlinge und MigrantInnen sinkt,

- es legitim ist, nicht nur versteckt rassistisch zu sein, sondern Verständnis für Übergriffe zu äußern und Flüchtlinge anzugreifen,

- in der Politik wie auch der breiten Öffentlichkeit die Akzeptanz gegenüber Änderungen des Grundgesetzes zunimmt.

Wir als Erwerbslose sehen uns deshalb gezwungen einzuschreiten, weil die Argumente gegen diese Gruppe immer im scheinbaren Interesse an unserer Lage vorgebracht werden.

* Es stimmt nicht, auch wenn es immer wieder geschworen wird, daß Flüchtlinge und MigrantInnen uns die Arbeitsplätze wegnehmen. Die Berufsaussichten Erwerbsloser haben sich ihretwegen nicht verschlechtert (SPD-Kommission Demographischer Wandel).

* Durch die Zuwanderung stiegen bislang sowohl das Sozialprodukt als auch das Steueraufkommen (allein 1991 um 30 Milliarden Mark); anfängliche Defizite durch Starthilfen wurden in kurzer Zeit mehr als ausgeglichen: es entstand ein Reingewinn von 14 Milliarden Mark (Rhein.-Westf. Institut für Wirtschaftsforschung RWI)!

* Bestimmte Wirtschaftszweige, besonders in Westdeutschland, sind auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, wie das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) festhält. Dies ist in sich zwar problematisch, weil es sich dabei oft um sehr schwere und unterbezahlte Arbeit handelt (z.B. Bergbau, Gießerei, Saisonarbeit, Müllabfuhr) - aber es bleibt Fakt. Auch in Zukunft werden Flüchtlinge und MigrantInnen für solche Arbeiten "gut genug" sein.

* Die Bundesrepublik war schon immer Einwanderungsland; viele MigrantInnen haben dazu beigetragen, daß die existierende Armut in der BRD nicht noch gravierender geworden ist. Ohne Zuwanderung wäre das Sozialprodukt weit niedriger ausgefallen (RWI-Studie).

* Es sind nicht Flüchtlinge und MigrantInnen, die die soziale Ausgrenzung der Erwerbslosen vorantreiben.

Uns als Erwerbslosen wird unterstellt, daß wir politisch rechts stehen und auch das Reservoir darstellen, aus dem sich die Ausländerfeindlichkeit speist. Dies ist pure Meinungsmanipulation und hat sich nie belegen lassen. Richtig ist, daß die Massenarbeitslosigkeit vor allem auch in einer breiten Schicht der Erwerbstätigen die Bereitschaft schürt, aus Angst um Verlust ihres relativen Wohlstandes selbst unter Einsatz militanter Mittel gegen die vermeintliche Bedrohung durch Flüchtlinge und MigrantInnen vorzugehen. Wir verwahren uns deshalb ganz entschieden dagegen, vor diesen Karren gespannt zu werden! Unser Verständnis gilt gerade denjenigen, die verfolgt werden und in unerträglicher Armut leben müssen.

Den Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut geht es nicht um die Brauchbarkeit oder Nützlichkeit der Flüchtlinge und MigrantInnen auf dem deutschen Markt, sondern um Toleranz und die Achtung der Menschenwürde. Wir fordern deshalb ein Existenzrecht für alle Menschen, die hier leben und hier leben wollen.

Retgendorf/Schwerin, den 2.10.1992

27. Zwei Präsidenten weniger. Peru ein halbes Jahr nach dem Fujigolpe (Teil 1)

Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:21

"Fujimori, El Pueblo está con tigo", "Fujimori, das Volk ist mit dir" - so oder ähnlich lauten mehrere der an Hauswänden der peruanischen Hauptstadt Lima aufgepinselten Parolen. Meinungsumfragen belegen zumindest für den Großraum Lima, in dem etwa ein Drittel aller Peruaner lebt, eine große Zustimmung der Bevölkerung zur Politik ihres vor zwei Jahren gewählten Präsidenten Fujimori, der am 5. April das Parlament auflöste, die Verfassung außer Kraft setzte und seitdem mit Rückendeckung der Streitkräfte und diktatorischen Vollmachten regiert. Die Peruaner prägten für diesen Putsch den Begriff Fujigolpe, bei dem das spanische Wort für "Staatsstreich" hinter den ersten beiden Silben des Präsidentennamens steht. Damit sollen die Besonderheiten dieses Putsches angedeutet werden. In einem Moment, in dem Perú politisch, wirtschaftlich wie moralisch eine der größten Krisen seiner Geschichte erlebt und vom Bürgerkrieg gelähmt und zerrüttet ist, wird Fujimori oft uneingeschränkt Recht gegeben, wenn er behauptet, das Land nur mit Sonderbefugnissen besseren Zeiten entgegenführen zu können.

Presidente Gonzalo

"Viva El Presidente Gonzalo, viva El equilibrio estrategio" - "Es lebe der Präsident Gonzalo, es lebe das strategische Gleichgewicht", so heißt es an etlichen Hauswänden in der Sierra und den Pueblos Jovenes, den ärmeren Randzonen Limas. In der Hauptstadt selbst ist das Militär bemüht, solche Werbung für die "Kommunistische Partei Perús auf dem Leuchtenden Pfad des Gedankengutes von José Carlos Mariategui", den Sendero Luminoso, möglichst schnell zu übertünchen. Neuerdings ist zu lesen: "Defendemos la vida del Presidente Gonzalo!" - "Verteidigen wir das Leben des Präsidenten Gonzalo!", denn Abimael Guzmán, bislang unumstrittener Führer Senderos, der sich ebenfalls gerne Präsident nennen läßt, ist seit dem 12.9. in den Händen der Staatsicherheitskräfte. Nicht einmal einen Monat nach seiner überraschenden Festnahme durch eine Spezialeinheit der Polizei, Dincote, ist er nach "kurzem Prozeß" durch ein Militärgericht bereits zu lebenslanger Haft verurteilt worden und wird seitdem auf der vor Lima im Pazifik liegenden Insel San Lorenzo gefangen gehalten. Die Berufung wurde nur wenige Tage später ohne weitere Untersuchung abgelehnt. Guzmáns Richter werden "Richter ohne Gesicht" genannt, da sie mit einer Sonnenbrille und einer über das Gesicht gezogenen Wollmütze erscheinen (kein Vermummungsverbot für Richter). Sie befanden den Gefangenen No. 1509 in allen Anklagepunkten für schuldig. Guzmán selbst mußte sein Urteil eingesperrt in einer Art Raubtierkäfig entgegennehmen. Er wurde als verantwortlich für den Tod von knapp 25.000 PeruanerInnen und einen volkswirtschaftlichen Schaden von 25 Milliarden US-Dollar angesehen, die Bilanz des seit über zehn Jahren währenden Kampfes Senderos; dies ist jedoch eine Zählweise, bei der die vielen Toten aus den Gewehrläufen der Sicherheitskräfte gleich mit auf dem Konto Gonzalos verbucht wurden.

Terror in Lima

Während sich der Pfad zuvor in Lima im wesentlichen auf Tötungsanschläge und nächtliche Anschläge auf Polizeikommissariate, Kasernen und Banken spezialisiert hatte, wurde mit jener Autobombe, die am 16.7. internationale Schlagzeilen machte, eine neue Dimension erreicht. Sie wurde zu abendlicher Stunde in einer Nebenstraße des Geschäftsviertels Miraflores gezündet. 600 kg Dynamit hinterließen ein wahres Inferno. In einem Umkreis von mehreren Hundert Metern regnete es Glassplitter von Büro- und Wohnhochhäusern, das dem verhängnisvollen Automobil am nächsten gelegene Gebäude mit mehreren Stockwerken brannte aus, es gab zwanzig Tote und über hundert Verletzte. Etwa vierhundert Familien waren zunächst ohne Bleibe. Fast zur selben Zeit explodierten in verschiedenen Stadtteilen Limas weitere Bomben. Eine am nächsten Morgen im Pueblo Joven Villa El Salvador in der Nähe des dortigen Polizeikommissariates gezündete Autobombe hinterließ ebenfalls Hunderte verwüsteter Wohnungen. Der Terror wurde in der anschließenden Woche fortgesetzt. Kein einziger Tag verging, ohne daß mehrere Explosionen gemeldet wurden. In Lima herrschten in diesen Wochen Angst und Schrecken. Sendero nutzte die Panik in der Bevölkerung und rief am 22. und 23. Juli zu einem "paro armado", einem bewaffneten Streik, in der Hauptstadt auf. In keiner Zeitung wurde am Vortag auch nur ein Sterbenswörtchen über diesen Streik geschrieben, wollte sich doch kein Verleger dem Vorwurf aussetzen, für den Pfad Propaganda zu machen. Dennoch waren alle Einwohner des Millionenmolochs informiert, der Nahverkehr kam zum Erliegen, die Geschäfte blieben weitgehend

geschlossen. Nur einige Großbusse fuhren unter dem Schutz jeweils mehrerer bis an die Zähne bewaffneter Militärs, uneinsichtige Bus- oder Taxifahrer mußten mit Anschlägen rechnen, Ladenbesitzer wurden für den Fall der Öffnung ihres Geschäftes mit dem Verlust ihres Lebens bedroht. Die Bilanz: mehrere in Brand gesetzte Transportfahrzeuge, ein toter Taxifahrer. Es war dies die bisher durchschlagendste aller von Sendero bislang inszenierten Zwangsstillegungsaktionen. Die Resonanz stand im kraßen Gegensatz zum gerade einen Tag zuvor ausgerufenen Generalstreik des immerhin 200.000 Mitglieder zählenden Gewerkschaftsdachverbandes CGTP, der ein Debakel war.

Nachdem der August zumindest in Lima etwas ruhiger verlief, spitzte sich die Situation in der Woche vor Guzmáns Festnahme wieder zu. Unter anderem starben bei einem Bombenanschlag auf eine Tankstelle in Lima 11 Menschen, 37 wurden verletzt. Senderos Terroranschläge richten sich damit nicht mehr nur gegen Sicherheitskräfte oder Repräsentanten des Systems, jedes Viertel Limas, ob arm oder reich, jeder Passant oder Straßenhändler war von jetzt an mögliches Opfer eines Anschlags.

Senderos Strategie ging so mehr und mehr dazu über, die Macht nicht durch einen militärischen Sieg zu erreichen, sondern vielmehr durch blanken Terror, der, würde er in dieser Form fortgesetzt, den peruanischen Staat durchaus in seinen Grundfesten erschüttern und dem Zusammenbruch nahe bringen könnte.

Der dritte Präsident

Neben Fujimori und Gonzalo läßt sich noch ein weiterer Politiker Präsident nennen: Maximo San Román. Der bis zum 5. April amtierende Vizepräsident Fujimoris wurde kurz nach dem Staatsstreich während einer illegalen, an einen geheimen Ort verlegten Sitzung der nunmehr arbeitslos gewordenen Abgeordneten auf das höchste Amt der Republik vereidigt, nachdem der Präsidentensessel bereits vorher als vakant erklärt worden war und San Roman selbst sich beeilt hatte, schleunigst auf Distanz zu seinem bisherigen Chef zu gehen. Anfangs entfachte der verfassungs- oder rechtmäßige Präsident, wie sich San Román seitdem nennen läßt, noch einigen Wirbel, berief Pressekonferenzen ein und wurde auf internationalem Parkett aktiv; doch inzwischen ist es völlig ruhig um ihn geworden. Er wurde im sich zuspitzenden Kampf der zivilen Militärdiktatur Fujimoris gegen den leuchtenden Pfad aufgerieben und ist heute kein ernsthafter Widersacher des Diktators mehr. Doch Maximo San Román steht symbolisch für die gesamte legale Opposition im Land, die weder in der Lage war, glaubhafte Alternativen zur Regierungspolitik zu entwickeln, noch Sendero eine aussichtsreiche Strategie entgegenzusetzen wußte, und die jetzt mit dem Parlament auch noch ihr Sprachrohr verloren hat. Das linke Parteienbündnis Izquierda Unida bleibt da nicht ausgeschlossen. Es steht hilflos zwischen den Fronten, und durch die fast ausschließliche Fixierung auf die Parlamentsarbeit bröckelt die Basis schon lange. Aber das Klima für linke Politik ist dank Sendero vielleicht noch ungünstiger als anderswo.

Die MRTA

Die einzige Kraft, die in dieser Auseinandersetzung noch eine Rolle spielt, ist die MRTA, "Movimiento Revolucionario Tupac Amaru", die immerhin weite Gebiete vor allem der Provinzen San Martín und Junín kontrolliert, aber auch in den nördlichen und südlichen Sierra- und Urwaldregionen präsent ist. Doch diese Organisation mußte in letzter Zeit gleichfalls harte Schläge hinnehmen. Bereits im vorigen Jahr spaltete sich in San Martín die FGP (Fuerzas Guerilleras Populares) aufgrund interner Diskrepanzen unter dem Kommando des mit dem MRTA-Chef Victor "Chino" Polay im Zwist liegenden "Comandante Germán" ab, doch blieb deren Wirkungskreis zunächst regional beschränkt. In den letzten Monaten verloren beide Gruppen wichtige Führungskader. Nachdem von der MRTA bereits die angebliche Nummer zwei, Peter Schulte-Cardenas, und schließlich auch Victor Polay selber festgenommen waren, ereilte die FGP vor wenigen Wochen ein ähnliches Schicksal. Dazu gesellten sich militärische Niederlagen und das Auffliegen zweier Computer-Zentren der MRTA in Lima mit Dateien über Sympathisanten und Schutzgeld zahlende Unternehmer. Dennoch darf die MRTA auch in Zukunft nicht unterschätzt werden, genießt sie doch in den von ihr kontrollierten Gebieten die Unterstützung großer Teile der Bevölkerung. Durch den Eingang von Schutzgeldern ist zudem für entsprechende Einkünfte gesorgt. Aufgrund demokratischerer Strukturen kann die MRTA den Verlust von Führungskadern wohl leichter kompensieren als Sendero. Dennoch sagte Fujimori ihre völlige Auflösung innerhalb der nächsten acht Monate voraus.

Der konstituierende Kongreß

Während die Zustimmung zur Politik des Präsidenten, die kurz nach dem Putsch bei geschätzten 80% lag, in den Monaten der Sendero-Offensive in Lima kontinuierlich zurückging, nahm sie nach der Festnahme Gonzalos wieder beträchtlich zu und pendelte sich auf das alte Maß ein. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum konstituierenden Kongreß sieht es damit ganz so aus, als könnte Fujimori demnächst seine Diktatur demokratisch legitimieren.

Die Chancen Fujimoris auf eine breite Mehrheit im Kongreß stehen umso besser, als die wichtigsten Parteien des Landes bereits angekündigt haben, die Wahlen zu boykottierten: die APRA des Fujimori-Vorgängers Alan García; "Movimiento Libertad" des Schriftstellers und wichtigsten Gegenkandidaten Fujimoris bei den letzten Präsidentschaftswahlen, Mario Vargas Llosa; die Acción Popular des ersten zivilen Präsidenten nach der Militärdiktatur, Fernando Belaúnde Terry; die Izquierda Socialista, eine sozialdemokratische Abspaltung der Izquierda Unida um den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und Ex-Bürgermeister von Lima "Frejolito" ("Böhnchen") Barrantes und aus den noch verbleibenden Resten der Izquierda Unida die PUM - Partido Unificado de Mariátegui -, die maoistische UNIR - Union de Izquierda Revolucionaria - und die einst moskautreue PCP - Partido Comunista del Perú. Diese Parteien begründen ihren Schritt vornehmlich mit der Ablehnung des von Fujimori zusammengezimmerten Wahlgesetzes, das dem neuen Kongreß weniger Kompetenzen einräumt als dem alten. So hat er beispielsweise in Finanzangelegenheiten nur begrenztes Mitspracherecht und darf keine Regierungshandlungen diskutieren. Die Abgeordneten selbst werden ständig vom Ausschluß bedroht sein, da das Regime ihnen keine Immunität zugesteht. Die sich verweigernden Parteien sehen das künftige Parlament daher als abhängig von der Regierung an.

Aus dem linken Spektrum kandidieren nur zwei Organisationen aus den Resten der IU, die sich damit auch in dieser Frage heillos zerstritten zeigt. Am stärksten einzuschätzen ist das Movimiento Democrático de Izquierda, eine Bewegung, die sich um den letzten IU-Präsidentschaftskandidaten Henry Pease und die auf Listenplatz Numero eins zeichnende Gloria Helfer gebildet hat. Letztere wurde innerhalb der IU hart kritisiert, als sie im ersten Kabinett Fujimori als Erziehungsministerin diente.

Die zweite linke Partei ist die FOCEP, die Frente Obrero Campesino Estudiantil y Popular, die sich 1963 während des - sehr schön in den Werken des auch auf deutsch verlegten Autors Manuel Scorza beschriebenen - verzweifelten und verlustreichen Kampfes verschiedener Dorfgemeinschaften des zentralen Hochlandes gegen den Landraub der US-amerikanischen Firma Cerro de Pasco Corporation gebildet hatte, aber über eine regionale Bedeutung nie hinaus kam.

Die Schwerpunkte Fujimoris

Die breite Zustimmung der städtischen Bevölkerung - ob arm oder reich - zur Diktatur Fujimoris scheint zugleich plausibel und unverständlich. Die "Regierung des Notstands und der nationalen Rekonstruktion", wie Fujimori sein Kabinett seit dem Putsch nennt, hat sich vor allem den Kampf gegen "Korruption und Terrorismus" auf die Fahnen geschrieben und möchte die überaus desolate Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Die Botschaft des Präsidenten, auf diesen Feldern eine effektive Politik nur ohne parlamentarische Kontrolle durchführen zu können, kam an, denn vor dem Putsch war er wiederholt mit seinen Reformvorhaben an der - aufgrund des präsidialen Wahlsystems - ihn nicht unterstützenden Mehrheit des Kongresses gescheitert.

Die ökonomische Situation fast aller Peruaner hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert, die Elendsviertel rund um die Hauptstadt wachsen unaufhaltsam. Wie für viele andere lateinamerikanische Länder kann das vergangene Jahrzehnt als verloren gelten. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf ist auf 72% des Niveaus von 1974 und damit wieder auf den Stand des Jahres 1960 gesunken, die Reallöhne machten 1990/91 nur noch 25% ihres Betrages von 1974 aus.

Obwohl die Regierung Fujimori mit ihrer neoliberalistischen Wirtschaftspolitik die Zuspitzung der Verarmung in den letzten zwei Jahren zu verantworten hat, kann sie die fortschreitende Malaise bislang erfolgreich als Erbe des Vorgängers Alan García verkaufen, der mit seiner der Sozialdemokratie nahestehenden Partei APRA von 1985 bis 1990 die Geschicke des Landes leitete, leere Staatskassen hinterließ und einen Inflations-Weltrekord von knapp 8000% erzielte. Nach einem Boom in den ersten beiden Jahren seiner Präsidentschaft nahmen Verschuldung, Verarmung und Inflation in den Jahren 1989/90 rasant zu, das Sozialprodukt fiel in den Keller. Die Staatsausgaben für Erziehung, Gesundheit sowie Wohnungsbau- und Beschäftigungsprogramme fielen

nach einem Rekordwert im Jahre 1986 innerhalb von vier Jahren auf ein Drittel. Aufgrund der sinkenden Produktivität wäre die Bilanz wahrscheinlich nicht viel besser ausgefallen, wenn das internationale Kapital nicht nach Begrenzung der Schuldenrückzahlung auf 10% der Exporterlöse auch noch die Kreditschlinge zugezogen hätte. Der hoffnungsvolle Schuldenboykott mußte deshalb nicht nur scheitern, weil andere Schuldnerländer nicht bereit waren mitzuziehen.

Insgesamt ist diese Zeit, in der Lohnempfänger ihr Salär aufgrund der horrenden Inflation sofort nach Erhalt umsetzen mußten, für viele Peruaner nach wie vor ein derartiges Trauma, daß sie trotz anders aussehender Realität bereit sind, den Versprechungen ihres Präsidenten Glauben zu schenken, mit seinem neoliberalistischen Instrumentarium die Wirtschaft aus dem Tal herauszuführen. Dies, und da schließt sich der Kreis, setzt aber einen erfolgreichen Kampf gegen Sendero und gegen die Korruption voraus.

Korruption

Wuchernde Korruption, Postenschacher und Bereicherung wollte Fujimori besonders in öffentlicher Verwaltung, Politik und Justiz bekämpfen. In diesem Punkt traf er auf offene Ohren, graut doch jeder PeruanerIn schon im vorhinein vor dem Umgang mit Behörden, weiß sie doch, daß sich im aufgeblasenen Verwaltungsapparat die einfachsten Angelegenheiten endlos hinziehen und oft nur durch "coima", eine kleine Zuwendung, beschleunigt werden können.

Wurden schon gegen die erste Zivilregierung nach dem Militärputsch von 1968 unter Belaúnde Anschuldigungen wegen unrechtmäßiger Bereicherung und Postenschacher erhoben, so stand die Regierung Alan García unter einem besonders schlechten Ruf. In deren Regierungszeit wurden über alle Maßen Stellen in der öffentlichen Verwaltung und den dank der nationalistischen Politik der Militärregierung Velasco Alverados vielen verstaatlichten Unternehmen an APRA-Funktionäre vergeben. Wenn die damals staatlich verordneten Preise der von der Regierung subventionierten Lebensmittel wie Reis, Zucker oder Milch aufgrund der Hyperinflation von Zeit zu Zeit heraufgesetzt werden mußten, kauften diejenigen, die als erste von der anstehenden Preiserhöhung Wind bekommen hatten - und das waren in erster Linie Mitglieder der Regierungspartei und Regierungsfunktionäre - umgehend sämtliche Supermarktsregale leer und füllten sich mit dem Erlös der dann zum Neupreis wieder verkauften Ware die Taschen bis zum Rand. APRA-Populist García selbst mußte sich Anfang des Jahres in einem Prozeß wegen illegaler Bereicherung verantworten. Zwar wurde er zunächst von einem APRA-Richter freigesprochen, nach Umbesetzung der Justiz mit dem Fuji-Putsch wurde allerdings reichlich Material gegen ihn gesammelt. Nun steht ihm, der sich wohlweislich bereits ins sichere Kolumbien abgesetzt hat, ein neuer Prozeß ins Haus. Sämtliches Vermögen, das der Ex-Präsident nicht bereits ins Ausland geschafft hat, wurde beschlagnahmt.

Der im Zentrum Limas gelegene Justizpalast - palacio de justicia - wurde im Volksmund in "palacio de injusticia" - Palast der Ungerechtigkeit - umbenannt. Wer ohne Taschen voller Geld in die Mühlen der peruanischen Justiz gerät, der gilt als verloren. Etliche Unschuldige sitzen seit Jahren in den Knästen, ohne je ein Verfahren bekommen zu haben. Die wenigen Richter, die nicht den Verlockungen des Mammons erlegen sind, lassen sich aber womöglich von Drohungen und Erpressungen aus paramilitärischen Kreisen und auch von Sendero in ihrer Urteilsnahme beeinflussen.

Momentan erschüttert ein Bankenskandal das Land. In einigen der von der APRA verstaatlichten Geldinstitute wurden Sparguthaben der Kunden veruntreut oder als Billigkredite zu zweifelhaften Konditionen vergeben. An das Licht der Öffentlichkeit geriet dies nicht zuletzt durch die neoliberalistische Hochzinspolitik der Fujimori-Regierung, als deren Resultat diese bereits in Liquiditätsschwierigkeiten steckenden Bankhäuser in den Ruin getrieben wurden.

Die Regierung arbeitet seit dem Putsch auf Hochtouren, kann sie doch fortan ohne jedwede Kontrolle mit Dekreten regieren. Bis zum Wahltermin, der unter allerlei taktischen Winkelzügen mehrfach verschoben wurde, bleibt damit nicht viel Zeit, um mit Gesetzesveränderungen und Umbesetzungen in Justiz und öffentlicher Verwaltung Fakten zu schaffen, die von einem neuen Parlament nicht mehr zu korrigieren sind.

Im nächsten ak wird eine Bilanz der Regierungspolitik seit dem Putsch gezogen. Es wird untersucht, wie der Kampf gegen Subversion, Korruption und wirtschaftliche Malaise in der Praxis aussieht und welche Früchte er tragen wird.

ro., Berlin

28. Kein Frieden für Angola?

Rubrik: Angola · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:39

Das bis vor wenigen Jahren noch sozialistisch orientierte Angola findet keinen Frieden. Von Beginn seiner Unabhängigkeit im November 1975 an ist das Land massiven Destabilisierungsversuchen von seiten der USA und des südafrikanischen Apartheid-Regime ausgesetzt gewesen. Neben direkten militärischen Interventionen durch Südafrika bediente sich der Imperialismus dabei vor allem der angolanischen "Befreiungsbewegung" UNITA (Nationale Union für die völlige Befreiung Angolas), die dank umfassender westlicher Militärhilfe das Land mit ihren terroristischen Aktionen weitgehend verwüsten konnte.

Im Mai 1991 ist zwischen der angolanischen Regierung und der UNITA ein Friedensabkommen unterzeichnet worden, in dessen Folge es im Oktober diesen Jahres zu Parlamentswahlen gekommen ist. Nach ihrer deutlichen Niederlage in dieser Abstimmung griff die UNITA, wie von vielen vorausgesehen, wieder auf die Methoden zurück, die sie als einzige ausreichend zu handhaben versteht: auf Krieg und Terror.

Doch Angola ist nicht nur Opfer. Das an Rohstoffen reiche Land konnte auch eine vorwärtsweisende Rolle bei der Veränderung der Verhältnisse im südlichen Afrika, das heißt bei der Zurückdrängung des südafrikanischen Apartheid-Regimes spielen. In diesem Artikel werden die Auseinandersetzungen Angolas mit Südafrika und den USA sowie der UNITA seit Beginn der 80er Jahre nachgezeichnet. In der nächsten ak-Ausgabe folgt dann ein Überblick über die Geschichte der UNITA sowie daran anknüpfend ein Ausblick darauf, ob in Angola in absehbarer Zeit überhaupt noch Chancen für einen Frieden bestehen.

Trotz der aus sozialistischer Perspektive ernüchternden bis deprimierenden Bilanz revolutionärer und sozialistischer Politik im südlichen Afrika hat hier, analysiert man die Entwicklung dieser Region seit 1974/75 (dem Jahr des Zusammenbruchs des portugiesischen Kolonialreiches) unter rein politischen Gesichtspunkten, eine Kräfteverschiebung zugunsten der demokratischen und linken Bewegungen stattgefunden. (Sie wurde allerdings, besonders in Angola und ganz extrem in Mosambik, mit einer völligen wirtschaftlichen Zerrüttung und vor allem mit unvorstellbaren menschlichen Opfern bezahlt.) Indikator dieses Fortschritts ist die seit Mitte der 80er Jahre anhaltende und sich permanent verschärfende Krise des rassistischen Apartheid-Regimes in der Republik Südafrika. Einen entscheidenden Beitrag zur Herbeiführung bzw. zur Verschärfung dieser Krise leistete in außenpolitischer Beziehung die Volksrepublik Angola im Bündnis mit Kuba, das 15 Jahre lang mit eigenen Truppen den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika direkt oder indirekt wirksame Unterstützung geben konnte.

Unterstützung von Contras

Der überwältigende Wahlsieg der von Robert Mugabe geführten ZANU-PF bei den ersten Parlamentswahlen in Rhodesien/Zimbabwe nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1980 (ca. 65% der Stimmen, zusammen mit den fast 25% des Verbündeten ZAPU ergab dies 90% Zustimmung für die beiden revolutionären Befreiungsorganisationen) und ein weit abgeschlagener Wunschkandidat der Rassisten (der farbige Bischof Muzorewa) ließen in Pretoria die Alarmglocken schrillen. Damit eine derartige Entwicklung im von Südafrika widerrechtlich besetzten Namibia für alle Zeit unmöglich sein würde, setzte Südafrika die sogenannte "Total National Strategy" in Kraft, die die Vorherrschaft des Apartheid-Regimes im gesamten südlichen Afrika absichern sollte. Inhalt dieser aggressiven Politik war die zielgerichtete politische und wirtschaftliche Destabilisierung und Zerstörung der sozialistisch orientierten Staaten Angola und Mosambik und des fortschrittlichen, auf selbständige Entwicklung bedachten Zimbabwe durch den Aufbau und die massive Unterstützung von Contra-Organisationen.

Was im Falle Zimbabwes nicht gelang (die sogenannte Super-ZAPU konnte kaum je nennenswerte Aktivitäten entfalten), im Falle Mosambiks aus südafrikanischer Sicht zum durchschlagenden Erfolg wurde (durch den Einsatz der RENAMO gelang die völlige Zerstörung des Landes), geriet in Angola zu einer strategischen Niederlage des Apartheid-Staates, deren Folgen durch die krisenhafte Entwicklung Südafrikas für die dort herrschenden Klassen bis heute nicht abschätzbar sind. Südafrikas Instrument in Angola jedoch, die UNITA, konnte die nicht geplante Wendung der Ereignisse in dem südwestafrikanischen Staat mehr oder weniger unbeschadet überstehen.

Entscheidendes Element des südafrikanischen Vorgehens war die massive Aufrüstung von UNITA und RENAMO mit dem langfristigen Ziel, in Angola und Mosambik Regierungen der "nationalen Einheit" unter Beteiligung eben dieser Terrororganisationen zu erzwingen. Hinzu trat in Angola die direkte militärische Intervention Südafrikas mit der Begründung, die dortigen Basen der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO zerstören zu wollen.

Zugrunde lag diesem Vorgehen Südafrikas, das maßgeblich durch den damaligen Premierminister P.W. Botha und einem allgewaltigen nur aus Militärs bestehenden Staatssicherheitsrat konzipiert und umgesetzt wurde, die Vision einer "Stabilität durch Hegemonie". Damit war der Versuch gemeint durch eine aggressive "Sicherheits"politik gegen die Nachbarstaaten dem Apartheidregime das Überleben nach innen zu sichern. Zunächst hatte das Rassistenregime damit einigen Erfolg. Das Mosambik aufgenötigte Abkommen von Nkomati (16.3.84), offiziell bezeichnet als Nichtangriffspakt, war seinem Wesen nach eine Antisubversionsvereinbarung (1), die beide Seiten nicht nur verpflichtete, "terroristischen" "subversiven" Elementen keinerlei Unterstützung mehr zu gewähren, sondern zugleich dafür zu sorgen, daß diese Kräfte keine gewaltsamen Aktionen im jeweils anderen Land würden ausüben können. Das betraf konkret, wenn auch nicht offen formuliert, sowohl die RENAMO als auch den ANC mit seinen Stützpunkten in Mosambik. Die Umsetzung des Abkommens führte dann aber dazu, daß sich die mosambikanische Regierung zwar gezwungen sah, 800 ANC-Mitglieder außer Landes zu verweisen, während Südafrika die Vereinbarungen sogleich auf seine Weise auszulegen begann: Es schickte 1000 RENAMO-Kämpfer aus Südafrika über die Grenze nach Mosambik - in voller Bewaffnung. Nach Unterzeichnung des Nkomati-Abkommens nahmen die Aktivitäten der RENAMO weiter zu.

Fortgesetzte Aggression gegen Angola

Schon kurz zuvor, am 16.2.84, hatte Südafrika mit Angola ein Truppenentflechtungsabkommen abgeschlossen (dessen Text nie veröffentlicht wurde), das den Rückzug der südafrikanischen Truppen, die im August 1981 in Südangola eingefallen waren, vorsah. Angola verpflichtete sich hingegen, den Bewegungsspielraum der SWAPO in Angola einzuschränken, was faktisch jedoch unterblieb. (2)

Südafrikas militärische Erfolge in Angola blieben begrenzt. Das lag zum einen an der sich ständig verbessernden Ausbildung der angolanischen Streitkräfte (FAPLA). Hierbei leisteten portugiesische Offiziere aus der ehemaligen revolutionären Bewegung der Streitkräfte (MFA; die MFA hatte 1974 die faschistische Diktatur in Portugal gestürzt und danach den revolutionären Prozeß vorangetrieben) wirksame Hilfe. Zugleich spielte auch die Anwesenheit der kubanischen Truppen eine wichtige Rolle, wenn diese sich auch in diesem Zeitraum weitgehend aus den Kämpfen heraushielten. Zum anderen aber war die Strategie Südafrikas auf andere Ziele gerichtet, als die Angolaner zunächst eingeschätzt hatten. Im Windschatten der Invasion wurde nämlich die UNITA, die 1979 auf einen kümmerlichen Rest zusammengeschmolzen war, neu aufgebaut und massiv aufgerüstet. Die Bedeutung, die die UNITA für Südafrika hatte, wurde von den Angolanern erst ab Ende 1982 erkannt, als deutlich wurde, daß Südafrika im wesentlichen auf den Einsatz der konterrevolutionären Guerilla an den verschiedensten Punkten des Landes setzte. Hier, wo die UNITA meist nur auf lokale Milizen und nicht auf die FAPLA stieß, konnte sich die Wirkung ihres terroristischen Vorgehens voll entfalten.

Für Südafrika hatte die Aggression gegen Angola noch einen zweiten, wichtigeren Sinn. Die Rassisten stellten nämlich (mit offener Unterstützung durch die USA, etwa im Weltsicherheitsrat) folgendes "linkage" her: Erst nach einem Abzug der Kubaner aus Angola wäre Pretoria bereit, über die Unabhängigkeit Namibias gemäß der UNO-Resolution 435 (vollständiger bedingungsloser Abzug Südafrikas) zu verhandeln. Damit wurde die Präsenz der kubanischen Truppen, die seit Ende 1975 ja gerade wegen wiederholter direkter südafrikanischer Aggressionen und auf Wunsch der Regierung in Angola stationiert waren, mit der widerrechtlichen Besetzung Namibias durch Südafrika auf eine Stufe gestellt. Durch fortwährende militärische Angriffe gegen Angola durch Südafrika konnte so die Anwesenheit der Kubaner provoziert und ein Fortschritt in der Namibia-Frage verhindert werden.

Im April 1985 kündigte Südafrika dann mit mehr als einjähriger Verspätung den vollständigen Abzug seiner Truppen aus Südangola an (bis auf ein kleines Kontingent an den grenznahen hydroelektrischen Anlagen des Staudammes von Calueque). Aber nur einen Monat später wurde in der angolanischen Erdöl-Exklave Cabinda ein südafrikanisches Spezialkommando gestellt, als es Ölanlagen in die Luft sprengen wollte. Kurz darauf - im

September 1985 - stand Südafrikas Armee erneut in Südangola, wo sie der UNITA zu Hilfe eilen mußte, die durch eine Großoffensive der FAPLA in Bedrängnis geraten war. Dieser Vorstoß richtete sich auf die fast menschenleere Provinz Cuando-Cubango im Südosten des Landes, der einzigen Region Angolas mit einer substantiellen UNITA-Präsenz. Eine Einnahme dieses Gebietes hätte nicht nur die Zerschlagung des UNITA-Hauptquartiers in Jamba bedeutet. Es hätte zugleich verbesserte Operationsmöglichkeiten für die SWAPO im Nordosten von Namibia zur Folge gehabt und dem ANC neue Infiltrationsrouten von Lagern in Angola nach Südafrika eröffnet.

Südafrikas Niederlage in Angola

Schließlich, im November 1987, starteten Südafrika und die UNITA im Südosten Angolas eine Großoffensive, um das strategisch bedeutsame Cuito Cuanavale einzunehmen und damit die durchgängige angolanische Verteidigungslinie vom Atlantik bis zur Grenze zu Sambia zu durchbrechen. Die Bedeutung, die Südafrika dieser Offensive beimaß, wurde durch den offiziellen Besuch von Premierminister Botha und mehreren Ministern im südangolanischen Kriegsgebiet unterstrichen. Die Offensive erstreckte sich über mehrere Monate, mehrfach meldete Südafrika (zu Unrecht) den Fall der Stadt. Insgesamt setzte die südafrikanische Armee 30.000 Soldaten ein. Ende März 1988 gar rief UNITA-Chef Savimbi einen "Freistaat Angola" aus, samt Kabinettsliste und Premierminister.

Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Blatt bereits entschieden zu wenden begonnen. Durch den Einsatz kubanischer Truppen wurde den südafrikanischen Streitkräften am 23. März bei Cuito Cuanavale eine erste empfindliche Niederlage beigebracht. Während im folgenden Kuba sein Truppenkontingent in Angola noch einmal um 6000 Soldaten aufstockte (zu den bereits 40.000 stationierten), erklärte es zugleich seine Bereitschaft zum vollständigen Abzug im Falle einer vollständigen Unabhängigkeit Namibias. (FAZ 21.5.88)

Im Verlauf des Frühsommers fügten Kubaner und Angolaner der südafrikanischen Armee, die als letztes Mittel nun die Einberufung ihrer Reservisten plante, eine Niederlage nach der anderen zu, bis sie schließlich die südafrikanischen Verbände in der Nähe des für Südafrika strategisch wichtigen Calueque-Staudamms an der Grenze zu Namibia eingekreist hatten. Durch Bombenangriffe konnte der Staudamm beschädigt werden.

Damit war Südafrika entscheidend militärisch geschlagen. Es war zugleich die endgültige Niederlage der "Totalen Nationalen Strategie" mit all ihren Konsequenzen - außenpolitisch und für die Veränderung der politischen Verhältnisse innerhalb Südafrikas selbst. Botha selbst ordnete die Rückkehr zu Verhandlungen an. Schon im August des Jahres bot Südafrika seinen Rückzug aus Namibia an. Ende August wurde zwischen Angola, Kuba und Südafrika ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, das den vollständigen Abzug der kubanischen Truppen bis zum 1.7.1991 vorsah und zugleich den Rückzug Südafrikas aus Angola und die politische Unabhängigkeit Namibias zum Inhalt hatte.

US-Unterstützung für die UNITA

Ein letztes Mal konnte somit im Windschatten des einstigen globalen Kräftegleichgewichts zwischen den USA und der UdSSR ein Erfolg errungen werden, wobei der Einsatz der kubanischen Internationalisten jedoch auf einer eigenständigen Entscheidung Kubas beruhte.

Angola hatte das Waffenstillstandsabkommen und damit die Unabhängigkeit Namibias dadurch mit ermöglicht, daß es den Abzug der Kubaner aus Angola nicht mehr an eine Einstellung der US-Hilfe für die UNITA gekoppelt wissen wollte. Ab 1981 (dem Amtsantritt Reagans, hatten die USA ihre finanzielle und materielle Unterstützung der UNITA wieder aufgenommen - bis 1985 über "verdeckte" Kanäle (vor allem via Marokko und Saudi-Arabien), da das sogenannte "Clark-Amendment" aus dem Jahre 1976 vor dem Hintergrund der amerikanischen Niederlage in Vietnam und dem Desaster 1975 in Angola amerikanische Hilfe für die UNITA untersagt hatte. Diese Hilfslieferungen gelangten über Südafrika und Zaire zur UNITA, die ab 1985 (nach Aufhebung des Clark-Amendments durch den amerikanischen Kongreß) von Zaire aus begann, eine nördliche Front in Angola zu installieren.

Kaum war das Angola-Waffenstillstandsabkommen vereinbart worden und Südafrika damit als wirksamer Unterstützer der UNITA weitgehend ausgefallen (wiewohl Außenminister R. Botha erklärt hatte, daß Südafrika seinen Verpflichtungen gegenüber der UNITA auch künftig nachkommen werde; Tagesspiegel, 23.11.88), erklärten die USA prompt, ihre Hilfe für die UNITA von 15 Millionen auf 30 Millionen Dollar jährlich zu

verdoppeln. Angolas Staatspräsident, der MPLA-Vorsitzende Dos Santos, hatte zwar Anfang 1989 noch einmal bekräftigt, daß es keine Verhandlungen mit der UNITA geben werde. ("Wir teilen unsere Macht nicht mit unseren Verleumdern und Leuten, die im Dienst der Apartheid stehen ... Eine Versöhnung zwischen dem Opfer und dem Mörder ist nicht möglich", so Dos Santos 1987, (3).) Doch diese Position war angesichts der offenen und direkten US-Einmischung nicht mehr zu halten, da so auch weiterhin die militärisch-terroristische Schlagkraft der UNITA ein Faktor blieb.

Hinzu kam die ökonomische Zerrüttung des Landes. Durch die terroristischen Aktionen der UNITA weitgehend zerstört, aber auch wegen früherer Fehler der MPLA in ihrer Agrarpolitik und des Ausbleibes ausreichender Hilfen aus der Sowjetunion oder anderer RGW-Staaten war Angola gezwungen, wirtschaftliche Unterstützung im Westen zu erbitten. Ein Antrag auf Beitritt zum IWF wurde gestellt (Eintritt im Juli 89); mit der BRD konnte ein Nahrungsmittelhilfe-Abkommen geschlossen werden, nachdem Angola die sogenannte (West-)"Berlin-Klausel" akzeptiert hatte; mit dem südafrikanischen Konzern De Beers wurde ein Abkommen zur Exploitation der Diamantenlager Angolas vereinbart.

Das Abkommen von Gbadolite (Zaire) zwischen der angolanischen Regierung und der UNITA vom 23.6.89 sollte dem Land Frieden bringen. Hierin verpflichtete sich die Regierung in Luanda, eine Amnestie für UNITA-Gefangene zu erlassen, die Contra-Organisation in Armee und Verwaltung zu integrieren und auf die Bildung einer Regierung der "Nationalen Einheit" (dem alten südafrikanischen Ziel) hinzuarbeiten. Dafür sollte UNITA-Chef Savimbi für eine unbestimmte Zeit ins Exil gehen. Die Vereinbarung hält keinen Monat. Die Gespräche stocken an der Frage der Regierungsbeteiligung der UNITA, und am 25.7.89 schießt diese ein Verkehrsflugzeug mit 42 Insassen ab. Am 25.8. erklärt die UNITA offiziell die Beendigung des Waffenstillstands. Eine Bilanz für das zweite Halbjahr 1989 verzeichnet bei rund 1000 Terrorakten der UNITA 1300 Getötete, 3600 Verletzte und 1300 Entführte. (ND, 15.1.90) In den Monaten September, Oktober und November vergeht praktisch kein Tag, an dem die UNITA-Banden nicht mindestens ein Dorf zerstören und die Nahrungsmittelvorräte der Bevölkerung verbrennen. (FR, 18.1.90)

Die USA lassen keinerlei Zweifel daran aufkommen, daß sie die UNITA auch weiterhin wirkungsvoll unterstützen werden. US-Präsident Bush empfängt Savimbi im Oktober, und wie zur Bestätigung stürzt kurze Zeit später ein Flugzeug mit vier US-Bürgern (offenbar CIA-Mitarbeitern) über Angola ab. Nachdem die angolanische Regierung im Dezember 1989 ein neues Friedenstreffen vorgeschlagen hat, präzisiert die UNITA ihre Forderungen: Direktverhandlungen, Bildung einer Koalitionsregierung, Revision der Verfassung und freie Wahlen.

In die Knie gezwungen

Das ganze Jahr 1990 und die erste Hälfte des Jahres 1991 sind gekennzeichnet durch nochmalige Versuche beider Seiten, doch noch entscheidende Durchbrüche zu erreichen. Zugleich kommt es zu verbalen Annäherungen in Form von Bekenntnissen zu Verhandlungen und Waffenstillstandsabkommen. Im Frühjahr 1990 erkennt Savimbi überraschend Dos Santos als Staatspräsident an. Während die USA noch einmal deutlich machen, daß sie die UNITA solange unterstützen werden, bis die Regierung sie anerkenne und ihr gestatte, eine Rolle im politischen Leben zu spielen (FR, 14.9.90), bereiten Regierung und MPLA den Übergang zu wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen gemäß westlichen Vorstellungen vor. Die Privatisierung der Kaffeeplantagen wird ebenso verkündet wie der Wille der MPLA, in die Sozialistische Internationale aufgenommen zu werden. Im Oktober beschließt das ZK der MPLA die Zulassung mehrerer Parteien und die Einführung einer gemischten Wirtschaft.

Der 3. Kongreß der MPLA im Dezember 1990 bereitet mit entsprechenden Beschlüssen die Einführung einer parlamentarischen Demokratie, eines Mehrparteiensystems und einer "sozialen Marktwirtschaft" vor. Die Streitkräfte sollen in ein überparteiliches Organ verwandelt werden. Die Partei selbst will ihren Führungsanspruch fallen lassen und sich in eine allen Schichten offenstehende Massenpartei verwandeln. Programmatisches Ziel wird der "demokratische Sozialismus".

Das Friedensabkommen von Estoril, am 1. Mai 1991 unterzeichnet, gewährte dem Land eine kurze Unterbrechung des Krieges, bis die UNITA nach den verlorenen Wahlen im Oktober dieses Jahres erneut zu den Waffen griff. Durch den Contra-Krieg sind von einer lediglich 10 Millionen Menschen zählenden Bevölkerung über 300.000 getötet worden, Zehntausende wurden durch den Krieg verkrüppelt: Angola hält

den traurigen Rekord der höchsten Amputiertenrate der Welt. Noch immer werden aber 100.000 Landminen in der Erde vermutet. Am Ende des Krieges gibt es eine halbe Million Bauern, die zu Flüchtlingen im eigenen Land geworden sind, fast die gleiche Anzahl ist in benachbarte Länder geflohen. Mehr als eine Million Bauern sind infolge des kriegsbedingten Hungers von Nothilfe abhängig. 300.000 Kinder sind nach Schätzungen an Unterernährung und kriegsbedingten Krankheiten gestorben. Die soziale Infrastruktur aus Schulen und medizinischen Einrichtungen ist auf dem Lande faktisch zerstört. Die durch den Krieg verursachten materiellen Schäden belaufen sich auf ca. 30 Milliarden Dollar, das ist fast das Vierfache der angolanischen Außenschuld.

J., Westberlin

Anmerkungen:

1) Siehe Winrich Kühne, Südafrika und seine Nachbarn: Stabilität durch Hegemonie?, in: aus politik und zeitgeschichte 12/85, S.12

2) Joachim Becker, Angola, Mosambik und Zimbabwe. Im Visier Südafrikas, Köln 1988, S.152

3) zit. bei Becker, S.167

29. Prima Klima in Nahost (Die sechste Runde der Nahost-Friedensverhandlungen)

Rubrik: Israel / Palästina; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:32

Die Nahost-Friedensverhandlungen, die am 30. Oktober 1991 in Madrid begannen, sind in ihr zweites Jahr eingetreten, ohne daß irgendein praktisches Resultat zu verzeichnen oder wenigstens schon von fern in Sicht ist. Erheblich verbessert hat sich allerdings nach Auskunft aller Beteiligten das Klima. Maßgeblich dafür ist die Übernahme der israelischen Regierungsführung durch Jizchak Rabin von der sozialdemokratischen Arbeitspartei im Juli des Jahres.

Sein Vorgänger Schamir von der weit rechts angesiedelten Likud-Partei hatte die Verhandlungen nach eigenem Eingeständnis nur auf Zeitgewinn geführt. Ihm ging es explizit und offensichtlich nur darum, den "Friedensprozeß" endlos in die Länge zu ziehen, um mittlerweile durch forcierte Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten unumkehrbare Verhältnisse zu schaffen. Denn, so Schamirs eiserne Prämisse, "kein Quadratzentimeter" der Gebiete dürfe jemals preisgegeben werden; Westbank, Gaza und auch Golan müßten für ewige Zeiten zu Israel gehören.

Unter diesen Voraussetzungen vergingen die ersten Monate der Verhandlungen mit zermürbenden Streitereien um Fragen wie etwa: Welche Delegation darf oder muß durch welche Tür eintreten? In welchem Stockwerk wird verhandelt? Um welche Uhrzeit wird mit wem verhandelt? Wo treffen wir uns das nächste mal? - Die Bush-Regierung reagierte verstimmt und verzögerte die Zusage einer Kreditbürgschaft über 10 Milliarden Dollar an Israel. In Washington, das war vor den israelischen Wahlen klar und bekannt, würde man eine Ablösung von Schamir begrüßen und gewiß auch honorieren.

Rabin hat von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß er im Unterschied zu seinem Vorgänger ernsthaft und substantiell mit den arabischen Seiten verhandeln wolle. Er sei bereit, sofort persönlich nach Amman, Damaskus und Beirut zu fliegen, sagte er in seiner Regierungserklärung, und die palästinensische Delegation lud er zu informellen Gesprächen nach Jerusalem ein. Inhaltlich bot er allerdings überhaupt noch nichts an. Israel wolle nur sein Ansehen im Westen verbessern, kommentierte der jordanische Außenminister. Wichtig sei aber nur, was am Verhandlungstisch passieren würde. Unverzichtbar sei für Jordanien ein Baustopp für jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten, Abzug der israelischen Armee von dort, Selbstverwaltung und schließlich Selbstbestimmung für die Palästinenser. Ähnlich sahen die anderen arabischen Reaktionen aus.

Gesten und Vorleistungen

Wenige Tage später offerierte Rabin eine erste "Geste des guten Willens": Überprüfung aller Bauvorhaben in den besetzten Gebieten, wobei erstens klar war, daß sich das überhaupt nicht auf den Großraum Ostjerusalem bezog (der nach israelischer Interpretation nicht besetztes Gebiet, sondern Teil des Staates ist); wobei zweitens klar war, daß der "Baustopp" sich nur auf zwar schon genehmigte, aber noch nicht begonnene Häuser und Siedlungen bezieht; drittens, daß "sicherheitsrelevante" Siedlungen entlang des Jordan und im weiten Umkreis von Jerusalem vom "Baustopp" ausgenommen sind; und viertens schließlich, daß es sich keineswegs um eine definitive Entscheidung gegen die Siedlungspolitik, sondern nur um eine Pause handelt. Dennoch äußerte sich die US-Regierung sofort entzückt und deutete die baldige Freigabe der 10-Milliarden-Bürgschaft an. Der Ball sei nun im arabischen Feld, hieß es. Mit anderen Worten: nach dieser gigantischen israelischen "Vorleistung" seien jetzt aber mal die Araber am Zuge, auch ein bißchen nachzugeben.

Aber erst einmal gab es sogar noch ein paar weitere "Gesten des guten Willens" von Seiten Rabins: Anfang August wurde der zeitweise Baustopp ausgeweitet. (Ausdehnung auf private Bauvorhaben; es sollen nur noch Häuser fertiggestellt werden, deren Fundament schon vorhanden ist.) Damit noch lange nicht genug: Rabin sprach, genau zwei Tage vor seiner ersten Reise als Regierungschef in die USA, im Jerusalemer Parlament aus, daß ein Frieden mit Syrien ohne einen "territorialen Kompromiß" im besetzten Golan-Gebiet undenkbar wäre. Den Palästinensern teilte Rabin von Washington aus mit, Israel sei bereit, ihnen eine begrenzte "Selbstverwaltung" in den besetzten Gebieten zu gewähren und zu diesem Zweck schon im kommenden Jahr Wahlen abzuhalten.

Ungefähr das hatte zwar auch schon Schamir Ende der siebziger Jahre angeboten, aber Rabins Gastgeber wußten die Idee dennoch als ganz großen Fortschritt zu würdigen, und an der glücklichen Auflösung des Streits um die zehn Milliarden Dollar war nun überhaupt nicht mehr zu zweifeln. Für die palästinensische Seite war das, keineswegs zum ersten mal, ein Anlaß, um über die Parteilichkeit der US-Regierung zu klagen und vorsichtig mit ihrem Ausstieg aus den Verhandlungen zu drohen.

Während der sechsten Verhandlungsrunde im August - die erste unter der Regierung Rabin - erfolgte eine weitere öffentliche Geste: Israel kündigte an, mit der Freilassung von etwa 800 palästinensischen Gefangenen zu "beginnen". Palästinensische Kritiker dieser noblen Geste verwiesen darauf, daß einen Monat nach der Ankündigung erst 520 Gefangene auf freiem Fuß waren, und zwar nur solche, die mehr als zwei Drittel ihres Urteil verbüßt hatten und die Delikte begangen hatten, bei denen es keine Verletzten gab. Im Übrigen seien in israelischen Gefängnissen noch mehr als 12.500 politische Gefangene, oft aus sehr geringfügigen Gründen und nach fragwürdigen Verfahren abgeurteilt.

Das Angebot einer palästinensischen "Selbstverwaltung" (Autonomie) in den besetzten Gebieten wurde, umrahmt von soviel israelischen Vorleistungen, international als weiterer Beweis interpretiert, daß mit Rabin ein völlig neuer Zug in die Nahost-Verhandlungen gekommen sei und daß man nun endlich "substantielle Fortschritte" zu machen beginne.

Tatsächlich jedoch hatte die israelische Delegation ein entsprechenden Memorandum bereits im Februar den palästinensischen Vertretern übergeben, und diese hatten gleichfalls schriftlich ihre Kritik an dem Modell und ihre Gegenvorstellungen dargelegt. Zu den Methoden der palästinensischen Delegation gehört es, solche Vorgänge öffentlich zu machen, um in ihrer Bevölkerung das Mißtrauen gegen die Diplomatie abzubauen und ihre Politik nachvollziehbar zu gestalten. So wurden damals beide Memoranden vollständig publiziert, beispielsweise in "Al-Fajr" vom 9. und 16. März.

Was haben die Palästinenser gegen Autonomie?

Man kann sich also davon überzeugen, daß Schamirs Vorschlag vom Februar sich kaum von dem unterschied, den nun Rabin als seinen großen konstruktiven Beitrag in die sechste Verhandlungsrunde tragen ließ, und der von Journalisten, die es wahrscheinlich zumeist wirklich nicht viel besser wissen, feierlich als Novität präsentiert wurde. Ebenso waren auch schon seit damals die palästinensischen Einwände gegen dieses Modell bekannt. Einfach gesagt geht es darum, daß die israelische Regierung sich ein mit Palästinensern besetztes ausführendes Organ ihrer Besatzungspolitik wünscht. Der von ihr vorgeschlagene "Verwaltungsrat" soll keine eigenen gesetzgeberischen Kompetenzen haben, hätte also lediglich Besatzungsrecht zu exekutieren. Dafür soll eine palästinensische Polizeitruppe gebildet werden, jedoch bliebe die eigentliche Verantwortung für die "Sicherheitspolitik" (ebenso wie auch für die außenpolitische Repräsentation der besetzten Gebiete) vollständig in israelischen Händen. Ebenso bliebe Israel allein zuständig für die Rechtslage in den besetzten Gebieten, also beispielsweise die Verfügung über die Wasserreserven, über Grund und Boden usw. Das soll zumindest für die nächsten fünf Jahre gelten.

Bei all dem muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich keineswegs um sogenannte kleine Schritte handeln würde, an deren Ende der vollständige Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten und irgendeine Form palästinensischer Souveränität - eventuell in Verbindung mit Jordanien - stehen soll oder wenigstens könnte. Alle Pläne der Arbeitspartei halten daran fest, daß "aus Sicherheitsgründen" erhebliche Teile der besetzten Gebiete entweder annektiert oder dauerhaft militärisch kontrolliert werden müßten. Insbesondere wird an einer "Sicherheitszone" festgehalten, die zwischen der Westbank und Jordanien liegen soll. Im verbleibenden Rest - einige kleine, nicht miteinander verbundene Territorien - würde die Bevölkerung zu Untertanen des jordanischen Königs, ohne daß erkennbar ist, wie das praktisch aussehen könnte. Absolut nicht in Frage steht die "ewige" Zugehörigkeit Ostjerusalems zu Israel.

Die palästinensische Delegation legte ihr Gegenmodell Anfang September noch einmal in einem Zehn-Punkte-Papier dar. Wesentlich ist, daß ein eigenes Parlament gewählt wird, das auch Gesetzgebungsvollmacht haben soll. Es müßte einen vollständigen Baustopp geben, und die israelischen Besatzungstruppen sollen als Übergangslösung (maximal ein Jahr) in beidseitig akzeptierte Stützpunkte zurückgezogen werden. Außerdem wird davon ausgegangen, daß der Großraum Ostjerusalem Teil der besetzten palästinensischen Gebiete ist, also in jede Übergangslösung einbezogen werden müßte.

Insgesamt ist jedoch erkennbar, daß die PLO wahrscheinlich jeder Lösung zustimmen würde, die - notfalls auch erst nach einer Übergangszeit von mehreren Jahren - die Perspektive der Eigenstaatlichkeit und vielleicht einen beidseitig akzeptierten Sonderstatus für Ostjerusalem enthält. Nur für die Fortsetzung des Besatzungsregimes mit Hilfe palästinensischer Statthalter würde es schwerlich Zustimmung in der eigenen Bevölkerung geben können.

Der israelisch-palästinensische Teil der Verhandlungen befindet sich also in einer Sackgasse, aus der noch kein Ausweg zu erkennen ist. Um so mehr war die Regierung Rabin bemüht, Bewegung auf einem anderen Schauplatz zu präsentieren, nämlich in den Gesprächen mit Syrien.

Zur Erinnerung: Auf israelischen Wunsch hin finden die Verhandlungen mit den arabischen Seiten strikt getrennt voneinander statt. Israel verhandelt also jeweils separat mit einer libanesischen Delegation, einer syrischen, und inzwischen de facto auch gesondert mit einer palästinensischen und einer jordanischen.

Die Intention dabei ist, die arabischen Seiten gegeneinander auszuspielen, das gegenseitige Mißtrauen unter diesen zu verschärfen. Im Endeffekt geht es darum, die Araber zu einer Art Wettlauf um die Einigung mit Israel zu veranlassen, indem jeder fürchtet, andere könnten sich separat mit Israel einigen und man selbst hätte dann das Nachsehen. Diese Strategie baut auf die bekannten Widersprüche und Rivalitäten zwischen den arabischen Kräften, die diese offensichtlich entweder nicht überbrücken können oder wollen. In Worten haben zwar alle arabischen Seiten zugestimmt, daß sie die anderen vor einer definitiven Regelung konsultieren würden, aber angesichts eines "günstigen Angebots" aus Jerusalem würde die inszenierte Standhaftigkeit vermutlich ins Wanken kommen.

Was treiben Syrer und Israelis hinter den Kulissen?

In der sechsten Verhandlungsrunde (August/September) war Syrien das Objekt israelischer Locksignale. Man mußte allerdings die Worte schon auf die Goldwaage legen, um diese substantiell eigentlich extrem schwachen Signale "richtig" würdigen zu können. So machte es international großes Aufsehen, daß die Israelis erstmals das Wort Rückzug in Verbindung mit dem 1967 von ihnen besetzten und 1981 annektierten syrischen Golangebiet erwähnten. Genau besehen besagt die neue israelische Position aber definitiv nur, daß es auf gar keinen Fall einen vollständigen Rückzug aus dem Gebiet geben werde, daß aber ein teilweiser Abzug "verhandelbar" wäre. Außerdem, Abzug sei nicht gleichbedeutend mit Rückgabe, was immer dieser feine Unterschied bedeuten mag.

Im übrigen beschäftigten sich Israelis und Syrer in der sechsten und auch noch in der siebten Runde mit einem äußerst interessanten Streit: Die Syrer wollen, daß Israel zuerst die Ware auf den Tisch legt, bevor sie selbst darüber sprechen, welchen Preis sie zu zahlen bereit wären. Mit anderen Worten, Israel soll erklären, zu welcher Art von Rückzug, in welchem Zeitraum usw., es bereit wäre, bevor Syrien darlegt, zu welcher Art von Frieden es unter diesen Konditionen bereit wäre.

Hingegen nach israelischer Ansicht müßte es genau umgekehrt laufen: Erst legt Syrien offen, welchen Preis es zahlen will, und daran anschließend kann man sich unterhalten, wieviel Ware es dafür gibt. Konkret: Israel verweigert jede Festlegung, ob und wieweit es im Golangebiet zum Rückzug bereit ist, solange Syrien nicht zusichert, daß es zum Friedensschluß und zur vollen Normalisierung der Beziehungen bereit ist. Und zwar, das ist sehr wichtig, unabhängig vom Stand der übrigen Verhandlungs-Schauplätze. Soll heißen: Damaskus müßte seine grundsätzliche Bereitschaft zu einem Separatfrieden erklären, bevor Israel überhaupt irgendein konkretes Angebot auf den Tisch legt.

Sehr viel Bewegung ist das also nicht. Aber die israelische Seite sorgte mit demonstrativem Optimismus und vielversprechenden Andeutungen über die Entwicklung der syrischen Verhandlungsschiene dennoch dafür, daß sich auf palästinensischer Seite das Mißtrauen breitmachte, hinter den Kulissen seien Syrer und Israelis sich schon sehr viel näher gekommen. Daß die Syrer heftig dementierten, den vorgeblichen Wandel der israelischen Position unter Rabin als Illusion abtaten und den "Optimismus" Jerusalems als Spaltungsmanöver bezeichneten - alles das brachte die Befürchtungen und Gerüchte nicht zum Verstummen. Auch die Beteuerungen auf palästinensischer Seite, man sei fest überzeugt, daß die syrischen Brüder keinem egoistischen Geschäft mit Israel zustimmen würden, wirkten weder ganz überzeugt noch überzeugend.

Auch nicht unbedingt ein Beweis syrischer Standhaftigkeit ist, daß Assad wieder einmal den in Damaskus ansässigen "radikalen" Palästinenserorganisationen freie Bahn gab, um die PLO in Schwierigkeiten zu bringen. Im September vereinigten sich zehn der "radikalen" Gruppen zu der Aufforderung an die PLO, die Verhandlungen sofort zu verlassen und keine weiteren Zugeständnisse zu machen. In der politischen Praxis liefe dieser Appell, der ohne stillschweigende Billigung Assads nicht möglich wäre, darauf hinaus, Syrien das Feld zu überlassen und die Voraussetzungen einer separaten Einigung mit Israel zu erleichtern. Dieses Vorgehen der syrischen Regierung, die von ihr unterstützten palästinensischen "Radikalen" an der langen Leine kläffen zu lassen, um eigene opportunistische Praktiken abzuschirmen, hat eine lange Tradition. Schwer zu beantworten ist die auch keineswegs neue Frage, warum die "Radikalen" sich immer wieder auf dieses Spiel einlassen.

Generalstreik -

gegen Israel, gegen die PLO?

Ende Oktober riefen mehrere Strömungen der "Radikalen", darunter PFLP und DFLP, in den besetzten Gebieten zu einem Generalstreik gegen den israelischen Autonomie-Vorschlag und indirekt auch gegen die Verhandlungsführung der PLO auf. Dieser Aufruf wurde massenhaft befolgt. Darin drückt sich nicht unbedingt und allgemein Unzufriedenheit mit der Taktik der PLO aus. In erster Linie geht es tatsächlich um demonstrative Ablehnung des israelischen Vorschlags, daneben aber auch um eine Ermahnung an die PLO, von ihren bisherigen Gegenpositionen nicht abzugehen. Man kann das, je nach eigenem Standort, als Unterstützung für die PLO-Verhandlungsführung oder als Kritik an ihr interpretieren. Vermutlich spielte beim Erfolg des Streiks beides eine Rolle. Hinzu kommt die unter den Palästinensern weitverbreitete Ansicht, daß maximale Geschlossenheit im Kampf das wichtigste ist und daß ein Generalstreik vor allem ein Erfolg werden muß, auch wenn man denen, die dazu aufgerufen haben, nicht hundertprozentig zustimmt.

Unübersehbar ist allerdings, daß die PLO es schwer hat, ihre Taktik in den Verhandlungen, aber auch die Teilnahme an diesen, vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. Die Schwierigkeit wächst mit der Dauer der Verhandlungen, sofern diese nicht in absehbarer Zeit dazu führen, daß es irgendwelche spürbaren Verbesserungen gibt.

Danach sieht es aber zur Zeit nicht aus. Mit der Abwahl von Bush hat Jerusalem anscheinend eine relativ komplizierte Wegstrecke hinter sich gebracht, in der die Interessen und Vorgehensweisen der US-Regierung nicht immer deckungsgleich mit denen Israels waren. Clinton hingegen wurde schon viele Monate vor der Wahl in israelischen und anderen jüdischen Medien als größter Israel-Freund aller Zeiten vorgestellt. Immer wieder wurde auf den Kranz pro-israelischer Berater verwiesen, mit denen Clinton sich umgeben hat, und Äußerungen des Präsidentschaftskandidaten selbst wurden zitiert, aus denen zu erkennen war, daß mit dem gelegentlichen amerikanischen Druck auf Israel - der in Wirklichkeit auch unter Bush nicht sehr drückend war - demnächst Schluß sein würde.

Indessen hält die Politik gelegentlich Überraschungen bereit und nicht jeder Präsident muß unbedingt einlösen, was er, vielleicht nur aus Opportunitätsgründen, im Wahlkampf von sich gab. Es heißt, daß Clinton dem früheren Präsidenten Carter eine vermittelnde Rolle in den israelisch-arabischen Verhandlungen übertragen will. Carter aber war, vergleichsweise, ein Präsident, an dem Israel und dessen Lobby in den USA keine volle Freude hatten. Übrigens war Carter auch der erste und einzige US-Präsident, der tatsächlich ein oder zweimal die Worte "palästinensisches Selbstbestimmungsrecht" in den Mund nahm.

Kt.

30. Wasser, Luft und Essen. Hungerstreik palästinensischer Gefangener

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:37

"Am Ende deiner Schicht, auf deinem Weg vom Zelt zum Duschen, hörst du manchmal fürchterliche Schreie. Du gehst mit kurzen Hosen und Sandalen, um deinen Hals ein Handtuch und in deiner Hand eine Tasche mit Waschzeug und von der anderen Seite des Zauns erreichen dich von der Baracke der Verhörabteilung herzzerreißende Schreie, die deine Haare zu Berge stehen lassen. Buchstäblich. Und du (...) fragst dich, was passiert denn hier, keine fünf Meter von dir entfernt? Ist es eine einfache Folter? Du weißt es nicht. Aber du weißt, daß du von nun an keine Ruhe mehr finden wirst, weil in einer Entfernung von nur fünfzig Metern von deinem Bett, in dem du zu schlafen versuchst, achtzig Meter von dem Eßsaal, in dem du zu essen versuchst, lebendige Menschen schreien. Und sie schreien, weil andere Menschen, die dieselbe Uniform tragen wie du, ihnen Dinge antun, die sie zwingen zu schreien. Und sie schreien, weil der Staat, dein jüdischer Staat, dein demokratischer Staat, es zuläßt, daß sie schreien - ordnungsgemäß, sauber, systematisch und durchaus gesetzlich." (Aus dem Bericht des israelischen Reservisten Arie Shavit von seinem Dienst im Internierungslager Gaza, veröffentlicht in "Haaretz" vom 3.3.91)

Während der ersten drei Jahre der Intifada, von Ende 1987 bis Ende 1990, sind nach Darstellung des israelischen Militärs 75.000 PalästinenserInnen in Haft gewesen. Die Mehrheit von ihnen sei, schätzt "Betselem", das israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten, nach kürzerer Zeit wieder entlassen worden. Nach Angaben des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Tel Aviv sind derzeit 5061 PalästinenserInnen in Strafvollzugsanstalten und 7065 in Armeelagern in Haft. (Eine Differenzierung nach "politischen" und "kriminellen" Häftlingen ist weder möglich noch sinnvoll, da die PalästinenserInnen bestenfalls als "kriminell mit nationaler Motivation" abgeurteilt werden.)

Die in den vergangenen anderthalb Jahren unternommenen Bemühungen der palästinensischen Gefangenen, eine Änderung der gesundheits- oder sogar lebensbedrohenden Situation in den Haftanstalten und Lagern zu erreichen - sie hatten sich an die Gefängnisleitungen gewandt, an palästinensische Knesset-Abgeordnete, Anwälte und Menschenrechtsorganisationen - waren sämtlich erfolglos geblieben. Daraufhin traten am 27.9. insgesamt 5000 Häftlingen in acht Zentralgefängnissen in den Hungerstreik.

Sie forderten u.a. eine Schließung der Isolierstationen, in die Gefangene ohne jede öffentliche Kontrolle gesperrt werden und in denen sie z.T. angekettet dahinzuvegetieren gezwungen sind; Aufhebung der Einzelhaft; Entlassung aller Gefangenen, die jünger als 18 Jahre sind; Schließung der vom Militär unterhaltenen Internierungslager in den besetzten Gebieten; eine Untersuchung der Haft- und Befragungsmethoden und des Gewalteinsatzes durch den Geheimdienst Schin Beth (nach israelischer Rechtsprechung ist "mäßiger physischer Druck" bei Verhören legitim); Einführung eines Appellationssystems gegen überzogene Urteile der Militärgerichte; Zeitgrenze für lebenslänglich; Prüfung der Gesundheitsfürsorge in den Gefängnissen durch ein unabhängiges Komitee (nach einer Untersuchung des "Komitees der arabischen Anwälte in den besetzten Gebieten" sind 39 Häftlinge zwischen Juli 1987 und August 1992 auf Grund von Krankheit oder Folter gestorben).

Intifada "ohne Ende"?

Polizeiminister Mosche Schahal wollte sich den Hungerstreik auf kaltem Wege vom Halse schaffen: Es gehe um einen "politischen Streik", der von den Gruppierungen der Palästinenser angefacht sei, die gegen den Friedensprozeß opponieren; überdies werde er nur zu Verhandlungen bereit sein, wenn die Gefangenen ihren Streik eingestellt hätten. Diese Taktik ging nicht auf. Vom Beginn des Hungerstreiks an wurden die Gefangenen mit Massendemonstrationen, Sit-ins und Go-ins, an denen sich partiell auch jüdisch-israelische Gruppen beteiligten, auf der Westbank, in Ostjerusalem und im Gasastreifen unterstützt. Während der Solidaritätsdemonstrationen wurden drei Palästinenser erschossen und hundert z.T. schwer verletzt, vom 10.10. an wurde über den gesamten Gasastreifen eine siebentägige totale Ausgangssperre verhängt. Unter dem Eindruck der Andauer und Wucht der Proteste wie der neuerlichen Härte militärischer Gewalt sahen sich einzelne Beobachter an die ersten Wochen der Intifada erinnert. Meron Benvinisti verwies darauf, daß bisher

nie die Möglichkeit erörtert worden sei, daß die Intifada ein "way of life", ein Aufstand "ohne Ende" werden könne.

Am 6.10. schlossen sich die 4000 Häftlinge des militärischen Internierungslagers Ketziot ("Ansar 3") in der Negew-Wüste dem Hungerstreik der Gefängnishäftlinge an. Angesichts dieser Ausweitung des Streiks und der andauernden Proteste nahm Polizeiminister Schahal Abstand von seinem Erpressungsversuch, erst nach einem Abbruch des Streiks verhandeln zu wollen. Am 9.10. führte er Gespräche mit Abgeordneten der streikenden Gefangenen in den Gefängnissen Jenin und Nablus. Nachdem die israelischen Behörden der Einsetzung eines Untersuchungskomitees zur Prüfung der von den Gefangenen erhobenen Forderungen zugestimmt hatten, wurde der Hungerstreik in den nördlichen Gefängnissen am 11.10., in den südlichen Gefängnissen bzw. Internierungslagern am 15.10. beendet.

Den Forderungen nach mehr Ausbildungsmöglichkeiten, längeren Besuchszeiten für Familien, der Installation von Ventilatoren in den Zellen und der Anbringung größerer TV-Antennen, damit nicht nur das israelische, sondern auch das jordanische und das syrische Fernsehen empfangen werden kann, soll entsprochen werden. Andere Forderungen, die von Gefängnis zu Gefängnis variieren - Verbesserung der Qualität des Essens, ausreichend Wasser etc. - sollen in jeder Haftanstalt zwischen Vertretern der Gefangenen und den Gefängnisdirektionen verhandelt werden. In den schwererwiegenden Fragen ist damit noch kein Fortschritt erzielt worden. Die Schließung der Isolierzellen war schon von Polizeiminister Schahal aus "Sicherheitsgründen" abgelehnt worden. Und ob über das Verlangen, Gefangene zu entlassen, die entweder zu alt oder zu krank sind, um noch ein "Sicherheitsrisiko" darzustellen, ernsthaft gesprochen werden wird, ist völlig unklar.

In der Kontroverse über den Charakter des Hungerstreiks und über seine führenden Kräfte kam es - ungewollt - zu recht bizarren Koalitionen. Während die Gefangenen auf dem "unpolitischen Charakter" ihres Streiks beharrten und betonten, er habe nichts mit dem Friedensprozeß zu tun, es gehe um "Luft, Wasser und Essen", bezeichnete Hanan Ashrawi, Mitglied der jordanisch-palästinensischen Verhandlungskommission bei den sog. Friedensgesprächen, den Hungerstreik sofort als "Test, um den guten Willen der (israelischen) Regierung bei den Friedensverhandlungen zu überprüfen" - und traf sich so haargenau mit dem Polizeiminister, der den Protest der Gefangenen als "politisch motiviert" ignorieren wollte. Ebenso wie der Polizeiminister als "Streikführung" die Gruppierungen der Palästinenser ausgemacht haben wollte, die sich gegen den Friedensprozeß wenden (gemeint sind PFLP, DFLP und islamische Gruppen), bezeichnete das von jüdischen Israelis herausgegebene antizionistische Blatt "The Other Front" eben diese Gruppen als eigentliche Initiatoren des Streiks, während es in (der Fatah- nahen) "Al-Fajr" heißt, 70% der Streikenden seien Fatah-Anhänger, und Daoud Kuttab in "Middle East International" den Erfolg der Gefangenen als Stärkung der Position Arafats bei den Friedensverhandlungen versteht.

Die zionistische Linke schweigt

Der Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen, in dem es ausdrücklich und ausnahmslos um die Verwirklichung minimaler Menschenrechte auch in Haft (wie sie im übrigen in der Vierten Genfer Konvention festgeschrieben sind) ging, war zugleich die erste große Probe für Meretz, das liberal-sozialdemokratische Parteienbündnis in der neuen von der Arbeitspartei geführten Regierungskoalition. Mosche Negbi schrieb in der regierungskritischen Zeitschrift "Chadaschot", am beunruhigsten sei das Ausbleiben einer Antwort der zionistischen Linken auf den Hungerstreik und seine Ziele. "Man bekommt den düsteren Eindruck, daß es keine israelische politische Kraft von einiger Bedeutung mehr gibt, die gegen die Verletzung der Menschenrechte und den hemmungslosen Einsatz von Gewalt in den (besetzten) Gebieten protestieren wird."

1989 noch klagte Amnon Rubinstein, Mitglied einer der heute das Meretz-Bündnis bildenden Parteien, daß die Verantwortung von Ministern der Arbeitspartei (die damals zeitweise eine Koalition mit dem Likud bildete) für die besetzten Gebiete das "nationale Desaster" noch vergrößere, da so die Durchführung politischer Maßnahmen ohne jede öffentliche oder parlamentarische Kritik ermöglicht werde. "Die Tauben in der Arbeitspartei wahren ein überraschendes Schweigen, und die Intellektuellen, die traditionellen Unterstützer der Arbeitspartei, sind verschwunden." Heute ist Rubinstein Minister in der neuen Regierung und, gleich dem ganzen Meretz-Bündnis, selbst in donnerndes Schweigen versunken.

K., Hamburg

Quellen: Das Verhör von Palästinensern während der Intifada: "mäßiger politischer Druck" oder Folterung? Hg. Betselem - Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten. Aus dem Englischen von Ellen Rohlfs. Tossens (Dura-Verlag) 1992

Div. Ausg. von: Al-Fajr (Ostjerusalem); Jerusalem Post, int. ed. (Israel); Palästina Bulletin; Süddeutsche Zeitung; The Other Front (Israel) - sämtlich aus dem Zeitraum 1.-30.10.92

31. Feindbilder - Zerrbilder (Rezension von "Arabische und deutsche Karikaturen zum Zweiten Golfkrieg")

Rubrik: Kultur; Nahost allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:33

"Karikaturen überzeichnen nicht nur die angenommenen Eigenschaften des Karikierten, sondern offenbaren auch vielfach die politische Einstellung des Karikaturisten bzw. der Gesellschaft, der er angehört. Karikaturen drücken somit - bei genauem Hinsehen - oft mehr aus als ein geschriebener Kommentar, da die Karikatur viel stärker emotionale mit rationalen Argumenten bündelt und auch das Unbewußte im Betrachter anspricht. Sie vermag deshalb u.U. mehr über die Inhalte eines Feindbildes auszusagen, als dies in Worten zum Ausdruck kommt." (Gernot Rotter)

Als eine Studie zum Thema "Feindbilder" hat der Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten (DIAK) ein Heft mit deutschen und arabischen Karikaturen zum Golfkrieg herausgebracht. Jede Karikatur wird begleitet von einem Kommentar, der zum einen den aktuellen Bezug, Anspielungen usw. erläutert, und zweitens den Aufbau und die Methode der Zeichnung kommentiert. Einige der Karikaturen werden mit anderen Bildern konfrontiert, bei denen sich der Zeichner möglicherweise "bedient" hat, aus denen er offen Elemente übernommen hat, oder die ähnlich aufgebaut sind.

Darüber hinaus enthält die Publikation Aufsätze zu den Themen "Feindbild", "Feindbilder in der Karikatur des 20. Jahrhunderts" (mit vielen gut ausgewählten Beispielen), "Zur Theorie der politischen Karikatur" und "Karikatur im Unterricht".

Wie die HerausgeberInnen - mehrheitlich StudentInnen der Islamwissenschaft - in der Einleitung schreiben, lag ihrer Arbeit eine Sammlung von 1000 westlichen (darunter 700 deutschen) und 500 arabischen Karikaturen zugrunde, die während des Golfkriegs oder in dessen Vorbereitungsphase erschienen. Für ihre Publikation haben sie rund 40 deutsche und etwa ebenso viele arabische Zeichnungen ausgewählt, also einen sehr kleinen Prozentsatz. Das läßt sich selbstverständlich nicht vermeiden, und wahrscheinlich ist die getroffene Auswahl einigermaßen repräsentativ. Im Vorbehalt "wahrscheinlich" deutet sich allerdings auch schon das Problem an, denn die LeserInnen können dies den HerausgeberInnen glauben oder auch nicht. Im Fall der westlichen Karikaturen kann man das vielleicht noch aus der Erinnerung überprüfen, im Fall der arabischen aber fehlt natürlich jede Vergleichsmöglichkeit.

Sicher wäre es nützlich gewesen, die Gesamtheit der vorliegenden Karikaturen zum Golfkrieg systematisch auszuwerten und vergleichendes Zahlenmaterial zu erarbeiten. Also beispielsweise: wie oft wurde dieses Motiv verwendet, wie oft jenes (beispielsweise der Vergleich Hitler-Stalin-Saddam); wieviele der Karikaturen beziehen sich auf ein eng personifiziertes Feindbild (Saddam) und wieviele greifen darüber hinaus (Islam, Araber); welche Unterschiede lassen sich zwischen einzelnen Zeichnern und einzelnen Zeitungen ausmachen. Nützlich gewesen wäre außerdem, wenn auch gewiß sehr viel arbeitsaufwendiger, wenn die Karikaturen nicht absolut für sich genommen worden wären, sondern ein gewisser vergleichender Bezug zu jeweils in der Nähe plazierten Artikeln, Kommentaren und Schlagzeilen hergestellt worden wäre.

Gibt es ein neues "Feindbild Islam", wie Gernot Rotter in seinem Geleitwort für das DIAK-Heft schreibt? Die ausgewählten Karikaturen unterstützen diese These meiner Ansicht nach nicht ausreichend. Fast ausschließlich ist die Person Saddam Husseins, und nur er, Gegenstand der gezeichneten Anfeindungen. Nur eine der Karikaturen zeigt im Hintergrund den Islam als überragende Drohgestalt. Eine weitere zeigt einen "Mullah", der aus einer Tankstellen-Zapfsäule mit der Aufschrift "Golfkrieg" einen PKW namens "Islamischer Fundamentalismus" volltankt.

Das paßt zu der allgemeinen Beobachtung, daß die vorherrschende Propaganda zum Golfkrieg extrem stark auf Saddam Hussein personalisiert war. Beispielsweise war in den Schlagzeilen der "Bild" während des Krieges und in den letzten Wochen davor niemals vom Irak die Rede, sondern immer nur von Saddam - ganz so, als würde der Krieg wirklich nur gegen einen einzigen Mann stattfinden. (Einer der Hauptzwecke dabei: das Unsichtbarmachen der realen Opfer des Krieges.) Sowieso eignet sich Saddam denkbar schlecht als Symbolfigur des Islam oder gar des "Fundamentalismus", denn sein Nationalismus ist durchaus unreligiöser Art.

Im übrigen war auch die Konstellation des Golfkriegs, in dem ja die "guten" Araber auf der richtigen Seite mitkämpften, für eine Stimmungsmache gegen "die" Araber oder "den" Islam nicht geeignet. Man wird sich erinnern, daß das Feindbild Kommunismus (= Sowjetkommunismus) jahrzehntelang von dem anonymen stämmigen Rotarmisten mit den großen Marschstiefeln geprägt wurde. Ein entsprechendes Symbol für den Islam oder die arabische Welt fehlt bislang. In den 70er Jahren, vorwiegend im Zeitraum der ersten Ölkrisen-Kampagne 1973/74 hatten die "Ölscheichs" Konjunktur, die meist aussahen wie König Feisal, oft am Wasserpfeifchen zogen, meist in der Nähe eines Ölfasses dargestellt. Die Zeichner haben offensichtlich diesen Typus aufgegeben, zumal während des Golfkriegs die "Ölscheichs" ja zu den ganz besonders guten Arabern gehörten. Das Feindbild Araber/Islam existiert somit für die Karikatur vorerst nur in personalisierter Form, als Khomeini, Arafat, Gaddafi, Saddam. Auf diesem Gebiet ist das geschriebene Wort oft schon erheblich weiter, was die Bildung negativer Klischees angeht.

Kt.

Feindbilder. Arabische und deutsche Karikaturen zum Zweiten Golfkrieg. Hg. von Nada Fahed, Claus Jacobsen, Meral Kasar, Klaus Mellenthin und Oliver Rickhof. Extranummer der DIAK-Zeitschrift "israel & palästina", August 1992. 96 S., zahlreiche Abb., DM 14.80 im Buchhandel.

Bei Bezug über DIAK, Bahnhofstr. 148,

6732 Edenkoben: DM 17.- incl. Versand.

32. Allarme terrorismo! Italien im Herbst: Tomatenwerfer, Bombenleger und geistige Mittäter

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:07

Tagelang gewährten die italienischen Tageszeitungen einem Ereignis Raum auf ihren Titelseiten, das in deutschsprachigen Presseerzeugnissen meines Wissens nicht einmal als Kurznotiz Erwähnung fand: ein fehlgeschlagener Bombenanschlag der nuclei comunisti combattenti ("Kämpfende kommunistische Kerne") auf die Zentrale des Unternehmerverbandes Confindustria in Rom am 18. Oktober. "Aus technischen Gründen" kam eine Sprengladung nicht zur Entzündung, die nach Expertenmeinung für den Glaspalast eine "Katastrophe" hätte auslösen können, ganz zu schweigen von der "bedeutenden symbolischen Wirkung" (La Repubblica). Die Kapitalistenzentrale als Scherbenhaufen hätte bei nicht wenigen der seit dem Spätsommer in Bewegung geratenen ArbeiterInnen mehr als nur klammheimliche Freude ausgelöst. Daß die Explosion ausblieb, läßt Zweifel an der Urheberschaft des Attentatsversuchs aufkommen. Wenn, wie so oft in den Jahren seit 1969, Geheimdienstleute verwickelt sein sollten, dann wäre ihre römische Inszenierung eine taktische Meisterleistung: das Ziel des Anschlags, die Unternehmerzentrale, weist eindeutig auf linke Täter hin; der ausgebliebene Schaden demoralisiert potentielle "Sympathisanten"; gleichzeitig ermöglicht der Fehlschlag Spekulationen, was alles hätte passieren können; der staatliche Fahndungsapparat kann präventiv in Gang gesetzt werden.

Nach dem heutigen Erkenntnisstand gibt es allerdings darüberhinaus keinerlei Indizien für eine staatliche bzw. rechtsextreme Beteiligung. Das Bekennerschreiben wird für authentisch gehalten; Inhalt und Stil - "bestes Italienisch" - weisen nach Einschätzung der Experten auf Veteranen der "bleiernen Jahre" hin, denen die Abfassung von Flugblättern weitaus geläufiger sei als der Umgang mit Sprengkörpern. Zwar sei die ziemlich altmodische Bombe - eine Tiefkühlbox mit fünf Kilo Schwarzpulver und zwei Zündschnüren - von "Experten" konstruiert worden. Daß sie nicht hochging, wird allgemein mit der Nervosität der Bombenleger erklärt: in Hektik geraten, hätten sie die eine Lunte gar nicht und die andere so schlecht entzündet, daß sie wieder ausging. Das harmlose Paket wurde schließlich in den frühen Sonntagmorgenstunden von einem Nachtwächter entdeckt. Der Zeitpunkt des Anschlags und eine von den Bombenlegern angebrachte Warnung "Pericolo bomba" ("Bombengefahr") weisen darauf hin, daß die Täter menschliche Opfer unbedingt vermeiden wollten.

Mit der Instrumentalisierung des mißglückten Anschlags gegen die Linke, vor allem gegen die Massenproteste der ArbeiterInnen, versuchte die angeschlagene Regierung Amato, sich in der innenpolitischen Auseinandersetzung einen kleinen Terraingewinn zu verschaffen. "Terrorismusalarm" wurde ausgegeben, das "Nationale Komitee für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" trat zusammen. Umberto Agnelli, Vizepräsident von FIAT, wandte sich mit dem Appell an die rebellierenden Massen, ihre Empörung doch bitte auf das geeignete Objekt zu richten. Die Bestechlichkeit der Politiker sei wohl eine "Schande", der Terrorismus aber eine "Tragödie".

Auch die Opposition war in der Stunde des gewaltfreien Anschlags zur Stelle. Daß zeitgleich mit der römischen Panne ein Brand die polygraphische Fabrik des Confindustria-Präsidenten Luigi Abete in Pomezia zerstörte, wird zwar von der Polizei für Zufall gehalten. Für PDS-Sekretär Achille Occhetto sind auch hier die Schuldigen "Terroristen". In einem Telegramm an Abete bekundete er seine "Empörung über das erlittene schwere terroristische Attentat" und folgerte: "Dieses Attentat, wie jenes glücklicherweise fehlgeschlagene auf den Sitz von Confindustria, erfordert die unerbittliche Wachsamkeit der demokratischen Kräfte, um die Taten und Pläne subversiver Gruppen, die das zivile Zusammenleben des Landes bedrohen, im Keim zu ersticken." (La Repubblica, 20.10.) Das hatten wir doch schon: Demokraten aller Fraktionen widerstehen dem linken Terror. Die selbstlose Unterstützung des PCI für Giulio Andreottis Regierung der "nationalen Solidarität" führte ab 1976 dazu, daß der PCI, der so gern regierungsfähig werden wollte, auch noch seine Oppositionsfähigkeit verlor.

Daß die Gemeinsamkeit der Demokraten sich nicht zuletzt gegen angebliche "Sympathisanten" der Terroristen zu richten hat, unterstrich der Sozialist Ottaviano Del Turco, zweiter Mann des Gewerkschaftsbundes CGIL. Seiner Meinung nach zeigt schon, wer Tomaten auf Gewerkschaftsführer wirft, seine offene Flanke zum Terrorismus: "Heute ist die Gewerkschaft die Zielscheibe einer Kampagne, die extremistische Töne wie in den

70er Jahren hat. Ich habe Plakate und Flugblätter gelesen, die ich seit 20 Jahren nicht mehr gesehen hatte. Und auch einige irrsinnige Artikel." Einen öffentlichen Appell richtet Del Turco an Armando Cossuta, den Präsidenten von Rifondazione comunista (RC): "Cossuta muß reden. Ein alter Kommunist wie er muß doch für das Thema des Kampfes gegen den Extremismus empfänglich sein. Ich erwarte von ihm ein ernstes Wort an die Teile seiner Partei mit anderen Traditionen als denen des PCI" (Interview in Corriere della sera, 19.10.). Damit sind vor allem solche RC-Mitglieder gemeint, die in den 70er und 80er Jahren revolutionären Gruppierungen wie Democrazia proletaria angehörten. Cossuta und mit ihm RC-Sekretär Sergio Garavini sind Del Turcos Aufforderung zur Distanzierung bislang nicht gefolgt. In einem gemeinsamen Interview der Tageszeitung La Repubblica weisen sie der heißdiskutierten "Tomatenfrage" den ihr gebührenden Stellenwert zu. "Ihr habt euch nicht einmal zum Schein mit den Gewerkschaftsführern solidarisiert, die Schraubenmuttern und Tomaten ins Gesicht bekamen", konstatieren die Interviewer vorwurfsvoll. Cossuta und Garavini antworten: "Wir teilen nicht die Entscheidung, mit Schraubenmuttern oder mit Tomaten Politik zu machen." La Repubblica: "Aber ihr wünscht euch eine kochende Straße." Cossuta und Garavini: "Ihr vergeßt, daß es die Arbeiterklasse war, die eine Ohrfeige bekommen hat. Es ist eine unerhörte soziale Ohrfeige: im Juli der Raub der scala mobile (1), im September das Gesundheitswesen (2). Dann die Ankündigung, daß nicht einmal der Arbeitsplatz sicher ist."

Zur Frage der Bomben nehmen Cossuta und Garavini den traditionellen PCI-Standpunkt ein: "Wer Bomben legt, ist ein Provokateur." Empirisch gesehen haben sie damit gar nicht so unrecht: "Seit 20 Jahren, seit Piazza Fontana, gab es keine Bombe, bei der nicht der sehr begründete Verdacht bestand, daß Geheimdienste auf Abwegen die Hand im Spiel hätten" (Alle Zitate aus La Repubblica, 20.10.). Piazza Fontana? Wir erinnern uns: Dort explodierte am 12. Dezember 1969 vor der Landwirtschaftsbank eine Bombe, die 16 Todesopfer forderte. Mit diesem Anschlag, der nicht nur von der Linken als strage di Stato (Staatsmassaker) bezeichnet wird, begann die "Strategie der Spannung". Der schwarze Terror war eine Antwort auf den "heißen Herbst", die Massenaktionen von Studenten und ArbeiterInnen, die Militanz der aus Süditalien zugewanderten FIAT-Arbeiter in Turin. Obwohl nicht nur in diesem Fall die Zusammenarbeit von faschistischen Bombenlegern und Geheimdiensten bewiesen werden konnte, kam es bis heute zu keiner einzigen rechtskräftigen Verurteilung.

Auch wenn - bei allem Vorbehalt - die Confindustria-Bombe offenbar von Linken gelegt wurde, ist Cossutas und Garavinis Erinnerung an das Piazza-Fontana-Massaker berechtigt. Im verglichen mit den Vorjahren "heißen Herbst" 1992 könnte sich einer der düstersten Teile der italienischen Nachkriegsgeschichte wiederholen, wenn die frei herumlaufenden Rechtsterroristen und ihre Helfershelfer im Staatsapparat auf das "bewährte" Mittel zurückgreifen sollten, eine sich schnell verbreiternde und radikalisierende Massenbewegung durch Terror zu demoralisieren.

Js.

Anmerkungen:

1) Die automatische Inflationsanpassung der Löhne

2) vgl. ak 347, S. 31

33. La lotta continua - der Kampf geht weiter. Aufhebung der Urteile im Sofri-Prozeß

Der Kampf geht weiter - Urteile gegen Adriano Sofri und Genossen aufgehoben

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:06

Adriano Sofri war überrascht und erleichtert zugleich: "Ich habe gedacht, daß es schlimmer ausgehen würde, weil gegenwärtig in Italien alles immer schlimmer wird..." Der Spruch des römischen Kassationsgerichts vom 23. Oktober hat eine "juristische Ungeheuerlichkeit" (Sofri) außer Kraft gesetzt: die Verurteilung der ehemaligen Lotta-continua-Militanten Sofri, Bompressi und Pietrostefani zu jeweils 22 Jahren Haft wegen Mordes bzw. Anstiftung zum Mord an dem Carabinieri-Kommissar Calabresi im Mai 1972. Dem Schuldspruch lagen keinerlei Beweise zugrunde. Er gründete sich allein auf die Aussage des Kronzeugen Leonardo Marino, der sich, angeblich nach schweren seelischen Qualen und aus echter Reue, 16 Jahre nach der Tat selbst der Beteiligung bezichtigt und die drei ehemaligen LC-"Leader" als seine Auftraggeber denunziert hatte.

Der Anklagevertreter hofft nun auf mehr Glück in der nächsten Runde, wenn der Racheprozeß gegen die revolutionäre Linke von einst wieder ganz neu aufgerollt wird. Auch Sofris Anwalt verbreitet Optimismus: "Wir sind jetzt auf dem richtigen Wege, um die Wahrheit zu rekonstruieren". Zur Wende im Calabresi-Prozeß dokumentieren wir einen Kommentar von Rossana Rossanda.

Drei Schritte vorwärts

Von Rossana Rossanda

Der Prozeß gegen Sofri, Bompressi und Pietrostefani muß also neu geführt werden: Das Kassationsgericht hat nach langer Beratung anerkannt, daß der Spruch des Appellationsgerichts von Mailand nicht funktionierte. Es wird einen neuen Prozeß geben. Aber unterdessen sind drei wichtige Punkte geklärt.

Der erste ist, daß das Gericht nicht dem populistischen, demagogischen und juristischen Druck nachgegeben hat, der von den Medien und der Regierung ausgeübt wurde und der einen Schuldigen verlangt, auf daß Rache geübt und tiefe soziale Verunsicherungen gelindert werden. Die Forderung des Staatsanwalts ging in diese Richtung, weit über die Besonderheit des Falles Calabresi hinaus: Er verlangte, daß das Gericht eine prozessuale Methode sanktioniere, die sich auf den sogenannten "logischen Beweis" gründet, das heißt auf die Bereitschaft der Juristen, sich von dem nicht durch objektive Überprüfung bewiesenen Bekenntnis/der Denunziation eines einzelnen überzeugen zu lassen. Wenn das so geschehen wäre, hätten sich die Prinzipien des Strafprozesses verändert und wäre jede Rechtsgarantie gefallen. Wir wissen alle, wie die Schwierigkeit, in Mafia-Prozessen Verurteilungen zu erreichen, bei den Leuten, aufgehetzt durch Kommentatoren, die nicht einmal merken, daß sie Parafaschisten sind, eine starke Neigung zur Schnelljustiz geschaffen hat, als ob die Rechtsgarantien in der Demokratie ein Luxus wären. Wenn dazu kommt, daß in Italien die Ermittlungsbehörden es nicht schaffen, irgendeinen Fall von Kriminalität zu lösen, ohne daß sich in dem zu bekämpfenden Organismus ein innerer Bruch - sprich: Kronzeugentum ("pentitismo") - auftut, würde die zweideutige Figur dessen, der einen Mittäter denunziert, Gefahr laufen, im Regelfall zur tragenden Säule der Anklage zu werden. Das ist nicht eingetreten. In einiger Zeit werden wir die Motivation des Gerichts kennen, aber es ist klar, daß es ein Urteil, das sich nicht auf konkrete und überprüfte Beweise stützt, nicht akzeptiert hat - wie es im Gegensatz dazu die Philosophie der beiden ersten Urteile, besonders die völlig romanhafte Philosophie des Appellationsgerichts, wollte.

Ein zweiter geklärter Punkt betrifft nicht die Zukunft der Republik, sondern die uns teuren Schicksale von Sofri und Bompressi und Pietrostefani. Sie waren Objekte schwerer Anklagen: Bompressi der, geschossen zu haben, Sofri und Pietrostefani des moralisch noch schlimmeren Vorwurfs, den Mord heimlich bei zwei sozial schwächeren Genossen in Auftrag gegeben zu haben. Seit gestern ist es niemandem mehr erlaubt, die Achseln zu zucken: wenn die Richter sie verurteilt haben, wird das schon seinen Grund haben. Sicher, der gegen alle drei gelenkte Verdacht, die Katastrophe in ihrem Leben können nie mehr wiedergutgemacht werden. Schrecklich ist die Verantwortung der Voruntersuchung, die sich auf nichts Gesichertes und ein paar Aufsehen erregende Lügen stützte.

Drittens und letztens, die Presse. Wir sind die einzige Tageszeitung, die von Anfang an Beweise verlangt, Protokolle gelesen und Stunde um Stunde in Mailand den Prozeß verfolgt hat. Wir sind mit den wenigen Mitteln, die wir haben, einer Verpflichtung nachgekommen, die zu erfüllen die großen Köpfe versäumt haben: sie ergreifen lieber Partei und predigen, sie prüfen nicht und informieren folglich auch nicht. Aus politischem Interesse und aus Neigung zur Manipulation versäumen sie es, ihre Rolle zu spielen und der Pressefreiheit gerecht zu werden. Der Spruch des Kassationsgerichts macht Professionalität und Glaubwürdigkeit zum Prozeßgegenstand. Es wäre gut, wenn sie daran dächten.

(aus "Il manifesto", 25.10.;

Übersetzung: Js.)

34. Schweizer Gewaltphantasien

Rubrik: Militarismus; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:26

1989 - ein Jahr der Träume! Traumhaft, dachten westliche Politiker und blickten mit feuchten Augen nach Osten: Ronnies "Reich des Bösen" zerbröselte langsam in Einzelteile, der größte Helmut aller Zeiten bekam die DDR ab (davon hatte er schon als Kind geträumt).

Die deutsche Wirtschaft wußte in der Folge mit traumwandlerischer Sicherheit die Situation für eine nette Anhebung der Gewinnspanne zu nutzen. Alles in Butter? Natürlich nicht. Für einige war 1989 das Jahr der Alpträume, z.B. für Militärs, die nach dem Wegfall des Feindbildes um ihre Arbeitsplätze bangen mußten.

Für die Schweizer Armee wurde der Alptraum im November 1989 fast zur Realität, als bei der legendären Volksabstimmung über die Abschaffung der Armee der Kelch nur knapp an ihr vorüberging. Doch Not macht bekanntlich erfinderisch. Knapp drei Jahre nach dem durch die Schweizer Bevölkerung öffentlich dokumentierten Akzeptanzloch entwarf das politisch-militärische Establishment ein "bürgernahes" Manöverszenario, das offensichtlich darauf abzielte, dem letzten Trottel vor Augen zu führen, wie wichtig eine Armee gerade für seinen persönlichen Schutz heute ist: "Asylbewerber, die aus ihrem Lager im Basler Bässlergut ausgebrochen sind und mit Sturmgewehren und Handgranaten die Basler Zeitung stürmen; Selbstmordkommandos einer ‚ausländischen Aktivistengruppe`, die Kamikazeangriffe auf das Kinderspital, die Münchensteinerbrücke und die Firma Hoffmann-La Roche fliegen". (Vorwärts, 30.10.92)

Nachdem bewaffnete Asylbewerber mordend und geiselnehmend durch die Nordschweiz gezogen sind, wird laut Planspiel Basel von der Umwelt abgeschnitten, es kommt zu Flugzeugangriffen auf Krankenhäuser und Chemieanlagen. Doch als Sahnehäubchen zur Katastrophe stehen plötzlich auch noch 4000, vor allem russische Flüchtlinge an der Schweizer Grenze. Zwangsläufig wird die Armee mobil gemacht, und die Regierung fordert eine europäische Lösung durch eine Migrationskonvention, die verhindern soll, daß überhaupt Flüchtlinge bis an die Grenzen der Schweiz gelangen.

Wenn's nicht so zum Heulen wäre, könnte mensch gar nicht genug lästern, mit welchen Scheißspielen die harten Jungs ihre Zeit totschlagen. Selbst in einem Land wie der Schweiz, in dem Brandanschläge auf Asylbewerberheime und Überfälle auf Ausländer seit Jahren auch nichts Unbekanntes sind, stellt dieses Manöver eine eklatante Verschärfung des Klimas gegenüber diesen Minderheiten her, daß der Vergleich zur staatlich begünstigten Ausländerhatz in Deutschland förmlich ins Auge springt. Offensichtlich sitzt in den Chefetagen der Politik ein "satter Euromob, der sich mehr und mehr mit dem Gedanken anfreundet, die an die Fleischtöpfe drängenden Verdammten dieser Erde physisch zu liquidieren". (Vorwärts, 30.10.92)

Aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Dieser knallharte Rassismus findet sich ja, wie wir wissen in wachsendem Maße, in der gesamten Gesellschaft. Sonst wäre es nicht zu erklären, daß in der Schweiz so ein Manöver ohne große Proteste über die Bühne geht und in Deutschland die "Tür-zu-Mentalität" durch eine Änderung oder Abschaffung des Artikels 16 im Grundgesetz verankert werden kann.

Die Politik sorgt mit solchen Aktivitäten nur dafür, daß die Türen für eine Form zukünftiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geöffnet werden, die für uns alle schnell zu einem Alptraum werden kann.

jp, Hamburg

35. Tödliche Fracht. Der japanische Atomfrachter

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Japan · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:10

Rund sechs Wochen dauert die Tour des japanischen Atomfrachters Akatsuki-maru und seines militärischen Begleitschiffes von Frankreich nach Japan - wenn alles gut geht. Beladen mit 133 Behältern, auf 15 Lkws angefahren, insgesamt 1,5 Tonnen hochgiftigem Plutonium. Ein Stoff, der selbst milligrammweise tödlich wirkt, und der waffenfähig ist, in dieser Menge ausreichend für ein ganzes Arsenal von Atom-Bomben. 40 Tonnen aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in La Hague (20t) und Sellafield (20t) sollen in den nächsten zehn Jahren noch hinzukommen.

Dieser erste, extrem gefährliche, sündhaft teure und höchst geheime Transport wird nun die Lücke im Plutonium-Kreislauf schließen, argumentiert die japanische Atom-Lobby. Mangels eigener ausreichender Kapazitäten werden seit langem die abgebrannten Uranbrennelemente aus den japanischen AKWs nach Frankreich und Großbritannien zur Wiederaufarbeitung gebracht. Das dort gewonnene Plutonium soll dann als Brennstoff für die Schnellen Brüter in Japan eingesetzt werden. Doch der Bedarf wird zur Zeit gedeckt. Paul Leventhal vom Washingtoner Nuclear Control Institute und Jinzaburo Takagi vom Tokioter Citizen's Nuclear Information Center weisen in einem Offenen Brief (1) an die französische Regierung darauf hin, daß die japanische Betreibergesellschaft PNC (Power Reactor and Nuclear Fuel Development Corp.) falsche Berechnungen vorgelegt habe. Die Plutonium-Bilanz sei ausgeglichen, mit den 1,5 Tonnen aus Frankreich würde in Japan ein riesiger Vorrat aufgebaut. Und sie forderten ein Ausfuhrverbot von der französischen Regierung: "Denn es würde einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen, den Transport von hochtoxischem, waffenfähigem Plutonium in Mengen zu genehmigen, die die Fähigkeit eines Landes übersteigen, es in seinen Reaktoren zu absorbieren (...)" (2). Der Verdacht, Japan wolle sich damit den Weg zur Bombe ebnen, wird vielfach geäußert. Die Pläne dafür sind tatsächlich längst erstellt, nur vielleicht dezenter behandelt worden als in der BRD.

Daß der Transport gerade jetzt erfolgt, mag eher zufällig sein. Schließlich mußte er abgestimmt werden, die Zustimmung der Bush- Administration wurde eingeholt, Frankreichs sozialistische Regierung und die staatseigene Betreiberfirma von La Hague waren direkt beteiligt, viele Regierungen erkundigten sich besorgt nach der Route, untersagten z.T. das Passieren ihrer Gewässer. Doch die Fahrt der "Morgendämmerung" (Akatsui-maru) kann durchaus auch als Symbol für den neuen Zeitgeist begriffen werden: Japan will eine stärkere Rolle als "global player" spielen, vor allem aber in Asien, wo die Machtposition der USA jetzt etwas schwächer und die der ehemaligen Sowjetunion deutlich gesunken ist. Was steckt für ein eiserner Wille dahinter, in den Besitz des Plutoniums zu kommen, wenn Japans Atomlobby schon beim Transport bereit ist, über Leichen zu gehen? Ein Greenpeace-Schiff wurde mehrfach gerammt, das Sinken des Schiffes offenbar bewußt in Kauf nehmend.

Ha., Hamburg

Anmerkungen:

1) J. Takagi, Don't Approve Plutonium Export, An Open Letter to the French Government, in: Nuke Info Tokyo, Sep./Oct. 1992, S. 5 f.

2) Ebd., S. 4.

36. Sprache als Militanzersatz - wenn Lesen zur Qual wird

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:36

Der Bär, der berühmte russische, scheint nun erlegt. Da wird es Zeit, sich zu überlegen, wie denn das Fell verteilt werden soll. Die Zahl der ErbInnen ist groß, aber fast noch größer scheint die Zahl der NachlaßverwalterInnen bzw. der InterpretInnen des Nachlasses. Hierzu gehören insbesondere diejenigen, die den jetzigen Augenblick zum Anlaß nehmen, noch einmal über die russische resp. sowjetische Geschichte öffentlich nachzudenken. Unter denen wiederum befindet sich eine besondere Species derjenigen, die es immer schon gewußt haben. Auch die Linke, inclusive der radikalen Linken in der BRD, stellt einige Abteilungen dieser Spezies. Eine davon hat ein Buch über das Ende der UdSSR vorgelegt, oder genauer gesagt: Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells, Beiträge zur Geschichte der sozialen Konfrontationen mit dem sozialistischen Akkumulationskommando. Es ist erschienen in einer Reihe, die den Titel trägt: Materialien für einen neuen Antiimperialismus.

Aus sozialrevolutionärer Sicht werden in diesem Buch die Ausgangsbedingungen der russischen Revolution 1905 sowie der Oktoberrevolution 1917 ebenso kritisch hinterfragt wie das Ende der Sowjetunion. Im Mittelpunkt steht die Frage, was diesen Typus von Gesellschaft zum Kollabieren brachte. Die AutorInnen geben gleich in den einleitenden Texten des Buches die Antwort: Durch die Machtübernahme der Bolschewiki 1917 wurde der aufkommenden sozialen Revolution im Land der Garaus gemacht. Statt sich mit den revoltierenden Bauernmassen zu verbünden, zogen es nach Ansicht der AutorInnen die Bolschewiki vor, ein repressives Herrschaftssystem zu errichten. Dieses sei nichts anderes gewesen als eine Nachahmung der kapitalistischen Entwicklung in den westlichen Ländern. Von daher sei es müßig, an dieser Frage über unterschiedliche Sozialismuskonzeptionen zu diskutieren, da es sich eben nicht um Sozialismus, sondern um Kapitalismus mit leicht veränderten Vorzeichen gehandelt habe.

Im folgenden wird versucht, diese These zu belegen und zu begründen, warum eine erfolgreiche Revolution nur durch den Kampf der unterdrückten Bauernschaft erreicht werden kann. Ich will es an dieser Stelle dahingestellt lassen, wieweit es den AutorInnen gelingt oder mißlingt, ihre Ansichten zu verifizieren. Hier will ich mich in erster Linie mit der Sprache des Buches und dem implizierten Politikverständnis der AutorInnen beschäftigen.

Everywhere is war

Das ganze Buch - 320 Seiten - ist bestimmt durch eine äußerst martialische Sprache. Ständig ist von "Fronten", vom "totalen Krieg", vom "sozialen Krieg" und ähnlichem die Rede. Es werden "sozialtechnische Schneisen" geschlagen, der Krimkrieg war "Sprengstoff" und "Stoßkeil", der "die Schneise in den Balkan und den Nahen Osten freisprengen half", und ähnliches mehr. Sicher, die russische Revolution 1905 und auch die Oktoberrevolution 1917 sind aus Kriegssituationen entstanden, aber warum ist es scheinbar notwendig, Klassenkampf als "sozialen Krieg" zu bezeichnen, der eine "Totalisierung" erfährt, bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen sozialrevolutionären Kräften und der zaristischen Ordnungsmacht oder auch den Bolschewiki von "Frontalzusammenstößen" zu sprechen? Warum ist industrielle Modernisierung, industrielle Entwicklung "totaler Maschinenkrieg"?

Ehrlich gesagt, mich hat diese Sprache erschreckt und zuletzt abgeschreckt. Ich habe ich mich gefragt, was sind das für Menschen, die anscheinend der Ansicht sind, daß ein derartiges Sprachgebaren Militanz und revolutionäres Bewußtsein repräsentiert? Spontan assoziiere ich mit einer derartigen Sprache Menschen aus einer ganz anderen politischen Richtung. Darüberhinaus verdeutlicht diese Sprache weniger Militanz als vielmehr eine durch und durch militaristische Auffassung vom Gang der Dinge. Sie macht nur Sinn, wenn Mensch der Ansicht ist, daß hinter allem und jedem, was auf der Welt geschieht, irgendeine Form von planendem und befehlsgebendem Generalstab o.ä. steckt.

Sprache als Mittel

der Verständigung?

"Das Entscheidende ist, daß sich hiermit nicht ein ‚Weltsystem` etablierte oder erweiterte, wie die linken Anbeter des kapitalistischen Monismus es wollen, sondern der Antagonismus von Befreiung und wertschöpfender Gewalt auf einer neuen Stufe reproduzierte: eine lange Welle sozialer Revolution in der Auseinandersetzung mit der internationalisierten Gewaltsamkeit des Inwertsetzungszyklus des ‚Eisenbahnkondratieffs`. Die metropolitanen Prozesse erweiterter Reproduktion des Kapitals in der Dynamik der 2. industriellen ‚Revolution` stellen darin nur ein Moment dar: die Aufrüstung zu Zentren der Reorganisation kapitalistischer Kriegsmittel und -strategien im sozialen Weltkrieg." (S. 45)

"Ihre moralische Ökonomie transformiert sich zu Sinnmomenten sozialrevolutionärer Vergesellschaftung und entwickelt ihre kollektiven und egalitären Reproduktionsformen zu genuin kommunistischen Kampf- und Agitationsformen bei der Durchsetzung des Rechts auf Existenz. Die zunehmende Aufnahme ‚Fremder` ins Dorf mit der Folge der Einbeziehung ins kommunitäre Anrecht auf Mitbesitz und Subsistenz nach einigen Fruchtfolgen, wie sie für die slawische Dorfgemeinschaft typisch war (‚wer die Sichel hält, hält auch den Löffel`), trägt zu einer Abstraktifizierung und Verallgemeinerung der kommunitären Qualitäten bei, die noch die nationalsozialistische Rationalisierungsmaschinerie konfrontieren sollte." (S. 47/48)

"Es ist das Modell einer kriegswirtschaftlichen Wertschöpfungsorganisation, das die Struktur des sowjetischen Industrialisierungsweges und seiner sozialen Organisation bestimmt." (S. 93)

"Was in dieser ‚Reformperiode` in der Sowjetunion geschah, war eine umfassende politische, soziale und ökonomische Deregulierung zur Schaffung einer reorganisierten Akkumulationsbasis, befreit von den Fesseln sozialer Renitenz, für ein neues, produktives, rationales Akkumulationsregime. (...) Was sich wie ein politisches und ökonomisches Chaos ausnimmt, war das Vorantreiben der Krise als ein Prozeß der blutigen Katharsis von den sozialen Schlacken der militärökonomischen Entwicklungs- und Wertschöpfungsordnung." (S. 94)

Alles klar? Ich könnte diese Zitatensammlung noch weiter fortsetzen, aber ich denke, es wird auch so deutlich, daß die AutorInnen dieses Buches tief, zu tief in der Sprache ihrer politischen Szene verwurzelt sind. Denn neben der grundsätzlichen inhaltlichen Orientierung dieser Sätze bereitet es doch mehr Mühe als Vergnügen, diese Sprache erst einmal zu übersetzen, was ohne Zweifel möglich ist. Doch es sei die Frage erlaubt, warum mensch ein Buch herausgibt, also der Ansicht ist, mensch hätte etwas mitzuteilen, was andere vielleicht auch interessiert, dies dann aber in eine solche Sprache gießt, die im Grunde genommen nur den eigenen Leuten verständlich ist. Nur wer seit Jahren die Papiere und die verwendete Literatur dieser politischen Richtung verfolgt, ist in der Lage nachzuvollziehen, was mit Begriffen wie "moralische Ökonomie" etwa gemeint ist. Aufgrund dieser Sprachbarriere minimiert sich der Erkenntniswert des Buches und der Reiz zur Diskussion über das Thema. Es bleibt der Eindruck, daß da ein Buch geschrieben wurde, das eigentlich nur für die intime Form der hektographierten Vereinsmitteilungen, des gruppeninternen Schulungsinfos angelegt ist.

Lenin als Handlanger

der Faschisten?

Zum Schluß noch eine Anmerkung zur Behandlung des Friedens von Brest-Litowsk in diesem Buch. Aus Sicht der AutorInnen wird dieser Friede als der Beginn einer erfolgreichen Zusammenarbeit von Deutschen und "Rechtsbolschewisten" angesehen. Lenins Losung "Lerne vom Deutschen", die sicherlich eine kritische Hinterfragung vertragen kann, wird so interpretiert, daß Lenin und einige andere führende Bolschewiki als glühende Anhänger des deutschen Militarismus darstehen. Auf der einen Seite wird Lenin bescheinigt, daß er als "Theoretiker einer diktatorisch-bürokratischen Akkumulationsstrategie ebenso platt wie uninteressant" sei (S. 63); auf der anderen Seite wird keine Mühe gescheut um nachzuweisen, daß eben jener Langweiler zusammen mit Trotzki die Sache der russischen Bauern an die deutsche Sozialdemokratie und somit ans westliche Kapital verraten habe. Darüberhinaus wird jeder Kontakt zwischen Bolschewiki und irgendwelchen Deutschen in dieser Zeit als Vorwegnahme der unsäglichen "Zusammenarbeit" zwischen Stalin und Hitler interpretiert. Da wird die versprochene Analyse endgültig zur Farce, wenn mit dererlei analytischem Scharfsinn Geschichte über einen Kamm gescho-ren wird.

Die echte, die einzig wahre Revolution kann nach Ansicht der AutorInnen nur aus den Kämpfen der revolutionären Bauernschaft und LandarbeiterInnenmassen dieser Erde resultieren, alles andere ist Verrat und Arbeit für den Klassenfeind oder, um in der Diktion zu bleiben: des Kriegsgegners. Da sei die Frage erlaubt,

warum wird das Leben auf dem Land, die rurale Existenz nur aus der Brille der sozialen Revolten, der sozialrevolutionären Kämpfe dargestellt? Nirgends ein Wort über die Brutalität des Alltags, im Rußland des Jahres 1905 auf dem Land überleben zu wollen, zu müssen. Kein Blick auf die Dumpfheit und kulturelle Einöde, in der das russische Dorf über Jahrhunderte von den Herrschenden gehalten wurde. Statt dessen wird die durch die Not erzwungene Enge zur Solidarität romantisiert, Hungerrevolten werden zur bewußten politischen Tat verklärt. Kein Satz davon, wie brüchig derartige Bündnisse auch im Rußland der ausgehenden Zarenherrschaft gewesen sind, kein Wort davon, daß die kulturelle Öde des Dorfes erst durch die Politik der Bolschewiki durchbrochen wurde.

Hier hat die Borniertheit und damit auch Begrenztheit der eigenen ideologischen Auffassung der Erkenntnis die Feder geführt. Diese aus dem Sprachgebaren der AutorInnen herauszukristallisieren, hat im Verlauf des Buches mehr Kraft gekostet, als es tatsächliche Erkenntnisse gebracht hat.

Andreas Skrypietz, Bristol

Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells

Beiträge zur Geschichte der sozialen Konfrontationen mit dem sozialistischen Akkumulationskommando. Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 4. Berlin (Schwarze Risse) 1992. 320 Seiten, DM 25.-

Eine interessante Kleinigkeit

Im Dezember 1936 und im Januar 1937 erschien in der menschewistischen Exilzeitung Sozialistischkij Westnik der Titel "Brief eines alten Bolschewiki". Als Autor des Briefes wird Boris Nikolajewski - ein Menschewik - genannt. Scheint nicht besonders interessant, aber hinter diesem Brief und dem Autor verbirgt sich ein Stück sowjetischer Geschichte, an das die Linke nicht gern erinnert wird. Der Brief behandelt die Verhältnisse in der Partei, im ZK und in der sowjetischen Gesellschaft Ende der zwanziger, Anfang bis Mitte der dreißiger Jahre. Er versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, wieso kam es zu den großen Säuberungen, den Prozessen, wieso wurde Bucharin vor's Tribunal gezerrt, obwohl Lenin ihn einst als "Liebling der Partei" bezeichnet hatte?

Im Prozeß gegen Bucharin wurde ihm dieser Brief zum Vorwurf gemacht und die Behauptung aufgestellt, daß es mit der Existenz dieses Briefes erwiesen sei, daß Bucharin mit dem Klassenfeind zusammenarbeite. Als Beleg diente die Tatsache, daß Nikolajewski ein bekannter Menschewik war. Zutreffend ist, daß sich Bucharin 1935 und auch noch 1936 mit Nikolajewski in Paris getroffen hatte. Allerdings im Auftrag der Partei. Denn der scheinbar feindliche Menschewik war Mittelsmann der Bolschewiki, um von der deutschen Sozialdemokratie Teile ihres Parteiarchives zu kaufen, insbesondere den Nachlaß von Karl Marx inkl. der Originale vom "Kapital". Anhand des Briefes läßt sich unschwer feststellen, daß die beiden auch über die inneren Verhältnisse in Partei und Gesellschaft der UdSSR geredet haben. Dies wiederum wurde Bucharin als Verrat vom Ankläger Wyschinski vorgehalten, der übrigens bis Mitte der zwanziger Jahre selbst Menschewik gewesen war.

Der Brief geht sehr ausführlich auf die inneren Verhältnisse im ZK ein; er beleuchtet insbesondere die Umstände um die Ermordung von Kirow, dem damaligen Parteichef von Leningrad. Dieser Vorgang wird allgemein als der Beginn der Großen Säuberungen angesehen. Die Schilderung der innerparteilichen Verhältnisse, aber auch der Loyalität der Altbolschewiki gegenüber der Partei und gegenüber Stalin verdeutlichen die Vertracktheit der Situation für Bucharin, Sinowjew, Kamenew und die anderen Angeklagten.

Für alle, die sich weitergehend für die Geschichte der UdSSR interessieren, ist der Brief eine empfehlenswerte Lektüre. Nicht daß er mit neuen Fakten aufwartet, aber er skizziert treffend die Atmosphäre der damaligen Zeit innerhalb der führenden Gremien der Partei. Erweitert wird dieses Bild durch den kurzen Artikel über die Ermordung Kirows, der in drei Teilen 1956 in derselben Zeitung erschien. Boris Nikolajewski nahm die sog. Geheimrede von Chruschtschow zum Anlaß, noch einmal zu diesem Thema zu schreiben.

Beide Aufsätze sind jetzt wieder veröffentlicht worden. Detlev Claussen - Frankfurter Politikwissenschaftler - hat dazu ein einleitendes Essay geschrieben. Auf der einen Seite gelingt es ihm, die Beutung des Briefes, seine Entstehungsgeschichte und die damalige Situation der UdSSR in den historischen Kontext einzubauen. Dies ist vor allem für Leute, die sich noch nicht intensiv mit der sowjetischen Geschichte auseinandergesetzt haben, hilfreich. Auf der anderen Seite scheint Bucharin nicht nur der Liebling der Partei gewesen zu sein, sondern ist heutzutage auch der Liebling der Besserwisser. Denn Detlev Claussen vermittelt seinen

LeserInnen das unmißverständliche Gefühl, daß er es - neben Bucharin - immer schon gewußt hat, die UdSSR ist und war ein Alptraum und nicht die Realisation von Sozialismus. Einmal abgesehen von der Frage, ob Bucharin diese Ansicht geteilt hätte, dieser Duktus gerade zum Ende des Essays hinterläßt einen faden Nachgeschmack. Doch davon sollte mensch sich nicht abhalten lassen, die dokumentierten Texte zu lesen.

Andreas Skrypietz, Bristol

Boris Nikolajewski: Brief eines alten Bolschewiki. Frankfurt/M. (neue kritik) 1992. 106 Seiten.

37. Mit dem "starken Staat" gegen rechts? Vom RA von Rolf Gössner

von Rechtsanwalt Rolf Gössner (Bremen)

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:30

Wie so oft in Zeiten wachsender sozialer Unsicherheit und Ungerechtigkeit hat gegenwärtig die Staatssicherheit Hochkonjunktur. Der Schrei nach dem starken Staat, nach einfachen strafrechtlichen und polizeilichen "Lösungen" ist unüberhörbar. Mit steigender Kriminalität, "Organisierter Kriminalität", mit "Ausländerkriminalität" und "Asylmißbrauch", mit Rechtsextremismus und neonazistischer Gewalt scheinen neue Legitimationen für staatliche Aufrüstungsmaßnahmen gefunden, die die alten Feindbilder - die "kommunistische Gefahr" und den sog. Linksterrorismus - allmählich verdrängen. Mit ihnen wird, wie ehedem, eine innere Sicherheitspolitik betrieben, die letztlich zum Politik-Ersatz verkommt. Denn nicht etwa Ursachen werden damit angegangen - weder die Ursachen der Massenflucht nach Deutschland, noch Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung -, sondern das daraus resultierende Konfliktpotential wird zum Überwachungsobjekt des "Verfassungsschutzes", in den Polizeigriff genommen und kriminalisiert - allerdings mit einer merkwürdigen politischen Schlagseite.

Staatliche "Sicherheits"-Offensive

Seit der deutschen Vereinigung erleben wir in der "neuen" Bundesrepublik einen enormen Schub der "Inneren Sicherheit":

- Der Marsch in den Sicherheitsstaat nach westdeutschem Modell ist in den neuen Bundesländern mittlerweile so gut wie abgeschlossen. So wurden der stasigeschädigten Bevölkerung neue Geheimdienste unter dem Decknamen "Verfassungsschutz" zugemutet, die Polizei ist weitgehend aufgebaut (allerdings schlecht ausgerüstet) und alles rechtlich abgesichert - auch wenn diese Sicherheitsapparate gegen Rechts ganz offensichtlich nicht so gut funktionieren, wie wir das in der (Alt-)BRD gegen Links gewohnt sind.

- Gegen die in Ansätzen reale, aber politisch dramatisierte Gefahr der "Organisierten Kriminalität" wurde bereits ein Gesetz geschmiedet, das längst praktizierte, aber höchst umstrittene geheimpolizeiliche Mittel und Methoden legalisiert; zwei Ergänzungen stehen - im wahrsten Sinne des Wortes - noch ins Haus: So soll zum einen - per Grundgesetzänderung - der große Lauschangriff mit Wanzen oder Richtmikrophonen in und aus Wohnungen ermöglicht werden und zum anderen sollen künftig verdeckte Ermittler der Polizei, die mittlerweile "legal" in kriminelle Szenen eingeschleust werden können, "milieubedingte" Straftaten begehen dürfen. Die bereits zu beobachtende staatliche Mitorganisierung der (organisierten) Kriminalität bekäme damit die Gesetzesweihe.

- Und nun werden auch die Pogrome von Neo-Nazis gegen Asylbewerber in Rostock und anderswo zum Anlaß genommen, etwa nach einer neuen mobilen Polizei-Eingreiftruppe zu rufen, nach Schnellgerichten vor Ort sowie nach einer Verschärfung des Haftrechts und des "Landfriedensbruchs".

Gigantische Verdrängung

Man wird den Verdacht nicht los, daß mit dem teilweise geschürten und provozierten Flüchtlingsproblem und mit der skizzierten "Sicherheits"-Strategie ein gigantisches Verdrängungsprogramm losgetreten wurde, mit dessen Hilfe von den dramatischen Vereinigungsfolgen und -kosten, von dem neuen sozialen Ost-West-Konflikt "Deutsche-Ost gegen Deutsche-West" und umgekehrt abgelenkt werden kann. Die Sündenböcke sind systematisch aufgebaut worden und werden in Gestalt der Schwächsten, der Flüchtlinge, quasi zum Abschluß freigegeben - der soziale Konflikt verlagerte sich entsprechend auf "Deutsche gegen Ausländer" und eskalierte zu pogromartigen Ausfällen: 14 Tote pflastern bereits den Weg zur "nationalen Identität" - allein in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 1992 forderten die über 2000 neonazistischen Gewalttaten 11 Tote und über 800 zum Teil schwer Verletzte. "Asylantenheime" brennen und Anwohner klatschen Beifall, rassistische Schlägertrupps marschieren durch die Städte und Ausländer werden beschimpft, verprügelt, ermordet, teilweise unter den Augen einer untätigen Polizei, KZ-Gedenkstätten werden verwüstet und jüdische Friedhöfe geschändet - Alltag gewordener Terror im vereinten Deutschland.

Verantwortlich gemacht für diesen sprunghaft wachsenden neonazistischen Terror wird, so scheint es, die sogenannte Asylantenflut und der "massenhafte Asylmißbrauch" durch "Scheinasylanten", "Wirtschaftsflüchtlinge" und "kriminelle Ausländer". Und da ist es nur konsequent, weniger gegen die rechten Terroristen zu unternehmen, als vielmehr gegen deren Opfer, die beseitigt werden sollen - und wenn dazu das Grundgesetz geändert und das Asylrecht abgeschafft werden muß.. "Asylsicherung" nennt die CDU/CSU diese "Ausländer-raus"-Politik - Orwell läßt grüßen. Und schon wurde wegen einer zu erwartenden Asyl"Katastrophe" der "Staatsnotstand" beschworen, zu dessen Abwendung die Bundesregierung selbst den offenen Verfassungsbruch nicht mehr ausschließen mag. Der Bundeskanzler - ein Fall für den "Verfassungsschutz"? Wie weit sind wir schon gekommen, wenn eine Bundesregierung sich genötigt sieht, allen Ernstes zu dementieren: Nein, "die Regierung plant keinen Staatsstreich" (so Kanzleramtsminister Bohl vor dem Bundestag). Wie beruhigend!

Der kleine Unterschied

Die Botschaft dieser Notstands-Politik im "Deutschen Herbst" 1992: 1. Nicht die neonazistische Gewalt ist das Problem, sondern die Asylfrage; 2. Die Fremden sind an der gesamtdeutschen Misere schuld, und 3. in extremen Situationen sind auch extreme Mittel legitim - was wunder, wenn die Neonazis sich dadurch ebenfalls legitimiert sehen, weiter mit Mord und Totschlag die Situation zu "bereinigen".

Wir standen in der Alt-BRD schon einmal am Rande eines "Ausnahmezustandes" - unter anderen Vorzeichen; die Reaktionen darauf haben die Republik drastisch verändert: Damals, als Mitglieder der "Rote Armee Fraktion" (RAF) und der "Revolutionären Zellen" vor und nach dem "Deutschen Herbst" 1977 ihre Anschläge gezielt gegen staatliche und gesellschaftliche Funktionäre, gegen Einrichtungen und Vertreter des großen Kapitals, des "militärisch-industriellen Komplexes" oder des staatlichen Repressionsapparates richteten - ja damals wurde hart durchgegriffen gegen den "linken Terror": Sondersitzungen des Parlaments, große und kleine Krisenstäbe, Blitzgesetze und polizeiliche Sonderermächtigungen, großangelegte Lauschangriffe und Großrazzien, Zensur und Sympathisantenhetze, Einschränkungen der Verteidigungsmöglichkeiten vor Gericht, Isolationshaft und Kontaktsperre, Aufbau eines weitverzweigten "Anti-Terror"-Sonderrechtssystems, darüber hinaus personelle, finanzielle und technologische Aufrüstung aller Sicherheitsorgane - das sind nur einige Stichworte jener Staatsreaktion, die sich vorwiegend gegen Links richteten und weit hinein in die demokratische Linke, weit hinein in Anti-AKW- und Friedensbewegung auswirkten.

Gegen den massiven rechten Terror der letzten Jahre und Monate, gegen die unzähligen neonazistischen Mordanschläge gegen Angehörige von Minderheiten, da wird allerdings dieser etablierte Hochsicherheitsapparat nicht mobilisiert, noch nicht einmal das klassische Instrumentarium effektiv eingesetzt. da hält sich die Polizei vornehm zurück, wie in rostock und anderswo. Kein Polizeikessel wie etwa in Hamburg, keine Hubschrauber-Jagden, keine Bürgerkriegsmanöver wie bei den großen Anti-AKW-Demonstrationen, keine Massenkontrollen und -verhaftungen, keine bundesweiten Razzien, keine nackte Polizeigewalt wie in München wegen eines linken Pfreifkonzertes gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Erst als linke DemonstrantInnen nach Rostock eilten, um gegen den Neonazi-Terror zu protestierten, funktionierte die Staatsgewalt plötzlich wieder in gewohnter Weise, da erinnerte man sich z.B. schlagartig wieder der so beliebten polizeilichen Kontrollstellen, an denen sich alle Passierenden ausweisen und durchsuchen lassen müssen.

Andere Täter, andere Opfer - andere Reaktionen

Um einem Mißverständnis vorzubeugen: Neonazismus und Rechtsterror sind kein neues Phänomen dieser Tage oder seit der deutschen Vereinigung. Es gab und gibt sie nicht erst seit Hoyerswerda und Rostock - und zwar in West- wie in Ostdeutschland. Die westdeutsche Wirklichkeit in den 80er Jahren: Schon 1988 gab es insgesamt 73 "rechtsextremistische" Organisationen mit knapp 30.000 Mitgliedern (1992: 40.000 Neonazis, wovon etwa 4.500 als gewaltbereit gelten). Von 1980 bis 1989, also innerhalb von zehn Jahren, gab es - neben über 700 rechtsterroristischen Gewalttaten, wie Sprengstoff- und Brandanschlägen, Raubüberfällen und Körperverletzungen - insgesamt 36 Tote aufgrund von rechtsterroristischen Anschlägen; darunter waren die Opfer des Münchner Oktoberfest-Attentats, zehn Ausländer, ein jüdischer Verleger und seine Lebenspartnerin, zwei Männer ohne festen Wohnsitz ... Das sind über dreieinhalbmal so viele gewaltsame Todesfälle, wie im selben Zeitraum von sog. Linksterroristen verursacht wurden (10 Fälle).

Angesichts dieser Tatsache ist die Frage von besonderem Interesse, ob und inwieweit das unter Bürgerrechtsaspekten als höchst bedenklich geltende Anti-Terror-Instrumentarium (mit dem Organisationsdelikt § 129a Strafgesetzbuch als Schlüsselnorm), auch gegen rechte Gewalttäter und Gruppen eingesetzt worden ist. Denn schließlich stellt § 129a die Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung", deren Unterstützung und das Werben für eine solche unter Strafe; sie setzt bereits weit im Vorfeld strafbarer Handlungen an. Ein entsprechender Anfangsverdacht eröffnet den Ermittlungsbehörden spezielle Eingriffsbefugnisse, wie z.B. Kontrollstellen, Schleppnetzfahndung, Groß-Razzien, Telefonabhöraktionen und die sogenannte polizeiliche Beobachtung.

Die Antwort auf die Frage nach der Anwendung dieses umstrittenen Instrumentariums ist denkbar kurz: Es wurde praktisch kaum gegen rechten Terror angewandt. Folgende Tendenz läßt sich für die 80er Jahre zusammenfassen:

- Es stehen 3.300 "Linksterrorismus"-(LT)-Verfahren mit ca. 10.000 Betroffenen 134 "Rechtsterrorismus"-(RT)-Verfahren mit etwa 390 Betroffenen gegenüber.

- Im Gegensatz zu den LT-Ermittlungsverfahren nach § 129a STGB nehmen die RT-Verfahren stetig ab und tendieren seit 1986 gegen Null. Diese Nulltendenz geht einher mit einem Aufwärtstrend terroristischer Gewaltaktivität von rechts.

- Reichte im LT-Bereich bereits die gesprühte Buchstaben-Kombination "RAF" an einer Wand oder die Parole "Für Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" während einer Veranstaltung aus, um die Täter wegen "Werbens" oder "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" zu monatelangen Haftstrafen zu verurteilen, so genügen auf der anderen Seite noch nicht einmal verbotene Nazi-Symbole, wie das Tragen von Hakenkreuzen, "Sieg-Heil"-Rufe und der "Hitlergruß", aus, Strafverfahren auch nur einzuleiten.

- Diese unterschiedliche Vorgehensweise hat zur Folge, daß im rechten Spektrum wesentlich weniger "Taten" aus dem Meinungsäußerungsbereich mit Hilfe des § 129a als "terroristisch" kriminalisiert werden als links. Staatliche Strafermittlungen gegen "Unterstützer des Rechtsterrorismus" oder gegen rechte "Sympathie-Werbung" kommen praktisch kaum vor.

Wenn man so will: Polizei und Justiz zeigen sich in Sachen Neonazis, wie sonst selten in politischen Verfahren, von ihrer rechstaatlichsten und liberalsten Seite - und das ist bis heute so geblieben: Trotz immer deutlicher werdender organisatorischer Steuerung der Gewalttaten gibt es auch in den 90er Jahren kaum "Rechtsterrorismus"-Ermittlungsverfahren; 1990: eins (gegen links: 146), 1991: fünf (inzwischen wieder eingestellt; gegen links: 191), 1992: bisher zwei (Verdacht der Gründung eines "Nationalen Einsatzkommandos" und einer Teilorganisation des amerikanischen Ku-Klux-Klans auf deutschem Boden; außerdem je ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer "kriminellen Vereinigung" nach § 129 gegen Mitglieder der "Deutschen Nationalen Partei", sowie wegen Gründung einer Wehrsportgruppe, der "Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg").

Immer noch werden rechtsterroristische Gewalttaten als Handlungen von isolierten Einzeltätern bzw. von unorganisierten Spontantätern bagatellisiert, allenfalls ist von Jugend-Gangs oder alkoholisierten Jugendcliquen die Rede - als gäbe es keinerlei politischen Hintergrund für ihre mörderischen Gewalttaten, als gäbe es nicht längst einen gut organisierten neonazistischen Kern aus Skinhead-Szene, Neonazi-Parteien, Wehrsportgruppen und völkischen Einsatzkommandos, die schwer bewaffnet u.a. den Straßen- und Häuserkampf zur Stürmung von Asylbewerber-Heimen exerzieren und dabei auch die Sprengung von Häusern demonstrieren.

Nicht genug Anhaltspunkte?

Generalbundesanwalt Alexander von Stahl noch Mitte Oktober 1992: "Rechtsterroristische Strukturen kann ich ... bisher nicht erkennen"; im übrigen fehlten "zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür ..., daß Ziel und Zweck ... die Begehung besonders schwerer Straftaten" sei, was für eine "terroristische Vereinigung" Voraussetzung ist (taz-Interview). Angesichts von Mord und Totschlag, von schwerer Brandstiftung und Volksverhetzung eine gewagte "These".

Da verwundert es nicht, daß auch die bisherigen Gerichtsurteile gegen die neonazistischen Totschläger und Terroristen erstaunlich milde ausfallen - wiederum ganz anders als gegen sog. Linksterroristen. Nicht immer

dürfte sich dies allein mit der Jugendlichkeit der versoffenen Täter ("Saufbrüder") erklären lassen, die angeblich in erster Linie wegen sozialer Perspektivlosigkeit, aus reinem Frust oder purer Langeweile brandschatzen und morden.

Aus der deutschen Geschichte ist uns dieses staatliche Handeln nach zweierlei Maß zur Genüge bekannt. Ob es, so muß man sich fragen, wohl auch damit zu tun, daß von dieser Art Terrorismus keine Gefahr für das staatliche Gewaltmonopol ausgeht, erklärtermaßen nicht? Schließlich huldigen die rechten Gewalttäter einem starken, autoritären Staat und den althergebrachten Feindbildern: Sie richten sich hauptsächlich gegen links-politische und soziale Minderheiten und Außenseiter, nicht etwa gegen Wirtschaftsbosse oder Staatsfunktionäre. Die staatlichen Gewalten, viele ihrer Vollstrecker und die herrschenden politischen Kräfte fühlen sich offenbar von rechts kaum bedroht, schon gar nicht in ihrer Substanz - eher, so hat es den Anschein, tatkräftig unterstützt in ihren (asyl-)politischen Zielvorstellungen.

Der "starke Staat" steht rechts

Wir erleben gegenwärtig eine wahre Rollback-Debatte: Im Kampf gegen das "Organisierte Verbrechen", gegen Drogenkriminalität, gegen rechten Terror und "Asylmißbrauch" sind allzu viele - übrigens auch aus dem liberalen Bürgertum und der verbliebenen "Linken" - bereit, bürgerrechtliche und rechtsstaatliche Positionen nach und nach zu räumen (das gilt auch für die "Bewältigung" der DDR-Stasi-Vergangenheit). Plötzlich werden sogar bei ehedem (staats-)kritischen Geistern der vielgeschmähte "Verfassungsschutz" akzeptabel, das 129a-Sonderrechtssystem genehm sowie die Hilferufe nach Polizei und Staat schriller, wenn diese nur endlich wirkungsvoll gegen den Rechtsterror eingesetzt würden; geheimpolizeiliche "Verdeckte Ermittler" oder (noch) verfassungswidrige Lauschangriffe finden im Kampf gegen die organisierte Drogen-Kriminalität neue Freunde, die in ihrer Hilflosigkeit glauben, den Verheißungen der Polizei und Innenminister folgen zu müssen, um der neuen Unsicherheit begegnen zu können. Demgegenüber geraten sämtliche Reform- und Entkriminalisierungsbemühungen - Abbau bzw. Auflösung des Verfassungsschutzes oder Ausstieg aus der kriminalitätsfördernden Drogenpolitik - unter wachsenden Druck; und das Asylrecht wird zur Disposition gestellt, in dem (Aber-)Glauben, damit dem Flüchtlingsproblem "Herr" zu werden. Letztlich werden damit aber unerfüllbare Erwartungen geweckt; gleichzeitig wird einer humanen und sozialverträglichen Einwanderungspolitik eine glatte Absage erteilt.

Trotz der Diagnose einer extrem unterschiedlichen staatlichen Behandlung von links- und rechtsorientierten Tätern plädiere ich nicht etwa für eine formale "Gleichbehandlung" oder gar für neuerliche strafrechtliche Verschärfungen, nur diesmal ausnahmsweise gegen rechts. Denn auch im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus führt meines Erachtens die Fixierung auf staatliche Institutionen und Maßnahmen in die Irre. Die Delegierung dieses gesellschaftlichen Problems an Staat und Dritte Gewalt, gegenüber denen doch historisch begründetes Mißtrauen angebracht ist, verhindert nicht nur eine radikale Aufarbeitung des Faschismus und eine engagierte Gegenwehr durch die BürgerInnen selbst, sondern sie befördert auch eine Sicherheitskonzeption, die der Bevölkerung vorgaukelt, sozialpolitische Konflikte könnten polizeilich und strafrechtlich "gelöst" werden - eine Sicherheitskonzeption, die im übrigen wieder zielsicher gegen links, gegen mißliebige politische und soziale Minderheiten losgehen kann. Und es besteht die Gefahr, daß der Rechtsruck, den wir in der Gesellschaft verzeichnen, auf staatlicher Ebene ergänzt, verstärkt und verfestigt wird: Denn der "starke Staat" mit seiner "law-and-order"-Ideologie steht tendenziell rechts.

Diese Feststellung spricht allerdings keineswegs gegen angemessen hartes polizeiliches und justitielles Eingreifen gegen neonazistische Gewalttäter - aber bitteschön nach rechtsstaatlichen Prinzipien und herkömmlichem Strafrecht. Bei konsequenter Anwendung und Ausschöpfung könnte m.E. damit endlich auch ein effektiverer Schutz der Gewalt-Opfer gewährleistet werden - vorausgesetzt, der politische Wille dazu ist vorhanden.

Rolf Gössner lebt als Rechtsanwalt und Sachbuch-Autor in Bremen.

38. Über den "Mißbrauch" des Asylrechts. Kritische Anmerkungen zu den Thesen von Knut Mellenthin (ak 347)

Autor: D. Liehmann u.a. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:47

Was treibt den Autor Knut Mellenthin eigentlich dazu, ausgerechnet in der aktuellen politischen Situation, in der Neonazis den Ton in der sogenannten "Asyldebate" angeben und die Mehrheit der Deutschen nicht die Grenzen der "Belastbarkeit", sondern ihrer Toleranz gegenüber "Ausländern" auf den zivilisatorischen Nullpunkt gebrandschatzt, gemordet und beklatscht haben, die Forderungen nach "Offenen Grenzen" von links her in Frage zu stellen?

Knut knüpft an die seit etwa drei Jahren mit Vehemenz geführten Diskussionen über "Offene Grenzen" versus einer staatlich regulierten Zuwanderungspolitik an, die in Teilen der liberalen Konservativen (Geißler 1985; Dorndörfer 1992), den Sozialdemokraten, bei den Grünen/Bündnis '90 sowie Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen geführt wird. Zeitverzögert und aus den bekannten naheliegenden Gründen wird diese Debatte derzeit in der PDS/Linken Liste nachgeholt (das Problem mit der "Aufarbeitung" stellt sich für sie ja im doppelten Sinne), mit all den "Nebenwirkungen" und auch Schwächen, die Knut an einigen Stellen richtigerweise kritisiert.

Aber das ist nicht der Punkt. Knut nimmt die in der PDS/Linken Liste geführte Diskussion, die er zugestandenermaßen nur verzerrt anhand des vorliegenden schriftlichen Materials wiedergeben kann, zum Anlaß, das Konzept der "Offenen Grenzen" insgesamt auf seine innewohnenden Widersprüchlichkeiten und Schwächen abzuklopfen und letztlich zugunsten noch zaghaft vorgetragener Sympathien für eine staatliche regulierte Einwanderungspolitik zu verwerfen.

Im wesentlichen bringt Knut drei zentrale Einwände gegen die Forderungen nach "Offenen Grenzen" vor. Er setzt sich - erstens - mit den globalen Tendenzen von Flucht und Migration auseinander und stellt fest, daß Migration in den Beschlüssen der PDS/Linken Liste einfach unter dem Oberbegriff "Flucht" subsumiert wird. Diese Konstruktion sei offenkundig falsch, da es sich bei der großen Mehrheit der Zuwanderung eben nicht um Flucht, sondern um Migration handele.

Daraus leitet er - zweitens - den Vorwurf an die Befürworter der "Offenen Grenzen" ab, Asyl- und Einwanderung unzulässigerweise zu vermischen und de facto das Schutzrecht für Verfolgte (Asyl) auszuhebeln, wenn sich jede Form von Zuwanderung auf das Asyl-Grundrecht berufen könne. Wer das Asylrecht als "Vehikel" einer allgemeinen Einwanderung "mißbrauche", stärke nicht die Schutzfunktion des Asylrechts für die wirklich Verfolgten, sondern trage zu seiner "Zerstörung" bei. Mit dieser Art der Problematisierung - Knut spricht wörtlich vom "Nadelöhr" des Asylrechts - stimmt er im Kern mit den Auffassungen der herrschenden politischen Klasse überein, die diese Diskussion bekanntlich unter dem Stichwort "Asylmißbrauch" führten.

Hieraus zieht Knut - drittens - die Konsequenz, für ein "sehr liberales Einwanderungsrecht" inklusive eines "Asylrechts als speziellen Schutzrecht" zu plädieren. Auch das ist nicht sehr originell, sondern greift Konzeptionen auf, die in mehr oder weniger "liberaler" Form von Teilen der Konservativen (Geißler 1985; Oberndörfer 1992), der SPD in ihren "Petersberger Beschlüssen", Bündnis 90/Die Grünen und Angehörige der hiesigen links-liberalen Intelligenz bereits seit längerem vorgebracht werden.

Er führt weiterhin an, daß eine Politik der ungehinderten Zuwanderung nicht ohne eine erhebliche Verschärftung der inneren Verhältnisse in den kapitalistischen Metropolen zu haben sei und darüber hinaus, infolge des "brain drain", auch negative Folge für die Herkunftsländer zeitige.

Es ist schon irgendwie bezeichnend, wie sehr sich in der sogenannten "Asyldebatte" gerade in diesem Land die Koordinaten nach rechts verschoben haben, wenn die herrschende politische Klasse nicht mehr zu bieten hat als rechtes Stammtisch-Vokabular und die liberale Linke in die Fußstapfen des "eigentlichen" Diskurses schlüpft.

Flucht und Migration

Flucht und Migration, letztere als Einwanderung verstanden, seien zwei Paar Schuhe, sagt Knut. Bei der Mehrzahl der Zuwanderung in die kapitalistischen Metropolen handele es sich nicht überwiegend um die "echten" Flüchtlinge, die Verfolgungsgründe für sich reklamieren könnten, sondern um ArbeitsmigrantInnen.

Die Betonung der unterschiedlichen Formen von internationalen Wanderungen hat mit drei "Mißverständnissen" zu tun: Flucht- und Migrationsbewegungen liegen keine individuellen, sondern kollektive gesellschaftliche Prozesse zugrunde, aus dem sich kaum noch eine sinnvolle Differenzierung zwischen Flucht und Migration ableiten läßt. Außerdem ist es eine Sache, analytische Beiträge zu den Formen und Ursachen von Flucht und Migration zu leisten, eine ganz andere aber, wenn sie interessens- und zweckgebunden betrieben wird - etwa, um aus solchen Analysen eine vorgeblich praktikable Einwanderungspolitik in den kapitalistischen Metropolen zu begründen.

Die globalen Verhältnisse und Widersprüche, die permanent neue Flucht- und Migrationsbewegungen erzeugen, erlauben jedoch immer weniger eine solche "interessengeleitete" Differenzierung, die die Individualisierung der jeweiligen Motive der Flüchtlinge und Migranten zur Voraussetzung der Aufnahme oder Abweisung in den kapitalistischen Metropolen macht.

Wenn Knut sich so laut darüber erregt, daß die Befürworter der "Offenen Grenzen" mit dem Klischee der Verfolgten und Ärmsten der Armen, die zu uns gelangen, völlig ausblenden würden, daß auch Arbeitsmigranten ohne solche "Flüchtlingseigenschaften" kommen, dann schafft er nur ein anderes Klischee: daß sich Flucht und Migration fein säuberlich unterscheiden ließen.

Die analytisch im konkreten Fall nur schwer nachzuvollziehende Trennung zwischen Flucht und Migration wird auch daher relevant, damit die kapitalistischen Industriestaaten ihren Teil der Verantwortung für flucht- und migrationserzeugende Bewegungen von sich "wegdelegieren" können - auf die Aufnahmeländer in der "Dritten Welt". So empfiehlt der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) den Industriestaaten ausdrücklich eine restriktive Interpretation der Verfolgteneigenschaften - entgegen einzelnen Forderungen der mittelamerikanischen Cartagena-Länder oder der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die die kollektiven Flucht- und Migrationseigenschaften anerkannt sehen wollen.

Wie problematisch das Herangehen von Knut ist, den internationalen Wanderungsbewegungen mit einem chirugischen Eingriff beikommen zu wollen, wird schon deutlich, wenn die Ursachen dieser Bewegung benannt werden. Es sind diese bekanntlich die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten einer internationalen "Arbeitsteilung", ferner die in diesem Zusammenhang stehenden "Wanderungsbewegungen" von Kapital, Waren und Dienstleistungen, denen die Migrationsbewegungen im wesentlichen folgen, und die internationalen Prozesse der Herausbildung neuer Nationalstaaten im Kontext von zum Teil explosiven sozialen und ethnischen Auseinandersetzungen im Kampf um Macht und Ressourcenverteilungen. Gerade die letztgenannten flucht- und migrationserzeugenden Ursachen, bei denen es zum großen Teil zu Vertreibungen, zu internen und externen Migrationen kommt, lassen sich bei aller Mühe kaum in Flucht- und Migrationseigenschaften auftrennen. Hinsichtlich der Migration, insbesondere der sogenannten Arbeitsmigration, unterläuft Knut ein weiterer Fehler. Er untersucht die Migrationsbewegungen völlig einseitig nur von der "Angebotsseite" her. Er unterschlägt, daß Migrationen größtenteils "nachfrage-induziert" sind, die mit historisch entstandenen Interpedenzen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern zusammenhängen.

Beispiel Deutschland: Läßt man einmal die "völkisch" definierte Migration von Aussiedlern beiseite, so liegt der Anteil der Migration aus der Türkei seit der Anwerbekampagne in den sechziger Jahren relativ hoch. Das liegt zum einem am hohen Anteil der nachziehenden Verwandten und Familienmitglieder, generell jedoch an den sich seit dieser Zeit immer mehr verfestigten Wanderungsbeziehungen. Die Zulassung von sogenannten "Gastarbeitern" u.a. aus der Türkei hat letztlich nicht nur einen Daueraufenthalt für viele türkische Familien begründet, sondern diese Beziehungen haben sich im Verlaufe der Zeit de facto verstetigt.

Es liegt geradezu auf der Hand, daß sich ganz ähnliche Interpedenzen zwischen Deutschland und den osteuropäischen Nachbarstaaten herausbilden werden, je mehr die Transfers von Kapital und Waren bei relativ "offenen Grenzen" auch die Transfers der Ware Arbeitskraft nach sich ziehen, zumal es eine längere "Vorgeschichte" osteuropäischer Migration nach Deutschland und umgekehrt nicht nur eine wirtschaftliche, sondern kulturelle deutsche Hegemonie gibt, die nicht nur die sogenannten deutschen "Volksgruppen"

betreffen, sondern weit darüber hinaus gehen. In keiner Region der Welt wird das Erlernen der deutschen Sprache so stark nachgefragt wie dort, wo sie mit der englischen Sprache konkurriert (die Anteile liegen etwa bei jeweils 40%).

Wir haben es ferner nach dem Fall der Mauer mit einer weiteren "nachfrage-induzierten" Einwanderung von osteuropäischen Pendlern zu tun, die bei uns als Saisonarbeiter beschäftigt sind und gar keinen Daueraufenthalt für sich in Anspruch nehmen wollen. Für diese Pendler hat die Bundesregierung übrigens im letzten Jahr, kaum in der Öffentlichkeit beachtet, ihren Anwerbestopp aus dem Jahr 1973 gelockert und läßt befristete Arbeitsaufenthalte mit dem Aufenthaltstitel "Befugnis" ausdrücklich zu. Offiziell kamen in der letzten Zeit 170.000 Pendler, vornehmlich aus Polen und der CSFR über Werkverträge, inoffiziell ca. 600.000. Dafür verantwortlich sind deutsche Kapitalisten, Gastronomen, Bauern und Winzer, die diese für sie billigen Arbeitskräfte nachfragen. Wenn dem so ist, daß Arbeitsmigration eben nicht einseitig "angebotsorientiert", sondern aufgrund wechselseitiger Beziehungen zwischen Herkunfts- und Zielländern erfolgt, so tragen die aufnehmenden Industrieländer nicht nur die Mitverantwortung bezüglich der Ursachen von Wanderungsbewegungen, sondern auch für ihre Richtungen.

Von daher trägt die Forderung nach "Offenen Grenzen" zumindest teilweise den realen Wanderungsverläufen Rechnung, zumal es eine völlige Illusion wäre zu meinen, diese Bewegungen ließen sich in staatliche, wenn auch noch so "liberale", Quotenprogramme pressen. Sie werden sowieso umgangen - siehe USA oder Japan.

Wer, bitteschön, will sich als ein Metropolenlinker hierzulande hinstellen und eine Differenzierung vornehmen? Wer will "echte" Flüchtlinge von "Wirtschaftsmigranten" trennen? Wer will nicht nur den "echten" Flüchtlingen, sondern den erst angeworbenen "Arbeitsmigranten" mitteilen, bitteschön draußenzubleiben?

Die Crux liegt nicht in der durchaus richtigen Analyse unterschiedlicher Formen von Wanderungen, sondern in den Verhältnissen selbst, die wesentlich komplexerer Natur sind als es die einseitige Gegenüberstellung von Flucht/Migration auf der einen und den Zielländern auf der anderen Seite erscheinen läßt wie, dies Knut vorgenommen hat.

Knut entdeckt den massenhaften "Asylmißbrauch"

Knut wirft, nachdem er die Differenz zwischen Flucht und Migration, Armut und "brain drain" analysiert und hervorgehoben hat, der PDS/Linken Liste vor, das bundesdeutsche Asylrecht nicht zu stärken, sondern in der Konsequenz zu "zerstören", da das Asylrecht extensiv als allgemeines Zuwanderungsrecht mißbraucht werde.

Na und? Wenn es im Unterschied zu anderen Metropolen eine sehr geringe Möglichkeit, eine Chance der allgemeinen Zuwanderung gibt, warum sollte dies gerade die Linke davon abhalten, dieses "Nadelöhr" (Knut) einer allgemeinen Einwanderung extensiv zu nutzen? Weil der ursprüngliche Sinn des politischen Asyls "zur totalen Beliebigkeit" verkommt, so der Einwand. Nun sind wir wirklich schon bei Geißler und Engholm angelangt.

Der "Sinn" des Asylrechts als ein Schutzrecht für Menschen, die in ihren Herkunftsländern verfolgt werden, ist eben auch interpretierbar und interessengeleitet. In der BRD halten sich übrigens die meisten Flüchtlinge nicht auf Basis des Asyl-Grundrechtes auf, sondern aufgrund der §§ 50 und 51 des neuen Ausländergesetzes. Dort nämlich ist die berühmte Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) festgeschrieben, die die Abschiebung bei "Gefahr für Leib und Leben" verbietet und dem Gross der Flüchtlinge ein Bleiberecht einräumt (ca. 30% aller Flüchtlinge gegenüber nur etwa 5 bis 7% auf Basis des Artikels 16 Absatz 2 Grundgesetz). Dies nur als kurze Anmerkung zu he., der diesen Punkt in seinem Beitrag über die Unterschiede zwischen GFK und Grundgesetz wohl übersehen hat.

Knut selbst weist auf die Relativität und unterschiedliche Interpretierbarkeit des sogenannten "ursprünglichen Sinns" des Asyl-Schutzrechts hin, wenn er zu Recht beklagt, daß die deutschen Juden in der Zeit ihrer Verfolgung und späteren Vernichtung keinen Asylanspruch für sich reklamieren konnten - beispielsweise in den USA, die in ihrem Einwanderungsgesetz von 1924 deutsche Einwandererquoten festlegten, die jedoch eisern eingehalten wurden und deutsche Juden von der Emigration ausschlossen, zumal die USA damals über keine speziellen Flüchtlingsgesetze verfügten. Der "ursprüngliche Sinn" des Artikels 16 Absatz 2 ist im übrigen in zahlreichen Grundsatzurteilen des Bundesverfassungs- wie Bundesverwaltungsgerichtes längst bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden - und die jährlichen Anerkennungsquoten aus Zirndorf folgen dieser

Verfassungsinterpretation ebenso wie den geschönten und vor der Öffentlichkeit geheimgehaltenen sogenannten "Länderberichten" des Auswärtigen Amtes.

Wo verlaufen bitteschön, die Grenzlinien zwischen "echten" Flüchtlingen und Arbeitsmigranten? Knut tappt hier in eine Falle, die in der alltäglichen Propaganda ständig reproduziert wird. Unisono kommen alle staatstragenden Parteien mit dem "Mißbrauch des Asylrechts" daher und wollen mit der Abschaffung dieses Grundrechts die "echten" Verfolgten von den "Wirtschaftsflüchtlingen" trennen und betonen mit ernster Miene, daß die "wirklich Verfolgten" selbstverständlich das Recht auf Asyl erhalten. Wird etwa durch die strikte Trennung eines Asylrechts von einem Einwanderungsrecht das Asylrecht humaner, liberaler gestaltet? Werden deshalb etwa die Roma als Flüchtlinge anerkannt? Mitnichten.

Insofern gehen die Positionen von Knut und uns an diesem Punkt in völlig entgegengesetzte Richtungen, deren Kerndissens darin zu liegen scheint, die globalen Wanderungen und die sie auslösenden Ursachen zum Ausgangspunkt zu machen, denen gegenüber die Zuwanderungsprobleme in den kapitalistischen Metropolen eine vernachlässigbare Restgröße darstellen.

Gerade diejenigen, die für eine staatlich regulierte Zuwanderungspolitik plädieren und sie als realitätsnah und gegenüber der einheimischen Bevölkerung als vermittelbar darstellen, passen immer dann, wenn es um die praktischen Konsequenzen geht: Wo verlaufen die Grenzen? Welche Gruppen von Zuwanderern werden ein- und welche ausgeschlossen?

Die Konzeption der "Offenen Grenzen" hat ganz bewußt auf solche Grenzziehungen verzichtet und die - juristisch gesprochen - "Verfolgungstatbestände" so extensiv ausgelegt, daß sich fast jede/r Zufluchtssuchende/r darauf berufen kann. Aus gutem Grunde, wie ich meine: Wenn etwa Menschen infolge eines Bürgerkriegs fliehen müssen, ist die Sache (unter Linken zumindest) eindeutig; aber was ist, wenn Menschen infolge der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihren Ländern auswandern? Wird dies auch als eine Form der Vertreibung anerkannt, weil die dortigen Verhältnisse die Menschen dazu zwingen, woanders Arbeit zu suchen oder nicht?

Knut schreibt an anderer Stelle, daß es den hiesigen Menschen unendlich schwer vermittelbar sei, daß die "Offenen Grenzen" nur eine äußerst bescheidene "Gegenleistung", gewissermaßen die Gegenrechnung für die bestehende Weltwirtschaftsordnung ist, die uns die "Dritte Welt" präsentiert. (Selbst das stimmt genau genommen nicht, weil US-amerikanische und deutsche Studien in einer Kosten-/ Nutzen-Rechnung schon längst nachgewiesen haben, daß die metropolitanen Ausnahmeländer per Saldo von Zuwanderungen profitieren.)

Nein, es handelt sich hier nicht um ein Problem der schwierigen Überzeugungsarbeit. Heutzutage ist den meisten Menschen sehr bewußt, daß sie irgendwie auf Kosten der "Dritten Welt" leben. Und viele, sehr viele sind hierzulande der Meinung, daß dies auch so bleiben muß. Das Privileg, Deutsche zu sein, befördert in einer Situation, in der alltäglich die globalen Probleme einschließlich der internationalen Wanderungsbewegungen via Medien zu sehen sind, den hiesigen "Wohlstandsnationalismus" und eine "Selbstethnisierung" der Deutschen mit dem Preis einer Ausländerpolitik, die MigrantInnen und Flüchtlinge gleichermaßen diskriminiert.

Es handelt sich in dieser Situation nicht erstrangig um Überzeugungsarbeit, sondern um einen handfesten und knallharten Interessengegensatz, den die norditalienischen Ligen in einer sehr modernen Form auf den Punkt bringen. Der Widerspruch zwischen bestimmten rationalen Einsichten und völlig gegenteiligen Handlungs- und Verhaltensweisen ließe sich auch an anderen Beispielen (z.B. des Wohlstandssymbols Auto) zeigen.

Eine weiterer Dissens besteht in dem Punkt, daß Knut, zwar noch etwas zaghaft, aber doch eindeutig aus seiner ganzen Argumentation ablesbar, eine "sehr liberales Einwanderungsrecht" plus einem "Asylrecht als speziellem Schutzrecht" als "nicht von vornherein abwegig" favorisiert.

Hierzu ist nun wirklich schon viel geschrieben und mehr noch gestritten worden, so daß die Argumente gegen eine staatlich regulierte Einwanderungspolitik einschließlich einer Asylpolitik nochmals kurz wiedergegeben werden sollen. Erstens steht eine staatlich regulierte Einwanderungspolitik im Widerspruch zu den realen und sich ständig verändernden Verläufen von Migrationsbewegungen, die anderen "Gesetzen" gehorchen als

staatliche Quotenregelungen, die keine Rücksichten auf die Richtungen von Migrationen, wohl aber auf die eigenen nationalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktinteressen nehmen.

Dieser unauflösbare Widerspruch wird bei den "Offenen Grenzen" in gewisser Weise anerkannt und durch das "Öffnen" der Grenzen partiell Rechnung getragen, während VertreterInnen einer geregelten Einwanderung den Anschein geben, dieses Problem "sozialverträglich" gegenüber der heimischen Bevölkerung regeln zu wollen. Bürger- und Menschenrechte sollen, wenn überhaupt, an den nationalstaatlichen Grenzen für das eigene Volk enden und keinesfalls universelle Geltung besitzen. Erst dies bildet die Basis, Nichteinheimische mit Sondergesetzen und Quoten zu diskriminieren.

Das Problem des "brain drain", das Knut zurecht problematisiert, wird durch eine noch so liberale Einwanderungspolitik eher noch verstärkt, da die Herrschenden hierzulande lediglich Interesse an jungen, arbeitsfähigen, möglichst schon qualifizierten und assimilationswilligen Einwanderern haben.

Falls Knut unter "sehr liberalem" Einwanderungsrecht u.a. verstehen sollte, eher unqualifizierte Menschen einwandern zu lassen, die in ihren Herkunftsländern so gut wie chancenlos sind, dann widerspricht dies in keiner Weise den Forderungen nach "Offenen Grenzen".

Entgegen Knuts Vorstellungen richtet sich eine von ihm favorisierte Mischung aus Einwanderungs- und Asylpolitik in der Praxis immer gegen die, die Knut besonders schützen will: die "echten" Flüchtlinge. In den USA liegt die Relation quotierter Flüchtlinge zu den ebenfalls quotierten Einwanderern, die legal zuwandern dürfen, in etwa bei eins zu sieben. In Österreich und der Schweiz, in denen die Diskussionen und auch konkreten gesetzlichen Maßnahmen weiter fortgeschritten sind als hierzulande, wird das Zuwanderungsproblem völlig einseitig zu ungunsten der Flüchtlinge geführt.

Hier stellt sich das generelle Problem der Ein- und Ausschließung von Zuwanderergruppen, die eine kombinierte Einwanderungs- und Asylpolitik immer vornehmen muß. Unumstritten dürfte ja wohl sein, daß es einen generellen, nicht auflösbaren Widerspruch zwischen den Verläufen und Richtungen von internationalen Wanderungen und der "metropolitanen" Aufnahmepolitik gibt, da nur an den Symptomen, nicht aber den zugrundeliegenden Ursachen herumkuriert wird.

Der Unterschied zwischen "Offenen Grenzen" und einer staatlich regulierten Einwanderungs-/Asylpolitik besteht nicht nur darin, daß die internationalen Migrationsbewegungen in der Praxis die metropolitanen Steuerungsversuche unterlaufen und sich als illusionär erweisen. Er besteht auch darin, daß die "Offenen Grenzen" in bescheidenem Maße diesen Bewegungen durch eine großzügige, unterschiedslose Aufnahme entsprechen. (Insofern können die "Offenen Grenzen" eher mit "Öffnung" der Grenzen übersetzt werden.) Umgekehrt bedient sich die staatlich regulierte Einwanderungspolitik selektiver Instrumentarien, um die "Sozialverträglichkeit" oder den Konsens der einheimischen Bevölkerung zu beschaffen.

Letztenendes sind wir dann wirklich in den USA angelangt, wo die Liberalen aus humanitären, völker- und menschenrechtlichen Gründen mit den Quoten etwas großzügiger verfahren und die Konservativen von "vollen Booten" sprechen. Schlägt Knut allen Ernstes vor, daß sich die bundesdeutsche Linke anschicken sollte, den "liberalen" Part des Quotenpokers zu übernehmen?

Auf die konkreten Verhältnisse in der BRD übertragen hieße das, daß der Schuß voll nach hinten losgehen würde.

Einwanderungsgesetzgebung und Asylrecht würden als "Vehikel" dazu verwendet, die Zuwanderung insgesamt nach unten zu drücken. Dabei können sich die Herrschenden auch der Gewerkschaften als eines festen Bündnispartners gewiß sein. Wiederum das Beispiel USA: Es waren die dortigen Gewerkschaften, die die Arbeitsplätze für US-Staatsbürger reserviert halten wollten und nur dann Ausnahmen zuließen, wenn der Kapitalist glaubhaft nachweisen konnte, einen Arbeitsplatz nicht mit einem US-Arbeiter besetzen zu können. Schließlich beschwört Knut chaotische Verhältnisse, Wohnungs- und vor allem Arbeitsmarktprobleme für den Fall herauf, daß im Falle "Offener Grenzen" mehr als eine halbe Million Menschen im Jahr in dieses Land kommen. Die Wanderungsbilanzen dieses Landes sind, etwa für die Jahre 1990 und 1991, um ein vielfaches höher als Knut annimmt.

Die Zuzüge in die "alte" BRD betrugen jeweils 1,6 Millionen Menschen, davon knapp 400.000 aus der ehemaligen DDR, rund eine Million aus europäischen Ländern und rund 200.000 aus außereuropäischen

Ländern. Die Fortzüge beliefen sich im gleichen Zeitraum auf rund 600.000 Menschen - darunter 400.000 europäischer, ca. 145.000 außereuropäischer Herkunft. Daraus ergibt sich ein Saldo von rund einer Million Menschen nichtdeutscher Herkunft, die jeweils in den Jahren 1989 und 1990 in die Bundesrepublik kamen (Statistisches Bundesamt 1992, Wiesbaden).

Knut unterschätzt in gravierender Weise die vorhandenen "Aufnahmekapazitäten" dieses Landes und unterstellt obendrein, daß alle in dieses gelobte Land kommen wollen. Warum nur wollen sich beispielsweise die Menschen aus Polen in ihrer übergroßen Mehrheit hier gar nicht niederlassen? Warum nur haben nicht "Ströme" oder "Fluten" von Migranten aus Portugal oder Griechenland, denen als EG-Mitglieder die deutschen Türen weit offen stehen, so gut wie keinen Gebrauch davon gemacht? Hat sich nicht gerade in der Praxis gezeigt, daß offene Grenzen innerhalb der EG oder die Visafreiheit für polnische Staatsbürger viel weniger Probleme schaffen als immer neuere Einreisehindernisse?

Knut hat völlig zurecht in seinem früheren Beitrag ("Armut und Rassismus" in ak 338, S. 5) auf das "laissez faire", die "pseudo-natürliche" Auslese bei "Offenen Grenzen" (nur die Stärksten kommen durch) hingewiesen; sie ist zwar auch problematisch, aber das vergleichsweise geringere Übel gegenüber staatlich regulierten Zuwanderungsbeschränkungen.

Die Beschwörungen von Knut über die über uns kommenden chaotischen Verhältnisse sind gerade in diesem Land kein Problem der "Grenzen der Belastbarkeit", die geradezu lächerlich sind in Relation zu einigen Staaten der "Dritten Welt" und immer noch erhebliche Aufnahmekapazitäten im Vergleich zu Frankreich und Großbritannien aufweisen, sondern ein Problem der "Grenzen der Toleranz" und das Vorhandenseins eines Minimums an Errungenschaften der bürgerlich-zivilisierten Aufklärung.

Dem ist auch mit noch so gut gemeinten versöhnlerischen Angeboten einer "sozialverträglichen" Einwanderungspolitik nicht beizukommen, zumal besonders die Deutschen scheinbar nur nach Niederlagen ihrer kriegerischen und menschenvernichtenden Abenteuer jenen Hauch an zivilisatorischer Kultur eingeflößt bekamen, die an ihrer gesamten "völkischen" Tradition nur wenig und nur vorübergehend zu rütteln vermochten.

Einige Mitverursacher der Politik der "Offenen Grenzen" in der PDS/LL

Dieter Liehmann, Ulla Jelpke,

Helmut Schröder, Albrecht Maurer

39. Geschlossene Grenzen, offene Besitzstandwahrung und Rassismus (Stellungnahme zu den Thesen von Knut Mellenthin in ak 347)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:08

Im letzten AK nimmt Knut die Forderung nach "offenen Grenzen", das PDS-Programm zur "Asyl- und Flüchtlingspolitik" und die innerparteiliche Auseinandersetzung darum aufs Korn. (1) Am Ende des Artikels frage ich mich dann, "was damit eigentlich bezweckt wird". (2)

In meiner Stellungnahme, eine Mischung aus Darstellung einer Gegenposition, Polemik und Nachfragen, beziehe ich mich nicht auf die Art der innerparteilichen Debatte der PDS (3), mir geht es um Knuts Kritik an der Forderung nach offenen Grenzen bzw. am PDS-Programm. Diese Kritik trifft nicht allein die PDS, sondern große Teile der Linken. Fangen wir mit einem Beispiel an.

Das Recht auf Arbeit

und Wohnen für alle

Im PDS-Antrag heißt es: "Alle Menschen haben ein Recht, sich dort niederzulassen, wo sie wollen; alle Menschen haben ein Recht auf einen Arbeitsplatz dort, wo sie sich niedergelassen haben; alle Menschen haben ein Recht auf eine Grundsicherung, auf eine bezahlbare Wohnung, ausreichende Infrastruktur und Versorgung in ihren Kommunen." Knut wischt das vom Tisch, weil es so nicht zu realisieren ist. Ab dieser Stelle in seinem Artikel können wir feststellen, daß Knut irgendwelche Grenzen ziehen will, doch wo er das tun und wie er das begründen will, bleibt leider ein Rätsel. Rätseln wir also gemeinsam. Versteht man den zweiten Teil der PDS-Forderung als eine Garantie für einen Arbeitsplatz und ein Existenzminimum, hat Knut recht, daß dies nicht einmal für alle Menschen erfüllt ist, die jetzt hier leben, geschweige denn für die Menschen erfüllbar wäre, die kommen wollen, und erst recht nicht für alle Menschen. Ich stimme soweit ausdrücklich zu: Die Forderung nach menschenwürdigem "Wohlstand" ist eine Zielvorstellung und Utopie. Sie ist unter den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht zu realisieren. Wie es ohne Kapitalismus gehen soll, dafür haben wir kein Rezept. (4) Aber Knuts Einwände sollen ja hoffentlich nicht in Frage stellen, daß es sich um berechtigte Forderungen handelt. Auf die Frage, ob und wo gegebenenfalls hier aus "sozialen" Gründen eine Grenzziehung möglich ist, die noch irgendwie "vertretbar" wäre, komme ich später zurück.

Aber nehmen wir im Moment einmal die Wohlstandsgarantie in Gedanken heraus. Was ist dann in Knuts Augen zu den offenen Grenzen und Bürgerrechten zu sagen? Soll es weltweit freie Beweglichkeit für alle, für alle Menschen das Recht auf Arbeit, Wohnung und auf uneingeschränkte Freizügigkeit in jedem Land geben, oder gibt es da auch eine Grenze? Dürfen wir dies von allen, die die Grenzen mehr oder weniger dicht machen wollen, als Sofortänderung verlangen oder zumindest für alle Menschen fordern, die hier im Land sind? Es gibt natürlich einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Freiheitsrechten und Wohlstand, aber wo kämen wir hin, wenn wir das Eintreten für Freiheiten und gegen Übergriffe von der Entwicklung des Wohlstandes abhängig machen wollten? Und es geht um gravierende Probleme für Ausländer (5) in diesem Land. Bekanntermaßen haben die einen hier kein Recht auf Wohnung, wenn sie keine Arbeit haben. Den anderen im Asylverfahren wird eine Wohnung oder besser gesagt Behausung von einigen Quadratmetern zugewiesen, dafür das (freie) Recht auf Wohnung genommen. Es wird ihnen auch verboten, (ohne Sondererlaubnis) selbst alte Bekannte oder manchmal Verwandte zu besuchen, die die Behörden an einem anderen Ort untergebracht haben. Eine Arbeit kann ein Asylsuchender nur dann aufnehmen, wenn nachgewiesen werden kann, daß dadurch garantiert keinem Deutschen ein Arbeitsplatz weggenommen werden könnte. Es gehört zwar zu den bekannten "deutschen" Kavaliersdelikten, ob arm oder reich, in einem Laden zu klauen; wenn dies aber ein bettelarmer Roma getan haben soll, darf mit Duldung des Staates eine ganze Volksgruppe aus den Läden eines Ortes verbannt werden; wer erwischt wird, könnte sogar ausgewiesen werden. Bei uns im "Alten Land" (6) macht sich ein Ort gegen Asylsuchende (Roma) stark, der sich dabei nicht für ausländerfeindlich hält, denn gleichzeitig werden in ihren Obst- und Gemüsegärten fast ausschließlich billige "illegale" Ausländer beschäftigt (die natürlich nicht vorne im Ort untergebracht werden). Der Staat duldet dies und sortiert "nur" bestimmte Ländergruppen aus den "Illegalen" aus. In Hamburg war es ein allgemeiner Volksport, im Sperrmüll nach

Brauchbarem zu wühlen - solange es diese Einrichtung gab - aber wehe, wenn ein Asylsuchender in unserem Müll wühlt! Das soll er in Rumänien oder Mexiko-City tun, hier - so habe ich es in einem Bericht über Cottbus gesehen - bekommt er es mit dem Volkszorn zu tun. Das reicht an Aufzählung, wir alle kennen das. Die Forderung, wie ich sie oben aufgeschrieben habe, würde die Probleme nicht erledigen, aber doch als Unrecht festschreiben.

Es ist kein Zufall gewesen, daß unsere staatlichen "Ausländerfreunde" das ganze Problem für die Berliner Demonstration auf den Artikel 1 und die Würde aller Menschen eingegrenzt haben, denn sie möchten sich Abschiebungen vorbehalten. Es geht aber nun mal um die gesamten elementaren "Bürger"-Rechte für "Ausländer". Grundrechte auf Arbeit und Wohnung für Ausländer würden im Extremfall keinen einzigen Arbeitsplatz und keine einzige Wohnung für einen Ausländer schaffen. Das bürgerliche Recht gibt zwar jedem das Recht auf ein Schloß mit 1000 Bediensteten, er muß also nicht mehr adelig sein, er könnte vielleicht sogar schwarzer Hautfarbe oder auch Jude sein oder jetzt ein Ausländer oder Immigrant, sofern ihm entsprechende Bürgerrechte eingeräumt würden. Aber mit dem Zugeständnis dieses Rechts hat er natürlich noch kein Schloß bekommen. Es gilt das gleiche Recht von Mann und Frau, aber deshalb kann sich der Kapitalist trotzdem noch ungeniert aussuchen, daß er zwar möglichst eine gutaussehende junge Sekretärin und ansonsten Männer anstellen will; er darf es nur nicht mehr geschlechtsspezifisch begründen. Da bedarf es dann schon einer Quotenregelung oder ähnlichem, um dem zu Leibe zu rücken. Und da debattieren dann die Juristen, ob das noch mit dem Grundverständnis bürgerlichen Rechts vereinbar ist. (7) Das bürgerliche Grundrecht auf Arbeit gibt es (auch wenn schon häufiger gefordert wurde, dies ins Grundgesetz aufzunehmen) für alle deutschen Staatsbürger, aber Ausländern wird es vorenthalten. Ich reite deshalb hier so darauf herum, weil uns seit Jahr und Tag diese unsägliche Verquickung zwischen der sozialen Frage und bürgerlichen Freiheitsrechten in rechter Manier eingebläut wird. Will heißen, wenn der Ausländer hier keinen Wohlstandsarbeitsplatz bekommt, kann er abgeschoben werden. Wieso der "deutsche" Arbeitslose eigentlich nicht? Nur weil niemand ihn nimmt oder weil er eben "Deutscher" ist? Während der deutsche Arbeitslose als Arbeitsloser vielleicht zu bedauern ist, "darf" der Ausländer als noch gar nicht realer, sondern vielleicht möglicher Konkurrent um einen Arbeitsplatz schon unmenschlich behandelt werden. Das nenne ich Rassismus.

Und damit nicht genug: Warum darf jemand in Rumänien im Müll wühlen und hier aber nicht? Warum darf er in Mexiko-City in einer Papphütte hausen, hier aber nicht? Was würde diese örtliche Veränderung bedeuten? Wir wissen, daß wir uns politisch gesehen vor einem ungehinderten Zustrom wie der Teufel vor dem Weihwasser fürchten müssen, weil es vermutlich die Verhältnisse hier wohl so reaktionär zum Tanzen bringen könnte, daß dagegen die momentane Situation geradezu noch "harmlos" erscheinen dürfte. Aber davon mal "abgesehen" würde z.B. die Aufnahme aller Armen- und Elendsviertel aus Mexiko-City in Hamburg im wesentlichen die Lage der beiden Städte vertauschen und grundsätzlich nichts verändern. Ab einem bestimmten Grad der Einwanderung würden sich die Verhältnisse dieses Landes vor allem für schlechter Gestellte erheblich zuspitzen. Es würde hier also eine Veränderung der "sozialen" Verhältnisse herbeiführen, das Elend existiert aber an anderer Stelle heute schon. Der Schaden, der damit angerichtet wird, ist der, daß die Menschen es hier vor der Haustür und in ihrem Haus hätten, den Ärger würden alle lieber los sein und in der Regel damit auch nichts mehr zu tun haben. Diese Haltung, denke ich, will auch Knut nicht bestreiten. (8) Wo ist unter dem Gesichtswinkel der Humanität dabei ein Unterschied dazu zu erkennen, wie man bis vor kurzem fast generell geistig Behinderte in geschlossene Anstalten abschob oder heute dafür in einem Hotel Schadensersatz einklagen darf, wenn man "sowas" direkt zu Gesicht bekommt, oder was ist es anderes als Rassismus?

Kürzlich gab Lafontaine zum Besten, warum auch er noch als Linker zu bezeichnen sei. (9) Er meinte, die Rechten verträten ein völkisches Nationalitätsverständnis (10), er als Linker hingegen träte für die Bürgerrechte der Mitglieder eines Staates unabhängig von der völkischen Abstammung ein. Dies angeblich linke Verständnis, bei dem sich der Staat auch vorbehält, wem die Bürgerrechte zuerkannt werden und wer davon ausgeschlossen werden darf, ist ansonsten in Europa gang und gäbe und nicht links. Da scheint noch eine Lücke für Linke zu bestehen, die wir füllen sollten, damit ein Sozialdemokrat künftig bei solchem Stuß zumindest "rot" werden muß. Oder soll das auch in den Bereich der nicht zu öffnenden Grenzen fallen? Was die Unteilbarkeit der Menschen- und Bürgerrechte angeht, halte ich eine Einigkeit innerhalb der Linken für vermutlich noch leicht (11) herstellbar, wenn wir einer rassistisch begründeten Vertreibungspolitik entgegentreten wollen. Ausnahme sind die Linken, die sowieso schon bei Grundrechten aufstöhnen. Aber damit fängt das Problem erst richtig an.

Grenzen um des Besitzstandes willen?

Niemand kann behaupten, die Vertreibung werde erträglich, wenn sie nicht völkisch, sondern mit der Wahrung des Besitzstandes begründet und ein Stück "hygienischer" durchgeführt wird. Wir wissen aber auch, was passiert, wenn eine solche Aufnahme nicht "sozial verträglich" begrenzt wird. Wo es die Schere zwischen nackter Not, relativem Wohlstand und Reichtum gibt, herrschen in aller Regel keine sozialen, menschenwürdigen Zustände. Die Konkurrenz oder "Ellenbogengesellschaft" ist bei uns selbst bei gesichertem Existenzminimums schon heute unsozial und brutal. Eine entsprechend größere Zahl von Arbeitssuchenden würde nicht nur das Lohnniveau kaputt machen können. Vor allem wäre die Sicherung des Existenzminimums z.B. durch Sozialhilfe gefährdet. Das ist nicht gerade eine Ermutigung für die Aufnahme anderer Menschen. Und ob es uns paßt oder nicht, realpolitisch wird die Aufnahme nur soweit gehen, wie die Menschen hier nicht rassistisch eingestellt sind und sozusagen aus "freiem Willen" aufnehmen wollen und die Not in der Welt mit zu ihrer Sache machen. Es gibt keine Macht der Welt, die sie gegenwärtig dazu zwingen würde. In diesem Sinne ist das Bild vom Krieg der Armen gegen die Reichen völlig daneben und vielleicht ein perverser Ausdruck des schlechten Gewissens. Es ist ja umgekehrt so, daß sich die reiche Welt überlegt, wie sie zukünftig auch mit kriegerischen Mitteln die Dinge in der Welt zu ihren Gunsten steuern kann. Die Debatte um die neue Zielsetzung der Bundeswehr steht in diesem Zusammenhang und nicht in dem der Humanität auf der Welt, wie es uns auch Ex-Linke einreden wollen. (12)

Knut macht in seinem Artikel nun mehrere Ansätze, eine Art Begrenzung vorzuschlagen. Er schlägt vor: die Asylsuchenden und Flüchtlinge nach der Genfer Konvention sollen Vortritt vor den Armutsflüchtlingen und denjenigen haben, die hier ihre relative Armutssituation zu verbessern hoffen. (13) Es stimmt, man kann der Hetze gegen die "WirtschaftsasylantInnen" nicht mit der Behauptung entgegentreten, sämtliche Ausländer, die hierher kommen, seien von absoluter Existenznot getrieben. Es gibt natürlich viele, die hier die Situation ihrer relativen Armut verbessern oder vielleicht sogar ohne eine solche Not hier leben möchten. (Das würde z.B. auf unsereins zutreffen, wenn er hier die Schnauze voll hätte und lieber woanders siedeln möchte.) Aber was ist zu einer abgestuften Aufnahme zu sagen? Ich finde auch, wenn ich tatsächlich vor die Wahl gestellt bin, wem ich helfen soll, sollte ich möglichst denjenigen nehmen, dessen Lage die schlimmere ist. Die Sache hat aber gleich zwei Haken:

Erstens: Wenn ich schon die gesamte Flüchtlingsbewegung auf dem Marsch hierher sehe, oder wenn ich das Problem global betrachten will, dann stimmt die Rechnung auch nicht mehr. Knut macht in seinem Text eine Rechnung auf, weshalb es nicht "realistisch" ist, für alle, die hierher kommen wollen, eine Garantie für eine billige Wohnung oder ein Existenzminimum nach hier üblichem Standard zu ermöglichen. Ich komme, weltweit betrachtet, dann auch noch zu demselben Ergebnis, wenn ich "nur" die Asylsuchenden und Flüchtlinge nach der Genfer Konvention berücksichtige, weil die Not in der Welt so groß ist und nicht abnimmt. Wir kommen in Teufels Küche, wenn der Maßstab der Begrenzung unsere Wohlstands-Wahrung hier und nicht die Not in der Welt ist. Ich komme gar nicht umhin, das gesamte Problem zu betrachten bzw. die Menschen hier damit zu konfrontieren.

Zweitens: Wenn ich zustimme, daß in einer Notsituation eine Auswahl gerechtfertigt ist, kann ich das doch wohl schlecht als dauerhafte Lösung verkaufen, wenn ich mich nicht zum Teilhaber derjenigen machen will, die diese Probleme aus dem Sinn der Menschen verbannen wollen. Uns hier im permanenten "Notstand" gegenüber der Armut und Not in der Dritten Welt zu sehen, stellt die realen Verhältnisse auf den Kopf.

Lange Zeit war für die Menschen hier das Problem einfach weit genug weg. Die jahrelange Kampagne gegen die "Asylantenflut" hatte anfangs Auf- und Abschwünge. Mit der nun sprunghaft angestiegenen Zahl, die im wesentlichen auf Menschen aus Osteuropa beruht, hat sie einen Durchbruch erlebt. Der Stuß und die Böswilligkeit der Kampagne, daß gleich die ganze Armut und Not in der Welt auf dem Marsch hierher sei, um sich unseres Reichtums oder relativen Wohlstands zu bemächtigen, hat auch dazu geführt, (man verzeihe mir die Ausdrucksweise) daß man sich hier nun des Problems "bewußt" wird. Diese Herausforderung müssen wir annehmen, und ich sehe angesichts der aktuellen Entwicklung keinerlei Sinn und keinerlei Aussicht, dieser "Konfrontation" ein Stück realpolitisch ausweichen zu können, auch wenn Knut meint, die uns bekanntermaßen so "geglückte" Vermittlung sozialer Gerechtigkeit und des Kommunismus sei demgegenüber geradezu ein Kirschenessen gewesen.

Knut führt den VerfechterInnen der offenen Grenzen mit seiner Rechnung dramatisch vor Augen, wohin eine unbegrenzte Aufnahme führen könnte und daß es nicht ausreicht, ganz herzig zu behaupten, das Notwendige würden wir uns von den Reichen holen können. Natürlich muß es auch gehen, die Reichen zur Kasse zu bitten, auch wenn es bekanntlich die Wirtschaft kaputt macht, wenn es ihnen mal ans Portemonnaie geht. Es herrscht sowieso eine babylonische Verwirrung, wer heute hier auf welchen Kosten seine Interessen verficht. Angeblich geht heute schon jeder Kampf um mehr Lohn im öffentlichen Dienst auf Kosten der Armen, und seit neuestem gehen sämtliche Lohnkämpfe auf Kosten unserer neuen (deutschen) Bevölkerungsteile. Sicher ist aber, daß bezüglich der Not in der Welt der derzeitige Reichtum dieses Landes tatsächlich seine natürliche Grenze finden würde. Je dramatischer man nun die Folgen beschreibt, je schneller aus wirtschaftlichen Gründen die Grenzen für eine "soziale Verträglichkeit" erreicht sind, desto schneller hat Knut mit der gleichen Begründung aber auch jedes Begrenzungsmodell in Grund und Boden geschrieben. Aus der Sicht der Armut ist damit selbst die gute Geste dahin.

Ich vermute bei Knut eine Programm-Vorstellung ähnlich der von Bündnis 90 oder den Grünen, und es geht ihm offenbar darum, an der Bereitschaft der Menschen hier anzusetzen, aus freien Stücken Hilfe gegenüber Menschen in Not zu leisten, an ihre Hilfsbereitschaft - man könnte es auch Barmherzigkeit nennen - zu appellieren, um darüber zu einer schrittweisen Überzeugung und Veränderung zu kommen. Und es wäre damit schon viel gewonnen, weil die Not nicht mehr völlig im Abseits stünde. Ich glaube sogar, daß sich eine positive Entwicklung real gar nicht anders vollziehen kann.

Andererseits wäre es doch ein Minimum, um irgendeine Form der Begrenzung zu rechtfertigen, daß real etwas gegen die Ursachen der Verelendung in der Dritten Welt getan würde. Da geht es nicht einfach um eine Erhöhung der Entwicklungshilfe, die nicht nur wegen ihrer begrenzten Höhe im Wert umstritten ist. Solange der direkte Warenaustausch mit der Dritten Welt den Charakter einer Ausplünderung hat und jegliche Entwicklungschance verhindert, kommt die Entwicklungshilfe so oder so nicht über ein Almosen zur Beruhigung für uns selbst hinaus. Die Rohstoffpreise, die in den vergangenen 30 Jahren halbiert wurden, müßten wohl erheblich angehoben werden, was hier natürlich nicht ohne Einschränkung zu haben wäre. (14) Wenn es ein ernsthaftes Angebot der reichen Welt zur Reform der Verhältnisse gäbe, wäre eine Steuerung der Probleme vielleicht gerechtfertigt und im bestimmten Umfang sogar notwendig. Da aber eine Änderung zum Positiven in absoluter Ferne ist, bedeutet letztlich jedes Begrenzungsargument die Verweigerung gegenüber der Gesamtproblematik. Auch ein Programm dagegen ist erst einmal nicht mehr als ein Alibi.

Die Sache ist kompliziert, aber wir sind selten in der vergleichsweise einfachen Situation gewesen, uns zu geradlinigen Interessenvertretern aufschwingen zu können; wir sind Teil derjenigen und leben unter Menschen, deren Besitzstandsmehrung und Humanität nicht einfach unter einen Hut zu bekommen sind. Hinzu kommt, daß es unter den realen Verhältnissen mit der allgemeinen Besitzstandmehrung sowieso nicht gut bestellt ist. Der Glanz der Marktwirtschaft, sie könne hier immer mehr Menschen und immer besser versorgen, ist zu recht ziemlich ramponiert. (15) Die frühere DDR-Bevölkerung bekommt jetzt gerade ihren Schock weg, wie wenig die mehr oder weniger bewunderte "Marktwirtschaft" in der Lage ist, für alle zu sorgen. Am deutlichsten wurde das in einer Prognose des Wirtschaftsministerium für die neuen Bundesländer. Man sagte ihnen zwar mehr als eine Verdoppelung des Sozialprodukts in den nächsten fünf Jahren voraus, stellte aber fest, daß der Beschäftigungsstand dabei ungefähr auf dem heutigen katastrophalen Niveau bleiben müsse, weil die Angleichung an das Westniveau eben mehr als eine Verdoppelung der Produktivität erfordere, ohne die sich wirtschaftlich gar nichts tue. Eine ähnliche, aber nicht so schockartige Ernüchterung, daß soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum nicht einfach mit weiterem allgemeinen Wohlstand einhergehen, hat sich m.E. bei den in diesem Falle Besser-Wissies schon längst durchgesetzt. Knut rechnet ja aus, daß sich trotz allen Wirtschaftswachstums die Zahl der Beschäftigten keineswegs erhöht hat, mit Ausnahme der schwunghaften Ausweitung der Produktion im Westen aufgrund der Vereinigung. Letztlich hat sich somit eine Dauerarbeitslosigkeit statt Vollbeschäftigung durchgesetzt, und eine noch größere Zahl wurde in die Sozialhilfe abgedrängt. Bezüglich der Eingliederung der DDR haben die Politiker versucht, an die Teilungsbereitschaft zu appellieren und nun jammern sie, daß die alten Parolen des Aufschwungs für alle mit gemeinsamer Anstrengung etc. aus der Nachkriegszeit auf die Eingliederung der ehemaligen DDR überhaupt nicht angewendet werden konnten. Es hat die Unglaubwürdigkeit der Politik erhöht und allgemeinen Unwillen hervorrufen. Man kann aber daraus keinerlei Rückschluß auf das Verhalten gegenüber der Notlage in der Dritten Welt ziehen. Auf der einen Seite haben wir die rassistische Gewalt und Einstellung, andererseits ist unter humanitären Gesichtspunkten aber die Notlage in der Welt insgesamt nun wirklich nicht vom Tisch zu

wischen. Da muß man sich schon ziemlich anstrengen, um das beiseite zu schieben, zu verdrängen oder die Behauptung aufrecht zu erhalten, daß wir damit nichts zu tun hätten. Auch für Knut ist unser Hauptüberzeugungsmittel, an humanitären Vorstellungen der Menschen hier anzuknüpfen, und warum ist dabei die eigene Besitzstandwahrung die Grenze? Man muß nicht Sozialist, Kommunist oder ein sonstiger "Gleichmacher" für diese Welt sein, um einzusehen, daß der eigene Besitzstand nicht auf Kosten anderer Menschen erwirtschaftet werden kann und nicht zu rechtfertigen ist, wenn nebenan die Not herrscht.

Das Sektierertum

Ich habe hier die Forderung nach offenen Grenzen und Aufnahmebereitschaft verteidigt und vertreten, weil ich denke, daß anders die Moral unter die Räder kommen könnte. Vor allem finde ich es erschreckend, wie im Windschatten der rechten Rassisten bei vielen in Deutschland die Begrenzung der Hilfe schon zur Selbstverständlichkeit verkommen ist. Ich finde es richtiger, dem offen entgegenzutreten. Man muß sich dabei aber darüber im Klaren sein, daß es sich um eine moralische Position handelt, die unser Verhalten zu reflektieren sucht, wie es sich aus der Sicht der Armut darstellt. Ein Linker, der für offene Grenzen eintritt, wird sich damit noch nicht qualitativ in praktischer Hilfsbereitschaft und auch nicht in seiner Überzeugungsfähigkeit von anderen unterscheiden, die für eine begrenzte Hilfe eintreten. Die "Halbherzigkeit" dieser Position - lieber Knut - wäre auch dann noch nachzuweisen, wenn ich in ein solches Elendsviertel einziehe, ich könnte morgen wieder zurück. Andererseits sehe ich im Extremfall auch wieder einmal verhinderte Apostel mit der Bannbulle durch die Lande reisen. Das scheint mir aber kein Spezifikum dieser Position zu sein. Sofern es denn zu Auseinandersetzungen oder ernsthaften Verhandlungen um gemeinsame Ziele unter Linken käme, sehe ich demgegenüber schon diejenigen sitzen, die das für völlig übergeschnappt und ausgrenzungswürdig erklären. Dabei dürften sie von der Sache her ganz schlechte Karten haben, wie sich an einem Beispiel erläutern läßt: Es ist schon schlecht, wenn sich jemand bei der Planung einer Kriegsdienst-Verweigerungskampagne durch einen Totalverweigerer gestört sieht, der das für halbherzig hält. Für eine Kriegsdienstverweigerung gibt es aber noch ziemlich gute Gründe, für eine Aufnahmebegrenzung für ImmigrantInnen lassen sich meines Erachtens "nur" Argumente der Rücksicht auf die "realen Verhältnisse" anführen.

Und damit bin ich bei einem zweiten Punkt. Als Abgrenzungspunkt für eine politische Praxis ist meines Erachtens die Frage des Eintretens für die offenen Grenzen in aller Regel untauglich. Das ist für mich nicht nur eine Frage der aktuellen Schwäche der Position oder der Linken insgesamt. Wenn man die Notlage der Asylsuchenden, der Armutsflüchtlinge und anderer Ausländer ernst nehmen will, kann man eine Gegenpolitik wohl kaum darauf begrenzen, daß man diejenigen, die immerhin ein Stück weit helfen wollen, wegen ihrer Halbherzigkeit beiseite schiebt. Umgekehrt wäre es genauso unsinnig, die Position für offene Grenzen nicht zu Wort kommen zu lassen, solange man sie lediglich für "unrealistisch" hält und man fürchtet, da könne sich jemand vor den Kopf gestoßen fühlen. Aber genau das ist in der Regel die politische Praxis der Linken, die sich im wesentlichen nur bei "großen", in der Regel schlimmen Ereignissen punktuell überspringen läßt, aber eine gemeinsame, politisch bewußte Planung kaputt macht. Man denke sich nur eine große Versammlung, die vor der Berliner Staatsdemo am 8.11. zu planen versucht hätte, gemeinsame Gegenpositionen auf der Demonstration deutlich zu machen. Das wäre mit ziemlicher Sicherheit nicht gelungen, obwohl selten so viele Linke zusammen protestieren, wie man an den Parolen auf der Demo gesehen hat. Unübersehbar blieb die Störungsaktion, die "Darstellung" der Position der Störenden blieb so den Herrschenden überlassen, die sich teilweise nicht einmal scheuten, Linke in die gleiche Ecke wie die Neonazis zu stellen.

Der Trend, sich mit einer linksradikalen Position gleich von einer Politik mit anderen abzugrenzen, die sich nicht auf dieser "Höhe" bewegen, wird nicht von mir bestritten. Unsere alten Freunde von der Gruppe K haben daraus bekanntermaßen inzwischen sogar eine Theorie gebastelt, um sich als Kollektiv gegenseitig davon abzuhalten; bei ihnen führt heute Massenpolitik generell zur Anpassung. Knuts Kritik an der Position der offenen Grenzen kommt mir bisweilen wie eine Umkehrung vor.

HH

Anmerkungen:

1) "Anmerkungen zur ‚Asyl-Debatte' in der PDS, ak 347, S. 16/17

2) so fragte sich auch Knut in bezug auf die PDS-Auseinandersetzung

3) Ich stimme Knut ausdrücklich zu, daß man so in der Auseinandersetzung, wie er sie beschreibt, mit Kritiken nicht umspringen kann.

Die Politik der PDS zur Asylfrage steht für mich nicht nur im schreienden Widerspruch zu ihrer Politik der Gründung der Komitees für Gerechtigkeit, die damit in Frage gestellt wird (so Knut). Ich halte es für einen unverzeihlichen Fehler, daß man statt der ihnen natürlich zufallenden Avantgarderolle in Bezug auf die Arbeitslosigkeit, etc. lieber auf eine Ossi-Befindlichkeit gesetzt hat, daß man die Angleichung an "den" Westen gleich von Blankenese (unserem lokalen Reichenviertel) bis hin nach Hammerbrook (zu den Armen) wollte. Ich habe auch nie verstanden, warum das im ak solche Fürsprache erhalten hat. Es ging ja nicht darum, daß Recht für Linke zu erstreiten oder zu verteidigen, in einer vorhandenen Bewegung zu arbeiten, was bekanntermaßen bisweilen zu Aufruhr und linker Abgrenzung oder Spaltung führen kann, sondern tatsächlich um eine populistische Spielerei (so Knut). Man wollte eine Bewegung initiieren und die Menschen bei einer bestimmten Stimmung abholen.

4) Was Knuts warnender Zeigefinger und seine Polemik über mangelnde Bescheidenheit in diesem Zusammenhang soll, ist mir zumindest bezüglich der PDS-Programmatik unverständlich geblieben. An anderer Stelle wird ihr dann die Aufforderung nach Verzicht um die Ohren geschlagen.

5) Es ist mir bekannt, daß bestimmte Kreise sich dagegen verwahren, daß der Begriff Ausländer wahllos verwendet wird. Man möge mir verzeihen, aber ich meine es hier so, es geht mir um alle Nicht-Staatsangehörigen, ganz gleich ob sie Asylsuchende, ImmigrantInnen und vorübergehende Gäste oder Mitbürger sind oder sein wollen.

6) Das "Alte Land" ist ein Obstanbaugebiet vor den Toren Hamburgs.

7) siehe den Rechtsstreit um die Quotierung in NRW-Behörden

8) Andererseits bin ich auch nicht mehr von dem Verdacht frei, jetzt mir und allen Deutschen das Strafgericht für 500 Jahre Kolonialismus auf den Hals zu wünschen.

9) so von mir in der letzten Woche in "Talk im Turm" gesehen

10) Es stimmt nicht mehr so ganz, daß die Konservativen ein rein völkisches Nationalverständnis pflegen, denn zumindest für die EG-Bürger, die heute trotz heute zugestandener Bürgerrechte immer noch Ausländer bleiben, wollen als Ziel auch Konservative (im Unterschied zu Rechtsextremen oder Rechtsradikalen) gern eine europäische Staatsbürgerschaft erreichen. Sie könnten dann natürlich erneut versuchen, Europa völkisch zu begründen.

11) Bei Lichte betrachtet, ist Knuts Position aus dem Artikel nicht zu erkennen.

12) Das Thema ist ein bißchen komplizierter, es ist keine Antwort auf den Jugoslawien-Konflikt, aber nicht jetzt...

13) Auch hier darf der Vorwurf gleich im Anschluß nicht fehlen, daß man sonst zur "Zerstörung" des Asylrechts seinen Beitrag leiste.

14) Eine Verzehnfachung der Rohstoffpreise bedeutet hier in aller Regel rund eine Verdoppelung der Preise (der Rest geht in andere Kanäle, wie den Handel oder Steuern, etc.).

15) Natürlich ist das auch ein politische Frage; jedenfalls konnte man in den USA in der Wahl Clintons einen umgekehrten Trend beobachten: Bestimmte Teile erhoffen sich einen wirtschaftlichen Aufschwung und mehr soziale Gerechtigkeit.

40. Zur Diskussion des scheinbar kurdisch-kurdischen Konfliktes

Autor: der Gruppe Bistujek · Rubrik: Türkei; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:02

Momentan prägen Informationen über die bewaffneten Auseinandersetzungen der Kurden untereinander, genauer der PKK und der Kurdistan Front (Irak), die Berichterstattung über die Vorgänge in Kurdistan.

Was dabei völlig vergessen wird, ist die Tatsache, daß beide kurdischen Gruppierungen in ihrem jeweiligen politischen Kampf innerhalb der letzten zwei Jahre entscheidende Fortschritte zu verzeichnen hatten, international aber nie, von keiner Seite unterstützt worden sind:

Der PKK ist es in der Türkei gelungen, die Kurdenfrage als Diskussionspunkt auf die politische Tagesordnung zu setzen; durch die HEP sind zum ersten Mal Standpunkte der kurdischen Guerilla im türkischen Parlament formuliert worden. Weiterhin kann sie heute auf Unterstützung und Sympathie großer Teile der kurdischen Bevölkerung und der kurdischen Intellektuellen bauen. Der Guerillakampf selber hat in diesem Jahr Dimensionen angenommen, wie sie seit Bestehen der Türkischen Republik nie existiert haben.

In Südkurdistan hat sich die Kurdistan Front seit dem Volksaufstand im Frühjahr 1991 die Kontrolle über ungefähr zwei Drittel des kurdischen Territoriums erobert. Sie hat Wahlen durchgeführt, eine Regierung gegründet und verwaltet heute diesen Teil Kurdistans losgelöst von Bagdad.

Auf der Ebene offizieller internationaler Politik hat es bis heute lediglich "humanitäre" Zuwendung für beide kurdische Bewegungen gegeben: die internationale Gemeinschaft fordert - mal lauter, mal weniger laut - die Einstellung der Menschenrechtsverletzungen in Nordkurdistan und leistet humanitäre Hilfe in Südkurdistan.

Politisch sind beide alleine gelassen worden:

Die PKK wird international immer noch, gemäß der offiziellen türkischen Schreibweise, als "terroristische Organisation" - so geschehen unter anderem während der Türkeireise Kloses im Oktober 1992 - gehandhabt, Sanktionen gegen die türkische Regierung bleiben aus, die politischen Forderungen der Kurden werden international nicht anerkannt.

Völkerrechtlich hat es auch nie eine Anerkennung des kurdischen Parlamentes gegeben. Das UN-Embargo gegen den Irak wird z.B. auch gegen die kurdische Region immer noch aufrecht erhalten, obwohl Bagdad seinerseits ein Embargo gegen Kurdistan verhängt hat und die selbstverwaltete Region in keinerlei organisatorischem Zusammenhang mit der Zentralregierung steht. Statt der selbstverwalteten Region die Voraussetzungen für wirtschaftliche und politische Selbständigkeit zu schaffen, wird "Hilfe" geleistet und damit die Unselbständigkeit der kurdischen Struktur zementiert.

Das kurzzeitige "Waffenembargo" der BRD gegen die Türkei sollte, so die offiziellen Formulierungen, türkische Übergriffe gegen die kurdische Zivilbevölkerung sanktionieren. Die Übergriffe hielten jedoch an, nahmen mit dem Massaker in der kurdischen Provinzhauptstadt Sirnak sogar noch größere Dimensionen an, die Kritik der Bundesregierung wurde immer schwächer, flaute ganz ab. Schließlich kam es zur Freigabe der gesperrten Militärhilfe, weiteren Waffenexporten (Phantom Jäger, Mitte Oktober 1992) und einer völligen Normalisierung der türkisch/deutschen Beziehungen.

Was sich anfangs als Anerkennung der legitimen Forderungen der kurdischen Bevölkerung gebärdete, entpuppte sich bei näherem Hinsehen als eine Maßnahme, die durch widersprechende Interessen der BRD und der USA in Bezug auf die Türkei-Politik notwendig geworden war.

Die Kehrtwendung in der bundesdeutschen Türkeipolitik ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß der Iran, der bis zum Frühjahr als mögliche Alternative zur Türkei gehandelt wurde, sich nach der Wahl, die trotz Rafsandschanis Sieg ein Erstarken der antimarktwirtschaftlichen fundamentalistischen Fraktion mit sich gebracht hatte, als zunehmend weniger attraktiv erwies.

Die vier Zentralstaaten, auf die Kurdistan nach dem ersten Weltkrieg aufgeteilt wurde, haben es über die Jahrzehnte hinweg meisterhaft verstanden, die ausweglose Lage der Kurden für ihre Interessen zu nutzen. Immer wieder kam es zu Bündnissen der Zentralregierungen mit den "Kurden des jeweils anderen" gegen den

gemeinsamen Feind, von denen letzten Endes nur die Regierungen, nie die Kurden profitieren konnten. Während des Krieges Iran/Irak, um nur das neueste der zahlreichen Beispiele zu nennen, unterstützte der Iran die irakischen Kurden exakt bis zum Tag des Waffenstillstandes mit dem Irak. Während der unmittelbar darauf einsetzenden Giftgasoffensive gegen die befreiten Gebiete der Kurden, die strategisch wichtig für den Iran gewesen waren, verhielt der sich absolut passiv.

International und regional herrschte zu jeder Zeit Einigkeit darüber, daß die Staatsgrenzen in der Region - die am grünen Tisch ohne Beisein der Kurden gezogen wurden - nicht angetastet werden dürfen. Wirkliche politische Solidarität mit den Kurden hätte jedoch in jedem Fall ein Infragestellen dieser Grenzen beinhaltet.

Wenn heute in Südkurdistan Kurden auf Kurden schießen, dann darf der oben beschriebene Hintergrund nicht vergessen werden. Beiden Parteien scheint sich die aktuelle Auseinandersetzung als eine verzweifelte Notwendigkeit in einer ausweglosen Situation darzustellen.

Die Kurdistan Front meint augenscheinlich, sich mit einer Offensive gegen die PKK dem türkischen Nachbarn und dem Westen als politisch vertrauenswürdiger Partner darstellen zu können, ohne die reale Politik dieser Staaten in Bezug auf die Kurdenfrage zu berücksichtigen.

Die PKK hat ihre hauptsächlichen militärischen Basen in Südkurdistan errichtet. Dies schien notwendig, da die Türkei durch gezielte politische und diplomatische Offensiven ein Agieren der PKK in den Nachbarstaaten Syrien und Iran erheblich erschwert hatte. Was dabei übersehen wurde, ist die Abhängigkeit, in der sich die selbstverwaltete Region mit einem einzigen Grenzübergang zu der Türkei, durch den alle lebenswichtigen Güter kommen, tatsächlich befindet.

Fatal erscheint uns jedoch, daß auch die kurdischen Organisationen anscheinend nicht in der Lage sind, Lehren aus der eigenen Geschichte zu ziehen und zu erkennen, daß es den Kurden noch nie genützt hat, sich gegenseitig politisch oder militärisch aufzureiben. Die Kurdistan Front leistet im Moment einen wichtigen Beitrag zur Vernichtungsarbeit des türkischen Heeres gegen die PKK. Dieses wird nicht zögern, nach der militärischen Vernichtung der Guerilla auch die "unsicheren Elemente in der Zivilbevölkerung" - d.h. alle Kurden, die ihre Identität nicht verleugnen - zu vernichten.

Schon heute wird jedoch in der türkischen Presse nicht nur gegen die PKK, sondern auch gegen die Kurdistan Front gehetzt. Die türkische Regierung läßt keinen Zweifel daran, "daß eine wie auch immer geartete kurdische Struktur im Nordirak auf keinen Fall anerkannt werden kann". Um so unverständlicher erscheint die aktive Unterstützung - bis hin zur konkreten militärischen Kollaboration - zwischen der Kurdistan Front und ihren zukünftigen Henkern.

Vor diesem Hintergrund ist uns unbegreiflich, warum die Vernichtungsoffensive der türkischen Militärs in der öffentlichen Diskussion von der Betroffenheit über den scheinbar kurdisch/kurdischen Konflikt und der Empörung über den "Verrat der Kurdistan Front" in den Hintergrund gedrängt wird. Zu einem Zeitpunkt, zu dem die türkische Offensive ihren Höhepunkt erreicht hat, müßte es das vordringliche Problem sein, den Widerstand dagegen möglichst breit zu organisieren.

Gruppe Bistujek

25.10.1992

41. "Die Behandlung von ‚ausgestiegenen` Zeugen hat für die Bekämpfung des Terrorismus besonderes Gewicht." (Rebmann)

Autor: der Roten Hilfe, Westberlin · Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:05

Am 4. Juni 92 beschloß der Bundestag das "Gesetz zur Bekämpfung des Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG)" (Bundesgesetzblatt 1992 Teil I, S. 1302ff). Hierbei handelt es sich um ein sog. "Artikelgesetz", in dem im wesentlichen strafrechtliche, strafverfahrensrechtliche und Veränderungen im Betäubungsmittelrecht vorgenommen wurden. Der ak berichtete darüber in der Ausgabe Nr. 345. Ein im ak und in anderen linken Publikationen vernachlässigter Aspekt beim OrgKG betrifft die Regelungen zum Schutz von ZeugInnen im Strafprozeß bzw. deren Bedeutung für die Unterdrückung linker Politik. Die Bestimmungen des OrgKG - in Verbindung mit entsprechenden Zeugenschutz-Richtlinien der einzelnen Bundesländer - führen zu einer bedrohlichen Stärkung der Exekutive, in Richtung einer sich stetig von der demokratischen Kontrolle abkoppelnden Polizei. So werden die Möglichkeiten von Polizei und Staatsanwaltschaft zur Manipulation von Strafprozessen enorm ausgeweitet: Die Existenz "geschützter" ZeugInnen sowie der Umfang und Inhalt ihrer Aussagen soll möglichst geheim bleiben. Einwirkungen von Bullen, Staatsanwaltschaften und des Verfassungsschutzes, wie sie z.B. in der 16jährigen Prozeßgeschichte des "Schmücker-Verfahrens" häppchenweise und letztlich auch nur bruchstückhaft bekannt geworden sind (vgl. ak 326), wurden nun aus der Grauzone des Illegalen herausgelöst und dürften zu fortan rechtsstaatlich abgesegneten Begleiterscheinungen politischer Prozesse gehören.

Am 4. Juni '92 beschloß der Bundestag das "Gesetz zur Bekämpfung des Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG)" (Bundesgesetzblatt 1992 Teil I, S. 1302ff). Hierbei handelt es sich um ein sog. "Artikelgesetz", in dem im wesentlichen strafrechtliche, strafverfahrensrechtliche und Veränderungen im Betäubungsmittelrecht vorgenommen wurden. Der ak berichtete darüber in der Ausgabe Nr. 345. Ein im ak und in anderen linken Publikationen vernachlässigter Aspekt beim OrgKG betrifft die Regelungen zum Schutz von ZeugInnen im Strafprozeß bzw. deren Bedeutung für die Unterdrückung linker Politik. Die Bestimmungen des OrgKG - in Verbindung mit entsprechenden Zeugenschutz-Richtlinien der einzelnen Bundesländer - führen zu einer bedrohlichen Stärkung der Exekutive, in Richtung einer sich stetig von der demokratischen Kontrolle abkoppelnden Polizei. So werden die Möglichkeiten von Polizei und Staatsanwaltschaft zur Manipulation von Strafprozessen enorm ausgeweitet: Die Existenz "geschützter" ZeugInnen sowie der Umfang und Inhalt ihrer Aussagen soll möglichst geheim bleiben. Einwirkungen von Bullen, Staatsanwaltschaften und des Verfassungsschutzes, wie sie z.B. in der 16jährigen Prozeßgeschichte des "Schmücker-Verfahrens" häppchenweise und letztlich auch nur bruchstückhaft bekannt geworden sind (vgl. ak 326), wurden nun aus der Grauzone des Illegalen herausgelöst und dürften zu fortan rechtsstaatlich abgesegneten Begleiterscheinungen politischer Prozesse gehören.

Was ist unter "Zeugenschutzprogrammen" zu verstehen?

"Gefährdete ZeugInnen" werden - mit den Worten des ehemaligen Generalbundesanwalts Rebmann - folgendermaßen definiert: wenn "mit einem Angriff auf Leib, Leben, Freiheit, Eigentum oder ein sonstiges verfassungsrechtlich geschütztes Rechtsgut eines Zeugen oder anderer ihm nahestehender Personen (Angehörige, Freunde, Bekannte) zu rechnen ist oder ein solcher Angriff möglich erscheint" (Rebmann/Schnarr 1989,1186). Zum Kreis zu "schützender" ZeugInnen zählen:

- ZeugInnen, die berufsmäßig durch häufiges gerichtliches Erscheinen angeblich "gefährdet" sind, z.B. Richter, Staatsanwälte und Bullen (incl. polizeiliche Spitzel, sog. "verdeckte Ermittler"!).

- "nicht-beamtete" ZeugInnen (1. Tatopfer; 2. Personen, die angebliche "Kenntnisse" über Beschuldigte und ggf. deren organisatorische Strukturen den Bullen gegenüber preisgeben (z.B. V-Leute); 3. (zahlenmäßig die größte Untergruppe; Weigand, 145) ZeugInnen, die straffällig sind und die sich gegen belastende Aussagen Strafrabatte und andere Vergünstigungen (z.B. Weinanbaugüter in der Toskana) auszuhandeln versuchen (so Kronzeugen im Betäubungsmittelrecht (§31 BtMG) und im Staatsschutzrecht).

Berücksichtigt mensch, welche Institution (Bullen, Staatsanwaltschaft oder Gericht) zu welchem Zeitpunkt (vor/nach Anklageerhebung, Untersuchungshaft, im Gerichtssaal, in der Strafhaft und/oder danach) "Schutz"maßnahmen einleitet, so ergeben sich hieraus eine kaum noch zu überblickende Vielzahl verschiedener Zeugenschutzprogramme.

Erste Schritte

polizeilichen Zeugenschutzes

Wie es bei zwielichtigen Repressionsmaßnahmen regelmäßig zu beobachten ist, wurden auch polizeiliche "Zeugenschutzprogramme" zunächst ohne die erforderliche Rechtsgrundlage eingeführt. Sie spielten sich in dem Vakuum einer nicht-legalen Grauzone ab. Erst später wurden Richtlinien nachgeschoben, wie die zum "Schutz von Zeugen im Strafverfahren", die das Hessischen Justizministerium zusammen mit den Kollegen des Innenressorts 1989 erlassen hat (vgl. Krehl 1991).

In Westberlin wurde 1989 mit dem Zeugenschutz begonnen. In einem Jahr hatte das neu eingerichtete Dezernat gleich 15 "Schützlinge" zu betreuen. 1990 waren es bereits mehr als doppelt so viele. Mit die ersten waren die drei enttarnten Spitzel im Schmücker-Prozeß 1990 und der kurdische Kronzeuge Ali Cetiner. Dieser saß 1989 für mindestens sechs Monate vollkommen abgeschirmt in polizeilich "geschützter" Untersuchungshaft, ohne daß die zuständige Westberliner Justizverwaltung davon wußte (die erfuhr von diesem Kuckucksei erst im Zuge der Anklageerhebung!). In dieser Zeit, in der Cetiner als "beschützter" Zeuge ausschließlich Kontakt mit BKA-Bullen hatte, fing er an, seine diversen Belastungsaussagen zu Protokoll zu geben. Parallel wurde er intensiv auf seine Kronzeugenrolle vorbereitet. Allgemein praktizierte Zeugenschutzmaßnahmen sind: Personen-, Begleit- und Objektschutz. Die Bullen besorgen neue Wohnungen in oftmals neuen Städten. Sie vermitteln neue, "sichere" Arbeitsplätze bzw. regeln die Sozialhilfe. Sämtliche Ämterangelegenheiten werden polizeilich erledigt (für ausländische "geschützte" ZeugInnen beispielsweise Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen). "Gefährdete ZeugInnen" werden mit neuen Lebensläufen (sog. "Legenden") ausgestattet und psycho-sozial betreut. Im Gerichtssaal werden sie durch Bodyguards, Tragen von Schußwaffen und ggf. durch optisches und akustisches "Abschirmen" "beschützt".

Sitzt einE "gefährdete" ZeugIn im Knast, können ihr/ihm neben allgemeinen Sicherungsmaßnahmen Vergünstigungen (Besuche, Genußmittel, Geld) zugewendet werden. Die Exekutive kann sich für Haftverschonung bzw. nach einer Verurteilung für die baldige Begnadigung einsetzen. Nach der Haftentlassung bzw. der Beendigung des Prozesses kann der "Schutz" der ZeugIn neben einem andauerndem Personenschutz auch die Form von weiteren Geldzuwendungen, Hilfen bei der Arbeitsplatzsuche und fortdauernden aufenthaltsrechtlichen Vergünstigungen annehmen.

Pläne aus der Bundesanwaltschaft

"Geschützte" ZeugInnen vor Gericht zu vernehmen, ist für die Repressionsorgane immer mit einem großem Risiko behaftet. Ihr "Schützling" könnte umfallen, sich in Widersprüche verheddern, oder seine Geschichten könnten sich als das erweisen, was gemeinhin befürchtet wird: als Lügenmärchen zu Lasten der/des Angeklagten.

In seinem letzten Dienstjahr veröffentlichte Generalbundesanwalt Rebmann zusammen mit einem Oberstaatsanwalt bei der BAW, Schnarr, einen Grundsatzartikel, in dem die Zeugenschutzproblematik umfassend und programmatisch (d.h. mit ausdrücklichem Staatsschutzbezug) abgehandelt wurde (1989, 1186; ähnliche Vorschläge bei: Steinke (BKA) 1991). Unter der Überschrift "Zusätzliche Erfordernisse des Zeugenschutzes" listeten sie auf, wohin ihres Erachtens die Reise gehen soll:

- erweiterte Möglichkeit zum Ausschluß der Öffentlichkeit bei gerichtlichen Auftritten "geschützter" ZeugInnen.

- Gesetzliche Regelungen zur optischen Abschirmung bzw. Vernehmung "gefährdeter" ZeugInnen per TV-Schaltung.

- "Geschützte" ZeugInnen sollten (in Abstufung): nicht mehr gezwungen werden können, ihre Identität (Name und Anschrift) preiszugeben. Jeder Schützling soll das Recht haben, Fragen, die auf seine Glaubwürdigkeit zielen, zu beanstanden. Der Verteidigung soll es verboten werden, Fragen zur Person der "gefährdeten" ZeugIn zu stellen bzw. in dieser Richtung eigene Recherchen anzustellen. Fragen an die "gefährdete" ZeugIn

sollen nur über eine "Mittelsperson" möglich sein. "Gefährdete" ZeugInnen sollten ggf. von der Erscheinungspflicht vor Gericht entbunden werden. Die damit verbundene Beschränkung der VerteidigerInnenrechte wird bei Rebmann/Schnarr ausdrücklich beabsichtigt.

- Die Einführung von Vernehmungsprotokollen der "geschützten" ZeugIn aus dem Ermittlungsverfahren in den Strafprozeß (sog. "Selbstleseverfahren" nach §251 StPO) soll erleichtert werden, so daß auf Auftritt des Schützlings möglichst verzichtet werden kann.

- Schließlich schlugen Rebmann/Schnarr vor, daß Geldzuwendungen von Bullen an "gefährdete" Zeugen vom Gericht nicht mehr als unzulässige Vorteilsgewährung (§136a StPO) bewertet werden sollten.

Zeugenschutz

nach dem OrgKG

Mit dem OrgKG wird der Zeugenschutz erstmals in der Strafprozeßordnung verankert. Bereits der "Anlaß zur Besorgnis ... daß der Zeuge oder eine andere Person gefährdet (sei)", genügt, um Zeugenschutz-Maßnahmen einzuleiten. Die Beurteilung einer "Gefährdungslage" muß damit nicht mehr durch Tatsachen untermauert werden. Bloße polizeiliche Vermutungen über eine sog. "nicht konkretisierte Gefährdungslage" reichen völlig. In Staatsschutzfällen kann eine derartig lax definierte "Gefährdung" eineR ZeugIn praktischerweise immer unterstellt werden, ohne daß diese Mutmaßung der Bullen von seiten des Gerichts überprüft werden kann. Die ZeugIn kann in so einem Fall gem. §68 II die Angabe ihres Wohnortes verweigern und Angaben zur Person ablehnen, "sofern Leib und Leben bedroht sind". Besitzt eine "geschützte" ZeugIn eine neue sog. "Legende" (wenn es sich z.B. um einen polizeilichen Spitzel handelt), müssen nur Angaben zur früheren Identität gemacht werden.

Rebmann/Schnarr (1989,1190) haben sich mit ihren Absichten in weiten Teilen durchgesetzt. Die Unterlagen, aus denen sich die Existenz einer "geschützten" ZeugIn in dem jeweiligen Strafverfahren ergibt, lagern nach dem OrgKG (§68 III bzw. §110b III und §110d II StPO) grundsätzlich nicht beim Gericht, sondern in den Handakten der Staatsanwaltschaft.

Zeugenschutzmaßnahmen werden nach einer Analyse der angeblichen "Gefährdungssituation" der ZeugIn eingeleitet, welche die ermittelnde Polizeidienststelle von sich aus durchführt und auswertet. Nicht die Staatsanwaltschaft, die den gesetzlichen Auftrag hat, Ermittlungen zu leiten, sondern ihre polizeilichen Hilfsbeamten werden beim Zeugenschutz initiativ. Und die Bullen haben die StaatsanwältInnen auch nur über "verfahrensrechtlich relevante" Teilbereiche des Zeugenschutzprogrammes zu informieren. Über ggf. weite zeitliche Strecken des Ermittlungsverfahrens und über alle infrastrukturellen Aspekte eines Zeugenschutzprogramms wissen somit grundsätzlich nur die Bullen Bescheid.

Eine Sonderstellung nehmen Bullenspitzel ein: während ihres Einsatzes "können Staatsanwaltschaft und Richter ... verlangen, daß die Identität ihnen gegenüber offenbart wird." (§110b III StPO; Hervorhebung RH) - eine offensichtliche Ausnahmeregelung. Darüber hinaus sollen sie während eines Ermittlungsverfahrens von StaatsanwältInnen nicht vernommen werden können (so die Meinung der Bundesregierung in: Bundestag-Drucksache 12/989, 56). Und solange eine vorgebliche "Gefährdungslage" nicht entfallen ist (wenn z.B. nicht bekannt ist, daß es sich bei der "ZeugIn" um einen Bullenspitzel handelt), werden die entsprechenden Aktenvermerke nicht zu den Gerichtsakten genommen. Erst dann haben aber der Richter bzw. die Verteidigung eine Chance zu erfahren, ob die der Anklage zugrundeliegenden Ermittlungsergebnisse z.B. auf den Aussagen einer "geschützten" ZeugIn bzw. eines "verdeckten Ermittlers" beruhen. Daß ein "verdeckter Ermittler" seine wahre Identität vor Gericht (wie in §68 III StPO vorgesehen) preisgeben muß, setzt also entweder voraus, daß sein Einsatz beendet ist oder daß es der Verteidigung bereits gelungen ist, ihn als Bullenspitzel zu enttarnen. Er kann faktisch also nur zu einer nachträglichen Offenbarung gezwungen werden.

In diesem Zusammenhang sei an das "Schmücker-Verfahren" erinnert, an dem vier Spitzel verschiedener Repressionsorgane beteiligt waren. Erst nach drei lebenslänglichen Verurteilungen der Angeklagten und zahllosen Verwaltungsgerichtsprozessen gegen die Geheimhaltungstaktik des Westberliner Verfassungsschutzes und der Politischen Staatsanwaltschaft gelang es der Verteidigung nach 15jähriger Prozeßdauer die letzten beiden Spitzel (Weingraber und Hain) zu enttarnen und Weingraber als der Mittäterschaft am Schmücker-Mord dringend verdächtig zu überführen.

Bei der Zeugenschutzproblematik begegnet uns ein Moment wieder, das eine wichtige Voraussetzung für den Prozeß der sog. "vorbeugenden Konterrevolution" ist: der enorme Machtzuwachs des Staatsschutzes, hin zu einem unkontrollierbarem Repressionsapparat. Diese Entwicklung geht zu Lasten der gesetzgebenden Körperschaften und der "klassisch" unabhängigen Justiz: das bürgerliche Modell der Gewaltenteilung gerät so in eine gefährliche strukturelle Schieflage.

Zeugen"schutz" vor wem?

Neben deren "Herbeiführung" verfolgen Zeugenschutzmaßnahmen immer auch das Ziel der "Aufrechterhaltung der Bereitschaft zur belastenden Zeugenaussage". Darunter ist zu verstehen, daß den Repressionsorganen nichts, auch nicht die "beschützte" ZeugIn in den Rücken fällt. Darin liegt ein zentraler Knackpunkt aller Zeugenschutzprogramme. Der Repressionsapparat ist sich dieses Unsicherheitsfaktors, den selbst "geschützte" ZeugInnen für ihn darstellen, selbstverständlich bewußt. Daher wird die Polizei ihre Absichten notfalls auch gegen den Willen ihres Schützlings durchzusetzen versuchen (so: Krehl, 84; Zieger,4). Ein Ausstieg aus dem Zeugenschutzprogramm ohne Zustimmung der Bullen darf es nicht geben und wird mit Drohungen nach einer strafrechtlichen Verfolgung der ehemaligen ZeugIn (z.B. wegen Falschaussagen bzw. Strafvereitelung) zu verhindern versucht.

Die mit dem Zeugen"schutz" beauftragten Bullen müssen sich somit auch um die psychische Konstanz der ZeugIn kümmern. Dazu gehört auch "die Verhinderung von Angriffen auf (ihre/seine) Willens- oder Handlungsfreiheit, die Stärkung der psychischen Konstitution und die Vertrauensbildung" (Sielaff, 62). Als mögliche "Gefahrenquellen" werden von den Bullen die Familie, FreundInnen und selbst die AnwältInnen "geschützter" ZeugInnen angesehen. Spätestens da drängt sich einem die Frage auf, wer hier vor wem geschützt werden soll.

Neben den durchweg rechtlich unverbindlichen Zusagen materieller Vergütungen, wird die "gefährdete" ZeugIn über die Betreuungsmaßnahmen in ein umfassendes Abhängigkeitsverhältnis zu ihren "Beschützern" gebracht. Materiell ist sie nicht nur in der Zeit des Prozesses, sondern auch auf unterschiedlich lange Zeit danach den Bullen schutzlos vollkommen ausgeliefert. Die den Bullen mit Haut und Haaren ausgelieferte "geschützte" ZeugIn wird (ob es sich nun um einen Bullenspitzel, um freiwillige oder unter Druck gesetzte ZeugInnen handelt), zum Spielball der Interessen der Repressionsorgane in dem jeweiligen Strafverfahren.

Die Be- bzw. Verhinderung einer effektiven Verteidigung ist nicht nur offenkundig, sondern auch logischer Zweck von Zeugenschutzprogrammen. Wenn dem Gericht in einer Hauptverhandlung die - voraussichtlich - wichtigste BelastungszeugIn vorenthalten wird, dann ist die/der Angeklagte eindeutig in fundamentalen Verfassungsrechten (nach Unmittelbarkeit, Mündlichkeit und Öffentlichkeit im Prozeß und ihrem/seinem Frage- und Antragsrecht) verletzt. Ihr/ihm wird es - konsequent zu Ende gedacht - unmöglich gemacht, sich gegen mögliche Lügengebäude der Polizei zu wehren.

Alles Kappes?

Zeugenschutzprogramme wie auch die anderen im OrgKG beschlossenen Repressionsmaßnahmen werden stets mit honigsüßen Hinweisen z.B. des BKA verbunden, "mafia-ähnliche" Kriminalität würde sich in der BRD massiv ausbreiten. (Hier: die unbescholtene ZeugIn wird an ihrer staatsbürgerlichen Pflicht zur - in diesem Fall - belastenden Aussage durch Einschüchterungen "der Mafia" erpreßt). Die polizeiliche Propaganda über Ausbreitungsgrad und speziell die internen Disziplinierungsmethoden der "Organisierten Kriminalität" in der BRD ist selbst in den Repressionsorganen höchst umstritten (stellvertretend: Bundesanwalt Schoreit in: StV 1991, 535). Die Linke sollte nicht auf die ausgelegte Leimrute tappen. Die "Mafia"-Hinweise dienen einzig dazu, einen gesellschaftlichen Konsens für die geplanten Repressionsmaßnahmen zu erzeugen, deren Einführung ohne die erzeugte Hysterie einen Sturm der Entrüstung im liberal-demokratischen Lager und der Linken hervorrufen würde. Mensch sollte sich nicht täuschen lassen: die vornehmste Aufgabe von Zeugenschutzprogrammen (so: Krehl, 85) und der übrigen Bestimmungen des OrgKG wird die Zerschlagung derjenigen sein, die gezwungen sind, sich für die Revolutionierung kapitalistischer Besitzverhältnisse kadermäßig zu organisieren.

Wer da meint, "geschützte" bzw. gesperrte Zeugen hätte es in Staatsschutzprozessen immer gegeben und von daher seien die Regelungen des OrgKG nicht des Aufhebens wert, hat zwar recht, was den ersten Teil der Aussage anbelangt. Die zweite Satzhälfte geht jedoch am politischen Kern des OrgKG vorbei. Die im OrgKG

beschlossenen Bestimmungen befreien diese Unterdrückungsmaßnahmen vom Makel der Illegalität und beschneiden somit das politische Terrain erheblich, auf dem sich Linke politisch mit juristischen Mitteln zur Wehr setzen können. Am Ende des Weges steht eine politische Sonderjustiz für Linke, in der eine Verteidigung gegen Konstruktionen von Bullen, "geschützten" und Kronzeugen nicht mehr möglich sein wird.

Rote Hilfe Berlin

Quellen:

Krehl, C.: "Der Schutz von Zeugen im Strafverfahren" in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 1991, 85

Rebmann, K. (GBA): "Der Zeuge vom Hörensagen im Spannungsverhältnis zwischen gerichtlicher Aufklärungspflicht, Belange der Exekutive und Verteidigerinteressen"; in: Neue Strafrechtszeitung (NStZ) 1982, 315.

Rebmann/Schnarr (BAW): "Der Schutz des gefährdeten Zeugen im Strafverfahren"; in: Neue Juristische Wochenzeitung (NJW), 1989, 1185.

Schnarr, H.-K.: "Der Zeugenschutz im Strafprozeßrecht", Kriminalistik 1990, 293.

Sielaff, W. (LKA-Hamburg): ",Aussageverbot` vom Täter"; in: Kriminalistik 1986, 85.

Steinke, W. (BKA): "Der Zeugenschutz im Strafprozeßrecht"; in: Kriminalistik 1991, 455

Nusret Arslan - die Karriere eines "geschützten" Zeugen

Der Kurde Nusret Arslan gehört - ausgewiesenermaßen - zu einem der von der Polizei am besten "geschützten" ZeugInnen in der BRD. Arslan hat sich, neben dem Kronzeugen Ali Cetiner, zu dem effektivsten Bullenzeugen bei der Bekämpfung des kurdischen Befreiungskampfes durch die Repressionsorgane der BRD erwiesen.

Arslan begab sich am 5.2.1988 in polizeiliche Obhut. Er gab an, er sei von der PKK entführt worden, um vor ein angebliches "Volksgericht" in Köln gestellt zu werden. Er habe aber aus dem Entführerfahrzeug flüchten können. Es waren die Aussagen Arslans - zusammen mit denen des zweiten Bullenzeugen Hasan Dogan -, die den Startschuß für die Verhaftungswelle gegen kurdische PolitikerInnen in der BRD markierten. Während Arslan von sich behauptete, er sei jahrelang an führender Stelle in der PKK tätig gewesen, legen Recherchen der VerteidigerInnen im Düsseldorfer KurdInnen-Prozeß die Schlußfolgerung nahe, daß es sich bei Arslan um einen Mitarbeiter des türkischen Militärgeheimdienstes MIT handelt.

Arslan wurde schnellstmöglich in das Programm des Arbeitsbereichs ST 34 beim BKA (der neu eingerichteten "Koordinationsstelle Zeugenschutz") aufgenommen. Der Zeuge Arslan wurde zu jedem Prozeßtermin mit einem Hubschrauber eingeflogen und betrat die jeweiligen Gerichtssäle (im Berliner Kronzeugen-Prozeß 1989; in Düsseldorf 1990/91 und Celler KurdInnen-Prozeß 1992) nur mit kugelsicherer Bleiweste und in Begleitung von BKA-Bodyguards, die ihren "Schützling" bis auf die Toilette begleiteten. Von Seiten der Staatsschutzsenate wurde Arslan jeweils eine "erhebliche Gefährdung" attestiert. Dies hatte zur Folge, daß VerteidigerInnen-Fragen, "die geeignet sein könnten, die Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen zu beeinträchtigen", vom Gericht nicht zugelassen wurden (so z.B. ob Namensänderungen vorgenommen wurden, welcher Art Arslans Ausweispapiere sind oder ob er sich im Rahmen des Zeugen"schutzes" im Ausland aufhalten würde).

Die gerichtlichen Vernehmungen des Zeugen Nusret Arslan erwiesen sich als Fiasko für die anklageführende Bundesanwaltschaft (BAW). Fünf amtlich bestellte Dolmetscher rätselten teilweise stundenlang über zusammenhanglos aneinandergereihte Aussagefetzen. Die wirren und immer wieder schlicht sinnlosen Sätze Arslans standen in eklatantem Widerspruch zu der flüssigen Darstellungsweise der - zwei Stehordner umfassenden - BKA-Vernehmungsprotokolle des Zeugen. Arslan benutzte wiederholt fehlerhafte Abkürzungen für die verschiedenen PKK-Organisationen - im Asylverfahren ein sicheres Indiz dafür, daß die betreffende Person keinen Kontakt zu der entsprechenden Organisation hatte. Nach den folgenden "Aussagen": "Ich, äh, Dingsbums ... also ich, äh, habe, äh, Dingsbums gemacht, also Abitur. Ich bin ledig oder so", schien das prozessuale Ende des Bullenzeugen Nusret Arslans nahe. Der dem Düsseldorfer KurdInnen-Prozeß vorsitzende Richter Belker mußte zwei Angeklagte mit der Begründung entlassen, daß Arslan nicht habe

angeben können, woher sein belastendes Wissen stamme und daß der Staatsschutzsenat erhebliche "Verschiebungen" im Gedächtnis des Zeugen nicht ausschließen könnte.

Die BAW zog Arslan kurz darauf - im Frühjahr 1991 - aus dem Düsseldorfer Prozeßgeschehen. Plötzlich erinnerte sich Arslan an etwas, das seit Jahren bekannt war, daß er nämlich mit einem der Angeklagten verwandt ist. Flugs erteilte ihm das Gericht ein Zeugnisverweigerungsrecht für Angehörige (§52 StPO). Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan - und weg war er.

Dennoch reichten die für die BAW zumeist sicherlich beschämenden Auftritte ihres "geschützten" Zeugen Arslan letztlich aus: drei im Juli 1992 ergangene Urteile im Celler Kurden-Prozeß beruhten maßgeblich auf dem Gestammel Nusret Arslans.

42. Der 39. Deutsche Historikertag und die Deutsche Geschichtswissenschaft - Erneuerung oder Eroberung

Autor: Felicitas Walka · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:16

Am 26. September 1992 ging in Hannover der 39. Deutsche Historikertag zu Ende. Er war dem Thema "Europa - Einheit und Vielheit" gewidmet. Es mag Zufall oder Absicht gewesen sein, daß am selben Tage, an dem der scheidende Präsident des Verbandes der Historiker Deutschlands (VHD), Wolfgang Mommsen, seinen abschließenden Festvortrag über "Europa und die außereuropäische Welt" hielt, der Leitartikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" von einem anderen deutschen Historiker stammte.

Parallel zu Japans Rückforderung von vier Kurileninseln fordert Michael Stürmer die Rückgabe Königsbergs, nicht für Deutschland allein, sondern für die Europäische Gemeinschaft. Königsberg verkörpere "das Stalinsche Europakonzept in Aktion", als Militärlager bleibe es eine "Interventionsoption" auch dann, wenn keine Invasion zu erwarten sei. Aus "Gründen engerer und weiterer Sicherheit" müsse diese Option unmöglich werden. Die russischen Radar-, Flug- und Marinebasen auf den Kurilen stellten für Japan eine "moralisch-politische Demütigung" dar. Stürmers ausdrückliche Analogie legt nahe, gleiches auch für Königsberg und Deutschland anzunehmen. Gestützt auf geostrategischen Überlegungen, nach denen die dortige russische Marinebasis und die vorgeschobenen Radaranlagen zur Luft- und Raumverteidigung für das russische Militär die Basis seien, "Machtprojektionen in alle Richtungen" zu üben, fordert Stürmer ein Ende russischer Militärpräsenz in Kaliningrad.

Es werde Zeit, "über die Zukunft Königsbergs und des nördlichen Ostpreußen nachzudenken", und die Plazierung des Stürmerschen Nachdenkens in der FAZ soll ihm den rechten politischen Nachdruck verleihen. "Das deutsche Interesse kommt nicht allein aus Vergangenheit und Geschichte. Es muß sich vor allem darauf richten, die Ostseeküsten zur Stabilitäts- und Wohlstandszone zu machen." Allerdings könne Deutschland "nicht allein in Vorlage treten", der Vortritt gebühre der Europäischen Gemeinschaft, sie solle es in den EG-Binnenmarkt einbeziehen. Dann könne der "trostlose russische Küstenplatz" zum "Vorort einer neuen Hanse" aufsteigen.

Geschichtsprofessor Stürmer hat zweifellos aus der Geschichte gelernt, daß die Deutsche Mark als Expansionsinstrument effektiver als die Wehrmacht ist. Öffentliches Nachdenken über die "Zukunft Königsbergs" solle deshalb in einer Form erfolgen, "die nicht alte und neue Gespenster weckt". Darum warnt er ausdrücklich vor einer "deutschen Ansiedlungs- und Volkstumspolitik." Vielmehr gehe es darum, eine "freie Wirtschaftszone zu schaffen", einen "Brückenkopf steuer- und lohngünstiger Investitionen", unter dem Management einer "internationalen Handelskompanie".

Ob Absicht oder Zufall, der Zusammenhang der Forderung Stürmers und der Rolle, die er dabei "Europa" zuweist, mit dem Leitthema des 39. Historikertages ist nicht zu übersehen. Dieser Leitartikel ist praktisch eine politische Herausforderung der offiziellen Tagung des VHD zum Thema "Europa". Historische Orientierung zu geben, hatte auch Wolfgang Mommsen in seiner Eröffnung als Aufgabe der Geschichtswissenschaft beschworen und einen großen Bedarf an Geschichte ausgemacht. Stürmer gibt der deutschen Hegemonialmacht und ihrem Expansionsstreben eine Orientierung auf ein näheres Ziel und ordnet diesem aus der Vergangenheit entnommene Argumente zu. Die zu ihrer offiziellen Tagung versammelte deutsche Historikerzunft aber vermied es, die deutsche Europapolitik als Hegemonialpolitik zu erörtern. Die Grundlagen, Triebkräfte, Mechanismen und Gefahren deutschen Vorherrschaftsstrebens in der Gegenwart sind für diese deutschen Historiker kein Gegenstand.

Wolfgang Mommsen verglich die Gegenwart mit der Situation nach dem ersten Weltkrieg. Damals wie heute sei es um eine dauerhafte Ordnung und um den Frieden in Europa gegangen. Tatsächlich setzte es beide Male eine Niederlage des deutschen Imperialismus im Kriege voraus. Nach dem ersten Weltkrieg strebte dieses Deutschland bekanntlich von Anfang an danach, die Niederlage wettzumachen und sich von ihren Folgen zu befreien.

Gegenwärtig aber ist die Aufhebung der Folgen der Niederlage des faschistischen Deutschland für das nun vergrößerte und völkerrechtlich souveräne Deutschland entscheidend bereits vollzogen, wenn auch nicht

vollständig. Diese Beseitigung wesentlicher Resultate des zweiten Weltkrieges bildet die Grundlage der neuen Stellung des deutschen Staates in der Welt. Sie wird als Voraussetzung des Ausbaus seiner Stellung zur Weltmacht systematisch genutzt. Ob deutscher Militäreinsatz an allen interessierenden Punkten des Erdballs, ob Durchsetzung als Ordnungsmacht bei der Produktion wie Regulierung von Konflikten innerhalb wie zwischen anderen Staaten, ob als Anspruch, Rechtsvertreter deutscher Minderheiten im Ausland zu sein und sie als Instrument der Außenpolitik zu benutzen, oder ob als Anspruch auf weltweite Partnerschaft "in leadership", alle bereits ausgesprochenen wie zu erwartenden Ansprüche und Schritte, die Machtstellung Deutschlands zu entwickeln und auszubauen, setzen diese Grundlage voraus und sollen sie gleichzeitig nutzen und erweitern. Die Londoner Vereinbarungen und der Anschluß der DDR markieren die neue politische Handlungsgrundlage.

Während für Michael Stürmer diese Grundlage bereits eine Selbstverständlichkeit ist, war keines dieser aktuellen Probleme Gegenstand der offiziellen Tagung deutscher Historiker in Hannover.

* * *

Es zeugt allerdings von zweckbestimmtem Wegsehen, den Zusammenhang des heute in Deutschland grassierenden, eskalierenden Nationalismus, rassistischen Chauvinismus und offenen faschistischen Terrors mit dem Erstarken dieses Deutschland, mit seiner neuen Stellung in Europa und der Welt nach dem Ende der sozialistischen Staaten Osteuropas und dem Anschluß der DDR - die zuvor zur Anschlußzone verwandelt werden mußte - zu übersehen. National- wie Rassenchauvinismus im heutigen Deutschland entspringen nicht den Nischen nationalistischen Denkens in der DDR, wie Wolfgang Mommsen das in der "Zeit" glauben machen möchte. Zweifellos gab es solche Nischen. Doch der enttäuschte Nationalismus großer Massen in den östlichen Ländern setzt ihren nationalistischen Taumel von 1989/90 voraus und bleibt noch in bitterer Enttäuschung über die unmittelbaren Folgen der Kolonialisierung ihrer Gesellschaft daran gebunden. Dieser Taumel aber speiste sich entscheidend nicht aus DDR-Traditionen und -Nischen, sondern aus dem Bruch und dem vermeintlichen Abschied von eigener Identität und Geschichte. Der nationalistische Taumel wurde bekanntlich von einer "Allianz für Deutschland" angeheizt. Die Welle rassistischen Chauvinismus und terroristischer Gewalt ist von deutschem Großmachtdenken und deutscher Hegemonialpolitik nicht zu trennen. Vielleicht hat auch die fatale Duldsamkeit des bundesdeutschen Staates und seiner regierenden Parteien gegenüber der terroristischen Gewalt ihre Wurzeln in DDR-Nischen? Am 26. September 1992 erschien nicht nur der Leitartikel der FAZ von Michael Stürmer. Wie ein Menetekel zu Stürmers Blick auf Königsberg erhellte der Feuerschein des Brandanschlages auf die Gedenkstätte Sachsenhausen am selben Tage den Zusammenhang von deutscher Hegemonialpolitik und rassenchauvinistischem Terror. Dieser Feuerschein leuchtet auch durch geschlossene Augen. Man muß ihm schon den Rücken zuwenden, und selbst dann ist er wahrnehmbar.

* * *

Von der Vielzahl der Themen des 39. Historikertages soll an dieser Stelle nur eines herausgegriffen: Wolfram Fischer aus Berlin leitete eine Podiumsdiskussion "Zur Lage der Geschichtswissenschaft in den neuen Bundesländern". Dieses Thema dominierte auch Wolfgang Mommsens Artikel "Unerfüllte Erwartungen" in der "Zeit" vom 25. September. Seine dortige Einschätzung der "Lage der Zunft" wurde wörtlich in den Eröffnungsvortrag übernommen. Mommsen schreibt der Geschichtswissenschaft die Aufgabe zu, "der jeweiligen Gesellschaft den Spiegel ihrer Vergangenheit vorzuhalten, um ihr die Möglichkeit zu geben, über sie hinauszuwachsen". Sie solle zur "Entwicklung eines demokratischen Nationalbewußtseins, das sich ein für allemal von den aggressiven und rassistischen Elementen der Vergangenheit verabschiedet hat und Respekt gegenüber anderen Nationalkulturen an den Tag legt" beitragen. Das sei nur erreichbar, "wenn die Geschichtswissenschaft den Blick zugleich auf Europa und darüber hinaus auf die außereuropäische Welt richtet, statt sich vorwiegend mit der eigenen Nationalgeschichte zu beschäftigen."

Für das Feld der deutschen Geschichte jedoch gelte es, "die geistige Einheit der Deutschen wiederzugewinnen." "Wiedergewinnen" setzt voraus, diese "geistige Einheit der Deutschen" habe bestanden. Aber der Historiker Mommsen verschwieg uns, welche Einheit er meinte, wen sie miteinander vereinte und wann sie je bestanden habe. So ist auch nicht zu prüfen, ob die "geistige Einheit" Anspruch, Illusion, Legende oder einfach Vereinnahmung war. Wurde doch allein in unserem Jahrhundert die "Einheit der Deutschen"

immer dann verkündet und als praktische Unterordnung auch hergestellt, wenn es um die Mobilisierung des deutschen Volkes für den Hegemonialanspruch seiner herrschenden Klasse ging.

Die "geistige Einheit der Deutschen wiederzugewinnen" erheischt für Wolfgang Mommsen zunächst einmal, "den intellektuellen Scherbenhaufen des Marxismus-Leninismus wegzuräumen". Praktisch läuft dies darauf hinaus, eine marxistische historische Forschung in der "erneuerten Geschichtswissenschaft in den östlichen Bundesländern" nicht mehr zuzulassen. Ihre Ausgrenzung aus dem "Pluralismus" fungiert als Eintrittsbillett zur "geistigen Einheit". Daß große Teile der Historiker der DDR sich bewußt als geistige Wegbereiter einer sozialistischen Gesellschaft verstanden, daß sie sich "außerordentlich schwer damit" tun, "sich mit den neuen Realitäten abzufinden", wird aus "unerfüllter Erwartung" zum bitteren Vorwurf des VHD-Vorsitzenden. Hier sei nur bescheiden die Frage erlaubt, ob sie sich denn frohen und leichten Herzens damit abfinden sollten, daß nach dem Zusammenbruch ihres Staates und der Umwandlung ihrer Gesellschaft in ein kolonisiertes Anschlußgebiet der Bundesrepublik ihre Institute aufgelöst und sie selbst massenhaft erwerbslos geworden sind, daß ihre Stellen zu mehr oder minder begehrten Pfründen ihrer westdeutschen "Kollegen" wurden. Die Erfahrung eigener Demütigung und Ausgrenzung sowie arroganter Fremdbestimmung produziert natürlich nicht nur Begeisterung für die Aneignungsformen und die Herrenmanieren in dieser "neuen Realität".

Hinter der Aufgabenstellung, die "geistige Einheit der Deutschen wiederherzustellen", steht entscheidend der über Jahrzehnte des kalten Krieges obligate und 1990 erneuerte Alleinvertretungsanspruch: "Einheit" wird nicht als Integration, sondern als Ausgrenzung im Rahmen beanspruchter Alleinverfügung praktiziert. Der VHD hat sich seit dem Sommer 1990, seit dem Kurs der Regierung Kohl auf die unmittelbare Liquidierung der DDR und ihren Anschluß an die BRD, auf seinem Felde genauso verhalten, hat den alleinigen Anspruch auf Vertretung deutscher Geschichtswissenschaft proklamiert und praktiziert. Aber der VHD tat noch mehr: Vor und auf dem 38. Historikertag in Bochum 1990 vollzog er als einzige wissenschaftliche Berufsorganisation eine Brandmarkung der gesamten Zunft - soweit es deren DDR-Zweig betraf: Die "Abrechnung" mit der "Herrschaftswissenschaft" des "SED-Regimes" stellte die großbürgerliche Presse in einer langen und koordinierten Kampagne unter die Losung: "DDR-Historiker werden von der Zunft an den Pranger gestellt." (FR, 29. September 1990). Die Vertreter anderer Geistes- oder Sozialwissenschaften hielten sich eher zurück und vermieden solche Zuspitzung diskriminierenden Anschluß-Furors.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Hier wird keineswegs jeder westdeutsche Historiker und jedes Institut mit dem Verbandstribunal von 1990 identifiziert. Im Gegenteil ist zu betonen, daß entgegen pauschaler Abwertung auch westdeutsche Historiker um Analyse, Differenzierung und Urteil bemüht blieben, daß entgegen der Ausgrenzung Einzelpersonen wie Institute an der Kooperation festhielten und gegen die voraussehbaren irreversiblen Schäden der "Abwicklung" auch Hilfe leisteten. Doch die offizielle Verbandspolitik war das nicht.

Und in Hannover wurde dann als "Erneuerung der Geschichtswissenschaft in den östlichen Bundesländern" jene Imitation des westdeutschen Systems historischer Lehrstühle beschworen, die dessen Behandlung als unkorrigierbares Muster voraussetzte. Doch die Schwächen und die brennenden Nöte des bundesdeutschen Hochschulsystem traten gerade dann in den Mittelpunkt der Podiumsdiskussion, als ein unvermeidbares Begleitmoment der "Erneuerung" unübersehbar wurde, nämlich das heftige Konkurrenzgerangel beim Abstecken der Claims. Zu letzterem waren allerdings die Historiker aus der DDR als gleichberechtigte Konkurrenten gar nicht erst zugelassen. Die vielberufene "faire Chance" galt nicht für sie. Wer die schmachvolle Rolle des VHD bei der Liquidation der Geschichtswissenschaft der DDR moralisch aufwerten will, wer die auf der "Abwicklung" basierende Pfründennahme ins verklärende Licht "wirklicher Erneuerung" stellt, der kann wohl frühere Kooperationspartner aus der DDR nicht mehr als solche wahrnehmen und muß die ausgegrenzten und verjagten Konkurrenten als "demoralisiert" qualifizieren. Mit der Mentalität abrechnender Sieger lassen sich Verlierer trefflich schmähen. Und der eigene Makel vergangener Kooperation kann nur durch nachträgliche Schändung ausgelöscht werden. Respektierte oder als Stachel empfundene Leistungen der Ausgegrenzten werden zum "Scherbenhaufen" erklärt. Manche Niederträchtigkeiten gewinnen ihre spezifischen Züge nicht zuletzt aus der Tatsache, daß dieser Sieg im kalten Krieg selbst den Siegern überraschend kam, ja, ohne Verluste quasi in den Schoß gefallen ist.

Die materialistische These "Das Sein bestimmt das Bewußtsein" war bei Marx niemals statisch gemeint. Das Sein ist kein Gehäuse, sondern der wirkliche, praktische Lebensprozeß. So verstanden entspricht jenes verzerrte Rechtfertigungsbewußtsein führender Vertreter dieses Verbandes vollauf ihrer eigenen Tätigkeit. Die

"Abwicklung" war die Voraussetzung für die nunmehrigen Verteilungskämpfe. Daß die der Geschichte zufallenden Lehrstühle und Finanzmittel geringer sind als erwartet, und noch dazu zugunsten erfolgreicherer Fächer wie Rechtswissenschaft oder Ökonomie beschnitten werden, das wird nunmehr auch als Verlust beklagt: Die deutsche Geschichtswissenschaft zähle zu den Verlierer der deutschen Vereinigung.

Damit sind keineswegs jene irreversibel zerstörten historischen Forschungspotentiale gemeint. Deren "Evaluierung" durch den Wissenschaftsrat war nur politischer Theaterdonner post festum, denn trotz guter Bewertung ihrer wissenschaftlichen Projekte wurden sie aufgelöst. (Ehrlichere oder auch nur naivere Mitglieder solcher Evaluierungskommissionen geben heute durchaus zu, daß sie den Auftrag hatten, die Institute aufzulösen).

Auf dem 39. Historikertag bekannte einzig Jürgen Kocka in der Öffentlichkeit, daß die Leistungen der DDR-Geschichtswissenschaft auf manchen Gebieten als Herausforderung und Stachel gewirkt und zur Förderung und Entwicklung dieser Forschungen in der alten BRD beigetragen haben. Mit dem Fortfall dieses Stachels drohe der nun ein Niveauverlust.

Auf der genannten Podiumsdiskussion standen Erörterung und Beurteilung der Geschichtswissenschaft der DDR gar nicht mehr zur Debatte. Ihre Abwicklung, ihr Ende wurde als vollzogen vorausgesetzt. Ihre Ersetzung durch Repräsentanten der westdeutschen Historie wurde als Selbstverständlichkeit behandelt. Aber ein Stachel blieb und machte sich als scheinbar unabweisbares Bedürfnis der Eroberer geltend. Die auf dem Podium plazierten Historiker aus Berlin, Leipzig, Jena und Rostock befriedigten mit einer Ausnahme das Bedürfnis der neuen Platzhalter, sich ein "authentisches" Zeugnis ihres höheren Rechtes, ihrer höheren Moral und ihrer überlegenen Wissenschaftlichkeit gerade von den Gedemütigten geben zu lassen. Werner Bramke aus Leipzig bescheinigte den Abwicklern aus dem Westen fachliche Überlegenheit, großes Verantwortungsbewußtsein und Einfühlungsvermögen, woraus sich ihr Recht auf Abwicklung quasi von selbst ergab. Und dem evangelischen Kirchenhistoriker Kurt Nowak aus Leipzig war es ein persönliches Anliegen, öffentlich auszusprechen, mit welcher Selbstlosigkeit, hohem Engagement und Willen zur Gerechtigkeit die westdeutschen Mitglieder der Struktur- und Berufungskommissionen gewirkt hätten.

Mag sein, daß es auch solche gegeben hat. Selbst dann übten sie Herrschaftsfunktionen aus. Über materielle Kleinigkeiten wie die Kanalisierung von Macht und Einfluß und sehr gut dotierten Stellen kann man da schon hinwegsehen, von der Dotation solcher Kommissionen selbst ganz zu schweigen. Aber Majorisierung und Dominanz mochte auch Nowak nur "in vielen Punkten" bestreiten.

Das bereits von Bochum 1990 bekannte Schauspiel, Vertretern des sog. Unabhängigen Historikerverbandes ein Podium zur öffentlichen Denunziation zu gewähren, um hinterher scheinheilig ihre Taktlosigkeit zu rügen, wurde in Hannover noch einmal wiederholt. Wolfgang Mommsen - der in anderen Fällen schnell spontan eingriff und dessen Temperament nicht selten die Zurückhaltung übersprang - krtisierte die namentliche Beschuldigung nicht anwesender Kollegen durch Stefan Wolle erst post factum. Doch Gerhard A. Ritters öffentliches Bedauern, einem der Attackierten, Prof. Vogler von der Humboldt-Universität, durch seine Struktur- und Berufungskommission eine Bleibeempfehlung gegeben zu haben, markierte den klaren politischen Zweck dieser Inszenierung. Was machte es da schon aus, daß Ritter log, er hätte von Voglers Tätigkeit als Sektionsdirektor 1968 nichts gewußt, war doch gerade die Bleibeempfehlung für Vogler in Ritters Kommission lange und heftig umstritten. Daß Wolle wider besseres Wissen auch falsche Informationen verbreitete, war dann schon nebensächlich.

Den westdeutschen Historikern auf dem Podium war eines gemeinsam: Sie hatten entweder im Maßstabes eines Landes oder einer Universität in einer Struktur- und Fachkommission die Abwicklung praktisch betrieben und hielten das für eine zureichende Grundlage beanspruchten Urteils. Der gegenwärtige Vorsitzende der bundesdeutschen Rektorenkonferenz und Chefabwickler der Historiker für Thüringen, Helmuth Böhme, resümierte die geplante Ausstattung der ostdeutschen Universitäten mit Lehrstühlen für Geschichte: Berlin (Humboldt) 20, Rostock 6, Greifswald 7, Jena 7, Halle 8, Leipzig 11, Chemnitz 5, Dresden 9 und Potsdam 14.

Von dieser Ausstattung machten die einzelnen Länder aus Gründen der Konkurrenz um die knappen Finanzmittel jedoch Abstriche bis zu 40, ja 50%. Dies war gemeint, wenn die Geschichte zu den "Verlierern der Vereinigung" gerechnet wurde.

Wenn Wolfgang Mommsen in der "Zeit" beklagte, daß die "Erneuerung" der Geschichte an diesen Universitäten nicht "in einem einigermaßen koordinierten Verfahren" erfolge, so war beileibe nicht eine Koordinierung mit den doch angeblich zu integrierenden Kollegen an jenen Universitäten gemeint. Nein, beklagt wurde, daß die einzelnen Länder keine maßgebliche Beteiligung "der führenden Vertreter des Faches" zugelassen hätten. Mit der jeweiligen Patenschaft der westdeutschen Bundesländer für ein östliches Bundesland sei politischer Wildwuchs eingerissen. Zweifellos hat sich der Egoismus der Länder und ihrer Universitäten meist durchsetzen können. Doch damit kann der VHD die Verantwortung für seine Politik nicht beiseiteschieben.

Die "Reorganisation der Geschichtswissenschaft" werde, so Mommsen, von den Betroffenen "nur dann auch innerlich akzeptiert werden, wenn dabei die Grundsätze der Fairneß nicht verletzt werden". Der Vorsitzende des VHD glaubte wohl, jene Verletzung der "Fairneß" habe erst begonnen, als bayerische, württembergische oder hessische Universitäten jene in Sachsen und Thüringen so umarmten, daß die dortigen Institute faktisch zu ihren Zweigstellen wurden und streng deren ideologische Ausrichtung teilten. Die von Böhme im Klartext benannte ideologische Vereinnahmung der "erneuerten" Geschichtswissenschaft durch Institute und Stiftungen aus den einzelnen Ländern desavouiert nur noch einmal jene ideologische Anmaßung des VHD von 1990. Aber jene pauschale Stigmatisierung hatte zwangsläufig ihre Rückwirkung auf die ganze Disziplin und jene, die heute diese Folgen beklagen, wollen ihre Initiatorenrolle nicht wahrhaben.

Die - geschmeichelt gesagt - Dominanz der westdeutschen Historiker in allen entscheidenden Positionen setzte mit dem Beginn der Abwicklung ein System des Dirigierens in Gang, das einen wenig kontrollierten Gebrauch von Macht zur neuen Grunderfahrung der "Demokratie" machte. Diese "Erneuerung mit Fremdpersonal und Importen" - so der westdeutsche Historiker Miethke - lasse die Gerechtigkeit aus den Augen verlieren. Aber war es je um diese gegangen? Was besagt die Klage der um ihre Stellung winselnden DDR-Professoren über die ungleichen Konkurrenzbedingungen und die ausgebliebene faire Chance? War es denn der Zweck der Überstülpung des westdeutschen Systems, ihnen diese Chance zu geben?

Sachsen wurde von Werner Bramke als einziges Land gerühmt, dessen Wissenschaftsminister eine "Durchmischung" des Lehrkörpers anstrebe, während man in Jena oder Berlin auf eine Kombination verzichtet habe. In Leipzig sieht die "Durchmischung" allerdings so aus, daß auf elf Lehrstühle bisher nur zwei Historiker der DDR zu "Professoren neuen Rechts" berufen wurden, Zwahr und Hoyer.

Aber wozu auch Durchmischung, Isolde Stark vom sog. Unabhängigen Historikerverband beeilte sich, in die Kollaborationsrolle des "schärfsten Anklägers" eigener Kollegen zu schlüpfen und die Heuchelei von "Integration" und "Durchmischung" zu übertrumpfen: DDR-Historikern eine Chance in der Lehre zu geben, und das gar aus sozialen Gründen, würde nur bedeuten, neue Studentengenerationen zu versauen. Niemand sei schließlich in der DDR zur Karriere gezwungen worden. Frau Stark macht dafür jetzt Karriere: Sie wurde in Hannover in den Vorstand des VHD gewählt. Wissenschaftlicher Leistungen als Historikerin bedurfte es dafür dann nicht.

Wie soll man die Aufforderung des Verbandsvorsitzenden an die ostdeutschen Historiker verstehen, fordernder und mit größerer Lautstärke ihre Ansprüche zu vertreten? Hat er nicht erkannt, daß Anpassung wie Larmoyanz auch Produkte jenes Überwältigungsprozesses sind, der die Historiker nicht anders als die Gesellschaft der DDR betraf? Hat er nicht wahrgenommen, daß gerade die kritischen und selbstbewußten Wissenschaftler bevorzugt "abgewickelt" wurden? Hat er nicht selbst initiiert, daß von allen Sozial-und Geisteswissenschaften in der BRD einzig der Berufsverband der Historiker ein Verbandstribunal abhielt und die ganze Zunft verdammte?

Als Frau Dr. Buchsteiner aus Rostock ganz leise und bescheiden, zurückhaltend und ohne Anklage berichtete, daß auch die Agrargeschichte in Rostock zu den Stärken der ostdeutschen Geschichtsforschung zählte und wie man ihre agrarhistorische Forschungsgruppe ohne Begründung abgewickelt hat, als sie nach den Gründen fragte und auf verschenkte Alternativen verwies, ließ die herrische Reaktion des Verbandsvorsitzenden darauf schließen, er fühle sich persönlich in Frage gestellt. Wenn die Politik des VHD von 1990 an nicht schon genug Antwort wäre, diese Reaktion von Wolfgang Mommsen machte seine Frage an Frau Buchsteiner überflüssig: "Ja, warum haben Sie denn nicht an mich geschrieben?"

Nur durch die Bildung von sieben geisteswissenschaftlichen Zentren der Fördergesellschaft für wissenschaftliche Neuvorhaben, einer Tochter der Max-Planck-Gesellschaft, ist nach Jürgen Kocka, bei der Überstülpung des westdeutschen Wissenschaftssystems etwas wirklich Neues entstanden. Gemessen an der Welle der Neugründungen bei den Naturwissenschaften ist das mehr als kärglich, noch mehr, wenn man bedenkt, welche Forschungspotentiale zuvor zerstört wurden. Ob die Zentren zur Entwicklung fähig oder bloß zeitweilige Auffangpositionen sind, bleibt abzuwarten. Alle Wissenschaftler aus der DDR sind nur befristet eingestellt.

Über diese Zentren entbrannte der einzige echte Streit um "die Lage der Geschichtswissenschaft": Helmuth Böhme und Jürgen Kocka, zwei engagierte Vertreter divergierender Interessen darüber, wie die brennenden Probleme des bundesdeutschen Hochschulwesens zwischen Massenuniversität, Fachhochschulen und Auslagerung der Forschung anzugehen seien, fochten ihn aus. Und nur in dieser Kontroverse wurde jener Zwang zur kritischen Selbstbefragung, der ansonsten ausschließlich auf die DDR gelegt wird, auch für die alte BRD unabwendbar.

* * *

Wenn die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft beansprucht, Orientierungen anzubieten, weil sie, so Wolfgang Mommsen, über ein "rational kontrolliertes", "von ideologischen Residuen befreites Geschichtsbild" verfüge, so gilt das für den Umgang auch professioneller Historiker mit der Geschichte der DDR bestimmt nicht. Nun ist die Geschichte weder ein Buch mit sieben Siegeln, aus dem zu lernen nicht möglich, noch ein Rezeptbuch, aus dem flink Orientierung zu ziehen ist. In der Geschichte haben auch die Historiker fast immer die Illusionen ihrer Epoche und ihrer Klasse geteilt. Wenn dazu noch der Triumph und die Illusionen der Sieger hinzukommen, so ist ein Ausbrechen der in Hannover vertretenen Zunft aus dieser Tradition kaum zu erwarten.

Umgekehrt konnte man freilich auch beobachten, wie versucht wird, aus der eigenen Pleite Kapital zu schlagen. Und die Geschichtsprofessoren der DDR haben beim Untergang des Staates, der Gesellschaft und besonders der politischen Klasse der DDR wahrlich nicht die beste Rolle gespielt. Aber vor jedem Urteil stehen Zweifel und Analyse. Kein historisches Denken ist ohne die Fähigkeit zu alternativem Denken möglich.

* * *

In der gegenwärtigen, wenig professionell geführten Geschichtsdebatte über "Vergangenheitsbewältigung" blockieren vor allem zwei gängige politische Thesen das historische Denken auch professioneller Historiker: Die These von 60 Jahren Diktatur in Deutschland und die These von der DDR als Unrechtsstaat.

Die These von 60 Jahren Diktatur in Deutschland bedeutet nicht nur eine zynische Beleidigung des gelebten Antifaschismus, sie fungiert als Katalysator der schleichenden, indirekten, aber eindeutigen Rehabilitierung der imperialistischen Politik Nazideutschlands. Der "Historikerstreit" wird so von jenen, deren Revisionsversuch seinerzeit zurückgewiesen wurde, noch nachträglich gewonnen.

Die These vom Unrechtsstaat DDR setzt politische Normen des kalten Krieges gegen den Sozialismus als wissenschaftlich nicht mehr in Frage zu stellende Wertung. Sie läßt keine Differenzierung mehr zu. Was vorher apriori feststand, erspart jetzt ex post jede Analyse. Mit beiden Thesen disqualifiziert sich jeder Historiker für den Umgang mit Geschichte. Reinhart Kosselleck schrieb bereits vor vielen Jahren, daß nur die Niederlage zum Begreifen bestimmter Probleme der Geschichte befähige.

Der einnehmende Blick des größeren Deutschland nach Königsberg setzt jene durch den Anschluß der DDR gewonnene neue internationale Machtstellung orientierend in die nächsten Schritte um. Angesichts des Umgangs bundesdeutscher Historiker mit der jüngeren deutschen Geschichte zum einen, des Beschweigens täglich drastischer in die Augen springender Gefahren historischen deutschen Vormachtstrebens für Europa zum anderen, - welche Orientierung sollte wohl von diesem Historikertag kommen?

Felicitas Walka, Halle

43. Im Angesicht des Zusammenbruchs. Die "Erinnerungen eines Revolutionärs" von Victor Serge. Rezension von L. Kolberg

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:20

Die besten Bücher sind bekanntlich solche, die man im Abstand mehrerer Jahre immer wieder liest und dabei Neues entdeckt. Victor Serges "Erinnerungen eines Revolutionärs" gehören dazu. In Westdeutschland 1967 vom Fischer-Verlag herausgebracht und in den 70er Jahren als Raubdruck verbreitet, war dieses Buch ein "Renner" und danach nur noch ein Geheimtip in linksradikalen Kreisen. Solange die Mythen der Revolution noch unhinterfragt identisch waren mit den Mythen der Partei (im Osten oder Westen oder in China), blieb diesem Buch eine breitere Wirkung versagt. Es sollte heute wieder gelesen werden. 1991 wurde es von der Edition Nautilus neu herausgegeben.

Wie ein Leitmotiv durchzieht die "Erinnerungen" die Frage nach der revolutionären Macht. In den Augusttagen 1917 in Barcelona, während des Aufstandes, diskutiert Serge diese Frage mit seinem Freund Segui. "Wie werden wir regieren?" Die Frage nach der Ausübung der revolutionären Macht auszusprechen, erscheint in diesen Tagen noch utopisch, drängt sich aber Serge auf - im Unterschied zu seinen anarchistischen Freunden, denen er vorwirft, diese Frage zu verdrängen. Wenige Monate später stellt sich die Frage konkret und praktisch. Mit der Oktoberrevolution hört der Sozialismus auf, nur Mythos oder Utopie zu sein. Aber er verliert damit auch seine Unschuld.

Dies, in aller Kürze, ist der Problemkreis, der die Ereignisse und Begegnungen in Victor Serge's Leben umschreibt. Victor Serge war Schriftsteller, Journalist und revolutionärer Organisator, Biograph und Geschichtsschreiber der Revolution. Bis heute aber gelten seine "Erinnerungen" als seine beste schriftstellerische Arbeit, weil sein Leben selber als revolutionäres Leben an unterschiedlichen Schauplätzen von Revolution und Konterrevolution die großen politischen Fragen der revolutionären Bewegungen immer wieder neu aufgeworfen hat.

Seine Sprache, die Farbigkeit der Schilderungen, gibt diesen politischen Fragen eine plastische Gestalt. In persönlichen Begegnungen, Eindrücken werden sie zum Greifen nahe. Selbst dort, wo revolutionäre Hoffnungen in Katastrophen zusammenzustürzen scheinen, treten die leidenden und kämpfenden Menschen in den Vordergrund. Sie sind, auch durch die "Erinnerungen" hindurch, für den Anarchisten, dann Bolschewisten und schließlich leidenschaftlichen Antistalinisten der letztgültige Maßstab. Sein Lebenslauf macht deutlich, weshalb sich Victor Serge diesen Blick auf die konkreten Widersprüche, auch die der revolutionären Macht, bewahren konnte.

Victor Serge, mit offiziellem Namen Victor Kibaltschisch, wird 1890 in Brüssel als Kind eines emigrierten Narodniken geboren. Er wächst in Brüssel und Paris auf. Dort schließt er sich anarchistischen Kreisen an, wird Redakteur von "L'anarchie". Die LeserInnen der "Erinnerungen" werden mit einem in Deutschland kaum bekannten Denken und Leben konfrontiert: den einflußreichen libertären (anarchistischen und syndikalistischen) Bewegungen in Frankreich vor dem ersten Weltkrieg.

Serge gehört eher zu den individualanarchistischen Richtungen: "Sozialismus war Reformismus, Parlamentarismus, rauher Doktrinarismus (...) Der Klassenkampf hätte uns gepackt, wenn man ihn uns verständlich gemacht hätte, wenn er, mehr noch, ein wirklicher Kampf gewesen wäre". 1912 wird er verhaftet und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Ihm werden Verbindungen zur "Bonnot-Bande" vorgeworfen, die mit Überfällen und Diebstahl "revolutionäre Expropriationen" unternimmt.

Sowjetrußland

Die Kriegsjahre verbringt Serge bis 1917 im Gefängnis. Nach der Entlassung geht er nach Spanien und erlebt dort den Aufstand in Barcelona im August 1917. Wie bei vielen Anarchisten und revolutionären Syndikalisten übt auch die Oktoberrevolution eine große Anziehungskraft auf ihn aus. Er geht nach Sowjetrußland und schließt sich dort den Bolschewiki an.

Für LeserInnen, die die Entstehung der Komintern nur aus der Sicht der offiziellen deutschen Arbeiterbewegung (SPD, KPD) oder der russischen Sozialdemokratie kennen, sind gerade diese Kapitel der "Erinnerungen" aufschlußreich. Hier wird der Dialog und die Auseinandersetzung wieder lebendig, den Anarchisten wie revolutionäre Syndikalisten nach der Oktoberrevolution mit den Bolschewiki führten, die sich zunächst sehr daran interessiert zeigten, diese Strömungen in der neuen Internationale zu integrieren.

Ähnlich wie Alfred Rosmer in seinen Erinnerungen an "Moskau unter Lenin" (1) schildert Serge, wie die Hoffnungen in eine revolutionäre Internationale, die die historische Spaltung der ersten Internationale wieder aufheben sollte, im Bürgerkrieg und in der gleichermaßen erzwungenen wie unbegriffenen Logik der Staats- und Parteidiktatur zerstört werden. Serge kommt dabei eine doppelte Rolle zu: gegenüber den Anarchisten vertritt er die bolschewistische Macht, die aus der Not geborene Diktatur, aber innerhalb der Partei und Staatsmacht versucht er, als Vermittler zu wirken, als Träger des Dialogs.

Schon vor Kronstadt wandern zahlreiche Anarchisten in die Gefängnisse. 1920, zur Beerdigung Peter Kropotkins, werden einige von ihnen "beurlaubt". Kropotkins Beerdigung wird zur letzten großen Demonstration der Libertären. Die Anwesenheit von offiziellen ZK-Vertretern neben den beurlaubten Sträflingen dient nicht mehr dem Dialog, nur noch der Würdigung des Revolutionärs Kropotkin.

Kronstadt 1921 bezeichnet den Punkt, an dem diese Verbindungen endgültig zerreißen. Victor Serge spart nicht mit Kritik an den Illusionen und der Naivität der Anarchisten, aber er arbeitet gleichzeitig heraus, wie bei den Bolschewiki die Diktatur nicht mehr länger "notwendiges Übel", ein zeitlich befristeter Mangelzustand, sondern längst schon zum Prinzip geworden ist.

Mit Maxim Gorki kümmert er sich von Anfang an um die Opfer des "roten Terrors". Er zeichnet ein nüchternes und schonungsloses Bild der Tscheka: Gerade weil viele der Tschekisten zu den am härtesten Verfolgten des Zarismus gehörten, seien sie in ihrem Haß auf den Feind selber zu Verfolgern geworden, blinde Vollstrecker des Terrors, der seinem Wesen nach nicht mehr nach Schuld oder Unschuld der einzelnen fragt. Was oberflächlich wie eine abstrakt-humanistische Haltung erscheint, ist im Kern der Kampf um die Bewahrung einer revolutionären Moral, die auch in einer scheinbar auswegslosen Situation nicht das Ziel aus den Augen verliert. Darin lebt die libertäre Kritik am Staatssozialismus fort. Ohne sich abseits der Revolution und jenseits der revolutionären Macht zu stellen, enthüllt Serge den Mythos der heroischen Phase der Revolution, die Zwänge zur Macht wie zugleich die politische und ideologische Korruption.

Verhaftung

Serge arbeitet für die Komintern, ist 1923 als Agent an den Aufstandsvorbereitungen in Deutschland beteiligt. Innerhalb der bolschewistischen Partei unterstützt er die Linke Opposition um Trotzki. Auch diese Erfahrungen beschreibt er aus kritischer Distanz, die er spätestens bei der Abfassung der "Erinnerungen" gegenüber Trotzki und seinen Anhängern einnimmt. Ihnen hat er vorgeworfen, sie glichen sich selber ihren Verfolgern an. 1927 wird er aus der Partei ausgeschlossen. Eine Zeit lang schützt ihn seine besondere Stellung als Ausländer und Schriftsteller, dann wird auch er 1933 verhaftet.

Kampagnen zu seiner Freilassung im Ausland, vor allem in Frankreich, von wo aus sich Romain Rolland für ihn einsetzt, führen zu seiner Freilassung und Rückkehr nach Frankreich 1936. Er schreibt an André Gide: "Wir bekämpfen den Faschismus. Wie aber können wir ihm mit so viel Konzentrationslagern im Rücken widerstehen?" (2) In der Sowjetunion unter Stalin erkennt er nichts weiter als eine neue totalitäre Klassenherrschaft. Schon 1933 hatte er aus der Haft geschrieben: "Wir dürfen uns nicht verheimlichen, daß der Sozialismus die Keime der Reaktion in sich trägt." (3)

Die Abwesenheit revolutionärer Bewegungen am Ende der 30er Jahre gibt bei Serge der revolutionären Moral nur noch eine allgemeine, aber auch unerschütterliche humanistische Gestalt. Serge löst sich am Ende des Krieges immer mehr vom Marxismus, auch von politischen Freunden und Weggefährten. Seine spätere Verteidigung der westlichen "Demokratien" gegen den Staatssozialismus ist der äußerst fragwürdige Weg aus der Situation der Ausweglosigkeit, in der die "Erinnerungen" 1942/1943 noch geschrieben wurden. Dieser letzte Irrtum ist nur dann glaubwürdig zu kritisieren, wenn auch in Betracht gezogen wird, daß Victor Serge zu denen gehörte, die die Auswirkungen der Konterrevolution vor allem im "Hinterland der Revolution" erlebten: die Liquidierung der historischen Avantgarde der Revolution in Rußland in den 30er Jahren, wie auch die

Liquidierung der revolutionären Linken in Spanien (CNT/FAI, POUM) während des Bürgerkrieges durch die Kommunistische Partei.

Renegat des Terrors

Victor Serge starb 1947 in Mexiko, wo er auch die "Erinnerungen" 1942/1943 schrieb. Die "Erinnerungen" sind eine persönliche und politische Bilanz im Angesicht des Zusammenbruchs, keine historisch-kritische Analyse. Eine Reihe von sachlichen Fehlern sind im Anhang durch Anmerkungen von Erich Wollenberg korrigiert worden. Ebenso findet sich im Anhang ein Aufsatz von Victor Serge über "Macht und Grenzen des Marxismus" aus dem Jahre 1939, der seine politischen und theoretischen Überlegungen zum damaligen Zeitpunkt thesenartig zusammenfaßt.

Es wäre leichtes Spiel, in den "Erinnerungen", mit dem Hinweis auf die spätere politische Entwicklung Serge's, im positiven oder negativen Sinne "Dissidenten"-Literatur zu sehen. Ein Renegat? Renegat des Terrors und der Herrschaft: Ja. Renegat der Revolution: Nein. Dieses Buch ist nicht als erneute Ausbeutung der Dissidenz zu lesen, erst recht nicht zur Rehabilitierung eines Revolutionärs (die Verfolger haben sich zu rehabilitieren). Es geht nicht um die Person Victor Serge, sondern um den Anteil kollektiver Erfahrung, die er, bildhaft und in der Problemstellung genau, zusammenfaßt. Es geht um die Irrtümer, die aus hoffnungsvollen Kämpfen entstanden und die begriffen werden müssen, um neu kämpfen zu können - jenseits des verschwiegenen oder offenen Paktes mit der Logik der Staatsmacht, auch der revolutionären.

Diese Frage ist der Kern heutiger "Vergangenheitsbewältigung", die in Wahrheit Gegenwartsbewältigung ist: die selbstkritische Verarbeitung der kollektiven historischen Erfahrungen ist zwangsläufiger Bestandteil der Bemühungen von Kommunisten und Sozialisten, wieder Teil der sozialen Bewegungen gegen den Kapitalismus zu werden. Victor Serge's "Erinnerungen eines Revolutionärs" können dafür mehr als nur Anregungen bieten.

Der Edition Nautilus ist dafür zu danken, daß sie dieses Buch wieder zur Verfügung stellt. Die sorgfältige Gestaltung macht das Lesen zwar angenehm, aber auch teuer. Wer vom Preis abgeschreckt wird, dem sei aber gesagt: Es lohnt sich, denn wer weiß, wann es später wieder einmal gelesen wird?

L. Kolberg

Anmerkungen

1) Deutschsprachige Ausgabe: Alfred Rosmer: Moskau zu Lenins Zeiten. Frankfurt a.M. (isp-Verlag) 1989

2) Zit. n. Heinz Abosch: Wirrnisse der Freiheit. In: Neue Zürcher Zeitung, 20. September 1985

3) ebenda

Victor Serge: Erinnerungen eines Revolutionärs. Aus dem Französischen von Cajetan Freund. Hamburg (Edition Nautilus - Verlag Lutz Schulenburg) 1991. 462 S., 38 DM

44. Der gezähmte Fußball (Buchvorstellung)

Rubrik: Sport; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:28

Dietrich Schulze-Marmeling sieht sein Werk als Versuch, "die subversive Geschichte des Fußballs zu erzählen und seine politische, soziale und ökonomische Entwicklung stärker zu beleuchten." Herausgekommen ist dabei ein Buch, das im ersten Teil die soziale und politische Geschichte des Fußballsports erzählt und im zweiten Teil die Krise des modernen Profifußballs behandelt. Beim aktuelleren Teil holte sich der Autor Unterstützung von Martin Krauß ("Fußball und Gewalt"), Michael John ("Kriege im Stadion"), Pit Wuhrer ("Die Super-Reds und ihre Fans/Proletarische Fußballkultur in Liverpool") und Matti Lieske mit einem "Disput hochkarätiger Experten über eine existentielle Frage der Menschheit".

Der Autor zeigt am Beispiel England - allgemein als das Mutterland des Fußballs bezeichnet - die Entwicklung des Fußballs auf. Über "Bauernlümmel und rebellische Schüler" fand der Fußball den Weg zu den Arbeitern. "Voraussetzungen für sportliche Aktivitäten waren für die Industriearbeiterschaft eine Ausweitung ihrer Freizeit bzw. Verkürzung ihrer Arbeitszeit (...) und bessere Löhne." Dies "war das Ergebnis der zunehmenden Organisation der Arbeiterschaft und deren sozialer Kämpfe." Daß der Fußball eine so rasend schnelle Verbreitung unter den Arbeitern erreichte ist u.a. damit zu erklären, daß endlich die Möglichkeit bestand, die ansonsten unterdrückte Kreativität und Intelligenz ins Spiel zu bringen. Den notwendigen physischen Einsatz kannte man schon vom Arbeitsleben. Hinzu kamen noch "das Gemeinschaftsgefühl und die Gruppensolidarität". Durch die Einführung des Profitums, was in England schon sehr früh geschah, bot der Fußball darüberhinaus auch noch eine finanzielle Komponente.

Zur Verbreitung des Sports in England trugen insbesondere Kirchen, aber auch Fabrikbesitzer bei. Um die Arbeiter stärker an den Betrieb zu binden, wurden Vereine mit betrieblicher Unterstützung gegründet und Gelände zur Verfügung gestellt. Anhand vieler Beispiele wird vermittels der Entwicklung des Fußballs die sozialpolitische Entwicklung aufgezeigt. Schulze-Marmeling zieht in dem Buch Schlußfolgerungen, die zu weiterer Diskussion Anlaß geben sollten: "Die Ablenkungsfunktion des Fußballs (‚Opium des Volkes`) und die Bemühungen der herrschenden Klasse, ihn für einen ‚sozialen Frieden` in ihrem Sinne zu strapazieren, führte bei Teilen der gesellschaftlichen Linken dazu, dem proletarischen Massensport mit Enthaltung und Skepsis bis hin zur offenen Ablehnung zu begegnen. Die Linke hatte die gesellschaftliche Bedeutung des Fußballs und sein politisches Instrumentalisierungsprogramm kraß unterschätzt. Für Deutschland galt (und gilt) dies in einem noch ungleich größeren Ausmaß als für England. Heute ist die bei der ehemaligen BRD-Linken anzutreffende Abstinenz und Abneigung gegenüber dem Fußball auch ein Ausdruck der kulturellen und sozialen Distanz zwischen ihnen und dem ‚gemeinen Volk`." Gerade der Fußball wurde zum "konstitutiven Faktor bei der Herausbildung einer Arbeiterkultur".

Die Ausbreitung des Fußballsports in Deutschland mußte gegen die Widerstände der deutschtümelnden Turnerschaft durchgesetzt werden. Der 1900 gegründete DFB besaß allerdings die gleiche "nationalistische Engstirnigkeit", und bis zum heutigen Tage hat sich der DFB keineswegs allzuweit vom Fleck gerührt. Durch die industrielle Entwicklung wurde die Ausbreitung des Fußballs erheblich gefördert. Die "Straßen und Plätze wurden von den proletarischen Jugendlichen als Orte ihrer authentischen Gegenöffentlichkeit angeeignet." Besonders spannend geschrieben ist das Kapitel über Arbeitersportbewegung und Fußball. Wer weiß, was unter den Abkürzungen IG und KG im Sport zu verstehen ist? Daß sich dahinter die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport bzw. die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit verbirgt, ist in diesem Kapitel nachzulesen. Die Arbeitersportbewegung war dem Fußball gegenüber nicht besonders aufgeschlossen und kritisierte dieses Ballspiel als bürgerlich. Dem stellt der Buchautor entgegen, daß "der Fußball zweifellos emanzipatorischer, ‚linker` als das Turnen (war), somit ein authentischerer und spontanerer Ausdruck von Arbeiterkultur und Arbeiterbewußtsein." Durch die Ignoranz drohte die Arbeitersportbewegung den Zugang zur Arbeiterjugend zu verlieren, die sich einen feuchten Kehricht um die Kritik kümmerte.

Auch hier wird die Frage aufgeworfen, auf die Schulze-Marmeling an verschiedenen Stellen des Buches versucht Annäherungsantworten zu geben: Was ist linker Fußball? "Das Dilemma des Fußballs war und ist, daß seinem Charakter als kollektives Mannschaftsspiel zweifellos ‚linke` Momente immanent sind, daß er von seiner Austragung her - als konkurrenzförderndes Wettkampfspiel - aber auch ein Abbild der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Prinzipien ist."

Die Geschichte des Fußballs unterm Hakenkreuz wird an drei Beispielen aufgezeigt: Schalke 04 mit Kuzzorra, Austria Wien mit Matthias Sindelar (genannt der Papierene) und dem jüdischen Verein SK Hakoah in Österreich. Als Fazit steht: "Der Name Austria, die Bekundung einer von Deutschland separaten österreichischen Identität, war von Übel, aber offensichtlich nicht von gleich großem Übel wie ein jüdischer Vereinspräsident. Kickern aus der deutschen Arbeiterschaft erging es besser als ihren österreichischen ‚Klassenkollegen` und deutschen und österreichischen proletarischen Kickern weitaus besser als den eher bürgerlichen und akademischen jüdischen Balltretern. Ein jüdischer Sportklub wurde verboten und seine Mitglieder verfolgt, ein österreichischer Klub mit starkem jüdischen Einfluß wurde seiner jüdischen Mitglieder beraubt, ein österreichischer Arbeiterverein integriert, instrumentalisiert und begünstigt und ein deutscher Arbeiterverein noch mehr integriert, instrumentalisiert und begünstigt. Das Nazi-Regime bedeutete eben auch im Sport nicht nur brutale Klassenherrschaft, sondern auch - oder muß man sagen in erster Linie? - Rassen- bzw. Deutschenherrschaft."

In der "Fußballgeschichte" dürfen die 50er Jahre nicht fehlen. Mit dem Gewinn der WM wurde für viele in der BRD die "Scharte" des 8. Mai 1945 ausgewetzt. Zur Niederlage der bundesdeutschen Nationalmannschaft gegen die schwedische Mannschaft im Jahre 1958 hat Schulze-Marmeling ein Zitat aus der "Saar-Zeitung" ausgegraben, an dem sich der gesamte deutsche Chauvinismus aufzeigt.

Im Laufe der folgenden Jahre fand nicht nur im Fußball eine Zentrenverschiebung, weg vom Pott, hin zu den Angestelltenstädten statt. Erst mit dem Titelgewinn von Kaiserslautern 1990/91 setzte wieder eine "Renaissance der traditionellen Fußballstandorte" ein. Wobei zu befürchten ist, daß dies mit Ausnahme von Dortmund nur ein kurzes Zwischenspiel sein wird. Die aktuelle Krise des Fußballs bzw. die Mentalität des Angestelltenfußballs führt der Autor auf die zunehmende Vermarktung und den Einfluß des Fernsehens zurück. Durch diese Vermarktung wird der Fußball zunehmend zuschauerunabhängig. Schulze-Marmeling kommt zu dem fast schon resignativen Schluß, daß das gewöhnliche Publikum schon entmachtet ist und sein Platz in Zukunft vor dem Fernseher sein wird. Dabei widmet sich der Autor intensiv der Auseinandersetzung zu der UEFA-Forderung nach reinen Sitzplatzarenen.

Bliebe zum Abschluß noch die große Frage: Was ist linker, was rechter Fußball? Den dazugehörenden Artikel konnte mensch schon in ak 346 lesen. Abschließend beantwortet wird die Frage nicht. Kriterien linken Fußballs werden aufgestellt: "Engagement, Fairneß, offensives Spiel, kollektiver Spielstil, der aber individuellen Entwicklungen freien Lauf läßt." Kriterien die im heutigen Profifußball kaum verwirklichbar sind. Dies wird wahrhaftig nur noch in bunten oder sonstigen alternativen Ligen möglich sein. Aber vielleicht klappt's ja auf diesem Weg.

"Der gezähmte Fußball", ein Buch das neben den genannten Aspekten noch weitere wie Spielergewerkschaften, Danish Dynamite, Deutsch-Holländische Fußballkonkurrenz und Weltfußballordnung enthält, sollte nicht nur von den wenigen linken FußballfanatikerInnen gelesen werden, sondern auch von denen, die wissen wollen, warum dieser Sport eine solch große Anziehungskraft besitzt. Das Buch ist geschrieben von einem, der sich in der Materie sichtlich wohlfühlt. Nur sollte ihm mitgeteilt werden, daß sich gute Straßenfußballer nicht im Wohnzimmer entfalten können. Unfälle wie der - in der Widmung erwähnte - Abschuß von teuren Kerzenleuchtern "beim Einüben neuer Freistoßvarianten" sind sonst vorprogramiert.

gg., Hamburg

Dietrich Schulze-Marmeling: Der gezähmte Fußball - Zur Geschichte eines subversiven Sports. Verlag Die Werkstatt, 336 S., DM 34.-

45. Gesellschaft für bedrohte Völker will Kriegseinsatz. Dokumentation einer Debatte

Rubrik: Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:35

Seit einiger Zeit fördert die Gesellschaft für bedrohte Völker, einst eine gewaltfreie Aktionsgruppe, den Kriegseinsatz in Jugoslawien. Wir dokumentieren hier Auszüge über ihre Auseinandersetzung mit dem "Netzwerk Friedenskooperative" und dem "Komitee für Grundrechte", die dagegen eintreten.

Offener Brief

ans Netzwerk Friedenskooperative

Auf einer Pressekonferenz der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vergangene Woche in Bonn haben unter anderem die folgenden Organisationen in einem gemeinsamen Appell an UNO und NATO gefordert: KZ-Gefangene und eingekesselte Zivilisten in Bosnien-Hercegovina durch den Einsatz von Friedenstruppen zu befreien:

Anti-Kriegsbewegung Zagreb, Liga für den Frieden Sarajevo, Kroatische Liga für den Frieden, Bosnisches Rotes Kreuz, Caritas und Ev. Hilfswerk Kroatien, Vertreter der jüdischen Gemeinden Zagreb und Sarajevo, Bosnische Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Vereinigung der moslemischen Flüchtlinge aus Prijedov, Verbände der Minderheiten-Nationalitäten Kroatiens (Ungarn, Ukrainer, Italiener, Deutsche, Tschechen, Slowaken), die kroatischen Oppositionsparteien (darunter die Partei der Reformsozialisten des "Kroatischen Frühlings" 1972) und viele andere.

Manfred Stenner vom Netzwerk Friedenskooperative unterstellt der GfbV, gezielt militaristische Gesinnungsgenossen eingeladen zu haben.

Vorausgesetzt, das "Netzwerk" gehört zur Friedensbewegung, diffamiert Stenner damit seine eigenen Partner und Freunde im ehemaligen Jugoslawien, vorausgesetzt, das Sensbacher "Komitee für Grundrechte" gehört zur Friedensbewegung, mag ein Vergleich der in der Komitee-Publikation "Balkankrieg" genannten Organisationen mit den Unterzeichnern des oben genannten Appells ausreichen, um Klarheit zu schaffen.

Im übrigen stellen sich nicht nur die Friedensgruppen in Bosnien und Kroatien, sondern auch immer mehr Menschen hierzulande und in Europa die Frage, ob der Holocaust mit Gewaltfreiheit bekämpft werden kann. Sicherlich sind viele dabei, die nicht nur die "Verzweiflung" umtreibt (Stenner über die bosnischen Friedensgruppen), sondern vor allem das Gewissen: ob es nicht Beihilfe zum Völkermord ist, Eingeschlossene und Lagerhäftlinge nicht vor dem organisierten Massenmord zu schützen oder schützen zu lassen, Schutz zu verhindern.

Wenige von uns haben das Format eines Carl von Ossietzky, und natürlich wäre es Selbstmord, vor den Lagern oder (Vorschlag Mechtersheimers) an den Grenzen zum Kriegsgebiet mit den klassischen Mitteln der Friedensbewegung, Sitzblockaden, zu protestieren. Anders als 1945 kann aber heute niemand sagen, er habe von nichts gewußt. Alle Fakten sind bekannt, die Bilder aus dem KZ Manjaca gingen um die Welt. In Deutschland gab es bisher nicht einmal eine Mahnwache mit 150.000 Kerzen für die ermordeten 150.000 slawischen Moslems.

Felicitas Rohder, Referentin für Osteuropa der Gesellschaft für bedrohte Völker

Göttingen, 28.10.1992

In seiner Antwort beginnt Manfred Stenner vom Netzwerk Friedenskooperative mit einer Aufzählung der verschiedenen Aktivitäten für die vom Krieg Betroffenen und fährt fort:

Offenen Auges warten die Europäer auf die sicher im Winter kommenden Fernsehbilder von verhungernden und erfrierenden Menschen, um dann was zu tun? Nach den Vorschlägen der Gesellschaft und anderer Stammtischstrategen sollen UN und/oder NATO und WEU mit einer militärischen Intervention klaren Tisch machen. Richtig ist, daß auch viele (nicht alle und mit sehr verschiedenen Modellen) unserer Freundinnen und Freunde aus den Friedensbewegungen der Republiken angesichts der verzweifelten Lage, der fortdauernden

Morde und Vertreibungen und der weitgehenden Untätigkeit der westlichen Staaten in der konsequenten Ausschöpfung aller anderen Mittel eine "UN-Polizeiaktion" oder Waffenhilfe für die Bosnier wollen. Wenn wir - nicht wegen eines abstrakten Pazifismus, sondern aus Vernunftgründen - vor der damit verbundenen großen Gefahr einer weiteren militärischen Eskalation und noch größerem Leid für die Bevölkerung warnen und den politischen Willen für alle anderen Möglichkeiten einklagen, sollte man dies nicht "Beihilfe zum Völkermord" nennen. Ein militärisches Vorgehen würde voraussichtlich noch das Wenige zunichte machen, was die UN-Truppen zur Zeit können: Die schwierigen immer wieder unsicheren Hilfskonvois und der Luftbrücke gegen den Hungertod in Sarajevo würden durch die Kriegshandlungen beendet. Auch wir wollen die Auflösung der Internierungslager auf allen Seiten und befürworten mehr UN-Aktivitäten, die Schaffung von UN-Schutzgebieten und vieles mehr. Dies wird evtl. mit Druck und Verhandlungen erreichbar sein, wohl nicht mit der Umwandlung des Blauhelm-Auftrags zu Kampf- und Interventionstruppen. Ich will die geforderte polemische Antwort, daß, wer zum Krieg aufruft, fortan "Gesellschaft zur Bedrohung der Völker" heißen könnte, denn auch sofort wieder zurücknehmen.

Wir wollen ja alle, daß endlich mehr geschieht: die Sanktionen (allerdings auch gegen Kroatien) endlich durchgesetzt, die Opposition gegen den Krieg endlich anerkannt und unterstützt und massiv durch Gegenaufklärung Einfluß auf die Gesellschaften genommen wird, durch positive wirtschaftliche Anreize für Verzicht auf Krieg und Vertreibung auch an die serbische Seite Hoffnung auf eine Verständigungslösung neu entstehen kann, dies glaubhaft verbunden mit der Nichtanerkennung der Vertreibung und internationalen Verfahren gegen die Kriegsverbrecher. Zur Zeit brauchen die Menschen aber auch Fluchtmöglichkeiten, d.h. offene Grenzen und Bleiberecht (dazu u.a. auch unsere Großdemonstration am 14.11. in Bonn zur Bewahrung des Asylrechts und Schutz der Flüchtlinge) wie auch wirklich massive materielle Hilfe in den Flüchtlingslagern vor Ort. (...)

Manfred Stenner

vom Netzwerk Friedenskooperative

In einem Leserbrief an die "Frankfurter Rundschau", die über den Konflikt berichtet hatte, nahm Klaus Vack, Sekretär des Komitees für Grundrechte, folgendermaßen Stellung:

Die Lektüre der heutigen FR-Ausgabe ("Die Brutalität in Ex-Jugoslawien spaltet die Friedensbewegung", 3. November 1992) hat mich endgültig geschockt.

Bereits im Dezember 1990 hat der Vorsitzende der "Gesellschaft", Tilman Zülch, der Friedensbewegung wider besseres Wissen vorgeworfen, sie tue nichts gegen "die Vielzahl der Völkermordverbrechen in der 3. Welt, begangen und ermöglicht durch Waffen, Sicherheits- und Militärberater aus den Industriestaaten" und sie engagiere sich nicht gegen den Völkermord an den Kurden. Daß es "die" Friedensbewegung nicht gibt, aber eine Vielzahl von Friedensgruppen und Friedensorganisationen, die miteinander kooperieren, ist bekannt. Zudem deckt friedenspolitisches Engagement eine breite Palette von Problemfeldern ab, so daß schon aus Gründen der begrenzten Arbeitsökonomie nicht jede Gruppe jedes Thema mit gleicher Intensität angehen kann. Doch in der Summe läßt sich feststellen, daß von Gruppen und Organisationen, die im "Netzwerk Friedenskooperative" zusammenarbeiten, gewiß x-mal mehr an vielfältigen Aktionen und Aktivitäten gegen deutsche Rüstungsexporte unternommen wurde als die der "Gesellschaft für bedrohte Völker", und auch die praktische wie politische Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden durch weite Kreise der friedenspolitisch Engagierten, steht außer Frage.

Nun hat die "Gesellschaft für bedrohte Völker" mit einem "Offenen Brief" ihrer Osteuropareferentin Felicitas Rohder an das "Netzwerk Friedenskooperative" erneut zugeschlagen. Ihre Vorwürfe gegen "die" Friedensbewegung, sie leiste "Beihilfe zum Völkermord durch verweigerten Schutz" vor allem in Bosnien-Hercegovina, kann ich nur als übelste Diffamierung empfinden.

Gewiß, wir alle, die wir uns für Frieden, Menschenrechte und Minderheitenschutz etc. aktiv engagieren, sind zutiefst erschüttert über den totalen Krieg in Ex-Jugoslawien. Aber das berechtigt doch nicht zu solchen bornierten und dummen Sprechblasen, denn im Sinne ihres dogmatischen Denkens leistet dann selbstverständlich auch die "Gesellschaft für bedrohte Völker" "Beihilfe zum Völkermord durch verweigerten Schutz", weil sie das, was sie "der" Friedensbewegung an Unterlassung vorwirft, selbst unterläßt.

Gerade die erfahrenen Leute aus der "Gesellschaft für bedrohte Völker" müßten wissen, was militärisches Intervenieren von außen in solchen Situationen bedeutet. Vietnam, wo die USA militärisch intervenierten, und Afghanistan, wo die UdSSR mit ebenso brutaler Gewalt den Krieg verschärfte und ausweitete, sind nur zwei Beispiele dafür, welche zusätzlichen zerstörerischen Folgen (dazu noch mit Langzeitwirkung) ein militärisches Eingreifen von außen hat.

Ich selbst war, zwar wechselnd, aber immer gemeinsam mit anderen Freundinnen und Freunden im Laufe etwa eines Jahres vierzehn Mal in Ex-Jugoslawien. (...)

Ich weiß also auch aus eigenem Augenschein und vielen Gesprächen, um wieviel blutiger und brutaler (und es sind da leider Steigerungen möglich) es zuginge, wenn sich die NATO oder die UNO militärisch als Kriegspartei einmischen würden. Anders formuliert: so sehr mich die furchtbaren Leiden der Menschen in den Kriegsgebieten bedrängen, sehe ich in einer militärischen Intervention kein geeignetes Mittel, den Krieg zu beenden. Für Deutschland kommt erschwerend hinzu, daß es im Zweiten Weltkrieg schlimme Schuld gegen die Menschen des Balkan auf sich geladen hat.

Wer in einer solchen Situation, wie es Felicitas Rohder in ihrem "Offenen Brief" an das "Netzwerk Friedenskooperative" getan hat, indirekt der Friedensbewegung die Schuld für das mörderische Geschehen auf dem Balkan in die Schuhe schieben will, kann nicht mehr ernst genommen werden und schadet so auch den vielen vergangenen guten Aktionen und dem Ansehen der "Gesellschaft für bedrohte Völker".

Klaus Vack erläutert im Anschluß sein grundsätzliches Pazifismusverständnis und fährt fort:

Deshalb ist es auch keine Hilfe in einer sachbezogenen Auseinandersetzung, wenn sich die "Gesellschaft für bedrohte Völker" auf Interventionsforderungen von Antikriegsgruppen in Ex-Jugoslawien beruft. Ich weiß aus direkter Erfahrung: diese sind fast alle gespalten. Aber gerade das in der FR zitierte "Antikriegs-Zentrum" in Zagreb, das auch die "Internationalen Freiwilligen" mitorganisiert, lehnt nach meinen Informationen aus jüngster Zeit nach wie vor jede militärische Intervention von außen ab. (...)

Klaus Vack, Komitee für Grundrechte

46. Fremd unter seinesgleichen. Zum Tod des jüdischen Historikers Helmut Eschwege

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak348/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:54

"Unser Leben währet siebzig Jahre, und wenn`s hochkommt, sind`s achtzig Jahre, und wenn`s köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen (...)." (Psalm 90, 10)

Helmut Eschwege, jüdischer Historiker aus Dresden, starb am 19.10. im Alter von 79 Jahren; seit 1946 lebte er in der SBZ/DDR. "Köstlich" ist sein Leben indes nicht allein im Sinne des Psalmisten gewesen: Als Jude, Kommunist und "Westemigrant" war ihm eine tragende Rolle in der realsozialistischen Inszenierung "Antizionismus" gewiß.

Helmut Eschwege wurde 1913 als Sohn einer orthodoxen jüdischen Familie geboren, die 1919 nach Hamburg übersiedelte, um ihren Kindern den Besuch einer ihren Glaubensvorstellungen gemäßen Schule zu ermöglichen. Diese Unterrichtsanstalt, die Talmud- Thora-Schule, verließ Eschwege, dem schulischen Lernen nur bedingt zugetan, mit Abschluß der Untertia. Schon als Schüler hatte er Ende der 20er Jahre die Anfeindungen durch judenfeindliche Schüler erlebt: "Immer eine Minderheit darstellend, lernten wir es bald, uns gegen mehrere Schüler gleichzeitig zur Wehr zu setzen und die anderen in die Flucht zu treiben", schrieb er in seinen Erinnerungen. 1930 schloß er sich dem sozialdemokratischen Kampfverband "Jungbanner" an. Zu den Gründen für diesen Entschluß zählte Eschwege die orthodoxe Haltung des Elternhauses, die ihn "abstieß", und die Erfahrung aus seiner Wohngegend, "in welcher der Faschismus die Juden tagtäglich bedrohte. Nur gemeinsam mit anderen Randgruppen, dazu gehörten in dem Viertel Sozialdemokraten und Kommunisten, konnten sich die jüdischen Jugendlichen hier behaupten."

Palästina

1934 emigrierte Eschwege über Dänemark nach Estland und 1937 von dort aus nach Palästina.

Eschwege, in Palästina dem Kibbuz Chugim in Raanah zugeteilt, nahm an, daß "wohl schon ein Steckbrief von der zionistischen Organisation in Estland über (s)eine politische Einstellung vorlag", wurde er doch alle acht Wochen in einer anderen Außenstelle des Kibbuz eingesetzt, um keine festeren Beziehungen aufbauen zu können. Nach neun Monaten wurde er von der Kibbuz-Leitung, die ihn als Kommunisten identifiziert zu haben meinten, aufgefordert, binnen einer Stunde den Kibbuz zu verlassen. Tatsächlich schließt sich Eschwege erst daraufhin radikaleren politischen Gruppen (SAP und PKP) in Palästina an, "weil (ihn) der Haß der Zionisten gegen die Palästinenser, die aus den Betrieben vertrieben wurden, abstieß."

Nach neun Jahren in Palästina, von denen er zwei Jahre freiwillig in der britischen Armee gedient hatte, hat er - nach kurzer Frist immer wieder rausgeschmissen - etwa dreißig Arbeitsplätze an etwa ebensovielen Orten kennengelernt. "So wurde mir der Abschied von diesem Land nicht sonderlich schwer (...) Die Kommunisten in diesem Land, wie alle Bürger, die sich dem zionistischen Chauvinismus entgegenstellten, hatten es unglaublich schwer."

DDR

1946 kam Eschwege in der Sowjetischen Besatzungszone an. Seine künftigen Wohnsitz im Osten Deutschlands zu nehmen hatte er beschlossen, weil viele seiner Freunde in Palästina das selbe Vorhaben hatten und er den Zeitungen entnommen hatte, daß die Arbeiter der SBZ willens seien, eine konsequente Entnazifizierung durchzuführen. An seinem neuen Wohnort Dresden wurde er Mitglied der jüdischen Gemeinde.1948 wurde er beim Dresdner Landesverband der SED angestellt und begann mit dem Aufbau eines historischen Archivs der Arbeiterbewegung.

Mit der Überprüfung aller SED-Mitglieder begann Eschweges zäher fast vierzig Jahre währender Kampf um die Behauptung seines jüdischen Selbstverständnisses und gegen die Verdrängung der jüdischen Geschichte durch das SED-Regime. Dem Beschluß des ZK der SED vom 27.10.50 zufolge sollte die Überprüfung der Entlarvung des "Sozialdemokratismus, Kosmopolitismus und Objektivismus" dienen. Der diskrimierende Begriff Kosmopolitismus, erläuterte Eschwege, diente dazu, "besonders Juden und Emigranten, die aus

westlichen Ländern zurückgekehrt waren, zu Parteifeinden zu stempeln." In die zur Überprüfungsprozedur gehörenden Parteidokumente trug Eschwege unter der Rubrik Nationalität "Jude" ein, "weil (er) sich nach allem was (er) erlebt hatte, als solcher fühlte." Es gab jedoch eine Anweisung an die Überprüfungskommission, daß alle jüdischen SED-Mitglieder sich als Angehörige der deutschen Nationalität einzutragen hätten. Drei "Aussprachen" lang beharrte er auf seiner Eintragung als Jude, dann gab er entnervt auf und unterschrieb, Deutscher zu sein. Eschwege wäre jedoch nicht Eschwege, wenn er nicht bald darauf - unter Heranziehung von Theoretikern der englischen KP, von Otto Heller, Stalin natürlich und auch der "Großen Enzyklopädie der UdSSR" - den Entscheid, Jude sei keine Nationalität, angefochten hätte.

Slansky-Prozeß

Im November 1952 fand in Prag der Prozeß gegen die "Leitung des staatsfeindlichen Verschwörerzentrums Rudolf Slansky und weitere 13 Genossen" statt. Elf der Angeklagten waren Juden. Drei Wochen nach dem Prozeß veröffentlichte das ZK der SED den Beschluß "Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky". Die Umsetzung dieser "Lehren" bestand auch in der Durchführung von Haussuchungen in den Räumen jüdischer Gemeinden und Verhören und Verhaftungen von Gemeinde-Vorsitzenden und-Mitgliedern. Einzelne der Verhafteten wurden zu mehrjährigem Zuchthaus verurteilt.

Eschwege traf es 1953. Er wurde mit sofortiger Wirkung seiner Funktion als Abteilungsleiter im Museum für deutsche Geschichte enthoben. Als Gründe wurden in einer Parteileitungssitzung u.a. angeführt: Eschwege ist Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde, er liest jiddische Zeitungen und gibt diese an andere weiter, er besucht jüdische Flüchtlinge in Westberlin, er war in Palästina in der Emigration. Der Funktionsenthebung folgte der Parteiausschluß, der zusammen mit den alten und einigen neuen Vorwürfen mit Eschweges "ideologischer Unklarheit", die darin bestehe, "daß er sich zur jüdischen Nationalität bekannte", begründet wurde.

Eschwege betreibt über mehrere Jahre hinweg die Wiederaufnahme in die SED, wird aber 1958 endgültig ausgeschlossen (und erst 1990 durch die PDS rehabilitiert). Zuvor war ihm nach langem Hin und Her von einem Abteilungsleiter der Staatssicherheit die Genehmigung für einen Besuch bei seiner Mutter in Israel verschafft worden - die Stasi bat im Gegenzug um einen "Stimmungsbericht" aus Israel, den Eschwege auch lieferte. Zurückgekehrt wurde ihm nun diese Israelreise von dem selben Funktionär, der jetzt jedoch als Leiter der Parteikontrollkommission auftrat, als "Parteibetrug" vorgehalten. In den folgenden rund zwanzig Jahren wurden Eschwege Israel-Reisen mal erlaubt, mal untersagt. Eine der schönsten Verbotsbegründungen lieferte im Mai 1970 der seinerzeitige Vorgesetzte Eschweges, der Rektor der Technischen Universität Prof. Dr. Liebscher: Eschwege "(biete) keine Gewähr, voll und ganz die Lage der Palästinenser in Israel gegenüber seiner Mutter und Geschwistern zu vertreten."

Mindestens von 1953-58 und 1982-89 (die Akten für den dazwischenliegenden Zeitraum sind vermutlich in den Anschlußtagen vernichtet worden) wurde er von der Stasi überwacht, die in einem Bericht vom November 1983 vermerkte, Eschwege sei "als Stützpunkt des Gegners einzuordnen".

Jüdische Geschichte

So wenig, wie Eschwege in den frühen Dreißigern vor antisemitischen Attacken davongelaufen ist, so wenig ihn die persönlichen und beruflichen Folgen seiner Opposition gegen den (chauvinistischen) Zionismus in Palästina schrecken konnten, ebensowenig hat er sein Selbstverständnis als Jude - als Jude, der in der DDR leben will! - angesichts der "antizionistisch" verbrämten Judenfeindlichkeit staatlicher Organe und vieler Einzelpersonen in der DDR aufgegeben.

Eschwege begann Mitte der 50er Jahre vielmehr, durch die Diskriminierung als Jude motiviert, sich mit dem Schreckensweg der deutschen Juden zu beschäftigen - was sich für ihn als dreißigjähriger kräftezehrender Kampf erweisen sollte. Lange Zeit blieb ihm verboten, ausländische Archive, sogar im "sozialistischen Ausland", aufzusuchen; Bestände über Juden in Archiven und Bibliotheken waren gesperrt; von der Vorlage eines Buchmanuskripts bis zur Drucklegung verstrichen in der Regel rund zehn Jahre, während derer die Bedenken und Ablehnungen nach der jeweils aktuellen Geschichtsauffassung wechselten.

Das Manuskript Der Leidensweg der deutschen Juden hatte er 1958 dem zuständigen Verlag vorgelegt, der ihm umgehend seine "prinzipielle Bereitschaft" zur Aufnahme in das Verlagsprogramm mitteilte. Dann aber

fehlte die "Polemik gegen die unhistorische Behandlung, die in westdeutschen Darstellungen zum Ausdruck kommt", später wurden umfangreiche Änderungen verlangt, für 1961 schließlich das Erscheinen des Buches angekündigt, woraufhin nochmals fünf Jahre lang Gutachter auf Gutachter mit dem Manuskript befaßt wurden. 1966 erschien dann endlich Eschweges Arbeit unter dem Titel Kennzeichen J.

Nicht anders erging es ihm mit seinem Buch Die Synagogen in der deutschen Geschichte, über das 1967 ein Verlagsvorvertrag abgeschlossen wurde; 1968, zum 30. Jahrestag des Novemberpogroms, sollte es erscheinen. Nach dem sog. Sechs-Tage- Krieg 1967 ließ das ZK der SED jedoch wissen, daß sich nun "das Bild des imperialistischen Staates Israel" sehr viel klarer herausgestellt habe. Das zuständige Staatssekretariat für Kirchenfragen zog daraufhin seine ursprüngliche Befürwortung des Buches zurück, und bis zur endlichen Publikation des Werkes dauerte es noch zehn weitere Jahre.

Eschweges dritte größere Publikation, die er zusammen mit dem Historiker Konrad Kwiet herausbrachte - Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde - konnte in der DDR gar nicht erscheinen. Und der westdeutsche (DKP-nahe) Röderberg-Verlag zog seine Publikationsabsicht zurück, als das Berliner Institut für Marxismus-Leninismus seine Ablehnung des Buches mitgeteilt hatte. Das Werk erschien schließlich 1984 im Hamburger Christians-Verlag.

"Köstlich" ist das Leben Helmut Eschweges tatsächlich gewesen, aber es ist durchaus nicht, wie der Psalmist auch sagt, schnell dahingefahren, "als flögen wir dahin", hat Eschwege doch in seinem persönlichen Wirken und als jüdischer Historiker weit über sein irdisches Dasein hinaus den Verdienst, das Erinnern an jüdische Geschichte und - wie beschränkt auch immer - jüdisches Leben in der DDR erhalten zu haben.

Klaus Mellenthin

Helmut Eschwege: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden. Berlin (Ch. Links Verlag) 1991. 288 S., 34.- DM

47. " ...wurde uns klar, daß wir uns jetzt selbst helfen müssen"

Aus dem Bericht des Ausländerbeauftragten Wolfgang Richter in der Rostocker Bürgerschaft am 2.9.92

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:04

(...) Die Hauptwucht der Aktionen in der ersten Nacht hat sich gegen die Mecklenburger Allee 19, also das Wohnheim der Vietnamesen, gerichtet, und zwar aufgrund der Lokalität.

Von der Wiese her war die ZAST durch die Kaufhalle, durch die Bäume, die davorstanden, so vor den Randalierern geschützt, daß die Hauptaktionen (Steine, Brandflaschen usw.) immer gegen dieses Wohnheim der Vietnamesen gingen. Ich halte das für wichtig, weil es auch Äußerungen gibt: Eigentlich war ja die ZAST angegriffen, und die Flüchtlinge waren evakuiert, und somit war die Gefahr kleiner. Jeder hat gewußt, daß die Vietnamesen von Anfang an in der Hauptschußlinie dieser Angriffe waren.

Umso unverständlicher war es dann, als ich in der dritten Nacht, gegen 20 Uhr 45, in die Mecklenburger Allee kam, daß überhaupt keine Polizei zwischen diesem Haus und den Randalierern auf der Wiese stand, sondern daß eine Kette von Polizisten auf der Stadtautobahn sich Auseinandersetzungen mit den Randalierern lieferte, aber wieder in eine Richtung, die diese Randalierer auf das Haus zudrängte und nicht vom Haus abbrachte.

Hier wäre für uns eine ganz entscheidende Frage:

a) Wieso konnte um dieses Haus in der dritten Nacht sehr viel weniger Polizei sein;

b) Wie war es möglich, daß die Einsatzstrategie so verändert wurde, daß der Ausgangspunkt - Schutz dieses Hauses - praktisch nicht mehr erkenntlich war für denjenigen, der sich diesem Haus näherte.

Ich war dann im Haus, und gegen 21 Uhr eskalierte die Situation so, daß diese Randalierer auf der Wiese ganz massiv mit Steinen warfen, daß Brandflaschen bloß noch in die zerstörten Fenster reingelegt werden mußten, und daß gleichzeitig von der Rückseite her versucht wurde, von unten in das Haus einzudringen. Kurz bevor das passierte, habe ich mit der Polizeidirektion Lütten Klein telefoniert, habe ihnen mitgeteilt, daß bereits Feuer ausgebrochen ist und daß die Randalierer von unten eindringen.

Im Vorfeld, am Nachmittag, habe ich auf einen Hinweis hin, den ich aus dem Wohnheim der Vietnamesen bekam, ob es denn stimmen würde, daß Einsatzkräfte der Polizei zurückgezogen werden, versucht, über den Lagedienst der Polizei eine Verbindung mit Herrn Deckert zu erreichen, die nicht zustandegekommen ist, weil mir der Lagedienst sagte, daß er nur über Funk erreichbar wäre, und das könnte er nicht vermitteln. Ich habe dort dringlich mitgeteilt, ihm zu sagen, daß die Vietnamesen dort in dem Wohnhaus sind, auch wenn die Flüchtlinge aus der ZAST raus sind.

Gegen 18 Uhr habe ich bei einem Rundfunktermin mit Herrn Magdanz zusammen dieses Problem besprochen, und wir haben uns vor dieser Rundfunksendung geeinigt, dort nichts über die Vietnamesen auszusagen, sondern nur daß die Flüchtlinge raus sind, um nicht ein zusätzliches Anrennen zu provozieren.

Im Nachhinein habe ich erfahren, daß Frau Burow, stellvertretende Leiterin der ZAST, gegen 17 Uhr - also lange vor dem Einsatz - mit Herrn Deckert persönlich gesprochen hat und ihn darüber informierte, daß die Flüchtlinge aus dem Haus raus sind, worauf sie die Antwort bekommen hat, daß es dann für die Polizei gar keine Motivation mehr gebe, ein leeres Haus zu verteidigen.

Sie sagte, daß es ganz und gar nicht so sei, denn erstens seien noch Sicherungskräfte im Haus Nr. 18, in der ZAST, und sollten Asylbewerber kommen, werden diese selbstverständlich in Haus genommen, und vor allem solle er doch daran denken, daß sich in Nr. 19, die auch die Hauptwucht der ersten beiden Nächte abbekommen hat, über 100 Vietnamesen und auch Deutsche befinden.

Wir haben dann am Montagabend über Funktelefon, das dieses Kamerateam von Kennzeichen D bei sich hatte, versucht, die Notrufe 110 und 112 zu erreichen, was aber lange Zeit nicht funktioniert hat.

Der Herr Innenminister hat mir am Donnerstag, als ich ein Gespräch mit ihm hatte, gesagt: Herr Richter, wußten sie denn nicht, daß das gar nicht geht, denn über Funktelefon kann man gar nicht die Notrufe erreichen.

Gestern allerdings habe ich von einem Mann aus dem Kennzeichen D-Team, der eine Expertise von Telekom machen ließ, erahren, daß Telekom gesagt habe, daß dieses selbstverständlich möglich ist.

Wir haben dann mit diesem Funktelefon die Frau des einen ZDF-Team-Mitarbeiters in Berlin angerufen und über die Berliner Polizei auf unsere Situation in diesem Haus aufmerksam gemacht.

An all dem, was ich bisher geschildert habe, sehen Sie, daß dies alles eigentlich gar nicht nötig gewesen wäre, weil es vorher bei den entscheidenden Leuten, die die Verantwortung für diesen Einsatz tragen müssen, bekannt gewesen ist.

Wir mußten dann mit ziemlichem Entsetzen sehen, daß nicht nur weiterhin keine Polizei unmittelbar vor dem Haus war, sondern daß die Polizisten, die auf der Stadtautobahn diese Auseinandersetzung mit den Randalierern hatten, plötzlich auch noch verschwunden waren und wir vom 11. Stockwerk aus keinen einzigen Polizisten mehr gesehen haben.

In dieser Situation wurde uns klar, daß wir uns jetzt selbst helfen müssen, ansonsten wäre es für uns zu spät gewesen, denn das Feuer war in den unteren Etagen massiv, der Rauch war auch in den oberen Etagen schon sehr bedrohlich. Und von unten hörte man die Geräusche der eingedrungenen Randalierer, daß Einrichtungen zerschlagen wurden und wir oben nicht wußten, ob diese noch drei oder vielleicht zwei Etagen unter uns sind.

Die Vietnamesen hatten sich in der sechsten Etage an den Aufgängen postiert. Sie wollten versuchen, sich entgegenzustellen, um die Frauen, die Kinder, die im Haus waren, zu schützen. Dann haben wir überlegt, wie man es vielleicht über das Dach oder einen anderen Aufgang weiter hinten, wo deutsche Familien wohnen, schaffen kann, wieder rauszukommen.

So leicht, wie sich das jetzt sagt, war es ganz und gar nicht, denn es war nicht nur irgendeine Dachluke aufzumachen. Denn sowohl in der ZAST als auch im Wohnheim der Vietnamesen waren diese Dachluken entsprechend gesichert. Wir hatten nur ein paar Tischbeine, zwei Äxte, ein großes Messer.

Wir sind dann also über den Abgang Nr. 15 in diesen Aufgang gekommen, wo Deutsche wohnen. Ich habe dann mit der Feuerwehr telefoniert, die gesagt hat: Ja, wir wissen darüber Bescheid. Ich bat darum, daß wir nicht über die Nr. 19, sondern über die Nr. 15 abgeholt werden, was nach einiger Zeit auch geschehen ist.

Ich denke, hier ergeben sich folgende Fragen, die schon angedeutet wurden:

- Warum war denn nun in der dritten Nacht nicht mehr so viel Polizei da;

- Warum war die Einsatzrichtung geändert;

- Warum war dann plötzlich überhaupt keine Polizei mehr da;

- Warum wurde uns in diesem Haus, obwohl es bekannt gewesen ist, nicht so schnell geholfen, daß die tatsächliche Gefahr für unser Leben vielleicht vorher hätte abgewendet werden können.

Auf diese Fragen, die ich für ganz entscheidende halte, haben wir trotz Gesprächen mit Herrn Deckert, trotz eines langen Gespräches mit dem Herrn Innenminister bisher überhaupt nicht die Spur einer akzeptablen Antwort bekommen. (...)

48. Das Rostock-Pogrom

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:38

Das Pogrom von Rostock war ein zweifacher Durchbruch: Für die "Massenunterstützung" rassistischen Straßenterrors und für dessen unverhüllte staatliche Begünstigung. Welche Moblisierungswirkung davon auf die gesamte rechtsextremistische Szene ausging, zeigt die noch immer anhaltende Welle von Anschlägen. Wie staatliche Asylpolitik und wohlwollende polizeiliche "Begleitung" einerseits und der Rassismus von Teilen der Bevölkerung sowie das gezielte Eingreifen von Nazi-Gruppen andererseits sich konkret im Fall Rostock zusammenfügen, soll in den folgenden Artikeln näher untersucht werden. In erschreckender Schärfe tritt das Bild eines zahnradgleichen Ineinandergreifens dieser vier Komponenten hervor.

Daß Vorgänge wie in Rostock oder Hoyerswerda der von den Herrschenden betriebenen Asylpolitik hervorragend ins Konzept passen, ist offensichtlich. Die Kaltschnäuzigkeit, mit der etwa ein Mann wie Bundesinnenminister Seiters mit Bezug auf die Rostocker Ereignisse sogleich auf die schnelle Änderung des Grundgesetzes und die Verschärfung des Asylrechtes drängte (Das Parlament, 4.9.), überrascht kaum noch.

"Der militante Nationalismus ‚normaler Deutscher` und ihrer nazistischen Vorhut wird nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern ist erwünscht und wird geschürt (...) Unter diesem Gesichtspunkt ist das ‚Versagen` der Politiker und der Polizei-Führung in Rostock Teil der Strategie." So lautete eine erste Einschätzung dieser Zeitung zu den Ereignissen von Rostock, verfaßt zu einem Zeitpunkt, als das Pogrom noch in vollem Gange war. (ak 345, 26.8.92) Das "Antifaschistische Infoblatt" aus Westberlin kommt zu der selben Bewertung: "Wenn wir die Vorgänge um das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen näher untersuchen, so wird deutlich, daß sowohl die Angriffe als auch die Erfolge erwünscht waren. Die TäterInnen waren Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker, höhere Polizeidienststellen sowie organisierte Neonazis und aufgehetzte AnwohnerInnen." (Antifa-Info 20a, Nov/Dez 92) Folgerichtig wird deshalb von den Autorinnen und Autoren sogleich das Nächstliegende formuliert: "Es bleibt eigentlich nur die Frage offen, ob es unter den Beteiligten eine direkte Absprache gab oder ob es sich um ein ‚freies` Zusammenspiel der reaktionären Kräfte handelte."

Wie schon durch die Ereignisse von Hoyerswerda ist jetzt mit "Rostock" erneut eine qualitative Veränderung staatlichen Handelns zu verzeichnen. War es in Hoyerswerda durch Räumung und Schließen des Arbeiter-Wohnheims das Zurückweichen vor der rassistischen Gewalt, das den Tätern die Berechtigung ihres Tuns gewissermaßen amtlich bescheinigte, so ist es dieses Mal der mögliche Tod von über 100 Menschen gewesen, der von staatlicher Seite bewußt in Kauf genommen wurde.

Von den politisch Verantwortlichen wurde bisher noch niemand zur Verantwortung gezogen, keiner hat seinen Rücktritt eingereicht. Im Gegenteil: Der in Schwerin eingesetzte Landtagsuntersuchungsausschuß erweist sich schon jetzt als ausgesprochenes Vertuschungsgremium, in dem sich CDU und SPD gegenseitig decken. Die Geschäftsordnung dort, über die man erstmal drei Sitzungen brütete, sieht vor, daß Beweisanträge nur gelten, wenn sie von einem Viertel der Ausschußmitglieder bestätigt werden; was heißt, daß die Möglichkeiten der anderen Parteien stark beschnitten sind. Von dieser Seite also ist, wen wundert's, keine Aufklärung zu erwarten.

Die folgenden Untersuchungen und Analysen legen wir vor mit dem Ziel und der Forderung, daß die Verantwortlichen für das Rostocker Pogrom zur Rechenschaft gezogen werden.

49. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:40

LeserInnenbriefe

Asyl-Debatte

Betr.: Anmerkungen zur "Asyl-Debatte" in der PDS (ak 347)

Der alte ak backt jetzt also kleinere Brötchen: Statt arbeiterkampf nur noch analyse & kritik? Hoffentlich wird`s nicht langweilig(er). LeserIn L.S. beklagt zu Recht, daß der ak "immer mehr im Fahrwasser der PDS (letztlich eines Sozialdemokratismus) schwimmt", diesmal hat die ak-Redaktion es für richtig gehalten, zwei Seiten "Anmerkungen" zu drucken, in denen kritisiert wird, der Standpunkt der PDS zum Asylrecht sei nicht sozialdemokratisch genug. - Dazu (nicht zur PDS, sondern zum Inhalt des ak-Artikels) wiederum drei Anmerkungen.

1. Der Autor des Artikels, Knut Mellenthin, zitiert Domaschke/Schliewenz in "disput", behauptet, die Autorinnen hätten "an keiner Stelle" rassistisch argumentiert und kritisiert Tanju Tügel, der ihnen genau das vorgeworfen hatte. Bei Domaschke/Schliewenz heißt es u.a., "schon etwa 250.000 Asylbewerber im Jahr lösen Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit unerhörten Ausmaßes aus". Diese Projektion, es seien die Flüchtlinge selber, die den Fremdenhaß "auslösen", also daran schuld sind, ist zutiefst rassistisch. Genau das selbe "Argument" propagieren die Rassisten bei CSU & Co., Logik: "Ausländer raus" als Strategie gegen Fremdenhaß. Hat Mellenthin diese Kleinigkeit übersehen?

2. Bei Mellenthin ist "das Boot" nicht "voll", jedoch: Eine Zuwanderung von jährlich mindestens 500.000 zusätzlichen potentiellen Arbeitskräften ließe sich nicht "ohne erhebliche Verschärfung der Verhältnisse auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt bewältigen". Also nehmen sie uns doch die Arbeitsplätze und Wohnungen weg?

3. Mellenthin argumentiert, jede (Arbeits)Migration vom Trikont in die Metropolen schade letztlich der Wirtschaft im Trikont, führe zu Arbeitsplatzvernichtung etc. Er übersieht, daß es für das Kapital normalerweise kein Problem ist, Arbeitskräfte dahin zu bekommen, wo es sie braucht, indem die Grenzen je nach Bedarf dichter oder durchlässiger gemacht werden. Die Forderung nach offenen Grenzen hält den Anspruch auf Selbstbestimmung der Menschen aufrecht, auf Durchbrechung der kapitalistischen Vernutzungslogik, nach der Menschen nur dann kommen und solange hierbleiben sollen, wie sie verwertbar sind. Es ist klar, daß die Propagierung der "offenen Grenzen" kein Ersatz für den Kampf um gleiche Rechte für alle, die hier leben, gegen rassistische Strukturen in der Metropole und für die konkrete Solidarität mit den Opfern des Rassismus sein kann. Umgekehrt muß aber ein konsequenter Kampf gegen den Rassismus auch da ansetzen, wo Menschen an den Grenzen nach Verwertungskriterien selektiert werden sollen.

Nochmal zu dem Argument, die Migration schade dem Trikont: Es drängt sich der Verdacht auf, daß hier wieder die Flüchtlinge die sein sollen, die an allem schuld sind. Nach Mellenthins Argumentation müßten AntiimperialistInnen sich eigentlich für die Schließung der Grenzen für Armutsflüchtlinge aussprechen, da die Unterbindung der Migration "im Interesse des Trikont" sei. Wem das, wie mir, absurd vorkommt, der/die möge den Denkfehler suchen und finden: "Arbeitsbeschaffung (geht) unter den herrschenden Umständen wohl zwangsläufig mit Arbeitsplatzvernichtung irgendwo anders einher." Das ist kein großartiger Erkenntnisgewinn: "Unter den herrschenden Umständen" wird es natürlich auch keine offenen Grenzen geben. U.a. deswegen wollen wir diese herrschenden Verhältnisse ja ändern, nicht? Ähnlich verhält es sich mit der Feststellung, daß die in der BRD tätigen AusländerInnen die Konkurrenz mit einwandernden "Billigarbeitern" "noch stärker zu spüren bekommen als Deutsche". Also "Ausländerstopp" im Interesse der bereits hier lebenden AusländerInnen? Oder Veränderung der "herrschenden Umstände", die diesen Konkurrenzdruck produzieren?

Die Forderung "offene Grenzen" steht nun mal in Opposition zum System, und es ist nicht verwunderlich, wenn SozialdemokratInnen bei PDS oder Grünen Probleme damit haben. Bei Mellenthin, der zur "Lösung" von Problemen in Osteuropa, Trikont etc. auf die "richtigen Einsichten" und den "guten Willen" der Metropolen-Regierungen (oder gar auf die "Bildung einer Weltregierung" durch den PDS-Vorstand) hofft und die "beschämend niedrige Entwicklungshilfe der BRD" anprangert, schon gar nicht.

T.M., Würzburg

Schäbig-

vergilbtes Outfit

Liebe ak-Redaktion und -Technik,

eine Bitte (deren Erfüllung natürlich wohl auch eine Geldfrage ist): Könnte die Titelseite des ak, bzw. das entsprechende Doppelblatt, auf etwas besserem Papier gedruckt werden? Ein Papier, das nach drei Tagen nicht bereits so aussieht, als wäre es drei Wochen alt? Gewiß, das Entscheidende ist die Qualität der ak-Artikel und nicht die seines Papiers. Andererseits dürfte das schäbig-vergilbte Outfit einige Leute davon abhalten, den ak (wieder) zur Hand zu nehmen, durchzublättern, und sich schließlich festzulesen und sich von der inhaltlichen Qualität (wieder) zu überzeugen.

Gruß

Hajo, Heidelberg

50. There's a place for us

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:44

"Power to the People" dröhnte es bei Bill Clintons Siegesfeier, und irgendwo soll daraufhin ein 95jähriger Bourgeois nervös zusammengezuckt sein. Der Rest seiner Klasse reagierte äußerst gelassen. Mag dieser Präsident auch mal gegen den Vietnamkrieg protestiert haben - "Aber haben wir das nicht alle getan?" -, die Macht jedenfalls wird er da liegen lassen, wo sie sich befindet.

Dennoch: Clinton ist der Präsident der berühmten kleinen Leute, so wie Bush der Mann der Reichen war. Von den WählerInnen mit einem Familien-Jahreseinkommen unter 15.000 Dollar haben 59 Prozent für Clinton gestimmt, und nur 23 für Bush. Umgekehrt die Verhältnisse in der höchsten Kategorie (über 75.000 Dollar): 48 Prozent für Bush und nur 36 für Clinton.

Indessen, mit der Gunst der kleinen Leute allein kann niemand Präsident der USA werden, zumal viele von ihnen sowieso nicht zur Wahl gehen. Entscheidend war, daß Clinton - als erster Kandidat der Demokratischen Partei seit Kennedy - auch bei den Mittelschichten (30-50.000 Dollar) die Nase vorn hatte: mit 41 gegen 38 Prozent. "Präsident Bush zerstört die Mittelklasse", lautete eine Parole Clintons im Wahlkampf. Nimmt man die Tatsache hinzu, daß Clinton 48 Prozent der Erstwähler-Stimmen an sich zog, während Bush hier nur auf 30 Prozent kam, wird die Einschätzung plausibel, daß sich in dieser Präsidentenwahl auch ein "Generationenwechsel" andeutet.

Die düstere Wirtschaftslage wurde von den Clinton-Wählern als Hauptmotiv für ihr Interesse nicht nur an einem Regierungswechsel, sondern an einem grundlegenden Wandel genannt. Diese Lage ist zu kennzeichnen mit wenigen Zahlen: Die Arbeitslosigkeit ist unter Bush von 5 auf 7,6 Prozent gestiegen, das sind über zehn Millionen Menschen. Auf etwa zehn Prozent wird der Anteil der amerikanischen Bevölkerung geschätzt, der unterhalb der "offiziellen Armutsgrenze" lebt. Das sind 30 bis 35 Millionen Menschen. Für die Zahl der Obdachlosen liegt die niedrigste Schätzung bei 600.000 und die höchste bei neun Millionen. Das jährliche Haushaltsdefizit ist seit Reagan - der versprochen hatte, es ganz schnell zu beseitigen - von knapp 80 auf über 300 Milliarden Dollar angestiegen. Die Staatsverschuldung hat sich seit 1980 auf die unvorstellbare Summe von vier Billionen Dollar vervierfacht.

Clinton hat vor allem ein großes Beschäftigungsprogramm angekündigt, das auf der Expansion öffentlicher Arbeiten beruht. So an erster Stelle die umfassende Sanierung des nationalen Straßennetzes und der Infrastruktur von Städten und Gemeinden. Große Investitionen sollen auch im Bereich des Bildungswesens getätigt werden, das nach zwölf Jahren republikanischer Herrschaft im allgemeinen Urteil einen jämmerlichen Zustand erreicht hat, der die internationale Konkurrenzfähigkeit der USA stark beeinträchtigt. Auch für das Gesundheitswesen soll viel Geld ausgegeben werden.

Trotzdem hat Clinton versprochen, das Haushaltsdefizit zu senken. Das soll u.a. erreicht werden, indem die Rüstungsausgaben noch etwas stärker gekürzt werden als von Bush vorgesehen, und indem die Reichen mehr Steuern zu zahlen haben. Ob das allein aber reichen wird, um ohne zusätzliche Belastung des Haushalts die Mittel für die angekündigten "Konjunkturspritzen" frei zu machen, ist fraglich. Selbst Kommentatoren, die dem neuen Präsidenten sehr freundlich gewogen sind, registrierten in seinen programmatischen Ankündigungen während des Wahlkampfs einen Mangel an substantieller Präzision und Konkretheit. Anders formuliert: der Kandidat umgab sich zwar mit einer Aura von Reformabsichten, ließ aber kaum erkennen, was er wirklich und praktisch zu tun gedenkt.

So gibt es auch wenig Anhaltspunkte, was der neue Präsident gegen das Riesenproblem der Massenarmut mit allen ihren Folgen tun will. Ein großer programmatischer Entwurf für dieses Feld war bisher nicht zu erkennen; es scheint im Wahlkampf nicht einmal ein Schwerpunktthema gewesen zu sein. Bei den Fürsorge-Zahlungen trat Clinton, ähnlich wie Bush, für eine zeitliche Befristung ein, denn das Beziehen von Almosen dürfe nicht zu einem Lebensstil werden. Zwei Jahre Unterstützung und Fortbildung müssen ausreichen, um "wieder auf eigenen Füssen zu stehen". Was aus denen wird, die es innerhalb des Limits nicht schaffen, bleibt offen. Nun denn, wer eine Wahl gewinnen will, kann sich schließlich nicht nur bei den kleinen Leuten beliebt machen.

Einige Auszüge aus der ersten Ansprache Bill Clintons nach seinem Wahlsieg (Deutscher Text nach "Süddeutsche", 5.11.): Das Wahlergebnis sei "ein klarer Aufruf an unser Land (...), wieder Wachstum und

Gelegenheiten für unser Volk zu schaffen, unsere Bürger in die Lage zu versetzen, mehr Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen, die lange ignorierten Probleme anzupacken (...), und vielleicht am wichtigsten, unser Volk wie nie zuvor zusammenzubringen, so daß unsere Verschiedenheit die Quelle von Stärke in einer Welt sein kann, die immer enger zusammenrückt, wo jeder zählt und jeder ein Teil der amerikanischen Familie ist. (...) Es war ein Sieg für die Menschen, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten, ein Sieg für die Menschen, die zurück- und außen vor gelassen wurden, aber mehr wollen, ein Sieg für die Menschen, die bereit sind, im Wettbewerb zu stehen und in der weltweiten Wirtschaft zu gewinnen, aber eine Regierung brauchen, die ihnen die Hand reicht, keine Almosen. (...) Ich bitte euch, sich uns anzuschließen, die ‚Wiedervereinigten Staaten` zu schaffen, ein geeintes Land mit einem neuen Gefühl für Patriotismus, um uns den Herausforderungen dieser neuen Zeit zu stellen. (...) Wir brauchen ein neues Gemeinschaftsgefühl (...) Wenn wir kein Gemeinschaftsgefühl haben, wird der amerikanische Traum weiter schmelzen."

"Wir geben euch den amerikanischen Traum zurück", verkündete Clinton im Wahlkampf. Es ist der Traum, die Realität einer knallharten kapitalistischen Ellenbogen-Gesellschaft, in der sich jeder selbst der nächste sein muß, um nicht als "Versager" zu scheitern, irgendwie und irgendwann versöhnen zu können mit den Idealen der französischen Revolution - Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Millionen werden ins Elend hineingeboren und können ihm nie entrinnen, aber alle sind Teil einer einzigen großen Familie. Man muß nur fest genug daran glauben. Eine von krassen sozialen Widersprüchen zerrissene Gesellschaft strebt einem "Gemeinschaftsgefühl" nach, das sie materiell überhaupt nicht haben kann, sofern sie nicht bereit und in der Lage ist, diese Widersprüche aufzuheben. In Zeiten wie diesen mögen die Menschen gern in den Arm genommen werden. ",Change, we can do it, we can do it.` Doch er wirkt dabei nicht erschreckend. Wenn Clinton ‚change` sagt, dann wirkt das bei ihm nicht wie Feldgeschrei, sondern eher wie Seelenmassage." (Hans Ulrich Kempski, SZ vom 29.10.)

Das muß als Qualifikation für den Job des Präsidenten der Weltmacht Nr. 1 reichen. Es ist auch keine politische und/oder soziale Bewegung in den USA zu erkennen, die den neuen Präsidenten dazu treiben und dabei unterstützen könnte, dem besseren Teil des "amerikanischen Traums" wenigstens ein Stückchen näher zu rücken. Eine massenhafte Aufbruchstimmung für wirkliche Umbrüche war im Wahlkampf nicht zu erkennen.

Kt.

51. Quelldatei 45.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:45

Der ak wird nun 21 Jahre alt. Aus den Kinderschuhen ist er heraus, die meisten Kinderkrankheiten (des Kommunismus) sind überwunden. Wenn er ins Alter kommen soll, brauchen wir Eure Hilfe!

Auch im vergangenen Jahr haben wir einige Turbulenzen erlebt: Das Modell des Dach-aks, die gemeinsame Herausgabe der Zeitung durch die Gruppe K und die Ex-KB-Mehrheit, wurde nach einjährigem Experiment beendet. Die Ex-KB-Mehrheit ist derzeit alleiniger Träger dieser Zeitung, der ak hat deshalb den Untertitel "Neue Folge" bekommen.

Auch wenn damit unsere Basis schmaler geworden ist, hoffen wir, weiterhin eine Zeitung herausbringen zu können, die für größere Teile der Linken ihren Nutzen hat. Wir wissen auch, daß wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, die Unterstützung und auch die Trägerschaft für das Projekt zu erweitern.

Mit unserer nun schon traditionellen Weihnachtsspendensammlung wollen wir die Zeitung für das nächste Jahr auf eine feste finanzielle Basis stellen. Wie sieht diese Basis gegenwärtig aus?

Derzeit werden 18.200,- DM monatlich durch den Verkauf eingenommen. Real werden z.Zt. 3.550 aks pro Ausgabe verkauft, das bedeutet für das vergangene Jahr einen Verlust von 400 Exemplaren. Die Zahl der Abonnenten ist mit 1.950 stabil geblieben, der eigene Vertrieb hat sich verringert, und der Buchladenverkauf ist leicht zurückgegangen.

11.500,- DM müssen beim gegenwärtigen Stand monatlich zusätzlich an Kosten getragen werden. Real betragen die Kosten pro ak also etwa 10,- DM. Von den monatlichen Kosten kann die Gruppe der Ex-KB-Mehrheit 6.500,- DM aufbringen, 1.200,- erhalten wir als monatliche Unterstützungszahlung an den ak von Mitgliedern aus dem alten KB. Den verbleibenden Rest möchten wir aus der Spendensammlung decken können.

Natürlich freuen wir uns über jede Unterstützung für den ak. Das gilt nicht nur für inhaltliche Beiträge und Informationen für und in dieser Zeitung, sondern auch für den Vertrieb, jedes Neuabo und (kostendeckendes) Förderabo und einen regelmäßigen Spendenbeitrag oder dessen Erhöhung. In diese Sinne möchten wir Euch um Eure Unterstützung bitten.

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Heinrich Eckhoff, Kto-Nr: 4645 84-204

Postgiroamt Hamburg, BLZ: 200 100 20

52. Quelldatei 50.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:50

Kalender

Türkisch-Kurdistan

Angesichts der großen katastrophalen Folgen, die der Bau des Tigrisdamms in Türkisch-Kurdistan haben wird, werden die "kleinen" Katastrophen leicht übersehen: der Untergang der Ortschaft Hasankeyf, die in dem dann entstehenden Stausee versinken wird. Unter dem Titel "Hasankeyf am Tigris - Stiller Untergang einer Stadt in Kurdistan" haben Gerhard Väth, ehemaliger Referent am Orient-Institut der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft in Istanbul, und der Arzt und Fotograf Rüdiger Kuhn eine Ausstellung erarbeitet, in der mit seltener Sensibilität Geschichte und Gegenwart Hasankeyfs und seiner Bewohner dargestellt werden.

Dezember 1992, Haus der Kulturen der Welt, Berlin. - Der reichhaltig illustrierte Katalog der Ausstellung ist beim Verlag Königshausen + Neumann, Leistenstr. 3, 8700 Würzburg für DM 29.80 (plus Versandkosten) zu beziehen.

Offene Grenzen

Die einen vertreten die Forderung nach weltweit offenen Grenzen vehement, anderen wiederum halten sie nicht für politikfähig. Auch im ak wird diese Frage kontrovers diskutiert (u.a. in ak 347 und der vorliegenden Ausgabe). In Hamburg traten die Widersprüche in der Vorbereitung einer Demonstration Ende September deutlich zutage. Die (Ex-)KB-Mehrheit lädt zu einer Diskussion über "offene Grenzen" und die Notwendigkeit bzw. Möglichkeit der Intervention nach dem Sonderparteitag der SPD zur Asylgesetzgebung.

2.12., 19.30 Uhr. Haus für alle, Amandastraße, Hamburg.

Ghettoaufstand in Bialystok

Im August 1943 erheben sich jüdische WiderstandskämpferInnen der ostpolnischen Stadt Bialystok gegen die endgültige Liquidierung des Ghettos und damit der jüdischen Bevölkerung durch die deutschen Besatzer. Nur wenige überleben den Aufstand, unter ihnen sechs junge Frauen, die fortan den Widerstand in der Stadt weiterführen, bis es ihnen gelingt, den Kontakt zu ihren KampfgefährtInnen in den umliegenden Wäldern wieder aufzunehmen. - In Ingrid Strobls neuem Film "Mir zaynen do" berichten drei dieser ehemaligen Kämpferinnen, die heute in Israel leben, von ihrem Widerstand gegen die deutsche Vernichtungspolitik.

4.12., 19 Uhr, Aufführung des Films in Anwesenheit von Ingrid Strobl im Kinosaal der Humboldt-Universität, Berlin.

Türkisch-Kurdistan

Angesichts der großen katastrophalen Folgen, die der Bau des Tigrisdamms in Türkisch-Kurdistan haben wird, werden die "kleinen" Katastrophen leicht übersehen: der Untergang der Ortschaft Hasankeyf, die in dem dann entstehenden Stausee versinken wird. Unter dem Titel "Hasankeyf am Tigris - Stiller Untergang einer Stadt in Kurdistan" haben Gerhard Väth, ehemaliger Referent am Orient-Institut der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft in Istanbul, und der Arzt und Fotograf Rüdiger Kuhn eine Ausstellung erarbeitet, in der mit seltener Sensibilität Geschichte und Gegenwart Hasankeyfs und seiner Bewohner dargestellt werden.

Dezember 1992, Haus der Kulturen der Welt, Berlin. - Der reichhaltig illustrierte Katalog der Ausstellung ist beim Verlag Königshausen + Neumann, Leistenstr. 3, 8700 Würzburg für DM 29.80 (plus Versandkosten) zu beziehen.

53. Quelldatei 51.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:51

Irak

Die USA hatten im Zweiten Golfkrieg kein Interesse an einem Sieg der aufständischen Iraker über das Baathregime, das Weiterregieren eines Saddam Husain zogen sie anderen Lösungen vor. Aber das Scheitern der Aufstände im März 1991 hatte auch interne Gründe. Zu dem Zeitpunkt, als die spontane Rebellion der Organisierung bedurfte, gab es im Irak keine handlungsfähige Opposition. Kommunisten, pro-syrische Baathisten und schiitische Gruppierungen hatten längst aufgegeben, auf eine Erhebung des Volkes zu setzen und sich zu Gesprächen mit Husain hergegeben. Unter dem Titel "Der Volksaufstand und das Versagen der irakischen Opposition" informiert ein umfangreicher Aufsatz in den blättern des iz3w, deren Schwerpunkt in der November-Ausgabe die Verstädterung, die Slum-Bildung im Umkreis der großen Städte der sog. Dritten Welt, ist.

blätter des iz3w, Nr. 185, Nov. 1992. 60 S., DM 6.00

Rassismus

Als sich die Intellektuellen, gleichsam stellvertretend, durch Khomeinis Todesurteil gegen Salman Rushdie bedroht fühlten, reagierten sie mit erheblicher Vehemenz - ging es doch um einen Angriff auf "unsere" westlichen Werte, um "Fundamentalismus" gegen Liberalismus, Ost gegen West. Angesichts der Zustände im eigenen Land, angesichts des großdeutschen Totschlage-Rassismus agiert die Intelligentsia weitaus verhaltener. Das Forum Wissenschaft bringt eine Reihe von Aufsätzen zum Thema "Eliten und Rassismus - zur Rolle von Wissenschaft, Medien und Politik".

Forum Wissenschaft, Nr. 3/92. 56 S., DM 8.50

Kriegsdienstverweigerung

Anläßlich des 100jährigen Bestehens der Deutschen Friedensgesellschaft führte die DFG/VK eine Rundreise zur Kriegsdienstverweigerung und Desertion unter dem Motto "Gemeinsam gegen Krieg, Wehrpflicht und Armee" durch. In der Begleitbroschüre sind Beiträge zur Kriegsdienstverweigerung in Ex-Jugoslawien, Israel, USA und Südafrika und über Desertion im Zweiten Weltkrieg enthalten.

Gemeinsam gegen Krieg, Wehrpflicht und Armee. 40 S., DM 5.00 (plus Porto). - Bestelladresse: Franz Nadler, Querstr. 23, 6050 Offenbach

Armut und Sexismus

In dem von der Soziologin Helene Joannidou-Manos vorgelegten "Streitschrift gegen Armut - Gewalt - Sexismus" berichten ausländische und deutsche Schülerinnen zwischen elf und siebzehn Jahren aus dem Hamburger Stadtteil St. Pauli. Sie decken im Konkreten auf, was sonst abstrakt "Gesellschaft in der Krise" heißt: Verarmung ganzer Stadtteile, Probleme der "Multikulturalität", Gewalt auf der Straße, Einfluß von Drogen, Verwahrlosung im Familienbereich.

Helene Manos: Gewidmet den Mädchen. Eine Streitschrift gegen Armut - Gewalt - Sexismus. Hamburg (Edition Nautilus) 1992. 176 S. mit zahlreichen Fotografien, DM 19.80

Neonazis

Obwohl die meisten rassistischen Angriffe nach Hoyerswerda in Nordrhein-Westfalen stattfanden, wurde das Problem fast ausschließlich in der ehem. DDR geortet. Die GRÜNEN NRW haben daher eine Broschüre erarbeitet, die vor allem über die rassistischen Übergriffe in Nordrhein-Westfalen in der Zeit nach Hoyerswerda informiert, über die dortigen Täter und Drahtzieher, das politische Umfeld und die Organisationen und die Arbeitsweise der Neonazis.

"Hoyerswerda ist überall" - Neonazis in NRW. Hg.: Die GRÜNEN NRW. 90 S., DM 5.00, ab fünf Ex. je DM 3.00 (jeweils plus Versandkosten). Bestelladresse: Die Grünen, KV Bielefeld, Viktoriastr. 41, 4800 Bielefeld 1

Gerhard Bögelein

Die Autonome Infogruppe Kiel, die anläßlich der Verurteilung des Antifaschisten Gerhard Bögelein zu lebenslanger Haft über mehrere Monate eine Veranstaltungsreihe durchführte, hat eine Sammlung von "Texten gegen das Vergessen" vorgelegt, in der eingangs mit eigenen Texten und Nachdrucken über den Prozeß gegen Bögelein informiert wird. Dem schließen sich an gute achtzig Seiten mit Texten zum historischen und gegenwärtigen Antifaschismus.

Gegen das Vergessen. Freiheit für Gerhard Bögelein. Hg.: Autonome Infogruppe Kiel. Sept. 1992. 116 S., DM 8.00 (plus DM 2.00 Porto), Rabatt ab 10 Ex. Bestelladresse: Autonome Infogruppe Kiel, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1.

Judentum

Die Anfang der Achtziger von Rachel Salamander in München gegründete "Literaturhandlung", eine Spezialbuchhandlung für Literatur zum Judentum (in durchaus weiterem Sinne), ist für alle am Judentum intensiver Interessierten eine allererste Adresse, die neuerdings auch in der Berliner Dépendance aufgesucht werden kann. Bald nach der Gründung der "Literaturhandlung" erschien auch der erste Gesamtkatalog "Literatur zum Judentum", der jährlich mit einem kleineren Ergänzungskatalog aktualistiert und alle vier Jahre neu aufgelegt. Der Katalog enthält ein Gesamtverzeichnis lieferbarer (überwiegend deutschsprachiger) Publikationen zum Judentum im weiteren Sinne. D.h., daß der in 37 Sachgebiete eingeteilte Katalog neben zu erwartenden Rubriken wie "Aus der jüdischen Tradition", "Jiddisch", "Zionismus" auch Abschnitte zum Rechtsextremismus, zum Widerstand und zum Exil enthält wie auch auf den 25 Seiten "Belletristik" nicht etwa allein jüdische Autoren aufgeführt sind, sondern allgemein Werke mit Bezug zum Judentum. Der neue Gesamtkatalog ist dieser Tage neu erschienen, die Neuerscheinungen 1991/92 sind für die, die "eigentlich schon alles kennen", im Fettdruck hervorgehoben.

Literatur zum Judentum. Hg. v. Rachel Salamander. München 1992. 250 S., DM 15.50 (inkl. Versandkosten). Bestelladresse: Literaturhandlung, Fürstenstr. 17, 8000 München 2

54. Ein voller Erfolg

Erklärung von Automen zur Kundgebung in Berlin

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:61

Dokumentation

Ein voller Erfolg

Erklärung von Automen zur Kundgebung in Berlin

Besondere Ereignisse erfordern besondere Maßnahmen. Auf einer Pressekonferenz begründeten am 9.11. verschiedene Angehörige von autonomen Gruppen ihr Agieren auf der Kundgebung. In einer Erklärung heißt es:

"Wir fanden den gestrigen Tag einen vollen Erfolg, weil Hunderttausende von Menschen gegen Rassismus und für den Erhalt des Asylrechts auf die Straße gegangen sind und weil es gleichzeitig gelungen ist, die heuchlerische Inszenierung der Herrschenden für die internationale Presse und ausländischen Investoren zu stören. JedeR, der/die Augen im Kopf hat, konnte gestern sehen, daß die Trennung nicht zwischen einigen EierwerferInnen und dem Rest der Demonstration verlief, sondern zwischen den Herrschenden aus Bonn, egal ob Kohl, Engholm oder Weizsäcker, und den Menschen, die diese Politik nicht mehr mittragen wollen.

Sie hatten sich das so schön gedacht, daß sie die für die Asyl- und Ausländerpolitik Verantwortlichen aus dem Schußfeld nehmen und dafür den Nationalheiligen Weizsäcker hinstellen, weil sich dann niemand trauen würde, ihn mit der herrschenden Politik zu identifizieren. Aber auch für die, die das gerne übersehen möchten: Weizsäcker ist Vertreter dieses Staates und auch genau dieser rassistischen Politik, und daher hat es nicht den Falschen getroffen. (...)

Was sind Eierwürfe gegen die Auslieferung von Tausenden von Roma, für die die gestern beleidigten Herren die Verantwortung tragen? Sie hatten gedacht, daß es möglich wäre, die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit mit ihrer gigantischen Medienmaschine einzuschleimen: gleichzeitig das Grundgesetz ändern, die PolInnen vom ‚Schmuddeleck` am Reichpietschufer vertreiben, die Sozialhilfe für Flüchtlinge auf 75 Prozent reduzieren und Waffen in die Türkei exportieren - und sich dann an die Spitze des Protestes gegen Ausländerfeindlichkeit setzen! Das ist ihnen nicht gelungen. Und das halten wir für einen großen politischen Erfolg. Auch wenn wir wieder einmal ausnahmslos von allen Medien zum Feindbild gestempelt werden, ändert das nichts an der Tatsache, daß es eine Frage der Moral ist, die Verantwortlichen für Ausländerhetze, Fremdenfeindlichkeit und Vertreibungspolitik zu benennen.

Viele Grüße! Eure Autonomen!"

(nach TAZ, 10.11.92)

55. Angola - Land ohne Frieden

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/angola.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:angola

Daß die angolanische "Befreiungsbewegung" UNITA nach ihrer Niederlage bei den ersten Parlamentswahlen des Landes wieder zu den Waffen griff, konnte kaum überraschen. Zu sehr ist die Geschichte der UNITA eine einzige Kette von kriegerischen und terroristischen Aktionen, die Angola seit seiner Unabhängigkeit 1975 fast vollständig ruiniert haben.

Doch die Geschichte der UNITA ist auch die Geschichte der offenen Aggression seitens des südafrikanischen Rassistenregimes und der USA gegen die ihnen nicht willfährigen Staaten im südlichen Afrika. In dieser Ausgabe schildern wir den Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen in Angola seit Beginn der 80er Jahre, als Südafrika mit Hilfe der UNITA versuchte, die Herrschaft des Rassistenregimes in Namibia und in Südafrika selbst bereits im Vorfeld abzusichern. Am Ende dieses Unternehmens hatte sich Südafrika allerdings eine strategische Niederlage eingehandelt. Die UNITA jedoch konnte dank großzügiger Unterstützung durch die USA bis heute militärisch überleben. Seite 24

56. Menschenversuch

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/erlang.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:erlang

Begleitet von einer beispiellosen Medienkampagne läuft in der Erlangener Uniklinik ein Experiment besonderer Art. Zur "Rettung" eines fünfzehnwöchigen Embryos wird der Körper einer "hirntoten" schwangeren Frau mit großem medizinischen Aufwand am "Leben" erhalten. "Die Benutzung ihres Körpers zugunsten des ungeborenen Kindes" sei "zumutbar", erklären die Betreiber des Menschenversuchs, der neben medizinischen und ethischen auch aktuelle politische Implikationen hat. In der öffentlichen Pro-und-contra-Debatte wird unterschwellig gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau Stimmung gemacht. Die Botschaft der beteiligten Mediziner: Über die Fortführung oder den Abbruch einer Schwangerschaft entscheiden allein die Ärzte, eventuell unter Hinzuziehung von Juristen, Psychologen und Theologen. Und es kommt allenfalls eine medizinische oder eugenische Indikation in Betracht. Seite 21

57. Jörg Haider regiert mit

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/haider.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:haider

Österreichs Abschottung nach Südosten

FPÖ-Oppositionsführer Jörg Haider hat die österreichische Regierung fest im Griff. Sein Kampfruf "Ich werde die Altparteien vor mir hertreiben" ist teilweise Wirklichkeit geworden. In einem auf drei Wochen befristeten Ultimatum stellt er die große Koalition aus SPÖ und ÖVP vor die Wahl: Wenn sie nicht seine Vorstellungen von "Ausländerpolitik" übernähme, sähe er sich gezwungen, unter dem Motto "Österreich zuerst" ein Volksbegehren einzuleiten. Da die FPÖ als Fraktion ihren Zwölf-Punkte-Katalog auch so als Anträge ins Parlament einbringen könnte, dient das Volksbegehren mehr der Stimmungsmache, als daß es realpolitisch umsetzbar wäre; so etwa die Forderung, den Anteil ausländischer Kinder in den Schulklassen auf maximal 30% zu beschränken.

Wer ist dieser Haider, Befürworter der nationalsozialistischen "Beschäftigungspolitik" und gerngesehener Gast der FDP, der es so trefflich versteht, von den "harten Oppositionsbänken" mitzuregieren? Ein Porträt des "frechen Jörgl" und seiner deutsch-nationalen Berater und Ideologen auf Seite 16

Österreichs Beitrag zur Abschottung der "Festung Europa" nach Südosten ist Teil einer von der BRD vorangetriebenen Politik namens "Schengen-Ost". In einer Reihe von Abkommen mit den osteuropäischen Staaten werden derzeit "Maßnahmen zur Eindämmung illegaler Einreisen aus und über Mittel- und Osteuropa" koordiniert. Eine Analyse über die "Kunst des Mauerbaus im postrealsozialistischen Zeitalter" auf Seite 19

58. Die Insel schwimmt

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/insel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:insel

Mit dem Abgang des britischen Pfund Sterling aus dem Wechselkursverbund des Europäischen Währungssystems ist schlagartig die tiefe wirtschaftliche Krise Großbritanniens zu Tage getreten. Das Land steht vor dem Scherbenhaufen dreizehnjähriger konservativer Sanierungspolitik. Der regierenden Konservativen Partei ist die Orientierung abhanden gekommen; sie findet weder in ihrer Europa- noch in ihrer Wirtschaftspolitik zu einer einheitlichen Linie zurück. Als die Regierung Major nun 31 der 50 noch verbliebenen Kohlegruben des Landes schließen wollte, mußte sie nach heftigen Protesten der von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützten Bergarbeiter innerhalb kürzester Zeit ihre Pläne zurückziehen.

Die Hochzinspolitik der BRD trägt das Ihre zur Krise der britischen Ökonomie bei und läßt das Lager der Euroskeptiker anwachsen. Eine tragfähige Alternative haben freilich auch diese nicht anzubieten: Die Zeiten, in denen sich eine wirtschaftliche Ausrichtung auf die USA noch auszahlte, sind längst vergangen. Seite 27

59. Furchtbare Juristen

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/leyrer.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:leyrer

Neue Hoffnung für Gerhard Bögelein! Die Anwälte des 69jährigen Antifaschisten, der im Mai zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden war, reichten im Oktober die Revisionsbegründung ein. Ihr Argument: Bögelein, dem in Untersuchungshaft hochdosierte Psychopharmaka verabreicht worden waren, sei während des Prozesses vollständig verhandlungsunfähig gewesen.

Das Bemühen der Verteidiger, eine Wiederholung der Hauptverhandlung durchzusetzen, ist die eine, politische Solidarität die andere Seite einer Kampagne für die Freilassung Gerhard Bögeleins. Der ehemalige DDR-Bürger, der im Dezember 1990 in Leipzig verhaftet wurde und seitdem in Hamburg im Knast sitzt, ist Opfer eines Verfahrens, das nicht "aus einer besonderen Böswilligkeit" der zuständigen Strafkammer geführt wird, wie Katja Leyrer in diesem ak schreibt.

Die Abrechnung mit dem Antifaschisten, Wehrmachtsdeserteur und Freiwilligen der Roten Armee Bögelein ist Folge der politischen und personellen deutschen Kontinuitäten: Der Hamburger Landgerichtsdirektor Steckel, auf dessen Ermittlungen Anfang der fünfziger Jahre das Verfahren basiert, konnte trotz seiner Tätigkeit für die NS-Justiz, unter anderem am Volksgerichtshof, nach 1945 seine Karriere ungehindert fortsetzen. Das Hamburger Landgericht beruft sich heute auf Steckels Ermittlungsergebnisse: Gerhard Bögelein hätte 1947 in dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda den ehemaligen Nazi-Oberstabsrichter Kallmerten erschlagen, der während eines Verhörs gestanden hatte, 176 Todesurteile unterschrieben zu haben. Das Hamburger Gericht kommt im Jahre 1992 zu dem Schluß, daß es sich um "heimtückischen Mord" gehandelt habe. "Heimtücke" liege vor wegen des angeblichen Erschlagens von hinten - "Mord", weil der 176fache Schreibtischmörder Kallmerten "arglos" und guter Dinge mitten in der Nacht zum Verhör gegangen sei. Diese Konstruktion des Tathergangs hat eine entscheidende Konsequenz: Es kann verurteilt werden; dagegen wäre ein 1947 begangener "Totschlag" heute verjährt. Gerhard Bögelein weist im übrigen den Mordvorwurf ebenso zurück wie den des Totschlags. Er sei lediglich Zeuge der Tat gewesen.

Katja Leyrer sieht in dem Prozeß "vorbelastete" Menschen am Werk, "denen, platt gesagt, nichts ferner steht als ein Deserteur zur Roten Armee, KGB-Mitarbeiter und Antifaschist wie Gerhard Bögelein. Das scheinbare Nicht-Interesse des Gerichts an Lebenseinstellungen und politischen Standorten von Zeugen und Angeklagten wird hier zur Farce, die eben die Kontinuität der ‚furchtbaren Juristen` auch ausmacht." Seite 13

60. Nahost-Verhandlungen in der Sackgasse

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/nahost.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:nahost

Die Nahost-Friedensverhandlungen, die am 30. Oktober 1991 in Madrid begannen, sind in ihr zweites Jahr und in die siebte Gesprächsrunde eingetreten, ohne daß bisher praktische Resultate zu verzeichnen sind.

Dabei hatte der Wahlsieg der israelischen Arbeitspartei und die Regierungsbildung durch Rabin im Sommer Anlaß zu einigen Hoffnungen gegeben. Der neue Ministerpräsident führte sich gut ein mit der Ankündigung, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Schamir, der nur auf Zeitgewinn gespielt hatte, wolle er mit den arabischen Staaten und den Palästinensern ernsthafte und substantielle Verhandlungen führen.

Es fehlte auch nicht an "Gesten des guten Willens": ein (teilweiser) "Baustopp" in den besetzten Gebieten (mit Ausnahme des Großraums von Ostjerusalem); die Freilassung von 600 politischen Gefangenen. Allerdings befinden sich in israelischen Gefängnissen und Lagern mehr als 1200 Palästinenser. Und was diese von ihren Haftbedingungen halten, zeigten sie vor einigen Wochen mit einem Hungerstreik.

Artikel über diese Aktion und über den Stand der Verhandlungen auf Seite 25

61. Quelldatei titel.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak348/titel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:348:titel

\deff0\fonttblpica;Courier;elite;prestige;lettergothic;gothicPS;cubicPS;lineprinter;Helvetica;avantegarde;spartan;metro;presentation;APL;OCRA;OCRB;boldPS;emperorPS;madaleine;zapf humanist;classic;roman f;roman g;roman h;timesroman;century;palatino;souvenir;garamond;caledonia;bodini;university;script;scriptPS;script c;script d;commercial script;park avenue;coronet;script h;greek;kana;hebrew;roman s;russian;roman u;roman v;roman w;narrator;emphasis;zapf chancery;decor d;old english;decor f;decor g;cooper black;Symbol;linedraw;math7;math8;bar3of9;EAN;pcline;tech h;\green0lue0;\blue0;\blue0;\blue255;\blue255;\blue255;\blue0;\blue255;*Normal;*\fi-1418LE;*\fi-567NL;*TI;*LS;*RS;*UÜ;*heading 1;*2;*heading 3;*\iheader;